

**Politikwissenschaft**

***Erdöl – Die große Unbekannte bei der Entstehung künftiger  
Krisen und Konflikte***

Inaugural-Dissertation  
zur Erlangung des Doktorgrades  
der  
Philosophischen Fakultät  
der  
Westfälischen Wilhelms-Universität  
zu  
Münster (Westfalen)

vorgelegt von

***Carsten Issel***  
aus Marl

**2007**

**Tag der mündlichen Prüfung: 07.01.2008**

**Dekan: Prof. Dr. Wichard Woyke**

**Referent: Prof. Dr. Wichard Woyke**

**Korreferent: Prof. Dr. Dietrich Thränhardt**

## Inhaltsverzeichnis

|  |     |
|--|-----|
| <b><u>1. Einleitung</u></b>  | 1   |
| 1.1 Einführung in das Thema  | 1   |
| 1.2 Aktualität des Themas – Islamismus als neue Bedrohung der westlichen Interessen  | 6   |
| 1.3 Fragestellung  | 10  |
| 1.4 Gliederung der Arbeit  | 15  |
| 1.5 Methodische Herangehensweise   | 19  |
| 1.6 Forschungsstand  | 23  |
| <br>   |     |
| <b><u>2. Zur Bedeutung des Erdöls als Energiequelle</u></b>  | 31  |
| <b>2.1 Erdöl als Rohstoff und Energieträger</b>  | 31  |
| 2.1.1 Die weltweiten Erdölreserven   | 36  |
| 2.1.2 Die OPEC und ihr Einfluss auf den Ölpreis und die Ölversorgung   | 41  |
| 2.1.3 Stärken und Schwächen der OPEC – Eine Bewertung  | 54  |
| <b>2.2 Alternative Energien als Lösung des Erdölproblems?</b>  | 56  |
| 2.2.1 Sonnenenergie  | 59  |
| 2.2.2 Die Windkraft  | 64  |
| 2.2.3 Wasserkraft  | 69  |
| 2.2.4 Energie aus Biomasse   | 72  |
| 2.2.5 Geothermie   | 78  |
| 2.2.6 Wasserstoff – Der Stoff aus dem die Träume sind?   | 82  |
| <b>2.3 Alternative Energien vs. OPEC-Öl – Zwischenfazit und Ausblick</b>   | 90  |
| <br>   |     |
| <b><u>3. Islamischer Terrorismus in der arabischen Welt – Störfaktor der Erdölversorgung?</u></b>                                  | 97  |
| <b>3.1 Der Islam als Religion – Ursprung, Quellen und die Bedeutung der sharia</b>   | 97  |
| 3.1.1 Der radikale Islam – Islamismus als besondere Form des religiösen Fundamentalismus   | 103 |
| 3.1.2 Die Genese des modernen Islamismus I – Panislamismus und Panarabismus  | 112 |
| 3.1.3 Die Genese des modernen Islamismus II – Muslimbruderschaften und die Lehren des Sayid Qutb als Basis des modernen Islamismus | 116 |
| <b>3.2 Terrorismus als neue Art der Kriegführung</b>   | 120 |
| 3.2.1 Die Al-Qaida – Die „Basis“ des islamistischen Terrorismus  | 126 |
| 3.2.2 Die Al-Qaida als militärischer Arm des Islamismus  | 131 |
| 3.2.3 Die Erdölversorgung als Ziel der islamistischen Gewalt – Ein realistisches Szenario?   | 135 |
| <b>3.3 Exkurs: Massenvernichtungswaffen und ihre internationalen Sicherungssysteme</b>   | 148 |
| <b>3.4 Die Waffen des Al-Qaida-Terrorismus – Massenvernichtungswaffen als reale Option?</b>  | 157 |

|  |     |
|--|-----|
| 3.4.1 Atomare Waffen als realistische Option?  | 168 |
| 3.4.1.1 Atomwaffen gegen die Erdölindustrie – Ein Fazit  | 183 |
| 3.4.2 Biologische Waffen als realistische Option?  | 190 |
| 3.4.2.1 Biowaffen gegen die Erdölindustrie – Ein Fazit   | 196 |
| 3.4.3 Chemische Waffen als realistische Option?  | 198 |
| 3.4.3.1 Chemiewaffen gegen die Erdölindustrie – Ein Fazit  | 207 |
| 3.4.4 Der Islamistische Terrorismus als Bedrohung für die westliche Versorgungssicherheit? – Ein Fazit | 213 |

#### **4. Die islamischen OPEC-Staaten und der Islamismus – Stabilität und Instabilität in der Islamischen OPEC unter besonderer Berücksichtigung der drei „großen“ Staaten Saudi-Arabien, Irak und Iran**

|   |     |
|---|-----|
| <b>4.1 Saudi-Arabien – Die Machtübernahme der Familie Saud</b>  | 219 |
| 4.1.1 Das politische System Saudi-Arabiens  | 221 |
| 4.1.2 Die Bedeutung des Öls für die Wirtschaft und Stabilität Saudi-Arabiens  | 229 |
| 4.1.3 Die soziale Struktur Saudi-Arabiens   | 240 |
| 4.1.4 Radikalismus in Saudi-Arabien   | 245 |
| 4.1.5 Zwischenfazit   | 254 |
| <b>4.2 Der Irak – Ständiges Pulverfass im Mittleren Osten</b>   | 259 |
| 4.2.1 Der Krieg gegen Iran – Ein Krieg um Macht und Öl  | 263 |
| 4.2.2 Der Golfkrieg 1991 – Ein weiterer Krieg um Macht und Öl   | 266 |
| 4.2.3 Die Rolle des Öls bei der Entstehung der ersten beiden Golfkriege und mögliche Hintergründe für den Machterhalt Saddam Husseins – Ein Zwischenfazit | 269 |
| 4.2.4 Die Versorgungslage im Nachkriegsirak   | 273 |
| 4.2.5 Der Weg in den Krieg 2003   | 278 |
| 4.2.5.1 Die Lockerung der UN-Sanktionen und die möglichen Folgen bezüglich des Irakischen ABC-Waffenprogramms   | 281 |
| 4.2.5.2 Das irakische Atomwaffenprogramm als Kriegsgrund  | 286 |
| 4.2.5.3 Das irakische Biowaffenprogramm als Kriegsgrund   | 291 |
| 4.2.5.4 Das irakische Chemiewaffenprogramm als Kriegsgrund  | 297 |
| 4.2.5.5 Die Verbindung des Irak zur Al-Quaida als Kriegsgrund   | 303 |
| 4.2.6 Das irakische Erdöl als Kriegsgrund   | 306 |
| 4.2.7 Politische Situation des Nachkriegsiraks  | 316 |
| 4.2.8 Die irakische Wirtschaft und die Rolle des irakischen Erdöls  | 322 |
| 4.2.9 Die Gewalt im Irak – War der Krieg 2003 der Anfang vom Ende des Iraks als Staat?  | 333 |
| <b>4.3 Der Iran</b>   | 345 |
| 4.3.1 Die Konstituierung der Islamischen Republik Iran  | 362 |
| 4.3.1.1 Die Befugnisse der „weltlichen“ Staatsorgane  | 366 |
| 4.3.1.2 Die Befugnisse der „geistlichen“ Staatsorgane   | 369 |
| 4.3.2 Die Wirtschaft des Iran   | 376 |
| 4.3.3 Die Außenbeziehungen des Iran und seine innenpolitische Stabilität  | 383 |
| 4.3.3.1 Der Iran unter Ayatollah Khomeini   | 385 |
| 4.3.3.2 Der Iran unter Präsident Rafsanjani   | 397 |
| 4.3.3.3 Der Iran unter Präsident Khatami – Reformen ohne Macht  | 404 |
| 4.3.4 Das iranische Atomprogramm unter Präsident Ahmadinedschad   | 411 |
| 4.3.5 Das iranische Atomprogramm – Ursache oder (nur) Auslöser eines möglichen Krieges?   | 431 |

|  |     |
|--|-----|
| <b><u>5. Fazit und Perspektive</u></b> | 444 |
| 5.1 Fazit                              | 444 |
| 5.2 Perspektive und Lösungsansätze     | 466 |
| <br>                                   |     |
| <b><u>6. Literaturverzeichnis</u></b>  | 475 |

## 1. Einleitung

### 1.1 Einführung in das Thema

Die Betrachtung des Themas Erdöl und die Frage, inwieweit dieser Rohstoff den Frieden beeinträchtigen kann, ist unvollständig, wenn man sich nicht darüber informiert, wie das Erdöl überhaupt zu seiner heutigen Stellung gekommen ist. Es ist deshalb sinnvoll einen kurzen historischen Rückblick zu wagen, der mit wenigen Worten die Entwicklung des Erdöls zum eventuell wichtigsten Rohstoff aller Zeiten darstellt.

In Folge der Industrialisierung im 19. Jahrhundert und der zunehmenden privaten Nutzung von Elektrizität wurde ein Energielieferant benötigt, der das notwendige Potential besaß, den steigenden Bedarf zu decken. Hierfür bot sich zunächst in erster Linie die Kohle an, die in Europa in großen Mengen vorhanden war und relativ leicht gefördert werden konnte. Sie sorgte dafür, dass der Bedarf gedeckt werden konnte, zumindest den Bedarf in der Industrie, der Schifffahrt und der privaten Energieversorgung. Da es jedoch zu jener Zeit kaum Autos oder LKW gab, war der Bedarf an flüssigen Brennstoffen relativ gering, sodass Erdöl als Energielieferant vorab kaum in Erscheinung trat. Dies änderte sich allerdings in Folge der zunehmenden Motorisierung der Bevölkerung und des Militärs. Obwohl es im Ersten Weltkrieg bereits motorisierte Einheiten und Flugzeuge gab, war hier der Bedarf an flüssigen Brennstoffen zunächst noch verhältnismäßig gering, was sich am Ende des Krieges änderte, da man verstärkt die Potenziale der Luftwaffe und der Panzerwaffe forcierte.<sup>1</sup> So kam es, dass die Bedeutung des Erdöls in der Folgezeit im militärischen und privaten Bereich deutlich zunahm und die Sicherung dieser Ressource in der Politik einen immer wichtigeren Stellenwert einnahm. So entwickelte sich in der Zwischenkriegszeit in den USA der Begriff „Strategischer Rohstoff“, womit alle Rohstoffe (Kohle, Eisen und Erdöl u.a.) gemeint sind, die lebenswichtig für die Verteidigung sind. Später kam noch der Zusatz hinzu: „Strategische Rohstoffe und kritische Rohstoffe sind jene Rohstoffe, die sich als lebensnotwendig in einem Kriegszustand erweisen und deren Beschaffung in adäquaten Mengen in entsprechender

---

<sup>1</sup> In Frankreich gab es zu Beginn des Krieges 110 LKW, am Ende jedoch 70.000. Eine ähnliche Entwicklung gab es im Bereich der Luftwaffe; Frankreich besaß 1914 132 Flugzeuge, am Ende 12.000; vgl. hierzu : Alt, Franz: Krieg um Öl oder Frieden durch Sonne, München 2002, S. 110

Qualität und Zeit hinreichend ungewiss ist.“<sup>2</sup> So kam es, dass die USA 1935 Verträge mit Saudi-Arabien schlossen, die die Förderung des arabischen Öls durch amerikanische Ölkonzerne regelten<sup>3</sup>; bis dahin stützte sich die amerikanische Erdölversorgung auf die Ölquellen Mexikos und Südamerikas. Dass die USA erst in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts ihre Erdölversorgung auf Saudi-Arabien ausrichteten, lag daran, dass bis 1928 das Monopol der Erdölförderung im arabischen Raum bei englischen Firmen lag. Diese Monopolstellung Großbritanniens und der Wunsch der USA, am saudischen Öl beteiligt zu werden, hatte lange Zeit zu einem Konflikt zwischen den beiden Staaten (USA und Großbritannien) geführt. Erst, als dieser beigelegt worden war, wurden die Rechte zur Förderung des arabischen Erdöls auf die Firmen dieser beiden Staaten aufgeteilt. Während französische Firmen ebenfalls Förderrechte erhielten, wenn auch in deutlich geringerem Umfang, blieb Deutschland bei der Verteilung, aufgrund der Auflagen und Beschränkungen durch den Versailler Vertrag, außen vor. Außerdem hatte sich Deutschland bereits 1922 in Rapallo mit der Sowjetunion über Erdöllieferungen geeinigt,<sup>4</sup> womit sich die Weimarer Republik bei den westlichen Staaten zusätzlich ins Abseits manövriert hatte. Mitte der 30er Jahre, als der Nationalsozialismus in Deutschland zunehmend aggressiver wurde, gerade in Bezug auf die deutsche Außenpolitik, kündigte die Sowjetunion ihren Vertrag mit Deutschland. Diese Entwicklung lief nun jedoch den Großmachtvorhaben Hitlers entgegen, der gerade im Begriff war die deutsche Armee aufzurüsten. Die Folge war, dass sich das Hitler-Regime nun um rumänische Erdöllieferungen bemühte; zusätzlich wurde in Deutschland ein Verfahren entwickelt, künstlichen Treibstoff aus Braunkohle herzustellen.<sup>5</sup> Da Deutschland kurz vor Beginn des Krieges noch immer nicht in der Lage war große Mengen an Öl-Vorräten zu erlangen, nahm die Idee des Blitzkrieges mehr und mehr Gestalt an, da sich dahinter auch eine logistische Überlegung

---

<sup>2</sup> Eich, Dieter; Hübener, Karl L.: Die strategischen Rohstoffe. Ein politisches Handbuch, Wuppertal 1988, S. 16

<sup>3</sup> Vgl.: [www.arei.on.de/saudiarabienc.html](http://www.arei.on.de/saudiarabienc.html), abgerufen am 07.01.2005 um 11:30 Uhr

<sup>4</sup> Dies erscheint umso interessanter, wenn man bedenkt, dass die Weimarer Republik aufgrund des Versailler Vertrages keine schweren Panzer, U-Boote und Großkampfschiffe besitzen durfte. Ein weiterer Vertrag, der in Rapallo zwischen der Sowjetunion und der deutschen Republik geschlossen wurde, war ein Geheimabkommen über die gemeinsame Entwicklung von Panzern.

<sup>5</sup> Alt, Franz: Krieg um Öl oder Frieden durch Sonne, München 2002, S. 114

verbar: Beendigung der Kämpfe, bevor das Öl knapp werde.<sup>6</sup> Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs kristallisierte sich immer mehr heraus, dass Deutschland nicht in der Lage war genügend Öl zu beschaffen, um die Angriffe der Alliierten abzuwehren, obwohl noch ausreichend Kriegsmaterial zur Verfügung gestanden hatte. Die Folge war, dass Flugzeuge am Boden bleiben mussten und die verbliebenen Panzer wegen Treibstoffmangels nicht einsatzbereit waren. Neben der maßlosen Überdehnung der deutschen Streitkräfte, die über Jahre hinweg an mehreren Fronten kämpfen mussten, was zwangsläufig zur Schwächung der Wehrmacht führen musste, bewirkte der Mangel an Treibstoff, dass die deutschen Stellungen nicht mehr in der Lage waren, den heranrückenden alliierten Verbänden etwas entgegenzusetzen.

Diese Geschehnisse, die erneut gezeigt hatten, wie wichtig der sichere Zugang zu Erdölreserven geworden war, ließ die Erdölpolitik zu einem wichtigen Bestandteil der Außen- und Sicherheitspolitik sämtlicher Nationen werden. Im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg bekam das Erdöl noch einmal einen Bedeutungsschub, da sich mit dem aufkommenden Ost-West-Konflikt ein neuer weltweiter Aufrüstungsprozess in Gang setzte, der auch den Bedarf an Erdöl in Friedenszeiten deutlich steigerte. Hinzu kam im Westen noch der wirtschaftliche Aufschwung in den ehemals vom Krieg gebeutelten Staaten, der dazu führte, dass sich die Bevölkerungen im westlichen Europa auch mehr und mehr Kraftfahrzeuge leisten konnten, die zusätzlich den Bedarf an Erdöl erhöhten. Aber nicht nur der hohe Bedarf an Kraftstoff für sämtliche Fahrzeuge, sondern auch die Umstellung von Kohle auf Heizöl in den privaten Haushalten zur Wärmegewinnung leistete einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung des Bedarfs an Erdöl. Im industriellen Bereich nahm ebenfalls die Bedeutung des Erdöls zu, da die Entwicklung der Konsumgesellschaft dazu geführt hatte, dass jegliche Art von Waren über größere Distanzen transportiert werden mussten, wozu verstärkt Lastkraftwagen und Flugzeuge eingesetzt werden mussten, die Erdölprodukte zur Energiegewinnung benötigten. Somit gewann das Erdöl neben seiner wichtigen Rolle im Bereich der militärischen Machtsicherung auch enorme Bedeutung in der Privatwirtschaft auch eine erschreckende Wichtigkeit in der Industrie und Handel. In Verbindung mit neuen Technologien und Transportmöglichkeiten avancierte Erdöl in den

---

<sup>6</sup> Alt, Franz: Krieg um Öl oder Frieden durch Sonne, München 2002, S. 114 f.

Nachkriegsjahrzehnten zum wichtigsten Motor nationaler Volkswirtschaften und der Stabilität der Weltwirtschaft. Der Zugang zum Öl entschied folglich über Wohlstand und Armut. Im Jahr 1973 wurde besonders dem Westen jedoch klargemacht, dass sich dieser Zustand nur halten lässt, wenn der Zugang zum Öl auch sicher ist und ungestört Erdöl gefördert werden kann. In Folge des *Yom-Kippur*-Krieges, bei dem sich, mit Ausnahme Frankreichs, sämtliche westlichen Staaten hinter Israel gestellt hatten, reagierten die arabischen OPEC<sup>7</sup>-Staaten, indem sie die Erdölförderung dramatisch reduzierten, was zu Engpässen hinsichtlich der wichtigen Erdölversorgung im Westen geführt hatte. Die Folge waren Fahrverbote für private Kraftfahrzeuge, ein deutlicher Preisanstieg des Rohöls an den Märkten (Ölpreisschock) und die Sorge um den Zusammenbruch der westlichen Volkswirtschaften. Mit der Reaktion der arabischen Staaten, die über die größten Erdölvorkommen verfügen, wurde dem Westen eindringlich seine Grenzen aufgezeigt, was die Sicherheit der Erdölversorgung angeht; die Ölpreis-Krise von 1973 veranschaulichte dem Westen seine Abhängigkeit vom arabischen Öl, womit die wirtschaftliche Stabilität ernsthaft in Gefahr gebracht und die vermeintliche militärische Stärke der westlichen Staaten ernsthaft unter Druck geraten könnte.<sup>8</sup> Außerdem hatten es die arabischen Staaten geschafft als internationaler Akteur ernst genommen zu werden.

Nachdem sich die Lage wieder beruhigt hatte und die Förderung kurze Zeit später wieder zur Normalität zurückfand, kam es Ende der 70er Jahre zu einem weiteren Ereignis im arabischen Raum, das zu einem zweiten Ölpreisschock führte, nämlich der Sturz des Schahs von Persien durch die Islamische Revolution unter Ayatollah Khomeini. Dieses fundamentalistische Regime beendete abrupt die Lieferung von Öl. Obwohl dies keine großen weltwirtschaftlichen Folgen hatte, zeigte dies, welchen Einfluss ein islamistischer Umsturz für die Versorgung mit Erdöl zur Folge haben kann.

Die 70er Jahre beinhalteten folglich zwei Ereignisse, bei denen es zu Behinderungen hinsichtlich Erdölversorgung gekommen war; bedenkt man, welchen Stellenwert Erdöl in der Militärplanung sämtlicher Nationen eingenommen hatte, so hätte der Boykott zu Kriegszeiten verheerende Folgen

---

<sup>7</sup> Organisation of Petroleum Exporting Countries

<sup>8</sup> Woyke, Wichard: Internationale Sicherheit, in: Woyke, Wichard(Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 9.Aufl., Bonn 2004, S. 223

für die Krieg führenden Staaten haben können. Zu Beginn der 80er Jahre zeichnete sich eine weitere Beeinträchtigung der langfristigen Erdölversorgung ab, da die Zahl der Neufunde drastisch abgenommen hatte, womit allmählich klar wurde, dass es sich bei dem Rohstoff Erdöl um eine endliche Ressource handelt. Da sich zeitgleich eine erneute Zuspitzung des Ost-West-Konflikts hin zu einer Neuauflage des Kalten Krieges abzeichnete und auf beiden Seiten die militärische Aufrüstung begonnen wurde, stieg erneut der Stellenwert des Erdöls als „strategischer Rohstoff“. Um sich den Zugang zum arabischen Öl weiter abzusichern, begannen die USA den Irak im Krieg gegen das Khomeini-Regime zu unterstützen, da der Iran die Kontrolle über wichtige Öl-Transportwege hatte. Mitte der 80er änderte sich allerdings das weltpolitisch aggressiv gewordene Klima wieder, als mit Michail Gorbatschow ein gemäßiger Politiker die Macht in Moskau übernommen hatte und erste Schritte zur Abrüstung realisiert wurden. Auch stoppten die USA ihre Unterstützung für den Irak und befürworteten eine baldige Beendigung des Konflikts genauso, wie der deutsche Außenminister Hans Dietrich Genscher.

Ende der 80er Jahre hatte sich die Sicherheitspolitik auf beiden Seiten derart entschärft, dass selbst die Vereinigung der beiden deutschen Staaten möglich wurde und das Ende des Ost-West-Konflikts eingeleitet wurde. Die militärische Konfrontation zwischen Ost und West hatte sich deutlich reduziert und die Abrüstung erste reale Konturen angenommen. Zwar deutete nun alles darauf hin, dass die Gefahr eines Weltkriegs gebannt schien und unnötige Kriege um strategische Rohstoffe ins Hintertreffen gerieten. Am 08.08.1990 überfiel jedoch der Irak sein kleines Nachbarland Kuwait, was die Hussein-Regierung mit angeblichen Schrägbohrungen, mit denen Kuwait angeblich irakische Vorkommen anzapfen würde und der ursprünglichen Zugehörigkeit Kuwaits zum Irak begründete. Die Folge dieser Aktion war der Aufmarsch einer gewaltigen Streitmacht im arabischen Raum, in der sich 28 Staaten zusammengetan hatten, um das Emirat Kuwait zu befreien, das im Verhältnis zur Größe des Landes über gewaltige Erdölvorkommen (!) verfügt. Obwohl der Krieg gegen den Irak erfolgreich verlief und Kuwait befreit werden konnte, hält die Wirkung der westlichen Militärpräsenz bis heute an. Was zu diesem Zeitpunkt noch niemand wusste, war, dass die erste alliierte Bombe, die irakischen Boden berührt hatte, der Auslöser für die heute existente

Konfrontation zwischen dem Westen und islamischen Fundamentalisten war, denn die westliche Militärpräsenz hatte dazu geführt, dass Osama Bin Laden dem Westen den Krieg erklärte. Getrieben von seinem Hass auf alles Westliche und nicht-islamische, formierte er in den 90er Jahren ein global agierendes Terrornetzwerk, das aufgrund seiner logistischen und finanziellen Möglichkeiten sogar in der Lage war, die USA auf eigenem Territorium anzugreifen. Der 11. September 2001 war somit nur der Auslöser für den aktuell alles bestimmenden Kampf gegen den Internationalen Terrorismus; die Ursache muss jedoch rund zehn Jahre zuvor gesucht werden. Während der Kampf gegen den Internationalen Terrorismus allgemein geduldet und durch den Sicherheitsrat legitimiert worden war,<sup>9</sup> hatten die USA jedoch infolge der Anschläge damit begonnen ihre politische und militärische Präsenz im Mittleren Ost und in Asien deutlich auszubauen, und zwar über die Grenzen des Notwendigen hinaus. Gemeint ist damit, dass die USA sogar so weit gingen, den Irak, ohne gültiges UN-Mandat anzugreifen und die Hussein-Regierung abzusetzen. Offiziell begründet mit dem Verdacht, dass der Irak trotz aller Sanktionen und durchgeführten Inspektionen über Massenvernichtungswaffen verfügte, entstand sehr schnell der Eindruck, dass es den USA nur darum ging einen neuen Öllieferanten zu bekommen. Es schien also, als wäre das Zeitalter angebrochen, in dem Kriege um Rohstoffe geführt werden, mit dem geographischen und geostrategischen Schwerpunkt Mittlerer Osten.

## 1.2 Aktualität des Themas – Islamismus als neue Bedrohung der westlichen Interessen im Mittleren Osten

Der Irak-Krieg 1991, der vom ersten Moment von manchen Kritikern als ein Krieg um Erdöl bezeichnet wurde, fand zunächst noch bei den meisten arabischen Staaten Unterstützung, da sie selbst eine Gefahr im Irak sahen und Angst vor den Drohungen Saddam Husseins hatten. Diese Situation führte dazu, dass sich die USA als saudi-arabische Schutzmacht deklarierten und die langfristige Stationierung amerikanischer Truppen in Saudi-Arabien

---

<sup>9</sup> Der UN-Sicherheitsrat hatte die Luftangriffe der USA und Großbritanniens gegen das Taliban-Regime in Afghanistan nachträglich erlaubt, da dies als Akt der Verteidigung aufgefasst wurde. Auch die NATO hatte den USA mit der Erklärung, dass der Bündnisfall eingetreten sei, indirekt Rückendeckung für diesen Angriff gegeben.

durchsetzten. Währenddessen schien sich die weltpolitische Situation weiter zu entschärfen, da sich Sowjetunion in einem nicht mehr zu stoppenden Auflösungsprozess befand und die demokratischen Reformer sich durchsetzten. Dies wiederum hatte Folgen für die internationale Stabilität, unter anderem in Europa. So entwickelte sich in Jugoslawien ein Bürgerkrieg, der mit großer Wahrscheinlichkeit zu Zeiten des Ost-West-Konflikts nicht stattgefunden hätte, da die nach Unabhängigkeit strebenden Parteien Angst vor dem Einsatz der Roten Armee haben mussten. Zu Beginn der 90er Jahre und auch in deren weiterem Verlauf schien es, als würden Bürgerkriege und Unabhängigkeitskriege die Konfliktlandschaft der Zukunft beherrschen. Ungeachtet der Tatsache, dass diese Annahme durchaus berechtigt war, entstand im Verborgenen eine neue Bedrohung, die sich in ihrer Art und Weise gänzlich von allen anderen Bedrohungen unterscheidet. Gemeint ist der islamische Fundamentalismus, der sich vor allem in Form des international agierenden islamistischen Terrorismus präsentiert, der sich gegen die zivilisierte Welt stellt und diese mit den abscheulichsten Mitteln zu bekämpfen versucht. Auslöser dieser Entwicklung, wobei der Internationale Terrorismus kein neues Phänomen ist, war der oben beschriebene Irak-Krieg und die damit verbundene Stationierung westlicher Truppen in Saudi-Arabien. Gerade diese Stationierung hat dazu geführt, dass sich Osama Bin Laden mit der saudischen Regierung überworfen und sich zum Ziel gemacht hat, alle westlichen Einflüsse von der arabischen Halbinsel zu verbannen. Für ihn war die Stationierung der fremden Soldaten eine Schändung des Landes in dem die moslemischen heiligen Städte Medina und Mekka liegen. Ausgehend von dieser Situation formte er die gefährlichste Terrorgruppe, die es ja gab: Die Al-Qaida. Bekannt geworden durch ihre Terroranschläge in Kenia, Tansania und auf den US-Zerstörer USS Cole, verdeutlichte sie in fortlaufender Regelmäßigkeit ihre Entschlossenheit die USA und ihre Verbündeten, allen voran Israel, zu bekämpfen. Vorläufiger Höhepunkt ihrer Aktivität waren die Anschläge des 11. Septembers 2001 auf das World Trade Center sowie auf das Pentagon, bei denen es knapp 3.000 Tote zu beklagen gab. Es hätte noch mehr Tote gegeben, wenn die gesamte Planung der Terroristen funktioniert hätte, da auch das Weiße Haus und das Capitol in Washington als ursprüngliche Ziele des schwarzen Dienstags auserkoren waren. Mit dieser Tat hatten die

Terroristen die USA tief in ihrem Herzen getroffen. Die unmittelbare Folge war der Kampf gegen die Taliban in Afghanistan und der umstrittene Krieg gegen das Saddam-Regime im Irak. Obwohl sich die meisten Staaten der Welt an die Seite der USA gestellt haben, um sie im Kampf gegen den Terrorismus zu unterstützen, haben die Anschläge aber auch dafür gesorgt, dass sich einige Teile der Bevölkerung in den arabischen Staaten zunehmend mit der Person Osama Bin Laden identifizieren und ihn als Helden feiern. Er wird als Befreier des Islam verehrt, was seinen Plänen nur in die Hände spielen kann, da er noch immer nicht gefasst ist und aus seinem Versteck heraus weiterhin Einfluss auf den Kampf gegen die USA nimmt. Diese Entwicklung ist gegenwärtig besonders gut im Irak zu sehen, in dem es zu Zeiten Saddam Husseins kaum islamistische Bestrebungen gab, der heute jedoch zu einem Schlachtfeld geworden ist, auf dem sich erbitterte Kämpfe zwischen den Alliierten und irakischen Sicherheitskräften auf der einen Seite und Terroristen auf der anderen Seite abspielen. Dabei kommt es immer häufiger zu Angriffen auf irakische Staatsangehörige, die sich mit den USA verbündet haben, um sie für ihre Kollaboration zu bestrafen. Auch zeigen die Attentate von Madrid im März 2004 und die Terrorakte, die seit dem 11. September 2001 stattgefunden haben deutlich, dass sich der islamistische Terrorismus zu einer ernststen Gefahr entwickelt hat und nach und nach immer mehr Anhänger findet.

Welche weit reichende Bedeutung diese Entwicklung auf lange Sicht für das Verhältnis zwischen dem Westen und den islamischen Staaten haben kann, macht die Entwicklung auf dem Erdölsektor deutlich. Nachdem die OPEC-Staaten in den 60er Jahren die höchste Erdölexportquote zu verzeichnen hatten, sank diese in den darauf folgenden Jahren immer mehr ab, da sich der Westen vermehrt auf die eigenen Ressourcen konzentriert hatte. Seit den 90er Jahren ist jedoch eine Umkehrung dieser Situation zu erkennen, da die eigenen Reserven des Westens stark abgenommen haben, wohingegen der Verbrauch gleichzeitig deutlich gestiegen ist. Da im Mittleren Osten knapp  $\frac{2}{3}$  der weltweiten Ölreserven vorhanden sind,<sup>10</sup> steht fest, dass sich der Focus der Industriestaaten bald wieder auf den Mittleren Osten konzentrieren wird, und das in Zeiten, in denen der Westen zum Hauptfeind islamistischer Bestrebungen geworden ist. Hierbei geht es nicht mehr nur um

---

<sup>10</sup> Die gesicherten Ölvorkommen im Mittleren Osten haben einen Anteil von 61,9% der weltweiten Ölvorkommen. Vgl. hierzu: BP 2006 Statistical Review of World Energy, S. 6

Terroranschläge, obwohl gezielte Anschläge auf wichtige Infrastruktur zur Gewinnung oder zum Transport von Öl einen erheblichen Schaden anrichten würden. Es geht auch um die langfristige Stabilität der einzelnen OPEC-Staaten, die maßgeblich zur weltweiten Öl-Versorgung beitragen, womit in erster Linie Saudi-Arabien, Irak und Iran gemeint sind. Die zunehmende Radikalisierung in der islamischen Welt schürt die Angst, dass es zu islamistischen Umstürzen in den einzelnen OPEC-Staaten kommen kann, womit dem Westen der Zugang zum Öl blockiert würde. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Gefahr, dass es Kriege geben könnte, hinter denen sich die Absicht verbirgt, langfristig den Zugang zum Öl zu sichern. Aber nicht nur gewaltsame Umstürze, sondern auch ein Wechsel in der Politik einiger OPEC-Staaten würden das Risiko eines bewaffneten Konflikts mit westlichen Staaten erhöhen. Zudem kommt noch, dass es in den letzten Jahren zu einer vermehrten Ausbreitung von Massenvernichtungswaffen gekommen ist, die einer konfliktgeladenen Situation eine weitere Brisanz hinzufügen würden und das Undenkbare, den Einsatz atomarer Waffen, Realität werden lassen könnten. Die oben beschriebenen Szenarien stellen eine ernstzunehmende Bedrohung dar, insbesondere, wenn man sich das umstrittene Atomprogramm des Iran oder die Instabilität im Irak betrachtet. Im letzteren Fall ist bislang noch nicht abzusehen, ob das Terrorproblem in den Griff zu bekommen ist oder ob der Irak in den nächsten Jahren in die Hände von Islamisten fällt. Weitaus schwieriger einzuschätzen ist die Gefahr in Saudi-Arabien, das sich zwar als Verbündeter der USA darstellt, jedoch ein fundamentalistisches Potential innerhalb der Bevölkerung aufweist, das nicht zu unterschätzen ist. Dies gilt besonders im Hinblick auf die dortigen Erdölvorkommen, die mit 22%<sup>11</sup> als die größten der Welt gelten und somit von besonderer Bedeutung für die weltweite Versorgung sind.

Die Sicherheit des Mittleren Ostens, vor allem jedoch die Sicherheit Saudi-Arabiens, die Stabilität im Irak und die weitere Entwicklung hinsichtlich des iranischen Atomprogramms entscheiden demnach letztendlich über die Energieversorgung und die damit verbundene Haltung des Status Quo hinsichtlich des Wohlstands sowie der militärischen Einsatzbereitschaft in der westlichen Welt. Ob sich der Westen aus dieser Abhängigkeit lösen kann,

---

<sup>11</sup> BP 2006 Statistical Review of World Energy, S. 6

indem alternative Energien weiterentwickelt werden oder noch verborgene Reserven ans Tageslicht kommen, bleibt abzuwarten. Über kurz oder lang muss dieses Problem jedoch gelöst werden, da die bekannten Öl-Reserven nur noch für ca. 40 bis 50 Jahre reichen. Spätestens dann muss eine Lösung gefunden sein.

### 1.3 Fragestellung

Die Ausführungen in den vorhergegangenen Teilkapiteln zeigen, welche besondere Bedeutung der freie und sichere Zugang zum Erdöl hat. Die Verfügbarkeit von Erdöl hat im 20. Jahrhundert maßgeblich dazu beigetragen nie gekannten Wohlstand, wirtschaftliche Größe und militärische Macht zu erreichen. In der logischen Konsequenz bedeutet ein gehinderter Zugang zur Ressource Erdöl eine Verminderung des Lebensstandards in den Industrienationen bzw. in der OECD-Welt<sup>12</sup> und eine Abschwächung der militärischen Macht. Angesichts dieser Situation befinden sich die aktuellen Entwicklungen im Mittleren Osten, bezüglich der Zunahme islamistischer Potentiale und die weltweite Steigerung des Erdölbedarfs auf Kollisionskurs, sodass man leicht zu dem Schluss kommen kann, dass es in Zukunft zu gravierenden Interessenkonflikten kommen wird, bei denen militärische Auseinandersetzungen nicht mehr ausgeschlossen werden können.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen politischen Gegebenheiten im Mittleren Osten und in Anbetracht steigender Nachfrage von Erdöl beschäftigt sich diese Arbeit schwerpunktmäßig mit der künftigen Rolle des Erdöls im Hinblick auf die langfristige weltweite Energieversorgung und der potentiellen Gefahr von Kriegen um diese Ressource. Die Hypothese, die im Rahmen dieser Arbeit auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüft werden soll, lautet daher: *„Die Bedeutung des Erdöls für die Wirtschaft, aber auch für die militärische Stärke eines Landes, hat einen dermaßen hohen Stellenwert, dass, bedingt durch die Endlichkeit des Öls und bedingt durch die Vielzahl ölabhängiger Staaten, Kriege um diesen Rohstoff in Zukunft unvermeidbar sind,*

---

<sup>12</sup> OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung); Die OECD ist 1961 aus der OEEC (Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit) hervorgegangen, die nach dem Zweiten Weltkrieg um die amerikanischen und kanadischen Hilfen im Rahmen des Marshall-Plans zum Wiederaufbau Europas zu organisieren und zu verwalten, vgl. hierzu: [www.1.oecd.org/deutschland/geschichte.htm](http://www.1.oecd.org/deutschland/geschichte.htm), abgerufen am 11.03.2005 um 11:41 Uhr

*insbesondere dann, wenn die Versorgung durch islamistisches Gedankengut gefährdet ist“.* Die sich daran anschließende Kernfrage, die als „roter Faden“ durch diese Arbeit führen soll, lautet folglich: *„Wie groß ist die Gefahr, dass es, ausgelöst durch die Ressource Erdöl, zu bewaffneten Konflikten zwischen der westlich-industrialisierten Welt und den islamischen, Erdölfördernden Staaten kommen wird?“*

Bevor diese Arbeit jedoch in das Kernthema einsteigt, soll zunächst deutlich gemacht werden, wofür der Rohstoff Erdöl verwendet wird und wie sich die globale Verteilung dieses Rohstoffs gestaltet. Des Weiteren wird veranschaulicht, welchen besonderen Stellenwert die erdölreichsten Staaten des Mittleren Ostens, Saudi-Arabien, Irak und Iran, für die weltweite Erdölversorgung haben und welche Macht die OPEC besitzt, den Westen und alle, die vom Öl abhängig sind, unter Druck zu setzen. Konkret wird aufgezeigt, welchen Einfluss die OPEC bei der globalen Versorgung mit Erdöl hat und inwiefern sie in der Lage ist die Ölpreise zu kontrollieren und welche Auswirkungen dies auf die Weltwirtschaft haben kann. Hierzu wird speziell auf die Ölmarkt- und Ölpreisentwicklung seit Gründung der OPEC eingegangen und welche Schwierigkeiten die OPEC in der Vergangenheit hatte, ihre Position auf dem Ölmarkt zu halten bzw. welche Probleme es innerhalb der Organisation gegeben hat. Vor dem Hintergrund, dass die Erdölvorkommen begrenzt sind und es deshalb in Zukunft zu Verschiebungen auf dem Ölmarkt kommen wird, wird vor allem herausgestellt, welche Reichweiten die verschiedenen Erdöl liefernden Regionen haben und wie sich die Ölversorgung in Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach darstellen wird. Die Leitfrage zu diesem Teilbereich der Arbeit lautet: *„Wie wird sich die Bedeutung des OPEC-Öls in Zukunft entwickeln und welche Auswirkungen wird dies für die Ölversorgung und für den Ölpreis haben?“*

Zweites Ziel dieser Arbeit ist, aufzuzeigen, welche Möglichkeiten die westlichen Staaten haben ihren enormen Energiebedarf durch alternative Energien zu decken und welche Fortschritte diesbezüglich in den letzten Jahren gemacht worden sind. Zwar sind im privaten und industriellen Bereich alternative Energien im Vormarsch, jedoch steckt die Realisierung alternativer Energien für den Verkehr und Transport noch in den Kinderschuhen, was aller Wahrscheinlichkeit nach, noch eine lang andauernde Abhängigkeit vom Erdöl

zur Folge haben wird. Ob sich die westlichen Staaten dennoch oder gerade deshalb weiter bemühen auch auf diesem Sektor serienreife Alternativen zu entwickeln, soll zusätzlich untersucht werden. Die Leitfrage zu diesem Teilbereich lautet: *„Können alternative Energien in absehbarer Zeit Erdöl in allen wichtigen Sparten als primären Energieträger ablösen?“*

Nachdem diese Punkte untersucht worden sind, steigt die Arbeit in das Kernthema ein, um sich, aufbauend auf die bisherigen Ergebnisse, mit der potentiellen Gefahr von Kriegen im Mittleren Osten zu befassen. In Bezug auf die Gefahr von Kriegen geht es daher im Kern darum, darzustellen, welchen konkreten Einfluss die Zunahme islamistischer Strömungen auf den Export von Erdöl aus der Golfregion haben kann und welche Auswirkungen dies für die Weltwirtschaft, aber auch für die internationale Sicherheitspolitik haben kann. Die Arbeit widmet sich diesbezüglich einerseits dem Bereich des Islamistischen Terrorismus und andererseits beschäftigt sie sich mit den drei größten Erdöllieferanten des Mittleren Ostens hinsichtlich ihrer Stabilität und des von ihnen ausgehenden Gefahrenpotentials. Im Bereich des Islamistischen Terrorismus geht es vornehmlich darum, herauszuarbeiten, welche Motivation hinter dem Islamistischen Terrorismus steckt und welche Möglichkeiten islamistische Terrorgruppen haben, die Erdölförderung zu stören, stabile Regierungen zu gefährden oder gar zu stürzen. Im Anschluss daran thematisiert die vorliegende Arbeit die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage der Staaten Saudi-Arabien, Irak und Iran. Bezüglich Saudi-Arabiens verfolgt die Arbeit vornehmlich das Ziel, herauszustellen, ob Saudi-Arabien auch zukünftig als Partner des Westens eingeplant werden kann, oder ob die Regierung in Riad Gefahr läuft von islamistischen Strömungen gestürzt zu werden. In Bezug auf den Irak gilt es dahingegen die derzeitige, gewaltgeladene Situation zu beurteilen und Schlüsse daraus zu ziehen, ob sich die neue Regierung bzw. das neue System gegen islamistische Einflüsse wehren kann, oder ob das Land endgültig im Bürgerkrieg versinkt, was zur Folge hätte, dass der Irak als zuverlässiger Öllieferant ausfiele. Die Beurteilung des Iran ist in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung, da die von Natur aus antiwestlich eingestellte Regierung dazu übergegangen ist, den Westen mit seinem umstrittenen Atomprogramm derart zu provozieren, dass eine militärische Auseinandersetzung schnell zu einer Option werden kann. Hier

geht die Arbeit vor allem darauf ein, ob ein solcher Krieg mit Zustimmung des Sicherheitsrats möglich wäre, oder ob „der Westen“ bereit wäre, einen Alleingang zu starten, wobei dies vitale Interessen Russlands und Chinas beeinträchtigen würde. Aber nicht nur das iranische Atomprogramm findet in diesem Kontext Betrachtung, sondern auch das Streben islamistischer Terrorgruppen nach Massenvernichtungswaffen, das als reales und bedrohliches Thema einzustufen ist, da es mittlerweile genügend Hinweise darauf gibt, dass es in der Vergangenheit bereits sehr häufig vorgekommen ist, dass Terroristen entsprechendes Know-How oder gar derartige Stoffe erwerben wollten. Die Leitfragen zu diesem Teil der Arbeit lauten daher: *„Welche Möglichkeiten haben islamistische Terroristen, den Zugang zum Erdöl zu behindern oder gar zu blockieren, und welche Rolle könnten in diesem Zusammenhang Massenvernichtungswaffen spielen? Da die Erdölversorgung jedoch nicht nur durch terroristische Gruppen beeinträchtigt werden kann, sondern auch durch politische Umstürze, wie dies 1979 im Iran der Fall war, ergibt sich eine weitere Leitfrage, die geklärt werden muss, nämlich: „Wie stabil sind die drei erdölreichsten Staaten der Golfregion (Saudi-Arabien, Irak und Iran) und wie wird sich deren Stellung in Bezug auf die zukünftige weltweite Ölversorgung entwickeln?“* Konkret werden in diesem Zusammenhang drei Sachverhalte erläutert und geklärt: *1. Ist die saudische Regierung auch in Zukunft in der Lage sich gegen islamistische Bewegungen im eigenen Land zu wehren? 2. Kann der Irak befriedet und die Regierung in Bagdad dermaßen gestärkt werden, um die Grundlage für eine zuverlässige (Öl-)Partnerschaft mit dem Westen zu schaffen? 3. Treibt das iranische Atomprogramm die Golfregion in einen neuen Krieg; wie würden sich Russland und China verhalten und welche sicherheits- und energiepolitischen Folgen hätte eine bewaffnete Auseinandersetzung mit dem Iran?*

Bezog sich die Arbeit bis hierhin nur auf die Möglichkeit, dass islamistische Strömungen Einfluss auf die Versorgung mit Erdöl nehmen könnten, sei es in Form von islamistischen Terrorgruppen oder in Form von islamistisch-politischen Gruppierungen innerhalb der oben genannten Staaten, so sollte auch die Möglichkeit bedacht werden, welche Folgen es haben könnte, wenn der Westen innerhalb eines kurzen Zeitraums Technologien zur Serienreife brächte, die eine Loslösung vom arabischen Erdöl bedeuten würden. Die

wirtschaftlichen Folgen für diese Staaten wären kaum abzusehen, wenn man hier das Beispiel Saudi-Arabien anführt, dessen Wirtschaft sich zu 70% auf den Export von Öl stützt. *„Welche Folgen hätte dies für die jeweilige Bevölkerung und wie würde sich dies auf die wirtschaftliche wie auch für die politische Stabilität auswirken? Und wie könnte der Westen helfen, um diesen Staaten eine neue wirtschaftliche Basis zu verschaffen?“*

Obwohl es zurzeit noch genügend Erdölreserven gibt, um den aktuellen Verbrauch zu decken, wird davon ausgegangen, dass etwa 90% der weltweiten Reserven bekannt sind, was zur Folge hat, dass die globale Versorgung nur noch etwa 40-50 Jahre gewährleistet werden kann. Die Konsequenz dieser Entwicklung wäre, dass sich die Industrie- und Schwellenländer rechtzeitig um Alternativen zum Erdöl bemühen müssten, indem entsprechende Technologien entwickelt bzw. weiterentwickelt würden. Gleichzeitig wären die OPEC-Staaten gezwungen ihrerseits Alternativen für die ausbleibenden Petro-Dollars zu finden, damit nicht der bereits erwähnte Fall eintritt, dass Fundamentalisten die Schwäche der Wirtschaft ausnutzen, um einen „Gottesstaat“ mit anti-westlichen Ambitionen zu schaffen. Um die Gefahr einer solchen Entwicklung jedoch dauerhaft zu reduzieren, müssen bereits jetzt Pläne entwickelt werden, um die OPEC-Staaten, die sich als verlässliche Partner erwiesen haben, vor dieser Situation zu bewahren. Diese Arbeit wäre daher unvollständig, wenn am Ende nicht der Versuch unternommen würde, basierend auf den Ergebnissen der Untersuchung entsprechende Lösungsansätze zu bieten, die geeignet wären, einer drohenden Eskalation entgegenzutreten. Hierbei soll und kann keine Patentlösung erwartet werden; es sollen lediglich Ideen und Ansatzpunkte erörtert werden, die zu einer friedlichen Beilegung kommender Dispute beitragen könnten. Die letzte und entscheidende Leitfrage, die die Arbeit komplettieren wird, lautet also: *„Welche Maßnahmen können getroffen werden, um die Gesamtsituation zu entschärfen, mit dem Ziel einen dauerhaften Frieden zwischen der moslemischen Welt und der christlichen Staatengemeinschaft zu gewährleisten?“*

Zusammenfassend ergeben sich also für das formulierte Thema eine Reihe von Gesichtspunkten, die bei der Bearbeitung nicht außer Acht gelassen werden dürfen, wenn eine möglichst realistische Beurteilung darüber abgegeben werden soll, ob die Ressource Erdöl über kurz oder lang den

Frieden, sofern man heutzutage davon reden kann, nachhaltig stören wird oder nicht. Gerade die Vielzahl der Fragen, die sich in Vorbereitung auf dieses Thema ergeben haben, spiegelt die Komplexität und die Sensibilität des Themas wider. Dies fordert unwillkürlich eine enorme Sorgfalt bei der Interpretation der sicherheitspolitischen, energiepolitischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten, die im Rahmen des Themas herangezogen und ausgewertet werden müssen.

#### 1.4 Gliederung der Arbeit

Obschon im vorangegangenen Teilkapitel dargestellt worden ist, welche inhaltlichen Schwerpunkte in dieser Arbeit gesetzt werden, bedarf es noch einer kurzen schematischen Darstellung über den Gesamtaufbau dieser Arbeit.

Wie man bis hierher sehen konnte, beginnt diese Arbeit im klassischen Stil mit einer Einleitung, in der das Thema der Dissertation sowie die Fragestellung und die zu überprüfende These vorgestellt wird; die Einleitung stellt das erste Kapitel dar. Daneben wird in der Einleitung darauf eingegangen, welche Methoden zur Informationsgewinnung und zur Informationsanalyse herangezogen werden und wie sich der derzeitige wissenschaftliche Forschungsstand bezüglich des Themas dieser Arbeit präsentiert. Ebenfalls wird in der Einleitung ein Überblick darüber abgegeben, welche Arten von Quellen und Literatur für die Bearbeitung des Themas herangezogen wurden.

Im Anschluss an die Einleitung beginnt mit dem zweiten Kapitel der eigentliche inhaltlich-analytische Teil der Arbeit. Hierbei konzentriert sich die Untersuchung zunächst auf den Rohstoff Erdöl, und zwar derart, dass herausgestellt wird, wie vielschichtig der Rohstoff heutzutage eingesetzt wird, wie sich die globale Verteilung dieses Rohstoffs darstellt und welche Bedeutung die OPEC im Bereich der Ölförderung eingenommen hat. Nach einer kurzen Beurteilung der OPEC hinsichtlich ihrer Stärke und Schwächen, geht die Arbeit dazu über, Alternative Energien vorzustellen, die oftmals als möglicher Ersatz für den Energieträger Öl bezeichnet werden. In diesem Abschnitt wird erläutert, wie diese Energiearten funktionieren, wie deren Verfügbarkeit ist und welche realistischen Möglichkeiten bestehen, das dieses eines Tages den Rohstoff Erdöl als Energieträger ablösen können. Abgeschlossen wird das zweite Kapitel mit einem Fazit, in dem Erdöl und die

Alternativen Energien hinsichtlich ihrer Vor- und Nachteile direkt miteinander verglichen werden.

Danach richtet sich das Augenmerk der Untersuchung im dritten Kapitel auf das Phänomen des Islamismus in Verbindung mit der Anwendung terroristischer Methoden. Konkret bedeutet dies, dass, nach einer kurzen Darstellung des Islam als Religion, der Begriff des Islamismus definiert und seine Entstehungsgeschichte von den Ursprüngen erster islamistischer Bewegungen bis in die Gegenwart nachgezeichnet wird. Notwendig ist dieser, zum Teil sehr historisch anmutende Abschnitt, um den Hass und die Abneigung der Islamisten gegen jeglichen westlichen Einfluss nachvollziehen zu können und um zu verstehen auf welcher Grundlage die heutige angespannte Situation basiert. Die Betrachtung der Muslimbruderschaften und des „Vaters“ des modernen Islamismus Sayid Qutb wird hierbei eine besondere Rolle spielen, da diese beiden Faktoren maßgeblichen Einfluss auf Osama Bin Laden genommen haben und ihn zu dem gemacht haben, was er ist: der meistgesuchte Mann der (westlichen) Welt. Nachdem die Grundlagen des modernen Islamismus geklärt sind, vertieft die Arbeit den Themenbereich des islamistischen Terrorismus und damit verbunden, die Bedrohung, die von der Al-Qaida ausgeht. Abgesehen von der klassischen Gefahr, die von der Al-Qaida in Form von Terroranschlägen ausgeht, wird hier Bezug genommen auf die Gefahr, die von der Al-Qaida für die Erdölversorgung ausgehen könnte und wie groß die Gefahr ist, dass sich die Al-Qaida Massenvernichtungswaffen beschafft oder selbst entwickelt, um diese gegen westliche Interessen einzusetzen. Mit westlichen Interessen ist in diesem Fall die Erdölversorgung gemeint, die durchaus Ziel eines Anschlags, mittels unkonventioneller Waffen, werden könnte. Da es im internationalen Recht jedoch Verträge und Übereinkommen darüber gibt, wie man (die Unterzeichnerstaaten) mit diesen Waffen und den dazu gehörigen Technologien umzugehen hat, wird diesem Teilkapitel ein Exkurs vorangesetzt, in dem die internationalen Sicherungssysteme zur Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen vorgestellt werden. Und zwar geschieht dies bezüglich ihrer inhaltlichen Vor- und Nachteile und der daraus abzuleitenden Gefahr, dass derartige Waffen, trotz der Verträge, leicht in die Hände von Terroristen geraten können. Daran anschließend werden verschiedene

Szenarien und Möglichkeiten erörtert, wie Terroristen in den Besitz von Massenvernichtungswaffen kommen könnten und wie und ob diese gegen die Erdölindustrie einsetzbar sind. Abgeschlossen wird dieses Kapitel mit einer Beurteilung darüber, ob der Islamistische Terrorismus generell, das heißt, entweder mit konventionellen oder aber mit unkonventionellen Waffen, als eine ernstzunehmende Bedrohung für die Versorgung mit Erdöl eingestuft werden kann.

Das vierte und mit Abstand umfangreichste Kapitel dieser Arbeit untersucht die politische Stabilität der drei großen Erdöllieferanten Saudi-Arabien, Irak und Iran. Dabei wird zunächst herausgestellt, welche historische Entwicklung die jeweiligen Staaten durchlaufen haben, und wie sich dies auf das Verhältnis zum Westen ausgewirkt hat. Beginnend mit Saudi-Arabien, wird beispielsweise darauf eingegangen, wie sich das schon traditionelle Bündnis mit den USA entwickelt hat und welche Bedeutung in diesem Zusammenhang das saudische Erdöl hat. Aber nicht nur die Beziehungen zu den USA werden in diesem Kapitel thematisiert, sondern vor allem das politische System, die wirtschaftliche Lage sowie die soziale Struktur des saudische Königreichs werden untersucht, um die Stabilität dieses wichtigen Öllieferanten zu beurteilen. Hintergrund für diese Untersuchung und der Frage nach der Stabilität Saudi-Arabiens sind die in den letzten Jahren immer stärker auftretenden islamistischen Bewegungen in Saudi-Arabien, die in Saudi-Arabien selber, aber auch in der westlichen Welt als potentielle Bedrohung für den Fortbestand der Partnerschaft und der damit unweigerlich verbundenen Versorgung mit Öl aufgefasst werden. Der zweite Staat, der in diesem Kontext untersucht wird, ist der Irak, der ebenfalls über große Erdölvorkommen verfügt, und der seit der Machtübernahme Saddam Husseins maßgeblich zur Destabilisierung der Golfregion beigetragen hatte. Nachdem als erstes der Aufstieg Saddam Husseins nachgezeichnet worden ist, wird sich die Arbeit dann darauf konzentrieren die Hintergründe und Motive herauszuarbeiten, die zu den beiden ersten Golfkriegen geführt haben. Bereits hier wird darauf eingegangen, welche Rolle der Faktor Erdöl gespielt haben könnte bzw. gespielt hat. Daran anschließend, wird sich die Arbeit mit den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen, die sich im Zuge des zweiten Golfkriegs 1991 für den Irak ergeben haben, befassen, um Rückschlüsse darauf zu ziehen,

welche reale Motivation hinter dem Angriff der USA auf den Irak 2003 zu vermuten ist. Die Frage, die sich vor allem stellt, ist die Frage danach, ob der Krieg wegen des irakischen Öls geführt wurde, oder ob es dabei wirklich darum ging, die Gefahr, die von möglichen irakischen Massenvernichtungswaffen ausging, einzudämmen. Vervollständigt wird dieses Teilkapitel dann mit einer Untersuchung der Situation nach dem Golfkrieg von 2003 und den direkten Folgen für die politische und gesellschaftliche Stabilität im Irak und den möglichen Auswirkungen auf das Verhältnis zum Westen und der Rolle als zusätzlicher künftiger Öllieferant. Der letzte Themenbereich des vierten Kapitels beschäftigt sich mit dem Iran, der seit der Islamischen Revolution von 1979 für den Westen allgemein nur noch bedingt als Partner zur Verfügung steht und der vor allem aus Sicht der USA eine Bedrohung für die Stabilität im Mittleren Osten darstellt. Da der Iran bis 1979 jedoch ein enger Verbündeter des Westens war, wird in einem ersten Schritt aufgezeigt, weshalb sich der ehemalige Partner zu einem Unsicherheitsfaktor und anti-westlich orientierten Staat entwickelt hat. Hierzu wird das politische System der Islamischen Republik Iran untersucht, wobei der Fokus auf die genaue Machtverteilung zwischen den weltlichen und islamisch-klerikalen Staatsorganen gerichtet sein wird. Nach einer kurzen Übersicht über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Verhältnisse im Iran, wird sich die Arbeit daraufhin mit den Außenbeziehungen des Iran beschäftigen. Gleichzeitig wird auch darauf eingegangen, welche innenpolitischen und sozialen Probleme vorherrschen und wie die unterschiedlichen iranischen Regierungen versucht haben, diese zu beheben. Thematischer Schwerpunkt dieses Teilkapitels wird daraufhin das iranische Atomprogramm und die iranische Außenpolitik unter Präsident Ahmadinedschad sein. Davon ausgehend, dass sich der Iran strikt weigert die Urananreicherung zu stoppen und die Forderungen der internationalen Staatengemeinschaft zu erfüllen, hat sich hier ein Konfliktherd entwickelt, der schnell in einer militärischen Auseinandersetzung münden kann. Ziel der Untersuchung wird daher sein, herauszuarbeiten, ob und welche Möglichkeiten bestehen den aktuellen Konflikt friedlich zu lösen und welche Folgen ein Krieg für die internationale Sicherheitspolitik hätte. Entsprechend des Themas dieser Arbeit, wird darüber hinaus auch diskutiert, welche Rolle das iranische Erdöl bei der Entscheidung über Krieg oder Frieden spielen

könnte. Es soll also die Frage beantwortet werden, ob das iranische Atomprogramm nur ein Vorwand für einen neuen Golfkrieg sein könnte, damit die USA die Kontrolle über das iranische Erdöl bekommen, oder ob ein neuer Golfkrieg wirklich nur deshalb geführt würde, um der Bedrohung durch iranische Atomwaffen zu begegnen.

Das fünfte und letzte Kapitel wird eine Zusammenfassung der einzelnen Ergebnisse sowie die Beantwortung der eingangs gestellten Kernfrage beinhalten. Zudem wird die These, dass zukünftig Kriege wegen Erdöl geführt werden, basierend auf den Ergebnissen der vorangegangenen Untersuchungen, auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüft. Darüber hinaus werden in diesem Kapitel Lösungsvorschläge gemacht, die darauf abzielen, rohstoffbedingte Kriege zu verhindern. Hier geht es einerseits darum Lösungsansätze zu bieten, wie z.B. vom Öl-Export abhängige Staaten, neue Einnahmequellen erschließen können, mit deren Hilfe neue wirtschaftliche Fundamente entwickelt werden können, um „die Zeit nach dem Öl“ wirtschaftlich und politisch stabil zu überstehen. Zudem sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie sich das Verhältnis zwischen der islamischen Welt und dem Westen entspannen kann, ohne dass Regierungen gewaltsam durch neue, westlich orientierte Politiker, ersetzt werden. Was ebenfalls in das Schlusskapitel einfließen wird, sind Lösungsansätze hinsichtlich der künftigen Energieversorgung der Industriestaaten. Hier werden besonders Möglichkeiten aufgezeigt, wie der hohe Erdölbedarf eingeschränkt werden kann, indem bereits vorhandene Technologien effizienter eingesetzt werden, und wie noch in der Entwicklung befindliche Methoden zur Energiebereitstellung künftig genutzt werden können.

### 1.5 Methodische Herangehensweise

Wenngleich es sich bei der oben genannten These um eine empirische Aussage handelt, die im Rahmen der vorliegenden Arbeit hinsichtlich ihres Wahrheitsgehaltes überprüft werden soll, so darf diese Studie, trotz des empirischen Schwerpunktes, nicht als rein empirisch-analytisches Beispiel politikwissenschaftlicher Arbeit verstanden werden. Diese Arbeit verknüpft vielmehr empirische und normative Forschungsansätze, da es im Verlauf der Studie einige Themenbereiche gibt, bei denen, aufbauend auf den Ergebnissen

der empirischen Auseinandersetzung mit dem Thema, normative Aussagen getätigt werden.

Im Rahmen der *empirischen* Untersuchung des Themas und der damit verbundenen These bedient sich diese Arbeit verschiedener Methoden der Informationsgewinnung und Informationsanalyse. In Bezug auf die Informationsgewinnung nimmt vor allem die Analyse der vorhandenen Sekundärliteratur eine besondere Stellung ein. Hierzu wird vornehmlich auf Monographien, Sammelbände und Aufsätze zurückgegriffen, mit deren Hilfe Basisinformationen des jeweiligen Themenbereichs erarbeitet werden. Aufbauend auf diesen Dokumenten, werden darüber hinaus auch jene Dokumente zur Informationsgewinnung herangezogen, die noch keiner wissenschaftlichen Interpretation unterzogen wurden, wie zum Beispiel Verfassungstexte und Internationale Verträge oder aber auch Statistiken, in denen Daten zu bestimmten Sachverhalten zusammengetragen wurden. Während sich die Verfassungstexte vor allem dazu eignen, das politische System einzelner Staaten zu charakterisieren, was mitunter Aufschluss über deren Haltung gegenüber dem Westen gibt, als Beispiel kann hier die iranische Verfassung von 1979 angeführt werden, ermöglichen indes Statistiken die Darstellung der wirtschaftlichen Ausrichtung und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Staates. Hiermit können wirtschaftliche Schwächen aufgezeigt werden, die sich als destabilisierende Faktoren für die Stabilität eines Staates erweisen können; Anwendung wird dies vor allem bei der Beurteilung Saudi-Arabiens finden. Zusätzlich bieten Statistiken auch noch die Möglichkeit soziale und religiöse Besonderheiten einer Region oder eines Staates aufzuzeigen, was für die Beurteilung bezüglich der Stabilität eines Staates ebenfalls von besonderer Bedeutung sein kann; vor dem Hintergrund der massiven Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Religionsgruppen im Irak, wird vor allem hier die Beurteilung der innerirakischen Sicherheitslage mittels entsprechender Statistiken erfolgen. Aber nicht nur bezüglich der Informationsgewinnung wirtschaftlicher und/oder ethnischer Gegebenheiten in einem Staat, sondern auch in Hinblick auf die, im zweiten Kapitel vollzogene, Darstellung der globalen Verteilung des Rohstoffs Erdöl und der derzeitigen Verwendung der verschiedenen Energieträger bilden Statistiken das Rückgrat der Informationsgewinnung. Weitere Dokumente, die vor allem im zweiten

Kapitel zur Informationsgewinnung beitragen, entstammen zum Teil der offiziellen Berichterstattung von Organisationen, Regierungen und Unternehmen die jedoch aufgrund ihrer interessenbedingten einseitigen Sichtweise zum Teil sehr kritisch zur Kenntnis genommen werden müssen. Da sich das zweite Kapitel auch mit den Alternativen Energien beschäftigt und in diesem Zusammenhang die Frage beantwortet werden soll, ob diese Energien derzeit in der Lage sind, das Erdöl als wichtigsten Energielieferanten abzulösen, muss der Bereich der klassischen politikwissenschaftlichen Literatur verlassen und fachfremde Literatur bei der Ausarbeitung miteinbezogen werden. Hierbei kommen insbesondere Werke und Abhandlungen aus dem Bereich der Physik und Chemie zum Einsatz, da nur diese Dokumente qualitativ und quantitativ relevante Informationen enthalten. In der politikwissenschaftlichen Literatur findet sich dagegen nur eine Aneinanderreihung von Daten, die mangels technischer Erklärungen nicht ausreichen, um die Gesamtproblematik zufrieden stellend darzustellen. Internationale Verträge, als weitere Gruppe von Dokumenten, die nicht der Sekundärliteratur angehören, verweisen hingegen auf den Status, den ein Staat innerhalb der internationalen Politik eingenommen hat und welchen Rechten und Pflichten dieser Staat unterlegen ist. Insbesondere in Bezug auf die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und deren Weitergabe an terroristische Gruppen sowie in Bezug auf das iranische Atomprogramm bilden die Verträge über die weltweite Begrenzung bzw. das Verbot bestimmter Waffen die Grundlage zur Beurteilung neuer Gefahrenherde und der damit verbundenen Gefahr militärischer Auseinandersetzungen. In diesem Zusammenhang bilden ebenfalls die offiziellen Dokumente der Bundesregierung, in Form der jährlich erscheinenden „Rüstungskontrollberichte“, eine gute Quelle zur Erschließung sicherheitspolitischer relevanter Daten und Ereignisse, zumal sie auch in gewisser Weise die politische Haltung der deutschen Regierung widerspiegeln.

Neben der Datenerhebung mittels der Analyse von Dokumenten, bedient sich diese Arbeit auch der Methode der Beobachtung. Insbesondere die Beobachtung der Entwicklung auf dem Ölsektor bezüglich der Preisentwicklung, die Aktivitäten terroristischer Gruppierungen, die Entwicklung der innerirakischen Situation sowie der weitere Verlauf bezüglich

des iranischen Atomprogramms erfordern eine stetige Beobachtung. Sekundärliteratur oder gar andere oben bereits genannte Dokumente können in diesen Fällen nur wenige Informationen liefern, da sie sich immer nur auf einen bereits vergangenen Zeitraum beschränken und somit dem Anspruch der Aktualität nicht gerecht werden können. Es ist daher unumgänglich die oben genannten Themen derart zu beobachten, dass man Zeitschriften und Nachrichtensendungen als zusätzliche Quellen der Informationsgewinnung heranzieht. Fasst man die dargestellten Methoden der Informationsgewinnung im Rahmen des zugrunde liegenden empirischen Forschungsansatzes zusammen, so zeigt sich, dass das Hauptaugenmerk bei der Informationsgewinnung auf die Analyse von Textdokumenten gerichtet ist. Zwar wird zum Teil auch die Methode der Beobachtung angewandt, jedoch geschieht dies im Verhältnis zur Dokumentenanalyse in einem deutlich geringeren Ausmaß. Textdokumente jedweder Art bilden also die informatorische Basis der vorliegenden Arbeit. Ausgewertet und analysiert, werden die dabei gesammelten Informationen durch die klassische hermeneutische Methode und durch die juristische Methode, gerade, wenn es um die Bearbeitung und Interpretation von Gesetzen und Verfassungstexten geht.

Obwohl sich der empirische und der normative Forschungsansatz hinsichtlich ihrer Fragestellung und Aussage deutlich voneinander unterscheiden, so bedienen sich jedoch beide Ansätze ähnlicher bzw. gleicher Methoden bezüglich der Informationsgewinnung und der anschließenden Informationsanalyse. In dieser Arbeit, bei der die oben genannte These den Mittelpunkt der Untersuchung darstellt, überwiegt zwar der Anteil des empirischen Forschungsansatzes, jedoch wird in einigen Kapiteln auch auf die normative Schule zurückgegriffen, insbesondere, wenn es darum geht, bestehende Zustände in Hinblick auf das Gesamtthema zu bewerten, um daran anschließend Lösungsvorschläge für etwaige Missstände zu unterbreiten. Dies wird beispielsweise im zweiten Kapitel der Fall sein, wenn die alternativen Energien thematisiert werden. Hier wird sich der normative Ansatz insbesondere darauf konzentrieren potentielle Verbesserungen hinsichtlich der Nutzungsmöglichkeiten derartiger Energien vorzuschlagen bzw. deren generelle Tauglichkeit als zukunftsweisende Technologie zu diskutieren. Es

wird sich also an die empirische Darstellung des Sachverhaltes, eine normative Beurteilung, mit einer darauf aufbauenden Handlungsanweisung zur Veränderung der jeweiligen Situation, anschließen. Ein ähnliches Prozedere wird sich auch bei der Betrachtung der nationalen Begebenheiten Saudi-Arabiens, Iraks und Irans zeigen. Aufbauend auf den Ergebnissen des empirischen Erkenntnisweges sollen die vorherrschenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen daraufhin überprüft werden, welche konkreten Probleme existieren oder in Zukunft existieren könnten und welche Möglichkeiten bestehen, diese Probleme zu beheben. Handelte es sich bei diesen beiden Beispielen für das Einfließen normativer Forschungsansätze nur um einzelne Themengebiete, so wird der normative Forschungsansatz im Schlusskapitel wesentlich stärker zur Geltung kommen. Die Hauptaufgabe des Schlusskapitels liegt zwar darin, die eingangs gestellte These zu verifizieren bzw. zu falsifizieren und die dazu gehörigen Leitfragen zu beantworten, jedoch soll dort auch darauf eingegangen werden, wie die verschiedenen staatlichen und globalen Begebenheiten, die im Zuge der empirischen Erarbeitung des Themas aufgezeigt wurden, verändert, vor allem jedoch verbessert werden können.

Wie zu Beginn dieses Kapitels bereits beschrieben, stellt die vorliegende Arbeit keineswegs eine klar definierte empirische oder normative Studie dar, sondern sie soll als eine Arbeit verstanden werden, die beide politikwissenschaftliche Forschungsansätze nutzt, um die Gesamtproblematik des zu bearbeitenden Themas klar, konkret und möglichst vollständig darzustellen. Darüber hinaus soll die Arbeit auch dazu anregen, dass der normative Teil, also all jene subjektiven Lösungsvorschläge, die im Verlauf der Arbeit vereinzelt, am Ende jedoch gebündelt, vorgestellt werden, als Diskussionsgrundlage für künftige Entscheidungen dienen, sei es, wenn es um die künftige Ausrichtung der westlichen Energiepolitik geht, oder sei es, wenn politische Entscheidungen hinsichtlich des künftigen Verhältnisses zwischen der westlichen und islamischen Welt getroffen werden sollen (oder) müssen.

### 1.6 Forschungsstand

Die Frage nach der zukünftigen Entwicklung auf dem Energiesektor und der künftigen Rolle des Rohstoffs Erdöl ist spätestens seit dem Ölpreisschock von

1973 ein, in der Wissenschaft, oft angesprochenes Problem; allerdings findet die wissenschaftliche Beschäftigung mit diesem Thema nicht immer auf demselben Niveau statt. Die Intensität, mit der sich die Wissenschaft mit diesem Thema beschäftigt, hängt vielmehr davon ab, ob sich irgendein Ereignis negativ auf die Ölversorgung oder den Ölpreis ausgewirkt hat oder noch auswirkt. Gemeint ist hiermit, dass in Zeiten niedriger Preisniveaus und sicheren Versorgungszuständen kaum wissenschaftliche Beiträge veröffentlicht werden, die sich mit dem Thema Erdöl bezüglich seiner Endlichkeit und möglicher Alternativen befassen; einfach aus dem Grund, weil augenscheinlich keine Notwendigkeit besteht. Steigen jedoch die Preise oder aber kommt es zu einem sicherheitspolitischen Zwischenfall, bei dem der Rohstoff Erdöl in irgendeiner Weise involviert sein könnte, oder aber es werden Klimastudien veröffentlicht, die das „Ende der Welt“ vorhersagen, wenn man sich nicht bald von den fossilen Brennstoffen trennt, wird das Thema wieder aufgegriffen und in teils dramatischer Weise zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen gemacht. Diese etappenweise und situationsabhängige Beschäftigung mit dem Thema hat dazu geführt, dass sich der dazugehörige quantitative literarische Bestand auf einem sehr „überschaubaren“ Niveau befindet. Auch hinsichtlich der Qualität weist dieses Thema einige Defizite auf, da sich die einzelnen Publikationen stets nur in einem kleinen thematischen Kreis aufhalten. So beschäftigt sich beispielsweise Franz Alt in seinem Buch „Krieg um Öl oder Frieden durch Sonne“ zwar mit der Gefahr, dass die Abhängigkeit vom Erdöl eines Tages zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen wird, jedoch eröffnet er in seinem Buch gleichzeitig ein neues Problemfeld, indem er dafür plädiert groß angelegte Solaranlagen in Nordafrika zu installieren, die Europa mit Strom versorgen sollen. Das Kernproblem, nämlich die energiepolitische Abhängigkeit von anderen Staaten oder Regionen und die damit verbundene potentielle Gefahr der Erpressbarkeit, werden in diesem Kontext jedoch nicht erwähnt. Auch wird in diesem Buch nicht darauf hingewiesen, dass die Stromerzeugung gar nicht das Hauptproblem darstellt, sondern die Bereitstellung von ölunabhängigem Treibstoff (wird später genauer erläutert), da dieser Nutzungsbereich das Gros des Erdölbedarfs ausmacht. Andere Werke, die sich mit dem Bereich der Alternativen Energien beschäftigen, zu nennen sind hier vor allem die offiziellen Berichte der Bundesregierung,

basieren andererseits zumeist auf einer umweltpolitischen Motivation, bei der sicherheitspolitische Aspekte kaum oder gar nicht zur Geltung kommen. Hierbei werden vor allem die Klimaerwärmung und der steigende Ausstoß von CO<sup>2</sup> als Gründe für die Einführung und Weiterentwicklung umweltfreundlicher Energien angeführt, jedoch mangelt es hier an sicherheitspolitischen Argumenten. Ohne den Sinn des Umweltschutzes schmälern und die Vertreter einer solchen Denkweise angreifen zu wollen, so werden in diesen Veröffentlichungen gerne Probleme, die sich bei der Verwirklichung der Vorhaben ergeben, nur peripher angesprochen. Zudem werden hierbei wichtige Informationen bezüglich des aufzuwendenden finanziellen Potentials nur in unzureichender Weise dargestellt, da die Verwirklichung eines Großteils der Alternativen Energien mit einem nicht zu unterschätzenden finanziellen Aufwand verbunden ist. Dennoch sind derartige Publikationen wichtige Hilfsmittel bei der hier zugrunde liegenden Problematik, da in ihnen eine zum Teil sehr detaillierte Darstellung sämtlicher Alternativen Energien zu finden ist, die durch eine ebenso detaillierte Vorstellung der jeweiligen Technologie ergänzt wird. Gerade in diesem Zusammenhang stellt das Buch „Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik“ von Markus Walder eine sehr nützliche Grundlage dar, weil hier sowohl die Technologie, als auch die Kosten im Verhältnis zum Nutzen (und der generellen Machbarkeit) der jeweiligen Energieart beschrieben werden. Da sich jedoch keine der vorhandenen Studien und Publikationen konkret mit der Frage beschäftigt, wie sich die Industriestaaten, mittels alternativer Energien, in vollem Umfang vom Erdöl als derzeit wichtigsten Energieträger lösen können, um so potentiellen militärischen Auseinandersetzungen entgegenzutreten, entsteht eine Lücke, die im Rahmen der vorliegenden Arbeit geschlossen werden soll.

Übergehend auf den zweiten Themenbereich dieser Arbeit, der sich mit dem Islamismus und dem international agierenden islamistischen Terrorismus beschäftigt, zeigt sich im Gegensatz zum oben genannten Themenbereich eine quantitativ und qualitativ wesentlich bessere Auswahl an Studien und Abhandlungen. Auffallend ist hierbei jedoch, dass es hinsichtlich der wissenschaftlichen Betrachtung des Islamismus unterschiedliche Ausrichtungen gibt. Zum einen beschäftigt sich die Wissenschaft mit dem

Islamismus als politische Ideologie<sup>13</sup>, die darauf abzielt islamische Gottesstaaten zu erschaffen und die überregionale Einheit aller Muslime zu erreichen. Dieser Forschungsansatz ist vor allem in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts entstanden, als der Wissenschaft, mit dem Ende des Ost-West-Konflikts ein grundlegender Forschungsschwerpunkt im Rahmen der Internationalen Beziehungen / Internationalen Politik förmlich „entrissen“ wurde. Auf der Suche nach einer neuen möglichen Bedrohung für den Weltfrieden entdeckten Teile der Wissenschaft einerseits die Gefahr, die von zerfallenden Staaten ausging und andererseits, die Gefahr einer möglichen Ausdehnung des islamischen Kulturkreises in Form von islamistisch regierter Staaten. Da jedoch eine konkrete Bedrohung fehlte, konzentrierten sich die jeweiligen Wissenschaftler dabei zunächst auf die Aufarbeitung theoretischer Grundlagen des politischen Islam und dessen möglichen Wechselwirkungen mit dem westlichen Kulturkreis. Wichtige und detaillierte Studien wurden hierbei vor allem von Bassam Tibi und Gudrun Krämer veröffentlicht, die der Wissenschaft umfassende theoretische und praxisorientierte Informationen zugänglich gemacht haben. Diese Studien müssen aus heutiger Sicht als Grundlagenforschung betrachtet werden, da sie in Bezug auf aktuelle Ereignisse und Prozesse, insbesondere den islamistischen Terrorismus betreffend, wichtige Basisinformationen bei der Betrachtung des islamistischen Terrorismus liefern. Die zweite wissenschaftliche Ausrichtung, die sich in Bezug auf den Islamismus herausgebildet hat, ist der Bereich des islamistischen Terrorismus, der sich mit den Anschlägen des 11. Septembers 2001 selbst ins „Rampenlicht“ der Wissenschaft gerückt hatte. Hierzu sind mittlerweile einige interessante Abhandlungen veröffentlicht worden, die sich im Kern allesamt mit Terrorismus der Al-Qaida und der ihr zugrunde liegenden islamistischen Motivation beschäftigen. Zu nennen sind hier vor allem die Abhandlungen von Peter Heine, Peter Bergen, Walter Laqueur, Oliver Schröm und auch Bassam Tibi zu nennen, die eine umfassende Darstellung und Analyse des islamistischen Terrorismus und speziell des Al-Qaida-Terrorismus bieten. Zwar werden hier viele Aspekte des islamistischen Terrorismus erläutert, wie zum Beispiel der Ursprung, die Motivation, die Zielsetzung sowie die strukturelle Organisation derartiger Terrorgruppen, jedoch wird in

---

<sup>13</sup> Eine politische Ideologie beschreibt eine politische Weltanschauung, die für sich einen Alleingültigkeitsanspruch erhebt und keine anderen politischen Systeme duldet

keinem der Werke darauf eingegangen, dass sich das Augenmerk künftiger terroristischer Aktivitäten auf die Erdölversorgung des Westens richten könnte. Da derartige Anschläge jedoch negative Folgen für den Ölpreis sowie für das Verhältnis zwischen den Öllieferanten und den Ölempfängern hätte, wird sich die vorliegende Arbeit damit befassen, welche Möglichkeiten terroristische Gruppen haben, die Ölversorgung massiv und nachhaltig zu stören und welche Rolle dabei Massenvernichtungswaffen spielen könnten. Die Rolle von Massenvernichtungswaffen ist zwar schon im Rahmen der Terrorismusforschung mehrfach angesprochen worden, jedoch bislang noch nicht unter dem Gesichtspunkt, welchen Nutzen („Nutzen“ aus Sicht der Terroristen) der Einsatz solcher Waffen in Bezug auf wichtige infrastrukturelle Bereiche der Ölwirtschaft hätte. In der Wissenschaft wurde bislang lediglich darauf eingegangen, wie Terroristen in den Besitz von Massenvernichtungswaffen gelangen könnten und welche möglichen zivilen, militärischen und politischen Ziele für derartige Anschläge in Frage kämen. Aus diesem Grund erweitert die vorliegende Arbeit die bereits vollzogenen Überlegungen um den oben geschilderten Sachverhalt.

Der dritte Themenbereich dieser Arbeit, in dem es darum geht, die Stabilität der drei großen OPEC-Staaten Saudi-Arabien, Irak und Iran zu analysieren, lässt sich hinsichtlich des Forschungsstandes nicht einheitlich beurteilen, da die Zahl der Veröffentlichungen von Land zu Land unterschiedlich ist. Beginnend mit Saudi-Arabien zeigt sich allgemein ein eher mageres Bild, was die Auswahl an Publikation angeht. Ein Großteil der Literatur befasst sich ausschließlich mit dem wirtschaftlichen, politischen und sozialen Aufbau, ohne dabei tiefergehend auf politische Prozesse oder gar den Einfluss islamistischer Strömungen auf den gesamten Staat einzugehen. Nur wenige Wissenschaftler, wie etwa Guido Steinberg, Michaela Prokop oder Gilles Kepel, formulieren in eingeschränkter Weise, welche Art von Islamismus in Saudi-Arabien existent ist und wie sich dieser Islamismus auf die politische Stabilität Saudi-Arabiens auswirkt. Eine Studie, die sich schwerpunktmäßig mit dem Islamismus in Saudi-Arabien beschäftigt, existiert so jedoch nicht. Ebenso wenig wurde bislang darauf eingegangen, wie sich die sozialen Umstände in Saudi-Arabien auf die Ausbildung einer gestärkten und folglich für die Regierung gefährlichen, islamistischen Bewegung auswirken können. Da dies jedoch

einen wesentlichen Untersuchungsansatz darstellt, um die Stabilität Saudi-Arabiens in seiner derzeitigen Form beurteilen zu können, und um die Frage zu klären, ob Saudi-Arabien auf längere Sicht als verlässlicher Partner (fokussierend auf der Rolle als Erdöllieferant) des Westens Bestand haben wird, startet diese Arbeit den Versuch, diesen, noch unzureichend erschlossenen, Themenbereich ausführlich aufzubereiten.

Während sich der aktuelle Literaturstand bezüglich Saudi-Arabiens auf die oben genannten Basisinformationen beschränkt, so bietet die Wissenschaft in Bezug auf den Irak ein deutlich breiter gefächertes Angebot an Publikationen. Neben der sehr gut erschlossenen Darstellung der Geschichte Iraks, insbesondere durch das Buch „Der Irak seit 1958. Von Revolution zur Diktatur“ von Marion Farouk-Sluglett vertreten, hat sich die Wissenschaft vor allem in den letzten Jahren verstärkt mit dem Irak und seinen politischen und sozialen Besonderheiten beschäftigt. Dabei fällt jedoch sofort auf, dass der Großteil der Publikationen nicht etwa im Anschluss an den Golfkrieg von 1991 verfasst wurde, sondern nach den Terroranschlägen des 11. Septembers 2001 und der kurze Zeit später von den USA begonnenen Anti-Irak-Kampagne. Mit der Benennung des Iraks zum Mitglied der „Achse des Bösen“ fand der Irak plötzlich wieder Einzug in die wissenschaftliche Betrachtung, obwohl der Irak, wie kein anderes Land der Golfregion, bereits in den 90er Jahren ausreichend Material geboten hat, um einen „ständigen Sitz“ in der wissenschaftlichen Beobachtung einzunehmen. Zu nennen sind hier vor allem die Auseinandersetzungen zwischen der Regierung in Bagdad und dem kurdischen Bevölkerungsteil, der dramatischen Situation der irakischen Bevölkerung nach den beiden Kriegen sowie der Situation der schiitischen Bevölkerung im Süden des Iraks. All jene Themen wurden erst in den letzten Jahren wissenschaftlich aufgearbeitet, weshalb sich die Wissenschaft zwangsläufig den Vorwurf anhören muss, dass viele der aktuellen Probleme im Irak nicht rechtzeitig erkannt oder unterschätzt worden waren. Dass ausgerechnet heute, nachdem die Hussein-Regierung gestürzt wurde und der Irak allmählich im Bürgerkrieg versinkt, daraufhingewiesen wird, welche Fehler die USA und die westliche Welt begangen haben, erscheint daher als ein wenig heuchlerisch. Allerdings liegt es in der Natur des Menschen Probleme erst zu erkennen, wenn sich diese eingestellt haben, weshalb man das Desinteresse einiger Wissenschaftler

zumindest teilweise entschuldigen kann. Trotz der hier aufgeführten Mängel bezüglich der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Irak, zeigt sich aktuell dennoch ein recht ansprechendes Repertoire an Literatur, die sich auch auf längst vergangene Ereignisse beziehen, die für die Gesamtbetrachtung jedoch von hohem Wert sind. So beschreiben beispielsweise Hans C. Graf von Sponeck und Jürgen Hübschen in sehr detaillierter Weise die Situation der Bevölkerung infolge der UN-Handelssanktionen und dem daraus entstandenen „Oil for Food“-Programm das zur Linderung der Versorgungsengpässe beitragen sollte. In diesem Zusammenhang zeigen sie unterschiedliche Sichtweisen innerhalb der UN auf und machen auf gravierende Meinungsverschiedenheiten aufmerksam, die das Gelingen des Programms verhindert haben. Es wird ebenfalls thematisiert, dass die Stimmen, die eine Lockerung oder gar gänzliche Aufhebung der Sanktionen forderten immer lauter wurden, und dass dies für die USA ein nicht haltbarer Zustand war, da sie ein Wiedererstarken des Irak unter allen Umständen verhindern wollten. Worauf jedoch nicht eingegangen wird, sind die Folgen, die ein solcher Schritt gehabt hätte, sei es in Bezug auf die eventuelle Herstellung von Massenvernichtungswaffen oder aber in Bezug auf die sehr wahrscheinliche Entwicklung, dass die USA nicht am irakischen Ölgeschäft beteiligt worden wären. Diese Überlegungen wurden bislang in viel zu geringem Maße wissenschaftlich erörtert, weshalb die vorliegende Arbeit den Anspruch erhebt, diese Lücke zu schließen. Notwendig ist dies insbesondere deshalb, um aufzuzeigen, dass der Krieg gegen den Irak 2003 mitunter von dem Gedanken (seitens der USA) geleitet wurde, die Kontrolle über das irakische Öl zu erlangen. In diesem Zusammenhang geht die Arbeit auch auf einen Sachverhalt ein, der bis dato noch kaum Erwähnung gefunden hat, und zwar die künftige Entwicklung des Irak als Erdöllieferant, insbesondere vor dem Hintergrund der derzeitig äußerst unsicheren Lage im Irak.

Hinsichtlich des Irans, der eine zentrale Rolle in dieser Arbeit spielen wird, zeigt sich ebenfalls eine sehr ausgewogene wissenschaftliche Erfassung. Allerdings richtet sich der Fokus dabei in erster Linie auf die Analyse des Irans als Beispiel eines nach islamischen Grundsätzen geführten Staates und der damit zusammenhängenden innenpolitischen und sozialen Situation sowie der

Transformation, die der Iran infolge der Islamischen Revolution 1979 durchgemacht hat. Zwar werden hier auch vereinzelt außenpolitische Konfliktlinien benannt und der außenpolitische Weg der Islamischen Republik Iran nachgezeichnet, jedoch ohne dabei zu sehr ins Detail zu gehen, jedoch kommt die politikfeld-bezogene Spezifikation bei sämtlichen Untersuchungen zu kurz. Es fehlen Studien, die sich voll und ganz auf die Innenpolitik oder aber auf den außenpolitischen Bereich konzentrieren. Dennoch bietet die Wissenschaft ausreichend Informationen, um die Islamische Republik Iran im Kontext der vorliegenden Arbeit zu untersuchen. Als besonders erwähnenswerte Publikationen, die einen guten Gesamtüberblick über das zu behandelnde Thema bieten, sind die Bücher „Der Griff des politischen Islam zur Macht. Iran und Algerien im Vergleich“ von Amir Sheikhzadegan und „Iran. Drehscheibe zwischen Ost und West“ von Gerhard Schweizer zu bewerten. Beide Werke bieten ein gutes Grundlagenwissen bezüglich der geschichtlichen Entwicklung des Irans im 20. Jahrhundert und der Rolle des Klerus vor und nach der Islamischen Revolution. Zur tiefer gehenden Analyse der inneriranischen Situation und zur Standortbestimmung der iranischen Außenpolitik, bietet es sich an die Studie „Demokratie und Zivilgesellschaft in Okzident und Orient“ von Behrouz Khosrozadeh sowie die Abhandlung „Liberalisierung als Herausforderung. Wie stabil ist die Islamische Republik Iran?“ von Henner Fürtig heranzuziehen, da hier wichtige außenpolitische Handlungen und Verhaltensmuster der klerikalen Führung dargestellt werden. Auch werden hier erste Beziehungen der iranischen Führung zu radikal-islamischen Gruppen aufgezeigt, die als wesentlicher Faktor bei der Beurteilung des iranisch-westlichen Verhältnisses verstanden werden müssen. Bezugnehmend auf das iranische Atomprogramm, das zurzeit in der Wissenschaft sehr intensiv behandelt wird, haben insbesondere Gero von Landow und Ulrich Ladurner mit ihrem Buch „Die iranische Bombe. Hintergründe einer globalen Gefahr“ einen entscheidenden Beitrag geleistet. Ebenso haben Bruno Schirra und Bahman Nirumand dazu beigetragen, dass das iranische Atomprogramm wissenschaftlich erschlossen wurde. Allerdings fehlt allen Werken der aktuelle Bezug zu den Resolutionen, die mittlerweile vom UN-Sicherheitsrat verabschiedet worden sind, weshalb auch diese noch sehr jungen Werke bereits Lücken aufweisen. Die vorliegende Arbeit

beschäftigt sich daher tiefer gehend mit den Sicherheitsratsresolutionen und deren unmittelbaren Folgen für den Iran, den Westen und den Partnerstaaten des Iran (Russland und China). Vor diesem Hintergrund wird der existierende Forschungsstand dahingehend erweitert, dass herausgestellt wird, wie groß die Gefahr eines Krieges zwischen den USA und dem Iran ist, wobei hier differenziert werden wird, zwischen einem von der UN legitimierten Krieg und einem völkerrechtswidrigen Krieg, wie dies 2003 im Irak der Fall war. Zudem wird geklärt werden, welchen Stellenwert das iranische Erdöl, bei der Entscheidung über Krieg oder Frieden haben könnte, da dieser Bereich in der gegenwärtigen Forschung nur mit sehr viel Vorsicht und Zurückhaltung erfasst worden ist.

## **2. Zur Bedeutung des Erdöls als Energiequelle**

### 2.1 Erdöl als Rohstoff und Energieträger

In der Menschheitsgeschichte gab es schon oft entscheidende Entwicklungssprünge, die mit der Entdeckung neuer Rohstoffe in Verbindung gebracht werden können. Dies galt in der Vergangenheit insbesondere für die Nutzung neuartiger Metalle, die das private Leben sowie die militärischen Fähigkeiten derjenigen verbesserten, die über den neuen Rohstoff verfügten.<sup>14</sup> Eine ähnliche Entwicklung ist auch in Bezug auf den Rohstoff Erdöl als Energieträger<sup>15</sup> zu beobachten, da er, wie kein anderer Rohstoff, das Leben im 20. Jahrhundert maßgeblich beeinflusst hat. Gegenwärtig bestimmen die Erdölprodukte das alltägliche Leben in den OECD-Staaten dermaßen, dass eine Blockade der Erdölversorgung schnell zu einem Kollaps in diesen Staaten führen kann. Im Folgenden soll nun näher erläutert werden, in welchen Bereichen Erdölprodukte verwendet werden, um einen kurzen Überblick darüber zu geben, welchen Stellenwert dieser Rohstoff inzwischen eingenommen hat.

Wie bereits unter 1.1 erwähnt, hat das Erdöl durch den Ersten Weltkrieg an Bedeutung gewonnen, da die Erfindung des Benzinmotors auch für die

---

<sup>14</sup> Besonders wurde dies bei den verschiedenen Materialien deutlich, aus denen Waffen hergestellt wurden. Zu nennen sind hier besonders die Unterschiede von Bronze und Eisen.

<sup>15</sup> Unter Energie versteht man die Fähigkeit eines Systems, äußere Wirkungen hervorzurufen. Ein Energieträger wiederum ist ein Stoff, aus dem direkt oder durch Umwandlung Nutzenergie gewonnen werden kann. *Vg. Hierzu:* Kaltschmitt, Martin; Hartmann, Hans (Hrsg.): Energie aus Biomasse. Grundlagen, Techniken und Verfahren, Berlin/Heidelberg 2001, S. 7

Militärstrategen interessant wurde. Sie gewährleistete den schnellen Transport von Soldaten und Material und führte zu einer Modernisierung der Flotten, die durch den Einsatz von Heizöl keine verräterischen Rauchfahnen mehr hinter sich herzogen.<sup>16</sup> Zudem ermöglichte der Einsatz von Motoren auch die Verlagerung des Krieges in die Luft, da sich Kampfflugzeuge in Verbindung mit ersten „primitiven“ Bomben zunehmend als Waffengattung etablierten. Ein weiteres Waffensystem, das seine Existenz der Verwendung von Erdölkraftstoffen verdankt und die Kriege nach 1918 maßgeblich mitbestimmt hat, ist die Erfindung des Kampfpanzers. Im Jahre 1917 wurde der „Mark IV“ erstmals von Großbritannien eingesetzt, womit das Panzerzeitalter eingeläutet wurde. Im Zweiten Weltkrieg begann darüber hinaus das Zeitalter der Strahltriebwerk-Flugzeuge,<sup>17</sup> die heute als Standard in jeder Luftwaffe gelten. Bis heute bilden die Kampfpanzer, Kampffjets und moderne gasturbinengetriebene Kriegsschiffe das Rückgrat sämtlicher Streitkräfte, womit die militärischen Fähigkeiten eines Staates gewährleistet werden. Da es zurzeit nur wenige Alternativen zu den herkömmlichen Antriebsmöglichkeiten gibt,<sup>18</sup> nimmt das Erdöl als Kraftstoff eine zentrale Rolle ein, wodurch seine Stellung als „Strategischer Rohstoff“ noch einmal herausgehoben wird. Neben der militärischen Nutzung des Erdöls hat sich dieser Rohstoff auch im zivilen Bereich zu einer festen Größe auf dem Energiesektor entwickelt, da er den Transport von Waren und Personen sicherstellt und zudem mit ca. 5,9 % innerhalb der OECD an der Stromgewinnung beteiligt ist. Obwohl das Erdöl auch im Bereich der Stromerzeugung Verwendung findet, liegt das Haupteinsatzgebiet von Erdölprodukten im Bereich des Transports. Erdölprodukte bilden die Grundlage, um die in der Industrie entwickelten Güter an den Kunden/Endverbraucher zu transportieren, da hierfür die Erdölprodukte Diesel, Benzin oder Kerosin als Kraftstoffe benötigt werden. Aufgrund der vielen Märkte, die nicht mehr in der direkten Nähe zum Herstellungsort liegen, sondern sich zum Teil über den gesamten Globus erstrecken, sind die meisten Industriezweige auf den reibungslosen Transport

---

<sup>16</sup> Alt, Franz: Krieg um Öl oder Frieden durch Sonne, München 2002, S. 107

<sup>17</sup> Als erstes Strahltriebwerkflugzeug konnte 1944 die ME 196 überzeugen, die jedoch von der robusteren ME 262 abgelöst wurde, die als erster serienreifer Kampffjet in die Geschichte einging

<sup>18</sup> Zu den wenigen Alternativen gehören die atomgetriebenen U-Boote und Überwasserschiffe einiger Marinen sowie der revolutionäre Brennstoffzellenantrieb der U-Boote der Klasse 212A, die demnächst u.a. bei der Deutschen Marine zum Einsatz kommen werden.

ihrer Waren angewiesen. Aber nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch im privaten Bereich haben Erdölprodukte in den letzten Jahrzehnten als Energieträger Einzug gehalten, da auch private Haushalte am Stromnetz angebunden sind, das unter anderem durch Erdölenergie gespeist wird. Zusätzlich verfügen einige Haushalte über Heizungsanlagen, in denen Heizöl verbrannt wird, um Wärmeenergie zu gewinnen, was zu einer weiteren Steigerung der Bedeutung des Erdöls, auch im privaten Sektor, führt. Eine weitere private Verwendung von Erdölprodukten stellen die privaten PKW dar, die vor allem in den westlichen Industriestaaten vorhanden sind und im Zuge des industriellen Wachstums nach dem Zweiten Weltkrieg<sup>19</sup> zu einem Artikel geworden sind, den sich fast jeder leisten kann. Infolgedessen ist insbesondere hier der Bedarf an Benzin und Diesel in den letzten Jahrzehnten gestiegen, wodurch der Rohstoff Erdöl auch im privaten Bereich zusätzlich an Bedeutung gewonnen hat. In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, dass aus Erdöl auch Schmierstoffe hergestellt werden, die in Maschinen und Motoren eingesetzt werden, damit diese problemlos arbeiten können und eine möglichst lange Lebensdauer haben. Eng verbunden mit dem Transportwesen und unverzichtbar für die Bewältigung langer Strecken, ist im Rahmen der verschiedenen Anwendungen von Erdölprodukten auch der Straßenbau zu nennen, bei dem sich mittlerweile Bitumen<sup>20</sup> als Basisstoff für die Fahrbahndecke durchgesetzt hat. Zwar gibt es nach wie vor die Möglichkeit Betonplatten zu verwenden, jedoch haben diese eine Reihe von Nachteilen, die hier allerdings nicht weiter ausgeführt werden sollen. Obwohl das Erdöl in der industrialisierten Welt vor allem als Energieträger verwendet wird, hier zum größten Teil im Transport- und Verkehrswesen, gibt es weitere Anwendungen bei denen Erdöl als Basis nicht mehr wegzudenken ist. In erster Linie sind dabei die Aufgaben in der chemischen Industrie gemeint.<sup>21</sup> Dies umfasst vor allem die Herstellung von Kunststoffen<sup>22</sup> jedweder Art, die wiederum in der Industrie oder im privaten Haushalt zum Einsatz kommen. Es gibt gegenwärtig in fast keinem Bereich mehr Gegenstände, die komplett ohne Kunststoff

---

<sup>19</sup> Beutel, Peter: Die zentrale Rolle der Golfregion für die Versorgung mit Erdöl, in: Landeszentrale für Politische Bildung Baden Württemberg(Hrsg.): Die Golfregion in der Weltpolitik, Stuttgart/Berlin/Köln 1991, S. 73

<sup>20</sup> Bitumen findet allerdings auch Anwendung in vielen Bereichen des Bauwesens, vgl. hierzu: [www.uni-protokolle.de/Lexikon/Bitumen.html](http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Bitumen.html), abgerufen am 01.01.2005 um 18:20 Uhr

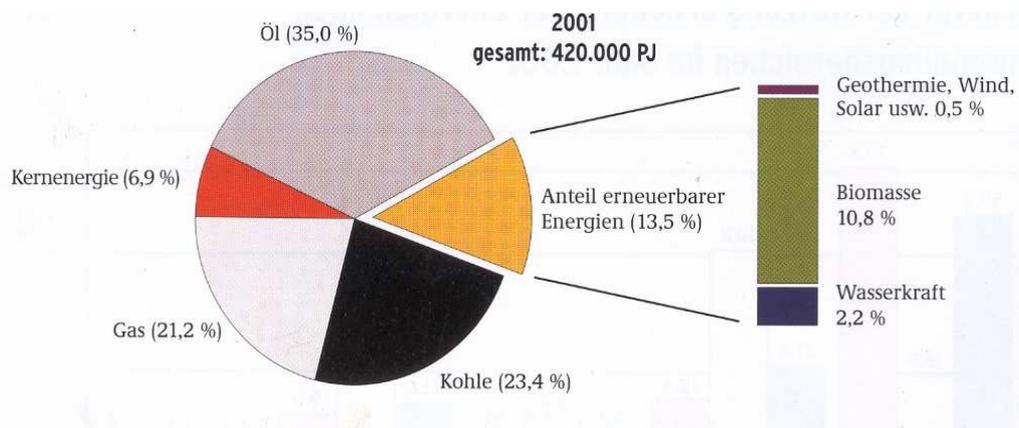
<sup>21</sup> [www.uni-protokolle.de/Lexikon/Erd%F6l.html](http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Erd%F6l.html), abgerufen am 21.09.2004 um 10:37 Uhr

<sup>22</sup> Vgl. Ebd.

auskommen, da sich dieser als leicht zu bearbeitender und kostengünstiger Stoff entwickelt hat. Zum anderen dienen Erdölprodukte auch als Grundstoff zur Entwicklung pharmazeutischer und kosmetischer Produkte.

Ohne Zweifel hat dieser knappe Überblick deutlich gemacht, dass der Rohstoff Erdöl und seine Produkte einen festen Platz in der industrialisierten Welt eingenommen haben. Gegenwärtig liegt der Anteil des Öls am Welt-Primärenergieverbrauchs<sup>23</sup> bei 35% (Abb.1), wobei Erdöl bei der Stromerzeugung einen sehr geringen Anteil hat (Abb.2). Die Hauptaufgabe des Erdöls als Energieträger liegt im Bereich der Herstellung von Treibstoffen (Abb.3, nächste Seite), die ein Höchstmaß an Mobilität gewährleisten, was unverzichtbarer Bestandteil der westlichen Welt im privaten, vielmehr jedoch wirtschaftlichen Bereich, ist.

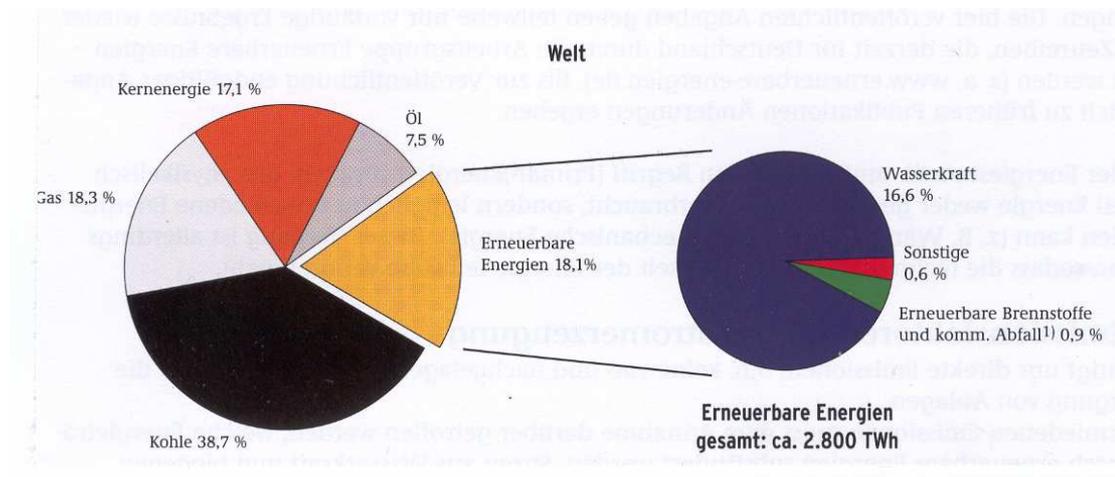
Abb. 1 Welt-Primärenergieverbrauch 2001



(Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): *Umweltpolitik. Erneuerbare Energie in Zahlen-nationale und internationale Entwicklung*, Berlin 2004, S.31)

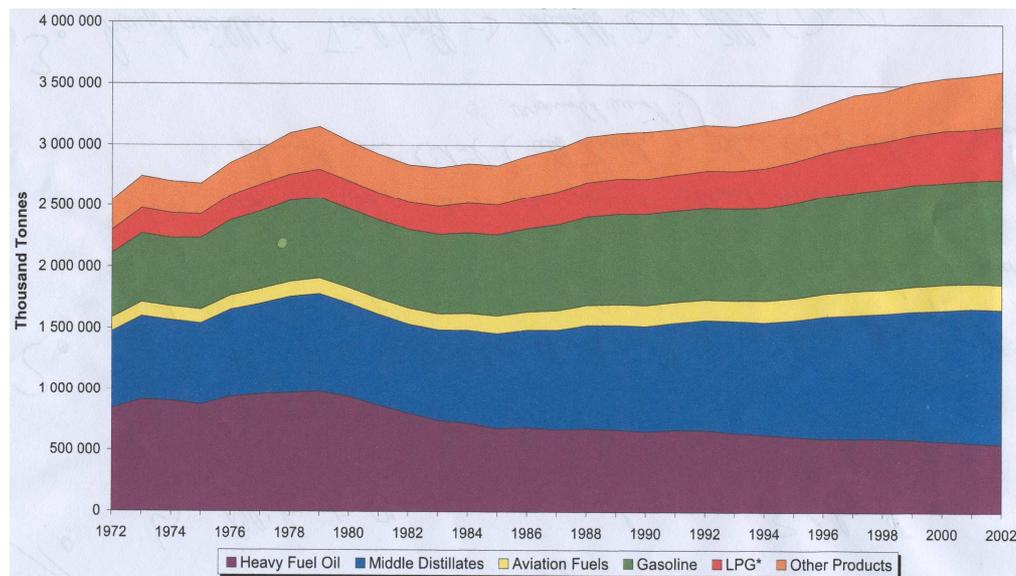
<sup>23</sup> Der Begriff Primärenergie steht für Energieformen, die noch keiner technischen Umwandlung unterworfen wurden. Vgl. hierzu: Kaltschmitt, Martin; Hartmann, Hans(Hrsg.): *Energie aus Biomasse. Grundlagen, Techniken und Verfahren*, Berlin/Heidelberg 2001, S. 7

Abb.2 Anteil des Erdöls an der weltweiten Stromerzeugung 2001



(Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Umweltpolitik. Erneuerbare Energie in Zahlen-nationale und internationale Entwicklung, Berlin 2004, S.35)

Abb.3 Entwicklung des weltweiten Verbrauchs von Öl-Produkten 1972-2002



(Quelle: [www.iea.org/statist/index.htm](http://www.iea.org/statist/index.htm), abgerufen am 08.04.2005 um 13:37 Uhr)

Aufgrund der immensen Mobilität, die sich aus dem Energieträger Erdöl ergibt, haben sich für die westlichen Industriestaaten Märkte in allen Regionen der Welt geöffnet, woraus sich für manche Staaten ein wichtiger wirtschaftlicher Pfeiler entwickelt hat. Aber nicht nur der Export von Gütern ins Ausland, sondern auch der Transport im Binnenland kann nur erfolgen, wenn auf Erdöl basierende Treibstoffe in ausreichendem Maße vorhanden sind. Eine Unterbrechung der Treibstoffversorgung sowie eine drastische Verteuerung der Rohölpreise durch Förderbeschränkungen hätte unweigerlich die

Destabilisierung der meisten industriellen Volkswirtschaften zur Folge und könnte zu einem Zusammenbruch des gesamten Systems in einem Staat führen.

Insgesamt bleibt also festzuhalten, dass der Rohstoff Erdöl maßgeblich an der Steigerung des Wohlstands in der westlichen Welt beteiligt war und noch immer ist, und dass er als Garant für den Fortbestand dieses Wohlstandes betrachtet werden muss. Zudem kann eine Unterbrechung auch entscheidende Auswirkungen auf die militärischen Fähigkeiten haben, da die Einsatzfähigkeit der modernen Waffensysteme ebenfalls nur durch genügend Treibstoffreserven gesichert werden kann. Die technologischen Errungenschaften der westlichen Welt und ihr wirtschaftlicher Wohlstand sowie die militärischen Potenziale sind demnach vollkommen abhängig vom Erdöl und den daraus gewonnenen Produkten. Vor allem die mineralischen Treibstoffe sind für die OECD-Welt von fundamentaler Bedeutung, da der Anteil an der Stromgewinnung heutzutage relativ gering ist. In der logischen Konsequenz muss der sichere Zugang zum Erdöl Kernelement der westlichen Wirtschafts-, Energie-, Außen- und Sicherheitspolitik sein, da sich die größten Erdölvorkommen nicht auf westlichem Territorium befinden.

### 2.1.1 Die weltweiten Erdölreserven

Das Erdöl, das im Laufe von Millionen Jahren aus kleinen Lebewesen entstanden ist, muss als ein endlicher Rohstoff verstanden werden, womit gemeint ist, dass Erdöl schneller verbraucht wird, als dass es sich neu bilden kann. Bedenkt man, dass innerhalb der letzten Jahrzehnte bereits 50% der globalen Reserven verbraucht worden sind, so wird die daraus resultierende Problematik der künftigen Energieversorgung deutlich. Allgemein gehen die Berechnungen davon aus, dass das Erdöl bei der derzeitigen Produktionsrate noch ca. 40<sup>24</sup> bis 46<sup>25</sup> Jahre verfügbar ist. Diese Zahlen ergeben sich, wenn man die nachgewiesenen Reserven in Relation zu der Jahresproduktion am Jahresende betrachtet. Diese Situation führt dazu, dass die Regionen, in denen sich die wichtigsten Erdölquellen befinden, immer wichtiger für die

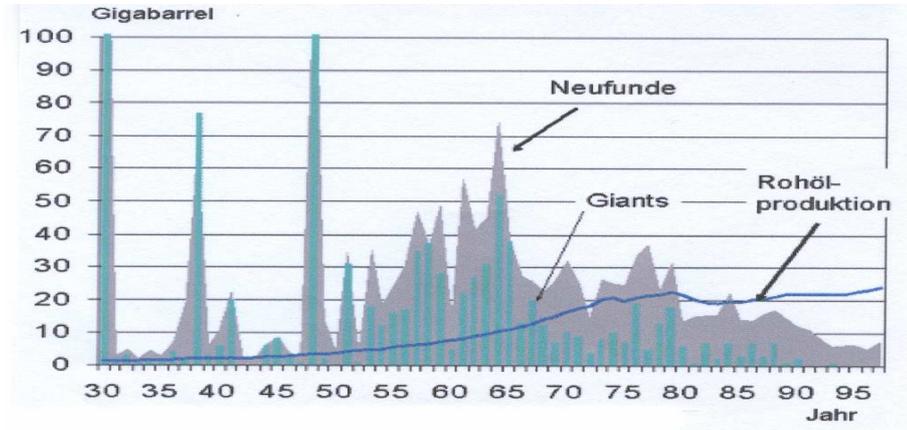
---

<sup>24</sup> BP Nachhaltigkeitsbericht 2003, S.4

<sup>25</sup> [www.shell.com/home/PrintFramework?siteID=de-de&FC3=/home/de-de/html/iwgen/about\\_shell/energiezahlen/olundgasinzahlen/olinderwelt\\_09241240.html](http://www.shell.com/home/PrintFramework?siteID=de-de&FC3=/home/de-de/html/iwgen/about_shell/energiezahlen/olundgasinzahlen/olinderwelt_09241240.html), abgerufen am 02.02.2005 um 14:59 Uhr

Industriestaaten werden, zumal es seit Anfang der 80-er Jahre keine nennenswerten Neufunde mehr gegeben hat (Abb.4).

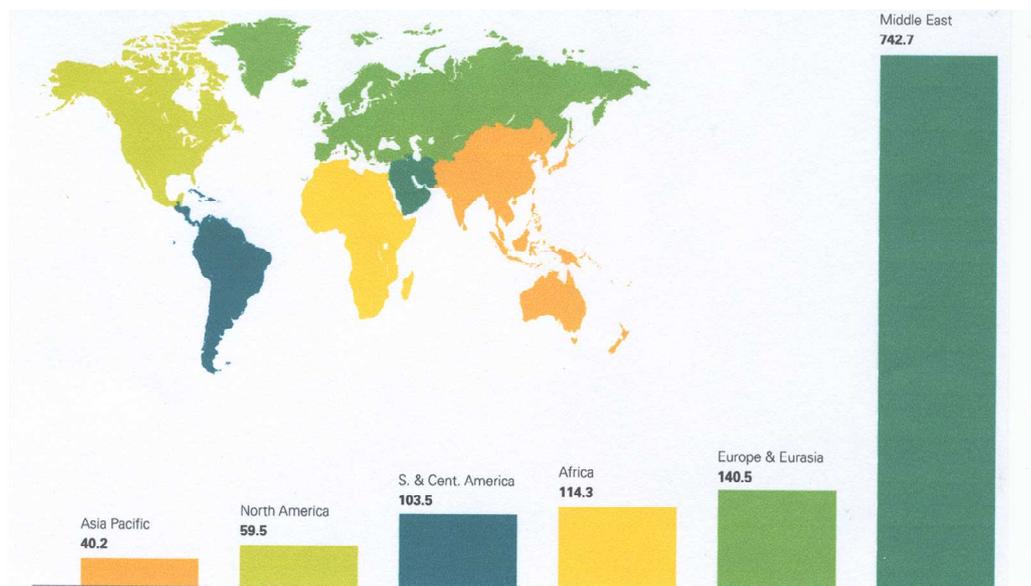
Abb.4 Erdölneufunde



(Quelle: [www.energiekrise.de/oel/foлие01.html](http://www.energiekrise.de/oel/foлие01.html))

Wie bei fast allen Rohstoffen und Bodenschätzen zeigt sich auch beim Erdöl eine ungleichmäßige Verteilung der Vorkommen. Zwar haben eine ganze Reihe von Regionen und Staaten eigene Erdölquellen, jedoch unterscheiden sie sich gravierend was die Quantität angeht (Abb.5), wobei auch die Qualität in den verschiedenen Regionen stark voneinander abweicht.<sup>26</sup>

Abb.5 Nachgewiesene Erdölreserven Ende 2005



(Quelle: BP 2006 Statistical Review of World Energy, S.7)

<sup>26</sup> So gibt es Regionen, in denen die Ölvorkommen von schlechter Qualität sind. Dies ist zum Beispiel in Kuba der Fall, wo das Öl sehr schwefelhaltig ist.

Von den nachgewiesenen 1.200,7 Mrd. Barrel Erdöl, die noch als Reserven vorhanden sind, besitzt allein der Mittlere Osten ca. 742,7 Mrd. Barrel, was einem Anteil von ca. 61,9% der weltweiten Reserven entspricht.<sup>27</sup> Innerhalb des Mittleren Ostens lässt sich wiederum eine Bündelung der Kapazitäten feststellen, da bereits *Saudi-Arabien* mit 264,2 Mrd. Barrel über 22% der Reserven verfügt, wodurch diesem Land eine besondere Rolle zufällt.<sup>28</sup> Obwohl in der Literatur auch andere Zahlen, wie etwa 259 Mrd. Barrel genannt werden,<sup>29</sup> die auf unterschiedliche Quellen beruhen, so ändert dies nichts an der vorrangigen Stellung Saudi-Arabiens als erdölreichstes Land der Welt. Neben *Saudi-Arabien* besitzen auch die Staaten in der direkten und indirekten Nachbarschaft, wie *Kuwait* (101,5 Mrd. Barrel), *Irak* (115,0 Mrd. Barrel), *Iran* (137,5 Mrd. Barrel), *Qatar* (15,2 Mrd. Barrel) und die *Vereinigten Arabischen Emirate* (97,8 Mrd. Barrel), enorm große Erdölvorkommen, womit der Status des Mittleren Ostens in Bezug auf die Erdölreserven ohne Zweifel als außerordentlich hoch einzustufen ist. Eine weitere Region, die in den letzten Jahren hinsichtlich verfügbarer Erdölreserven auf sich aufmerksam gemacht hat, ist die *Kaspische Region*. Den Kern dieser Region bildet das Kaspische Meer, an dessen Ufern die ehemaligen Sowjetrepubliken *Aserbaidshan*, *Kasachstan*, *Turkmenistan* und *Russland* liegen. Ergänzt werden die Anrainerstaaten noch durch den Iran, der durch seine Nordküste ebenfalls Zugang zum größten Binnenmeer der Welt hat. Gegenwärtig werden die dortigen Erdölvorkommen auf etwa 110 Mrd. Barrel geschätzt, jedoch gehen die Vermutungen sogar dahin, dass sich dort auch bis zu 200 Mrd. Barrel Erdöl befinden sollen.<sup>30</sup> Sollte diese Zahl zutreffen, so wäre dieses Gebiet die zweitgrößte zusammenhängende „Erdölregion“, die quantitativ in direkter Konkurrenz zu *Saudi-Arabien* stünde. Da die Daten bislang jedoch noch nicht einwandfrei geklärt werden konnten, muss zunächst davon ausgegangen werden, dass die *Kaspische Region* vorerst in ihrer Bedeutung als wirkliche Alternative zum saudischen Öl nachrangig betrachtet werden muss.<sup>31</sup> Eine

---

<sup>27</sup> BP 2006 Statistical Review of World Energy, S.6

<sup>28</sup> Vgl., Ebd.

<sup>29</sup> Rahmig, Jürgen: Erdöl, Macht und Heiliger Krieg. Die islamische Krisenregion, Reutlingen 2001, S.128

<sup>30</sup> Kleveman, Lutz: Der Kampf ums heilige Feuer. Wettlauf der Weltmächte am Kaspischen Meer, Berlin 2002, S.12

<sup>31</sup> *Rizvan Nabiye*f geht in seiner Dissertation „Erdöl- und Erdgaspolitik in der kaspischen Region“ davon aus, dass die Angaben zur kaspischen Region in den BP-Statistiken vom Juni

andere Region, die erwähnt werden muss, wenn es um Erdölreserven geht, ist der *Orinoko-Gürtel* in *Venezuela*<sup>32</sup>, da allem Anschein nach auch hier noch Reserven verborgen sind, die der kommenden Rohölknappheit zumindest eine Zeit lang entgegenwirken können; als gesichert gelten allerdings lediglich Vorkommen in Höhe von 79,7 Mrd. Barrel Erdöl, was einem weltweiten Anteil von gerade einmal 6,6% entspricht.<sup>33</sup> Zudem kommt noch, dass nicht weit entfernt davon *Kuba* neue Erdölquellen gefunden hat, deren Erdöl im Gegensatz zum bisherigen kubanischen Erdöl weniger Schwefel enthalten soll und daher von besserer Qualität ist. Dieser Fund stellt mit geschätzten 100 Mio. Barrel allerdings keine besondere Größenordnung dar, wenn man dies mit den anderen weltweiten Quellen vergleicht; der kubanische Fund kann daher getrost außer Acht gelassen werden.<sup>34</sup>

Neben dem *Mittleren Osten* und der *Kaspischen Region* befinden sich aber auch in Nordamerika, Russland, Europa und Afrika Erdölreserven, die ihren Beitrag zum weltweiten Erdölmarkt leisten. In Nordamerika (*USA, Kanada und Mexiko*) lagern alleine rund 59,5 Mrd. Barrel, woran die *USA* mit 29,3 Mrd. Barrel den größten Anteil haben; einen ähnlichen Wert finden wir in Russland, das selbst über 74,4 Mrd. Barrel verfügt.<sup>35</sup> Deutlich geringere Vorkommen gibt es indes in Europa, wo die Hauptförderländer *Norwegen* (9,7 Mrd. Barrel), *Großbritannien* (4,0 Mrd. Barrel), *Dänemark* (1,3 Mrd. Barrel), *Rumänien* (0,5 Mrd. Barrel) und *Italien* (0,7 Mrd. Barrel) gerade einmal auf eine Gesamtsumme von 16,2 Mrd. Barrel kommen,<sup>36</sup> im internationalen Vergleich stellen die 16,2 Mrd. Barrel einen relativ unbedeutenden Wert dar. Erschwerend kommt hinzu, dass die britische Erdölförderung in der Nordsee seit 1999 rückläufig ist und dieser Trend weiter anhält.<sup>37</sup> Eine Aufwertung hingegen haben die afrikanischen Erdölreserven erfahren, die in letzter Zeit,

---

2001 und Juni 2002 zu bezweifeln sind, da die dortigen Angaben noch unter den Reserven Europas liegen, vgl. hierzu: Nabiyef, Rizvan: Erdöl- und Erdgaspolitik in der kaspischen Region. Ressourcen, Verträge, Transportfragen und machtpolitische Interessen, Berlin 2003, S.50

<sup>32</sup> Angeblich sollen dort mit 300 Mrd. Barrel noch größere Vorkommen vorhanden sein, als in Saudi-Arabien, vgl. hierzu: [www.uni-protokolle.de/Lexikon/Erd%F6l.html](http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Erd%F6l.html), abgerufen am 21.09.2004 um 10:37 Uhr

<sup>33</sup> BP 2006 Statistical Review of World Energy, S.6

<sup>34</sup> [www.derstandard.at/druck/?id=1901279](http://www.derstandard.at/druck/?id=1901279), abgerufen am 07.01.2005 um 11:50 Uhr

<sup>35</sup> BP 2006 Statistical Review of World Energy, S.6

<sup>36</sup> Vgl. Ebd.

<sup>37</sup> Ulfkotte, Udo: Propheten des Terrors. Das geheime Netzwerk der Islamisten, München 2001, S. 114

insbesondere in Angola, verstärkt in den Blick der westlichen Mineralölgesellschaften gerückt sind. Insgesamt lagern auf dem „Schwarzen Kontinent“ 114,3 Mrd. Barrel Erdöl. Die Besitzer der größten Reserven sind *Libyen* mit 39,1 Mrd. Barrel, dicht gefolgt von *Nigeria* mit 35,9 Mrd. Erdöl, woran sich *Algerien* mit 12,2 Mrd. Barrel und *Angola* mit 9 Mrd. Barrel anschließen.<sup>38</sup> Die übrigen afrikanischen Staaten besitzen mit zusammengenommen 18,1 Mrd. Barrel, nur eine geringe Menge, weshalb sie somit außen vor gelassen werden können. In Asien existieren die größten Reserven in *China*, die mit 16 Mrd. Barrel allerdings noch deutlich unter den Reserven der *USA* liegen.<sup>39</sup> Zusätzlich besitzen *Indien* (5,9 Mrd. Barrel), *Indonesien* (4,3 Mrd. Barrel), *Australien* (4 Mrd. Barrel) und *Malaysia* (4,2 Mrd. Barrel) noch Reserven, die sich in der Größenordnung von „Milliarden“-Barrel bewegen.<sup>40</sup> Im globalen Vergleich wird recht schnell deutlich, dass Erdöl zwar auf jedem Kontinent vorhanden ist, die Verteilung jedoch alles andere als gleichmäßig erfolgt ist. Auch scheinbar große Vorkommen, wie in Russland, den USA, Europa, Afrika oder auch Asien wirken wie Tropfen auf den heißen Stein betrachtet man sich die ungeheuren Reserven, die im Mittleren Osten vorhanden sind. Diese Reserven besitzen, was die Qualität und vor allem die Quantität angeht, keine ernstzunehmende Konkurrenz, es sei denn die vermuteten Reserven in der Kaspischen Region könnten zweifelsfrei nachgewiesen werden. Zurzeit konzentriert sich die Erdölwirtschaft aber noch immer auf den Mittleren Osten und dort vor allem auf Saudi-Arabien, wodurch dieser Staat für die OECD-Welt von fundamentaler Bedeutung ist, wenn es darum geht die Erdölversorgung zu sichern. Daraus ergibt sich in der Konsequenz, dass die arabischen Staaten, die sich 1960, zusammen mit einigen wenigen nicht-arabischen Staaten, zur OPEC zusammengeschlossen haben, maßgeblichen Einfluss auf die Preisentwicklung besitzen und somit indirekt Kontrolle auf die OECD-Wirtschaften ausüben können. Die Folge ist, dass die Industriestaaten nicht nur abhängig vom Rohstoff Erdöl sind, wie in 2.1 dargestellt wurde, sondern auch noch die Abhängigkeit von einer Region dazu kommt, die sich kulturell, politisch, wie auch wirtschaftlich deutlich von den OECD-Staaten unterscheidet. Insbesondere diejenigen Industriestaaten, die den

---

<sup>38</sup> BP 2006 Statistical Review of World Energy, S.6

<sup>39</sup> Vgl., Ebd.

<sup>40</sup> Vgl., Ebd.

Hauptteil des Erdöls aus der arabischen Welt beziehen, sind auf ein gutes Verhältnis zur OPEC angewiesen. Wie der Einfluss der OPEC genau aussieht und wie sich der Einfluss der OPEC in den nächsten Jahren entwickeln wird, soll in den folgenden Kapiteln herausgearbeitet werden.

### 2.1.2 Die OPEC und ihr Einfluss auf den Ölpreis und die Ölversorgung

Mit der Gründung der OPEC schlossen sich eine Reihe Erdöl exportierender Staaten zusammen, mit dem Ziel sich gegenseitig vor dem Verfall der Rohölpreise zu schützen,<sup>41</sup> indem sie sich darauf einigten künftig ihre Ölpolitik koordinieren<sup>42</sup>. Was aber führte dazu, dass es zu diesem Zusammenschluss gekommen war?

Nach der Beilegung des Streites zwischen Großbritannien und den USA bezüglich der Förderung von Erdöl im Nahen und Mittleren Osten im Jahr 1928, kam es zu einer regelrechten Aufteilung der Erdölförderländer unter den Mineralölgesellschaften dieser beiden ehemaligen Kontrahenten. Diese Gesellschaften wurden daraufhin die *Sieben Schwestern* oder die *Majors* genannt, da sie die mehr oder minder die alleinige Macht über die Erdölförderung hatten.<sup>43</sup> Im Jahre 1950 kontrollierten diese Konzerne 99,4% aller außerhalb der USA und der Sowjetunion befindlichen Ölindustrien, wodurch erst recht ihre Macht deutlich wird. Die Majors hatten aufgrund von Konzessionsverträgen mit den Förderländern die Kontrolle über die Produktion und der Preisbildung, wodurch sich ihre herausragende Position ergeben hatte. Der Verdienst der Förderländer hing dabei vom so genannten *posted price* (Listenpreis) ab, der von den Mineralölgesellschaften gemeinsam festgelegt worden war<sup>44</sup> und generell als ein fiktives Gebilde betrachtet werden kann, das unter anderem als Berechnungsgrundlage für den Regierungsanteil diente und

---

<sup>41</sup> [www.shell.com/home/Framework?siteId=de-de&FC2=/de-de/html/iwgen/about\\_shell/energieinzahlen/olundgasinzahlen/zzz\\_Ihn.html&FC3=/de-de/html/iwgen/about\\_shell/energieinzahlen/olundgasinzahlen/dieschlusselrolle\\_09241245.html](http://www.shell.com/home/Framework?siteId=de-de&FC2=/de-de/html/iwgen/about_shell/energieinzahlen/olundgasinzahlen/zzz_Ihn.html&FC3=/de-de/html/iwgen/about_shell/energieinzahlen/olundgasinzahlen/dieschlusselrolle_09241245.html), abgerufen am 02.02.2005 um 14:57 Uhr

<sup>42</sup> Al`Subay, Muhammad: Das kollektive Handeln der OPEC-Staaten. Ein Anwendungsbeispiel für die Olsonsche Logik, Münster 2004, S.89

<sup>43</sup> Zu den *Sieben Schwestern* gehören : *Royal Dutch Shell*, *Anglo-Persian Oil* (heute *BP*), *Standard Oil of New Jersey* (heute *Exxon*), *Socony-Cacuum* (heute *Mobil*), *Standard Oil of California* (heute *Chevron*), *Gulf* und *Texaco*. Vgl. *Hierzu*: Alt, Franz: *Krieg um Öl oder Frieden durch Sonne*, München 2004, S. 113

<sup>44</sup> Mineralölwirtschaftsverband e.V.: *Preisbildung am Rohölmarkt*, S. 5, nachzulesen unter: [www.mwv.de/download/preisbildung.pdf](http://www.mwv.de/download/preisbildung.pdf), abgerufen am 31.03.05 um 11:45 Uhr

um die Handlungsfreiheit der Förderländer einzuschränken.<sup>45</sup> Da der Listenpreis über dem Marktpreis lag, sollte auf diese Art und Weise zudem noch verhindert werden, dass die Förderländer eigene Geschäfte abwickeln.<sup>46</sup> Der vom *posted price* abhängige Regierungsanteil war überdies entscheidend für die Staatshaushalte der Förderländer. Als die Förderländer jedoch merkten, dass die Gesellschaften hohe Gewinne erwirtschafteten, forderten die Förderländer eine Angleichung der Abgaben, was allerdings von Seiten der Gesellschaften mit einer Verringerung des Listenpreises beantwortet wurde. Aus Angst, dass der Rohölpreis weiter verfallen könnte, wurde daraufhin die OPEC von zunächst fünf Staaten gegründet, dem Iran, Irak, Kuwait, Saudi-Arabien und Venezuela.<sup>47</sup>

Bei der OPEC, die ihren Sitz in Wien hat, wobei Österreich nicht zur OPEC gehört, handelt es sich um eine intergouvernementale Organisation, die auf einem völkerrechtlichen Gründungsvertrag beruht.<sup>48</sup> Dies bedeutet, dass sie zwar über eigene Organe verfügt und auch völkerrechtliche Verträge abschließen kann, sie jedoch kein Organ besitzt, das den Mitgliedstaaten übergeordnet ist und eigenständig tätig werden kann. Das wichtigste Organ der OPEC ist die *Konferenz*, die sich aus den Delegationen der Mitgliedstaaten, hiermit sind meistens die Ölminister gemeint, zusammensetzt. In der Konferenz, die mindestens zweimal jährlich zusammenkommt, werden allgemeine politische Richtlinien und Orientierungen, geeignete Maßnahmen, Ergänzungen des Statuts und die Neuaufnahme von Mitgliedern beschlossen.<sup>49</sup> Grundsätzlich haben die Resolutionen der Konferenz jedoch nur Empfehlungscharakter, um die „souveräne Qualität der Mitglieder“<sup>50</sup> zu betonen. Im *Gouverneursrat* oder auch *Vorstandsrat*, dem zweiten Organ der OPEC, befinden sich gewählte Vertreter der Mitgliedstaaten. Dieses Exekutiv-Organ leitet die Angelegenheiten der Organisation und sorgt für die Umsetzung

---

<sup>45</sup> Al`Subay, Muhammad: Das kollektive Handeln der OPEC-Staaten. Ein Anwendungsbeispiel für die Olsonsche Logik, Münster 2004, S.60

<sup>46</sup> Vgl.: Ebd., S. 61

<sup>47</sup> Heute gehören noch Algerien, Libyen, Nigeria, Indonesien, Qatar und die Vereinigten Arabischen Emirate zur OPEC. 1992 ist Ecuador und 1996 Gabun, zwischenzeitliche Mitglieder, wieder aus der OPEC ausgetreten.

<sup>48</sup> Al`Subay, Muhammad: Das kollektive Handeln der OPEC-Staaten. Ein Anwendungsbeispiel für die Olsonsche Logik, Münster 2004, S.83

<sup>49</sup> [www.globaldefence.net/deutsch/buendnisse/opec.htm](http://www.globaldefence.net/deutsch/buendnisse/opec.htm), abgerufen am 07.01.2005 um 11:51 Uhr

<sup>50</sup> Al`Subay, Muhammad: Das kollektive Handeln der OPEC-Staaten. Ein Anwendungsbeispiel für die Olsonsche Logik, Münster 2004, S.85

der bei der Konferenz beschlossenen Resolutionen. Außerdem liegt die Aufgabe der Aufstellung eines Budgets ebenfalls beim Gouverneursrat. Das dritte wichtige Organ ist das Sekretariat, das bis 1983 von einem Generalsekretär geleitet wurde. Zu den Aufgaben des Generalsekretärs gehörten unter anderem die Repräsentation der OPEC nach außen sowie die Verwaltung der Organisation; heutzutage wird diese Aufgabe vom Konferenzvorsitzenden übernommen.<sup>51</sup> Auffällig bei der OPEC ist, dass sie nicht wie die meisten anderen internationalen Organisationen regional, sondern überregional ausgelegt ist<sup>52</sup>, da sie über Mitglieder in Südostasien und Südamerika verfügt.

In Anbetracht der Tatsache, dass die OPEC-Staaten über 902,4 Mrd. Barrel<sup>53</sup> Erdöl verfügen und somit einen Anteil von 75,2% der weltweiten Vorkommen besitzen,<sup>54</sup> wird schnell deutlich, dass diese Organisation zum Mittelpunkt der Erdölförderung und somit der „Garant“ der Erdölversorgung geworden ist. Die Folge ist, dass die Versorgung der westlichen Welt maßgeblich von der Ölpreis- und Förderpolitik der OPEC abhängig ist. Diese Abhängigkeit lässt sich jedoch dahingehend weiter konkretisieren, dass von den 11 Mitgliedstaaten 10 Staaten zur islamischen Welt gehören; die Ausnahme bildet hierbei lediglich Venezuela, das als südamerikanisches Land zur christlichen Welt gezählt werden muss. Daraus ergibt sich, dass der Westen hinsichtlich der Versorgung mit Erdöl genau genommen abhängig von den islamischen Staaten ist. Im Gegenzug bedeutet dies jedoch auch, dass die islamischen OPEC-Staaten abhängig vom Westen sind, da der Westen die Staaten in sich vereint, die den höchsten Bedarf an Erdöl haben und infolgedessen die wichtigsten Kunden für das OPEC-Öl sind. Ausgehend von dieser gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit und den noch immer gültigen Konzessionsverträgen hatte sich nach der Gründung der OPEC über einen längeren Zeitraum ein relativ stabiles Verhältnis zwischen dem Westen und der OPEC entwickelt, da der Ölpreis nur geringfügigen Schwankungen unterlag. Der Ölpreis pendelte lediglich zwischen 1,63\$ pro Barrel im Jahr 1960 und

---

<sup>51</sup> Al' Subay, Muhammad: Das kollektive Handeln der OPEC-Staaten. Ein Anwendungsbeispiel für die Olsonsche Logik, Münster 2004, S. 85/86

<sup>52</sup> Czempiel, Ernst-Otto: Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen, 4. Aufl., München 2003, S.37

<sup>53</sup> BP 2006 Statistical Review of World Energy, S.6

<sup>54</sup> Vgl. Ebd.

1,82\$ pro Barrel im Jahr 1972.<sup>55</sup> Von der Gründung der OPEC an, bis zum Jahr 1973 hielten sich die Mitgliedstaaten nach wie vor an den Listenpreis, da er einen stabilen Regierungsanteil gewährleistete.<sup>56</sup> Für die OPEC-Preispolitik bedeutete dies jedoch noch immer die Bindung an das alte Konzessionssystem, wodurch eine freie Preispolitik nachhaltig behindert wurde.<sup>57</sup> Das Jahr 1973 ist allerdings als das Jahr in die Geschichte eingegangen, in dem der Westen an seine Grenzen geführt wurde, da die islamischen OPEC-Staaten ihren neu gewonnenen Einfluss auf dem Ölmarkt ausnutzten, den sie im Zuge von vermehrten Verstaatlichungen<sup>58</sup> und neu gestalteten Konzessionsverträgen in der Ölindustrie erhalten hatten,<sup>59</sup> um ihren politischen Willen durchzusetzen. Ausgangspunkt war der so genannte *Yom-Kippur*-Krieg zwischen Israel auf der einen und Syrien und Ägypten auf der anderen Seite. Da sich die westlichen Staaten, mit Ausnahme Frankreichs jedoch auf die Seite Israels geschlagen hatten, führte dies zu Verstimmungen mit der arabischen Welt. Als Antwort auf die pro-israelische Haltung der westlichen Staaten, reagierten die arabischen OPEC-Staaten im Herbst 1973 mit der drastischen Reduzierung der Erdölförderung über einen Zeitraum von mehreren Monaten. Die dadurch entstandene Verknappung der eingelagerten Reserven bescherte dem Westen große wirtschaftliche Einbrüche, da sich binnen kurzer Zeit der Öl-Preis vervierfachte<sup>60</sup> und eine ernstzunehmende Energiekrise drohte. Als die westlichen Staaten merkten, dass ein lang andauernder Stopp der Erdölförderung unzweifelhaft zu einer Katastrophe führen würde, überdachten sie ihre Haltung gegenüber den arabischen Staaten.<sup>61</sup> Infolgedessen wurde der Förderstopp von Seiten der OPEC beendet. Aus der Situation, die 1973/1974 vorherrschte, lassen sich zwei grundsätzliche Schlüsse ziehen: Erstens, die

---

<sup>55</sup> Beutel, Peter: Die zentrale Rolle der Golfregion für die Versorgung mit Erdöl, in: Landeszentrale für Politische Bildung Baden Württemberg(Hrsg.): Die Golfregion in der Weltpolitik, Stuttgart/Berlin/Köln 1991, S. 82/83

<sup>56</sup> Al`Subay, Muhammad: Das kollektive Handeln der OPEC-Staaten. Ein Anwendungsbeispiel für die Olsonsche Logik, Münster 2004, S.150

<sup>57</sup> Vgl.: Ebd.

<sup>58</sup> Mineralölwirtschaftsverband e.V.: Preisbildung am Rohölmarkt, S.7, nachzulesen unter: [www.mwv.de/download/preisbildung.pdf](http://www.mwv.de/download/preisbildung.pdf), abgerufen am 31.03.05 um 11:45 Uhr

<sup>59</sup> Al`Subay, Muhammad: Das kollektive Handeln der OPEC-Staaten. Ein Anwendungsbeispiel für die Olsonsche Logik, Münster 2004, S.145-149

<sup>60</sup> Innerhalb von zwei Monaten stieg der Rohölpreis von 2 auf 12\$ pro Barrel, vgl. hierzu: Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?, Berlin 1997, S. 198

<sup>61</sup> Woyke, Wichard: Internationale Sicherheit, in: Woyke, Wichard(Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 9.Aufl., Bonn 2004, S. 223

westlichen Staaten waren erpressbar geworden, da ein paar arabische Staaten in der Lage gewesen waren die gesamte westliche Wirtschaftskraft lahm zu legen, ohne auf den Gebrauch militärischer Gewalt zurückzugreifen. Der zweite Schluss, der aus der Situation gezogen werden konnte, war, dass die OPEC, als ursprünglich rein wirtschaftlich ausgelegtes Kartell, zu einer politischen Größe emporgestiegen ist, die bei wichtigen internationalen Entscheidungen und Prozessen nicht mehr übergangen werden konnte. Aufgrund der Abhängigkeit des Westens vom OPEC-Öl erwuchs ein Gefühl der Stärke.

Die Ereignisse, die sich in der ersten Hälfte der 70er Jahre abspielten und der OPEC zunächst einen deutlichen Machtgewinn brachte, führten allerdings in der westlichen Staatengemeinschaft zu einem Umdenken, was die künftige Versorgung mit Erdöl anging. Während der Ölkrise gab es im Westen einige Staaten, die aufgrund hoher eigener Reserven zunächst keine wesentliche Beeinträchtigung bei der Versorgung verspürten, da sie die Fähigkeit besaßen, kurzfristig auf andere Energieträger, wie zum Beispiel Kohle oder Erdgas, umsteigen konnten.<sup>62</sup> Andere Staaten hatten diesbezüglich jedoch größere Schwierigkeiten. Um dieses Problem bei einer künftigen Ölkrise umgehen zu können, gründeten die westlichen Staaten 1974 als eine Art Gegenkartell die IEA<sup>63</sup>, deren Aufgabe es ist, im Falle einer erneuten Verknappung der Ressourcen, eine gleichmäßige und gerechte Aufteilung der Reserven innerhalb der Mitglieder zu gewährleisten, um ein Minimum an Stabilität zu garantieren. Außerdem vereinbarten die Mitgliedstaaten, die stufenweise Reduzierung der Abhängigkeit vom OPEC-Öl<sup>64</sup> und die Einführung einer Pflichtbevorratung von Ölprodukten oder Rohöl, um mindestens 90 Tage lang unabhängig von Erdölimporten zu sein<sup>65</sup>.

Die OPEC hatte es infolge der Ölkrise und trotz der Gründung der IEA dennoch geschafft ihre Macht, zumindest für ein paar Jahre, zu festigen, da sie nun maßgeblich den Ölpreis bestimmte und die Versorgung des Westens überwiegend durch das OPEC-Öl gesichert wurde. Konkret geschah dies durch die Ablösung des *posted price* durch den *Gouvernement Selling Price*, den nun

---

<sup>62</sup> Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?, Berlin 1997, S. 198

<sup>63</sup> IEA: Internationale Energie-Agentur

<sup>64</sup> Häckel, Erwin: Internationale Energiepolitik, in: Woyke, Wichard(Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 9.Aufl., Bonn 2004, S. 184

<sup>65</sup> Mineralölwirtschaftsverband e.V.: Preisbildung am Rohölmarkt, S.9, nachzulesen unter: [www.mwv.de/download/preisbildung.pdf](http://www.mwv.de/download/preisbildung.pdf), abgerufen am 31.03.05 um 11:45 Uhr

die Förderländer bestimmten und später durch den *Official Selling Price*, der von den staatlichen Ölgesellschaften festgelegt wurde und als neuer Richtpreis dienen sollte.<sup>66</sup> Als im vierten Quartal 1973 der Richtpreis von 5,119\$ deutlich unter dem Niveau des Marktpreises lag und der Iran, Libyen und Nigeria durch Auktionen Preise von 17\$-22\$ erreichten, änderten einige OPEC-Länder (insbesondere die Golfstaaten) ihre Preispolitik und erhöhten, durch die Steigerung des Regierungsanteils auf 7\$, den gesamten Richtpreis auf 11,651\$.<sup>67</sup> Seit dem ersten Quartal des Jahres 1974 verfolgte die OPEC die so genannte Festpreispolitik, deren Ziel die Gewinnmaximierung war,<sup>68</sup> wodurch die OPEC-Staaten Devisen ins Land holen wollten, um unter anderem die eigene Entwicklungspolitik voranzutreiben.<sup>69</sup> Weitere Gründe für die Hochpreispolitik der OPEC waren Studien, die Mitte der 70er Jahre von einer Steigerung der Ölnachfrage und einer Stagnation bei der Förderung der Nicht-OPEC-Förderländer bis Mitte der 80er Jahre ausgegangen waren. Gegen Ende der 70er Jahre zeigten sich bei der OPEC allerdings erste Anzeichen für die Beeinträchtigung der Macht, da es innerhalb der Organisation zu Ereignissen gekommen war, die die Einheit der OPEC gefährdeten. Als sich bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1978 die Iranische Revolution entwickelte und 1979 *Ayatollah Khomeini* in *Iran* an die Macht kam, hatte dies schwerwiegende Folgen für den Ölmarkt. Zum einen verschlechterte sich dadurch das Verhältnis zum Westen, insbesondere zu den USA, da sich die neue Regierung in Teheran weigerte das geförderte Öl an die US-amerikanischen Ölgesellschaften zu verkaufen. Zum zweiten entstand mit der *Islamischen Republik Iran* ein erzfundamentalistischer Staat, der aufgrund seiner religiösen Ausrichtung im Gegensatz zu *Saudi-Arabien* stand.<sup>70</sup> Fast zeitgleich kam es auf dem Ölmarkt zu Turbulenzen, als sich der Unterschied von Richt- und Marktpreis, der sonst stabil bei ca. 2\$ lag, im Laufe des 4. Quartals vervierfachte und einige OPEC-Mitglieder eine entsprechende Erhöhung des

---

<sup>66</sup> Mineralölwirtschaftsverband e.V.: Preisbildung am Rohölmarkt, S.7, nachzulesen unter: [www.mwv.de/download/preisbildung.pdf](http://www.mwv.de/download/preisbildung.pdf), abgerufen am 31.03.05 um 11:45 Uhr

<sup>67</sup> Al`Subay, Muhammad: Das kollektive Handeln der OPEC-Staaten. Ein Anwendungsbeispiel für die Olsonsche Logik, Münster 2004, S.155

<sup>68</sup> Aus diesem Grund wird die Festpreispolitik der OPEC von 1973-1983 auch als Hochpreispolitik bezeichnet.

<sup>69</sup> Vgl. Ebd., S.154

<sup>70</sup> Der Gegensatz beruht auf die unterschiedliche Ausprägung der islamischen Gruppierungen. Im Iran herrscht der schiitische Glaube und in Saudi-Arabien der Wahhabitismus.

Richtpreises forderten.<sup>71</sup> Infolgedessen kam es 1979 zu einer Erhöhung des Richtpreises auf 14,55\$, woraufhin sich der Marktpreis bei 40\$ einpendelte, was wiederum mit einer Erhöhung des Richtpreises auf 18\$ beantwortet wurde.<sup>72</sup> Trotz weiterer Preiserhöhungen und Differenzen zwischen den OPEC-Mitgliedern, konnte sich der Ölpreis und der Ölmarkt stabilisieren, obwohl der Richtpreis ein Niveau von 28\$ in Saudi-Arabien erreicht hatte. Im Anschluss an die Krise, die sich im Rahmen der Iranischen Revolution vollzogen hatte, kam es zum Krieg zwischen dem *Irak* und dem *Iran*, bei dem es um den wichtigen Schifffahrtsweg *Schatt al-Arab* ging, der unter der Kontrolle des Irans lag.<sup>73</sup> Diese Geschehnisse führten, aufgrund der gegenseitigen Zerstörung von Ölanlagen, zu einer Verminderung der Erdölproduktion, die jedoch durch die Erhöhung in den anderen Staaten ausgeglichen wurde. Nachdem es innerhalb der OPEC zu Auseinandersetzungen gekommen war, denn ein Teil der OPEC-Staaten wollte eine marktbedingte Erhöhung des Richtpreises, kam es zur Vereinbarung, den Richtpreis bei 32\$ anzusetzen.<sup>74</sup> Kurze Zeit später sank jedoch der weltweite Bedarf an Erdöl, da die westlichen Industrienationen erste Erfolge bei der Entwicklung alternativer Energien verzeichnen konnten;<sup>75</sup> hinzu kam noch, dass die Erdöl-Produktion in den Nicht-OPEC-Staaten angehoben wurde<sup>76</sup>, mit der Folge, dass die Rohölproduktion in den Nicht-OPEC-Staaten erstmals über dem Niveau der OPEC lag. Die Folge dieser Entwicklung, gemeint ist der Rückgang des Bedarfs, war, dass die meisten OPEC-Staaten Preissenkungen durchführen mussten, um ihren Umsatz zu erhöhen. Da die OPEC dennoch daran interessiert war, möglichst hohe Preise zu erzielen, wurde der Richtpreis gegen Ende des Jahres 1981 auf 34\$ erhöht, wobei es auch hier im Vorfeld zu Differenzen in der OPEC gekommen war, da die Preise der einzelnen Staaten stark auseinanderdrifteten.

---

<sup>71</sup> Al`Subay, Muhammad: Das kollektive Handeln der OPEC-Staaten. Ein Anwendungsbeispiel für die Olsonsche Logik, Münster 2004, S.156

<sup>72</sup> Vgl. Ebd.

<sup>73</sup> Pitt, Rivers William: Krieg gegen den Irak. Was die Bush-Regierung verschweigt, 6.Aufl., Köln 2003, S. 27

<sup>74</sup> Al`Subay, Muhammad: Das kollektive Handeln der OPEC-Staaten. Ein Anwendungsbeispiel für die Olsonsche Logik, Münster 2004, S.157

<sup>75</sup> [www.weltalmanach.de/stichwort/stichwort\\_opec.html](http://www.weltalmanach.de/stichwort/stichwort_opec.html), abgerufen am 11.03.2005 um 11:36 Uhr

<sup>76</sup> Im Anschluss an die Ölkrise konnten neue Ölfelder in Alaska, Kanada und der Nordsee erschlossen werden. Vgl. hierzu: Umbach, Frank: Sichere Energieversorgung auch in Zukunft, in: Internationale Politik Nr.8, August 2004, S.20

In Anbetracht der Nachteile, die sich aus der bisherigen Ölpreispolitik ergeben haben, wie die fehlende Einhaltung abgesprochener Richtpreise sowie die auf Höchstpreise ausgelegte Preispolitik, die zur Stärkung der Nicht-OPEC-Staaten auf dem Ölmarkt geführt hatte,<sup>77</sup> änderte die OPEC 1983 ihre Preispolitik. Dies musste die OPEC auch machen, da sie mit ihrer herkömmlichen Preispolitik nicht in der Lage war, den Preisverfall aufzuhalten, der beispielsweise durch die Senkung des Nordseeölpreises voranschritt, was ein Überangebot verursacht hatte. Die neue Strategie der OPEC wurde auf der Londoner Konferenz im März 1983 beschlossen. Diese sah eine kontrollierte Drosselung der Erdölproduktion vor, um das Überangebot zu verringern; gleichzeitig wurde der Richtpreis auf 29\$ gesenkt, um die Nachfrage zu stimulieren.<sup>78</sup> Um diese Drosselung auch durchführen zu können, wurde daraufhin ein Quotensystem eingerichtet, das festlegte, welcher OPEC-Staat, wie viel Öl produzieren darf; diese Politik erforderte jedoch eine striktere Einhaltung der Beschlüsse, als zur Zeit der, daran gescheiterten, Festpreispolitik. Einzig Saudi-Arabien sollte als *Swing Producer*<sup>79</sup>, mittels einer variablen Ölförderung, dafür sorgen, dass der Ölpreis stabil blieb. Aber auch das neue System der Preispolitik erfüllte nicht die Erwartungen der OPEC-Staaten, da einige europäische Ölproduzenten ihre Preise senkten, woran sich beispielsweise auch Nigeria anschloss, wodurch die Preisstabilität nicht mehr gewährleistet werden konnte. Auch die Versuche Saudi-Arabiens durch stetige Verringerung der Produktion, dem Überangebot und somit dem Preisverfall entgegenzutreten, bewirkten keine Trendwende.<sup>80</sup> Im Jahr 1985 erreichte die OPEC-Erdölproduktion daraufhin den bis dahin niedrigsten Stand, wohingegen die Nicht-OPEC-Staaten ihre Position ausbauen konnten, indem sie ihrerseits die Produktion weiter steigerten.<sup>81</sup> Ab dem Jahr 1986 verfolgte

---

<sup>77</sup> Der Anteil der OPEC am Ölmarkt sank von 54% im Jahr 1973 auf 31% im Jahr 1983. Vgl. hierzu: Al`Subay, Muhammad: Das kollektive Handeln der OPEC-Staaten. Ein Anwendungsbeispiel für die Olsonsche Logik, Münster 2004, S.154

<sup>78</sup> Al`Subay, Muhammad: Das kollektive Handeln der OPEC-Staaten. Ein Anwendungsbeispiel für die Olsonsche Logik, Münster 2004, S.160/161

<sup>79</sup> Beutel, Peter: Die zentrale Rolle der Golfregion für die Versorgung mit Erdöl, in: Landeszentrale für Politische Bildung Baden Württemberg(Hrsg.): Die Golfregion in der Weltpolitik, Stuttgart/Berlin/Köln 1991, S. 83

<sup>80</sup> Saudi-Arabiens Förderquote entsprach 1985 nicht einmal mehr dem Viertel der Förderung von 1980. Vgl. hierzu: Al`Subay, Muhammad: Das kollektive Handeln der OPEC-Staaten. Ein Anwendungsbeispiel für die Olsonsche Logik, Münster 2004, S.162

<sup>81</sup> 1985 hatte die OPEC nur noch einen Anteil von 25,8% im Vergleich zum Jahr 1975, wo der Anteil noch bei 48,7% lag.

die OPEC allerdings eine andere Politik; ihr primäres Ziel war jetzt nicht mehr den Preis stabil zu halten, sondern verlorene Anteile zurück zu gewinnen,<sup>82</sup> weshalb die OPEC ihre Förderung um 37% steigerte;<sup>83</sup> dies geschah zum größten Teil durch Saudi-Arabien, das in der Lage war seine Förderkapazität deutlich zu erhöhen. Zwar hat die OPEC Marktanteile zurückerobert, jedoch führte dies gleichzeitig zu einem drastischen Preisverfall von 28\$ auf zeitweise 8\$, da die Ölproduktion deutlich über der Nachfrage lag. Infolgedessen kam es dann wieder zu Förderbegrenzungen, um den Ölpreis wieder anziehen zu lassen. Obwohl die OPEC, im groben, am Quotensystem festhielt, gab es 1986 dennoch eine weitere wesentliche Änderung in Hinblick auf die Preispolitik. Der Richtpreis wurde durch den Referenzpreis abgelöst, der sich an dem so genannten OPEC-Korbpreis orientiert, der sich wiederum aus sieben OPEC und Nicht-OPEC-Ölpreisen zusammensetzt. Hierdurch beabsichtigte die OPEC die Förderung von Öl entsprechend des Marktpreises zu steuern und Preiskriege zu verhindern. Im Jahr 1987 lag der von der OPEC beabsichtigte Referenzpreis bei 18\$. Im Jahr darauf kam es allerdings wieder zu einem Preisverfall, da einige Golf-OPEC-Staaten, die über freie Kapazitäten verfügten, ihre Produktion anhoben und somit zu einem Überangebot beitrugen, was eine Absenkung des Korbpreises auf 10\$, also unter den Referenzpreis, zur Folge hatte; auch war die endgültige Loslösung Saudi-Arabiens von der Festpreispolitik an dieser Entwicklung beteiligt.<sup>84</sup> Verschiedene Umstände, wie die Zusammenarbeit zwischen OPEC-Förderern und Nicht-OPEC-Förderern, die erhöhte Nachfrage in der OECD und der Wegfall von 8% des sowjetischen Öls, führten dann jedoch dazu, dass der Preis bis Anfang 1990 auf 23\$ anstieg. Dieser Zustand änderte sich binnen kurzer Zeit wieder, da es erneut zu Quotenüberschreitungen, was in der logischen Konsequenz mit einer wiederholten Verringerung des Preises einherging, sodass er im Juni 1990 bei 11\$ lag. Dies war weit entfernt vom angestrebten Referenzpreis von 18\$. Parallel zu diesen Ereignissen kam es innerhalb der OPEC zu gravierenden Auseinandersetzungen, da der Irak die OPEC-

---

<sup>82</sup> Beutel, Peter: Die zentrale Rolle der Golfregion für die Versorgung mit Erdöl, in: Landeszentrale für Politische Bildung Baden Württemberg(Hrsg.): Die Golfregion in der Weltpolitik, Stuttgart/Berlin/Köln 1991, S. 84

<sup>83</sup> Al`Subay, Muhammad: Das kollektive Handeln der OPEC-Staaten. Ein Anwendungsbeispiel für die Olsonsche Logik, Münster 2004, S.163

<sup>84</sup> Vgl., Ebd., S.166

Mitglieder Kuwait (!) und die Vereinigten Arabischen Emirate beschuldigte durch Überproduktion den Preis zu belasten; die irakische Auffassung war, dass diese Staaten ihre Produktion drastisch senken müssten.<sup>85</sup> So entstanden in der OPEC zwei Lager, die in ihren Positionen nicht unterschiedlicher hätten sein können; auf der einen Seite standen die Staaten (Irak, Iran, Ecuador und Gabun), die sich für einen Referenzpreis von 25\$ und einer Reduzierung der Förderung einsetzten und auf der anderen Seite standen diejenigen Staaten (Saudi-Arabien, Kuwait, Qatar, die Vereinigten Arabischen Emirate und Venezuela), die für einen niedrigen Preis und einer Erhöhung der Quoten waren.<sup>86</sup> Unter sehr großem Druck, der Irak hatte mit Gewalt gedroht, einigten sich die OPEC-Staaten auf einen Referenzpreis von 21\$. Dass diese Vereinbarung nicht lange gehalten hat, leuchtet aufgrund des Überfalls des Iraks auf Kuwait ein. Dieser Überfall wurde von Seiten des Irak damit begründet, dass Kuwait angeblich irakische Erdölfelder angezapft habe, und dass Kuwait „schon von jeher zum Irak gehört“<sup>87</sup>. Obwohl der festgelegte Referenzpreis zu diesem Zeitpunkt nach wie vor bei 21\$ lag,<sup>88</sup> kletterte der Ölpreis, womit der Marktpreis gemeint ist, auf ein Niveau von 27\$-30\$,<sup>89</sup> da durch den Boykott von kuwaitischen und irakischen Öl eine nicht unerhebliche Menge Öl vom Markt verschwunden war. Aufgrund der Steigerung der Förderung in den übrigen OPEC-Staaten, um die ursprüngliche Menge an Öl bereitzustellen und einer Reihe äußerer Einflüsse, sank der Ölpreis in den ersten drei Monaten allerdings wieder und fixierte sich unterhalb des Referenzpreises. Insgesamt stellte die Irak-Kuwait-Krise also kein großes Problem für die Ölversorgung und für den Ölpreis dar. In den folgenden Jahren bauten die OPEC-Staaten ihre Förderkapazitäten aus, da sich die Mitgliedstaaten, bedingt durch entsprechende Prognosen, darauf eingestellt hatten, dass die weltweite Nachfrage steigen würde und die Förderung in den

---

<sup>85</sup> Al`Subay, Muhammad: Das kollektive Handeln der OPEC-Staaten. Ein Anwendungsbeispiel für die Olsonsche Logik, Münster 2004, S.166

<sup>86</sup> Vgl. Ebd.

<sup>87</sup> Pitt, Rivers William: Krieg gegen den Irak. Was die Bush-Regierung verschweigt, 6. Aufl., Köln 2003, S. 24

<sup>88</sup> Beutel, Peter: Die zentrale Rolle der Golfregion für die Versorgung mit Erdöl, in: Landeszentrale für Politische Bildung Baden Württemberg(Hrsg.): Die Golfregion in der Weltpolitik, Stuttgart/Berlin/Köln 1991, S. 85

<sup>89</sup> Beutel, Peter: Die zentrale Rolle der Golfregion für die Versorgung mit Erdöl, in: Landeszentrale für Politische Bildung Baden Württemberg(Hrsg.): Die Golfregion in der Weltpolitik, Stuttgart/Berlin/Köln 1991, S. 85

Nicht-OPEC-Staaten sogar sinken sollte.<sup>90</sup> Diese Einschätzung war in ihrem Kern jedoch nicht zutreffend, sodass sich der Ölpreis aufgrund des großen Angebots, was zum Teil auf wiederholte Quotenüberschreitungen zurückzuführen war, ständig unter 20\$ befand.<sup>91</sup> Einen noch heftigeren Schlag bekam der Ölpreis Ende des 20. Jahrhunderts als das viel versprechende Asien von einer Wirtschaftskrise überschattet wurde und die erhoffte Nachfrage ausblieb, kam es innerhalb kurzer Zeit zu einem enormen Verfall des Preises kam.<sup>92</sup>

Im 21. Jahrhundert steht der Ölmarkt jedoch einer ganz anderen Situation gegenüber. Obwohl die OPEC 2002 das Ziel erklärt hat, den Ölpreis in einem Bereich von 22\$-28\$ zu halten, konnte der Ölpreis seit Ende 2003 die angestrebte Obergrenze von 28\$ nicht mehr unterschreiten. Auch im Jahr 2004 konnte keine Erholung des Ölpreises beobachtet werden, da sich der Ölpreis zeitweilig sogar knapp über der 50\$-Marke befand und somit eine rekordartige Höhe erreicht hatte. Auch konnte eine mehrfache Erhöhung der OPEC-Fördermengen diese Entwicklung nicht nachhaltig aufhalten.<sup>93</sup> Nach einer kurzen Erholungsphase gegen Ende 2004 haben die Ölpreise zu Jahresbeginn 2005 wieder begonnen zu steigen. Seit März 2005 bewegen sie sich wieder über 50\$ und haben zeitweise gar Höhen von 57,5\$ für die amerikanische Leitsorte **WTI** und 56\$ für die europäische Leitsorte **Brent** erreicht.<sup>94</sup> Als Reaktion auf den hohen Ölpreis hatte die OPEC bereits am 16.03.2005 eine Anhebung der Förderquoten um 2% beschlossen, was bislang jedoch folgenlos für den Ölpreis blieb. Des Weiteren haben sich die OPEC-Staaten darauf geeinigt den alten Referenzpreis neu zu gestalten. Der neue Referenzpreis soll sich künftig an elf und nicht mehr an sieben Ölsorten orientieren, womit nun auch die Ölsorten, die aufgrund eines höheren Schwefelgehalt billiger sind, in den OPEC-Korb-Preis einbezogen werden.<sup>95</sup> Eine deutliche Erholung des

---

<sup>90</sup> Al`Subay, Muhammad: Das kollektive Handeln der OPEC-Staaten. Ein Anwendungsbeispiel für die Olsonsche Logik, Münster 2004, S.168

<sup>91</sup> Mineralölwirtschaftsverband e.V.: Preisbildung am Rohölmarkt, S.13, nachzulesen unter: [www.mwv.de/download/preisbildung.pdf](http://www.mwv.de/download/preisbildung.pdf), abgerufen am 31.03.05 um 11:45 Uhr

<sup>92</sup> Der Ölpreis rutschte zeitweise unter 10\$. Vgl. hierzu: Mineralölwirtschaftsverband e.V.: Preisbildung am Rohölmarkt, S.15, nachzulesen unter: [www.mwv.de/download/preisbildung.pdf](http://www.mwv.de/download/preisbildung.pdf), abgerufen am 31.03.05 um 11:45 Uhr

<sup>93</sup> Mineralölwirtschaftsverband e.V.: Preisbildung am Rohölmarkt, S.19, nachzulesen unter: [www.mwv.de/download/preisbildung.pdf](http://www.mwv.de/download/preisbildung.pdf), abgerufen am 31.03.05 um 11:45 Uhr

<sup>94</sup> Zitzelsberger, Gerd: Öl ist knapp, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 64 vom 18.03.2005, S. 23

<sup>95</sup> [www.weltalmanach.de/suche/suche.php?search=OPEC&suchen.x=0&suchen.y=0&suchen=s-submit](http://www.weltalmanach.de/suche/suche.php?search=OPEC&suchen.x=0&suchen.y=0&suchen=s-submit), abgerufen am 07.04.2005 um 16:20 Uhr

Ölmarktes ist dennoch bislang ausgeblieben. Obschon die OPEC einige Maßnahmen ergriffen hat, um den Ölpreis auf ein akzeptables Niveau zu bringen, so lässt sich bis zum heutigen Zeitpunkt keine Erholung des Marktes erkennen, denn mit zeitweise 78,65\$ pro Barrel hatte der Ölpreis im August des Jahres 2006 einen historischen Höchststand erreicht,<sup>96</sup> der im Sommer 2007 aller Wahrscheinlichkeit nach noch einmal übertroffen werden wird, weshalb davon auszugehen ist, dass eine mittel- und langfristige (deutliche und dauerhafte) Senkung des Ölpreises nicht mehr stattfinden wird. Der Hauptgrund für diese Preisentwicklung ist in der steigenden Nachfrage zu finden, die zwar bereits in der Vergangenheit schon hin und wieder zu Preiserhöhungen geführt hatte, nun jedoch von einer ganz anderen Qualität ist. So hat beispielsweise China die Rohölimporte im laufenden Jahr, verglichen mit dem Jahr 2006 um 20% erhöht.<sup>97</sup> Konnte in der Vergangenheit ein Anstieg des Ölpreises durch eine Erhöhung der Förderung größtenteils ausgeglichen werden, so ist dies gegenwärtig nicht in dem gewünschten Maße möglich, wie sonst, da die Nachfrage so groß ist, dass die Förderländer kaum noch in der Lage sind ausreichend Öl zu fördern. Bis auf Kuwait und Saudi-Arabien sind die meisten anderen Förderländer diesbezüglich schon an ihre Grenzen gestoßen, wodurch das Ölangebot im Verhältnis zum Bedarf zu gering geworden ist.<sup>98</sup> Schuld an diesem Mangel ist der niedrige Ölpreis der 90er Jahre, der sämtliche Investitionen zum Ausbau der Förderkapazitäten und zur Erschließung neuer Quellen verhindert hat;<sup>99</sup> weder die Ölförderländer, noch die Mineralölgesellschaften haben in den letzten Jahren in diesen Bereichen investiert. Zwar ist der Ausbau der Kapazitäten geplant, jedoch werden sich diese Maßnahmen zunächst nicht positiv auf den Markt auswirken können. Aber nicht nur die Förderschwierigkeiten der OPEC, sondern auch andere, zum Teil politische Faktoren verhindern momentan die Gesundung des Ölmarktes. Der Irak beispielsweise, ist derzeit nicht fähig größere Mengen Öl am Markt anzubieten, da es in regelmäßigen Abständen zu Terroranschlägen auf Pipe-

---

<sup>96</sup> [www.n-tv.de](http://www.n-tv.de), abgerufen am 06.07.2007 um 16:25 Uhr

<sup>97</sup> [www.tecson.de/prohoel.htm](http://www.tecson.de/prohoel.htm), abgerufen am 15.07.2007 um 14:23 Uhr

<sup>98</sup> Saudi-Arabien verfügt nur noch über zusätzliche Förderkapazitäten von ca. 800.000-1.300.000 Mio. Barrel pro Tag, wohingegen der zusätzliche Bedarf 2005 um ca. 1.800.000-2.200.000 Mio. Barrel steigen wird. *Vgl. hierzu:* Zitzelsberger, Gerd: Öl ist knapp, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 64 vom 18.03.2005, S. 23

<sup>99</sup> Mineralölwirtschaftsverband e.V.: Preisbildung am Rohölmarkt, S.15, nachzulesen unter: [www.mwv.de/download/preisbildung.pdf](http://www.mwv.de/download/preisbildung.pdf), abgerufen am 31.03.05 um 11:45 Uhr

Lines kommt, wodurch eine kontinuierliche Förderung nicht gewährleistet werden kann. Beeinflussend wirkt sich auch das Embargo der USA gegenüber dem Iran aus,<sup>100</sup> da der aktuelle Atomstreit eine Normalisierung der Beziehungen und der damit verbundenen wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie der freien Lieferung von Öl im Wege steht. Außerhalb des Einflussgebietes der OPEC gibt es allerdings weitere Gründe, die zu der Verteuerung des Öls beigetragen haben. Hier können vor allem die USA angeführt werden, die ebenfalls „verschlafen“ haben, ihre Ölindustrie zu modernisieren und zum gegenwärtigen Zeitpunkt gezwungen sind auf den europäischen Markt in Rotterdam zurückzugreifen, wodurch der europäische Ölmarkt zusätzlich belastet wird und die Preise weiter gesteigert werden. In Russland hingegen behinderte zeitweise die Yukos-Affäre, die komplikationslose Förderung von russischem Öl, wodurch dem Markt wiederum Öl entzogen wurde.<sup>101</sup> Auch behindern permanente politische Spannungen in Nigeria die reibungslose Ausfuhr von Öl, weshalb Nigeria derzeit nicht als verlässlicher Öllieferant betrachtet werden kann.<sup>102</sup> Eine neue und nicht unbedeutende Rolle bei der Entwicklung des Ölpreises haben besonders in den letzten Jahren und hier besonders im Jahr 2005 Spekulanten eingenommen,<sup>103</sup> die Rohöl aufkaufen, ohne dies zu liefern, sondern darauf warten, dass sich der Markt dermaßen verändert, damit sie es zu möglichst hohen Preisen wieder verkaufen können.<sup>104</sup> Bis dies jedoch geschieht, bleibt das entsprechende Öl dem Markt vorenthalten, was zu einer künstlichen Verknappung und somit zu einer Verteuerung führt. Zurzeit gibt es also eine Reihe von Faktoren, die sich beeinflussend auf den Ölmarkt auswirken, was dazu führt, dass die OPEC gegenwärtig nur ein begrenztes Potential zur Marktregulierung besitzt und sie somit nicht fähig ist, den weltweiten Ölhandel zu kontrollieren und zu beruhigen

---

<sup>100</sup> Zitzelsberger, Gerd: Öl ist knapp, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 64 vom 18.03.2005, S. 23

<sup>101</sup> Vgl. Ebd.

<sup>102</sup> [www.tecson.de/prohoel.htm](http://www.tecson.de/prohoel.htm), abgerufen am 15.07.2007 um 14:23 Uhr

<sup>103</sup> [www.tecson.de/poelhist.htm](http://www.tecson.de/poelhist.htm), abgerufen am 15.07.2007 um 14:25 Uhr

<sup>104</sup> Mineralölwirtschaftsverband e.V.: Preisbildung am Rohölmarkt, S.23, nachzulesen unter: [www.mwv.de/download/preisbildung.pdf](http://www.mwv.de/download/preisbildung.pdf), abgerufen am 31.03.05 um 11:45 Uhr

### 2.1.3 Stärken und Schwächen der OPEC – Eine Bewertung

Nachdem sich die OPEC zu Beginn der 70er Jahre vermehrt aus den Fängen der Konzessionsverträge mit den Multinationalen Ölgesellschaften lösen konnte und im Herbst 1973 den westlichen Staaten ihre neue demonstriert hatte, begann für die OPEC eine machtvolle Periode. Sie war nicht mehr nur in der Lage den Ölmarkt zu beeinflussen, sondern auch ihn zu kontrollieren, was sich in ihrer Hochpreispolitik, mit der es zur Verteuerung des Rohöls gekommen war, gezeigt hatte. Aus dieser Euphorie heraus haben die OPEC-Staaten jedoch mangelnde Weitsicht bewiesen, indem sie die westlichen Staaten und die Nicht-OPEC-Förderländer unterschätzt haben. Mit der Entwicklung alternativer Energien und der Erschließung von Ölquellen außerhalb der OPEC kam es dazu, dass das Erdöl-Kartell zunehmend Anteile am globalen Ölmarkt verloren hatte, mit der Folge, dass die OPEC seit Anfang der 80er Jahre nicht mehr die meisten Anteile am Ölmarkt innehat. Der Drang einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen, hat die OPEC demnach ins Abseits gestellt, wodurch sie zu einem „normalen“ Öllieferanten degradiert geworden war. Der Versuch der OPEC, durch die Einführung von Förderquoten, ihren Marktanteil wieder zu erhöhen, ging aufgrund der Übersättigung des Marktes, mit einem kräftigen Preisverfall einher, was die OPEC erneut in die Defensive gedrängt hatte. Trotz der Steigerung der Produktion liegt die OPEC noch immer hinter den übrigen Produzenten zurück.<sup>105</sup>

Neben dieser Entwicklung, die hauptsächlich durch *äußere* Faktoren bestimmt worden war, gab es auch noch Faktoren *innerhalb* der OPEC, die zum Sturz ihres Einflusses beigetragen haben. Hier muss in erster Linie auf die fehlenden Kontrollmechanismen in der OPEC hingewiesen werden, die zur Überwachung der Einhaltung von Förderquoten benötigt werden. Es ist nicht selten vorgekommen, dass die OPEC ihr Preisziel nicht einhalten konnte, weil sich einzelne Mitglieder nicht an die Abmachungen gehalten haben, wodurch der OPEC, als Kartell, zusätzlich Macht und Einfluss entrissen worden ist. Zusätzlich zu diesem organisatorischen Mangel sind auch die politischen und religiösen Kontroversen in der OPEC zu nennen, die sich bereits in Form

---

<sup>105</sup> Dieser Zustand dauert bis heute an. Der derzeitige Anteil der OPEC-Produktion auf dem Weltmarkt liegt z.Z. „nur“ bei 42%, vgl. hierzu: [www.shell.com/home/Framework?siteId=dede&FC2=/dede/html.iwgen/about\\_shell/energiein zahlen/olundgasin zahlen/zzz\\_Ihn.html&FC3=/dedehtml/iwgen/about\\_shell/energiein zahlen/olundgasin zahlen/dieschlusselrolle\\_09241245.html](http://www.shell.com/home/Framework?siteId=dede&FC2=/dede/html.iwgen/about_shell/energiein zahlen/olundgasin zahlen/zzz_Ihn.html&FC3=/dedehtml/iwgen/about_shell/energiein zahlen/olundgasin zahlen/dieschlusselrolle_09241245.html), abgerufen am 02.02.2005 um 14:57 Uhr

zweier Kriege gezeigt haben. Der Iran-Irak-Krieg und die Kuwait-Krise, die im zweiten Golfkrieg 1991 endet, haben sehr deutlich gemacht, dass die OPEC eine Organisation ist, die in ihrem Kern keineswegs stabil ist, sondern als zerbrechliches Gebilde verstanden werden muss. Die OPEC konnte sich während dieser Kriege nur behaupten, weil die übrigen Mitglieder, vor allem aber Saudi-Arabien fähig waren, den Großteil der Verluste an Öl, die durch die Kriege entstanden waren, auszugleichen. Bei den heutigen Fördermengen, die sich bereits an ihren Grenzen befinden, wäre eine Kompensation solcher Verluste nicht mehr möglich, zumal auch die Nicht-OPEC-Förderer keine weiteren Kapazitäten zur Verfügung haben. Ein Krieg zwischen zwei größeren OPEC-Förderern hätte zurzeit fatale Folgen für die Versorgung mit Erdöl, was im schlimmsten Fall zu einem Ökonomischen Kollaps der Weltwirtschaft führen könnte, da die bereits schon sehr hohen Ölpreise noch weiter ansteigen würden.

Obwohl die OPEC seit gut 25 Jahren nicht mehr der Öllieferant ist, der den Preis bestimmt, sondern ihn lediglich beeinflusst, wird gerade im Moment, wo Öl knapp ist, klar, dass die OPEC, mit ihrem Hauptproduzenten Saudi-Arabien, von besonderer Wichtigkeit für die Ölversorgung ist und dies auch in Zukunft weiterhin sein wird. Nicht nur, dass die OPEC derzeitig als einziger in der Lage ist, die Fördermengen zu erhöhen, sondern auch die Tatsache, dass die OPEC die größten Vorkommen besitzt, die dementsprechend auch erst später ausgeschöpft sind als die Nicht-OPEC-Vorkommen,<sup>106</sup> lässt nur den Schluss zu, dass die OPEC in Zukunft wieder zum Hauptlieferanten werden wird, womit sie auch wieder mehr Einfluss bei der Gestaltung des Preises bekommt. Zwar hängt der Ölpreis heute bereits maßgeblich von der Förderung der OPEC ab, jedoch wird sich diese Situation verschärfen, wenn die Nicht-OPEC-Quellen nach und nach versiegen und die OPEC ihr „altes Monopol“ wiedererlangt. Die daraus resultierende Abhängigkeit vom OPEC-Erdöl erscheint deshalb noch schwerwiegender als die Abhängigkeit, die vor 1973 bestand, da die westlichen Staaten damals auf alternative Ölquellen zurückgreifen konnten. Dies wird in Zukunft nicht mehr in dem Maße möglich

---

<sup>106</sup> Aktuellen Studien zufolge hat die OPEC beim derzeitigen Stand der Produktion noch Reserven für 73,1 Jahre, wohingegen die OECD nur noch Reserven für gut 11 Jahre hat. Im Boden der ehemaligen Sowjetunion lagern demnach noch Reserven für knapp 28,4 Jahre und in den übrigen Nicht-OPEC-Förderländern noch Reserven für knapp 14 Jahre. Vgl. hierzu: BP 2006 Statistical Review of World Energy

sein. Daraus ergibt sich, dass alle hoch entwickelten Staaten zukünftig von der OPEC abhängig sein werden, was sich insbesondere auf die politischen Beziehungen zwischen der OPEC und ihren Kunden auswirken wird. Für die OPEC bedeutet dies allerdings auch, dass sie aus den Fehlern der Vergangenheit lernen muss und das Prinzip eines Kartells, was auch Kontrollmechanismen beinhaltet, strenger durchsetzen muss. Mit der Bindung an Beschlüsse und der Vermeidung von Konflikten innerhalb der Organisation könnte die OPEC in bisher ungekannter Weise an Macht und Stärke gewinnen, was sie zu einem mächtigen und schwierigen Verhandlungspartner für die abhängigen Staaten werden ließe, gerade vor dem Hintergrund des fortschreitenden Islamismus in der arabischen OPEC. Bei der Betrachtung der Verteilung der Erdölreserven und den jeweiligen Reichweiten dieser Reserven besteht kaum noch Zweifel, dass dieses Szenario in unbestimmter Zukunft eintreten wird. Einen Ausweg aus dieser Abhängigkeit können daher nur deutliche Sparmaßnahmen beim Verbrauch oder andere Energiequellen sein, die die weltweite Versorgung gewährleisten können, wobei auch hier erneut darauf hingewiesen werden muss, dass das Hauptproblem bei der Versorgung mit Treibstoff liegt. Inwieweit alternative Energien dazu verwendet werden können, die Energieversorgung der Zukunft zu sichern und den Fortbestand des Transportwesens (und der Verteidigungsfähigkeit) zu gewährleisten, soll daher in den nachfolgenden Kapiteln geklärt werden.

## 2.2 Alternative Energien als Lösung des Erdölproblems?

Das Ziel der IEA-Mitgliedstaaten, die Verringerung der Abhängigkeit vom OPEC-Öl, führte zu einem Umdenken in den westlichen Industriestaaten. Ging man bis 1973 noch recht sorglos mit dem Rohstoff Erdöl um, so begannen die westlichen Staaten infolge der „Ölkrise“ ihre Energiepolitik neu zu überdenken. Eine Richtung der neuen Denkweise führte dazu, den allgemeinen Bedarf an Erdölprodukten zu senken. In der Automobilindustrie bedeutete dies, Fahrzeuge zu entwickeln, deren Verbrauch deutlich unter dem der Vorgängermodelle lag, wobei dies zunächst nicht funktionierte, da es zu einer weiteren Steigerung des Verkehrsaufkommens gekommen ist, wodurch der eingesparte Kraftstoffverbrauch wieder kompensiert wurde bzw. weiter

anstieg.<sup>107</sup> Ähnliche Entwicklungen gab es auch im Flugzeugbau, da auch hier eine Senkung des Treibstoffbedarfs durch die Verwendung neuer Materialien und Triebwerke, durch ein erhöhtes Flugaufkommen ausgeglichen worden ist. Es blieb den westlichen Staaten also nichts anderes übrig, als Energieträger zu entwickeln oder fortzuentwickeln, mit denen es möglich sein wird, gänzlich auf Erdöl zu verzichten. Idealerweise sollten diese Energieträger auch noch die Eigenschaft besitzen, dass sie nicht endlich sind, und dass eine Abhängigkeit von bestimmten Staaten oder Regionen gar nicht erst entstände. Angesichts der unaufhörlichen Steigerung des weltweiten Energiebedarfs, deren Ende noch nicht in Sicht ist, stellt sich die Lösung des Energieproblems, das im Prinzip ein Treibstoffproblem ist, als eine der größten Aufgaben der Menschheit dar.

Da es in den 70er Jahren jedoch kaum Verständnis für Umweltschutz oder ähnliches gab, kam es in den westlichen Staaten unter anderem zu einer Forcierung ihrer nuklearen Fähigkeiten, da sich Kernkraftwerke gut dafür eignen, den industriellen und privaten Strombedarf zu einem Großteil zu decken. Alles in allem hat sich die Kernenergie jedoch nicht als ernsthafte Alternative zum Erdöl durchsetzen können, zumal es sich bei Uran als Brennstoff für Reaktoren ebenfalls um eine endliche Ressource handelt<sup>108</sup> und weil Erdöl in Bezug auf die Herstellung von Strom nur eine untergeordnete Rolle spielt, da die Hauptaufgabe des Erdöls im Bereich des Transports und Verkehrs liegt. Obwohl die Kernenergie lediglich 6,9% (Abb.1, S.34) zur weltweiten Energieversorgung beiträgt, und sie überdies ihre Gefährlichkeit unter Beweis gestellt hat, als es zu dem folgenschweren Unglück in Tschernobyl gekommen ist, deutet der globale Trend darauf hin, dass die Kernenergie in Zukunft im Rahmen der Energieversorgung ihre Position behaupten wird. Auch der Beschluss Deutschlands künftig auf die Nutzung von Kernenergie zu verzichten, ändert nichts an diesem Trend, da auf die 21 abzuschaltenden deutschen Kraftwerke, weltweit 27 neue kommen werden,<sup>109</sup> die sich bereits im Bau befinden. Neben der Kernenergie, die sich nach der

---

<sup>107</sup> Erst in den 90er Jahren gab es im Bereich der Motorentechnik wichtige Neuerungen, die zu einer merklichen Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs geführt haben.

<sup>108</sup> Die Verfügbarkeit von Uran, das in Leichtwasserreaktoren verwendet wird, liegt, ohne Wiederaufbereitung, bei ca. 40 Jahren, vgl. *hierzu*: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 9

<sup>109</sup> Umbach, Frank: Sichere Energieversorgung auch in Zukunft, in: Internationale Politik Nr.8, August 2004, S.20

Ölkrise etablieren konnte, ist auch das Erdgas als Energielieferant verstärkt eingesetzt worden, wobei auch dieser Trend bis heute anhält, obwohl auch das Erdgas endlich ist, wenn auch erst in ca. 67 Jahren<sup>110</sup>. Auch diese vermeintliche Alternative, ist als solche nicht zu verstehen, genauso wenig, wie die Kohle, die hinter dem Erdöl auf Platz zwei als Energieträger zu finden ist, da auch sie zu den endlichen Rohstoffen zählt. Der Vorteil der Kohle liegt allerdings darin, dass ihre strategische Reichweite bei ca. 200 Jahren<sup>111</sup> liegt, sodass sie noch am ehesten als Alternative zum Erdöl betrachtet werden kann. Dies gilt jedoch nur im Bereich der Stromerzeugung und hier stellt Erdöl keine besondere Größe dar. Was all diesen Arten der Energiebereitstellung negativ anhaftet, ist ihre Endlichkeit, und dass sie, genauso, wie das Erdöl nicht überall in gleicher Weise vorkommen. Alle bis hierhin aufgeführten Energieträger werden eines Tages nicht mehr verfügbar sein, sodass sie nur zur Überbrückung geeignet sind, nicht aber zur dauerhaften Lösung des weltweiten Energieproblems. Sie sind daher auf eine Stufe mit dem Rohstoff Erdöl zu stellen. Außerdem sind diese Energiearten nicht in der Lage die Rolle der (Erdöl-)Treibstoffe zu übernehmen. Hinzu kommt noch, dass es sich beispielsweise bei der Kernenergie um eine höchst gefährliche Energiegewinnungsart handelt, bei der es zu keiner Störung kommen darf. Außerdem ist die Kernkraft mit einem ungemein hohen Aufwand verbunden, was die sichere Unterbringung der radioaktiven Abfallstoffe angeht, das es sich dabei um Stoffe handelt, die mehrere 10.000 Jahre<sup>112</sup> strahlen und somit eine Bedrohung für die gesamte Natur darstellen. Vor diesem Hintergrund, dass der Rohstoff Erdöl endlich ist und in Angesicht der drohenden Abhängigkeit vom (OPEC-)Erdöl, die sich aus der weltweiten Erdölverteilung ergibt und der aktuellen Situation ergibt, müssen neue Energieträger entwickelt und zur Serienreife gebracht werden.

Als Lösung für die Verwendung endlicher Rohstoffe sowie zur Umgehung der Gefahren, die bei dem Umgang mit strahlenden Brennstoffen zweifelsohne existieren, bieten sich eine ganze Reihe wirklicher Alternativen an, die weder endlich, noch gefährlich in der Handhabung sind. Diese Energien nennt man

---

<sup>110</sup> Reeker, Martin: Kostenentwicklung erneuerbarer Energien. Eine Erfahrungskurvenanalyse des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes, Göttingen 2004, S. 31

<sup>111</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 9

<sup>112</sup> Alt, Franz: Krieg um Öl oder Frieden durch Sonne, München 2002, S. 202

*Erneuerbare Energien* bzw. *Renewables*, die sich vor allem durch ihren natürlichen Ursprung kennzeichnen und im Gegensatz zu den traditionellen Energieträgern in unbegrenztem Maße vorhanden sind. Zu den Erneuerbaren Energien zählen die *Solarenergie* (die sich in die Bereiche Solarthermie und Photovoltaik unterteilt), die *Wasserkraft*, die *Windkraft*, die Energiegewinnung aus *Biomasse*, die *Geothermie* und die Energiegewinnung aus *Wasserstoff*. In den folgenden Kapiteln sollen neben der Anwendungsweise, vor allem die Vor- und Nachteile herausgestellt werden, die sich bei den unterschiedlichen Verfahren ergeben, um aufzuzeigen, welche Möglichkeiten bestehen aus den Erneuerbaren Energien echte Alternativen zum Erdöl zu entwickeln und welche Gründe es dafür gibt, dass die *Renewables* heute noch einen geringen Anteil an der weltweiten Energiebereitstellung haben.

### 2.2.1 Sonnenenergie

Die Sonne, die sich als großer leuchtender Stern präsentiert, ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein riesengroßer Atomreaktor, dessen Energieausstoß weit über dem liegt, was die Menschheit heutzutage benötigt und in absehbarer Zeit benötigen wird. Insgesamt setzt die Sonne eine Energiemenge frei, die rund 15.000-mal höher ist,<sup>113</sup> als der derzeitige weltweite Bedarf, woraus sich ein enormes theoretisches Potential zur Energiegewinnung ergibt. In der Praxis haben sich daher inzwischen schon einige Techniken bewährt, die genau dieses Ziel verfolgen: die Nutzung der Sonne als Energiespender.

Bei der Verwendung von Sonnenstrahlen haben sich mittlerweile zwei Möglichkeiten herausgebildet, mit Hilfe derer Energie erzeugt werden kann. Die erste Möglichkeit beschreibt eine Methode bei der die Sonnenenergie in Wärmeenergie umgewandelt wird; diese Art der Energiegewinnung nennt man *Solarthermie*.<sup>114</sup> Die zweite Art Sonnenenergie zu nutzen, wird unter dem Begriff *Photovoltaik* zusammengefasst, was nichts anderes bedeutet, als dass die Sonnenenergie direkt in Elektrizität umgewandelt wird.<sup>115</sup>

Die *Solarthermie* bietet vielseitige Möglichkeiten die Kraft der Sonne in Wärmeenergie umzuwandeln. In so genannten *Solarthermischen Kraftwerken*

---

<sup>113</sup> Alt, Franz: Krieg um Öl oder Frieden durch Sonne, München 2002, S. 211

<sup>114</sup> Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S. 101

<sup>115</sup> Vgl.: Ebd.

beispielsweise bündeln große Sonnenkollektoren die konzentrierte Strahlung der Sonne, wodurch große Hitze entsteht,<sup>116</sup> die dann in einem konventionellen Dampfkraftwerk<sup>117</sup> in elektrische Energie umgewandelt wird. Bei dieser Art der Verwendung besteht jedoch das Problem, dass derartige Anlagen auf eine kontinuierliche Sonneneinstrahlung angewiesen sind, die in den nördlichen Regionen der Erde prinzipiell gar nicht vorherrscht. Das bedeutet, dass sich reine solarthermische Kraftwerke in der nördlichen Hemisphäre gar nicht realisieren lassen, ohne dass es zu einer zusätzlichen Verfeuerung von Brennstoffen kommt,<sup>118</sup> die als Ausgleich für fehlende Sonneneinstrahlung eingesetzt werden. Gleichzeitig muss auch noch die Möglichkeit der Wärmespeicherung gegeben sein, damit das Kraftwerk nicht zu einem herkömmlichen Kraftwerk „verkommt“, in dem es nachts grundsätzlich zur Verfeuerung von Brennstoffen kommt. Für den Einsatz solarthermischer Kraftwerke kommen daher vor allem Gebiete in Nordafrika in Frage, da sie über eine weitaus höhere Strahlungsintensität verfügen, als die europäischen Regionen. Aus diesem Grund gibt es Überlegungen, in der nordafrikanischen Wüste Kraftwerke zu errichten, die den europäischen Kontinent mittels Überspannleitungen mit Strom versorgen sollen. Einzig Italien und Spanien wären in der Lage ihren gesamten Energiebedarf aus solarthermischen Kraftwerken zu gewinnen,<sup>119</sup> wohingegen der nördliche Teil Europas andere Alternativen forcieren müsste. Zwar stellen die solarthermischen Kraftwerke eine Ergänzung zur Energiegewinnung dar, jedoch eignen sich diese Kraftwerke nicht als Alternative zum Erdöl, da sie erstens nicht überall nutzbringend eingesetzt werden können und zweitens eine Parallele zum Erdöl existiert, da die europäischen Staaten abhängig von den nordafrikanischen Staaten wären. Politische Verstimmungen könnten hier zu einer Unterbrechung der Stromzufuhr führen, die in ihrer Wirkung ähnlich der der Ölkrise sein

---

<sup>116</sup> Je nach Art des Kraftwerks werden Temperaturen zwischen 400° und 1000° Celsius erreicht, vgl. hierzu: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 40 ff.

<sup>117</sup> Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S. 102

<sup>118</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 40

<sup>119</sup> Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S. 102

könnte. Diese Art der Stromgewinnung kann daher immer nur einen ergänzenden Charakter haben, nie aber den einer fundamentalen Energiequelle.

Während solarthermische Kraftwerke die Sonnenenergie nutzen, um die daraus gewonnene Wärme in Strom umzuwandeln, der dann in das Stromnetz eingespeist wird, gibt es weitere Verfahrensweisen, bei denen die Sonnenstrahlung genutzt werden kann, ohne dass Strom erzeugt wird. Im modernen Wohnungs- und Häuserbau wird verstärkt die Sonne als Wärmespender eingesetzt. Dies funktioniert, indem die Häuser mit Sonnenkollektoren ausgestattet werden, die ähnlich dem Kraftwerksmodell, Wärme erzeugen. Diese Wärme wird anschließend mittels einer Wärmeträgerflüssigkeit in einen Warmwasserspeicher transportiert. In diesem Speicher befindet sich ein Wärmetauscher, der die Sonnenwärme daraufhin an das Heizsystem und/oder an das Trinkwassersystem abgibt.<sup>120</sup> Der Vorteil dieser Häuser liegt darin, dass sie einen enormen Energiesparwert besitzen, denn es wird weder Strom, noch irgendeine andere Quelle zur Erwärmung von Wasser bzw. zur Beheizung der Wohnbereiche verwendet. Voraussetzung für die Verwendung dieser Technologie ist jedoch die möglichst große Bereitstellung von Flächen, die tagsüber einer ständigen Sonneneinstrahlung ausgesetzt sind, damit die Kollektoren ausreichend Wärme produzieren können. Für Häuser in eng bebauten Stadtteilen, die weder solche Flächen, noch eine ausgeprägte Südseite besitzen, ist der Einsatz solcher Anlagen jedoch schwierig.<sup>121</sup> Eine ähnliche Möglichkeit die Sonneneinstrahlung zur Wärmeengewinnung zu nutzen, bieten die so genannten Passiv-Häuser, die sich vor allem durch große Fensterflächen und spezielle Wärmedämmung auszeichnen, durch die die Sonne scheint und so Wärme erzeugt. Wie der Name schon sagt, kommen hierbei keine Kollektoren oder andere technische Geräte zum Einsatz, da sich die Nutzung der Sonne alleine auf die Ausbeutung der Wärmeenergie zur Wohnraumerwärmung beschränkt.<sup>122</sup> Der Nachteil dieser Häuser ist, dass sie nur einen Nutzen bei sonnigen Tagen haben, da auf

---

<sup>120</sup> [www.solarserver.de/wissen/solaranlagen.html](http://www.solarserver.de/wissen/solaranlagen.html), abgerufen am 19.03.2005 um 09:57 Uhr

<sup>121</sup> Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S.103

<sup>122</sup> Nicht nur bei trübem Tagen, sondern auch in der Nacht können die großen Fensterflächen eine eher gegenteilige Wirkung haben, da sie mehr Wärme abgeben, als gut isolierte Mauern, vgl. hierzu: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 52

den Einsatz von konventionellen Heizungsanlagen verzichtet werden kann, was bei trüben Tagen nicht möglich ist.<sup>123</sup> Außerdem brauchen auch diese Häuser eine ideale Position zur Sonne, damit sie überhaupt ausreichend Wärmestrahlung abbekommen. Da sie, anders als bei den Kollektoren, bauartbedingt weniger Möglichkeiten haben die Dachfläche zu nutzen, ergibt sich aus dem Prinzip des Passiv-Hauses nur eine eingeschränkte Nutzungsmöglichkeit;<sup>124</sup> außerdem entstehen im Vergleich zur konventionellen Bauweise zunächst Mehrkosten von ca. 7.000€<sup>125</sup>. Eine Kombination mit der Kollektortechnologie erscheint in diesem Zusammenhang sinnvoller als der alleinige Einsatz von großen Fensterflächen.

Wie eingangs erwähnt, gibt es neben der *Solarthermie*, die hauptsächlich zur Gewinnung von Wärme eingesetzt wird und nur selten zur indirekten Stromgewinnung, eine Methode, mit der sich Strom direkt erzeugen lässt. Diese Methode nennt sich *Photovoltaik*. Anders als bei der Solarthermie dienen hier nicht Kollektoren zur Gewinnung von Wärmeenergie, sondern so genannte Solarzellen, die aufgrund ihrer Zusammensetzung in der Lage sind, Sonnenlicht in Strom umzuwandeln. Die Solarzellen bestehen in der Regel aus Silizium<sup>126</sup>, das wiederum aus zwei verschiedenen Siliziumschichten zusammengesetzt ist. Die erste Schicht besteht aus Silizium mit einem positiven Ladungsüberschuss, die zweite Schicht hingegen besitzt einen negativen Ladungsüberschuss;<sup>127</sup> die unterschiedlichen Ladungen werden durch eine *Dotierung* erreicht, indem Fremdatome in die Kristallstruktur des Siliziums eingebracht werden.<sup>128</sup> Dabei entsteht in der negativen Schicht ein überschüssiges Elektron und in der positiven Schicht ein Loch, aufgrund

---

<sup>123</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 52

<sup>124</sup> Im Idealfall kann ein Passiv-Haus jedoch zur Reduzierung der Heizkosten um 90% beitragen, vgl. hierzu: Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S. 105

<sup>125</sup> Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S. 105

<sup>126</sup> Silizium ist ein Halbleiter, der unter Zufuhr von Licht oder Wärme elektrisch leitfähig wird, vgl. hierzu: [www.solarserver.de/wissen/photovoltaik.html](http://www.solarserver.de/wissen/photovoltaik.html), abgerufen am 19.03.2005 um 09:52 Uhr

<sup>127</sup> Dies wird durch die Einbringung von chemischen Elementen erreicht, vgl. hierzu: [www.solarserver.de/wissen/photovoltaik.html](http://www.solarserver.de/wissen/photovoltaik.html), abgerufen am 19.03.2005 um 09:52 Uhr

<sup>128</sup> Reeker, Martin: Kostenentwicklung erneuerbarer Energien. Eine Erfahrungskurvenanalyse des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes, Göttingen 2004, S. 149

dessen ein schwaches elektrisches Feld entsteht.<sup>129</sup> Wird die Solarzelle nun einer Lichtquelle ausgesetzt, werden in beiden Schichten weitere Elektronenbindungen zwischen den Atomen aufgebrochen, wobei die freien Elektronen und Löcher durch das elektrische Feld getrennt werden.<sup>130</sup> Die entstandene Spannungsdifferenz wird daraufhin an Kontakten an der Außenseite aufgefangen, wodurch elektrischer Strom (Wechselstrom) entsteht,<sup>131</sup> der dem Stromkreis zugeführt werden kann.

Angesichts der vielseitigen Anwendungsmöglichkeiten im Bereich der Photovoltaik zeigt sich bei dieser Technologie ein großes Potential, das in Zukunft durchaus noch weiter an Bedeutung dazu gewinnen kann und auch wird. Momentan leidet diese Technologie jedoch noch daran, dass sie mit sehr hohen Kosten verbunden ist, die aus dem „intensiven Materialaufwand“ resultieren.<sup>132</sup> Darüber hinaus verfügen die Solarzellen noch nicht über den nötigen Wirkungsgrad, da die Leistung der Zellen zum Beispiel durch Schatten, Materialverunreinigungen, Oberflächen- und Kristalldefekten und Widerstandsverluste minimiert wird.<sup>133</sup> Aus diesem Grund wird die Photovoltaik in absehbarer Zeit nicht zur flächendeckenden Stromversorgung beitragen, sondern zunächst auf die Anwendung in bestimmten Bereichen begrenzt bleiben. Da sich die Anbindung an das Stromnetz zurzeit aufgrund der hohen Kosten (noch) nicht wirklich rechnet, gibt es allerdings die Möglichkeit photovoltaische Anlagen zu errichten, die nur zur Versorgung bestimmter kleinerer Regionen dienen. Insbesondere in noch nicht vernetzten Gebieten könnten auf diese Art und Weise hohe Transport- und Infrastrukturkosten vermieden werden.<sup>134</sup> Sollte es der Wissenschaft jedoch gelingen, den Wirkungsgrad der Solarzellen deutlich zu erhöhen, so könnte sich der Trend der Kostenreduktion, der sich in den letzten Jahren gezeigt hat, fortsetzen, sodass sich die Photovoltaik zu einer wichtigen Alternative zum Erdöl entwickeln könnte. Zusätzlich zu den hohen Kosten, zeigt sich aber auch eine

---

<sup>129</sup> Reeker, Martin: Kostenentwicklung erneuerbarer Energien. Eine Erfahrungskurvenanalyse des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes, Göttingen 2004, S. 149

<sup>130</sup> Vgl.: Ebd., S. 150

<sup>131</sup> Vgl.: Ebd.

<sup>132</sup> Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S. 110

<sup>133</sup> [www.solarserver.de/wissen/photovoltaik.html](http://www.solarserver.de/wissen/photovoltaik.html), abgerufen am 19.03.2005 um 09:52 Uhr

<sup>134</sup> Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S. 111

ähnliche Problematik, wie bei der Solarthermie, denn nur eine hohe Intensität der Sonneneinstrahlung garantiert eine möglichst hohe Effektivität, die hauptsächlich in den südlichen, sonnenreichen Ländern gegeben ist, wodurch sich die nördlichen Staaten allerdings in eine neue Abhängigkeit begeben würden. Ein Ausbau der Solaranlagen in Europa hätte allerdings zur Folge, dass es zu massiven Eingriffen in die Natur käme, da die mangelnde Sonneneinstrahlung durch großflächige Solarzellenanlagen kompensiert werden müsste, was wiederum für die Tier- und Pflanzenwelt von Nachteil wäre.

Alles in allem verfügt der Bereich der solaren Energiegewinnung über enorme Anwendungsmöglichkeiten; sie kann in vielen kleinen Geräten eingesetzt werden, sie kann zur regionalen Energiegewinnung beitragen und sogar Fahrzeuge antreiben. Was sie jedoch nicht kann, ist die flächendeckende Versorgung, da hierfür die Kosten zu hoch, der Wirkungsgrad zu gering und die Natur zu gefährdet ist. Langfristig wird sie daher keine große Rolle bei der Einspeisung in das Stromnetz spielen. Ihre besondere Stärke liegt allerdings darin lokal einsetzbar zu sein, und zwar zur Versorgung einzelner Gebäude und Viertel. Genau dies wird in Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach die Hauptaufgabe der Solartechnik sein, vorausgesetzt die gegenwärtigen Probleme können mittelfristig gelöst werden, sodass sich die Solartechnik zu einem festen Bestandteil im Bauwesen entwickeln kann. Im Bereich der Energiedeckung für private Haushalte ist daher durchaus möglich, dass sich die Solarenergie langfristig durchsetzen kann.

### 2.2.2 Die Windkraft

In Bezug auf die Ausnutzung natürlicher Energien ist in den letzten Jahren vor allem die Windkraft zu einem wichtigen Energiespender geworden. In der BRD gibt es beispielsweise kaum noch Gegenden, wo man keine Windräder findet, da sich die BRD inzwischen zum „Windenergieland Nr.1“<sup>135</sup> entwickelt hat.<sup>136</sup> Dabei ist das Prinzip der Ausnutzung von Wind schon sehr

---

<sup>135</sup> Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S. 83

<sup>136</sup> Deutschland verfügt mit 37% der gesamten weltweiten Windenergieleistung über die größten Kapazitäten. Dahinter kommen die USA und Spanien mit jeweils 16%. Vgl. hierzu: Bundesverband Windenergie e.V.(Hrsg.): Exportförderung – ein Instrument zur Schaffung

alt, wenn man an die Windmühlen denkt, die mit Hilfe des Windes große Mahlsteine bewegt haben, mit denen Korn zu Mehl verarbeitet worden sind. Im Gegensatz zu den damaligen Windrädern sind heute nicht mehr Mahlsteine daran „angeschlossen“, sondern große Elektrogeneratoren, die die Bewegungsenergie in elektrische Energie umwandeln. Diese Methode ist im Kleinen von Fahrraddynamos bekannt, bei denen die Bewegungsenergie, die am Reifen entsteht, in Strom für die Beleuchtung umgesetzt wird.

Moderne Windkraftanlagen bestehen aus einem hohen Turm, einer Rotoranlage mit meistens drei Rotoren und einem Generator, der hier die Aufgabe des Dynamos übernimmt. Bei der Errichtung von Windkraftanlagen ist besonders wichtig die Rotoranlage so hoch wie möglich zu bauen, da es in Bodennähe zu Verwirbelungen durch die Bodenoberfläche kommt, die den Windfluss behindern könne, wodurch die Leistung der Anlage gemindert wird. Außerdem sind die mittleren Windgeschwindigkeiten in einer Höhe von 120-170 Metern höher als in Bodennähe.<sup>137</sup> Im Gegensatz zur Solarenergie, die hauptsächlich im privaten Bereich Anwendung findet und nur zu einem geringen Teil an das Stromnetz angeschlossen ist, dient die Windkraftenergie ausschließlich der netzgekoppelten Nutzung.<sup>138</sup> Bei der Errichtung von Windkraftanlagen gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten. Die erste Möglichkeit und die bis jetzt häufigste, ist die Errichtung auf dem Land; diese Art von Anlagen nennt man *On-Shore-Anlagen*. *On-Shore-Anlagen* zeichnen sich dadurch aus, dass sie als Einzel-Anlagen bzw. in kleinen Gruppen errichtet werden, da sie abhängig von den lokalen Gegebenheiten sind. Es ergeben sich beispielsweise Einschränkungen durch Waldflächen, Siedlungsgebiete und Naturschutzgebiete. Da sich die Leistung der Windkraftanlagen seit 1990 allein Deutschland von fast 0 Megawatt auf knapp 17.000 Megawatt im Jahr 2004 vervielfacht hat,<sup>139</sup> was mit dem kontinuierlichen Neubau solcher Anlagen einherging, ist ein Großteil der potentiellen Flächen für Windkraftanlagen bereits bebaut. Aus diesem Grund konzentrieren sich seit einiger Zeit die Windenergiekonzerne darauf so genannte *Off-Shore-Anlagen* zu errichten, die

---

zukunftsfähiger Windenergiemärkte, nachzulesen unter: [www.wind-energie.de/informationen/downloads/hintergrund\\_export.pdf](http://www.wind-energie.de/informationen/downloads/hintergrund_export.pdf), abgerufen: 21.03.05, 10:11 Uhr

<sup>137</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 26

<sup>138</sup> Vgl.: Ebd., S. 24

<sup>139</sup> [www.wind-energie.de/informationen/zahlen-zur-windenergie/050124-statistik\\_2004.pdf](http://www.wind-energie.de/informationen/zahlen-zur-windenergie/050124-statistik_2004.pdf), abgerufen: 21.03.05, 10:15 Uhr

nicht mehr auf dem Festland stehen, sondern in küstennahen Gebieten auf dem Meer, wie zum Beispiel das Wattenmeer.<sup>140</sup> Diese Methode bietet vor allem den Vorteil, dass hier die mittleren Windgeschwindigkeiten deutlich höher sind, als auf dem Festland, sodass jährlich bis zu 40% mehr Strom erzeugt werden kann, als bei einer vergleichbaren Anlage an Land.<sup>141</sup> Daraus ergibt sich, dass die Nutzung von Windenergie noch lange nicht an ihre Grenzen gestoßen ist, zumindest, was die Nutzung auf dem Meer angeht. Entsprechend den Förderprogrammen der rot-grünen Regierung soll die Windenergie dermaßen gefördert werden, dass im Jahr 2015 rund 16% des deutschen Stromverbrauchs mit Windenergie gedeckt werden soll.<sup>142</sup> So interessant und viel versprechend sich die Möglichkeiten der Windenergie auch anhören, so widersprüchlich sind auch die Daten, die es zum Beispiel bei der Entwicklung des Strompreises gibt. Auf der einen Seite sind die Kosten für Windkraftanlagen seit 1990 zwar halbiert worden (Abb.6,nächste Seite), auf der anderen Seite scheint dieser Kostenrückgang jedoch beim Verbraucher nicht zu Buche zu schlagen, da der geplante Ausbau des Windenergienetzes bis 2015 rund 12-17 Mrd. Euro an Zusatzkosten verschlingen würde<sup>143</sup>, die wiederum auf den Verbraucher umgeschlagen werden müssten.

Unabhängig von den Kosten ist die Windenergie auch noch mit weiteren Problemen behaftet, die der Zukunft dieser Energietechnologie im Wege stehen könnten. Bei der Windkraft handelt es sich um eine Energiequelle, die ähnlich, wie die Sonnenenergie, von natürlichen Gegebenheiten abhängig ist, sodass es Restrisiken gibt, die die Versorgung mit Strom beeinträchtigen können. In erster Linie muss hier an die Windgeschwindigkeiten gedacht werden, die je nach Region sehr stark schwanken und bei zu niedrigen Geschwindigkeiten dazu führen können, dass eine Windkraftanlage einfach keine Leistung ins Netz speisen kann.<sup>144</sup> Dies liegt daran, dass die Windkraft dann nicht ausreicht,

---

<sup>140</sup> Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S. 83

<sup>141</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 26

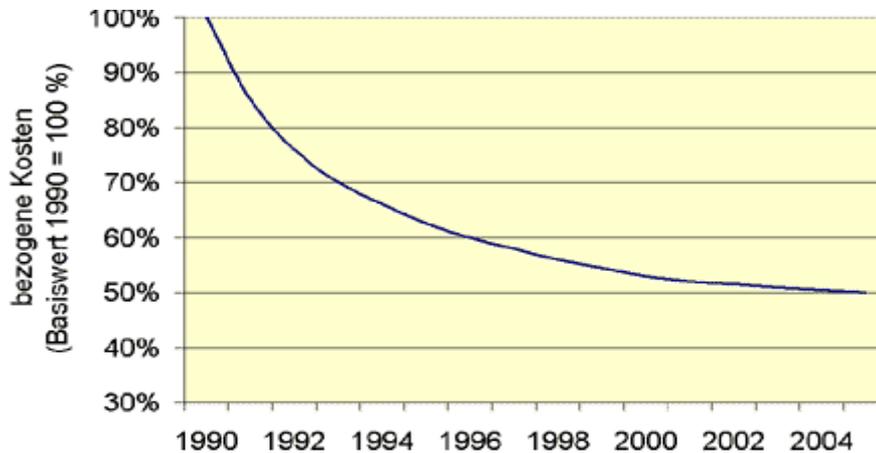
<sup>142</sup> Dohmen, Frank; Sauga, Michael: Windige Rechnungen, in: Der Spiegel Nr.4 vom 24.01.2005, S. 83

<sup>143</sup> Vgl. Ebd.

<sup>144</sup> Damit eine Windkraftanlage anfahren kann, ist eine Windstärke von mindestens 3,5 Meter pro Sekunde notwendig, wohingegen die Nennleistung erst bei 11-13 Metern pro Sekunde erreicht werden, vgl. hierzu: Wolfrum, Otfried: Windkraft: Eine Alternative, die keine ist, 3. aktual. und erw. Auflage, Frankfurt a. Main 2000, S. 92

um die Reibungs- und Trägheitsmomente der Anlage zu überwinden, was zum Stillstand führt.<sup>145</sup> In diesem Fall müssen die Ausfälle durch konventionelle Kraftwerke ausgeglichen werden.<sup>146</sup>

Abb.6 Kostenentwicklung von Windenergieanlagen in Deutschland



(Quelle: [www.wind-energie.de/informationen/zahlen-zur-windenergie/050124-statistik\\_2004.pdf](http://www.wind-energie.de/informationen/zahlen-zur-windenergie/050124-statistik_2004.pdf), abgerufen am 21.03.2005 um 10:15 Uhr)

Ein anderes Problem tritt auf, wenn der Wind Sturmstärke erreicht hat. In diesem Fall ist die Last zu groß, die auf den Rotoren liegt, sodass mit Schäden gerechnet werden muss. Um diesem Problem zu entgehen, werden, je nach Bauart, die Rotoren um ihre Längsachse gedreht, bis sie in der Fahnenstellung stehen und im Leerlauf mitdrehen oder sie werden mittels so genannten Blattspitzenbremsen zum Stillstand gebracht.<sup>147</sup> In beiden Fällen, wenn es entweder zu viel oder zu wenig Wind gibt, können die Anlagen keine Energie in das Stromnetz einspeisen, wodurch sich ihre Zuverlässigkeit drastisch reduziert. Besonders in windstarken Wintermonaten kann es zu großflächigen Spannungseinbrüchen und Netzfehlern kommen, mit der Folge, dass es zu Risiken der Versorgungssicherheit für den deutschen und europäischen Stromverbund kommen kann.<sup>148</sup> Bezüglich des Umweltschutzes ergeben sich aus der Windenergie ebenfalls Probleme, die bei dem Ausbau dieser

<sup>145</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 24

<sup>146</sup> Wolfrum, Otfried: Windkraft: Eine Alternative, die keine ist, 3. aktual. und erw. Auflage, Frankfurt a. Main 2000, S. 92/93

<sup>147</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 24

<sup>148</sup> Dohmen, Frank; Sauga, Michael: Windige Rechnungen, in: Der Spiegel Nr.4 vom 24.01.2005, S. 83

Technologie berücksichtigt werden müssen, da es zum Teil zu schweren Eingriffen in das Ökosystem, aber auch zu Eingriffen in den menschlichen Lebensraum kommt. Für die Natur stellen die Windkraftanlagen dahingehend eine Gefahr dar, indem sie manchen Tierarten den Lebensraum nehmen, bzw. sie in ihrer Entfaltung stören. An erster Stelle sind Vögel gemeint, die während des Fluges in die Anlagen geraten könnten, wodurch Schäden in der Natur, aber auch an den Anlagen entstünden.<sup>149</sup> Darüber hinaus erscheint die Optik solcher Anlagen oftmals störend, da sie doch entscheidend Einfluss auf das Landschaftsbild nehmen. Die zunehmende „Verspargelung der Landschaft“<sup>150</sup> wird von der Bevölkerung vielerorts bereits heute vehement abgelehnt. Ein On-Shore-Ausbau der Windenergie würde zwangsläufig zu größerem Widerstand führen. Der Off-Shore-Ausbau ist allerdings auch mit großen Beeinträchtigungen verbunden, wenn man bedenkt, dass es hier neben der Störung der Vögel auch Störungen für Fischeschwärme geben kann, was sich wiederum negativ auf die Fischerei auswirken würde. Überdies stellen ausgedehnte Off-Shore-Windparks eine Behinderung des Seeweges dar, sodass es bei einem entsprechenden Ausbau der Windkraftanlagen entweder zu Behinderungen kommt oder gar zu einem Stopp der Bauvorhaben, sollte der Einfluss zu groß werden.

Zusammenfassend kann man sagen, dass sich die Windkraft deutlich besser zur allgemeinen Stromversorgung, also zur Anbindung an das Stromnetz, eignet als die Sonnenenergie, da der Wirkungsgrad von Windkraftanlagen deutlich höher anzusiedeln ist. Außerdem sind die Kosten wesentlich niedriger. Vorteilhaft ist auch, dass es sich bei der Windkraft um eine Energie handelt, die die meisten westlichen Staaten auf dem eigenen Territorium nutzen können,<sup>151</sup> wohingegen die Nutzung der Sonnenenergie nur in südlichen Ländern sinnvoll ist. Der große Nachteil der Windkraftenergie liegt jedoch in ihrer Unsicherheit, was die Kontinuität der Leistung betrifft, da der Wind eine

---

<sup>149</sup> Laut Beobachtungen soll sich gezeigt haben, dass Vögel in der Lage sind, den Luftstrom von Windkraftanlagen rechtzeitig zu bemerken, sodass sie ihnen ausweichen könne. Demnach kommt es eher selten zum Vogelschlag, vgl. hierzu: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 28

<sup>150</sup> Dohmen, Frank; Sauga, Michael: Windige Rechnungen, in: Der Spiegel Nr.4 vom 24.01.2005, S. 83

<sup>151</sup> Aber auch hier gibt es lokale Unterschiede. In Deutschland sind besonders die nördlichen Regionen für die Nutzung der Windkraft geeignet, da hier konstantere Windgeschwindigkeiten vorherrschen.

nicht zu kalkulierende Variable darstellt. Die wichtigen Größen, die Stärke und die Dauer des Windes, lassen sich nicht immer eindeutig vorhersagen, sodass immer mit Ausfällen gerechnet werden muss, die durch andere Energieträger kompensiert werden müssen. Alleine aus diesem Grund eignet sich die Windkraftenergie nicht als primärer Energieträger, sondern nur als Ergänzung zur Stromversorgung. Auch die Auswirkungen auf die Natur und die Begrenztheit der Errichtungsplätze führen zu einer Eindämmung des Potentials. Es handelt sich hierbei, genauso wie bei der Solarenergie, lediglich um eine Energieart, die dem Stromnetz hinzugefügt werden kann, nicht aber um eine Alternative zum Erdöl oder Steinkohle.

### 2.2.3 Wasserkraft

Das Prinzip der Nutzung von Wasserkraft als Energiespender funktioniert nach einem ähnlichen Prinzip wie bei der Windkraft. Auch hier wird durch eine Drehbewegung ein Generator angetrieben, der als Produkt elektrischen Strom liefert, mit dem Unterschied, dass die Drehbewegung nicht durch Wind, sondern durch Wasser entsteht. Eine weitere Gemeinsamkeit besteht auch darin, dass die aus Wasserkraft entstandene Energie ebenfalls ausschließlich zur Einspeisung in das Stromnetz verwendet wird. Als geeignete Orte für die Errichtung von Wasserkraftwerken dienen zum einen Flüsse und Bäche und zum anderen Berg- oder Stauseen. Dabei kommen in der Regel zwei Typen von Kraftwerken zum Einsatz, das *Speicherkraftwerk* und das *Laufkraftwerk*,<sup>152</sup> bei denen je nach Fallhöhe und Fließgeschwindigkeit verschiedene Arten von Turbinen eingesetzt werden, um den Wasserdruck optimal auszunutzen. *Speicherkraftwerke* (Abb.7) finden Anwendung bei Talsperren oder bei Bergseen, indem kontrollierte Wassermengen aus dem Reservoir abgegeben werden, die daraufhin durch die Turbinenanlage fließen und so den Generator antreiben. Bei Stauseen sind die Turbinen und Generatoren am Fuß der Staumauer angeordnet, wohingegen bei Bergseen Turbinen und Generatoren im niedriger gelegenen Tal zu finden sind, die durch Druckrohre mit Wasser versorgt werden.<sup>153</sup> Eine besondere Abwandlung der *Speicherkraftwerke*

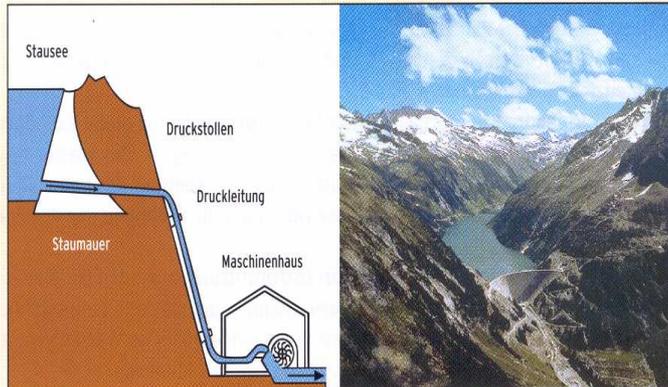
---

<sup>152</sup> An den Küsten gibt es auch noch Gezeitenkraftwerke, die das naturgegebene Prinzip von Ebbe und Flut ausnutzen. Bei der Gesamtbetrachtung kommt den Speicherkraftwerken und den Laufkraftwerken jedoch eine größere Bedeutung zu.

<sup>153</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 31/32

stellen die *Pumpspeicherkraftwerke* dar, die die Aufgabe eines Energiespeichers erfüllen. Dies funktioniert, indem in Zeiten in denen weniger Energie verbraucht wird Wasser aus dem Tal in einem Reservoir zwischengespeichert werden, um bei Spitzenlastzeiten das gespeicherte Wasser zur zusätzlichen Stromerzeugung zu nutzen.<sup>154</sup>

*Abb.7 Prinzip eines Speicherkraftwerks*

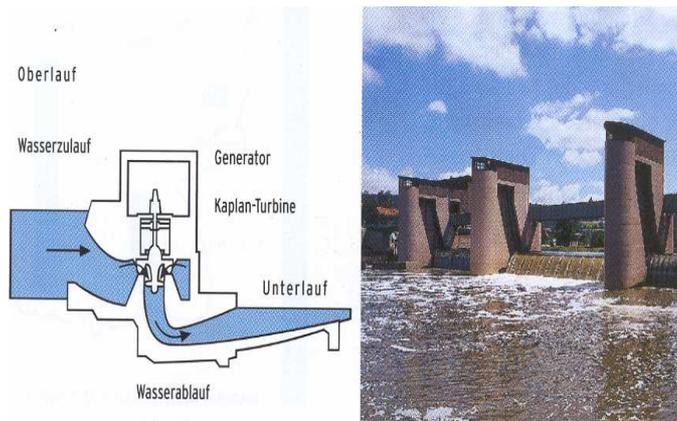


(Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 32)

*Laufkraftwerke* (Abb.8) sind hingegen an Flüssen und Bächen angesiedelt, um die in der Regel konstante Fließgeschwindigkeit zum Antrieb von Laufrädern zu nutzen, die, ebenso wie bei den Speicherkraftwerken, einen Generator antreiben, um daraus Energie zu produzieren. Im Gegensatz zu den Speicherkraftwerken, bei denen die Energie hauptsächlich durch die Fallhöhen und weniger durch die Wassermenge entsteht, wird bei den Laufkraftwerken in erster Linie die Wassermenge und die Fließgeschwindigkeit ausgenutzt, da es an den Laufkraftwerken nur geringe Höhenunterschiede gibt.

<sup>154</sup> [www.umweltdatenbank.de/lexikon/wasserkraft.htm](http://www.umweltdatenbank.de/lexikon/wasserkraft.htm), abgerufen: 23.03.2005, 10:09 Uhr

Abb.8 Prinzip eine Laufkraftwerks



(Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 32)

Im Gegensatz zu anderen alternativen Energien handelt es sich bei der Wasserkraft um eine sehr ausgereifte Art der Energiegewinnung, die inzwischen einen Anteil von rund 17% an der weltweiten Stromerzeugung hat.<sup>155</sup> Das bedeutet zwar, dass die Industrie auf diesem Sektor schon sehr weit ist. Im Umkehrschluss bedeutet dies jedoch auch, dass eine nennenswerte Steigerung der Effizienz in Zukunft nicht mehr zu erwarten ist, was sich infolgedessen auch negativ auf die Kostenentwicklung auswirkt, denn eine Effizienzsteigerung geht in der Regel mit einer Senkung der Kosten einher.<sup>156</sup> In diesem Zusammenhang muss auch erwähnt werden, dass nicht nur der hohe Reifegrad der Technologie, sondern auch der allgemeine Umweltschutz zu einer Beschränkung der Ausbaumöglichkeiten führt. Hintergrund dieser Situation ist der massive Eingriff in die Natur, zu denen auch die natürlichen Wanderungen von Fischen zur Laichablage gehört<sup>157</sup> sowie die Veränderungen, die an den Ufern für Tiere und Pflanzen entstehen.<sup>158</sup> Was die Ausbaumöglichkeiten dieser Energie im globalen Vergleich angeht, zeigen sich gravierende regionale Unterschiede. In Westeuropa sind die

<sup>155</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 31

<sup>156</sup> Lediglich durch die Modernisierung von bestehenden Anlagen könnte noch einmal eine leichte Steigerung erreicht werden. Neubauten sind aufgrund der bereits vorhandenen Kraftwerke kaum noch realisierbar.

<sup>157</sup> Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S. 115

<sup>158</sup> In Bezug auf die Wanderung von Fischen gibt es inzwischen so genannte Fischtreppe, die neben dem Kraftwerk errichtet sind und den Fischen ein ungehindertes Weiterschwimmen ermöglichen sollen. Dadurch scheint die Störung des Lebensraumes der Fische deutlich gemindert zu sein.

Ausbaumöglichkeiten inzwischen fast an ihre Grenzen gestoßen,<sup>159</sup> wohingegen die Ausbaufähigkeiten in Osteuropa noch lange nicht das Optimum erreicht haben, sodass hier in Zukunft mit einer Zunahme gerechnet werden kann.<sup>160</sup> Die wahrscheinlich besten Voraussetzungen zum Ausbau der Wasserkraft zeigen sich derzeit in Russland, das im sibirischen Teil über viele größere Flüsse und Ströme und auch Gebirge verfügt, die noch nicht zur Wasserkraftenergiegewinnung herangezogen wurden.<sup>161</sup> Ganz anders sieht dies jedoch in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten aus, da es dort größtenteils nur Wüste gibt, durch die, wenn überhaupt, nur kleinere Flüsse oder Bäche fließen. Zudem sind in diesen Regionen kaum Gebirge vorhanden, in denen eine Errichtung von Kraftwerken lohnen würde. Auch wenn sich die Wasserkraft als Alternative Energie behauptet hat, so ist auch sie nicht in der Lage die fossilen Energieträger wie Kohle und Erdöl abzulösen, da ein weiterer Ausbau der Wasserkraft in absehbarer Zeit nicht mehr möglich ist; dies gilt insbesondere für die westeuropäischen Staaten, die ihre Kapazitäten schon fast ausgeschöpft haben. Wie bei der Solarenergie und Windkraft muss auch hier davon ausgegangen werden, dass diese Energieart nur partielle Möglichkeiten zur Energiegewinnung bietet und nicht als Konkurrent zu den „schwarzen“ Energieträgern betrachtet werden kann. Dem Hauptproblem, der Abhängigkeit vom Erdöl und der drohenden Verknappung dieses Rohstoffs, kann die Wasserkraft demnach nicht entgegenreten, da durch die Wasserkraft keine alternativen Treibstoffe herzustellen sind, die ja den Kern des Erdölverbrauchs ausmachen.

#### 2.2.4 Energie aus Biomasse

Eine weitere Methode der Alternativen Energiegewinnung stellt die Nutzung von *Biomasse* dar. Allgemein umfasst der Begriff Biomasse alle Arten von organischen Stoffen, womit sämtliche Tiere und Pflanzen (Phyto- und Zoomasse) gemeint sind bzw. auch deren Rückstände, wie zum Beispiel

---

<sup>159</sup> Norwegen hat die Wasserkraft bereits derart ausgebaut, dass fast 100% des gesamten Energiebedarfs aus Wasser gewonnen wird.

<sup>160</sup> Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S. 112

<sup>161</sup> Vgl.: Ebd.

Exkrementen.<sup>162</sup> Daneben zählen aber auch abgestorbene Phyto- und Zoomasse, wie Stroh, sowie Papier, Schwarzlauge, Zellstoff, Schlachthofabfälle, organischer Hausmüll, Pflanzenöl und Alkohol zur großen Gruppe der Biomasse.<sup>163</sup> Grundsätzlich unterscheidet man bei den unterschiedlichen Arten von Biomasse, die zur Energiegewinnung eingesetzt werden zwischen Energiepflanzen, Ernterückständen, Organischen Nebenprodukten und Organischen Abfällen.<sup>164</sup>

Die einfachste und älteste Art Biomasse in Energie umzuwandeln, ist die Verfeuerung von Holz und Holzresten. Diese Methode wird hauptsächlich zur Erzeugung von Wärmeenergie eingesetzt, was entweder in Kleinanlagen oder in Heizwerken geschieht.<sup>165</sup> Um Biomasse effizient in Energie umzuwandeln, die zur Stromgewinnung oder zum Antrieb von Motoren eingesetzt werden kann, gibt es mehrere Verfahren, mit deren Hilfe fester, gasförmiger und flüssiger Brennstoff entsteht. Das erste Verfahren nennt sich *Thermochemische Umwandlung*, das sich wiederum in drei verschiedene Arten der Umwandlung unterteilt. Eine thermochemische Methode ist die Vergasung, wobei die Biomasse aufgrund sehr hoher Temperaturen möglichst vollständig in brennbare Gase (Synthesegase) umgewandelt wird. Diese Gase werden dann unter Zugabe von sauerstoffhaltigen Vergasungsmitteln weiter umgewandelt. Am Ende der Umwandlung entsteht ein Gas, das in Brennern zur Wärmebereitstellung und in Gasmotoren bzw. in Gasturbinen zur Stromerzeugung verwendet werden kann. Die zweite Methode der thermochemischen Umwandlung nennt sich *Pyrolyse*. Hierbei wird nicht darauf abgezielt eine gasförmige Substanz zu erzeugen, sondern unter Einsatz von Wärme einen flüssigen Brennstoff, der in Motoren zur Kraft- oder Stromerzeugung verwendet werden kann oder aber auch bei der gekoppelten Kraft-Wärme-Kopplung eingesetzt wird.<sup>166</sup> Die dritte Methode der thermochemischen Umwandlung wird Verkohlung genannt. Ähnlich wie bei den beiden anderen Verfahren wird auch hier Wärme der Biomasse zugeführt,

---

<sup>162</sup> Kaltschmitt, Martin; Hartmann, Hans(Hrsg.): Energie aus Biomasse. Grundlagen, Techniken und Verfahren, Berlin/Heidelberg 2001, S. 2

<sup>163</sup> Vgl., Ebd.

<sup>164</sup> Vgl., Ebd., S. 3

<sup>165</sup> Die in größeren Anlagen produzierte Wärme wird in das Fernwärmenetz eingespeist

<sup>166</sup> Die Kraft-Wärme-Kopplung ist die effizienteste Form der energetischen Nutzung von Biomasse. Vgl. hierzu: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und

Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 56

jedoch nur so viel, das ein Feststoff als Produkt übrig bleibt, der dann wiederum im Bereich der Wärmebereitstellung verwendet wird. Ein bekannter Vertreter dieser Feststoffe ist die Holzkohle, die jedes Jahr zur Sommerzeit für die grillende Gesellschaft von besonderer Bedeutung ist.

Die *Biochemische Umwandlung* von Biomasse beschreibt eine weitere Methode, mit der Energie aus organischen Stoffen hergestellt wird. Hierbei kommen zum Beispiel Mikroorganismen zum Einsatz, die zucker-, stärke- und cellulosehaltige Biomasse durch alkoholische Gärung zu Ethanol verwandeln. Das gewonnene Ethanol eignet sich als Treib- und Brennstoff in Motoren oder Verbrennungsanlagen. Zusätzlich zur alkoholischen Gärung, gibt es auch die Möglichkeit durch bestimmte Bakterien, unter Ausschluss von Sauerstoff, Biogas herzustellen, das zu 2/3 aus Methan besteht. Je nach Art der Weiterverarbeitung kann dieses Gas (Biogas) dann in Gasbrennern oder aber auch in Motoren verwendet werden; das Haupteinsatzgebiet von Biogas liegt allerdings bei der „Stromerzeugung und der Kraft-Wärme-Kopplung“<sup>167</sup>. Im Rahmen der biochemischen Umwandlung von Biomasse können jedoch auch Bakterien benutzt werden, die Luftsauerstoff brauchen. Bei dieser Methode oxidieren die Bakterien die Biomasse, dies wird Kompostierung genannt, wobei Wärme entsteht, die als Niedertemperaturwärme verfügbar gemacht wird.<sup>168</sup>

Das dritte Verfahren, bei dem Biomasse als Energieträger verwendet wird, ist die *Physikalisch-chemische Umwandlung*. Anders als bei der thermochemischen Umwandlung wird hier auf die Zugabe von Wärme verzichtet, da sich dieses Verfahren darauf konzentriert Öl aus den Ausgangsmaterialien zu gewinnen. Dieses Verfahren zielt also darauf ab, flüssigen Brennstoff herzustellen. Aus diesem Grund kommen hierbei nur ölhaltige Pflanzen, wie Raps oder Sonnenblumen in Frage. Um aus diesen Pflanzen Öl zu gewinnen, gibt es zum einen die Möglichkeit durch mechanisches Auspressen das Öl aus dem festen Ausgangsstoff herauszulösen.<sup>169</sup> In manchen Fällen kann die Trennung jedoch auch durch Zugabe von Lösemitteln erfolgen, die dem Ausgangsstoff daraufhin das Öl

---

<sup>167</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 58

<sup>168</sup> Kaltschmitt, Martin; Hartmann, Hans(Hrsg.): Energie aus Biomasse. Grundlagen, Techniken und Verfahren, Berlin/Heidelberg 2001, S. 6

<sup>169</sup> Vgl. Ebd.

entziehen; durch bestimmte Destillationsverfahren kann anschließend das Öl vom Lösemittel getrennt werden. Eine Kombination des Pressverfahrens und der Zugabe von Lösemitteln ist ebenfalls möglich, wenn sich nach der Pressung noch Öl im festen Pressprodukt befindet. Nachdem das Öl aus dem Ausgangsmaterial gewonnen wurde, bleibt der Feststoff über, der unter anderem als Futtermittel verwendet werden kann. Das Öl hingegen eignet sich auf zweierlei Weise als flüssiger Brennstoff, da er entweder als Reinprodukt in Kraftwerken oder Motoren zum Einsatz kommt oder aber nach einer weiteren chemischen Aufarbeitung eingesetzt wird.<sup>170</sup>

Betrachtet man sich die verschiedenen Möglichkeiten, mit denen Energie aus Biomasse hergestellt werden kann, so wird schnell deutlich, dass es sich hierbei um eine sehr viel versprechende Alternative Energie handelt, die sehr vielseitig einsetzbar ist. Was die Biomasse-Energie insbesondere von allen bisherigen Erneuerbaren Energien unterscheidet, ist die Möglichkeit Kraftstoffe herzustellen, die dem Antrieb von Kraftfahrzeugen dienen. Unter diesem Gesichtspunkt sind vor allem Rapsöl, Biodiesel und Bioalkohol (Ethanol) zu nennen, die jedoch nicht unbeschränkt einsetzbar sind, da die Erdölprodukte noch immer qualitative und quantitative Vorteile haben. Das reine Rapsöl zum Beispiel kann bei weitem nicht in allen Dieselmotoren eingesetzt werden, da es über eine ganze Reihe schlechten Produkteigenschaften verfügt. Der Einsatz in modernen Dieselmotoren ist aufgrund schlechter Kaltstarteigenschaften und der nicht zu erreichenden Euro-4-Norm prinzipiell nicht möglich, wodurch das Einsatzgebiet des Rapsöls auf einige wenige Kraftfahrzeuge beschränkt ist, wozu beispielsweise ältere Traktoren gehören.<sup>171</sup> Rapsöl ist als Alternative zum herkömmlichen Diesel nicht verwendbar. Im Gegensatz dazu birgt der Biodiesel, der unter anderem aus Rapsöl hergestellt wird weitaus mehr Möglichkeiten, da es sich hierbei um einen vollwertigen Dieselmotorkraftstoff handelt, der grundsätzlich in allen Arten von Kraftfahrzeugen eingesetzt werden kann. Allerdings verbergen sich hinter dem Biodiesel noch einige Schwachpunkte, die einem umfassenden Einsatz im Wege stehen. Ein Schwachpunkt ist, dass Biodiesel nicht ohne weiteres in

---

<sup>170</sup> Kaltschmitt, Martin; Hartmann, Hans(Hrsg.): Energie aus Biomasse. Grundlagen, Techniken und Verfahren, Berlin/Heidelberg 2001, S. 6

<sup>171</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 65

jedem Dieselfahrzeug verwendet werden kann, da der Einsatz von Biodiesel unter anderem zu Schäden an Kraftstoffleitungen führt.<sup>172</sup> Zwar haben heutzutage schon viele Dieselfahrzeuge eine Biodieselfreigabe, jedoch gibt es noch Diesel-Pkw. Neben der Frage, ob ein Fahrzeug für Biodiesel freigegeben ist oder nicht, gibt es noch weitere Nachteile, die den Einsatz von Biodiesel einschränken. Grundsätzlich ist Biodiesel teurer als normaler Diesel, da die Herstellung (landwirtschaftlicher Anbau von Raps) mit höheren Kosten verbunden ist, als die Förderung, Transport und Verarbeitung von (Erdöl-) Diesel. In Deutschland wurde der Biodieselpreis daher künstlich niedrig gehalten, indem Biodiesel seit 2002 von der Öko- und Mineralölsteuer befreit worden ist.<sup>173</sup> Wäre dies nicht geschehen, so wäre Biodiesel deutlich teurer. Ein weiterer Nachteil von Biodiesel ist, dass er nicht ganz so viel Energie beinhaltet, wie eine vergleichbare Menge an normalem Diesel, wodurch sich der Verbrauch wiederum erhöht. Dies bedeutet, dass Biodiesel, trotz des niedrigeren Preises, keine nennenswerte Ersparnis für den Verbraucher mit sich bringt, was in der Folge dazu führt, dass Autos, die umgerüstet werden müssten, nicht umgerüstet werden, da es sich einfach (noch) nicht lohnt. Trotz der Nachteile, muss Biodiesel jedoch als alternative Energie für den Transportbereich anerkannt werden. Der Ausbau bzw. die Weiterentwicklung auf diesem Sektor muss daher vorangetrieben werden, da sich hier ein großes Potential für die Zukunft zeigt, zumal die notwendige Motorentechnologie bereits vorhanden ist und hierbei groß angelegte Entwicklungskosten wegfallen.

Die Verwendung von reinem Bioalkohol (hauptsächlich Bioethanol) wiederum ist mit der gängigen Motorentechnik nicht durchführbar, da hierfür besondere Antriebsmaschinen verwendet werden müssen.<sup>174</sup> Zwar gab es in der Vergangenheit schon einige kleinere Flotten solcher Fahrzeuge, jedoch ist dieser Trend rückläufig aufgrund, da nicht genügend Bioethanol vorhanden gewesen war, um die vorhandenen oder geplanten Fahrzeuge zu versorgen. Heutzutage wird Bioalkohol lediglich dazu benutzt, um dem normalen

---

<sup>172</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 65

<sup>173</sup> Durch diese Maßnahme liegt Biodiesel im Schnitt 6-10 Cent pro Liter unter dem Preis von herkömmlichem Diesel.

<sup>174</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 64

Ottokraftstoff beigemischt zu werden. Entsprechend der DIN-Norm kann ca. 5% Bioalkohol dem Kraftstoff zugefügt werden, ohne dass es zu technischen Schwierigkeiten kommt.<sup>175</sup> Daraus ergibt sich, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt Bioalkohol für den Transportbereich nicht als Alternative in Frage kommt, da die herkömmlichen Motoren nicht für den Einsatz von reinem Bioalkohol ausgelegt sind. Eine Umrüstung auf Bioalkohol-Motoren kommt gegenwärtig auch nicht in Frage, da weltweit zu wenig Bioalkohol vorhanden ist und die Entwicklung neuer Maschinen mit erheblichen Entwicklungskosten verbunden wäre, wofür zurzeit kaum Geld vorhanden ist. Aus heutiger Sicht scheidet Bioalkohol als Alternative aus.

Die Energiegewinnung durch Biomasse zeichnet sich durch eine sehr große Spanne von Anwendungsmöglichkeiten aus. Sie kann zur Wärmebereitstellung, genauso, wie zur Energiegewinnung verwendet werden, wodurch sie sich als „Allround-Talent“ unter den alternativen Energien präsentiert. Bereits heute können kleinere Biogasanlagen, die entweder Gas oder Feststoffe als Brennmaterial verwenden mit Öl- oder Gas-Zentralheizungen konkurrieren.<sup>176</sup> Vorteilhaft ist zudem, dass die benötigte Biomasse „durch die heimische Land- und Forstwirtschaft in großer Menge bereitgestellt werden“<sup>177</sup> kann, wodurch sich die Importabhängigkeit deutlich verringert. Einen deutlichen Pluspunkt, im Vergleich zu den anderen Alternativen, bietet die Möglichkeit, heute schon verwendbare Kraftstoffe aus Biomasse herstellen zu können, die als ernsthafte Konkurrenz zu den mineralischen Kraftstoffen angesehen werden können. Daraus ergeben sich nicht nur energiepolitische Potentiale, sondern auch wirtschaftliche, da der Rapsanbau zu einer neuen wichtigen Sparte im Bereich der Landwirtschaft werden könnte. (Aktuelle Studien gehen davon aus, dass 40.000qkm<sup>178</sup> Fläche benötigt werden, um ca. 30% des gesamten

---

<sup>175</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 64

<sup>176</sup> Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S. 100

<sup>177</sup> Schütte, Andreas: Biomasse als Energieträger zur Stromerzeugung und Kraftstoffbereitstellung, in: Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V.(Hrsg.): Biomasse-Vergasung – Der Königsweg für eine effiziente Strom- und Kraftstoffbereitstellung?, Münster 2004, S. 10

<sup>178</sup> Dies entspricht einer Fläche, die so groß ist, wie die Schweiz.

Energieverbrauchs in Europa zu decken.<sup>179)</sup> Insgesamt bedeutet dies, dass Biomasse als alternativer Energieträger unbedingt ernst genommen werden muss, da er bereits in allen Bereichen einsetzbar ist und zudem noch über weitere Einsatzpotentiale verfügt.<sup>180</sup>

### 2.2.5 Geothermie

Der Begriff Geothermie beschreibt ein Verfahren, bei dem die natürliche Erdwärme zur Gewinnung von Energie ausgenutzt wird.<sup>181</sup> Das Prinzip der Geothermie nutzt dabei den „ständig [...] fließenden Wärmestrom“<sup>182</sup> unterhalb der Erdoberfläche aus, der „durch den Zerfall radioaktiver Stoffe“<sup>183</sup> entsteht. Da sich die Temperatur erhöht, je tiefer man innerhalb der Erdkruste bohrt, ergeben sich unterschiedliche Verfahren, mit denen Erdwärme in Energie umgewandelt werden kann. In diesem Zusammenhang haben sich mittlerweile fünf verschiedene Methoden herausgebildet, mit denen man die Erdwärme nutzbar machen kann. Anwendung findet Erdwärme dabei entweder zur Erzeugung von Wärmeenergie oder zur Erzeugung von Strom.

Das erste Verfahren nennt sich *Hot-Dry-Rock-Verfahren*. Hierbei wird kaltes Wasser unter sehr großem Druck in heiße Gesteinsschichten gepresst, die in einer Tiefe von bis zu 5 km liegen. Über eine zweite Leitung wird daraufhin das heiße Wasser wieder zurück an die Oberfläche gepumpt, wo es dann weiter verwendet wird. Das Hot-Dry-Rock-Verfahren eignet sich zum einen zur Anbindung an das Fern- und Nahwärmenetz und zum anderen als Industriedampf, der infolgedessen durch Turbinen Strom erzeugt. Da das Wasser bzw. der Wasserdampf, der bei diesem Verfahren an die Oberfläche gelangt maximal nur 180° Celsius Temperatur aufweist, wird in einer

---

<sup>179</sup> Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S. 98

<sup>180</sup> Dies gilt besonders für den Bereich der Kraftstoffgewinnung, da es hier bereits Pläne zur wirtschaftlichen Entwicklung von synthetischen Kraftstoffen aus Synthesegas gibt. Vgl. hierzu: Vogel, Alexander; Kaltschmitt, Martin; Bolhar-Nordenkampf, Markus; Hofbauer, Hermann: Vergasung zur Kraftstoffbereitstellung – Grundsätzliche konzeptionelle Überlegungen, in: Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (Hrsg.): Biomasse-Vergasung – Der Königsweg für eine effiziente Strom- und Kraftstoffbereitstellung?, Münster 2004, S. 268 ff.

<sup>181</sup> [www.energieportal24.de/geothermie\\_erdwaerme\\_einleitung.php](http://www.energieportal24.de/geothermie_erdwaerme_einleitung.php), abgerufen am 25.03.2005 um 13:18 Uhr

<sup>182</sup> Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S. 116

<sup>183</sup> [www.energieportal24.de/geothermie\\_erdwaerme\\_einleitung.php](http://www.energieportal24.de/geothermie_erdwaerme_einleitung.php), abgerufen am 25.03.2005 um 13:18 Uhr

speziellen Turbine, der so genannten ORC-Turbine<sup>184</sup>, eine organische Substanz erhitzt, die über einen geringeren Siedepunkt als Wasser verfügt, wodurch die Effizienz gesteigert wird. Durch dieses Verfahren besteht die theoretische Möglichkeit den gesamten Strombedarf der Bundesrepublik Deutschland zu decken, da es die notwendigen Gesteinsschichten fast überall gibt, jedoch in verschiedenen Tiefen. Gerade dies stellt sich derzeitig noch als das Hauptproblem dar, denn eine Bohrung in eine Tiefe von 5.000 Metern kostet heute noch alleine ca. 4 Mio. Euro, wodurch die Wirtschaftlichkeit in Frage gestellt ist.<sup>185</sup> Aus diesem Grund werden zurzeit besonders Regionen erschlossen, in denen die entsprechenden Gesteine in geringerer Tiefe vorhanden sind.

Die zweite Methode, mit der Erdwärme genutzt wird bezeichnet man als *Hydrothermale Systeme mit hohem Temperaturangebot*. Im Gegensatz zum Hot-Dry-Rock-Verfahren wird hierbei nicht erst Wasser in die Tiefe eingebracht, das daran anschließend in erhitzter Form wieder an die Oberfläche geführt wird. Bei diesem Verfahren wird bereits vorhandenes heißes Wasser (Thermalwasser) an die Oberfläche gepumpt, um dies, ähnlich wie beim vorhergegangenen Verfahren in das Wärmenetz einzuspeisen oder aber zur Stromerzeugung<sup>186</sup> zu verwenden. Um dieses Verfahren effizient ausnutzen zu können, benötigt man jedoch eine Mindesttemperatur von 100° Celsius und eine ausreichende Wassermenge, was nicht überall gegeben ist. Muss man in Deutschland zum Teil in Tiefen bis zu 4.000 Meter vordringen, so sind andere europäische Länder durchaus in der Lage Thermalwasser aus geringeren Tiefen zu fördern.<sup>187</sup> Hieraus ergeben sich für diese Art der Geothermie regionale Beschränkungen.

Das dritte Verfahren funktioniert grundsätzlich nach dem gleichen Prinzip, wie das vorangegangene, jedoch mit dem Unterschied, dass hierbei nur niedrige Temperaturen ans Tageslicht gebracht werden können. Dieses

---

<sup>184</sup> ORC steht für *Organic Rankine Cycle*, vgl. hierzu: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 71

<sup>185</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 71

<sup>186</sup> Hierbei kommt auch wieder das ORC-Verfahren zum Einsatz.

<sup>187</sup> Die Tiefengeothermie spielt vor allem in Italien schon eine besondere Rolle, wohingegen diese Methode in Deutschland nur einen Anteil von ca. 0,003% der gesamten Energieversorgung ausmacht. Vgl. hierzu: Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S. 117

Verfahren nennt man daher *Hydrothermale Systeme mit niedrigem Temperaturangebot*. Da sich der Temperaturbereich nur zwischen 40° und 100° Celsius befindet kann dieses Verfahren nur in seltenen Ausnahmefällen zur Stromerzeugung herangezogen werden. Die Hauptaufgabe liegt somit in der Bereitstellung von Wärmeenergie, die unter anderem „zur Gebäude- und Wasserheizung, in Thermalbädern und zu gewerblichen Zwecken genutzt“<sup>188</sup> wird.

Bei der vierten Methode werden so genannte *Erdwärmesonden* eingesetzt, die in Tiefen von bis zu 4 km eingeführt werden. Diese Sonden bestehen aus Doppelrohren, durch die Wasser in einem Kreislauf zirkuliert; dabei wird kaltes Wasser von der Oberfläche durch die Rohre in die Tiefe geschickt, wo sich das Wasser dann aufgrund der Erdwärme erhitzt, das daraufhin wiederum an die Oberfläche zurückgeführt wird.<sup>189</sup> Dort wird die gewonnene Wärme an einen Wärmepumpenkreislauf abgegeben,<sup>190</sup> wohingegen das Wasser erneut in die Tiefe befördert wird. Den Ausgangspunkt solcher Erdwärmesonden bilden bereits vorhandene Erdbohrungen, „die zur Prospektion von Erdgas, Erdwärme oder möglichen Endlagerstätten angelegt wurden“<sup>191</sup>.

Auf der Basis der bereits erwähnten Wärmepumpe ergibt sich darüber hinaus noch eine weitere mögliche Art die Erdwärme auszunutzen. Dies umfasst die Wärme, die aus den Grund- oder Oberflächenwasser bzw. dem Erdreich entnommen werden kann.<sup>192</sup> Aber auch die Umgebungstemperatur, die sich in dem Medium Luft befindet, kann hierfür herangezogen werden. Den Kern einer Wärmepumpe bildet eine Flüssigkeit, die innerhalb eines geschlossenen Systems die Temperatur einer der obern genannten Wärmequellen aufnimmt (dies geschieht im *Verdampfer*). Durch eine Pumpe (Verdichter) wird die Flüssigkeit unter Druck gesetzt, wodurch die Temperatur der Flüssigkeit ansteigt. Im Anschluss daran wird im Kondensator die Temperatur an das

---

<sup>188</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 71

<sup>189</sup> Vgl. Ebd., S. 72

<sup>190</sup> Wärmepumpen sind Maschinen, die in der Lage sind Wärme bei niedriger Temperatur aufzunehmen und bei höherer Temperatur wieder abzugeben. *Vgl. hierzu:* Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S. 116

<sup>191</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 72

<sup>192</sup> Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S. 116

Heizsystem wieder abgegeben, woran sich der Rücklauf der Flüssigkeit zurück in den Verdampfer anschließt, um den Kreislauf aufrechtzuerhalten. Im Prinzip ähnelt das System der Wärmepumpe dem System, mit dem Kühlschränke betrieben werden. Mit dieser Methode können Gebäude oder kleinere Siedlungen beheizt werden. Ein Vorteil, den diese Art mit sich bringt ist, dass sie im Winter zur Wärmebereitstellung und im Sommer zur Kühlung verwendet werden können. Zudem können derartige Anlagen in fast jedem Gebäude eingesetzt werden bzw. nachträglich eingebaut werden.<sup>193</sup> Ein Nachteil ist jedoch, dass zum Betrieb solcher Anlagen Fremdenergie benötigt wird, um das System zum Laufen zu bringen, insbesondere zum Betrieb des Verdichters.

Alles in allem erscheint die Geothermie mit all ihren verschiedenen Methoden als eine gute Ergänzung zur konventionellen Wärme- und Strombereitstellung, wobei ihre Hauptaufgabe im Bereich der Wärmeerzeugung liegt. Aufgrund ihrer zum Teil regional eingeschränkten Nutzbarkeit in Bezug auf die Gewinnung von Elektrizität ist sie nicht fähig als Konkurrent zu den fossilen Brennstoffen aufzutreten. Außerdem sind in Deutschland beispielsweise die Kosten zu hoch, da sehr tief gebohrt werden muss um eine ausreichend hohe Temperatur, die zur Stromerzeugung benötigt wird, zu fördern. Sie kann, ähnlich wie die anderen Erneuerbaren Energien lediglich dazu beitragen den Verbrauch von Kohle und Erdöl zu mindern und dies auch nur in Verbindung mit den anderen Alternativen Energien. Im Bereich der Wärmeerzeugung stellt sich jedoch ein besseres Potential dar, denn hier ist die Erdwärme durchaus in der Lage Heizöl als Brennstoff auf Dauer zu verdrängen, da die Umrüstung bei fast jedem Gebäude möglich ist. Obwohl die Nutzung von Erdwärme noch deutlich teurer ist, als die Verwendung fossiler Brennstoffe, so erscheint es jedoch möglich, dass sich diese Kosten mittel- und langfristig angleichen können. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass kleinere Anlagen, die sich auf einzelne Gebäude oder Gebäudekomplexe beschränken in Zukunft durchsetzen können. Eine Lösung für die weltweite drohende Energie-(Treibstoffkrise) stellt die Geothermie jedoch nicht dar.

---

<sup>193</sup> Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S. 117

### 2.2.6 Wasserstoff – Der Stoff aus dem die Träume sind?

In Anbetracht der Tatsache, dass die bisher bearbeiteten Alternativen Energien hauptsächlich dazu verwendet werden können Strom und Wärme zu produzieren, mit Ausnahme der Biokraftstoffe, so wird schnell deutlich, dass noch keine effiziente Lösung des Treibstoffproblems gefunden worden ist. Unter rein ökologischen Gesichtspunkten stellen die Alternativen zwar Möglichkeiten in Aussicht der Umweltverschmutzung entgegenzutreten, jedoch bieten sie keine Alternative zu den mineralischen Treibstoffen und somit auch keine Alternative zum Erdöl. In der Wissenschaft hat sich allerdings in den letzten Jahren ein Element herauskristallisiert, mit dem es zu einer Lösung kommen könnte, dem Wasserstoff<sup>194</sup>. Interessanterweise handelt es sich bei Wasserstoff als Energieträger nicht etwa um eine neue Erfindung, sondern um ein Element, das in der Gegenwart eine Art Renaissance erfährt, da es in der Vergangenheit bereits energetisch verwendet wurde. Nach der Entdeckung des Wasserstoffs im Jahr 1780 durch den Engländer *Cavendish* und dem ersten Aufstieg der Gebrüder *Montgolfier* in einem Heißluftballon im Jahr 1783, begann man zuerst mit der Nutzung von Wasserstoff als Träger für Ballons;<sup>195</sup> später kam Wasserstoff auch im Luftschiffbau zum Einsatz. Im Jahr 1808 wurde Wasserstoff daraufhin in London zum Betrieb der Straßenlaternen eingesetzt, das erst seit Mitte des 20. Jahrhunderts vom Erdgas abgelöst wurde.<sup>196</sup> Nachdem es 1937 in New York zur Hindenburg-Katastrophe gekommen war, endete zudem die Ära der Luftschiffahrt. Zurzeit liegt der Hauptanteil der Anwendung von Wasserstoff im Bereich der chemischen Industrie, um Ammoniak oder Methanol herzustellen. Konkret wird Wasserstoff benötigt um Kunstdünger, Kunststoffe und Sprengstoffe herzustellen, wobei er auch noch bei Raffinerien und in der Glas- und

---

<sup>194</sup> Wasserstoff ist ein farb- und geruchloses ungiftiges Gas, das 14-mal leichter ist als Luft. In Hinblick auf die Energie, die Wasserstoff beinhaltet, ist es dem Erdgas und dem Benzin weit überlegen; 1 kg Wasserstoff enthält soviel Energie wie 2,1 kg Erdgas oder 2,8 kg Benzin. *Vgl. hierzu:* Deutscher Wasserstoff-Verband(Hrsg.): Wasserstoff – Der neue Energieträger, Berlin 2004, S. 9, nachzulesen unter: [www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm\\_04st.pdf](http://www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm_04st.pdf), abgerufen am 31.03.2005 um 10:27 Uhr

<sup>195</sup> Deutscher Wasserstoff-Verband e.V.(Hrsg.): Wasserstoff – Der neue Energieträger. Eine Einführung, Berlin 2003, S.7, nachzulesen unter: [www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm\\_04tc.pdf](http://www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm_04tc.pdf), abgerufen am 31.03.2005 um 10:13 Uhr

<sup>196</sup> Deutscher Wasserstoff-Verband e.V.(Hrsg.): Wasserstoff – Der neue Energieträger. Eine Einführung, Berlin 2003, S. 7, nachzulesen unter: [www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm\\_04tc.pdf](http://www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm_04tc.pdf), abgerufen am 31.03.2005 um 10:13 Uhr

Halbleiterindustrie zum Einsatz kommt.<sup>197</sup> Momentan werden weltweit über 600 Mrd. m<sup>3</sup> Wasserstoff erzeugt; diese Menge hat einen Energiewert, um 1,5% des globalen Energieverbrauchs zu decken, was zur Folge hat, dass zur umfassenden energetischen Nutzung eine deutlich größere Menge an Wasserstoff hergestellt werden müsste, was mit einem großen Aufwand verbunden ist.

Grundsätzlich gibt es mehrere Verfahren, mit denen man Wasserstoff herstellen kann. Das erste Verfahren zielt darauf ab, im Rahmen der sogenannten *Reformierung* Wasserstoff aus Erdöl, Erdgas oder Kohle zu gewinnen. Hierbei wird dem Kohlenwasserstoff, der in diesen Energieträgern vorhanden ist, Wasserdampf zugeführt, woraufhin es unter Zugabe von Wärme und Druck zu einer Spaltung in Kohlenmonoxid und Wasserstoff kommt, woraus in einem zweiten Schritt Kohlendioxid hergestellt wird.<sup>198</sup> Im letzten Schritt wird dann wiederum das Kohlendioxid vom Wasserstoff getrennt, wobei reiner Wasserstoff entsteht.<sup>199</sup> Dieses Verfahren führt zwar dazu, dass Wasserstoff erzeugt wird, jedoch hat es auch Nachteile, da hierbei auf endliche Rohstoffe zurückgegriffen wird, was aus dreierlei Sicht nicht wünschenswert ist. Erstens bedeutet dies, dass es zu einer Freisetzung von Kohlendioxid kommt, was dem Umweltschutz nicht dienlich ist; zweitens wird Wasserdampf verwendet, der zuvor durch den Einsatz externer Energiequellen erzeugt werden muss und drittens ist dieses Verfahren (mal wieder) abhängig von der Verfügbarkeit endlicher Rohstoffe. Dieses Verfahren stellt somit eine Methode der Wasserstoffgewinnung dar, die prinzipiell am Ziel vorbeischießt.

Neben dem Verfahren der *Reformierung*, gibt es allerdings noch die Möglichkeit im Rahmen der *Vergasung*, die bereits im Kapitel *Energie aus Biomasse* (Kap. 2.4.4) erwähnt worden ist, Wasserstoff herzustellen. Prinzipiell unterscheidet sich dieses Verfahren nur dadurch, dass nicht Erdöl, Erdgas oder Kohle als kohlenwasserstoffhaltige Ausgangsmaterial eingesetzt werden, sondern biogene Stoffe. Aus dem, bei der *Vergasung* entstandenen, Synthesegas, kann anschließend Wasserstoff abgespalten werden. Der Vorteil,

---

<sup>197</sup> Deutscher Wasserstoff-Verband e.V. (Hrsg.): Wasserstoff – Der neue Energieträger. Eine Einführung, Berlin 2003, S. 7, nachzulesen unter: [www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm\\_04tc.pdf](http://www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm_04tc.pdf), abgerufen am 31.03.2005 um 10:13 Uhr

<sup>198</sup> Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S. 121

<sup>199</sup> Vgl.: Ebd.

der bei dieser Methode überwiegt, ist, dass nicht mehr endliche Rohstoffe zum Einsatz kommen, sondern nachwachsende Materialien, womit der Abhängigkeit Einhalt geboten wird. Nachteilig ist aber auch hier, dass es zum Ausstoß von Kohlendioxid kommt, wobei dieses Problem durchaus kontrollierbar ist, da das entstandene Kohlendioxid aufgefangen werden kann, um es dann sicher zu lagern, beispielsweise in unterirdischen Hohlräumen; dies gilt auch für das bei der *Reformierung* produzierte Kohlendioxid.<sup>200</sup>

Die zukunftsträchtigste und wahrscheinlich einzig sinnvolle Methode zur Herstellung von Wasserstoff stellt die (*Wasser-)*Elektrolyse dar. Das Prinzip dieser Methode ist denkbar einfach, da nur Wasser und Strom benötigt werden<sup>201</sup> bzw. ein Elektrolyt<sup>202</sup>, der zur Umwandlung notwendig ist. Bekannt ist das Verfahren der *Wasserelektrolyse* bereits seit den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts und wurde im Jahr 1929 erstmals industriell in *Norwegen* eingesetzt.<sup>203</sup> Bei diesem Verfahren wird Wasser (H<sub>2</sub>O) durch die Zugabe von elektrischem Strom in Wasserstoff (H<sub>2</sub>) und Sauerstoff (O) aufgespalten. Hier hat sich insbesondere die *alkalische Elektrolyse* (25-30%-ige Kalilauge) im Einsatz bewährt, mit der Wirkungsgrade<sup>204</sup> von bis zu 75% erzielt werden. Der Vorteil dieser Methode, im Gegensatz zu den vorher genannten, ist der fehlende Ausstoß von CO<sub>2</sub>, da als Abfallprodukt lediglich Sauerstoff übrig bleibt. Inwieweit das Verfahren insgesamt als umweltverträglich und effizient betrachtet werden kann, entscheidet jedoch die Art des Stroms und dessen Herkunft, da er entweder aus fossilen Brennstoffen erzeugt werden kann oder aber durch andere Alternative (erneuerbare) Energienquellen. Werden erneuerbare Energieträger verwendet, so stellt die Wasserstoffherstellung und die spätere Verwendung des Wasserstoffs als Energieträger ein geschlossenes umweltfreundliches System dar, das von keiner endlichen Ressource abhängig

---

<sup>200</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 81

<sup>201</sup> Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S. 121

<sup>202</sup> Ein Elektrolyt ist eine Lösung, bestehend aus Salz, Säure oder einer Base, die elektrischen Strom leitet und sich durch diesen Strom selbst zersetzt.

<sup>203</sup> Deutscher Wasserstoff-Verband e.V.(Hrsg.): Wasserstoff – Der neue Energieträger. Eine Einführung, Berlin 2003, S. 8, nachzulesen unter: [www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm\\_04tc.pdf](http://www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm_04tc.pdf), abgerufen am 31.03.2005 um 10:13 Uhr

<sup>204</sup> Unter Wirkungsgrad versteht man das Verhältnis von Energieertrag und Energieeinsatz. Vgl. hierzu: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 127

ist. Da die gegenwärtige Situation von diesem Idealfall noch weit entfernt ist, da das Elektrolyse-Verfahren nur rund 5% der gesamten Wasserstoffherstellung<sup>205</sup> ausmacht und auch hier nicht nur erneuerbare Energien verwendet werden, wird deutlich, dass sich im Rahmen der Herstellung noch einiges tun muss, um sich aus der Abhängigkeit endlicher Rohstoffe zu lösen. Um dies jedoch zu erreichen ist es, erstens wichtig die Elektrolyse weiter auszubauen und zu verfeinern<sup>206</sup> und zweitens den Anteil erneuerbarer Energien innerhalb des elektrolytischen Verfahrens zu erhöhen.

Die komplizierten und dadurch teuren Verfahren, die nötig sind um Wasserstoff überhaupt erst einmal herzustellen, schränken die Anwendungsbereiche für die Energiequelle zunächst ein. Zwar ist es grundsätzlich möglich Wasserstoff für die Erzeugung von Wärme und Strom einzusetzen, jedoch gibt es diesbezüglich Schwierigkeiten was die effektive Herstellung und Nutzung angeht. Vergleicht man beispielsweise Wasserstoff hinsichtlich des Brennwertes mit Erdgas, so werden erste Defizite deutlich, da Wasserstoff über einen deutlich geringeren Brennwert verfügt als Erdgas, denn 1m<sup>3</sup> Wasserstoff erzeugt lediglich eine Wärmemenge für die sonst nur 0.3 m<sup>3</sup> Erdgas benötigt werden. Das Problem dabei ist, dass man, um 1 m<sup>3</sup> Wasserstoff herzustellen, alleine schon 0,475 m<sup>3</sup> Erdgas und zusätzlich noch 1KWh Strom braucht.<sup>207</sup> Anhand dieser Rechnung wird also schnell deutlich, dass im Bereich der Wärme- und auch der Stromerzeugung der Einsatz von Wasserstoff nur durch das elektrolytische Verfahren Sinn macht, da alle anderen Verfahren mehr Energie verbrauchen, als sie erzeugen und zudem die Verschwendung von endlichen Rohstoffen weiterginge. Dies (die elektrolytische Erzeugung von Wasserstoff) ist aber nur dann möglich, wenn es zu regenerativ erzeugten Stromüberschüssen kommt, die allerdings nur

---

<sup>205</sup> 80% der Herstellung geschieht durch Mineralöl und Erdgas und 15% aus der Kohle-Vergasung. Vgl. *hierzu*: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004, S. 81

<sup>206</sup> In diesem Zusammenhang sind in der jüngsten Vergangenheit neue Verfahren entwickelt worden, wie die Hochtemperaturelektrolyse sowie die thermische Spaltung von Wasser, die sich zunächst allerdings noch in der Praxis bewähren müssen. Andere Möglichkeiten, zum Beispiel die photoelektrochemische Zerlegung von Wasser oder biologische Herstellungsarten befinden sich noch im Laborstadium. Vgl. *hierzu*: Deutscher Wasserstoff-Verband e.V.(Hrsg.): Wasserstoff – Der neue Energieträger. Eine Einführung, Berlin 2003, S. 8, nachzulesen unter: [www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm\\_04tc.pdf](http://www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm_04tc.pdf), abgerufen am 31.03.2005 um 10:13 Uhr

<sup>207</sup> Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S. 121

regional und saisonal möglich sind, da die Windkraft und die Solarenergie keiner Kontinuität unterliegen und nicht überall ausreichend vorhanden sind. Das bereits im Rahmen der Solarenergie erwähnte Szenario, in Nordafrika Solaranlagen zu errichten, die in diesem Fall vor Ort den nötigen Strom für die Elektrolyse erzeugen sollen, scheitert bereits daran, dass auf dem Weg nach Europa zu viel Wasserstoffenergie verloren ginge. Bei einem Transport durch Pipelines käme es zu einem Verlust von rund 53% und beim Transport mit einem Schiff auf dem der Wasserstoff auf  $-252^{\circ}$  Celsius gekühlt werden müsste, läge der Verlust bei 70%.<sup>208</sup> Insgesamt lässt sich also sagen, dass Wasserstoff für die herkömmliche Strom- und Wärmeerzeugung<sup>209</sup> (durch Verbrennen) nur bedingt einsatzfähig ist und für eine groß angelegte Anwendung in diesen Bereichen auf absehbare Zeit nur sekundär betrachtet werden kann.

Einen möglichen Ausweg aus dieser Situation bietet jedoch die Brennstoffzellen-Technologie<sup>210</sup>, die nicht nur dazu beitragen kann Strom und Wärme zu erzeugen, sondern, und das ist im Zusammenhang mit dem Thema dieser Arbeit wichtig, den Verbrauch von mineralischen Treibstoffen zu reduzieren. Bei der Brennstoffzelle handelt es sich um einen elektrochemischen Wandler, der die im Wasserstoff enthaltene chemische Energie in elektrische Energie umwandelt. Durch ein recht kompliziertes Prinzip reagiert Wasserstoff in der Brennstoffzelle mit Sauerstoff, wodurch einerseits reines trinkbares Wasser als Endprodukt entsteht und andererseits Strom und Wärme. In Bezug auf die Erzeugung von Energie in Form von Strom und Wärme zeigt sich die Wasserstoffbrennstoffzelle als mögliche Alternative für den Einsatz in Häusern und Gebäuden. Die Brennstoffzelle gibt daher die Möglichkeit einen Haushalt unabhängig vom Stromnetz mit Elektrizität zu versorgen, wobei die

---

<sup>208</sup>Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S. 122

<sup>209</sup> Es gibt zwar bereits Geräte, so genannte katalytische Brenner, die Wasserstoff fürs Kochen und Heizen nutzbar machen, jedoch ist auch hier die Situation der Wasserstoffherstellung entscheidend für die Verbreitung dieser Geräte. Derartige Geräte lohnen sich nur in Gegenden, wo es zu wenig Brennmaterial gibt, jedoch die Möglichkeit der Herstellung von Wasserstoff durch erneuerbare Energien möglich ist. Vgl. hierzu: Deutscher Wasserstoff-Verband e.V.(Hrsg.): Wasserstoff – Der neue Energieträger. Eine Einführung, Berlin 2003, S. 13, nachzulesen unter: [www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm\\_04tc.pdf](http://www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm_04tc.pdf), abgerufen am 31.03.2005 um 10:13 Uhr

<sup>210</sup> Bereits 1839 wurde erstmalig das Prinzip der Brennstoffzelle von dem englischen Physiker William R. Grove beschrieben und demonstriert.

entstehende Wärme zur Beheizung des Gebäudes herangezogen werden kann. Lediglich die Versorgung mit Wasserstoff würde noch von einer externen Quelle aus geschehen. Obwohl dies schon eine Möglichkeit ist Wasserstoff, zumindest lokal begrenzt, effektiv als Energieträger einzusetzen, verbirgt sich dahinter ein wahrscheinlich noch viel wichtigeres Potential, denn die Brennstoffzellentechnik kann auch in Fahrzeugen eingesetzt werden. Auf diese Art und Weise ist es möglich, der Abhängigkeit von mineralischen Brennstoffen zu entrinnen. Die Idee, Wasserstoff als Treibstoff für Fahrzeuge einzusetzen, ist allerdings nicht neu, da BMW seit 1979 wasserstoffbetriebene Fahrzeuge einsetzt. Diese Fahrzeuge besitzen jedoch einen modifizierten Ottomotor bei dem der Wasserstoff nach dem alten Prinzip der Verbrennung zum Einsatz kommt. Bei herkömmlichen Ottomotoren, bei denen Erdgas verwendet wird, ist lediglich die Beimischung von Wasserstoff in einem bestimmten Mischungsverhältnis sinnvoll, da ansonsten die Nominalleistung, die das Fahrzeug erbringen soll, nicht erreicht wird.<sup>211</sup> Da sich dieses System bislang nicht durchsetzen konnte und wahrscheinlich auch nicht durchsetzen wird, forscht die Automobilindustrie nun auf dem Sektor der Brennstoffzelle. Eine Brennstoffzelle, die in einem Fahrzeug eingesetzt ist, treibt durch den produzierten Strom einen Elektromotor an, der selber wiederum eine Fülle von Vorteilen in sich vereint. Zu den Vorteilen gehören der fast lautlose Vortrieb, ein vibrationsfreies Fahren und das hohe Anfahrtdrehmoment, mit dem sich gute Beschleunigungswerte erzielen lassen.<sup>212</sup> Gerade diesbezüglich wurde in der jüngeren Vergangenheit intensiv geforscht, da man sich der Möglichkeiten, die sich aus dieser Technologie ergeben, durchaus bewusst ist. Momentan befindet sich eine Reihe von Fahrzeugen im Experimentalstadium, um die Brennstoffzellentechnologie für Kraftfahrzeuge jedweder Art zur Serienreife zu bringen; weltweit fahren zurzeit bereits über 100 Fahrzeuge dieser Art als Prototypen, wozu als deutscher Beitrag zum Beispiel der *Opel-Zafira* und die *Mercedes-Benz A-Klasse* gehören.<sup>213</sup> Aber nicht nur PKW, sondern auch

---

<sup>211</sup> Deutscher Wasserstoff-Verband e.V.(Hrsg.): Wasserstoff – Der neue Energieträger. Eine Einführung, Berlin 2003, S. 13, nachzulesen unter: [www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm\\_04tc.pdf](http://www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm_04tc.pdf), abgerufen am 31.03.2005 um 10:13 Uhr

<sup>212</sup> Deutscher Wasserstoff-Verband(Hrsg.): Wasserstoff – Der neue Energieträger, Berlin 2004, S. 13, nachzulesen unter: [www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm\\_04st.pdf](http://www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm_04st.pdf), abgerufen am 31.03.2005 um 10:27 Uhr

<sup>213</sup> Vgl. Ebd., S. 17

Nahverkehrsbusse werden zunehmend mit Brennstoffzellen versehen,<sup>214</sup> um die Alltagstauglichkeit, besonders in Großstädten zu überprüfen, wobei hier vor allem die Emission von giftigen Stoffen durch konventionelle Fahrzeuge vermieden werden soll. Neben dem Einsatz der Brennstoffzelle in Gebäuden oder zivilen Fahrzeugen, haben sich in den letzten Jahrzehnten auch andere Verwendungsmöglichkeiten für den Einsatz dieser Technologie ergeben. So nutzt die NASA seit Mitte der 60er Jahre die Brennstoffzelle zur Energiegewinnung in ihren Raumkapseln; zu den bekanntesten gehören die *Gemini*-Kapseln und die Kapseln des *Apollo*-Programms, aber auch das *Space-Shuttle* wird auf diese Art mit Strom versorgt. Ein weiterer Anwendungsbereich, der sich allerdings erst in den letzten Jahren ergeben hat und noch nicht allzu sehr verbreitet ist, ist die militärische Nutzung. Vorreiter auf diesem Gebiet ist die deutsche Marine, die bereits seit Ende der 80er Jahre an der Entwicklung eines U-Bootes arbeitet, dessen Energie zur Versorgung und zum Antrieb von einer Brennstoffzelle erzeugt wird. Inzwischen ist dieses U-Boot zur Serienreife gelangt und befindet sich nun in der Standard-See-Erprobung der Marine; die Indienststellung soll 2005 stattfinden. Dieser Antrieb ermöglicht dem U-Boot erstmals unabhängig von Diesel und unabhängig von der Außenluft längere Zeit unter Wasser zu bleiben, was bisher nur mit den großen und teuren Atom-U-Booten möglich war. Zudem ergibt sich aus dem neuen Antrieb der Vorteil, dass der Elektromotor, der von dem Strom der Brennstoffzelle angetrieben wird, keine verräterischen Geräusche macht, wodurch dem neuen Boot ein militärischer Vorteil verschafft wird, der nicht zu unterschätzen ist, besonders in Hinblick auf die modernen Ortungsgeräte. Die U-Boot-Klasse 212A (Abb.9, nächste Seite) der Marine ist somit ein Beispiel dafür, dass sich auch im Rahmen der militärischen Planung die Idee durchsetzt, endliche Rohstoffe aus der Militärtechnik zu verbannen.

---

<sup>214</sup> Deutscher Wasserstoff-Verband e.V.(Hrsg.): Wasserstoff – Der neue Energieträger. Eine Einführung, Berlin 2003, S. 17, nachzulesen unter: [www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm\\_04tc.pdf](http://www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm_04tc.pdf), abgerufen am 31.03.2005 um 10:13 Uhr

*Abb.9 U-Boot der Klasse 212A der deutschen Marine*



(Quelle: [www.marine.de/01DB070000000001/CurrentBaseLink/W2699K5A242INFODE](http://www.marine.de/01DB070000000001/CurrentBaseLink/W2699K5A242INFODE),  
abgerufen am 25.07.2007 um 18:55 Uhr)

Zusammenfassend kann man sagen, dass Wasserstoff als Energieträger in Zukunft deutlich an Bedeutung gewinnen wird, da er prinzipiell in allen Bereichen, in denen Energie benötigt wird, eingesetzt werden kann. Hier ist vor allem die Brennstoffzellentechnologie zu nennen, die es sogar möglich macht auf mineralische Treibstoffe zu verzichten und das nicht nur im zivilen Bereich, sondern auch teilweise im Militär, wodurch sich ein ganz neues Spektrum ergibt. Zwar liegen die Vorteile dieser Technologie auf der Hand, jedoch sind die Probleme, die sich daraus ergeben nicht zu unterschätzen, da es vor allem bei der Herstellung von Wasserstoff noch Schwierigkeiten gibt, denn zur groß angelegten Herstellung muss noch immer auf endliche Rohstoffe zurückgegriffen werden. Auch scheint die Herstellung durch erneuerbare Energien noch nicht den nötigen Stand erreicht zu haben, da diese Art der Herstellung von Wasserstoff noch relativ teuer ist,<sup>215</sup> sodass sich auch hieraus zunächst Einschränkungen für den Einsatz großer, zentraler Anlagen ergeben. In diesem Zusammenhang ist der Einsatz kleinerer regionaler Anlagen in Form von Brennstoffzellen sinnvoller. Ein weiterer, nicht ganz unwichtiger Faktor bei der Beurteilung von Wasserstoff als Energieträger ist die Sicherheit und der Transport, da es sich bei Wasserstoff um ein höchst entzündliches Gas handelt, das besondere Vorsichtsmaßnahmen beim Umgang erfordert, was bei

---

<sup>215</sup> Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S. 122

herkömmlichen Brennstoffen nicht notwendig ist. So kann aufgrund der hohen Entzündbarkeit nicht darauf verzichtet werden, entsprechende Sensoren zu verwenden, die den geringsten Austritt von Wasserstoff aus einem System melden.<sup>216</sup> Was den Einsatz in Fahrzeugen außerdem, zumindest zurzeit noch, behindert, ist das schlecht ausgebaute Netz von Wasserstofftankstellen, was jedoch nicht als ein dauerhaftes Problem zu sehen ist, wenn sich der Brennstoffzellen-Antrieb erst einmal in der Praxis bewährt hat und die Absatzzahlen dieser Fahrzeuge steigen. Zurzeit ebenfalls noch problematisch ist die Speicherung von Wasserstoff in derart betriebenen Fahrzeugen, da das Volumen deutlich über dem herkömmlicher Kraftstoffe liegt, was zur Folge hat, dass die Fahrzeuge deutlich größere Tanks mit sich führen müssten, als Benzin- oder Dieselfahrzeuge.<sup>217</sup> Trotz dieser Schwierigkeiten, die zum Teil schon gelöst sind, bzw. ohne weiteres gelöst werden können, muss Wasserstoff als Energieträger der Zukunft betrachtet werden, erst recht dann, wenn die Forschung es geschafft hat, die Herstellung von Wasserstoff, ohne Rückgriff auf endliche Rohstoffe, zu erleichtern und die Kosten zu senken. In den nächsten Jahren wird dies die Hauptaufgabe der Wissenschaft und Forschung sein, damit es vor allem im Bereich der Treibstoffversorgung zur Reduzierung des Erdölbedarfs kommt.

### 2.3 Alternative Energien vs. OPEC-Öl – Zwischenfazit und Ausblick

Alternative Energien sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt bereits fest in die Strom- und Wärmeversorgung einbezogen. Wind-, Wasserkraft, Photovoltaik und Biomasse ermöglichen heute schon, den Einsatz fossiler Brennstoffe bei der Stromerzeugung zu reduzieren und die Ausweitung der nuklearen Energiegewinnung abzubremsen. Insbesondere die stromerzeugende Verwendung von Erdöl könnte in absehbarer Zeit durch Alternative Energien gestoppt werden, was sich allerdings auf den globalen Verbrauch von Erdöl nur geringfügig auswirken würde, da, wie bereits erwähnt, der Anteil von Erdöl zur Stromerzeugung bereits jetzt schon relativ niedrig ist. Zu den Kernproblemen,

---

<sup>216</sup> Deutscher Wasserstoff-Verband e.V. (Hrsg.): Wasserstoff – Der neue Energieträger. Eine Einführung, Berlin 2003, S. 14, nachzulesen unter: [www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm\\_04tc.pdf](http://www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm_04tc.pdf), abgerufen am 31.03.2005 um 10:13 Uhr

<sup>217</sup> Gekühlter Wasserstoff hat ca. das 6-fache Volumen eines Benzintanks und unter Druck gespeicherter Wasserstoff sogar das 14-fache Volumen. Vgl. hierzu: Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a. Main 2004, S. 124

die sich in Bezug auf Erneuerbare Energien im Allgemeinen zeigen, gehört zum einen die unsichere Versorgung<sup>218</sup>, die der Einsatz alternativer Energien mit sich bringt und zum anderen die zum Teil noch recht hohen Kosten. Außerdem sind die Alternativen Energien nicht überall in gleicher Weise einsetzbar, sodass neben den natürlichen witterungsbedingten Schwankungen auch regionale Einschränkungen hinzukommen, die sich aus den örtlichen Gegebenheiten ergeben. Im Bereich der Wärmeerzeugung zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Je nach Lage und Region können solarthermische Anlagen und Geothermieanlagen dazu beitragen den Bedarf an Erdöl oder anderer fossiler Brennstoffe zu reduzieren; sie werden jedoch nicht in der Lage sein, in absehbarer Zeit Heizöl, Gas oder Kohle als Wärmeenergieträger vom Markt zu verdrängen. Allerdings empfiehlt es sich heute bei geplanten Neubauten von Gebäuden ernsthaft über die Verwendung derartiger Technologien nachzudenken; die Umrüstung von bereits bestehenden Gebäuden hingegen macht aufgrund der Kosten nur in Einzelfällen Sinn. Im Bereich der Stromerzeugung und der Wärmeengewinnung können Alternative Energien demnach nicht dazu beitragen, dass sich die industrialisierten Staaten vom Erdöl lösen können; sie können lediglich einen Beitrag dazu leisten, den gesamten Bedarf an Erdöl (Heizöl und Schweröl) in begrenztem Maße zu senken. Da der Hauptverbrauch von Erdöl im Bereich Transport und Verkehr zu finden ist, muss vor allem hier angesetzt werden, wobei sich auch dies momentan noch als ein schwieriges Vorhaben präsentiert.

Im Zusammenhang mit der Verwendung Alternativer Energien als Ersatz für mineralische Treibstoffe haben sich in den letzten Jahren vor allem zwei Alternativen herausgebildet, die zu einer Ablösung führen können. Die erste Alternative, die heute schon Alltagstauglichkeit erreicht hat, ist die Verwendung von Biodiesel. Dieser Treibstoff ist durchaus fähig das herkömmliche Diesel abzulösen. Probleme gibt es allerdings noch hinsichtlich der Verbreitung von entsprechenden Tankstellen und der begrenzten Einsatzfähigkeit in Dieselfahrzeugen, da nicht jedes Fahrzeug „biodieseltauglich“ ist. Zudem hat der Biodiesel ein eingeschränktes

---

<sup>218</sup> Dies gilt unter anderem bei der Windkraft, da es hier zu großen Schwankungen kommen kann, aber auch bei der Solarenergie, da man auf eine kontinuierliche Sonneneinstrahlung angewiesen ist. Beim Anbau von Energiepflanzen kann es zu Ernteeinbrüchen kommen, wodurch die Versorgung wiederum beeinträchtigt sein könnte.

Leistungsspektrum im Vergleich zum normalen Diesel, was, zusammen mit der Umrüstung und den daraus entstehenden Kosten, den Anreiz zur Nutzung behindert. Ein weiteres Hemmnis besteht darin, dass Biodiesel aufgrund seiner Herstellung noch sehr teuer ist, was nur durch eine Reform der Mineralölsteuer ausgeglichen werden kann. Sollte es in Zukunft zu einem Boom auf dem Biodieselmärkte kommen, so käme es beispielsweise in Deutschland zu immensen Steuerausfällen, was nicht allzu lange hinnehmbar wäre. Die Folge wäre eine nachträgliche Besteuerung, wodurch der Biodiesel in seinen Kosten noch vor dem altbekannten Treibstoff läge. Grundsätzlich ist Biodiesel jedoch eine Alternative, auf die in Zukunft gesetzt werden kann und mit der es möglich ist den Erdölverbrauch zu senken, wenn auch nur schrittweise und über einen längeren Zeitraum hinweg. Ein Nachteil wäre jedoch, dass die Herstellung von Biodiesel die Bereitstellung von Biomasse zur Strom- oder Wärmeenergiegewinnung beeinträchtigen würde, da beide Energieträger in Konkurrenz hinsichtlich der benötigten Anbauflächen stünden. In diesem Falle müsste gewissenhaft darüber nachgedacht werden, wo die Prioritäten gesetzt müssten und welche Verwendungsart zweckmäßiger wäre. Da die Stromerzeugung als nachrangiges Problem betrachtet werden kann, wäre die einzig vernünftige Lösung, die Anbauflächen für die Biodiesel-Herstellung zu nutzen.

Die zweite Alternative, die sich im Bereich der Treibstoffherstellung entwickelt hat, ist die Verwendung von Wasserstoff als Energieträger. Im Gegensatz zu den Biodieselfahrzeugen, die sich schon im Alltag bewährt haben, steckt diese Technologie, was die Serienreife angeht, noch in den Kinderschuhen, da die Brennstoffzellentechnik keine Gemeinsamkeit mit den herkömmlichen Motoren hat und somit ganz neue Systeme in Bezug auf Antrieb und Speicherung des Wasserstoffs entwickelt werden müssen. Zwar gibt es diese bereits, jedoch befinden sich die Versuchsträger noch in der Erprobung, da die Automobilhersteller noch immer mehr Geld in die Entwicklung moderner Benzin- und Dieselmotoren investieren, als in den Bereich des Wasserstoffs. Was die rasche Fortentwicklung der Wasserstoff-Technologie des Weiteren behindert ist der große Aufwand der betrieben werden muss, um ausreichend Wasserstoff herzustellen und der damit verbundene Rückgriff auf fossile Brennstoffe. Auch hier macht der Einsatz von

Wasserstoff nur Sinn, wenn man bei der Herstellung auf Alternative Energien zurückgreift. Hieraus entsteht eine ähnliche Situation wie beim Biodiesel, jedoch mit dem Unterschied, dass es nicht darum geht Biomasse zur Herstellung von Strom oder Wärme oder zur Herstellung von Treibstoff einzusetzen, sondern darum, ob man alternativen Strom ins Stromnetz einspeist oder zur Wasserstoffherstellung verwendet. Hier muss daher ebenfalls darauf hingewiesen werden, dass die Erzeugung von Strom nicht das Hauptproblem ist, sondern die Bereitstellung einer ausreichenden Treibstoffmenge.

Insgesamt kann man festhalten, dass es zurzeit keine wirkliche Alternative zum Erdöl als Energieträger gibt, die den vollkommenen Verzicht auf Erdöl im Energiebereich ermöglicht. Die heutigen Technologien erlauben lediglich Einsparungen, die jedoch keineswegs ausreichen, um das ehrgeizige Ziel, die Loslösung vom Erdöl, zu erreichen, da es noch wesentliche Schwierigkeiten im Bereich der Technik und der Herstellung von Treibstoffen gibt. Um das Ziel dennoch erreichen zu können, muss es in der Politik und in der Wirtschaft schnell zu einem grundsätzlichen Umdenken kommen; dies umfasst zum einen die Freigabe von entsprechenden Geldern in Wissenschaft und Forschung und die ernsthafte Überlegung, ob es für einen gewissen Zeitraum nicht sinnvoller wäre auf Atomstrom und/oder Kohle zu setzen und die vorhandenen alternativen Energien zur Herstellung von Treibstoffen zu verwenden. Auf diese Art und Weise könnte man, auch wenn dies gegen jede umweltpolitische Logik spricht, zu einer Reduzierung der Abhängigkeit vom Erdöl kommen, was sich auch entscheidend auf den Ölpreis auswirken würde. Bei der derzeitigen Entwicklung muss man allerdings davon ausgehen, dass die industrialisierten Länder noch lange Zeit auf mineralische Treibstoffe und Energieträger angewiesen sind und somit die Abhängigkeit vom (OPEC-)Erdöl zunächst noch bestehen bleibt.

Angesichts der aktuellen Entwicklung auf dem Ölmarkt, der in den letzten Jahren vor allem durch eine kontinuierliche Steigerung der Rohölpreise geprägt war und in Hinblick auf die begrenzten Fördermöglichkeiten, besteht die Gefahr, dass es neben eines weiteren Anstiegs der Preise zu ernsthaften Engpässen bei der Versorgung mit Öl kommen wird. Dies liegt daran, dass die OPEC ihre Förderkapazität erst noch ausbauen muss, was noch ein „wenig“ Zeit in Anspruch nimmt. Hinsichtlich der Nicht-OPEC-Staaten lässt sich

hingegen festhalten, dass es nur noch geringe Spielräume gibt die Förderkapazitäten auszubauen. Hinzu kommt noch, dass ein Ausbau der Förderkapazitäten zu einer noch schnelleren Erschöpfung der Quellen führen würde. Auch bieten die Alternativen Energien noch keinen Grund zur Hoffnung auf eine baldige Lösung des Problems, denn die vorhandenen technischen Schwierigkeiten müssen erst einmal gelöst werden, was mitunter noch einige Jahre dauern kann. Aufgrund dieser Situation erhöht sich noch einmal die Wahrscheinlichkeit, dass die OPEC zukünftig verstärkt Einfluss auf den Ölmarkt nehmen wird, und dass sich die industrialisierten Staaten zunehmend den OPEC-Bedingungen, in Form von Fördermengen und Ölpreisen, unterwerfen müssten. Für die Industriestaaten bedeutet dies auch, dass sie in Zukunft wieder vermehrt darauf zu achten haben, wie sie ihre Politik gestalten, da die OPEC erneut zur Ölwanne greifen könnte, um Druck auf die Industriestaaten auszuüben. Ob, in Anbetracht dieses Szenarios, die Kaspische Region jemals zu einer Konkurrenz für die OPEC werden kann, muss derzeitig noch mit gewissen Zweifeln betrachtet werden, da es zwar Vermutungen gibt, die von großen Vorkommen ausgehen, wohingegen die gesicherten Reserven auf einem Niveau anzusiedeln sind, das nicht mit der OPEC verglichen werden kann. Darüber hinaus ist es ebenso fraglich, ob andere Regionen (außerhalb der OPEC), in denen Ölvorkommen vermutet werden, jemals zur Versorgung beitragen können, da sie, zum Teil deutlich schwieriger zu fördern wären, als die bisherigen Quellen. Ein Beispiel hierfür ist der Nordpol; hier werden größere Mengen Erdöl vermutet, allerdings wäre die Förderung sehr problematisch, da dort große Eisflächen existieren, die ständig von Eisbrechern freigemacht werden müssten, und, weil die vermuteten Ölvorkommen in sehr großen Tiefen liegen, was einen enormen technischen Aufwand zur Folge hätte.<sup>219</sup> Außerdem sind die vorherrschenden Wetter- und Umweltbedingungen alles andere als günstig, sodass eine Förderung mit erheblichen Risiken und Schwierigkeiten verbunden wäre.<sup>220</sup> Ein weiterer Faktor, der den Ölmarkt und die Ölversorgung in Zukunft negativ beeinflussen wird, ist die starke Zunahme des weltweiten Bedarfs an Erdöl, die sich aus dem wirtschaftlichen Aufschwung einiger asiatischer Länder ergibt. Als

---

<sup>219</sup> Schrader, Christopher: Feuer unter dem Eis, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 281 vom 03.12.2004, S. 11

<sup>220</sup> Vgl., Ebd.

Spitzenreiter dieser aufstrebenden Gruppe von Staaten ist unbestritten China zu nennen, das seit dem Ende des Ost-West-Konflikts, spätestens aber seit dem Ende der Sowjetunion bestrebt ist, zur Supermacht zu werden. Dieser Prozess vollzieht sich sowohl auf der wirtschaftlichen, als auch auf der militärischen Ebene. Im Rahmen des wirtschaftlichen Wachstums vollzieht sich eine ähnliche Entwicklung, wie in der westlichen Welt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, es kommt zu einem erhöhten Bedarf an Energie, was auf den Ausbau der Industrien und der Zunahme an Kraftfahrzeugen zurück zu führen ist. Dieser erhöhte Bedarf, der sich auch auf die Versorgung mit Erdöl auswirkt, hat dazu geführt, dass China gegenwärtig schon einen Erdöljahresverbrauch von 250 Mio. Tonnen Erdöl hat, wovon ein Drittel importiert werden muss.<sup>221</sup> Es wird des Weiteren davon ausgegangen, dass sich der chinesische Bedarf noch weiter erhöhen wird und der Erdölimport im Jahr 2010 auf ca. 100 Mio. Tonnen steigt.<sup>222</sup> Aber nicht nur China, sondern auch Indien und eine Reihe anderer Staaten, die zurzeit den Status eines Schwellenlandes innehaben, und sich auf dem Weg zum Industrieland befinden, werden eine deutliche Steigerung des weltweiten Energiebedarfs mit sich bringen. Da es sich hierbei ebenfalls nicht nur um Strom handelt, sondern auch um Treibstoffe und anderer Erdölprodukte, wird sich der Erdölverbrauch parallel dazu entwickeln. Aktuelle Schätzungen gehen davon aus, dass sich der globale Pkw-Bestand von derzeit 500 Mio. Fahrzeugen auf 2,3 Mrd. Fahrzeuge im Jahr 2030 vervielfachen wird.<sup>223</sup> In dieser Prognose sind keine Lkw, Schiffe oder Flugzeuge enthalten, deren Zahl sich logischerweise ebenfalls erhöhen wird. Allein hieran wird deutlich, wie sich der jetzt schon risikoreiche und nah im Grenzbereich befindliche Ölmarkt entwickeln kann bzw. sehr wahrscheinlich entwickeln wird und welche Probleme bei der Versorgung mit Erdöl in Zukunft auftreten können.

Die Abhängigkeit vom Erdöl für die Aufrechterhaltung und für den Ausbau der wirtschaftlichen Stärke in der OECD-Welt und in den künftigen Industriestaaten und die bisherige Unfähigkeit alternative Energien für alle Anwendungsbereiche in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen, birgt

---

<sup>221</sup> Kleveman, Lutz: Der Kampf ums heilige Feuer. Wettlauf der Weltmächte am Kaspischen Meer, Berlin 2002, S.141

<sup>222</sup> Vgl. Ebd., S. 142

<sup>223</sup> Reeker, Martin: Kostenentwicklung erneuerbarer Energien. Eine Erfahrungskurvenanalyse des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes, Göttingen 2004, S. 30

große Gefahren für die Zukunft. Bei den derzeitigen Förderkapazitäten kann nicht gewährleistet werden, dass immer genügend Erdöl zur Verfügung steht, was sich erfahrungsgemäß negativ auf den Ölpreis auswirkt und somit Folgen für die Weltwirtschaft hat, da es unwillkürlich zu höheren Produktions- und Transportkosten kommt. Dies schlägt sich wiederum negativ beim Kunden bzw. Endverbraucher aus, der dadurch höhere Kosten hat und infolgedessen über weniger Geld verfügt, das er ansonsten anderweitig wieder in Umlauf gebracht hätte. Überdies wird es in Zukunft zu einem deutlich härteren Konkurrenzverhalten zwischen den Erdöl abhängigen Staaten kommen, da sie darauf bedacht sein werden, ihre eigene Versorgung zu sichern, ohne dabei auf andere Staaten zu achten. Ein potentielles Risiko besteht diesbezüglich zwischen China und den USA in der Kaspischen Region,<sup>224</sup> wobei die Vorkommen in der Kaspischen Region lange nicht das Niveau besitzen, wie ursprünglich vermutet wurde. Daneben und dies ist die größte Gefahr, geraten die Industriestaaten endgültig in die Abhängigkeit vom OPEC-Öl und insbesondere vom arabischen OPEC-Öl, was sich auf zweierlei Weise negativ auswirken kann. Die erste Möglichkeit umschreibt die bereits genannte Gefahr, dass sich die Industriestaaten erpressbar machen und von Seiten der Förderländer politisch unter Druck setzen lassen können und zwar mit schwereren Folgen als 1973/1974, da die Industriestaaten keine alternativen Öl-Lieferanten mehr besitzen. Die Folge hiervon könnten ernsthafte Konflikte sein, die sich sogar zu Kriegen entwickeln können, wenn sich die Industriestaaten in ihrer Existenz bedroht fühlen, was durch eine Verknappung der Erdölversorgung recht schnell passieren kann, da die strategischen Reserven nur für 90 Tage ausgelegt sind. Als mögliche Ursache für ein solches Szenario könnten Differenzen in Bezug auf eine wichtige politische Situation sein, so wie es bei der Ölkrise 73/74 der Fall war, oder aber und diese Gefahr ist nicht zu unterschätzen, durch einen islamistischen Umsturz in einem arabischen OPEC-Staat. Dass dies keine Fiktion ist, hat der Fall des Schahs von Persien 1979 deutlich gemacht. Eine andere Möglichkeit, die zu einem militärischen Einsatz führen kann, sind gezielte Anschläge auf wichtige Infrastruktur und Öl-Industrieanlagen, wodurch die Versorgung längerfristig

---

<sup>224</sup> Da die Erdölvorkommen in der Kaspischen Region, im Gegensatz zu den Vorkommen in der OPEC, nicht als gesichert gelten, soll dieser Themenbereich jedoch nicht allzu sehr intensiviert werden. Der Schwerpunkt liegt in der „Krisenregion“ Mittlerer Osten.

gestört wäre. Auch dies ist seit dem 11. September 2001 ein durchaus denkbares Szenario. Gerade vor dem Hintergrund, dass es in absehbarer Zeit keine Alternativen zum arabischen OPEC-Öl geben wird, stellt dies ein höchst realistisches Bedrohungsszenario dar, auf das die Industriestaaten reagieren müssten.

Betrachtet man die künftige Verteilung der Erdölreserven in Verbindung mit der zu erwartenden Nachfrage, so wird sich der Ölmarkt zu einem bitter „umkämpften“ Markt entwickeln, bei dem es um Konkurrenz und im Endeffekt ums wirtschaftliche und politische Überleben geht. Eine besondere Bedrohung der industrialisierten Welt zeigt sich insbesondere im immer stärker werdenden Islamischen Fundamentalismus in der arabischen OPEC, von der die OECD-Staaten in Zukunft aber maßgeblich „leben“ wird. Die neue Macht der OPEC und der Islamische Fundamentalismus auf der einen Seite und der Wille der Industriestaaten den erreichten Status zu halten auf der anderen Seite, bilden ein gewaltiges Konfliktpotential für die Zukunft bei dem der Einsatz von Gewalt als „letztes Mittel“ nicht ausgeschlossen werden kann, sondern eher als sehr wahrscheinlich einzustufen ist. Wie groß diese Gefahr nun wirklich ist und welcher arabische OPEC-Staat besonders gefährdet ist, Opfer der islamistischen Gewalt zu werden, wird in den folgenden Kapiteln bearbeitet.

### **3. Islamischer Terrorismus in der arabischen Welt – Störfaktor der Erdölversorgung?**

#### 3.1 Der Islam als Religion – Ursprung, Quellen und die Bedeutung der *sharia*

Die Anfänge des Islam<sup>225</sup> und die Verbreitung dieser Religion in der arabischen Welt lässt sich auf das Jahr 610 n. Chr. datieren, als ein junger Araber namens *Mohammed* in *Mekka*, erstmals von *Allah* als einzigen wahren Gott sprach und die alten Göttinnen (*al-Uzza*, *al-Lat*, *al-Manat*) als „wertlose Idole des Aberglaubens“<sup>226</sup> verschmähte. Hintergrund dieses neuen Glaubens war der nächtliche Besuch des Engels *Gabriel*, der ihn aufforderte von seinem Herrn *Allah*, dem Allbarmherzigen zu lesen. Im Anschluss an diesen Besuch,

---

<sup>225</sup> Islam heißt übersetzt: „Frieden finden durch Hingabe Gottes“. Vgl. hierzu: Hübsch, Hadayatullah: Fanatische Krieger im Namen Allahs. Die Wurzeln des islamistischen Terrors, Kreuzlingen/München 2001, S. 27

<sup>226</sup> Konzelmann, Gerhard: Im Namen Allahs, des Allbarmherzigen. Das Zeitalter des Islam beginnt, in: Kuckertz, Beate (Hrsg.): Das grüne Schwert. Weltmacht Islam – Bedrohung oder Erlösung?, München 1992, S. 12

wanderte Mohammed zum Hügel *Hira* in der Nähe der Stadt *Mekka*, wo er durch die Worte Gabriels: „O *Mohammed*, du bist der Gesandte *Allahs*“ endgültig zum Propheten auserkoren wurde. Von diesem Moment an wanderte *Mohammed* Tag ein Tag aus zu diesem Hügel, um die göttliche Botschaft zu empfangen. Als *Mohammed* nach langem Warten begann zu zweifeln, dass er noch eine Botschaft empfangen würde, sprach *Gabriel* erneut zu ihm,<sup>227</sup> indem er Mohammed die erhofften Worte Gottes übermittelte.<sup>228</sup> Diese Worte wurden ab 632 n. Chr. zusammengetragen und in einem Werk konzentriert, dem *Koran*.<sup>229</sup> Da *Mohammeds* Stamm, die *Koraisch*, den neuen Glauben *Mohammeds* ablehnten, denn sie befürchteten, dass dies dem Handel der Stadt *Mekka* schaden würde, wenn die Händler-Karawanen bei der Einreise keine gewohnten Gottheiten mehr vorfänden, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit seiner Familie. Als *Mohammed* dann noch begann, zu predigen, dass die Wohlhabenden mit den Armen teilen sollten, wurde der Streit derart intensiv, dass sogar *Mohammeds* Tod gefordert wurde. Einzig *Omar Ibn al-Chattab*, ein reiches Mitglied der Familie, ließ sich zunächst von *Allah* überzeugen. Dies hatte eine weit reichende Wirkung, da sich von nun an viele andere Reiche mit den Worten des neuen Gottes befassten und begannen ihn zu akzeptieren.<sup>230</sup> Gleichzeitig stieg bei *Mohammeds* Gegnern jedoch auch der Hass; sie demütigten ihn aller Öffentlichkeit, indem sie ihn mit Schmutz oder Tiereingeweiden bewarfen. Zu diesem Zeitpunkt steckte der Islam jedoch noch in den Kinderschuhen, da er sich nur innerhalb der Stadt *Mekka* ausgebreitet hatte und selbst dort nur teilweise. Die Ausbreitung über die Stadtgrenzen hinaus begann erst, als *Mohammed* Besuch von Abgesandten der arabischen Großfamilien *Aus* und *Chasradsch* aus dem 350 Kilometer nördlich gelegenen *Jathrib* (vorislamischer Name der heutigen Stadt *Medina*) erhielt. Einer der Gründe für diesen Besuch war der Drang die jüdischen Siedler aus ihren Gebieten zu vertreiben, wofür sie eine göttliche Legitimation benötigten,

---

<sup>227</sup> Konzelmann, Gerhard: Im Namen Allahs, des Allbarmherzigen. Das Zeitalter des Islam beginnt, in: Kuckertz, Beate(Hrsg.): Das grüne Schwert. Weltmacht Islam – Bedrohung oder Erlösung?, München 1992, S. 14

<sup>228</sup> Breuer, Rita: Grundlagen der Scharia und ihre Anwendung im 21. Jahrhundert, in: Bundesministerium des Innern(Hrsg.): Islamismus, 3. Aufl., Berlin 2004, S. 83

<sup>229</sup> Arkoun, Mohammed: Der Islam. Annäherung an eine Religion, aus dem Französischen übersetzt von Michael Schiffmann, Heidelberg 1999, S. 73

<sup>230</sup> Konzelmann, Gerhard: Im Namen Allahs, des Allbarmherzigen. Das Zeitalter des Islam beginnt, in: Kuckertz, Beate(Hrsg.): Das grüne Schwert. Weltmacht Islam – Bedrohung oder Erlösung?, München 1992, S. 15

denn es sollte nicht den Anschein haben, als würden sie nur aus reinem Egoismus Krieg gegen die Juden führen<sup>231</sup>, was sie jedoch taten. Daneben gab es allerdings noch einen weiteren Grund für die Reise zu *Mohammed*. Die Stämme führten nicht nur Krieg gegen die Juden, sondern auch gegeneinander, was sich negativ auf die Kampfkraft der Araber im Kampf mit den Juden auswirkte.<sup>232</sup> Um diese Situation zu beenden, wollten die Scheichs der beiden Stämme einen unparteiischen Richter beauftragen. Diesen Richter sahen sie in der neuen, von *Mohammed* gepriesenen Gottheit. Als *Mohammed* ihnen daraufhin von *Allah* und seinen Lehren erzählt hatte, waren die ersten Delegierten schon der Meinung, dass es sich bei *Mohammed* um den richtigen Propheten und bei *Allah* um den richtigen Gott handele. Nach einem Jahr der Beratung kamen die Delegierten erneut nach *Mekka*, um sich *Mohammed* und seiner Lehre zu unterwerfen. Sie forderten ihn auf mit ihnen nach *Jathrib* zu kommen, was *Mohammed* zunächst noch ablehnen musste, da er unter der strengen Beobachtung seiner Familie stand, die nicht wollte, dass er mit den anderen Stämmen „paktierte“. Kurze Zeit später konnte *Mohammed* jedoch durch eine List entkommen und erreichte das zu *Jathrib* gehörige Dorf *Qoba* am 20. September 622, wo er umgehend zum geistlichen und politischen Oberhaupt gekürt wurde.<sup>233</sup> Der 20. September 622 kennzeichnet somit in der islamischen Lehre die Geburtsstunde des Islam und den Ausgangspunkt für die Islamisierung der gesamten arabischen Welt, die sich bereits 732 bis nach Spanien ausgebreitet hatte.<sup>234</sup>

Der *Koran*, der die von Gott empfangenen Worte beinhaltet, die *Mohammed* auf dem Hügel *Hira* erhalten hat, stellt die wichtigste Quelle der islamischen Glaubenslehre dar. In diesem aus 114 Suren und 6.000 Versen bestehenden Werk werden unter anderem Regeln im Bereich des menschlichen Zusammenlebens genannt, die die „Menschheit“ beachten soll. Da aber nur ca. 10% des *Korans* derartige Regeln thematisieren und nicht alle Situationen des Lebens darin angesprochen werden, machten sich die Anhänger *Mohammeds* nach dessen Tod daran, diese Lücke zu schließen, indem sie sich das Leben des

---

<sup>231</sup> Konzelmann, Gerhard: Im Namen Allahs, des Allbarmherzigen. Das Zeitalter des Islam beginnt, in: Kuckertz, Beate (Hrsg.): Das grüne Schwert. Weltmacht Islam – Bedrohung oder Erlösung?, München 1992, S. 15/16

<sup>232</sup> Vgl. Ebd., S. 16

<sup>233</sup> Vgl. Ebd., S. 19

<sup>234</sup> Arkoun, Mohammed: Der Islam. Annäherung an eine Religion, aus dem Französischen übersetzt von Michael Schiffmann, Heidelberg 1999, S. 46

Propheten zum Vorbild nahmen und sämtliche Äußerungen und Taten sammelten und dokumentierten.<sup>235</sup> Die daraus entstandenen Berichte, *hadithe* genannt, wurden daraufhin zusammengefasst und bilden seitdem die *sunna*. Da sich die Entstehung der *sunna* jedoch über einen Zeitraum von drei Jahrhunderten erstreckte, haben sich in dieser Zeit drei größere Konfessionen des Islams herausgebildet (*Sunniten, Schiiten, Khardjiten*), die eine unterschiedliche Auffassung darüber vertreten, welche *hadithe* in die *sunna* aufgenommen werden sollten.<sup>236</sup> Parallel hierzu haben sich daraufhin auch verschiedene Fassungen der *sunna* entwickelt. Trotz aller Unterschiede stellen der *Koran* und die *sunna* die wichtigsten Rechtsquellen des Islam dar.<sup>237</sup> Als weitere Rechtsquelle des Islam gilt der als *qiyas* bezeichnete Analogieschluss. Ziel des Analogieschlusses ist, offene Fragen, die im *Koran* oder den anderen Quellen nicht eindeutig geklärt sind, durch Analogien zu beantworten. Die Beantwortung derartiger Fragen obliegt grundsätzlich den islamischen Rechtsgelehrten<sup>238</sup>, die die schriftlichen Quellen interpretieren und entsprechende Regeln daraus ableiten. Ein Beispiel für einen solchen Analogieschluss ist das generelle Alkoholverbot des *Korans*, der sich auch auf andere berauschende Mittel übertragen lässt und somit auch alle modernen Rauschmittel einschließt. Neben dem Analogieschluss gibt es des Weiteren noch den Konsens der Gelehrten (*ijma*) als vierte Rechtsquelle, der darauf aufbaut, dass *Mohammed* gesagt habe, dass ein Irrtum ausgeschlossen sei, wenn es in Hinblick auf einen bestimmten Sachverhalt Einigkeit innerhalb seiner Gemeinde (gemeint sind die Gelehrten) gäbe.<sup>239</sup> Ein solcher Konsens behält für immer Gültigkeit und kann seit dem 10. Jahrhundert nicht mehr durch Neuinterpretationen (*ijtihad*) der schriftlichen Quellen aufgehoben werden.<sup>240</sup>

<sup>235</sup> Breuer, Rita: Grundlagen der Scharia und ihre Anwendung im 21. Jahrhundert, in: Bundesministerium des Innern(Hrsg.): Islamismus, 3. Aufl., Berlin 2004, S. 85/86

<sup>236</sup> Arkoun, Mohammed: Der Islam. Annäherung an eine Religion, aus dem Französischen übersetzt von Michael Schiffmann, Heidelberg 1999, S. 91

<sup>237</sup> Khoury, Adel Th.: Die Quellen des Islam, in: Kuckertz, Beate(Hrsg.): Das grüne Schwert. Weltmacht Islam – Bedrohung oder Erlösung, München 1992, S. 49

<sup>238</sup> Die islamischen Rechtsgelehrten (Muftis) haben im Rahmen des Scharia-Rechts zwei Hauptaufgaben. Sie können zum einen als Richter (Quadi) in einem Scharia-Gericht rechtsgültige Urteile fällen und zum anderen unverbindliche Rechtsgutachten (fatwas) erstellen. Vgl. hierzu: Gräf, Bettina: Rechtsberatung per Telefon: „Frag’ den Gelehrten“. Islam und Scharia: Populärer Rat und verbindliche Norm, in: Bundeszentrale für Politische Bildung(Hrsg.): Weltreligion Islam, Bonn 2002, S. 61

<sup>239</sup> Breuer, Rita: Grundlagen der Scharia und ihre Anwendung im 21. Jahrhundert, in: Bundesministerium des Innern(Hrsg.): Islamismus, 3. Aufl., Berlin 2004, S. 86

<sup>240</sup> Vgl. Ebd.

Für die islamischen Rechtsgelehrten, ganz gleich zu welcher Gruppierung sie gehören, bilden die oben genannten Quellen die Grundlage für die Gestaltung des Glaubens. Überdies sind die Quellen auch die Grundlage zur Erstellung von Gutachten (*fatwas*), die sich auf moderne Sachverhalte beziehen, die in den anderen Quellen nicht eindeutig geklärt sind. Als Beispiele für solche Sachverhalte können die Nutzung des Internets, Organtransplantationen oder etwa die künstliche Befruchtung angeführt werden.<sup>241</sup>

Aufgrund des Glaubens der Moslems, dass die Quellen Antworten auf alle Fragen des alltäglichen Lebens beinhalten und vor dem Hintergrund, dass *Mohammed* sowohl geistlicher, als auch politischer Führer des Islams gewesen ist, wurde ein Gesetz geschaffen, das alle Kernpunkte des Islams in sich vereint und die Verbindung von Staat und Islam deutlich macht; gemeint ist die *sharia*. Die *sharia*, die in der islamischen Welt als universelles Grundgesetz gilt und als Basis staatlicher Ordnung verstanden wird, umfasst in ihrem Wirkungsbereich alle Rechtsgebiete, die in einer Gesellschaft vorhanden sind. Sie ist somit zum Symbol der „Verstaatlichung des Islams“<sup>242</sup> geworden. Das wichtigste Gebiet, das in der *sharia* geregelt wird, sind die religiösen Pflichten eines jeden erwachsenen Moslems. Das Hauptaugenmerk liegt hierbei auf den fünf Säulen der Religion zu denen das Glaubensbekenntnis (*shahada*), das fünfmal am Tag durchzuführende Gebet (*salat*), die Leistung der Almosensteuer (*zakat*), das Fasten im Monat Ramadan (*siam*) und der *hadj*, die Pilgerfahrt nach *Mekka* gehören.<sup>243</sup> Ein anderes Gebiet mit dem sich die *sharia* befasst, stellt das Familien- und Erbrecht dar, das unter anderem Regeln über die Partnerwahl, dem Umgang der Partner miteinander und zum Erbrecht enthält. In diesem Teil der *sharia* werden auch Regeln aufgestellt, in welchem Maße sich die Rechte und Pflichten zwischen den Partnern aufteilen, wobei es hier deutliche Unterschiede zwischen Mann und Frau gibt.<sup>244</sup> Des weiteren thematisiert die *sharia* auch das Vermögens-, Verkehrs- und Eigentumsrecht und als besonders sensibles Gebiet das Strafrecht, das als eines der grausamsten in der Welt betrachtet wird, da es Verstümmelungen und

<sup>241</sup> Heine, Peter: Terror in Allahs Namen. Extremistische Kräfte im Islam, Bonn 2004, S. 15

<sup>242</sup> Arkoun, Mohammed: Der Islam. Annäherung an eine Religion, aus dem Französischen übersetzt von Michael Schiffmann, Heidelberg 1999, S. 46

<sup>243</sup> Tibi, Bassam: Was heißt Islam? Der Islam in der Vergangenheit und in der Gegenwart, in: Das grüne Schwert. Weltmacht Islam – Bedrohung oder Erlösung, München 1992, S. 58

<sup>244</sup> Breuer, Rita: Grundlagen der Scharia und ihre Anwendung im 21. Jahrhundert, in: Bundesministerium des Innern(Hrsg.): Islamismus, 3. Aufl., Berlin 2004, S. 90

körperliche Folter legitimiert<sup>245</sup> und infolgedessen nicht mit den modernen westlichen Werten und den allgemein gültigen Menschenrechten vereinbar ist. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass die Menschenrechte wesentlicher Teil des Völkerrechts sind, das von den westlichen europäischen Ländern geschaffen worden ist<sup>246</sup> und somit nicht Bestandteil des islamischen Rechts im Sinne der sharia ist.

Die Entstehung des Islam hatte für die arabischen Stämme und Völker weit reichende Folgen. Der Prophet *Mohammed* hatte es durch seine Religion geschafft die zum Teil erb zerstrittenen arabischen Stämme zu vereinen und aus ihnen eine Gemeinschaft zu machen. Dies gelang ihm, indem er ihnen eine Religion gab, mit deren Hilfe da die Araber zum einen eine eigene Identifikation erlangten und zum anderen konnten sich die Araber nun bei Kriegen gegen „Andersgläubige“ legitimiert zu fühlen, im Sinne einer höheren Macht zu dienen. Diese Einheit kann als eine der wichtigsten Folgen des Islam bezeichnet werden, da die Araber als Einheit besser agieren konnten und deutlich an Macht dazu gewannen. Sie hatten es innerhalb von hundert Jahren nach dem Tod des Propheten geschafft ein einheitliches arabisches Reich zu schaffen, das nur mühsam von den Europäern aufgehalten werden konnte. Daneben hatte aber auch das Leben des Propheten Folgen für die Fortentwicklung des Islam, da er nach seiner Ankunft in *Jathrib* nicht nur zum geistlichen, sondern auch zum politischen Oberhaupt auserkoren wurde. Daraus entstand der Glaube, dass sich Politik und Religion nicht trennen lassen, und dass die Religion auf alle Fragen eine Antwort hätte. Die *sharia*, die als religiöses Gesetz universelle Anwendung gefunden hat und zum Kern des Islams wurde, wurde aus diesem Glauben heraus geschaffen. Dies hat dazu geführt, dass sich die islamische/arabische Zivilisation in erster Linie auf religiöse Vorschriften und Regeln der *sharia* stützt und nicht-religiöse Gesetze, wenn überhaupt, nur rudimentär zum Tragen kommen. Der Islam als Religion und als Ordnung schaffende Quelle spielt daher in der arabischen Welt eine die zentrale Rolle, da er den Mittelpunkt des normalen, alle Bereiche betreffenden, Lebens darstellt; der Zweifel an diesen Glauben stellt eine Sünde dar, die

---

<sup>245</sup> Zu diesen Strafen zählen die Steinigung und die Abtrennung von Gliedmaßen. Vgl. hierzu: Breuer, Rita: Grundlagen der Scharia und ihre Anwendung im 21. Jahrhundert, in: Bundesministerium des Innern(Hrsg.): Islamismus, 3. Aufl., Berlin 2004, S. 91

<sup>246</sup> Tibi, Bassam: Fundamentalismus im Islam. Eine Gefahr für den Weltfrieden?, Darmstadt 2000, S. 88/89

mitunter mit dem Tode bestraft wird. Anhänger anderer Religionen gelten indes als Ungläubige, denn der islamische Glaube geht davon aus, dass nur der Islam die Wahrheit kennt. Aus diesem Grund sieht sich der Islam in der Pflicht die Ungläubigen zu bekehren.

Trotz der augenscheinlichen Unterschiede zwischen dem „alten“ Judentum und dem damals noch relativ jungen Christentum auf der einen Seite und dem neuen Islam auf der anderen Seite, hat sich gezeigt, dass es durchaus Parallelen zwischen den drei großen monotheistischen Religionen gibt, und dass sie, wenn auch nur partiell, eng miteinander verbunden sind. Das Judentum, das Christentum und der Islam führen allesamt ihren Ursprung auf den Stammvater *Abraham* zurück, wodurch sich die Verwandtschaft der Religionen besonders widerspiegelt.<sup>247</sup> Außerdem ist dem Propheten *Mohammed* der Erzengel *Gabriel* erschienen, der ebenfalls in der christlichen Glaubenslehre eine besondere Rolle spielt. Weitere Gemeinsamkeiten bestehen darin, dass der Islam *Jesus* als Propheten anerkennt und dass alle drei Religionen ihr Fundament im „griechischen Erbe“ sehen, basierend auf den Werken von *Avicenna*, *Averroes*, *Maimonides* und *Aristoteles*.<sup>248</sup>

### 3.1.1 Der radikale Islam - Islamismus als besondere Form des religiösen Fundamentalismus

Innerhalb der islamischen Gemeinde haben sich im Laufe der Zeit zum Teil sehr verschiedene Auffassungen herausgebildet, was die Stellung des Islam in der Gesellschaft und in der Politik angeht. So zeigen sich die heutigen Moslems in der Mehrzahl als weltoffene und gemäßigte Vertreter ihrer Religion, die eine friedliche Koexistenz mit anderen Religionen und Kulturen befürworten, wohingegen eine Minderheit eine gegensätzliche Meinung vertritt. Diese Personen und Gruppierungen werden gemeinhin als Fundamentalisten bezeichnet. Dieser Begriff ist jedoch dahingehend problematisch, als dass er ursprünglich nicht im Kontext mit radikalen Moslems, sondern mit radikalen Christen verwendet wurde, die im 19. und 20. Jahrhundert zunächst in den USA auf sich aufmerksam machten.<sup>249</sup> Der

<sup>247</sup> Hafez, Kai: Der Islam und der Westen – Kampf der Zivilisationen?, in: Hafez, Kai (Hrsg.): Der Islam und der Westen, Frankfurt a. M. 1997, S. 16

<sup>248</sup> Vgl. Ebd., S. 16/17

<sup>249</sup> Jäggi, Christian J.; Krieger, David J.: Fundamentalismus. Ein Phänomen der Gegenwart, Wiesbaden 1991, S. 21

Hintergrund dieser radikal-christlichen Strömung lag darin, dass sich diese Christen gegen die Säkularisierung der Gesellschaft und den aufkommenden Modernismus gewehrt haben. Sie betrachteten die Bibel als unfehlbar und lehnten jegliche wissenschaftliche Erkenntnis und die Trennung von Staat und Kirche ab.<sup>250</sup> Diese radikalen Christen widersetzten sich also jeder Art von gesellschaftlicher und politischer Neuerung, was sie zu Außenseitern machte, da sie entgegen des allgemeinen Trends nicht bereit waren sich „anzupassen“. Vor diesem Hintergrund wird klar, weshalb der Begriff Fundamentalismus nicht pauschalisiert verwendet werden darf, sondern in einem direkten Zusammenhang durch einen entsprechenden Zusatz konkretisiert werden muss. Bezieht man sich nun auf radikale Anhänger des Islams, so spricht man entweder von Islamischen Fundamentalisten oder von Islamisten. Um die Ziele und die Motivation von Fundamentalisten und besonders von Islamischen Fundamentalisten zu verstehen, was von besonderer Bedeutung für das Thema dieser Arbeit ist, wird sich dieses Kapitel im folgenden mit der Definition von Fundamentalismus und Islamismus beschäftigen.

Generell ist der Fundamentalismus dadurch gekennzeichnet, dass er sich gegen alles Moderne wendet und das Ziel verfolgt, die Welt, entsprechend der eigenen Weltanschauung zu verändern.<sup>251</sup> Von Fundamentalismus kann vor allem dann gesprochen werden, wenn die Anhänger einer Bewegung das eigene Weltbild als das einzig richtige betrachten und sie bereit sind dieses mit allen Mitteln und auf Kosten anderer durchzusetzen.<sup>252</sup> Die Grundsätze, auf die sich die Anhänger in diesem Zusammenhang berufen, können sowohl einen religiösen, als auch einen „quasi-religiösen“<sup>253</sup> Hintergrund haben, da es sich beim Fundamentalismus um eine politische Ideologie handelt, die mitunter religiös motiviert sein kann. Erfüllt eine politische Ideologie die oben genannten Merkmale, so spricht man von einer fundamentalistischen Ideologie; das heißt, dass jede Ideologie einen fundamentalistischen Charakter haben kann. Wenn sich jedoch diese politische Ideologie aus einer Religion ableitet

---

<sup>250</sup> Jäggi, Christian J.; Krieger, David J.: Fundamentalismus. Ein Phänomen der Gegenwart, Wiesbaden 1991, S. 21

<sup>251</sup> Tibi, Bassam: Fundamentalismus im Islam. Eine Gefahr für den Weltfrieden?, Darmstadt 2000, S. 17

<sup>252</sup> Jäggi, Christian J.; Krieger, David J.: Fundamentalismus. Ein Phänomen der Gegenwart, Wiesbaden 1991, S. 19

<sup>253</sup> Gemeint sind hier Ideologien, die nicht auf einer Religion basieren. *Vgl. hierzu:* Jäggi, Christian J.; Krieger, David J.: Fundamentalismus. Ein Phänomen der Gegenwart, Wiesbaden 1991, S. 16

und die religiösen Grundsätze auch als politische Grundlage der Ideologie definiert sind, handelt es sich um den so genannten religiösen Fundamentalismus. Dass es sich beim religiösen Fundamentalismus um eine Weltanschauung handelt, bei der die Religion zu einer politischen Ideologie wird, lässt sich daran erkennen, dass die Fundamentalisten beabsichtigen in einem Staat oder Gebiet ein System auf Basis religiöser Grundsätze zu etablieren. In diesem Fall betrachten sich die Anhänger dieser Ideologie als Gotteskrieger oder Gotteskämpfer, die sich gegen das herrschende System in einem säkularen Nationalstaat auflehnen, um es durch einen Gottesstaat zu ersetzen. Dies bedeutet, dass ein Staat, der nicht den Grundsätzen der Fundamentalisten entspricht und eine andere politische Meinung vertritt, grundsätzlich Gefahr läuft, Opfer fundamentalistischer Bestrebungen zu werden. Im Allgemeinen konzentriert sich der Fundamentalismus jedoch nicht nur auf einen bestimmten Staat oder auf ein bestimmtes Gebiet, sondern auch die Welt als Ganzes, da die Fundamentalisten generell den Anspruch erheben, die Weltmacht an sich zu reißen.<sup>254</sup> Diese besondere Form des Fundamentalismus ist weltweit existent und zeigt sich in fast allen Religionen, weshalb noch einmal klargestellt werden muss, dass es sich hierbei nicht um ein Produkt des Islams handelt, sondern um ein globales und vielschichtiges Phänomen, das sich bisweilen in der jeweiligen Region destabilisierend auswirkt.<sup>255</sup> Ein weiteres Merkmal, das eine Ideologie als (religiösen) Fundamentalismus charakterisiert, sind bestimmte Personenkulte, die sich innerhalb einer solchen Bewegung ergeben, da die fundamentalistischen Gruppen in der Regel von einer charismatischen Person angeführt werden, die als Synonym für eben diese Ideologie steht.

Im Islamismus, als *eine* Art des religiösen Fundamentalismus, rekrutieren sich die Anhänger einer fundamentalistischen Gruppe aus der gesellschaftlichen Basis, was meist mit gesellschaftlichen, politischen oder wirtschaftlichen Krisen einhergeht.<sup>256</sup> Das Ziel der Islamisten ist eine „islamische Reform, die als Kritik gegen die herrschenden Verhältnisse

---

<sup>254</sup> Tibi, Bassam: Die neue Weltunordnung. Westliche Dominanz und islamischer Fundamentalismus, München 2001, S. 42

<sup>255</sup> Tibi, Bassam: Fundamentalismus im Islam. Eine Gefahr für den Weltfrieden?, Darmstadt 2000, S. 18

<sup>256</sup> Meier, Andreas: Politische Strömungen im modernen Islam, Lizenzausgabe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1995, S. 74

vorgebracht ... wird“<sup>257</sup>, um auf der Basis islamischer Rechtsnormen einen neuen Staat zu errichten, der keine nicht-islamischen Rechtsnormen zulässt. Da die Islamisten alle nicht-islamischen Ideologien ablehnen,<sup>258</sup> richtet sich die islamistische Bewegung, nach dem Untergang des Sowjetkommunismus, gegen alle westlichen Einflüsse, Werte und Strukturen. Die wichtigsten Werte, gegen die sich die Islamisten auflehnen, sind die offene Gesellschaft,<sup>259</sup> die auf einer demokratisch-pluralistischen Grundlage beruht und in direktem Gegensatz zum totalitär-monistischen<sup>260</sup> Gedanken der Islamisten steht, das Völkerrecht und die Marktwirtschaft, die als ein wesentlicher westlicher Einfluss angesehen wird.<sup>261</sup> Als Alternative betrachten die Islamisten den Islam, in der Überzeugung, dass er für alle Bereiche des Lebens „moralische Maßstäbe“ und „konkrete Handlungsanweisungen“ beinhaltet.<sup>262</sup> Aus dem Glauben heraus, dass Religion, Recht und Politik eine Einheit bilden,<sup>263</sup> verfolgen sie das Ziel eine Ordnung zu schaffen, in der sich der gesamte Alltag auf islamische Glaubensgrundsätze stützt und die alleinige Souveränität bei „Gott“ liegt.<sup>264</sup> Als Grundlage dieser Ordnung bzw. dieses politischen Systems wird die *sharia* betrachtet, die die Religion zum wesentlichen Element des Staates macht, da dieses islamische Gesetz universelle Geltung<sup>265</sup> für alle Lebensbereiche besitzt. Da die *sharia* jedoch nicht mit anderen Rechtsnormen in Verbindung gebracht werden kann (darf), sehen sich die Islamisten von der Aufgabe geleitet, alle westlichen Werte und Einrichtungen zu bekämpfen, um ihren eigenen, auf *Allah* aufbauenden Staat, einrichten zu können. Dieser Staat, den die Islamisten einrichten möchten, umfasst nicht nur die Grenzen

---

<sup>257</sup> Meier, Andreas: Politische Strömungen im modernen Islam, Lizenzausgabe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1995, S. 74

<sup>258</sup> Tworuschka, Monika: Grundwissen Islam. Religion Politik Gesellschaft, Münster 2003, S. 73

<sup>259</sup> Tibi, Bassam: Der neue Totalitarismus. „Heiliger Krieg“ und westliche Sicherheit, Darmstadt 2004, S. 75

<sup>260</sup> Herrschaftsform, bei der es keine freie politische Willensbildung gibt; es gilt nur die politische Meinung der herrschenden Eliten. Zum Erhalt des Systems werden strenge Kontrollmechanismen eingesetzt, die sich sowohl auf das öffentliche, wie auch auf das private Leben beziehen. Politische Gegner werden verfolgt, inhaftiert oder gar getötet.

<sup>261</sup> Krämer, Gudrun: Islam und Islamismus. Auf der Suche nach Einheit, Stärke und Gerechtigkeit, in: Bundeszentrale für Politische Bildung(Hrsg.): Weltreligion Islam, Bonn 2002, S. 14

<sup>262</sup> Vgl. Ebd., S. 12

<sup>263</sup> Vgl. Ebd., S. 13

<sup>264</sup> Krämer, Gudrun: Der „Gottesstaat“ als Republik. Islam und Demokratie, in: Hafez, Kai(Hrsg.): Der Islam und der Westen, Frankfurt a. Main 1997, S. 53

<sup>265</sup> Tibi, Bassam: Die fundamentalistische Herausforderung. Der Islam und die Weltpolitik, München 1992, S. 85

irgendeines aktuellen islamischen Staates, sondern er soll im Idealfall alle islamisch dominierten Gebiete in einem arabischen Staat zusammenfassen, mit dem Endziel: die absolute Weltherrschaft.

An dieser Stelle muss jedoch erwähnt werden, dass nicht alle Moslems, die sich für die *sharia* einsetzen bzw. nach deren Regeln leben, gleichzeitig auch Islamisten sind, da auch orthodoxe Moslems und traditionalistische Anhänger des Islams die *sharia* als religiöses Gesetz sehen. Der Unterschied zu den Islamisten besteht darin, dass der „normale“ streng gläubige Moslem die Regeln der *sharia* befolgt, ohne dabei politisch aktiv oder gar gewalttätig zu werden.

In Anbetracht der Tatsache, dass sich die Islamisten zum Ziel gesetzt haben, einen islamischen, vom Westen unabhängigen, Staat zu errichten, stellt sich die Frage, wie sich dies mit den verschiedenen islamischen Konfessionen verträgt und wie sich das Verhältnis zwischen ihnen gestalten soll. Auf diese Frage haben die Islamisten eine Antwort, die sich aus dem historischen Kontext ergibt. Da es im Islam kein Wort gibt, das sinngemäß mit Nation übersetzt werden kann, haben die Islamisten das Wort *umma*<sup>266</sup>, das ursprünglich die Einheit der Moslems bezeichnete, mit dem westlichen Wort der Nation gleichgesetzt. In den Augen der Islamisten spielen die unterschiedlichen Konfessionen aus dem Grund keine Rolle, da die Islamisten von der Gleichheit aller Gläubigen ausgehen,<sup>267</sup> insbesondere vor dem Hintergrund, dass sie im Westen einen gemeinsamen Feind haben und zusammen den Kampf gegen die „Ungläubigen“ aufnehmen müssen.<sup>268</sup>

Der Kampf der Islamisten gegen die westlichen Einflüsse wird im allgemeinen Sprachgebrauch als „Heiliger Krieg“ oder *dschihad* bezeichnet. Der Ausdruck *dschihad*, der gelegentlich als die sechste Säule des Islam bezeichnet wird,<sup>269</sup> hat jedoch im eigentlichen Sinne nichts mit Krieg zu tun, denn die wörtliche Übersetzung lautet lediglich: „eine Anstrengung

---

<sup>266</sup> Umma (arabisch): „Gemeinschaft, Volk“, bezeichnet die Gemeinschaft aller Muslime. Vgl. hierzu: Elger, Ralf(Hrsg.): Kleines Islam-Lexikon. Geschichte-Alltag-Kultur, Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe 383, Bonn 2001, S. 314

<sup>267</sup> Tworuschka, Monika: Grundwissen Islam. Religion Politik Gesellschaft, Münster 2003, S. 74

<sup>268</sup> Tibi, Bassam: Fundamentalismus im Islam. Eine Gefahr für den Weltfrieden?, Darmstadt 2000, S. 21

<sup>269</sup> Antes, Peter: Der Islam als politischer Faktor, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1991, S.44

unternehmen, sich hart um etwas bemühen“<sup>270</sup>. Da es sich bei dieser Übersetzung um ein vieldeutiges und schwammiges Gebilde handelt, das eine ganze Reihe von Interpretationen zulässt, gibt es bis heute keine konkrete Erklärung für diesen Begriff, sondern nur grobe Deutungsansätze, die den *dschihad* in großen *dschihad*, mittleren *dschihad* und den kleinen *dschihad* unterteilen. Unter dem großen *dschihad* versteht man das individuelle Bemühen des einzelnen Moslems für seinen Lebensunterhalt zu sorgen, Gutes zu tun, Recht und Gerechtigkeit zu vertreten und die Nähe zu Gott zu suchen. Diese Form des *dschihad*s hat definitiv nichts mit Krieg zu tun und kann, aufgrund der privaten Ebene dieses *dschihad*s nicht als Grundlage der islamistischen Auffassung betrachtet werden. Der mittlere *Dschihad* wiederum verlässt die private Ebene, indem er stellvertretend für die Ausbreitung des Islam mit dem Wort steht, um Nicht-Moslems zum Islam zu bekehren.<sup>271</sup> Aber auch dieser *dschihad* schließt eine kriegerische Auseinandersetzung kategorisch aus, da er sich nur friedlich missionierend nach außen wendet; bei diesem *dschihad* handelt es sich um eine rein religiöse Form, die keine weltlichen Ansprüche erhebt. Ganz anders stellt sich allerdings der kleine *dschihad* dar, der generell Gewaltmittel einschließt und den Kern des islamistischen Verständnisses hinsichtlich der Bekämpfung der Ungläubigen bildet; inzwischen hat sich der *dschihad* in diesem Verständnis als die Leitparole der islamischen Fundamentalisten herauskristallisiert. Ursprünglich wurde vom *dschihad* im Zusammenhang mit Gewalt nur dann gesprochen, wenn es darum ging, sich gegen Angriffe von außen zu wehren,<sup>272</sup> wozu jeder Moslem verpflichtet war. Die Anwendung von Gewalt war dementsprechend zunächst nur als defensive Maßnahme gedacht, wobei es den Moslems grundsätzlich verboten ist Krieg gegeneinander zu führen.<sup>273</sup> Gegenwärtig überwiegt in der islamischen Rechtslehre die Überzeugung, dass ein Angriffskrieg nur zu Lebzeiten Mohammeds erlaubt war.<sup>274</sup> Demgegenüber stand allerdings Jahrhunderte lang die Meinung der Gelehrten, dass der Islam nicht nur einen Verteidigungskrieg erlaubt, sondern auch eine offensive Form

---

<sup>270</sup> Hübsch, Hadayatullah: Fanatische Krieger im Namen Allahs. Die Wurzeln des islamistischen Terrors, Kreuzlingen/München 2001, S.28

<sup>271</sup> Vgl. Ebd., S.91

<sup>272</sup> Heine, Peter: Terror in Allahs Namen. Extremistische Kräfte im Islam, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe 449, Bonn 2004, S. 18

<sup>273</sup> Vgl. Ebd.

<sup>274</sup> Vgl. Ebd.

des Krieges ermöglicht, um die Ausbreitung des Islam voranzutreiben.<sup>275</sup> In diesem Sinne wurde der *dschihad* zu einer für alle Muslime gültigen Pflicht, die in besonderer Weise für die Herrscher galt. Offiziell verfolgten die Herrscher im Rahmen der Ausbreitung des Islam das Ziel den Islam als Religion zu verbreiten, wohingegen das inoffizielle Ziel war, das Herrschaftsgebiet zu erweitern und den politischen Machtbereich zu vergrößern.<sup>276</sup> Dass es sich nicht allein um die Ausbreitung des Islam als Religion handelt, sondern um die Ausbreitung politischer Macht in Form eines islamischen politischen Systems ist daran zu erkennen, dass die islamische Religion keine Zwangsbekehrungen vorsieht<sup>277</sup> und durchaus andere „Schrift besitzende“ Religionen, wie das Christen- und Judentum akzeptiert<sup>278</sup>. Dennoch wurde die Ausbreitung des Islam als Vorwand genommen den politischen Machtbereich zu erweitern und dies durchaus mit militärischen Mitteln. Hintergrund dieser zum Teil sehr aggressiven Haltung gegenüber nicht-islamischen Gebieten war die recht früh entstandene Aufteilung der Welt in *dar al-islam* (Haus des Islam) und in *dar al-harb* (Haus des Krieges).<sup>279</sup> Mit *dar al-islam* sind diejenigen Gebiete gemeint, deren Bevölkerung Anhänger des Islam sind und Gebiete in denen Moslems herrschen. Daneben gehören auch die Regionen zum *dar al-islam*, die das islamische Recht<sup>280</sup> anwenden und solche, die einst islamische regiert waren und durch einen Krieg wieder verloren gingen. Demgegenüber gehören zum *dar al-harb* all die Gebiete, in denen Moslems in der Ausübung ihrer Religion gestört oder gehindert werden.<sup>281</sup> Mit der Bezeichnung Haus des Krieges wird schnell deutlich, dass die islamischen Rechtsgelehrten, auf die die Zweiteilung der Welt zurückzuführen ist, von einer dauerhaften kriegerischen Rivalität zwischen der

---

<sup>275</sup> Heine, Peter: Terror in Allahs Namen. Extremistische Kräfte im Islam, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe 449, Bonn 2004, S. 18

<sup>276</sup> Vgl. Ebd., S. 22

<sup>277</sup> Vgl. Ebd., S. 19

<sup>278</sup> Khoury, Adel Th.: Religiöse Toleranz in Christentum und Islam. Elemente zu einem Vergleich, in: Fitzgerald, Michael; Khoury, Adel Th.; Wanzura, Werner (Hrsg.): Renaissance des Islams. Weg zur Begegnung oder zur Konfrontation, Graz/Wien/Köln 1980, S. 136

<sup>279</sup> Antes, Peter: Der Islam als politischer Faktor, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1991, S. 44

<sup>280</sup> Dieses Recht beinhaltet die notwendige Voraussetzung, dass die Herrschaft nur von Muslimen ausgeübt werden konnte, und dass nur islamische Richter über die Moslems richten durften. Vgl. hierzu: Heine, Peter: Terror in Allahs Namen. Extremistische Kräfte im Islam, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe 449, Bonn 2004, S. 23

<sup>281</sup> Heine, Peter: Terror in Allahs Namen. Extremistische Kräfte im Islam, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe 449, Bonn 2004, S. 23/24

islamischen Welt und der nicht-islamischen Welt ausgegangen sind. Da sich dieser Zustand nicht auf Dauer durchhalten ließ und Pausen notwendig waren, führten die Gelehrten den so genannten *suhl* (Waffenstillstand) ein, der auf maximal zehn Jahre begrenzt war. Mit der Einführung des *suhl* konnten Kriege zwar unterbrochen werden, jedoch existierte noch immer ein Kriegszustand, der nach einer Erholungsphase wieder aufgenommen werden sollte. Diese Weltanschauung beherrschte das islamisch-politische Denken bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts, als die Gelehrten ein drittes Haus einführten, das *dar al-ahd* (Haus des Übereinkommens). Dieses neue Gebiet umfasst sämtliche Regionen, in denen Moslems ungehindert ihrer Religion nachgehen können. Ausgangspunkt dieser Neudefinition der Einteilung der Welt war die aufkommende Globalisierung und der Zusammenhalt der „Schrift besitzenden“ Religionen gegenüber dem atheistischen Feind im Osten, der Sowjetunion.<sup>282</sup> Mit diesem neuen Haus haben sich die islamischen Staaten erstmals von einem dauerhaften Kriegszustand distanziert und das friedliche Zusammenleben mit der nicht-islamischen Welt als Alternative akzeptiert, wodurch der *dschihad* als Mittel zur Ausdehnung des Machtbereichs der islamischen Herrscher in seiner Bedeutung degradiert wurde. Die Islamisten teilen diese neue Einteilung der Welt jedoch nicht, da sie keinerlei Respekt gegenüber der nicht-islamischen Welt haben. Sie sind in ihrer Einstellung derart rückwärtsgerichtet, dass sie den *dschihad* nach wie vor als legitimes Mittel zum Kampf gegen das Gebiet des Krieges betrachten, bei der die Ausübung von Gewalt eine Möglichkeit darstellt, die Ziele zu erreichen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass es sich bei Islamisten um Anhänger einer politischen Ideologie handelt, die ein Gebiet beherrschen wollen, in dem nur das islamische Recht, die *sharia*, gilt. Die *sharia* soll hierbei als universelles Gesetz eingerichtet werden, das als Einziges Gültigkeit besitzt und andere (westliche) Normen grundsätzlich ausschließt, wodurch die Untrennbarkeit von Politik und Religion herausgestellt wird. Diese Untrennbarkeit wird unter anderem aus der Stellung des Propheten Mohammeds abgeleitet, der politischer und religiöser Führer der Moslems war und seine Politik mit den Worten Allahs begründete. Dies steht jedoch im Widerspruch zu den westlichen Einflüssen, die sich vereinzelt in der Politik der

---

<sup>282</sup> Heine, Peter: Terror in Allahs Namen. Extremistische Kräfte im Islam, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe 449, Bonn 2004, S. 25/26

islamischen Staaten wieder findet. Die Islamisten sehen darin eine Einmischung in ihren Lebensbereich bzw. sogar eine Bedrohung ihrer Religion, woraus für sie die Pflicht zum dschihad, also die vermeintlich sechste Säule des Islam, zum Kern ihres Handelns wird. Das primäre Ziel ist dabei die Absetzung der „verwestlichten“ Regierungen in den islamischen Staaten, was sie als dschihad im klassischen Sinne eines Verteidigungskriegs verstehen, da sie davon überzeugt sind, dass der Westen durch seine Einmischung in die islamische Welt eine „kreuzzüglerische Verschwörung“<sup>283</sup> gegen das Gebiet des Islam verfolgt, gegen die sie sich schützen müssen. Insbesondere der Einfluss westlicher Mineralölgesellschaften auf die Politik und Wirtschaft der arabischen Staaten wird als Einmischung in innerislamische Angelegenheiten betrachtet. Das sekundäre Ziel der Islamisten stellt sich dagegen in Form eines groß-arabischen Reiches dar, das sie im Anschluss an die Reislamisierung der einzelnen Nationalstaaten schaffen wollen. Der Anspruch der Rechtmäßigkeit dieser Haltung ergibt sich aus der oben angeführten traditionellen Zweiteilung der Welt, bei der der dschihad als legitimes Mittel zur Machtausdehnung vorgesehen ist. Als tertiäres Ziel schließt sich daran die Übernahme der Weltherrschaft an. In diesem Kontext lassen sich in Bezug auf den Islamismus als Ideologie Parallelen zu anderen Ideologien in der Vergangenheit aufzeigen, die nach einem ähnlichen Muster vorgegangen sind; zu nennen sind hier der Kommunismus und der Faschismus<sup>284</sup>. Ähnlich, wie die Islamisten zielten die Anhänger des Faschismus und Kommunismus zunächst darauf ab, einen Staat (Deutschland und Russland) nach ihren Vorstellungen zu schaffen, um diesen als Plattform für ihre expansionistische Ideologie zu nutzen. Der nächste Schritt beider Ideologien war die Ausdehnung des eigenen Machtbereichs in die unmittelbare Nachbarschaft, um den Kreis der Anhängerschaft entsprechend zu vergrößern, um des weiteren das Großziel, die Weltherrschaft, in Angriff zu nehmen. Obwohl sich Kommunisten und Faschisten bis aufs Äußerste bekämpften, hatten sie jedoch auch einen gemeinsamen Feind, die westliche Demokratie, die heutzutage erneut zum Ziel einer feindlichen Ideologie geworden ist und erneut einer Bewährungsprobe entgegensteuert.

---

<sup>283</sup> Bassam, Tibi: Fundamentalismus im Islam. Eine Gefahr für den Weltfrieden?, Darmstadt 2000, S. 150

<sup>284</sup> Bassam, Tibi: Die neue Weltunordnung. Westliche Dominanz und islamischer Fundamentalismus, München 2001, S. 25

Diese Bewährungsprobe besteht konkret darin, die Versorgung mit arabischem Erdöl zu sichern, da der Westen in Zukunft deutlich stärker davon abhängig sein wird, als bisher. In diesem Zusammenhang erscheint der immer stärker werdende Islamismus mit seiner antiwestlichen Haltung als ernsthafte Bedrohung.

### 3.1.2 Die Genese des modernen Islamismus I – Panislamismus und Panarabismus

Befasste sich das vorangegangene Kapitel noch mit der theoretischen Darstellung des Islamismus als besondere Form des religiösen Fundamentalismus, so behandelt dieses Kapitel im Folgenden die konkrete Entwicklung des Islamismus im 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Generell lässt sich der moderne Islamismus nicht auf eine einzelne Person oder auf ein Ereignis zurückführen, sondern muss als langsam fortschreitender Prozess verstanden werden, der periodisch verstärkt oder abgeschwächt in Erscheinung tritt, wobei eine deutliche Verstärkung der Islamismusbewegung seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zu beobachten ist.

Ausgangspunkt des modernen Islamismus war die Kolonialpolitik der westlichen Staaten im 19. Jahrhundert in der islamischen Welt. Zum damaligen Zeitpunkt erhoben sich erste Moslems gegen die westlichen Einflüsse, die in deren Augen im Widerspruch zur islamischen Kultur standen. Dabei kritisierten diese Muslime vor allem den Machtanspruch, den die Kolonialstaaten für sich beanspruchten. In Anbetracht der traditionellen Auffassung, dass ein überwiegend islamisch bewohntes Gebiet zum dar al-Islam gehört, das seinerseits nur von Moslems regiert werden dürfe, stellte die Kolonialpolitik eine Demütigung des islamischen Glaubens dar. Die Machtausübung durch eine nicht-islamische Minderheit war daher inakzeptabel; aus dem Konflikt zwischen Kolonialherren und Kolonisierten wurde deshalb zunehmend auch ein Konflikt zwischen Christen und Moslems. Zudem wurde auch Kritik dahingehend laut, dass sich die Anhänger des islamischen Glaubens zunehmend gegenseitig schwächten, da sie sich zum Teil um unwichtige Dinge stritten, was die Schwächung der islamischen

Volksgemeinschaft als Einheit zur Folge hatte.<sup>285</sup> Aufgrund dieser vermeintlichen Schwäche des Islams gegenüber dem Christentum, kam es zu einer Bewegung, die eine Neuinterpretation des Islams forderte, um ihn wieder auf die wesentlichen Bestandteile zu reduzieren. Die Anhänger dieser Bewegung waren davon überzeugt, dass nur ein „von allen Fehlinterpretationen gereinigter Islam“<sup>286</sup> in der Lage sei, sich erfolgreich gegen das Christentum und somit auch gegen die Kolonialherren zu behaupten. Einer der ersten Vertreter dieser Bewegung war *Jamal al-Din al-Afghani*, der aus diesem Grund die Rückbesinnung auf die islamischen Wurzeln und die Wiederherstellung der islamischen Einheit (*umma*) forderte, um sich gegen die Dominanz der westlichen Kolonialherren zur Wehr zu setzen. Hierbei verfolgte er als vorrangiges Ziel die Vereinigung der Sunniten und Schiiten als Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf gegen die nicht-islamischen Einflüsse. Obwohl der eigentliche Ort seiner Aktivitäten das damals britisch kontrollierte Indien war, konnte *al-Afghani* seine anti-westlichen Lehren bis nach Marokko verbreiten, was ihm nicht wenige Anhänger bescherte. Einer dieser Anhänger war *Muhammad Abduh*, der sich für eine neue Umgangsweise mit dem Koran und dem islamischen Glauben einsetzte. Kern seiner Auffassung war, „dass der Koran in der Lage sei, alle Fragen, die sich aus der menschlichen Natur ergäben, und alle Fragen, die aus den Wechselfällen des menschlichen Lebens resultieren, befriedigend zu beantworten“<sup>287</sup>. Abduh meint damit nichts anderes, als dass der Koran und der islamische Glaube als Grundlage der menschlichen Gesellschaft zu verstehen sei und dass er universell auf alle neuartigen Gegebenheiten anzuwenden sei. Ein besonderes Verhältnis hatte Abduh zur westlichen Technologie, die der damaligen Technologie im islamischen Raum weit überlegen war. Anders als die Christen, die ihrer Religion eine Technologiefreundlichkeit bescheinigten, warf Abduh den Christen vor, dass sie keinesfalls immer Konform mit neuen Technologien waren und diese deshalb nicht als christliche Errungenschaften betrachtet werden konnten. Abduhs Absicht war, die neuen Technologien als aus der

---

<sup>285</sup> Heine, Peter: Terror in Allahs Namen. Extremistische Kräfte im Islam, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe 449, Bonn 2004, S. 84

<sup>286</sup> Tworuschka, Monika: Grundwissen Islam. Religion Politik Gesellschaft, Münster 2003, S. 62

<sup>287</sup> Heine, Peter: Terror in Allahs Namen. Extremistische Kräfte im Islam, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe 449, Bonn 2004, S. 88

Vernunft entstandene Errungenschaften zu betiteln, um sie in der islamischen Welt vertreten zu können, was mit „christlichen“ Errungenschaften nicht möglich gewesen wäre.<sup>288</sup> Trotz seiner antikolonialen Haltung und seiner Abneigung gegen die Kolonialpolitik Europas, war Abduh dennoch der Meinung, dass es durchaus eine Verbindung zwischen Europa und der islamischen Welt geben sollte, da er nichts gegen die europäische Kultur hatte, sondern nur gegen die Einmischung in der islamischen Welt.

*Jamal al-Din al-Afghani* und *Muhammad Abduh* sind somit die ersten Moslems, die sich offen gegen den westlichen Einfluss in der islamischen Welt erhoben haben und die Moslems zur Einigkeit aufgerufen haben; aus diesem Grund gelten sie in der westlichen Welt als Begründer des so genannten „Panislamismus“<sup>289</sup>.

Eine weitere Bewegung, die sich gegen die Kolonialherrschaft aufgelehnt hat und den Nahen und Mittleren Osten zumindest zeitweise beeinflusst hat, lässt sich unter dem Begriff des „Panarabismus“ zusammenfassen. Diese Bewegung entstand zu Beginn des 20. Jahrhunderts und zielte darauf ab einen arabischen Nationalstaat zu gründen. Hierbei ging es im Gegensatz zum Panislamismus nicht um die Schaffung eines Staates, der sich allein durch eine gemeinsame Religion, in diesem Fall der Islam, definiert, sondern vor allem durch eine gemeinsame Geschichte und Sprache,<sup>290</sup> bei dem die Religion nur eine nachrangige Rolle spielen sollte, da der Panarabismus auch arabische Nicht-Moslems mit einbezog<sup>291</sup>. Zwar lehnte sich der Panarabismus auch gegen die Kolonialstaaten auf, da sich die Panarabisten für einen souveränen arabischen Nationalstaat einsetzen, jedoch stand hier nicht der Gegensatz von Christentum und Islam im Vordergrund, sondern die alleinige politische Selbstbestimmung. Auch gehörte die Schaffung eines Groß-Arabiens zu den Zielen der Panarabismus-Anhänger. Was den Panarabismus zudem noch besonders machte, war seine konträre Haltung gegenüber den Panislamisten, zu denen

---

<sup>288</sup> Gerade dieser Gedanke findet auch heute noch Einzug in der islamistischen Ideologie, da sich die Islamisten von heute gerne moderner Hilfsmittel bedienen, wie zum Beispiel westliche Waffen oder gar das Internet.

<sup>289</sup> Der Begriff Panislamismus steht für eine Ideologie, die die Gemeinsamkeiten und Solidarität der Moslems besonders hervorhebt und sich gegen die Kolonialpolitik der westlichen Staaten (Frankreich und Großbritannien) auflehnt. Vgl. hierzu: Tworuschka, Monika: Grundwissen Islam. Religion Politik Gesellschaft, Münster 2003, S. 70

<sup>290</sup> Tworuschka, Monika: Grundwissen Islam. Religion Politik Gesellschaft, Münster 2003, S.

63

<sup>291</sup> Vgl. Ebd.

auch der osmanische Sultan *Abdülhamid II.*, nachdem er den Panislamismus zur osmanischen Staatsdoktrin erhoben hatte. Diese Konfrontation zeigte sich konkret während des Ersten Weltkriegs, als sich die Panarabisten, allen voran *Scherif Hussain* von Mekka,<sup>292</sup> an die Seite der Briten stellten, um das Osmanische Reich zu bekämpfen. Als Belohnung für die Unterstützung Großbritanniens sollten sie eine Reihe von Gebieten aus den Kolonialbeständen erhalten, die sie dann in Eigenverantwortung führen sollten. Nach dem Ende des Krieges kam alles jedoch ganz anders, da sich die Alliierten auf eine andere Politik geeinigt hatten, wodurch die versprochenen Gebiete in den Händen der Kolonialstaaten verblieben. Darüber hinaus wurde das Osmanische Reich, nachdem es geschlagen worden war, in verschiedene Mandatsgebiete Frankreichs und Großbritanniens umgewandelt und nicht, wie von den Panarabisten erhofft, dem arabischen Volk zugeteilt. Zusätzlich wurde die islamische Gesellschaft dadurch erschüttert, dass durch die Auflösung des Osmanischen Reichs und des Kalifats das letzte Symbol der islamischen Einheit von „Bildfläche“ verschwand.<sup>293</sup> Für die Panarabismus-Bewegung bedeutete das Verhalten der Alliierten und die Ereignisse in der jungen Türkei eine herbe Niederlage. Der endgültige Untergang des Panarabismus kam allerdings erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, als die europäischen Staaten begannen die islamischen Kolonien nach und nach in die Unabhängigkeit zu entlassen. Anstatt, dass sich nun der panarabistische Traum von einem groß-arabischen Staat erfüllte, erwuchs in den Köpfen der jeweiligen politischen Führer der Wunsch nach nationaler Unabhängigkeit in dem jeweiligen Territorium, sodass sich einzelne souveräne Nationalstaaten entwickelten und der Panarabismus im Rahmen eines Groß-Arabiens vorerst nur als Episode in die islamische Geschichte eingegangen ist. Der Panarabismus konnte sich lediglich auf nationalstaatlicher Ebene in Ägypten, Syrien, Irak und Libyen durchsetzen.<sup>294</sup>

---

<sup>292</sup> *Scherif Hussain von Mekka lehnte sich gegen das Osmanische Reich auf und wollte nach dessen Zerschlagung ein eigenes Kalifat gründen, was jedoch misslang. Vgl. hierzu: Tibi, Bassam: Die neue Weltunordnung. Westliche Dominanz und islamischer Fundamentalismus, München 2001, S. 270*

<sup>293</sup> *Kepel, Gilles: Das Schwarzbuch des Dschihad. Aufstieg und Niedergang des Islamismus, München 2004, S. 44*

<sup>294</sup> *Tibi, Bassam: Die neue Weltunordnung. Westliche Dominanz und islamischer Fundamentalismus, München 2001, S. 51*

### 3.1.3 Die Genese des modernen Islamismus II – Muslimbruderschaften und die Lehren des Sayid Qutb als Basis des modernen Islamismus

Obwohl der Panarabismus zu den jüngeren Bewegungen gehört und in Form der Arabischen Liga zumindest rudimentär noch vorhanden ist, ist der Panarabismus nicht als Vorläufer des modernen Islamismus zu verstehen, da er unter anderem keine generellen Unterschiede zwischen arabischen Christen, Moslems oder anderen Religionen macht. Der eigentliche Vorläufer des modernen Islamismus ist die Panislamismus-Bewegung, die als ideologische Grundlage der 1928 in Ägypten gegründeten Muslim-Bruderschaft gilt.<sup>295</sup> Der Gründer dieser Bruderschaft, der Grundschullehrer *Hasan al-Banna*,<sup>296</sup> orientierte sich im großen und ganzen an den Lehren von Muhammad Abduh, da auch er eine Rückbesinnung auf den ursprünglichen Islam beabsichtigte, um in Ägypten das „islamische System“ einzuführen und die von Großbritannien unterstützte Monarchie zu stürzen.<sup>297</sup> Anders als *Abduh*, der, wie bereits erwähnt, durchaus Kontakte zum aufgeklärten Europa befürwortete, lehnten die Muslimbrüder jeglichen Kontakt zum Westen ab und sahen darin sogar einen echten Feind<sup>298</sup>, woraus sich islamistische Tendenzen ableiten lassen. Aber nicht nur die Abneigung gegen die ägyptische Regierung und den britischen Einfluss charakterisieren die Bruderschaft als islamistische Bewegung, sondern auch der Wille zur Anwendung der *sharia* verdeutlicht deren islamistisches Potential entsprechend der Definition von Islamismus. Eine weitere Parallele zur allgemeinen Islamismusdefinition zeigt sich im Selbstverständnis der Muslim-Brüder, die den Islam neben Sozialismus und Kapitalismus als „Dritten Weg“ verstanden und ihn somit selbst zu einer politischen Ideologie propagierten.<sup>299</sup> Weshalb die Muslim-Bruderschaft jedoch von so besonderer Bedeutung für den Islamismus war, ist die Wirkung, die sie auf die Bevölkerung hatte, da sich die Bruderschaft zu einer Massenbewegung entwickelte, die die ägyptischen Landesgrenzen schnell überschritt.<sup>300</sup>

---

<sup>295</sup> Farschid, Olaf: Staat und Gesellschaft in der Ideologie der ägyptischen Muslimbruderschaft, in: Bundesministerium des Innern(Hrsg.): Islamismus, 3. Aufl., Berlin 2004, S. 43

<sup>296</sup> Meier, Andreas: Politische Strömungen im modernen Islam, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1995, S. 75

<sup>297</sup> Vgl. Ebd.

<sup>298</sup> Heine, Peter: Terror in Allahs Namen. Extremistische Kräfte im Islam, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe 449, Bonn 2004, S. 93

<sup>299</sup> Vgl. Ebd., S. 93/94

<sup>300</sup> *Heutzutage gibt es in sämtlichen islamischen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens Muslim-Bruderschaften. So gibt es derartige Organisationen in Jordanien, Syrien, Irak und im*

Hintergrund des ungeheuren Erfolges in der Bevölkerung war, dass sie zum einen Menschen, die sich in einer Identitätskrise befanden und mit den herrschenden Normen nicht zu Recht kamen, Zuflucht boten und ihnen im Rahmen ihrer Ideologie Halt geben konnten.<sup>301</sup> Zum anderen bemühten sich die Muslim-Brüder aber auch um die Anerkennung als sozial agierende Gruppe, indem sie verschiedene Einrichtungen erschafften, die dem Wohl der Bevölkerung angedacht waren. Zu diesen Einrichtungen gehörten Krankenhäuser, Rettungsorganisationen und Kindertagesstätten.<sup>302</sup>

Im Laufe der Zeit hat sich die Muslimbruderschaft dann von einer Organisation zu einer Partei entwickelt, die vereinzelt sogar, wie in Syrien seit 1947, Parlamentsangehörige stellte. Parallel zu dieser politisch oppositionellen Arbeit, die durchaus auch demokratischen Charakter haben konnte, entwickelte sich auch ein militanter Flügel, der mitunter erste Anschläge auf ägyptische Regierungspolitiker verübte<sup>303</sup> und an Aufständen in Ägypten 1952 beteiligt gewesen sein soll.<sup>304</sup> Insbesondere die gezielte Tötung des Gründers der Bruderschaft al-Banna im Jahr 1949 durch die ägyptische Staatspolizei führte zu einer verstärkten Neigung der Bruderschaft zur Gewalt.<sup>305</sup> Infolge dieser aggressiven Vorgehensweise einiger Muslimbrüder wurde die Organisation 1954 vom ägyptischen Präsidenten *Nasser* verboten und die Anhänger verfolgt.

In Anbetracht der zunehmenden Aggression, die sich nun von Seiten der ägyptischen Regierung gegenüber der Muslimbruderschaft zeigte, stieg als Reaktion auch deren Gewaltpotential deutlich an. Zu den wichtigsten Vertretern und Befürwortern des gewaltbereiten Islamismus galt zu jener Zeit ein intellektueller Ägypter namens Sayid Qutb. Ebenso wie der Gründer der Bruderschaft, Hasan al-Banna, war Sayid Qutb ein „normaler“ Lehrer bevor er im Jahr 1948 für zwei Jahre zur akademischen Fortbildung in die USA ging.<sup>306</sup>

---

*Libanon. Vgl. hierzu:* Järgi, Christian J.; Krieger, David: Fundamentalismus, Zürich/Wiesbaden 1991, S. 108

<sup>301</sup> Meier, Andreas: Politische Strömungen im modernen Islam, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1995, S. 76

<sup>302</sup> Heine, Peter: Terror in Allahs Namen. Extremistische Kräfte im Islam, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe 449, Bonn 2004, S. 9

<sup>303</sup> Farschid, Olaf: Staat und Gesellschaft in der Ideologie der ägyptischen Muslimbruderschaft, in: Bundesministerium des Innern(Hrsg.): Islamismus, 3. Aufl., Berlin 2004, S. 44/45

<sup>304</sup> Järgi, Christian J.; Krieger, David: Fundamentalismus, Zürich/Wiesbaden 1991, S. 108

<sup>305</sup> Meier, Andreas: Politische Strömungen im modernen Islam, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1995, S. 77

<sup>306</sup> Tibi, Bassam: Die neue Weltunordnung. Westliche Dominanz und islamischer Fundamentalismus, München 2001, S. 136

Als er von dort wieder zurück in die Heimat gekommen war, zeigte er sich schockiert über die Verhältnisse, die dort vorherrschten. Sayid Qutb war davon überzeugt, dass der Westen moralisch bankrott sei, und dass der Zusammenbruch der westlichen Gesellschaft nicht mehr lange auf sich warten lassen würde.<sup>307</sup> Aus dieser Überzeugung heraus manifestierte sich bei Qutb die Auffassung, dass nur der Islam nun noch in der Lage sei, die Führung der Welt zu übernehmen.<sup>308</sup> In Anlehnung an den pakistanischen Islamisten *Abu l-Ala l-Maududi*, der in Pakistan eine islamistische Partei gegründet hatte und die bedingungslose Herrschaft Gottes als einzige Wahrheit propagierte, verfolgte Qutb von nun an ebenfalls eine Politik, die nur Gott als einzigen Souverän akzeptierte.<sup>309</sup> Seine Politik richtete sich dabei gegen den Westen und gegen jene Muslime, die seiner Meinung nach die Wurzeln des Islam nicht mehr beachteten, womit er hauptsächlich die Anhänger der islamischen, zum Teil säkularisierten, Nationalstaaten meinte. In diesem Zusammenhang erwog er sogar zur Durchsetzung seiner Ziele, die Möglichkeit, die gottlosen Anhänger des Nationalstaates aus der islamischen Religionsgemeinschaft auszuschließen, um sie dann als Ungläubige brandmarken zu können.<sup>310</sup> Diese Strafe, die im Islam als die höchste Strafe gilt, hatte nicht selten zur Folge, dass die Ausgestoßenen Opfer von willkürlichen Angriffen wurden, die des Öfteren mit dem Tod endeten.<sup>311</sup> Was jedoch für die Fortentwicklung des Islamismus zu dem, was heutzutage darunter verstanden wird, von besonderer Bedeutung gewesen war, war das Bekenntnis Qutb's zur Anwendung von Gewalt im Rahmen des dschihad. Anders als Maududi, der weitaus weniger Affinität zur Gewalt besaß und eher den direkten politischen Weg beschritt,<sup>312</sup> formierte Sayid Qutb seine Ideologie aus dem Untergrund heraus und befürwortete Gewalt als legitimes Mittel, da er aufgrund seiner Ideologie nicht bereit war

---

<sup>307</sup> Tibi, Bassam: Die neue Weltordnung. Westliche Dominanz und islamischer Fundamentalismus, München 2001, S. 136/137

<sup>308</sup> Vgl. Ebd.

<sup>309</sup> Meier, Andreas: Politische Strömungen im modernen Islam, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1995, S. 77

<sup>310</sup> Farschid, Olaf: Staat und Gesellschaft in der Ideologie der ägyptischen Muslimbruderschaft, in: Bundesministerium des Innern(Hrsg.): Islamismus, 3. Aufl., Berlin 2004, S. 48

<sup>311</sup> Kepel, Gilles: Das Schwarzbuch des Dschihad. Aufstieg und Niedergang des Islamismus, München 2004, S. 49

<sup>312</sup> *Maududi wollte zwar auch einen islamischen Staat unter Anwendung des Koran und der sunna als maßgebliche Quellen, jedoch betätigte er sich mehr als radikaler Politiker, was ihm einige Gefängnisaufenthalte bescherte, und nicht als Gewalttäter. Vgl. hierzu: Kepel, Gilles: Das Schwarzbuch des Dschihad. Aufstieg und Niedergang des Islamismus, München 2004, S. 53*

den politischen Diskurs mit seinen Gegnern zu suchen. Diese starre Haltung hinsichtlich der Unfehlbarkeit des Korans und seiner allumfassenden Anwendbarkeit veranlassten Qutb dazu, dass er den Koran auf aktuelle Gegebenheiten zu übertragen versuchte, was jedoch zum Teil gar nicht möglich war, da einige Passagen des Koran nur im geschichtlichen Kontext zu verstehen sind, da sie sich lediglich auf konkrete Ereignisse der Vergangenheit beziehen, die nicht auf die Gegenwart und die Zukunft übertragbar sind.<sup>313</sup>

Obwohl Sayid Qutb bereits zu Lebzeiten ein Verfechter einer gewaltsamen islamischen Lösung gewesen war, die in seinen Reihen breite Unterstützung gefunden hatte, führte erst sein Tod durch die ägyptische Nasser-Regierung 1966 zur Formierung organisierter Terrorgruppen, wie die *Takfir wa`l-Hirja* oder die *al-Jihad al-Islami*. Zusätzlich zum Tod von Sayid Qutb, gab es in der zweiten Hälfte der 60er Jahre ein weiteres Ereignis, das unmittelbare Konsequenzen für die Ausbreitung des gewaltsamen Islamismus im Sinne von Sayid Qutb hatte: der Sechs-Tage-Krieg. Hintergrund dieses Krieges war die andauernde Feindschaft zwischen dem 1948 gegründeten Staat Israel und den umliegenden arabischen Staaten. Besonders die grenzpolitische Situation zwischen Syrien und Israel, die häufig zu regionalen militärischen Auseinandersetzungen auf den Golanhöhen geführt hatte, gelten als der eigentliche Auslöser dieses Krieges, da Syrien Unterstützung vom damals mächtigsten arabischen Führer, Präsident Nasser von Ägypten, einforderte. Auch der zunehmende Druck von Seiten Israels gegenüber Syrien setzte Nasser in Zugzwang, da er seine Führungsposition in der arabischen Welt behalten wollte. Die Folge war, dass Ägypten am 22.05.1967 die Straße von Tiran für den israelischen Seeweg schloss, was Israel wiederum zum Handeln veranlasste.<sup>314</sup> Umzingelt von feindlichen Armeen in Jordanien, Syrien und vor allem in Ägypten setzte Israel zum Rundumschlag an und vernichtete binnen kurzer Zeit etliche Kampfflugzeuge der Gegner und besetzte innerhalb von 6 Tagen die Sinaihalbinsel, den Gazastreifen, das Westjordanland und die syrischen Golanhöhen.<sup>315</sup> Mit dieser Aktion konnte Israel seine militärische Position im Nahen Osten deutlich ausbauen, wohingegen dieser Krieg eine

---

<sup>313</sup> Farschid, Olaf: Staat und Gesellschaft in der Ideologie der ägyptischen Muslimbruderschaft, in: Bundesministerium des Innern(Hrsg.): Islamismus, 3. Aufl., Berlin 2004, S. 49

<sup>314</sup> Baumgarten, Helga: Arafat. Zwischen Kampf und Diplomatie, München 2002, S. 45

<sup>315</sup> [www.nahostfocus.de/page.php?id=1043&layout=print](http://www.nahostfocus.de/page.php?id=1043&layout=print), abgerufen am 30.06.2005 um 10:45 Uhr

herbe Niederlage für die arabische Welt bedeutete, die nicht folgenlos für die panarabischen Nationalstaaten blieb. Diese Niederlage war nicht nur eine militärische Demütigung, sondern vor allem eine ideologische Katastrophe, da der Panarabismus, dessen Vertreter in erster Linie Ägypten gewesen war, derart schwere Schäden davontrug, dass nun der im Hintergrund verbliebene Islamismus zu einer nicht ungefährlichen Alternative erwuchs, die im Laufe der 70er Jahre zu einer Massenbewegung wurde. Die Anhänger des Neo-Islamismus nahmen sich die Worte *Sayid Qutbs* zum Vorbild und formierten sich zu Gruppen, die im Namen des *dschihad* damit begannen, gegen die Nationalstaaten und jeglichen nicht-islamischen Einfluss zu kämpfen; diese Personen verkörpern seitdem den so genannten *dschihad*-Islamismus.<sup>316</sup> Zu diesen Personen gehörte auch *Osama Bin Laden*, der im Jahr 1979 nach Afghanistan ging, um die afghanischen *Mudschaheddin* gegen die gottlose Sowjetunion zu unterstützen. Heute gilt Osama Bin Laden und seine Organisation Al-Qaida als die gefährlichste Terrorgruppe der Welt, da sie sich nicht mehr nur regional betätigt, wie dies andere Terrorgruppen machen, sondern die gesamte Welt als Kriegsschauplatz betrachtet. Die Al-Qaida ist somit zum Inbegriff des modernen Islamismus avanciert, die ihre Gewaltbereitschaft und ihre Ziele durch pure Gewalt versucht durchzusetzen.

### 3.2 Terrorismus als neue Art der Kriegführung

Die Geschichte hat gezeigt, dass die Konfrontation unterschiedlicher Ideologien im Regelfall in Form zwischenstaatlicher Kriege<sup>317</sup> ausgetragen wurde. Dies war im Zweiten Weltkrieg der Fall, als sich das nationalsozialistische Deutschland und das faschistische Italien auf der einen Seite und die demokratischen Westmächte und die kommunistische Sowjetunion auf der anderen Seite im Krieg miteinander befanden. Der nach Kriegsende entstandene Ost-West-Konflikt entspricht ebenfalls dem zwischenstaatlichen Schema. Dass sich derartige Konfrontationen in der Vergangenheit generell zwischen zwei oder mehreren Staaten abgespielt hatten, lag daran, dass die Ideologien vom jeweiligen Staat bzw. der

---

<sup>316</sup> Tibi, Bassam: Der neue Totalitarismus. „Heiliger Krieg“ und westliche Sicherheit, Darmstadt 2004, S. 108/109

<sup>317</sup> Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe 387, Bonn 2002, S. 48

Staatsmacht vertreten wurden und nicht nur eine Bewegung innerhalb der Bevölkerung darstellten. Für die Konfrontation und für eventuelle Kriege bedeutete dies, dass es einen klar definierten Gegner gab, dass es ein abzugrenzendes Areal gab, das diese Konfrontation betraf, und dass Konflikte durch reguläre militärische Einheiten durchgeführt wurden. Diese Staatenkriege, die zum Inbegriff der Kriegsführung wurden, kennzeichneten die internationale Sicherheitspolitik bis zum Ende des 20. Jahrhunderts. Da sich in diesen Konflikten gleichgestellte Staaten gegenüberstanden, wird in diesem Fall von einem symmetrischen Krieg gesprochen.<sup>318</sup>

Welche Möglichkeiten aber haben Anhänger einer Ideologie, die von keiner staatlichen Ebene unterstützt werden, ihre politischen Ziele erfolgreich zu verbreiten und durchzusetzen? In diesem Fall kommt nur der Kampf aus dem Untergrund in Frage, bei dem auf große militärische Angriffe, aufgrund mangelnder Ausrüstung und Infrastruktur verzichtet werden muss und Attacken nur als Anschläge oder Attentate ausgeführt werden können. Gemeinhin wird diese Art des Kampfes als Terrorismus bezeichnet, wobei es oft zu Verwechslungen mit dem Begriff Freiheitskampf kommt, da sich die Handlungsmuster beider Gruppierungen oft überschneiden. In diesem Zusammenhang muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass der Freiheitskampf bzw. Partisanenkrieg und der Terrorismus in der Vergangenheit eng miteinander verbunden waren, da terroristische Aktionen oft als ein Element militärischer Strategie im Rahmen eines Partisanenkrieges eingesetzt wurden.<sup>319</sup> Eine fundamentale Wendung gab es erst zu Beginn der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts, als sich der Terrorismus als Element des Partisanenkrieges herauslöste und zu einer eigenen ungebunden gewaltsamen politischen Bewegung geworden war.<sup>320</sup> Als wichtiges Unterscheidungskriterium dient hierbei die unterschiedliche Zielsetzung. Der Freiheitskämpfer richtet sich gegen eine staatliche Ordnung und versucht im Rahmen seines Kampfes in erster Linie Boden und Land für sich zu gewinnen, indem er gezielt militärische Personen und staatliche Akteure bekämpft, was

---

<sup>318</sup> Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe 387, Bonn 2002, S. 48

<sup>319</sup> Hirschmann, Kai: Internationaler Terrorismus, in: Woyke, Wichard (Hrsg.) Handwörterbuch Internationale Politik, 9. völlig überarb. Auflage, Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 404, Bonn 2004, S. 255

<sup>320</sup> Vgl. Ebd.

mitunter auch durch klassische Gefechte mit Waffen geschehen kann; Übergriffe auf Zivilisten sind kein Bestandteil des Freiheitskampfes. Zudem beschränkt sich sein politischer Aktionsradius auf den jeweiligen Staat und nicht auf darüber hinaus liegende Gebiete. Der Terrorist wiederum richtet sich zwar auch hauptsächlich gegen politische Personen und Gruppen, jedoch nimmt er dabei auch zivile Opfer in Kauf, wobei es auch hier Ausnahmen wie die RAF gibt, die die Verletzung von Zivilisten vermieden hatte. Der Einsatz von Gewalt ist hierbei nicht nur ein Mittel zur gezielten Tötung politischer Gegner, sondern auch ein Mittel zur Verbreitung von Angst in der Gesellschaft, womit mitunter die Handlungsunfähigkeit der vorherrschenden Regierung dargestellt werden soll, das Volk zu beschützen. Ein weiterer Unterschied zum Freiheitskämpfer wird ebenfalls darin deutlich, dass sich die Terroristen nicht darauf konzentrieren möglichst viel Land zu gewinnen, sondern auf die „Bekehrung“ der Bevölkerung hin zu ihrer Ideologie. Es gehört also zu den Zielen von Terroristen Sympathie innerhalb der Bevölkerung zu erlangen, um die eigene Anhängerschaft zu vergrößern. Terrorismus lässt sich demnach wie folgt definieren: „Terrorismus sind planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge gegen eine politische Ordnung aus dem Untergrund. Sie sollen allgemeine Unsicherheit und Schrecken, daneben aber auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft erzeugen“<sup>321</sup>

Insgesamt muss der Terrorismus als ein globales Phänomen betrachtet werden, da es in allen Teilen der Welt terroristische Gruppen gibt, die in irgendeiner Weise gegen die jeweilige staatliche Ordnung vorgehen. Auch die europäischen Staaten sind von derartigen Bewegungen nicht verschont geblieben, da sie zeitweise ebenfalls mit einzelnen Terrorgruppen Probleme hatten. Obwohl sich die Anzahl der Aktivitäten europäischen Terrorgruppen in der letzten Zeit deutlich reduziert hat, zeigen sich vereinzelt noch immer Rudimente der meist ethno-nationalistischen bzw. Linksorientierten Gruppen.<sup>322</sup> Sie stellen jedoch keine allzu große Gefahr für die Stabilität der europäischen Staaten dar, da sie keine nennenswerte Akzeptanz in der Bevölkerung gefunden haben. Der islamistische Terrorismus hat sich im

---

<sup>321</sup> Diese Definition von Peter Waldmann hat sich mittlerweile in der Wissenschaft als eine Art Standarddefinition herausgebildet. Vgl. hierzu: Waldmann, Peter: Provokation der Macht, München 1998, S.10

<sup>322</sup> Bekannte europäische Gruppen sind die IRA, die ETA, Action Directe, die Roten Brigaden und die RAF. Gegenwärtig sind hiervon aber nicht mehr alle aktiv.

Gegensatz zum europäischen Terrorismus jedoch deutlich gesteigert, da seine Anhänger, insbesondere seit den Tagen des Sechs-Tage-Kriegs, in fast allen islamischen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens aktiv sind und die Akzeptanz in der Bevölkerung zum Teil recht hoch ist. Die prominentesten Vertreter dieser Terrorgruppen sind die palästinensischen Organisationen, wie die *Volksfront für die Befreiung Palästinas* (PFLP) oder die *Palästinensische Befreiungsfront* (PLF). Sie bilden die Speerspitze im Kampf gegen den Staat Israel und im Kampf für die Schaffung eines unabhängigen Palästinenserstaates. Daneben bilden allerdings auch die algerische Gruppe *Groupement Islamique* (GIA) und die ägyptische Gruppe *gamaat al-Islamiya* (übers.: ägyptischer Islamischer Dschihad)<sup>323</sup> wichtige Organisationen, die den islamistischen Terrorismus maßgeblich mitbestimmt haben. Was allerdings besonders an den palästinensischen Gruppen ist, ist die Tatsache, dass sie ihren Handlungsbereich und das eigentliche Territorium um das es geht, nach und nach verlassen haben und ihre gewalttätigen Aktionen in den internationalen Raum hinausgetragen haben. Durch ihre spektakulären Flugzeugentführungen, allein zwölf im Jahr 1968,<sup>324</sup> bei denen sie ihr Zielgebiet verlassen hatten, bekamen die palästinensischen Terrorgruppen einen zweifelhaften Ruf. Im Rahmen der Internationalisierung des islamistischen Terrorismus können die Palästinensergruppen als Pioniere bezeichnet werden, da sie die ersten Terroristen waren, die zur Durchsetzung ihrer ursprünglich territorialen Ziele Angriffe außerhalb dieses Gebietes durchführten. In der Terrorismusforschung gilt der 22.07.1968 als das Datum, an dem der Internationale Terrorismus, der heute fälschlicherweise immer wieder nur in Verbindung mit der Al-Quaida gebracht wird, „geboren“ wurde.<sup>325</sup> Hintergrund war die Entführung einer israelischen Passagiermaschine der Fluggesellschaft El-Al. Diese Maschine befand sich auf dem Weg von Rom nach Tel Aviv, als sie von palästinensischen Terroristen entführt wurde, um in Israel inhaftierte Palästinenser freizupressen. Zusätzlich zu den Flugzeugentführungen, die den gewünschten Effekt hatten, dass die Medien verstärkt darüber berichteten,

---

<sup>323</sup> Ulfkotte, Udo: Propheten des Terrors. Das geheime Netzwerk der Islamisten, München 2004, S. 208

<sup>324</sup> Hoffman, Bruce: Terrorismus - Der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe 417, Bonn 2002, S. 85

<sup>325</sup> Vgl. Ebd.

wodurch das palästinensische Anliegen in der ganzen Welt erhört wurde, verlagerten sie ihre Aktionen nun sogar auf fremdes Gebiet. Als weiterer historischer Eckpunkt des neuen internationalisierten Terrorismus muss hier das Geiseldrama der Olympischen Spiele in München 1972 genannt werden. Damals nahmen palästinensische Terroristen mehrere israelische Sportler als Geiseln, um 236 inhaftierte Palästinenser und einige deutsche Terroristen (Andreas Baader und Ulrike Meinhof) freizupressen.<sup>326</sup> Da diese Terroraktion, die bis dahin auf diesem Gebiet absolut unerfahrenen deutschen Polizeibehörden überfordert hatte, endete diese Geiselnahme mit einer großen Anzahl von Toten. Es fehlten Experten und Antiterror-Einheiten, da ein solches Szenario zum damaligen Zeitpunkt undenkbar und vor allem nicht vorhersehbar gewesen ist. Insbesondere die Gewaltanwendung ausländischer Terroristen stellte ein absolutes Novum auf diesem Gebiet dar, sodass ein Scheitern der Geiselbefreiung prinzipiell unumgänglich war. Nach diesem Zwischenfall handelten die europäischen Sicherheitsbehörden, indem sie verstärkt Anti-Terror-Einheiten schufen.<sup>327</sup>

Die Situation, wie sie in den 70er Jahren vorherrschte, hatte entscheidende Folgen für die Fortentwicklung des Terrorismus. Zum einen waren nicht mehr nur bestimmte Personen, wie Vertreter aus Politik oder Militär, Ziel terroristischer Übergriffe, sondern auch Zivilisten, womit das hohe Maß an Gewaltbereitschaft überaus deutlich wurde. Darüber hinaus haben die Terroristen immer häufiger das eigentliche Gebiet ihres Handelns verlassen und den Terror in die Welt hinaus getragen. Hintergrund dieser neuen Methode war die Beeinflussung der Medien durch spektakuläre Aktionen, um erstens auf ihre Situation aufmerksam zu machen und Zustimmung für ihr Anliegen zu bekommen und um die Staaten, deren Angehörige als Geiseln in Terrorakte involviert waren, dazu bringen, Druck auf das eigentliche Zielland auszuüben. Obwohl die Palästinenser als Vertreter eines islamischen Volkes das Bild des Terrorismus maßgeblich neu bestimmt haben und als Begründer des Internationalen Terrorismus gelten, ist das Phänomen des Internationalen Terrorismus nicht nur ein Markenzeichen der Islamisten. Der Internationale

---

<sup>326</sup> Hoffman, Bruce: Terrorismus - Der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe 417, Bonn 2002, S. 91

<sup>327</sup> Vgl. Ebd., S. 92/93

Terrorismus ist vielmehr eine neue Variante der Gewaltanwendung bzw. Kriegsführung. Generell handelt es sich um Internationalen Terrorismus, wenn eine oder mehrere spezielle Bedingungen erfüllt sind. Hierzu gehört, dass „die Zielsetzung und Anschlagsbegründungen abstrakt-ideologische sind; sich die Ziele nicht auf eine Region beziehen, sondern überregional bzw. global angelegt sind; der Aktionsraum der Terroristen nicht auf eine Region beschränkt ist; die Mitglieder der Terrorgruppe aus verschiedenen Ländern stammen“<sup>328</sup>. Was sich zusätzlich gezeigt hat und ebenfalls als ein Merkmal des Internationalen Terrorismus verstanden werden kann, ist die Zusammenarbeit von gänzlich verschiedenen Terrorgruppen. Als Beispiel kann hier die Zusammenarbeit der deutschen RAF und palästinensischer Gruppen angeführt werden, was sich vor allem durch die Ausbildung der deutschen Terroristen durch Palästinenser in entsprechenden Terrorcamps und die geforderte Freilassung deutscher Terroristen in München gezeigt hatte. Zudem wurden vermehrt auch gemeinsame Aktionen durchgeführt.<sup>329</sup>

Aus der heutigen Sicht erscheinen die Palästinenser-Terrorgruppen als die Keimzelle dessen, was heute allgemein als Internationaler Terrorismus verstanden wird. Zwar konzentrieren sich deren Anschläge heutzutage hauptsächlich auf das Gebiet des Nahen Ostens, vornehmlich auf israelisches Gebiet, weshalb sie als Zwitter zwischen ethno-nationalistischer Ausrichtung und islamistischer Gesinnung betrachtet werden können. Dennoch waren die frühen Aktionen nicht wirkungslos für nachfolgende Terrorgruppen, insbesondere was die Internationalisierung des Terrorismus angeht. Die palästinensischen Terroristen haben mit ihren grenzüberschreitenden Aktionen darüber hinaus dazu beigetragen, dass Terrorismus erstmals als Bedrohung wahrgenommen wurde und zum Bestandteil westlicher Sicherheitsüberlegungen geworden ist; bis zum 11. September 2001 galt dies jedoch vornehmlich für den Bereich der polizeilichen Sicherheitsbehörden, eine militärische Option stand noch nicht zur Debatte.

---

<sup>328</sup> Hirschmann, Kai: Internationaler Terrorismus, in: Woyke, Wichard (Hrsg.) Handwörterbuch Internationale Politik, 9. völlig überarb. Auflage, Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 404, Bonn 2004, S. 254/255

<sup>329</sup> Zu diesen Aktionen gehörten der Anschlag auf die OPEC-Konferenz 1975, die Entführung einer Air-France-Maschine 1976 und die Entführung der Lauffansa-Maschine 1977 in Somalia. Vgl. hierzu: Hoffman, Bruce: Terrorismus - Der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe 417, Bonn 2002, S. 106/107

### 3.2.1 Die Al-Qaida – Die „Basis“ des islamistischen Terrorismus

Obschon die 60er und 70er Jahre als die Terrorjahrzehnte schlechthin bezeichnet werden können, da es hier zu den meisten Gründungen von Terrorgruppen gekommen war, krankte die islamistisch-terroristische Bewegung daran, dass es sich dabei um zu viele Gruppen handelte, die zwar teilweise zusammenarbeiteten, jedoch keine einheitliche Zielsetzung und Führung besaßen; es gab keine übergeordnete Organisation, die die islamistischen Gruppen zusammenfasste.<sup>330</sup> Diese Situation führte letzten Endes dazu, dass die islamistischen Terrorgruppen zwar als Bedrohung in der westlichen Welt wahrgenommen wurde, die eigentliche Gefahr jedoch auf den Nahen und Mittleren Osten beschränkt war. Die Weltherrschaft und die systematische Vertreibung westlicher Einflüsse aus dieser Region konnte so nicht erreicht werden. Im Endeffekt dachten die damaligen Terrorgruppen auch noch nicht daran, da ihnen hierzu auch die Möglichkeiten fehlten. Es mangelte an fähigem Führungspersonal, an entsprechender Organisation und Mitgliederzahl sowie an finanziellen Mitteln. Zudem besaßen die Islamisten keinen „Flugzeugträger“<sup>331</sup>, von dem aus sie ihre Angriffe hätten starten können. Dies änderte sich erst, als es im Rahmen des sowjetischen Afghanistanfeldzuges zur Gründung der Al-Qaida gekommen war.

Als die Sowjetunion im Jahr 1979 in Afghanistan einfiel, bekam die islamistische Bewegung einen neuen, ungeahnt wirkungsvollen Schub. In Anbetracht der Tatsache, dass die Sowjetunion offiziell auf Wunsch der amtierenden Regierung in Afghanistan einmarschiert war, formierte sich innerhalb der islamischen Welt eine breite Front gegenüber der gottlosen Sowjetunion. Aus allen möglichen islamischen Staaten strömten freiwillige Kämpfer in das Land, um sich den Afghanen im Kampf gegen die Sowjets anzuschließen. Das entfernte Ziel war dabei nicht nur die Niederschlagung der Kommunisten, sondern die Errichtung eines islamischen Staates, entsprechend der islamistischen Ideologie.<sup>332</sup> Unterstützt wurden diese Mudschaheddin durch die islamischen Staaten und durch den Westen, allen voran die USA. Im

---

<sup>330</sup> Tibi, Bassam: Der neue Totalitarismus. „Heiliger Krieg“ und westliche Sicherheit, Darmstadt 2004, S. 109

<sup>331</sup> Hier ist mit Flugzeugträger ein Gebiet oder ein Staat gemeint, in dem sich die Terroristen frei bewegen und unbehelligt ihre Mitglieder ausbilden können.

<sup>332</sup> Pohly, Michael; Duran, Khalid: Osama Bin Laden und der internationale Terrorismus, 2.Aufl., München 2001, S. 29

Kontext des Ost-West-Konflikts sahen gerade die USA darin die Gelegenheit, der Sowjetunion ein ähnliches Trauma zu verpassen, wie sie es selbst in Vietnam erlebt hatten. Somit verbanden sich die antagonistischen westlichen und islamistischen Ideologien miteinander. Einer der ausländischen Mudschaheddin, die bereits zu Beginn des Krieges nach Afghanistan gekommen waren, war Osama Bin Laden. Ausgestattet mit einem kräftigen finanziellen und ideologischen Potential schloss er sich den Mudschaheddin an und stieg binnen kurzer Zeit zu einem ihrer einflussreichsten Mitglieder empor. Seine islamistisch orientierte Gesinnung bekam der schon zuvor fromme Moslem an der König-Abdul-ul-Aziz-Universität in Dschidda, wo er Kontakt zu den Islamlehrern der Muslimbruderschaft Abdullah Azzam und Mohammed Qutb, dem Bruder des berühmten Sayid Qutb, hatte.<sup>333</sup> Diese beiden Islamisten unterwiesen ihn in die Lehren von Sayid Qutb. Hauptpunkt dieser Lehren war die Auffassung, dass sich die modernen islamischen Gesellschaften in einem Zustand der Unwissenheit befänden, und dass sich die wahren Moslems dagegen auflehnen müssten, wofür sogar der *dschihad* in seiner offensiven Variante angewandt werden müsse.<sup>334</sup> Natürlich bezog sich diese aggressive Haltung in erster Linie auf nicht-muslimische Einflüsse in der islamischen Welt. Neben dieser ideologischen Prägung, die Bin Laden zum idealtypischen Kämpfer in Afghanistan gemacht hatte, war er auch in der Lage größere Mengen an Kapital zum Ankauf von Waffen und schweres Gerät zum Bau von Straßen Bunkern und Krankenhäusern zu beschaffen,<sup>335</sup> wodurch er immer mehr Ansehen unter den Mudschaheddin erwarb. Zu einer leitenden Figur des Kampfes wurde er jedoch erst, als er zusammen mit Abdul Azzam<sup>336</sup> ein Büro eingerichtet hatte, von wo aus der Kampf gegen die sowjetischen Truppen koordiniert wurde. Dort wurden alle, inzwischen „afghanische Araber“ genannten, ausländischen Kämpfer erfasst und den verschiedenen mudschaheddin-Gruppen zugeordnet. Außerdem wurde von Bin Laden ein Gästehaus errichtet, in dem Personen untergebracht waren, die sich für die Teilnahme am *dschihad* entschieden hatten.<sup>337</sup> Obwohl Bin Laden nun schon eine wichtige Persönlichkeit im Afghanistan-Krieg war, so konnte er seine

---

<sup>333</sup> Bergen, Peter: Heiliger Krieg Inc. – Osama Bin Ladens Terrornetz, Berlin 2001, S. 66

<sup>334</sup> Vgl. Ebd.

<sup>335</sup> Vgl. Ebd., S. 70

<sup>336</sup> Abdul Azzam war ebenfalls ein aktiver Unterstützer des anti-sowjetischen *Dschihads*

<sup>337</sup> Bergen, Peter: Heiliger Krieg Inc. – Osama Bin Ladens Terrornetz, Berlin 2001, S. 70

Position als einer der Führer der afghanischen Araber weiter ausbauen, da er seit 1987 Kontakt zur ägyptischen Terrorgruppe Islamischer Dschihad hatte. Aus dieser Beziehung heraus und insbesondere durch die Beziehung zwischen Bin Laden und dem Anführer Ayman az-Zawahiri, entstand eine neue Organisation, die sich zum Ziel gesetzt hatte über den Afghanistan-Krieg hinaus den dschihad zu betreiben, die Al-Qaida („die Basis“)<sup>338</sup>. Ursprünglich als Register gedacht, das sämtliche Mudschaheddin in einer Liste zusammenfasste, avancierte die Al-Qaida innerhalb kurzer Zeit zu einer elitären Organisation unter den Gotteskrieger, die nur aus selektierten Mitgliedern bestand. Diese, zum Teil von Bin Laden handverlesenen Personen wurden daraufhin an der pakistanisch-afghanischen Grenze zu „irregulären Krieger“ ausgebildet, wobei sich die Ausbildung hauptsächlich auf den Umgang mit Sprengstoff, den Häuserkampf und den Abschuss von Flugzeugen bezog. Zu diesem Zeitpunkt, kurz vor Ende des Afghanistan-Krieges, hegte Bin Laden bereits Hassgefühle gegenüber dem Westen, explizit gegenüber den USA und Israel, sodass sich allmählich der Fokus seiner islamistischen Ideologie in eine andere Richtung bewegte. Das Hauptziel Bin Ladens blieb jedoch zunächst die Befreiung Afghanistans von der kommunistischen Tyrannei und die Errichtung eines islamischen Gottesstaates Afghanistan. Als nach dem Abzug der Sowjets jedoch ein Bürgerkrieg entbrannte, der dieses Ziel unmöglich machte, zog sich Bin Laden enttäuscht nach Saudi-Arabien zurück, um dort wieder im Bin Laden-Konzern zu arbeiten. Auch seine Kämpfer zogen sich nach und nach aus Afghanistan zurück, wobei sie sich aufgrund ihrer militärisch(-terroristischen) Ausbildung den einzelnen Terrorgruppen ihrer Heimatländer anschlossen. Aus diesem Grund sah es zunächst danach aus, als wäre die Grundidee der Al-Qaida mit dem Bürgerkrieg in Afghanistan untergegangen und der aktuelle globale Terrorismus nie entstanden. Trotz allem war Bin Laden der festen Überzeugung, dass seine islamistische Ideologie über die kommunistische Ideologie gesiegt hatte, woraus er die Unfehlbarkeit seiner Weltanschauung ableitete.

Nach einer kurzen Ruhephase, in der die Al-Qaida in Vergessenheit zu geraten schien, kam es zum Überfall des Irak auf Kuwait im August 1990 und

---

<sup>338</sup> Laqueur, Walter: Krieg dem Westen, München 2003, S.79

zur Stationierung westlicher Truppen in Saudi-Arabien. Hintergrund war zum einen die Errichtung eines glaubwürdigen Drohpotentials gegenüber Saddam Hussein und zum zweiten der Schutz Saudi-Arabiens vor einer weiteren aggressiven Handlung des Irak. Bestürzt über diese Stationierung, da er darin eine Entweihung heiliger Erde sah,<sup>339</sup> wendete er sich an die saudische Regierung und bot ihr an, mit seinen Al-Qaida-Kämpfern für den nötigen Schutz zu sorgen und Kuwait zu befreien. Bin Laden hatte dabei den erfolgreichen Kampf gegen die Sowjets im Hinterkopf, weshalb er fest daran glaubte auch die irakischen Truppen erfolgreich bekämpfen zu können.<sup>340</sup> Sein Angebot wurde jedoch von der saudischen Regierung abgelehnt, da sie in der gewaltigen US-Militärmaschinerie den besseren Beschützer sah. Nachdem Bin Laden auch in seiner Heimat enttäuscht worden war und er zusehen musste, wie die militärischen Vertreter einer feindlichen Ideologie in seiner Heimat Quartier bezogen, verließ er Saudi-Arabien und ging in den Sudan. Der Sudan bot sich deshalb an, weil er islamistisch regiert war und er sich dort, aufgrund seiner finanziellen Möglichkeiten<sup>341</sup> relativ ungestört bewegen konnte. In der ersten Zeit, die er im Sudan verbrachte, konzentrierte er sich zunächst auf den Aufbau eines Wirtschaftsimperiums,<sup>342</sup> um das dort erwirtschaftete Geld in die Ausbildung von militanten Islamisten zu investieren. Hierzu errichtete er drei Terrorcamps, in denen sowohl seine eigenen Anhänger<sup>343</sup> als auch die Mitglieder anderer Terrorgruppen ausgebildet werden sollten, die der gleichen Ideologie folgten, wie Bin Laden. Neben der Ausbildung von Al-Qaida-Mitgliedern und den Mitgliedern anderer Terrorgruppen, widmete sich Bin Laden jedoch auch der Schaffung eines einsatzfähigen Verbundes

---

<sup>339</sup> Rashid, Ahmed: Taliban. Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad, 2.Aufl., München 2001, S. 11

<sup>340</sup> In diesem Zusammenhang hatte Bin Laden jedoch übersehen oder verdrängt, dass seine arabischen Afghanen und seine Al-Qaida-Kämpfer nur wenige zehntausend Personen umfassten, wohingegen die afghanischen Kämpfer aus ca. 250.000 Mann bestanden. Daraus lässt sich leicht ableiten, dass Bin Ladens Truppe nicht ausschlaggebend für den Sieg über die Sowjets war.

<sup>341</sup> Bin Ladens Vermögen belief sich zu Beginn der 90er Jahre auf etwa 300 Mio. US-Dollar, was mitunter als Grund dafür gilt, dass er ohne weiteres nach dem Tod Azzams die Führung von Al-Qaida übernehmen konnte. *Vgl. hierzu:* Berman, Paul: Terror und Liberalismus, Hamburg 2004, S. 151

<sup>342</sup> Hierfür investierte er sein vorhandenes Kapital in verschiedene Wirtschaftszweige. *Vgl. hierzu:* Tophoven, Rolf: Neue terroristische Strukturen: Osama Bin Laden und die Al-Qaida, in: Frank, Hans, Hirschmann, Kai: Die weltweite Gefahr. Terrorismus als internationale Herausforderung, Berlin 2002, S. 252

<sup>343</sup> Seine Anhängerschaft umfasste zum damaligen Zeitpunkt eine Größenordnung von rund 400 Kämpfern. Dabei handelte es sich vornehmlich um Afghanistan-Veteranen. *Vgl. hierzu:* Schröm, Oliver: Al-Qaida. Akteure, Strukturen, Attentate, Berlin 2003, S. 80

verschiedener regionaler Organisationen, um den Wirkungskreis seiner Ideologie ausweiten zu können. Aus diesem Grund verbündete sich die Al-Qaida mit dem Islamischen Dschihad aus Ägypten, der as-Sif al Islami al Dschanubi aus dem Jemen und der Dschama at ul-Dschihad as-Suri aus Syrien.<sup>344</sup> Hinzu kamen noch Kontakte zur GIA, zur HAMAS, zur Hisbollah und zur philippinischen Abu Sayaf. Ein islamistisches Terrornetzwerk war geboren, bei dem die Al-Qaida zu einer Art Dachorganisation wurde. Nachdem die Al-Qaida jedoch in den westlichen Sicherheitskreisen immer bekannter geworden war, was dazu geführt hatte, dass die USA Druck auf die sudanesishe Regierung ausübten, musste Bin Laden und seine Organisation das Land verlassen. Sein nächster Anlaufpunkt war daraufhin wieder Afghanistan, das inzwischen von den Taliban („Koranschüler“) kontrollierte wurde. Im Verbund mit den Taliban, die aufgrund ihrer hochgradig islamistischen Einstellung als Seelenverwandte Bin Ladens verstanden werden können, war Osama Bin Laden jetzt erst richtig in der Lage die Al-Qaida zu dem zu machen, was sie heute ist, die gefährlichste Terrororganisation der Welt. Auf der Grundlage einer totalen Handlungsfreiheit, die ihm die Taliban in Afghanistan ermöglichten, konnte Bin Laden den Ausbau seiner irregulären Armee vorantreiben, besser noch als dies im Sudan möglich war. Neben der praktischen Ausbildung seiner Kämpfer begab sich Bin Laden nun daran, seine Ideologie und Zielsetzung schriftlich niederzulegen, indem er ein Manifest verfasste, das als Richtschnur und Leitfaden für die Ziele der Al-Qaida dienen sollte. Der wichtigste Punkt dieses Schriftstückes war die Kriegserklärung an die USA und Israel und der Aufruf dazu, dass alle Muslime den „Heiligen Krieg“ gegen die Zionisten und Kreuzfahrer führen sollen. In diesem Papier beschränkt sich Bin Laden zunächst jedoch darauf, dass das Ziel dabei sei, jeglichen nicht-islamischen Einfluss von der arabischen Halbinsel zu vertreiben, um die heiligen Stätten des Islam zu befreien. Um die globale Wirkung seiner Kriegserklärung gewährleisten zu können, ließ er seine „Lehren“ durch eine große Zahl von Sendestationen verbreiten; zusätzlich bekräftigte er seine Absichten noch einmal in einem CNN-Interview im Jahr 1997.<sup>345</sup> Ein Jahr später nahm der Bin Laden-dschihad dann konkrete Formen an, als er in einer zweiten Verlautbarung seine ursprüngliche Kampfansage

<sup>344</sup> Schröm, Oliver: Al-Quaida. Akteure, Strukturen, Attentate, Berlin 2003, S. 90

<sup>345</sup> Bergen, Peter: Heiliger Krieg Inc. – Osama Bin Ladens Terrornetz, Berlin 2001, S. 119

deutlich erweiterte, da er den dschihad gegen den Westen und Israel nun nicht mehr nur auf die islamischen Welt bezog, sondern daraus einen weltweiten Kampf machte, bei dem er auch eindeutig Zivilisten als potentielle Ziele nannte. Hierdurch wurde der uneingeschränkte Einsatz von Gewalt im Rahmen des dschihad von Bin Laden legitimiert und die Intention seines Handels noch einmal energisch offenbart. Nachdem es daraufhin im weiteren Verlauf des Jahres 1998 zu schweren Anschlägen gekommen war, die zweifelsfrei die Handschrift der Al-Qaida trugen, wurde deutlich, dass der Westen einer neuen feindlichen Ideologie gegenüberstand. Damals noch unterschätzt, da sich die USA nur durch halbherzige Marschflugkörperangriffe gewehrt hatten, bei denen zum Teil zivile Objekte zerstört wurden,<sup>346</sup> zeigten die nachfolgenden Jahre, in denen es erneut zu massiven Terroranschlägen gekommen war, dass es die Al-Qaida ernst meinte, und dass sich diese Organisation zu einem gefährlichen Gegner entwickelt hatte. Den Höhepunkt stellten daraufhin die Anschläge des 11. September dar, mit denen der westlichen Welt endgültig der Krieg erklärt worden war. Auch die Tatsache, dass es seit 2001 zu einer Vielzahl von Terroranschlägen gegen westliche Ziele gekommen ist, das jüngste Beispiel sind die Anschläge in London, beweist die nach wie vor vorhandene Handlungsfähigkeit islamistischer Terroristen. Ob es sich dabei immer um Al-Qaida direkt oder um von ihr ausgebildete Gruppen handelt, spielt dabei keine allzu große Rolle mehr.

### 3.2.2 Die Al-Qaida als militärischer Arm des Islamismus

Mit dem Ausbau der Al-Qaida von einem „Register“ zu einer schlagkräftigen, gut ausgebildeten Terrororganisation und der Verbindung zu anderen Terrorgruppen konnte Bin Laden binnen weniger Jahre ein Netzwerk aufbauen, das es in der Geschichte des islamistischen Terrorismus zuvor nicht gegeben hatte. Zwar gab es diesbezüglich schon in den 80er Jahren Bemühungen zwischen den links-terroristischen europäischen Terrororganisationen,<sup>347</sup> jedoch war diese Zusammenarbeit nicht zu vergleichen, mit dem was Bin Laden geschafft hatte. Was ihn vor allem von anderen islamistischen Gruppen unterschied, war die überkonfessionelle und übernationale Denkweise, da die

---

<sup>346</sup> Schröm, Oliver: Al-Qaida. Akteure, Strukturen, Attentate, Berlin 2003, S. 126/127

<sup>347</sup> Hoffman, Bruce: Terrorismus. Der unerklärte Krieg, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 2002, S. 107

Al-Qaida nicht auf die islamische Ausrichtung ihrer Mitglieder achtete, sondern offen stand, für alle, die sich gegen den Westen und dem Westen hörigen islamischen Regierungen auflehnten und sich für die Schaffung eines auf die sharia aufbauenden Gottesstaates einsetzten. Dies und die gute Bezahlung führten dazu, dass Al-Qaida recht schnell einen gewaltigen Mitgliederzustrom verzeichnen konnte, sodass der Mitgliederstamm im Jahr 1992 bereits rund 2.000 Personen umfasste.<sup>348</sup> Zusätzlich zu der personellen Aufstockung forcierte die Al-Qaida auch die qualitative Steigerung ihrer Möglichkeiten, wobei sie sich auf westliche (Militär-)Produkte stützte, wie zum Beispiel *Stinger*-Luftabwehrraketen,<sup>349</sup> die die Mudschaheddin im Afghanistan-Krieg durch den amerikanischen Geheimdienst CIA erhalten hatten. Auch auf dem Schwarzmarkt erhältliche Waffen und Sprengstoff sowie erbeutete russische Waffen komplettierten das Al-Qaida Waffenarsenal. Daneben begann die Al-Qaida aber auch mit der Nutzung moderner Kommunikationsmittel<sup>350</sup> in Form des Internets und weltweit einsetzbarer Satelliten-Telefone sowie ständig wechselnder Mobiltelefone<sup>351</sup>, wodurch die Verständigung der einzelnen Terrorgruppen untereinander deutlich verbessert wurde. So konnten sich die Terroristen unbehelligt austauschen und eventuelle Anschläge planen und koordinieren, da diese Kommunikationsmittel bis zum 11. September 2001 nur geringfügig durch westliche Sicherheitsbehörden überwacht worden waren. Möglich wurde dies jedoch nur durch die finanziellen Mittel, die Bin Laden durch seine familiäre Herkunft und durch sein wirtschaftliches Handeln im Sudan sowie später durch die Beteiligung an den Drogengeschäften des Taliban-Regimes in Afghanistan bereitstellen konnte.

Aufgrund dieser finanziellen und militärischen Möglichkeiten formierte sich die Al-Qaida bereits in der ersten Hälfte der 90er Jahre zu einer Terrororganisation, deren Mitglieder bzw. dort ausgebildete Kämpfer in den

---

<sup>348</sup> Schröm, Oliver: Al-Qaida. Akteure, Strukturen, Attentate, Berlin 2003, S. 88

<sup>349</sup> Die Al-Qaida besaß/besitzt ca. 200 Stinger-Raketen. *Vgl. hierzu:* Schröm, Oliver: Al-Qaida. Akteure, Strukturen, Attentate, Berlin 2003, S. 89

<sup>350</sup> Tibi, Bassam: Die neue Weltunordnung. Westliche Dominanz und islamischer Fundamentalismus, München 2001, S. 51

<sup>351</sup> Heine, Peter: Terror in Allahs Namen. Extremistische Kräfte im Islam, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe 449, Bonn 2004, S. 152

unterschiedlichsten Teilen der Erde eingesetzt werden konnten.<sup>352</sup> Dabei zeigte sich allerdings auch, dass die Al-Qaida nicht nur als eine reine Terrororganisation verstanden werden muss, sondern auch als eine Organisation, die ihren dschihad auf verschiedene Arten in die Welt hinausträgt. Die Al-Qaida zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass sie keinem starren Schema folgt, was die Art der Aktionen angeht, sondern zu einem enormen Maß an Flexibilität in der Lage ist, wodurch ihr Handlungsspielraum zur Durchsetzung der Ziele noch einmal erweitert wird.

Generell gibt es drei verschiedene Arten, wie die Al-Qaida ihren Krieg gegen die Feinde führt. Die erste Art, und das ist die geläufigste, ist der Einsatz eigener Terroristen. Hierzu bedient sich die Al-Qaida einer Methode, die sich im Kalten Krieg in West und Ost bewährt hatte, der Einsatz von Schläfern. Diese Schläfer haben irgendwann einmal eine Ausbildung in einem Terrorcamp genossen, woraufhin sie in ein bestimmtes Zielgebiet „abkommandiert“ wurden. Dort sollten sie zunächst ein normales, unauffälliges Leben führen. Hatte die Al-Qaida-Führung dann ein konkretes Anschlagziel auserkoren, wurden diese Personen aktiviert und von der Ferne auf das geplante Vorhaben vorbereitet. Im Falle der Terroristen des 11. Septembers 2001 bestand die Vorbereitung darin, dass sich die Terroristen eine gewisse fliegerische Grundpraxis aneignen sollten, um Flugzeuge in vorbestimmte Ziele steuern zu können. In Anbetracht der Tatsache, dass es sich hierbei um Anschläge handelte, die eine enorme Vorbereitungszeit und den Einsatz größerer Geldmengen forderte, wird deutlich, dass die Al-Qaida ihre Ziele mit großer Sorgfalt und Professionalität plant, und dass überstürzte Attacken nicht zu den Optionen gehören. Das gleiche gilt mittlerweile auch für die Terrorgruppen, die mit der Al-Qaida zusammenarbeiten, da auch deren Anschläge immer häufiger durch perfekte Koordination und professioneller Vorbereitung gekennzeichnet sind. Es ist daher zum Teil nicht leicht festzustellen, ob nun die Al-Qaida selber tätig geworden ist, oder ob es sich dabei um eine andere Gruppe handelt.

Die zweite Art, mit denen die Al-Qaida den dschihad betreibt, ist die Unterstützung anderer Terrorgruppen, die sich entsprechend der Ziele der Bin Laden-Organisation einsetzen wollen. Diese Unterstützung äußert sich

---

<sup>352</sup> Ulfkotte, Udo: Propheten des Terrors. Das geheime Netzwerk der Islamisten, München 2004, S. 61

beispielsweise in der direkten Ausbildung Al-Qaida fremder Terroristen, oder aber in der logistischen Hilfe. Diese Hilfe kann zu einer Bereitstellung bestimmter Ausrüstungsgegenstände beinhalten, wie zum Beispiel Waffen, Sprengstoff oder Kommunikationssysteme. Diese Hilfe kann jedoch auch mit der Bereitstellung von Geld geleistet werden, so wie es wohl beim ersten Anschlag auf das World Trade Center 1993 der Fall gewesen ist, da es Hinweise darauf gibt, dass diese Aktion über mehrere Umwege von Bin Laden finanziert oder teilweise finanziert worden sein soll.<sup>353</sup>

Eine weitere Art des Einsatzes der Al-Qaida stellt die Entsendung von „Truppen“ dar, die in einem Krieg oder Bürgerkrieg die islamische Bevölkerung unterstützt. Diese Methode kann als Rudiment der eigentlichen Gründungsmotivation von Al-Qaida aufgefasst werden, da sich die Al-Qaida ursprünglich aus freiwilligen Kämpfern zusammensetzte, die der afghanischen Bevölkerung im Kampf gegen die Sowjets beistanden. Ein Beispiel für diesen Einsatz nach dem Afghanistan-Krieg stellt der Bosnien-Krieg dar,<sup>354</sup> als die moslemische Bevölkerung von serbischen Kombattanten verfolgt und systematisch getötet wurde.<sup>355</sup> Aber nicht nur in Bosnien, sondern auch in Somalia kam es zum Einsatz von Al-Qaida-Kämpfern, die sich im somalischen Bürgerkrieg auf die Seite des gefährlichen Warlords Aidid gestellt hatten. Bei diesem Konflikt kam es auch zur ersten direkten Konfrontation zwischen dem islamistischen Netzwerk und westlichen (amerikanischen) Soldaten, als diese den Auftrag hatten den von Bin Laden unterstützten Warlord gefangen zu nehmen. Nach dem Abschuss eines amerikanischen Hubschraubers in der Innenstadt von Mogadischu begannen die amerikanischen Soldaten umgehend mit der Evakuierung der verletzten Besatzung, wobei sie in einem Hinterhalt der Warlord-Truppen und Kämpfern der Al-Qaida gerieten.<sup>356</sup> Die Folge war, dass es 18 tote amerikanische Soldaten gab, von denen einige zur Schau gestellt und öffentlich geschändet wurden.

---

<sup>353</sup> Der Drahtzieher des ersten Anschlags auf das WTC war Scheich Rahman, der engen Kontakt zu der ehemaligen Zawahiri-Gruppe Islamischer Dschihad hatte. *Vgl. hierzu:* Berman, Paul: Terror und Liberalismus, Hamburg 2004, S. 151

<sup>354</sup> Ulfkotte, Udo: Propheten des Terrors. Das geheime Netzwerk der Islamisten, München 2001, S. 61

<sup>355</sup> Das Massaker von Srebrenica im Jahr 1995 markiert den Höhepunkt dieser Verfolgung. Damals wurden 8.000 männliche moslemische Bosnier von serbischen Truppen unter den Augen der UN getötet. Das Nicht-Eingreifen der UN wurde von den Islamisten negativ aufgefasst, da sie darin eine indirekte Unterstützung der Serben durch den Westen sahen.

<sup>356</sup> Rau, Johannes: Gefährliche Mutation. Islamismus und seine weltweiten Aktivitäten. Ein Handbuch, Berlin 2002, S. 48

Die enorme Flexibilität und Professionalität machen die Al-Qaida zu einem vollkommen unberechenbaren Gegner. Sie ist in der Lage Einzelpersonen oder Gruppen global einzusetzen und Terroranschläge zu verüben, welche meist mit einer großen Zahl von Opfern einhergehen. Die Genauigkeit und Sorgfalt, mit denen Aktionen geplant und durchgeführt werden, sind zuvor bei keiner anderen Terrorgruppe in Erscheinung getreten, was darauf zurückzuführen ist, dass die Al-Qaida in Bezug auf Ausbildung, Ausrüstung und Planungsfähigkeit durchaus militärisches Niveau besitzt. Sie kann daher als eine im Untergrund arbeitende Armee verstanden werden, die zur Erreichung ihrer Ziele universell einsetzbar ist. Diese Armee stellt den Gegenpol zu den westlichen Streitkräften dar, die im Zeichen der Demokratie eingesetzt werden. Die westlichen Armeen sind deshalb die Armeen der Demokratie, wohingegen die Al-Qaida die Armee des Islamismus ist. Auch die unübersichtlichen und weit verbreiteten Kontakte, die die Al-Qaida zu anderen Terrorgruppen in vielen Teilen der Welt hat, verdeutlicht das Bedrohungspotential, weshalb ein schnelles Ende der westlich-islamistischen Konfrontation nicht zu erwarten ist. Eher das Gegenteil ist wahrscheinlich, da die Terrorgruppen immer mehr Zuspruch finden, worauf die westlichen Staaten ebenfalls mit einer Verstärkung anti-islamistischer Maßnahmen reagieren werden. Es handelt sich dabei um eine Spirale, die nicht enden will, sondern sich immer weiter dreht. Die Islamisten werden nicht eher mit der Gewalt aufhören, ehe nicht auch der letzte westliche Einfluss aus der islamischen Welt verbannt ist. Solange der Westen jedoch darauf angewiesen ist, im Nahen und Mittleren Osten wirtschaftlich aber auch militärisch präsent zu sein, da der Westen auf das Erdöl angewiesen ist, wird dieser Zustand noch lange andauern und wahrscheinlich auch größere Ausmaße annehmen, da sich diese Abhängigkeit, wie bereits erläutert, erhöhen wird.

### 3.2.3 Die Erdölversorgung als Ziel der islamistischen Gewalt – Ein realistisches Szenario?

Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 hat die Al-Qaida gezeigt, dass sie in der Lage ist jedes Ziel in den USA, und somit auch in allen anderen westlichen Ländern anzugreifen, und dass sie auch bereit ist, dies zu tun. Die Anschläge waren nicht nur der Beweis dafür, dass die Al-Qaida ihre Absichten mit vollem Einsatz durchsetzen wollte und dass sie zu allem entschlossen war,

sondern sie waren darüber hinaus von enormer Symbolkraft, da sie die Wahrzeichen der amerikanisch-westlichen Kultur angegriffen hatten. Mit dieser Tat wollten die Terroristen auf ihre Stärke und auf ihren Willen aufmerksam machen, um der Welt zu zeigen, dass es innerhalb der islamischen Gemeinschaft einen Widerstand gegen die westliche Dominanz gibt. Neben dem Wunsch möglichst viele Opfer in den Tod zu reißen, sollten die Aktionen des „schwarzen Dienstags“ auch dafür Sorge tragen, dass sich bislang inaktive Anhänger der islamitischen Ideologie, der Al-Qaida und deren zugeordneten Gruppierungen anschließen, um so den Kampf gegen den Westen auf eine breitere Basis zu stellen. So sollte mit der Zerstörung des World Trade Centers die Verwundbarkeit der westlichen Wirtschaftsstärke und mit dem Angriff auf das Pentagon die Verwundbarkeit des modernsten Militärapparates zur Schau gestellt werden; im gleichen Atemzug wollte die Al-Qaida aber auch neue Mitglieder für die eigene Sache zu anwerben. Die Terroristen beabsichtigten damit die USA bloß zu stellen und die Fehlerhaftigkeit des westlichen Systems der Welt zu demonstrieren, um im Gegenzug die Fähigkeit islamistischer Fundamentalisten zu verdeutlichen. Die Anschläge des 11. Septembers 2001 waren also nicht nur ein reiner Gewaltakt, sondern auch ein Kommunikationsmittel; im übrigen ein wichtiges Merkmal des Terrorismus. Auch waren die meisten Terroranschläge, die sich in der Zeit nach dem 11. September 2001 ereigneten, weniger auf eine konkrete Schwächung des Westens ausgelegt, als vielmehr auf die Demütigung der westlichen Kultur und des christlichen Glaubens. Bislang haben es weder die Al-Qaida oder irgendeine andere Terrorgruppe geschafft, den Westen in seinen Grundwerten bezüglich der Demokratie und der Marktwirtschaft ernsthaft zu schwächen. Sie haben nur dazu beigetragen, dass die Kluft zwischen der islamischen und der christlichen Kultur immer größer geworden ist, und dass der Islam im Westen immer häufiger in ein schlechtes Licht gerückt wird. Da die Islamismus-Bewegung jedoch so keinen Schritt weiterkommt und der erhoffte Sieg über die westlichen Imperialisten bislang ausgeblieben ist, muss über kurz oder lang damit gerechnet werden, dass sich die militanten Islamisten Gedanken über ihre Strategie machen werden. Die Folge könnte sein, dass sie sich auf konkrete Ziele konzentrieren werden, mit denen sie dem Westen ernststen Schaden zufügen können. Ein solches Ziel, wenn nicht sogar das Ziel

schlechthin, stellt die Erdölversorgung dar, die besonders im Moment von großer Instabilität gekennzeichnet ist. Aus diesem Grund muss in den westlichen Sicherheitsüberlegungen ein solches Szenario in Erwägung gezogen werden, zumal es in der Vergangenheit bereits Anschläge auf Einrichtungen der Erdölwirtschaft gegeben hat, die jedoch ohne größere Folgen geblieben sind. Zu nennen sind hier die Anschläge auf den italienischen Ölhafen in Triest oder Anschlag auf den französischen Tanker „Limburg“<sup>357</sup> sowie die aktuellen, permanent stattfindenden Anschläge auf irakische Pipelines. Zwar haben die westlichen Staaten nach dem 11. September damit begonnen wichtige Seewege zu überwachen, jedoch kann nicht dafür garantiert werden, dass sich derartige Anschläge, wie zum Beispiel auf Supertanker, nicht wiederholen oder sogar verstärkt auftreten werden. Dass sogar Kriegsschiffe zu den Zielen gehören, hat der Anschlag auf einen amerikanischen Zerstörer im Hafen von Aden gezeigt.

Wie bereits erläutert, befindet sich die gesamte industrialisierte Welt in permanenter Abhängigkeit vom Rohstoff Erdöl. Dies, und vor allem die Tatsache, dass bei der derzeitigen Entwicklung auf dem Ölmarkt dem arabischen Erdöl in Zukunft eine noch gewichtigere Rolle zukommen wird, führt zwangsläufig dazu, dass die Sicherheit der Erdölversorgung mehr denn je gewährleistet werden muss. Hinzu kommt noch, dass sich der derzeitige Ölmarkt als äußerst anfällig für Störeinflüsse jedweder Art präsentiert, da sich die Förderquote nahe der maximal zu fördernden Menge befindet. Die hohe Nachfrage, insbesondere aus dem asiatischen Raum, die begrenzten Fähigkeiten der OPEC die Förderquote zu erhöhen und die stark veralteten und damit unwirtschaftlichen Raffinerien in den USA haben dazu geführt, dass sich ein sehr hohes Preisniveau für Rohöl entwickelt hat.<sup>358</sup> Dieses hohe Niveau belastet nicht nur die Weltwirtschaft, da in jedem Bereich der Petrochemie die hohen Preise auf die Waren und Transportkosten umgelagert werden, sondern es steigt auch die Angst, dass es in der nahen Zukunft zu einem Kollaps hinsichtlich der Versorgung kommen kann. Die Angst vor Engpässen und die schwerwiegenden Folgen, die eine nennenswerte Störung der Erdölversorgung zur Folge hätte, macht die Erdölwirtschaft daher zu einem idealen Ziel islamistischer Terroristen. Im Folgenden sollen daher mögliche Ziele näher

---

<sup>357</sup> Schröm, Oliver: Al-Quaida. Akteure, Strukturen, Attentate, Berlin 2003, S. 177

<sup>358</sup> Zitzelsberger, Gerd: Öl ist knapp, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 64 vom 18.03.2005, S. 23

erläutert werden, die im Zusammenhang mit der Störung der westlichen Erdölversorgung von strategischer Bedeutung sein können. Zudem sollen die bereits getroffenen Maßnahmen vorgestellt werden, um ein Lagebild zu erstellen, das mögliche Lücken und Fehler in der sicherheitspolitischen Planung aufdecken soll. Insgesamt soll in diesem Kapitel dargestellt werden, welche Möglichkeiten islamistische Terrorgruppen haben, die Erdölversorgung des Westens, mit konventionellen und unkonventionellen Mitteln, zu beeinflussen.

Betrachtet man die Infrastruktur der Erdölwirtschaft im Nahen und Mittleren Osten, so sieht man schnell, dass es eine ganze Menge von Zielen gibt, die sich als potentielle Ziele terroristischer Akte eignen. Eines dieser Ziele stellen Erdöl-Pipelines dar, die es in den Erdöl fördernden Ländern in großer Anzahl gibt. Diese Pipelines dienen in erster Linie dazu, das Rohöl von den Quellen bzw. Raffinerien zu den Verladehäfen zu transportieren, von wo aus das Öl in die ganze Welt befördert wird. Konkret stellen sie ein potentielles Ziel dar, weil die zum Teil recht langen Rohrleitungen nicht komplett zu überwachen sind. Welchen Erfolg derartige Anschläge haben können, zeigt sich aktuell im Irak, wo islamische Fundamentalisten in regelmäßigen Abständen Pipelines sprengen, wodurch der Erdölexport des Iraks maßgeblich gestört wird. Für den Irak bedeutet dies, dass er zurzeit nicht als sicherer Erdöllieferant angesehen werden kann, wodurch die Stellung des Iraks für den internationalen Ölmarkt deutlich beschnitten wird. Da der Irak bis 2003 sowieso nicht zu den Haupterdöllieferanten gehört hatte, da er in seinen Exporten durch UN-Resolutionen eingeschränkt war, fällt die dort vorherrschende Unsicherheit bezüglich der Ölförderung nicht so sehr ins Gewicht. Anders sähe dies jedoch in Staaten aus, die momentan als sichere Lieferanten gelten und deren Öl von großer Bedeutung für die Stabilität im Bereich der Erdölwirtschaft ist. Ein solcher Staat wäre beispielsweise Saudi-Arabien, dessen Förderung generell von fundamentaler Bedeutung ist, da es aufgrund seiner Förderleistung maßgeblich dazu beiträgt den Erdölmarkt wenn auch nicht mit durchschlagendem Erfolg, stabil zu halten.<sup>359</sup> Terroranschläge auf saudische

---

<sup>359</sup> Saudi-Arabien verfügt über Förderkapazitäten von ca. 10 Mio. Barrel pro Tag, wobei die derzeitige Förderung bereits ein Niveau von 9,6 Mio. Barrel erreicht hat. Daran sieht man, wie knapp bemessen sich die derzeitige Versorgungslage darstellt. Vgl. hierzu: [www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/wirtschaftsberichte/146\\_wb1.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/wirtschaftsberichte/146_wb1.pdf), abgerufen am: 10.07.2005 um 16:32 Uhr

Pipelines würden daher nicht nur die Versorgung an sich stören, sondern auch große Unsicherheit in der Erdölwirtschaft verbreiten. Solche Anschläge hätten jedoch keine langfristigen Folgen, da die westlichen Staaten ja über gewisse Notreserven verfügen und die Leitungen relativ schnell wieder repariert werden können. Nun muss jedoch davon ausgegangen werden, dass bei solchen Anschlägen, wenn sie denn von solch professionell arbeitenden Organisationen wie der Al-Qaida ausgeführt würden, sicherlich nicht nur eine Pipeline betroffen wäre, sondern eine größere Zahl von Pipelines, sodass der Schaden auch höher sein könnte. Dennoch wäre der zu erwartende Versorgungsengpass nicht von allzu langer Dauer. Ernste Schwierigkeiten gäbe es allerdings, wenn sich derartige Anschläge ständig wiederholen würden, weshalb eine strenge Überwachung der Erdölleitungen in den jeweiligen Staaten zu den primären Aufgaben der Sicherheitsbehörden gehören muss. Da es sich bei der Al-Qaida und der ihnen angeschlossenen Terrorgruppen um Organisationen handelt, die über moderne Kommunikationssysteme verfügen, kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass sich mögliche Anschläge nur auf ein Land beschränken würden, sondern es muss auch in Betracht gezogen werden, dass sich entsprechende Anschläge parallel in verschiedenen Förderstaaten ereignen können. Dass die islamistischen Terrorgruppen solch große Attentate länderübergreifend durchführen können, haben die Anschläge auf die US-Botschaften in Afrika im Jahr 1998 gezeigt.<sup>360</sup> Daraus ergibt sich, dass der Schutz der Erdölpipelines in allen Erdölförderstaaten einen hohen Stellenwert einnehmen muss und größtenteils auch schon einnimmt. Trotz alledem kann nicht ausgeschlossen werden, dass es vielleicht einmal zu einem großen Zwischenfall kommen wird; dafür sind Pipeline-Netze zu groß.

Als weiteres Ziel potentieller Anschläge auf die Erdölinfrastruktur müssen die Raffinerien angesehen werden, die sich zum Teil im Inland nahe den Quellen oder zum Teil an den Häfen befinden. Sie sind der Dreh- und Angelpunkt der Rohölaufbereitung, da dort das Rohöl zu Mineralöl verarbeitet wird, woraus wiederum die einzelnen Erdölprodukte hergestellt werden. Anschläge auf derartige Anlagen würden zwar weniger die Förderung

---

<sup>360</sup> Bei den Bombenanschlägen auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi (Kenia) und Daressalam (Tansania) am 07.08.1998 kamen insgesamt 263 Menschen ums Leben, wobei 4.500 Personen schwer verletzt wurden. Dies war ein Beispiel für die Fähigkeit der Al-Qaida grenzübergreifend große Bombenanschläge durchführen zu können. Vgl. *hierzu*: Schröm, Oliver: Al-Qaida. Akteure, Strukturen, Attentate, Berlin 2003, S. 124

beeinträchtigen, als vielmehr die industriellen Möglichkeiten aus dem unbrauchbaren Rohöl brauchbare Produkte zu fertigen. Da die westlichen Staaten nicht annähernd über die Kapazitäten verfügen wie die Erdölförderer, käme es zu einer Verknappung der wichtigen Erdölprodukte. Wie bei den Pipelines kommt es auch hier darauf an, welche Ausmaße etwaige Terroranschläge hätten. Sinn würden Anschläge auf Raffinerien nur machen, wenn sie sich auch hier nicht nur auf einen Standort konzentrieren würden, sondern eine ganze Anschlagsserie durchgeführt würde. Da die Raffinerien, in Anbetracht der aktuellen Terrorismus-Situation, bereits stark bewacht werden, kann ein großer, mehrere Anlagen betreffender Anschlag zwar nicht ausgeschlossen, aber als nicht zu groß betrachtet werden. Außerdem wären die Attentäter aufgrund der starken Bewachung darauf angewiesen, Kontaktleute innerhalb der Anlagen zu haben, die den Terroristen bei der Planung und der Durchführung von Anschlägen behilflich sein müssten. Das Risiko, dass es zu Attentaten auf Raffinerien kommt, ist meinem Erachten nach nicht so groß, wie etwa Anschläge auf Pipelines, wobei dies trotz allem nicht ausgeschlossen werden kann.

Welche Gefahr jedoch nicht unterschätzt werden darf, ist die Bedrohung durch terroristische Aktionen, die sich im Bereich der Erdölhäfen ergibt. Obwohl auch diese gut bewacht sind, insbesondere seit den Terroranschlägen in den USA, erscheint eine umfassende Bewachung hier deutlich schwieriger als auf dem Festland hinsichtlich der Raffinerien. Grund hierfür ist das Medium Wasser. Es bietet mitunter die Möglichkeit, dass Taucher unbemerkt Sprengladungen an den Rümpfen von Tankern anbringen können, die dann entweder im Hafen selbst oder aber auf offener See gezündet werden könnten. Eine Zündung im Hafen hätte dabei eine deutlich größere Wirkung, da somit auch ein Teil der Hafenanlagen zerstört werden könnte. Dies gilt in ganz besonderem Maße, wenn das zu attackierende Schiff gerade mit Erdöl beladen wurde. Die Zerstörung könnte in diesem Fall von enormer Größe sein. Sowohl eine Attacke auf ein Schiff im Hafen, als auch auf die Infrastruktur des Hafens, hätte sicherlich negative Auswirkungen auf die Erdöllieferung; wahrscheinlich würden derartige Anschläge jedoch nur kurzfristige Lieferverzögerungen bewirken.

Es zeigt sich also, dass es allein schon innerhalb der Erdölförderländer eine Reihe von Zielen gibt, die bei entsprechender Planung und Durchführung von Terroranschlägen durchaus eine Drosselung der Erdölversorgung bewirken würden. Um dieser Gefahr entgegenzutreten, müssen die jeweiligen Staaten selber ihren Beitrag zur Eindämmung dieses möglichen Szenarios leisten. Es lässt sich allerdings feststellen, dass sich die Staaten darüber durchaus im Klaren sind, da sie ihre Sicherheitsmaßnahmen in den letzten Jahren stetig erweitert und modernisiert haben. Insgesamt kann eine dramatische Beeinflussung der Erdölversorgung durch terroristische Akte in den Förderstaaten zwar nicht ausgeschlossen, jedoch als nicht allzu groß betrachtet werden; zumindest kann eine langfristige Störung mit konventionellen Mitteln, das heißt in erster Linie Sprengstoffanschläge, als fast unmöglich beurteilt werden. Aus Sicht des Westens besteht daher kein Grund, sich diesbezüglich in die Sicherungsmaßnahmen der jeweiligen Staaten einzumischen, wobei sie dies bei souveränen Staaten auch nicht dürfen.

Neben den potentiellen Anschlagzielen in den Erdöl fördernden Staaten, wie zum Beispiel Oman, Irak oder Iran, gibt es allerdings auch noch die Möglichkeit, dass die Tankschiffe auf der offenen See im internationalen Raum Opfer von Terroranschlägen werden können. Dass dies generell möglich und durchaus realistisch ist, hat der bereits erwähnte Anschlag auf den französischen Tanker Limburg gezeigt. Da die Sicherung der Tanker in internationalen Gewässern nicht mehr in den Verantwortungsbereich der Erdölstaaten fällt, sind hier die westlichen Staaten gefragt, für entsprechenden Schutz zu sorgen. Bedenkt man die große Zahl von Tankern, die tagtäglich auf den Weltmeeren unterwegs sind, erscheint dieses Unterfangen bei der begrenzten Anzahl von zur Verfügung stehenden Marineeinheiten als nur schwer lösbare Aufgabe.<sup>361</sup> Da aber auch die potentiellen Attentäter über ebenso wenig brauchbares maritimes Material verfügen dürften, ist davon auszugehen, dass derartige Anschläge in erster Linie in Küstennähe stattfinden würden. Aus diesem Grund bietet sich eine gezielte Überwachung enger

---

<sup>361</sup> Für diesen Einsatz werden hochseefähige Patrouillen- und Kriegsschiffe benötigt, die in der Lage sind für einen längeren Zeitraum unabhängig zu operieren. Dies gilt insbesondere für die Überwachung im küstenfernen Raum. Der küstennahe Bereich kann hingegen von kleineren Einheiten überwacht werden, wie beispielsweise von Schnellbooten. Aufgrund der geringen Zahl von großen Einheiten und der stellenweise gravierenden Untauglichkeit europäischer Schnellboote für bestimmte Regionen, kann eine umfassende Schutzrolle nicht übernommen werden.

Seewege an, da hier die Gefahr terroristischer Anschläge, aufgrund der begrenzten Reichweite der einsetzbaren Boote<sup>362</sup>, am größten sein wird. Obwohl die Operation Enduring Freedom<sup>363</sup>, die unmittelbar nach den Attentaten des 11. Septembers 2001 gestartet worden war, eigentlich nur die Überwachung der Seewege hinsichtlich der Unterbindung von Waffenlieferungen an Terroristen und der „Unterbrechung von Versorgungslinien terroristischer Organisationen“<sup>364</sup> dienen soll, trägt die Präsenz von westlichen Kriegsschiffen auch zum Schutz von Tankern bei. Dies sieht man vor allem daran, dass sich die westlichen Einheiten sich hauptsächlich um enge Seewege kümmern. So umfasst beispielsweise das deutsche Kontingent von Enduring Freedom einen Verantwortungsbereich, der sich zwar schwerpunktmäßig auf das Horn von Afrika stützt, jedoch insgesamt einen Bereich ausmacht, das vom Roten Meer bis zur Küste Kenias reicht; diese Gebiet ist insgesamt dreimal so groß, die Deutschland.<sup>365</sup> Betrachtet man sich nun jedoch den Weg, den ein Supertanker von einem saudischen Hafen nach Rotterdam zurücklegt, zeigen sich eine Reihe von neuralgischen Punkten, an denen ein Terroranschlag nicht nur möglich, sondern auch wahrscheinlich ist. Es ist daher möglich, dass die NATO auch indirekt den Schutz von Tankschiffen als inoffizielle Aufgabe im Rahmen von Enduring Freedom mit einbezieht. Das erste mögliche Anschlagzielgebiet stellt die Straße von Hormus (Abb.10) dar. Diese misst an ihrer engsten Stelle gerade einmal ca. 50Km, wodurch sie für die Reichweite kleinerer Boote als ideales Anschlaggebiet bezeichnet werden kann. Die eine Küste gehört zum Oman und die andere Küste ist ein Teil des iranischen Staatsgebietes. Aufgrund der gespannten politischen Lage zwischen dem Iran und den westlichen Staaten, ist eine Überwachung dieses Seeweges, unter Berücksichtigung des internationalen Hoheitsrechts nur von Oman aus möglich. Dies offenbart potentiellen Terroristen einen Bereich von 12 Seemeilen entlang der iranischen Küste, in denen sie, zumindest von westlichen Einheiten, nicht aufgebracht

---

<sup>362</sup> Erfahrungsgemäß verwenden Terroristen für solche Terrorangriffe kleine und schnelle Boote, die sich durch eine hohe Wendigkeit und durch ihre kleine Radarsignatur besonders eignen.

<sup>363</sup> Die Operation Enduring Freedom ist die konkrete Folge des am 02.10.2001 ausgerufenen Bündnisfalls der NATO. Vgl. hierzu: [www.nato.int/docu/other/de/treaty-de.htm](http://www.nato.int/docu/other/de/treaty-de.htm), abgerufen am 11.02.2004 um 10:48 Uhr

<sup>364</sup> [www.marine.de/01DB070000000001/Print/W26DYMNF273INFODE](http://www.marine.de/01DB070000000001/Print/W26DYMNF273INFODE), abgerufen am 10.07.2005 um 18:53 Uhr.

<sup>365</sup> Vgl. Ebd.

werden können. Dies bedeutet, dass die Überwachung dieser engen Passage besonders gründlich vorgenommen werden muss, da sie eine gute Möglichkeit für Anschläge bietet.

*Abb.10 Die Straße von Hormus*



(Quelle: Bertelsmann Weltatlas 2000. Das neue Kartenbild der Erde, aktual. Ausg. 1999, S. 70)

Nicht unweit von der Straße von Hormus existiert eine weitere Meerenge, die sich aufgrund der geographischen Gegebenheiten ebenfalls als mögliches Anschlagsgelände anbietet. Gemeint ist der Bab al-Manab, der das Rote Meer mit dem Golf von Aden verbindet. Der Bab al-Manab (Abb.11) trennt die afrikanische Küste (Eritrea und Dschibouti) von der arabischen Halbinsel (Jemen) und ist mit rund 40Km noch enger als die Straße von Hormus. Dieses Gebiet gehört zum Überwachungsraum der deutschen Marine, die dort im Rahmen von Enduring Freedom präsent ist. Da insbesondere Dschibouti die westlichen Staaten im Kampf gegen den Terrorismus unterstützt, richtet sich das Hauptaugenmerk bei der Überwachung eher auf den jemenitischen Bereich. Der Grund hierfür ist nicht etwa, dass der Jemen als Aggressor betrachtet wird, sondern einzig und allein die Tatsache, dass es im Jemen ein großes islamistisches, anti-westliches Potential gibt, und dass ein Großteil der

Al-Qaida-Kämpfer aus dem Jemen stammt;<sup>366</sup> sie bilden neben saudischen Kämpfern das Gros innerhalb der Terrororganisation Bin Ladens.<sup>367</sup>

Abb.11 Der Bab al-Manab



(Quelle: Bertelsmann Weltatlas 2000. Das neue Kartenbild der Erde, aktual. Ausg. 1999, S. 68)

Eine andere potentielle Gefahrenstelle offenbart sich in Form des Suez-Kanals (Abb.12), der durch ägyptisches Hoheitsgebiet führt. Diese flussbreite Wasserstraße birgt meines Erachtens nach die größte Gefahr, große Tankschiffe ins Fadenkreuz zu nehmen, da sich hier die Angriffsmöglichkeiten nicht nur auf einen Angriff von See kommend beschränkt, sondern auch ein Angriff von Land aus möglich ist. Diesbezüglich stellen besonders Panzerfäuste und Panzerabwehrkraketen eine Bedrohung dar, da sie von nur wenigen Personen bedient werden können und der Transport auf kleineren Fahrzeugen ohne weiteres möglich ist. Attentäter wären dadurch in der Lage das Anschlaggebiet schnell zu erreichen und ebenso schnell auch wieder zu verlassen. Dennoch muss auch hier darauf hingewiesen werden, dass sich die Sicherheitsmaßnahmen auch hier nach dem 11.September deutlich verschärft haben, und dass eine Attacke nur durchgeführt werden kann, wenn man die

<sup>366</sup> Wie gefährlich der Jemen ist, konnte man im Jahr 2000 sehen, als es islamistische Terroristen gewagt haben, ein amerikanisches Kriegsschiff im Hafen von Aden zu attackieren. Vgl. hierzu: Jacquard, Roland: Die Akte Osama Bin Laden. Das geheime Dossier über den meistgesuchten Mann der Welt, München 2001, S. 119

<sup>367</sup> Nicht nur, dass viele Al-Qaida Kämpfer aus dem Jemen kommen, sondern auch die Tatsache, dass die Al-Qaida jemenitische Terrorgruppen mit Geld und Waffen versorgt hat, macht den Jemen zu einem unsicheren Gebiet. Vgl. hierzu: Schröm, Oliver: Al-Qaida. Akteure, Strukturen, Attentate, Berlin 2003, S. 91

Besonderheiten der Ufer und der Kontrollen peinlichst genau kennt. Die massiven Kontrollen erschweren daher auch mögliche terroristische Attacken im Kanal selber; dies macht sie jedoch nicht unmöglich. Liegt die Kontrolle des Suez-Kanals in den Händen der ägyptischen Staatsgewalt, so wird die Kanal-Mündung im Mittelmeer von der NATO überwacht. Hierfür wurde die *Stanaformed*<sup>368</sup> der NATO bzw. Teile dieses Marineverbandes in das südliche Mittelmeer abkommandiert. Sie übernimmt dort prinzipiell die gleichen offiziellen Aufgaben wie der Enduring Freedom-Verband der NATO.

Abb.12 Der Suez-Kanal

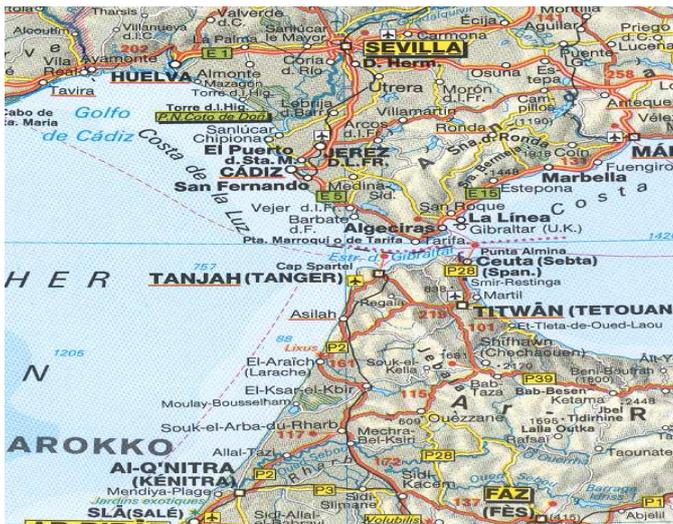


(Quelle: Bertelsmann Weltatlas 2000. Das neue Kartenbild der Erde, aktual. Ausg. 1999, S. 66)

Neben den potentiellen Angriffsgebieten für Terroristen im Nahen und Mittleren Osten, gibt es auch im Süden Europas eine Stelle, die sich, zumindest was die geographischen Gegebenheiten angeht, ebenfalls für Terrorangriffe eignen würde: die Straße von Gibraltar (Abb.13). Sie stellt eine enge Wasserstraße dar, die im Norden durch die spanische Küste und im Süden durch die marokkanische Küste eingegrenzt wird; an der engsten Stelle ist die Straße von Gibraltar gerade einmal 14 Km breit.

<sup>368</sup> Stanaformed steht für *Standing Naval Force Mediterran*. Sie ist seit vielen Jahren ein ständiger Marineverband der NATO im Mittelmeer

Abb.13 Die Straße von Gibraltar



(Quelle: Bertelsmann Weltatlas 2000. Das neue Kartenbild der Erde, aktual. Ausg. 1999, S. 34)

Die Gefahr, dass es hier allerdings zu einem großen Terroranschlag kommt, darf als relativ gering betrachtet werden, da die Straße von Gibraltar zu den am meisten gesicherten Wasserstraßen der Welt gehört. Das hohe Maß an Sicherheit wird vor allem dadurch erreicht, dass sich dort permanent britische Marineverbände aufhalten, da sich an der Südküste Spaniens, direkt an der mittelmeerseitigen Mündung ein großer Marinestützpunkt Großbritanniens befindet. Hinzu kommen noch die spanischen Marineeinheiten, die sich ebenso an den Überwachungsmaßnahmen beteiligen. Eine zusätzliche Sicherung dieser wichtigen Seestraße wird darüber hinaus noch durch die NATO sichergestellt, da sie im Rahmen der Anti-Terror-Kampagne Enduring Freedom, eine weitere Operation zur Terrorismusbekämpfung ins Leben gerufen hat: die Operation Active Endeavour. Diese Operation umfasst den Einsatz kleinerer maritimer NATO-Einheiten, meistens Schnellboote, die den dort vorhandenen Seeverkehr zusätzlich kontrollieren und stichprobenartige Kontrollen durchführen. Obwohl diese Maßnahmen dazu beitragen die Sicherheit der Schiffe deutlich zu erhöhen, so kann ein Anschlag auch hier nicht komplett ausgeschlossen werden. Dies liegt zum einen daran, dass die Kontrollen aufgrund des hohen Verkehrsflusses nicht jedes Schiff erfassen können, und zum zweiten liegt es daran, dass die im Süden befindliche marokkanische Küste nicht durch die europäischen Einheiten überwacht wird; diese Aufgabe wird von Marokko übernommen. Da es allerdings, ähnlich wie im Jemen, einen hohen Prozentsatz an fundamentalistischen Moslems in

Marokko gibt, die bereits in der Vergangenheit durch Terroranschläge auf sich aufmerksam gemacht haben,<sup>369</sup> besteht eine realistische Gefahr, dass die marokkanische Küste Ausgangspunkt von Terroranschlägen gegen Tanker sein könnte. Aus diesem Grund kann auch hier, wie bei den anderen potentiellen Anschlaggebieten ein hundertprozentiger Schutz nicht gewährleistet werden; die Gefahr kann höchstens gemindert werden.

Die Erdölindustrie, zu der die Fördereinrichtungen, die Raffinerien, die Pipelines, aber auch die großen Tankschiffe gehören, bietet eine Vielzahl von Zielen für terroristische Angriffe. Derartige Anschläge können mit konventionellen Mittel durchaus zu einer kurzfristigen Behinderung der Ölversorgung führen. Besonders gefährdet sind diesbezüglich die Erdölleitungen, da die sich gesamte Überwachung als sehr schwierig gestaltet. Auch der Angriff auf Tanker führt nicht zu einer massiven Störung der Erdölversorgung, da der Verlust eines Schiffes aus Sicht des Erdölmarktes relativ leicht zu verkraften wäre. Das geringste Risiko besteht allerdings darin, dass es zu Attacken auf Industrieanlagen kommt, da diese gut zu schützen sind, da es sich hierbei um einen fest abgegrenzten Bereich handelt, der zum einen durch Personen, aber auch durch moderne Überwachungssysteme kontrolliert werden kann. Daraus ergibt sich, dass eine nennenswerte Störung der Erdölversorgung, die langfristige Folgen hätte, derzeit mit konventionellen Mitteln nicht möglich bzw. sehr unwahrscheinlich ist. Um dies jedoch doch zu schaffen, müssen die Attentäter über Mittel verfügen, die eine umfassende Zerstörung wichtiger Anlagen bewirken würde oder zumindest die Arbeitsbedingungen vor Ort deutlich erschweren würde, sodass es zwangsläufig zu einer Behinderung der Versorgung kommt. In diesem Zusammenhang wäre der Einsatz von Massenvernichtungswaffen von besonderer Bedeutung, da nur sie über die notwendige Wirkung verfügen. Es ist daher denkbar, dass Massenvernichtungswaffen in den Händen von Terroristen nicht nur zur Tötung von Menschen, sondern auch zweckgebunden zur Unterbrechung des Ölflusses Verwendung fänden. Da es sich bei Massenvernichtungswaffen jedoch um Waffen handelt, die aufgrund ihrer

---

<sup>369</sup> Marokko ist in den letzten Jahren des Öfteren im Zusammenhang mit Terrorismus in die Schlagzeilen gekommen. Insbesondere durch die Terroranschläge in Casablanca im Mai 2003, bei denen 45 Menschen getötet wurden. Außerdem waren marokkanische Terroristen für die Anschläge in Madrid am 11. März 2004 verantwortlich. Auch in Bezug auf die jüngsten Anschläge von London werden marokkanische Attentäter vermutet.

Zusammensetzung recht kompliziert in der Herstellung sind, soll in den folgenden Kapiteln geklärt werden, ob Terroristen in der Lage sind derartige Waffen herzustellen und auch einzusetzen. Daran anschließend soll die Frage geklärt werden, ob sich solche Waffen dazu eignen die Erdölversorgung langfristig zu stören bzw. zu unterbrechen.

Exkurs:

### 3.3 Massenvernichtungswaffen und ihre internationalen Sicherungssysteme

Da sich die folgenden Kapitel damit beschäftigen werden, welche Rolle Massenvernichtungswaffen innerhalb der terroristischen Planung spielen können, bzw. welche Bedeutung diese in Bezug auf die Störung der Erdölversorgung haben können, soll in diesem Kapitel zunächst dargestellt werden, welche Verträge und Abkommen existieren, die eine Proliferation derartiger Waffen einschränken oder gar verhindern. Es soll in diesem Zusammenhang aufgezeigt werden, wie die aktuellen Sicherungssysteme funktionieren und wo die Schwachpunkte zu finden sind, die eine eventuelle Weitergabe von Massenvernichtungswaffen an terroristische Gruppierungen ermöglichen. Aufgrund der Tatsache, dass sich die vorliegende Arbeit im späteren Verlauf auch mit den ABC-Waffen-Programmen des Iraks und des Irans beschäftigen wird, soll dieses Kapitel dazu beitragen, die Rechte und die Verpflichtungen dieser beiden Staaten, die Teil der internationalen Sicherungssysteme sind, bereits im Vorfeld darzustellen.

Seit dem Ersten Weltkrieg, in dem es erstmals zum gezielten Einsatz von Giftgas gekommen war, legten die Militärstrategen immer mehr Wert auf Waffen, die in der Lage waren möglichst viele Tote unter den Feinden und eine möglichst hohe Rate an Zerstörung zu erreichen. So wurde im Anschluss am Ersten Weltkrieg einerseits die Entwicklung noch gefährlicherer chemischer Kampfstoffe vorangetrieben sowie die Entwicklung neuer, noch grausamerer Waffen maßgeblich gefördert. Das Ergebnis waren die modernen Massenvernichtungswaffen, die sich in atomare, biologische und chemische Waffen unterteilen lassen; kurz: ABC-Waffen. Obwohl sich die Wirkungsweise dieser Waffen stark voneinander unterscheiden, haben sie jedoch allesamt die Fähigkeit viele Menschen auf einen Schlag zu töten und das gegnerische Militär stark zu schwächen. Ein Staat, der nicht über derartige

Waffen verfügt und auch keine geeigneten Abwehrsysteme besitzt, ist demnach einem Staat mit ABC-Waffen hoffnungslos unterlegen.

Welche Gefahr von solchen Waffen ausgeht, wurde insbesondere zu Zeiten des Ost-West-Konflikts deutlich, als sich beide Seiten ein Massenvernichtungswaffen-Arsenal angeschafft hatten, mit dem alles Leben auf der Erde hätte mehrfach zerstört werden können. In Anbetracht dieser Gefahr und vor dem Hintergrund so manch kritischer Situation, wie zum Beispiel die Kuba-Krise,<sup>370</sup> bei der es beinahe zum Atom-Krieg gekommen wäre, veranlasste die Atomstaaten dazu ihre Militärstrategien zu überdenken. Die damaligen Atomstaaten hatten verstanden, dass sie mit der nuklearen Fähigkeit nicht nur Macht und Rechte, sondern auch Pflichten übernommen hatten, die sich vor allem dadurch definierten, dass die Verbreitung von ABC-Waffen verhindert werden musste. Aus diesem Grund wurde im Jahr 1968 der *Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen* (auch NVV oder Atomwaffensperrvertrag genannt) zwischen den damaligen Kernwaffen-Staaten<sup>371</sup> und 142 weiteren Nicht-Kernwaffen-Staaten geschlossen. In diesem Vertrag verpflichteten sich die Kernwaffen-Staaten, dass sie keine Kernwaffen oder Kernsprengkörper weitergeben oder Nicht-Kernwaffen-Staaten bei der Entwicklung solcher Waffen helfen.<sup>372</sup> Im Gegenzug verpflichten sich die Nicht-Kernwaffen-Staaten dazu weder Kernwaffen herzustellen, zu erwerben noch jemanden um Hilfe zur Entwicklung solcher Waffen zu bitten.<sup>373</sup> Der

---

<sup>370</sup> Krause, Joachim: Rüstungskontrolle, in: Woyke, Wichard(Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 9. völlig überarb. Auflage, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 2004, S. 433

<sup>371</sup> Als Atomwaffenstaaten definiert der Vertrag diejenigen Staaten, die vor dem 1. Januar 1967 einen nuklearen Sprengsatz gezündet hatten. *Vgl. hierzu:* Kubbig, Bernd W.; Müller, Harald: Nuklearexport und Aufrüstung. Neue Bedrohungen und Friedensperspektiven, Frankfurt a. M. 1993, S. 24

<sup>372</sup> Artikel I des NVV: „*Jeder Kernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber an niemanden unmittelbar oder mittelbar weiterzugeben und einen Nichtkernwaffenstaat weder zu unterstützen noch zu ermutigen noch zu veranlassen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper herzustellen oder sonst wie zu erwerben oder die Verfügungsgewalt darüber zu erlangen.*“, nachzulesen unter: [www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/friedenspolitik/abruestung/nvv.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/friedenspolitik/abruestung/nvv.pdf), abgerufen am 3.10.2005 um 14:08 Uhr

<sup>373</sup> Artikel II des NVV: „*Jeder Nichtkernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber von niemanden unmittelbar oder mittelbar anzunehmen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper herzustellen noch sonst wie zu erwerben und keine Unterstützung zur Herstellung von Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern zu suchen oder anzunehmen.*“, nachzulesen unter: [www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/friedenspolitik/abruestung/nvv.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/friedenspolitik/abruestung/nvv.pdf), abgerufen am 3.10.2005 um 14:08 Uhr

Vertrag erlaubt den Nicht-Kernwaffen-Staaten jedoch Atomtechnologie friedlich zur Energiegewinnung zu nutzen, wozu sie die Kernwaffen-Staaten um Hilfe bitten dürfen.

Um die Ziele des NVV durchzusetzen und die Einhaltung des Vertrages zu überwachen, wurde in Artikel III des NVV die 1957 in Wien gegründete Internationale Atomenergiebehörde (IAEO)<sup>374</sup> ermächtigt, die Kontrolle der NVV-Vereinbarungen zu übernehmen. Hierfür hat die IAEO festgelegt, welche Materialien von besonderer Sensibilität sind und zum Bau von Nuklearwaffen herangezogen werden können; zu diesen Stoffen gehören Uran 233/235 und 238 sowie Plutonium 239 und Thorium.<sup>375</sup> Die Kontrollmöglichkeiten, die die IAEO besitzt, bestehen zum einen aus der Überwachung der Kernmaterialien, die weltweit Verwendung finden, wozu die Organisation einen Teil ihrer Erkenntnisse aus Fachzeitschriften und wissenschaftlichen Veröffentlichungen gewinnt, die sich mit derartigen Überwachungsmaßnahmen beschäftigen.<sup>376</sup> Darüber hinaus kontrolliert die IAEO die nationalen Berichte über die Einfuhr und Ausfuhr von Kernmaterialien und gleicht sie mit ihren eigenen Daten ab. Aber nicht nur diese Art der Kontrolle soll der IAEO dazu verhelfen ihre Aufgabe gemäß NVV zu erfüllen, sondern auch die Vor-Ort-Inspektionen von Atomanlagen sollen Aufschluss darüber geben, ob sich ein Staat an die Vereinbarungen des NVV hält. Bis 1992 hatte die IAEO jedoch nur das Recht Atomanlagen zu inspizieren, die der Organisation von den Nationalstaaten benannt waren; nur dort konnten unter anderem Materialstichproben vorgenommen werden<sup>377</sup>. In Anlagen, die von den Nationalstaaten nicht benannt wurden, konnte die IAEO auch keine Kontrollen durchführen, wodurch es möglich geworden war, dass ein Staat heimlich an einem Atomwaffenprogramm arbeiten konnte. Dass diese Gefahr durchaus realistisch

---

<sup>374</sup> Die IAEO wurde als Ersatz für eine internationale Nuklear-Kontrollbehörde ins Leben gerufen, die zuvor von der Sowjetunion abgelehnt worden war. *Vgl. hierzu:* Häckel, Erwin: Internationale Energiepolitik, in: Woyke, Wichard(Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 9. völlig überarb. Auflage, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 2004, S. 184; Die Hauptaufgabe der IAEO lag dabei zunächst darin, die internationale Zusammenarbeit zur friedlichen Nutzung der Atomenergie voranzutreiben; zudem übernahm die IAEO aber auch die Aufgabe, zu kontrollieren, dass die Nukleartechnologie nicht militärisch genutzt wurde. *Vgl. hierzu:* Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2004, Berlin 2005, S. 26

<sup>375</sup> Attali, Jaques: Strahlende Geschäfte. Gefahren des internationalen Atomschmuggels, Darmstadt 1996, S. 60

<sup>376</sup> Vgl. Ebd.

<sup>377</sup> Kubbig, Bernd W.; Müller, Harald: Nuklearexport und Aufrüstung. Neue Bedrohungen und Friedensperspektiven, Frankfurt a. M. 1993, S. 26

war/ist, wurde nach dem Golfkrieg 1991 deutlich, als der internationalen Staatengemeinschaft gewahr wurde, dass der Irak vier Jahre lang an einem geheimen Atomwaffenprogramm gearbeitet hatte. Aufgrund dieser offenbaren Schwäche des IAEA-Systems wurde die IAEA einer Reform unterzogen, die darauf abzielte die Kontrollmöglichkeiten zu verschärfen. Seit dem Februar 1992 ist die IAEA ermächtigt jede Art von Informationen für ihre Forschungen zu verwenden, worunter nun auch Geheimdienstinformationen fallen. Zudem ist die IAEA nun in der Lage sämtliche Anlagen zu kontrollieren, die im Verdacht stehen Kernmaterial zu beherbergen oder in irgendeiner anderen Weise mit Nukleartechnologie in Verbindung gebracht werden können.<sup>378</sup> Als rechtliche Grundlage hierfür wurde 1997 ein Zusatzprotokoll von der IAEA ins Leben gerufen, das zusätzliche Informationsverpflichtungen der Zeichnerstaaten und tiefgreifende Kontrollmaßnahmen der IAEA beinhaltet. Da es sich um ein eigenständiges Dokument handelt, dass von den Nationalstaaten gesondert ratifiziert werden muss, deckt sich die Unterzeichnerliste des NVV nicht mit den Staaten, die das Zusatzprotokoll unterzeichnet haben.<sup>379</sup> Um den Schutz von Kernmaterialien zu erhöhen, hat die IAEA mit den Nicht-Kernwaffen-Staaten Sicherungsmaßnahmen, so genannte *safeguards*, vereinbart, mit denen die Abzweigung von waffenfähigem Spaltmaterial verhindert werden soll.<sup>380</sup> Zudem kann die IAEA auch Empfehlungen aussprechen, mit denen der Schutz sensibler Materialien weiter ausgebaut werden kann, wie zum Beispiel bei der Lagerung oder Transport.<sup>381</sup>

Im Bereich der Kontrolle von biologischen Waffen ist die internationale Staatengemeinschaft noch sehr weit davon entfernt ein Kontrollregime wie die IAEA zu etablieren. Zwar wurde bereits im Jahr 1972 das „*Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen (BWÜ)*“ geschlossen, das ein generelles Verbot biologischer Waffen

<sup>378</sup> Kubbig, Bernd W.; Müller, Harald: Nuklearexport und Aufrüstung. Neue Bedrohungen und Friedensperspektiven, Frankfurt a. M. 1993, S. 27

<sup>379</sup> Den NVV haben inzwischen 188 Staaten unterzeichnet, wohingegen Ende 2004 nur 90 Staaten auch das Zusatzprotokoll unterzeichnet hatten. *Vgl. hierzu:* Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2004, Berlin 2005, S. 26/27

<sup>380</sup> Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2004, Berlin 2005, S. 27

<sup>381</sup> Attali, Jaques: Strahlende Geschäfte. Gefahren des internationalen Atomschmuggels, Darmstadt 1996, S. 61

beinhaltet, jedoch wurde damals darauf verzichtet eine Organisation zu beauftragen dieses Verbot zu überwachen. Das BWÜ sieht lediglich vor, dass die Vertragsstaaten, die eine Verletzung des Vertrages bei einem anderen Staat vermuten, offiziell Beschwerde beim UN-Sicherheitsrat einlegen können, der daraufhin Kontrollen veranlassen kann.<sup>382</sup> Da dieser Zustand alles andere als zufrieden stellend ist, da es den Vertragsstaaten weiterhin möglich ist, ein geheimes Biowaffen-Programm zu führen, muss die Bedeutung des BWÜ deutlich herabgesetzt werden, auch wenn es mittlerweile zu einer geringfügigen Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Zeichnerstaaten gekommen ist. So wurden auf den Überprüfungskonferenzen 1986 und 1991 Maßnahmen vereinbart, die das Vertrauen erhöhen sollten, wie etwa im Bereich des Informationsaustauschs von biologischen Aktivitäten, zivilen Forschungs- und Produktionseinrichtungen nationalen Bio-Schutzprogrammen. Welch geringen Wert diese Vereinbarungen jedoch haben, zeigt die niedrige Anzahl von Staaten, die sich regelmäßig hierzu äußern.<sup>383</sup> Um diesem Missstand entgegenzutreten, begannen einige der BWÜ-Mitgliedstaaten Mitte im Jahr 1994 damit, auf diplomatischer Ebene über Verbesserungsmöglichkeiten zu verhandeln, die darauf abzielten dem BWÜ ein Zusatzprotokoll anzuhängen, mit dem die Kontrollmöglichkeiten intensiviert werden sollten; konkret sollte das Zusatzprotokoll „rechtlich verbindliche Verifikationsmaßnahmen etablieren und eine Vertragsorganisation ins Leben rufen“<sup>384</sup>. Dieses Vorhaben scheiterte allerdings im Sommer 2001 an amerikanischen Vorbehalten. Als Gründe für die Ablehnung führten die USA an, dass das Zusatzprotokoll nicht den gewünschten Effekt haben werde, und dass damit die nationale Sicherheit und

---

<sup>382</sup> Artikel VI Abs. 1 des BWÜ: „Jeder Vertragsstaat des Übereinkommens, der feststellt, dass ein anderer Vertragsstaat durch sein Handeln die sich aus diesem Übereinkommen ergebenden Verpflichtungen verletzt, kann beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Beschwerde einlegen. Eine solche Beschwerde soll mit allen nur möglichen Beweisen für ihre Begründetheit sowie mit einem Antrag auf Prüfung durch den Sicherheitsrat versehen sein.“, nachzulesen unter: [www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/friedenspolitik/abruesting/bwue-dt.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/friedenspolitik/abruesting/bwue-dt.pdf), abgerufen am 05.10.2005 um 13:07 Uhr

<sup>383</sup> Von den 153 Zeichnerstaaten beteiligen sich in der Regel weniger als ein Viertel an der Bereitstellung von Berichten. Vgl. hierzu: [www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/friedenspolitik/abr\\_und\\_r/jab2003/3/3\\_8.html](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/friedenspolitik/abr_und_r/jab2003/3/3_8.html), abgerufen am: 05.10.2005 um 11:22 Uhr

<sup>384</sup> Becker, Una: Zur schwierigen Kontrolle biologischer Waffen, in: ratsch, Ulrich; Mutz, Reinhard; Schoch, Bruno; Hauswedell, Corinna; Weller, Christoph (Hrsg.): Friedensgutachten 2005, Münster 2005, S. 165

die amerikanische Bioindustrie in Mitleidenschaft gezogen würde.<sup>385</sup> Im Gegenzug präsentierten die USA daraufhin im November 2001 einen eigenen, mehrere Punkte umfassenden, Vorschlag, der als Ersatzlösung für das gescheiterte Zusatzprotokoll dienen sollte. Ohne sich in Details zu verlieren, kann dieser amerikanische Vorschlag jedoch als völlig unzureichend bewertet werden, da wesentliche Neuerungen zum bestehenden Übereinkommen fehlten und wichtige Punkte gar nicht erst angesprochen wurden. Weder die Errichtung einer Kontrollorganisation und die damit verbundenen Möglichkeiten zur Überprüfung von Anlagen, noch die Regelung zur internationalen Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung bei der friedlichen Nutzung von Biotechnologie fanden Platz in den amerikanischen Vorschlägen.<sup>386</sup> Die Folge war, dass die 5. Überprüfungskonferenz 2001/2002 ohne nennenswerten Erfolg zu Ende gegangen war. Die teilnehmenden Staaten konnten sich lediglich darauf einigen, dass bis zum Jahr 2005 jährlich eine Expertengruppe zusammenkommen sollte, die sich mit einer Reihe von Themen beschäftigen sollte. Zu diesen Themen gehörten: die nationale BWÜ-Gesetzgebung und der dazugehörigen Strafgesetzgebung, die nationalen Maßnahmen zur physischen Sicherheit von Krankheitserregern und Toxinen, die Untersuchung der Auswirkungen von vermuteten B-Waffeneinsätzen und verdächtigen Krankheitsausbrüchen, die Überwachung, Erkennung, Diagnose und Behandlung von Infektionskrankheiten bei Menschen, Tieren und Pflanzen sowie der ethische Verhaltenskodex für Wissenschaftler.<sup>387</sup> Erste positive Ergebnisse dieses Expertentreffens gab es daraufhin im August 2003, als sich die Teilnehmer auf ein Konsenspapier einigen konnten, in dem einige wichtige Punkte festgehalten wurden. So einigten sich die Teilnehmer darauf, dass die Maßnahmen zur nationalen gesetzlichen Verankerung des BWÜ und zur Sicherung von gefährlichen Krankheitserregern und Toxinen in den Vertragsstaaten auf ähnlichen Ansätzen und gleichen Kernelementen beruhen; die Notwendigkeit, durch entsprechende Maßnahmen national ihren Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten zur Implementierung und zur

---

<sup>385</sup> Kelle, Alexander; Schaper, Anette: Bio- und Nuklearterrorismus. Eine kritische Analyse der Risiken nach dem 11. September 2001, HSFK-Report 10/2001, Frankfurt a. M. 2001, S. 15

<sup>386</sup> Vgl. Ebd., S. 17

<sup>387</sup> Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2003, Berlin 2004, S. 33

Stärkung des BWÜ nachzukommen.<sup>388</sup> Des Weiteren stellten die Experten heraus, wie wichtig die Überprüfung und Inkraftsetzung nationaler gesetzlicher und strafrechtlicher Maßnahmen zu den BWÜ-Verbotsbestimmungen und zur Verbesserung der Sicherheit vor Krankheitserregern und Toxinen und dass sich die Vertragsstaaten gegenseitig bei der Entwicklung und Erweiterung ihrer Gesetzgebung und bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Sicherheit biologischer Materialien unterstützen. Ein weiterer Fortschritt bei der Verbesserung der BWÜ-Mechanismen konnte im Dezember 2004 auf der Vertragsstaatenkonferenz erzielt werden, als sich die Staaten auf den Ausbau und die Unterstützung nationaler und internationaler Früherkennungs-, Überwachungs- und Diagnoseeinrichtungen<sup>389</sup> bei der Bekämpfung von Infektionsausbrüchen auch von Angriffen mit biologischen Waffen einigen konnten.<sup>390</sup> Daneben verständigten sich die Mitglieder auf die Verbesserung regionaler Früherkennungsmechanismen und die Stärkung der nationalen Fähigkeiten, was sich wiederum positiv auf die internationalen Fähigkeiten auswirken soll. Auf der sechsten Überprüfungskonferenz im Dezember 2006 einigten sich die Vertragsstaaten zwar darauf die nationalen Sicherungssysteme weiter auszubauen und eine Einheit innerhalb der UN zu schaffen, die als Kontaktstelle zwischen den Vertragsstaaten dienen soll,<sup>391</sup> jedoch bleibt abzuwarten, ob sich die Mitgliedsstaaten in Zukunft auch darauf einigen können, eine Organisation ins Leben zu rufen, die durch Kontrollen und Inspektionen befähigt ist, die Einhaltung des BWÜ konkret vor Ort zu überwachen.

Nicht nur im Bereich der atomaren und biologischen Waffen, sondern auch im Bereich der chemischen Waffen gibt es mittlerweile ein internationales Vertragswerk, das sich mit dem Verbot dieser Waffengattung beschäftigt; gemeint ist das „Übereinkommen über das Verbot chemischer Waffen (CWÜ)“, das im Jahr 1997 in Kraft getreten ist. Dieses Übereinkommen

---

<sup>388</sup> Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2003, Berlin 2004, S. 33

<sup>389</sup> Diese Aufgaben sollen vor allem die WHO (Weltgesundheitsorganisation) und die FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN) erfüllt werden. Vgl. hierzu: Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2004, Berlin 2005, S. 32

<sup>390</sup> Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2004, Berlin 2005, S. 32

<sup>391</sup> [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Abruestung/BioChemie/VerbotBioWaffen-BWUE.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Abruestung/BioChemie/VerbotBioWaffen-BWUE.html), abgerufen am 20.01.2008 um 14:48 Uhr

verbietet die Entwicklung, die Herstellung, den Besitz, die Weitergabe und den Einsatz chemischer Waffen.<sup>392</sup> Anders als beim BWÜ, der derzeit noch als schwammiges Vertragswerk im Völkerrecht umherirrt, haben sich die Vertragsstaaten des CWÜ direkt darauf verständigt, eine Organisation zu schaffen, die sämtliche Regelungen des Vertrags überwacht. Die OVCW, so der Name der Organisation, besteht aus den Vertragsstaaten des CWÜ, die auf der Vertragsstaatenkonferenz als wichtigstes Organ der OVCW sämtliche Maßnahmen und Entscheidungen im Konsens bzw. durch eine Zweidrittelmehrheit beschließen. Diese Konferenz wählt zudem einen aus 41 Mitgliedern bestehenden Exekutivrat, der dafür Sorge tragen soll, dass die Bestimmungen des CWÜ durchgeführt und eingehalten werden.<sup>393</sup> Eine weitere Aufgabe, die der Exekutivrat übernimmt, ist die Bindegliedfunktion zwischen der Vertragsstaatenkonferenz und dem Technischem Sekretariat, das Inspektionen in chemischen Anlagen in den Vertragsstaaten durchführt. Obwohl der CWÜ durch die Einrichtung einer Kontrollorganisation dem BWÜ in seiner Durchsetzungsfähigkeit weit überlegen ist, gab es in der jüngeren Vergangenheit im Rahmen des CWÜ Ereignisse und Situationen, die den Stellenwert des CWÜ und der OVCW gemindert haben. Ein Problempunkt der Vergangenheit war die Finanzierung. Gemäß den Vereinbarungen von 1997 wird die OVCW durch die Vertragsstaaten entsprechend eines bestimmten Verteilungsschlüssels finanziert und zwar in Form von jährlichen Mitgliedsbeiträgen. Daneben sind die Mitgliedstaaten verpflichtet die Kosten für Inspektionen an die Organisation zurückzuerstatten. Da es zeitweise zu verspäteten Mitgliedsbeitragszahlungen einiger Staaten gekommen war, und weil sich einige Staaten nicht an die termingerechten Rückzahlungen für Inspektionen gehalten hatten, kam es im Jahr 2001 zu einer schwerwiegenden Finanzkrise, die beinahe dazu geführt hätte, dass die OVCW ihre Aufgaben

---

<sup>392</sup> Artikel I Abs. 1 des CWÜ: „Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, unter keinen Umständen jemals a) chemische Waffen zu entwickeln, herzustellen, auf andere Weise zu erwerben, zu lagern oder zurückzubehalten oder chemische Waffen an irgend jemanden unmittelbar oder mittelbar weiterzugeben; b) chemische Waffen einzusetzen; c) militärische Vorbereitungen für den Einsatz chemischer Waffen zu treffen; d) irgend jemanden in irgendeiner Weise zu unterstützen, zu ermutigen oder zu veranlassen, Tätigkeiten vorzunehmen, die einem Vertragsstaat aufgrund dieses Übereinkommens verboten sind.“

<sup>393</sup> Höhl, Kathrin; Kelle, Alexander: Die multilaterale Rüstungskontrolle von chemischen Waffen am Scheideweg. Das Chemiewaffen-Übereinkommen und seine erste Überprüfungs-konferenz, HSFK-Report 15/2003, Frankfurt a. M. 2003, S. 5/6

nicht hätte erfüllen können.<sup>394</sup> Aber nicht nur die schwierige Finanzsituation, sondern auch die Umsetzung des CWÜ in die nationale Gesetzgebung und das Zusammenspiel zwischen den OVCW-Organen sowie zwischen den Vertragsstaaten und der Organisation haben die Handlungsfähigkeit in der Vergangenheit maßgeblich beeinträchtigt.<sup>395</sup> Was die Glaubwürdigkeit der OVCW zusätzlich erschüttert hat, ist die Tatsache, dass die USA und Russland, die infolge des Ost-West-Konflikts ein gewaltiges Potential an chemischen Waffen aufgebaut hatten, weit hinter den Vorgaben hinsichtlich der Zerstörung ihrer Waffen zurückliegen.<sup>396</sup> Trotz der oben genannten Schwierigkeiten, konnte sich die OVCW mittlerweile als Kontrollorganisation durchsetzen und genießt einen hohen Stellenwert. Sie repräsentiert inzwischen 167 Staaten, die dem CWÜ beigetreten sind, wodurch der CWÜ eine ähnliche Position eingenommen hat, wie der NVV. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kontrollmöglichkeiten der OVCW an demselben Makel leiden, wie dies bis 1992 auch beim NVV der Fall war, da der Vertrag lediglich die Kontrolle von deklarierten Anlagen und Einrichtungen erlaubt. Da sich daraus jedoch, ebenso wie beim NVV, das Problem ergeben könnte, dass ein Staat in nicht deklarierten Anlagen ein geheimes Chemiewaffen-Programm unterhält, wurde auf einem Workshop im Sommer 2004 darüber gesprochen, so genannte Verdachtsinspektionen einzuführen, die auch die Kontrolle von nicht deklarierten Einrichtungen ermöglichen würden.<sup>397</sup>

Die gültigen Verträge zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen stellen einen wichtigen Beitrag zur Reduktion von atomaren, biologischen und chemischen Waffen dar. Von großer Bedeutung sind hier insbesondere der NVV und das CWÜ, da diesen Verträgen Organisationen angegliedert wurden, die die jeweiligen Bestimmungen überwachen sollen. Die IAEO und die OVCW bilden somit heute das Rückgrat der Non-Proliferation, da sie zu umfassenden Kontrollen in den Mitgliedstaaten berechtigt sind. Ganz anders

---

<sup>394</sup> Höhl, Kathrin; Kelle, Alexander: Die multilaterale Rüstungskontrolle von chemischen Waffen am Scheideweg. Das Chemiewaffen-Übereinkommen und seine erste Überprüfungs-konferenz, HSFK-Report 15/2003, Frankfurt a. M. 2003, S. 10

<sup>395</sup> Vgl. Ebd., S. 8 ff.

<sup>396</sup> Der CWÜ sah 1997 vor, dass alle Staaten, die chemische Waffen besitzen, ihr gesamtes Arsenal innerhalb von zehn Jahren, also bis 2007, zerstört haben sollen. Die Realität sieht allerdings anders aus, da die USA im Jahr 2007 aller Wahrscheinlichkeit nach nur 45% und Russland nur 20% ihres Arsenal zerstört haben werden. Vgl. hierzu: Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2004, Berlin 2005, S. 33

<sup>397</sup> Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2004, Berlin 2005, S. 33

sieht dies bei der Nichtverbreitung von biologischen Waffen aus, da es hier keine Kontrollorganisation gibt, die die Regelungen des BWÜ überwacht, weshalb der Sinn dieses Übereinkommens deutlich in Frage gestellt ist. Allein dies zeigt schon, dass ein umfassender Schutz vor der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen nicht gegeben ist, da die Nationalstaaten unbehelligt an biologischen Waffen forschen könnten. Aber auch die Entwicklung von atomaren und chemischen Waffen kann durch die Kontrollregime nicht endgültig verhindert werden, da für eine groß angelegte Kontrolle das Geld und das Personal fehlt; die Kontrollmechanismen bestehen prinzipiell nur aus Stichproben. Hinzu kommt noch, dass nicht alle Staaten auch Mitglieder dieser Regime sind, sodass in diesen Staaten Kontrollen gar nicht erst möglich sind, da die Verträge nur Kontrollen in den Mitgliedstaaten erlauben. Die Tatsache, dass nicht alle Staaten kontrolliert werden, und dass die Kontrolle der Mitgliedstaaten lediglich aus Stichproben bestehen, verdeutlicht, dass die Proliferation von Massenvernichtungswaffen noch lange nicht gestoppt ist; es gibt nach wie vor zu viele Lücken und Fehler in den Kontrollsystemen. Die Arbeit der Organisationen führt allerdings dazu, dass die Entwicklung in den Mitgliedstaaten deutlich erschwert wird, da die Nationalstaaten jederzeit mit Inspektionen rechnen müssen. Es zeigt sich also, dass im Bereich der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen noch viel zu tun ist; hier gilt es vor allem dafür zu sorgen, dass alle Nationalstaaten in die Kontrollsysteme integriert werden, und dass die Kontrollorganisationen über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, um permanente Kontrollen durchführen zu können.

### 3.4 Die Waffen des Al-Qaida-Terrorismus – Massenvernichtungswaffen als reale Option?

Seitdem die Al-Qaida und die ihr angegliederten Terrorgruppen den offenen Kampf gegen den Westen und seinen Verbündeten begonnen haben, waren die Drahtzieher und Chefideologen darauf bedacht die Art und Weise ihrer Vorgehensweise stetig zu verbessern und die Zahl von Opfern von mal zu mal zu erhöhen. So soll den Feinden, neben den politischen Zielen, gezeigt werden, welche Macht sie besitzen, und dass sie als ernstzunehmende Gegner betrachtet werden müssen. Sie wollen der Welt damit zeigen, dass sie in der Lage sind

jederzeit und an jedem Ort auf der Welt einen großen Terroranschlag zu verüben, mit dem Ziel eine möglichst hohe Zahl von Opfern zu erreichen.

Bereits beim ersten Anschlag auf das World Trade Center 1993 hatten die Terroristen darauf spekuliert, dass die Detonation des in der Tiefgarage deponierten Sprengstoffs ausreichen würde, einen der Türme einstürzen zu lassen. Im Idealfall, so die Hoffnung der Attentäter, sollte dieser Turm dann den zweiten Turm berühren und ebenfalls zum Einsturz bringen, was jedoch aufgrund der zu geringen Menge Sprengstoff nicht funktioniert hat. Es gab zwar einige Tote und eine große Anzahl Verletzter, jedoch blieb das Ausmaß der Schäden und Opfer aus heutiger Sicht in einem überschaubaren Rahmen. Bis heute ist allerdings nicht endgültig geklärt, ob Al-Qaida an diesen Anschlägen direkt oder nur durch die Bereitstellung finanzieller Mittel beteiligt gewesen ist. Unabhängig von der Beteiligung Al-Qaidas hatte dieser Anschlag jedoch schon eine richtungweisende Intention: die Bereitschaft islamistischer Terroristen zum tausendfachen Mord.<sup>398</sup> Dieses Attentat zeigt, dass sich die Qualität des modernen Terrorismus deutlich verändert hat, wenn man bedenkt, dass politische Terroristen, und nichts anderes sind islamistische Terroristen, in erster Linie darauf bedacht waren Aufmerksamkeit für ihren politischen Willen zu erregen;<sup>399</sup> mit dem ersten Anschlag auf das World Trade Center sollte jedoch Aufmerksamkeit *durch* eine hohe Opferzahl erreicht werden. Glaubt man damaligen Statistiken, denen zufolge zu Beginn der 90er Jahre nur 15-20% aller Terrorakte mit Todesopfern endeten,<sup>400</sup> so muss dieser Terroranschlag und die Ziele, die dahinter steckten, als Beginn eines neuen terroristischen Zeitalters verstanden werden. Da dieser Anschlag jedoch nicht den gewünschten Effekt hatte, wurden die Terroranschläge in der Folgezeit präziser und die Wirkung wesentlich erhöht, indem sich die Terroristen beispielsweise nicht mehr nur auf ein Ziel konzentrierten, sondern auf mehrere Ziele, die parallel zueinander Schauplatz von Terroranschlägen werden sollten. Mit dieser neuen Methode und der damit verbundenen Steigerung der Opferzahlen, bewiesen sie nicht nur die Fähigkeit aus Fehlern zu lernen, sondern auch ihre Kreativität. Besonders deutlich wurde dies bei den

---

<sup>398</sup> Es haben sich im WTC zeitweise bis zu 100.000 Menschen gleichzeitig aufgehalten. *Vgl. hierzu:* Schröm, Oliver: Al-Qaida. Akteure, Strukturen, Attentate, Berlin 2003, S. 14

<sup>399</sup> Kamp, Karl-Heinz: Nuklearterrorismus: Fakten und Fiktionen, Interne Studien Nr. 96/1994 der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin 1994, S. 19

<sup>400</sup> Vgl., S. 22

Terroranschlägen gegen die amerikanischen Botschaften in Kenia und Tansania im Sommer 1998, bei denen durch zwei räumlich getrennte Anschläge 263 Menschen getötet und 4.500 verletzt wurden. Dass die islamistischen Terroristen neben ihrer neuen Professionalität auch in der Auswahl ihrer Ziele neue Wege gingen, verdeutlicht der Anschlag auf den amerikanischen Zerstörer U.S.S.Cole, der während der Treibstoffaufnahme im Hafen von Aden von einem mit Sprengstoff bepackten Schlauchboot gerammt wurde. Trotz der 17 toten Matrosen war dieser Anschlag dabei weniger darauf ausgelegt viele Menschen zu töten, als vielmehr den USA zu zeigen, dass es kein Ziel mehr gibt, vor dem sie (die Terroristen) zurückschrecken; selbst das hochgerüstete amerikanische Militär stellt seitdem kein Hindernis mehr dar. Dass der islamistische Terrorismus heutzutage wahrlich keinerlei Grenzen mehr zu kennen scheint, und dass den Terroristen zur Durchsetzung ihrer Ziele inzwischen alle Mittel recht sind, ist dem Westen am 11.September 2001 aufs abscheulichste vorgeführt worden. Insbesondere die Verwendung von Passagierflugzeugen als bemannte Bomben hat dem Al-Qaida-Terrorismus wieder eine neue Qualität verliehen, da der Weg der konventionellen Kriegsführung verlassen und durch eine unkonventionelle Vorgehensweise ersetzt wurde. Auch der organisatorische Aufwand, was Planung und Finanzierung sowie Ausbildung der Terroristen angeht, ist mit keiner bisherigen terroristischen Tat zu vergleichen, sodass daraus zu schließen ist, dass der Westen einem Gegner gegenübersteht, der auf höchstem militärischen Niveau plant, unter Einbeziehung aller militärischen Optionen. Die Entwicklung des Al-Qaida-Terrorismus zeigt demnach deutlich, dass sich Art und Qualität der Anschläge ständig verbessert haben, und dass sich hinter den terroristischen Aktionen Al-Qaidas weit mehr als nur ein aggressives Potential verbirgt. Die Tatsache, dass sich seit dem 11.September 2001 kein Anschlag mehr ereignet hat, der das Ausmaß des 11.Septembers besaß, darf allerdings nicht dazu führen, zu glauben die Gefahr derartiger Anschläge sei gebannt. Man kann vielleicht mutmaßen, dass die „alte“ Al-Qaida mit ihren bekannten Führungspersönlichkeiten, aufgrund der gegenwärtigen westlichen Militärpräsenz in Afghanistan in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt ist, und dass sie zurzeit keine eigenen größeren Anschläge verüben kann. Die Attentate von Bali, Madrid und London zeigen jedoch, dass das islamistisch-

terroristische Potential ungebrochen ist, und dass nun andere Terrorgruppen in die Fußstapfen Al-Qaidas getreten sind, die sich als Erben Bin Ladens verstehen. Arbeiten diese Gruppen nach demselben Schema wie die Al-Qaida und davon ist auszugehen, da sie sich selbst immer wieder mit Al-Qaida in Verbindung bringen, so ist ihnen in absehbarer Zeit durchaus etwas Vergleichbares zum 11. September 2001 zu zutrauen. Sollte allerdings die „alte“ Al-Qaida doch noch befähigt sein „große“ Terroranschläge zu verüben, so muss, entsprechend der Entwicklung bis zum 11. September 2001, damit gerechnet werden, dass dieser Anschlag oder diese Anschläge die Wirkung des „Heiligen Dienstags“<sup>401</sup> noch weit übertreffen werden.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Verwendung von Flugzeugen, die aufgrund ihrer Geschwindigkeit, Masse und der mitgeführten Menge Treibstoff bereits über eine enorme Detonationskraft verfügen und andere konventionelle Waffen kaum eine ähnliche Sprengkraft besitzen, bieten sich nur noch Massenvernichtungswaffen an. Nur sie sind in ihrer Wirkung gefährlicher als alle bislang verwendeten „Waffen“ und nur sie bieten die Möglichkeit den Westen erneut zu schockieren. Dass der Einsatz von Massenvernichtungswaffen durch Terroristen keine Utopie, sondern ein als äußerst real einzuschätzendes Risiko ist, zeigen die unterschiedlichen Hinweise, die der Westen im Rahmen seiner Ermittlungen bezüglich der Herstellung von Massenvernichtungswaffen durch die Al-Qaida bekommen hat.

Den ersten Hinweis darauf, dass Osama Bin Laden und die Al-Qaida ein vehementes Interesse an Massenvernichtungswaffen haben, bekamen die USA schon im Jahr 1996 von dem Sudanesen Jarmal Ahmad al-Fadl.<sup>402</sup> Dieser behauptete, dass er direkten Kontakt zu Osama Bin Laden gehabt habe, und dass Bin Laden bereits 1993 versucht habe, waffenfähig angereichertes Uran aus Südafrika zu bekommen; zudem berichtete al-Fadl, dass er selbst einen

---

<sup>401</sup> Dieser Ausdruck wird in Al-Qaida-Kreisen als Synonym für den 11. September 2001 verwendet.

<sup>402</sup> Die Glaubwürdigkeit dieser Quelle steht nicht eindeutig fest, da al-Fadl eine kriminelle Vergangenheit und eine alles überwiegende Affinität zu Geld haben soll, die ihn seine religiösen Motive vergessen lässt. Dennoch muss er in gewisser Weise ernst genommen werden, da er genaue Informationen über die Struktur von Al-Qaida kannte und weil er sich mit seinen Aussagen selbst belastet hatte. Vgl. *hierzu*: Kelle, Alexander; Schaper, Annette: Bio- und Nuklearterrorismus. Eine kritische Analyse der Risiken nach dem 11. September 2001, HSFK-Report 10/2001, Frankfurt a. M. 2001, S. 30

Container mit hoch angereichertem Uran im Sudan gesehen habe.<sup>403</sup> Die Erwähnung Südafrikas ist in diesem Zusammenhang und auch im zeitlichen Kontext nicht uninteressant, da die weiße Apartheids-Regierung in den 80er Jahren heimlich sechs einsatzfähige Uran-Nuklearsprengsätze hergestellt hatte, wobei der eigentliche Plan jedoch vorsah sieben Kernwaffen herzustellen.<sup>404</sup> Nach Angaben des ehemaligen südafrikanischen Präsidenten de Klerk seien die sechs gebauten Nuklearwaffen jedoch nach 1990 wieder vernichtet worden.<sup>405</sup> Was mit den sechs Atomsprengköpfen allerdings genau geschehen ist, und ob sie wirklich alle vernichtet wurden, und wo das Uran für die geplante siebte Waffe verblieben ist, sind Fragen, die heute nicht mehr im Detail geklärt werden können. Es ist daher denkbar, dass es sich bei dem von al-Fadl beschriebenen Uran, um das Material für die siebte südafrikanische Atomwaffe handelte. Da die IAEO bereits kurz nach Bekanntwerden des südafrikanischen Atomwaffenprogramms mit massiven Kontrollen in den dortigen Atomanlagen begonnen hatte, ist es sehr unwahrscheinlich, dass das oben beschriebene Uran nach dem Beginn der Kontrollen außer Landes gebracht worden ist, woraus zu schließen ist, dass Bin Laden schon recht lange im Besitz waffenfähigen Urans sein könnte. Sollte die Geschichte stimmen, so stellt dies eine nicht zu unterschätzende Bedrohung dar, denn die Verfügungsgewalt über waffenfähiges Uran ist die Grundvoraussetzung für den Bau einer einsatzfähigen Nuklearwaffe. Aber nicht nur zweifelhafte Zeugen, die sich zu möglichen Bestrebungen Al-Qaidas geäußert haben, lassen den Verdacht erhärten, dass sich Bin Laden und seine Organisation vehement darum bemüht haben Massenvernichtungswaffen und hier vor allem Nuklearwaffen zu bekommen, sondern Bin Laden selbst hat dieses Bestreben im Jahr 1998 in einem Interview zugegeben. Mit den Worten, „es sei eine religiöse Pflicht, sich diese Waffen zu verschaffen und eine Sünde, es nicht zu versuchen“,<sup>406</sup> hatte Bin Laden unmissverständlich klargemacht, dass seine weitere terroristische Planung durchaus den Einsatz von Massenvernichtungswaffen vorsah und dass

---

<sup>403</sup> Kelle, Alexander; Schaper, Anette: Bio- und Nuklearterrorismus. Eine kritische Analyse der Risiken nach dem 11.September 2001, HSFK-Report 10/2001, Frankfurt a. M. 2001, S. 30

<sup>404</sup> Krause, Joachim: Strukturwandel der Nichtverbreitungspolitik. Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und die weltpolitische Transformation, Schriften des Forschungsinstituts der deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Reihe: Internationale Politik und Wirtschaft Bd. 65, Bonn 65, S. 70

<sup>405</sup> Vgl. Ebd.

<sup>406</sup> Kelle, Alexander; Schaper, Anette: Bio- und Nuklearterrorismus. Eine kritische Analyse der Risiken nach dem 11.September 2001, HSFK-Report 10/2001, Frankfurt a. M. 2001, S. 30

die Al-Qaida Versuche unternommen hat oder unternommen wird sich solcher Waffen habhaft zu machen. Die Erkenntnisse, die sich in Folge des Afghanistan-Krieges und durch die Festnahme hochrangiger Al-Qaida-Mitglieder ergeben haben, bestätigen indes die Aussagen Bin Ladens aus dem Jahr 1998. Um sich das notwendige Know How zur Entwicklung einsatzfähiger Nuklearwaffen zu verschaffen, knüpfte die Al-Qaida bereits in den späten 90er Jahren Kontakte zu Wissenschaftlern, die der Al-Qaida bei der Verwirklichung ihrer Ziele helfen sollten. Geleitet von Größenwahn und tiefem Hass gegenüber dem Westen erhofften sie sich unter anderem konkrete Unterstützung beim Bau einer eigenen Nuklearwaffe, durch pakistanische Wissenschaftler im Jahr 1999,<sup>407</sup> was jedoch in der Erkenntnis mündete, dass dieses Unterfangen zum damaligen Zeitpunkt nicht durchführbar war. Lediglich der Bau einer so genannten „schmutzigen Bombe“ (hierzu später mehr) erschien damals im Rahmen des Möglichen. Da die Al-Qaida-Führung dennoch eigene Nuklearwaffen besitzen wollte, kam es im August 2001 zu einem erneuten Treffen zwischen der Al-Qaida und pakistanischen Experten. Im Gegensatz zu den Kontakten von 1999 fand dieses Treffen nun auf der höchsten Ebene statt, da *Osama Bin Laden* und *Ayman al-Zawahiri* direkt an den Gesprächen teilnahmen. Die Gesprächspartner auf der anderen Seite waren *Sultan Bashiruddin Mahmood* und *Abdul Majeed*, die der Al-Qaida-Spitze Informationen über atomare, biologische und chemische Waffen liefern sollten.<sup>408</sup> Insbesondere *Mahmood* erschien der Al-Qaida der ideale Gesprächspartner zu sein, da er aufgrund seiner wissenschaftlichen Tätigkeit im Bereich der Anreicherung von Spaltmaterialien über fundamentale Kenntnisse zur Herstellung waffenfähigen Urans und Plutoniums verfügte.<sup>409</sup> Zudem galt *Mahmood* als ausgesprochener Islamist, der hinsichtlich seiner Ideologie perfekt zur Al-Qaida passte. Obwohl *Mahmood*, der im Oktober 2001 von pakistanischen Sicherheitskräften verhaftet worden war, behauptete, dass er Bin Laden niemals getroffen habe, gibt es dennoch ausreichend Hinweise darauf, dass sich die oben beschriebene Geschichte zumindest im

---

<sup>407</sup> Follath, Erich; Mascolo, Georg: Die Jagd nach der Bombe, in: Der Spiegel Nr.5 vom 26.01.2004, S. 102

<sup>408</sup> Allison, Graham: Nuclear Terrorism, New York 2004, S. 20

<sup>409</sup> Er war einer der Schlüsselfiguren bei der Herstellung des Urans für den ersten erfolgreichen pakistanischen Nuklearwaffentest 1998. Ebenso war er in einer führenden Position an der Herstellung von waffenfähigem Plutonium beteiligt. Vgl. hierzu: Allison, Graham: Nuclear Terrorism, New York 2004, S. 20

grob so zugetragen hat. Zu nennen sind hier zum einen Lügendetektortests, die etwas anderes aussagten und zum zweiten die Aussagen seines Sohnes Asim, der den Behörden erzählt hatte, dass Bin Laden seinen Vater gefragt habe, wie man Nuklearwaffen oder ähnliche Dinge herstellt.<sup>410</sup> Einen weiteren Hinweis darauf, dass sich islamistische Personen um Osama Bin Laden für Nukleartechnologie interessiert haben, kommen aus russischen Sicherheitskreisen, denen zufolge Russland im Jahr 2000 die Anwerbung eines russischen Nuklearwissenschaftlers durch die Taliban verhindern konnte.<sup>411</sup> Angesichts der technischen Schwierigkeiten, die die Herstellung von Nuklearwaffen augenscheinlich mit sich bringt (dies wird den nachfolgende Kapiteln vertiefend behandelt), haben sich die Al-Qaida-Führer nicht nur mit atomaren Waffen auseinandergesetzt, sondern auch mit biologischen und chemischen Waffen. Darauf deuten Laboreinrichtungen, die nach dem Afghanistan-Feldzug gefunden wurden.<sup>412</sup> In diesen Laboren, und insbesondere in einem nahe der Stadt Kandahar gelegenen Labor, wurden Milzbrandsporen gefunden, von denen man zunächst vermutete, dass sie auf natürliche Art entstanden seien, da sämtliche Einrichtungen zur synthetischen Herstellung fehlten.<sup>413</sup> Welche Ausmaße das Biowaffen-Programm von Al-Qaida jedoch wirklich hatte, konnten die Ermittler allerdings erst im Jahr 2003 in Erfahrung bringen, als die Nummer Drei der Al-Qaida-Rangfolge, *Khalid Scheich Mohammed* verhaftet wurde. In seinem Versteck, bezeichnenderweise bei einem Mikrobiologen, der zuvor in keiner Weise politisch aufgefallen war, wurden Unterlagen sowie Computerdateien sichergestellt, die eindeutig beweisen, dass Al-Qaida definitiv an der Herstellung von biologischen Kampfstoffen, wie etwa Botulinum, gearbeitet hatte.<sup>414</sup> Auch mehren sich die Hinweise darauf, dass die Al-Qaida bis zu ihrer Vertreibung aus Afghanistan intensiv an der Entwicklung einsatzfähiger chemischer Kampfstoffe geforscht und die hergestellten Präparate bereits an Hunden getestet hatte. Dies belegen zum einen Aussagen von inhaftierten Terroristen, die dies schon vor dem

---

<sup>410</sup> Allison, Graham: Nuclear Terrorism, New York 2004, S. 23

<sup>411</sup> Kelle, Alexander; Schaper, Annette: Bio- und Nuklearterrorismus. Eine kritische Analyse der Risiken nach dem 11. September 2001, HSK-Report 10/2001, Frankfurt a. M. 2001, S. 30

<sup>412</sup> Müller, Harald: Supermacht in der Sackgasse? Die Weltordnung nach dem 11. September, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung. Schriftenreihe Bd. 419, Bonn 2003, S. 84

<sup>413</sup> Schröm, Oliver: Al-Quaida. Akteure, Strukturen, Attentate, Berlin 2003, S. 186

<sup>414</sup> Vgl. Ebd.

11. September erwähnt hatten sowie Videobänder, auf denen Hunde zu sehen sind, die nach der Zugabe von Zyanid verendet waren.<sup>415</sup>

Obwohl es inzwischen ausreichend Hinweise dafür gibt, dass vor allem die Al-Qaida lange Zeit versucht hatte, sich Massenvernichtungswaffen zu beschaffen, muss der Vollständigkeit halber erwähnt werden, dass es dieses Interesse nicht nur bei Al-Qaida gab. So hat sich gezeigt, dass sich die japanische Sekte AUM, bereits ebenfalls sehr intensiv mit diesem Thema beschäftigt hat. Den Beweis hierfür brachten die U-Bahn Anschläge in Tokio 1995, als Mitglieder dieser apokalyptischen Sekte in Plastikflaschen befindliches Sarin-Gas freisetzen. Dieser Anschlag, der in seiner Wirkung weit unter dem blieb, was sich seine Urheber erhofft hatten, forderte 12 Tote und rund 5.500 Verletzte.<sup>416</sup> Neben der Entwicklung von chemischen Waffen hat sich die AUM-Sekte zusätzlich auch mit biologischen und atomaren Waffen auseinandergesetzt. Zum Biowaffen-Programm von AUM gehörte zunächst die Herstellung von Botulismus-Bazillen, was jedoch bald aufgegeben wurde, da sich Probleme hinsichtlich der Ausbreitung ergaben. Das Nachfolgeprojekt befasste sich daraufhin mit der Entwicklung des Milzbranderreger.<sup>417</sup> Wie bereits erwähnt, hatte sich die Sekte darüber hinaus auch mit atomaren Waffen beschäftigt, mit dem Ziel eine intakte Waffe in der ehemaligen Sowjetunion zu kaufen oder durch eine eigene Urananreicherung herzustellen.<sup>418</sup> Neben der AUM-Sekte, die als erste terroristische Vereinigung eine Massenvernichtungswaffe eingesetzt hatte, sprechen einige Sachverhalte auch dafür, dass sich tschetschenische Rebellen (Terroristen) ebenfalls mit unkonventionellen Waffen beschäftigt haben oder gar noch immer beschäftigen. Als wichtigster Beweis hierfür gilt der Fund einer radiologischen Bombe in einem Moskauer Park, die nach offiziellen russischen Angaben, dort von tschetschenischen Rebellen deponiert worden sein soll.<sup>419</sup> Das aktuellste Beispiel für die terroristische Verwendung von Massenvernichtungswaffen stellen jedoch die Milzbrand-Anschläge in den USA nach dem 11. September 2001 dar. Damals wurden vermehrt Briefe verschickt, die den Milzbrand-

---

<sup>415</sup> Schröm, Oliver: Al-Qaida. Akteure, Strukturen, Attentate, Berlin 2003, S. 184

<sup>416</sup> Kaplan, David E.; Marshall, Andrew: AUM. Eine Sekte greift nach der Welt, Berlin 1998, S. 362

<sup>417</sup> Vgl. Ebd.

<sup>418</sup> Vgl. Ebd., S.280

<sup>419</sup> Allison, Graham: Nuclear Terrorism, New York 2004, S. 31

Erreger beinhalteten. Das Erstaunliche bei diesen Anschlägen war allerdings, dass es den US-Sicherheitsbehörden gelungen war, den Herstellungsort zu ermitteln, da es sich bei dem verwendeten Anthrax um Mikroorganismen handelte, die zum Teil aus amerikanischer Produktion stammten.<sup>420</sup> Obschon feststeht, dass das gefundene Anthrax in den USA hergestellt worden ist, konnte bislang nicht geklärt werden, wer für die Anschläge verantwortlich war und wer das amerikanische Anthrax aus den jeweiligen Laboratorien entwendet hatte; dieser Fall stellt bis heute ein Mysterium dar, der wohl nie in seiner Gesamtheit aufgedeckt werden wird (oder soll?).

Galten die Herstellung und der Einsatz von Massenvernichtungswaffen durch Terroristen in der Wissenschaft bis zur Mitte des letzten Jahrzehnts als eine Option, die bei Terrorismus-Studien vernachlässigt werden konnte, weil man davon ausging, dass ein derartiger Einsatz den terroristischen Zielen nicht dienlich sei,<sup>421</sup> so hat sich dieses Bild, entsprechend der oben aufgeführten Beispiele drastisch geändert. Mit dem neuen Terrorismus der Al-Qaida und der ihr angeschlossenen Terrorgruppen hat die Art und Weise, wie der politische Gegner bekämpft wird Ausmaße angenommen, die keinerlei Grenzen mehr kennt. Die islamistisch-terroristische Ideologie der Attentäter mündet mittlerweile in einem schier unendlichen Wahnsinn, der sie dazu antreibt immer schlimmere und mit höheren Opfern einhergehende Terroranschläge zu verüben. Der Verlauf der terroristischen Aktivitäten der islamistischen Terroristen weist eindeutig in diese Richtung. Auch gilt inzwischen als gesichert, dass die islamistischen Terroristen unermüdlich versucht haben (und dies wahrscheinlich noch immer machen) Massenvernichtungswaffen zu bekommen bzw. selber herzustellen. Dieser Trend lässt sich zwar auch bei einigen Staaten erkennen, die insbesondere nach dem Ende des alles beherrschenden Ost-West-Konflikts, Versuche unternommen haben die Verfügungsgewalt über ABC-Waffen zu bekommen, allerdings gibt es zwischen radikalen Staaten und radikalen Islamisten einen gewaltigen Unterschied bezüglich der Einsatzdoktrinen. Während souveräne

---

<sup>420</sup> Die Untersuchungen haben gezeigt, dass es sich dabei um Milzbrandsporen handelte, die in den 50er Jahren in Iowa zu wissenschaftlichen Zwecken verwendet wurden. *Vgl. hierzu:* Rahmig, Jürgen: Erdöl, Macht und Heiliger Krieg. Die islamische Krisenregion, Reutlingen 2001, S. 138

<sup>421</sup> Kamp, Karl-Heinz: Nuklearterrorismus: Fakten und Fiktionen, Interne Studien Nr. 96/1994 der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin 1994, S. 18 ff.

Nationalstaaten ABC-Waffen in erster Linie dazu nutzen eine glaubhafte Abschreckung aufzubauen, um ihre Gegner von einem Angriff abzuhalten, so spielen Massenvernichtungswaffen in terroristischer Hand keineswegs eine defensive Rolle. Terroristen wollen sich solche Waffen beschaffen, um sie auch einzusetzen, weshalb von einer einzigen ABC-Waffe eine weitaus größere Gefahr ausgeht, als beispielsweise von 10 nordkoreanischen Atomsprengköpfen. Da die Staaten, die über ABC-Waffen verfügen und den USA feindlich gesonnen sind, damit rechnen müssen, dass die USA mit ihrem gesamten Potential zurückschlagen würden, sollten die USA mit ABC-Waffen angegriffen werden, erscheint eine zwischenstaatliche Auseinandersetzung in dieser Größenordnung als ein gering einzuschätzendes Risiko. Die Terroristen hingegen, die bereit sind sich selbst zu opfern, die nicht die Verantwortung für einen Staat haben und denen die Folgen egal sind, da sie nur darauf bedacht sind dem Gegner zu schaden, stellen demzufolge eine ungleich größere Gefahr dar. Die westlichen Staaten sind sich dieser Bedrohung mittlerweile durchaus bewusst und haben mit verschiedenen Maßnahmen darauf reagiert. Ein Beispiel hierfür ist die Beschaffung von Impfstoff gegen den als biologische Waffe eingeordneten Milzbranderreger in der Bundesrepublik Deutschland, nachdem es in den USA kurze Zeit nach dem 11. September 2001 zu wiederholten, wenn auch in ihren Folgen noch harmlosen, Angriffen mit Milzbrand verseuchten Briefen gekommen war. Welche Rolle hierbei die Al-Qaida oder andere terroristische Gruppen gespielt haben, ist allerdings bis heute nicht klar, da eine direkte Verbindung zu diesen Terroristen nicht nachgewiesen werden konnte. Man sieht also, dass sich der Westen generell darauf einstellt hat, dass künftig Terroranschläge mit Massenvernichtungswaffen verübt werden können. Den Fehler, den die westlichen Sicherheitsbehörden bei ihren Überlegungen hierzu jedoch machen, ist, dass sie davon ausgehen, dass die islamistischen Terroristen im Rahmen ihrer Interessenartikulation in Form von terroristischen Anschlägen weiterhin *nur* das Ziel verfolgen werden, auf spektakuläre Art und Weise möglichst viele Menschen, und wenn möglich, auf westlichem Gebiet zu töten. Dieses Scheuklappen-Denken hat dazu geführt, dass sich gegenwärtig das Hauptaugenmerk der Sicherheitsinstanzen auf die Überwachung von menschenreichen Arealen, wie zum Beispiel Volksfeste, Sportveranstaltungen

oder Bahnhöfe und Personenzüge auf den eigenen Territorien richtet. Da sich die islamistischen Terroristen aber zur Aufgabe gemacht haben den Westen nachhaltig zu schädigen und in Anbetracht der Tatsache, dass dies weder durch den 11.September 2001 noch durch irgendeinen anderen Terroranschlag bislang gelungen ist, darf bezweifelt werden, dass ein Anschlag mit Massenvernichtungswaffen auf westlichem Boden zu eben diesem Ziel führen würde. Wie bereits unter 3.2.3 dargestellt, bietet sich hierfür vielmehr die Erdölindustrie im Mittleren Osten als potentiell Ziel an. Für diese Umkehr, weg vom Massenmord, hin zu einer auf eine möglichst hohe Effizienz ausgelegte Terrorkampagne spricht zum einen die mangelnde Einbeziehung dieser Option in die westlichen Sicherheitsüberlegungen, zum zweiten die Schwierigkeiten für Terroristen in Bezug auf die Einfuhr von Massenvernichtungswaffen in ein westliches Land sowie die geringere Gefahr für islamische Terroristen in einem arabischen Staat an solch sensiblen Anlagen aufzufallen. Hinzu kommt noch, dass sich ausländische Erdölindustriekomplexe jeder Art westlicher Kontrolle entziehen, da der Schutz dieser Anlagen zu den Aufgaben des jeweiligen Nationalstaates gehört und somit die Gewähr nicht gegeben ist, dass dort westliche Kontrollstandards eingehalten werden, wobei auch dort die Kontrollen inzwischen deutlich verstärkt worden sind.

Ob der Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen die Erdölindustrie nur ein weit hergeholtes Szenario ist, das jeglicher logischen Grundlage entbehrt, oder ob es sich hierbei um eine bislang unterschätzte Form des Terrorismus handelt, die durchaus reale Chancen auf Verwirklichung hat, hängt von einer Vielzahl von Faktoren. Zu diesen Faktoren gehören das Vorhandensein von ausreichend technischem Know How, was wiederum entsprechend geschultes Personal voraussetzt; das Vorhandensein der notwendigen Gerätschaften; der Zugriff auf die benötigten Ausgangsmaterialien; das Vorhandensein eines Raumes oder Gebietes, das den nötigen Schutz vor äußeren Einflüssen, wie etwa gegnerischen Spionen oder modernen Aufklärungsmitteln bietet und die Bereitstellung von großzügigen Finanzmitteln. Der wichtigste Faktor ist und bleibt aber der Wille der islamistischen Terroristen für ein solches Projekt, wobei dieser Wille bereits, durch die in der Vergangenheit durchgeführten Versuche an Massenvernichtungswaffen zu kommen, bewiesen ist. Kern der

nachfolgenden Untersuchungen soll daher die Frage sein, ob es islamistischen Terroristen gelingen könnte einsatzfähige Waffen herzustellen oder zu erwerben und welche Auswirkungen der Einsatz solcher Waffen auf die Erdölversorgung des Westens haben könnte.

#### 3.4.1 Atomare Waffen als realistische Option?

Im Angesicht der erdrückenden Beweise für den Drang der Al-Qaida Massenvernichtungswaffen zu bekommen und vor dem Hintergrund, dass es bereits in der Vergangenheit Anschläge auf die Erdölindustrie gegeben hat, stellt sich durchaus die Frage, ob sich daraus eine Bedrohung der Erdölindustrie durch Massenvernichtungswaffen ergibt. Ob eine solche Gefahr real ist oder als science-fiction abgetan werden kann, soll in den nachfolgenden Kapiteln näher untersucht werden. Hierbei geht es in besonderem Maße darum, aufzuzeigen, wie Terroristen ABC-Waffen in die Hände bekommen können und welche Waffen sich für derartige, in der Wissenschaft bislang unterschätzte, Anschläge besonders eignen. Beginnen wird diese Untersuchung, gemäß der alphabetischen Ordnung, daher mit der Frage nach der Wahrscheinlichkeit, dass atomare Waffen für solche Attentate in Frage kommen.

Unter dem Ausdruck „Atomwaffe“ versteht man eine Waffe, die sich der Energie einer nuklearen Kettenreaktion bedient, um enorme Explosion hervorzurufen, die auf der Ebene der konventionellen Kriegsführung ihres gleichen sucht. Ein Gebiet, das Ziel eines solchen Angriffs geworden ist, zeichnet sich allerdings nicht nur durch eine gewaltige Zerstörung von organischen und anorganischen Materialien aus, sondern auch durch die nachhaltige Wirkung die eine solche Waffen mit sich bringt, da dieses Gebiet auf lange Zeit radioaktiv verseucht bleiben wird. Dies hat zur Folge, dass Lebewesen, die sich dort aufhalten, einer extrem hohen Gefahr ausgesetzt sind an Krankheiten wie etwa Krebs zu erkranken, da die verbliebene Radioaktivität eine Zell schädigende Wirkung hat. Zu den klassischen Atomwaffen gehören die so genannte Uran-Bombe und die Plutonium-Bombe sowie, als besonderer Exot unter den Nuklearwaffen, die Wasserstoff-Bombe. Weil es sich bei den klassischen Atomwaffen um hochkomplexe Systeme handelt, ist es zunächst ratsam, ohne sich zu sehr in Details zu verirren, den Aufbau und das

Wirkungsprinzip dieser Waffen darzustellen, da so auch deutlich wird, welche technischen Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um ein derartiges Waffensystem herzustellen.

Anders als bei herkömmlichen Bomben werden bei Nuklearwaffen keine Sprengstoffe im eigentlichen Sinne verwendet, sondern Metalle, die aufgrund ihrer atomaren Zusammensetzung eine nukleare Kettenreaktion auslösen können. Ob ein Material überhaupt zur Herstellung von Atomwaffen nutzbar ist, hängt dabei vom Aufbau des jeweiligen Atomkerns und dem spezifischen Atomgewicht ab. Ein Atomkern besteht in der Regel aus positiv geladenen Protonen und neutralen Neutronen; die Anzahl von Protonen und Neutronen ergeben dann zusammengenommen das spezifische Atomgewicht. In der Natur gibt es sehr leichte Atomkerne, wobei das Wasserstoffatom das leichteste ist, weil es nur aus einem Proton besteht, und es gibt sehr schwere Atomkerne, wie das Uranatom, das mit 92 Protonen als das schwerste Atom gilt.<sup>422</sup> Für die meisten der klassischen Atomwaffen, die auch als Spaltwaffen bezeichnet werden, können jedoch nur Materialien verwendet werden, die aus sehr schweren Atomkernen bestehen, da die nukleare Kettenreaktion eine hohe Anzahl von Protonen und Neutronen voraussetzt. Bei der nuklearen Kettenreaktion spaltet ein Neutron schwere Atomkerne in zwei Atomkerne auf, wobei zwei bis drei weitere Neutronen freigesetzt werden, die ihrerseits wiederum andere Atomkerne spaltet.<sup>423</sup> Da bei diesem Prozess permanent Neutronen freigesetzt werden, die auf weitere Atomkerne treffen, entsteht eine Kettenreaktion, bei der explosionsartig Hitzeenergie freigesetzt wird, die bis 100 Mio. Grad Celsius erreichen kann.<sup>424</sup> Je nach Größe der Atomwaffe kann eine Sprengleistung von bis zu 60 Millionen Tonnen TNT (60 Megatonnen) erreicht werden.<sup>425</sup> Ausgelöst wird die Kettenreaktion durch das Herbeiführen einer so genannten kritischen Masse, wofür es verschiedene Möglichkeiten gibt. Als Ausgangsstoffe für einen solchen Prozess kommen Uran und

---

<sup>422</sup> Kamp, Karl-Heinz: Nuklearterrorismus: Fakten und Fiktionen, Interne Studien Nr. 96/1994 der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin 1994, S. 26

<sup>423</sup> Vgl. Ebd.

<sup>424</sup> Kamp, Karl-Heinz: Nuklearterrorismus: Fakten und Fiktionen, Interne Studien Nr. 96/1994 der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin 1994, S. 26

<sup>425</sup> Um die Stärke einer Atomwaffe anzugeben, wird die Sprengstärke mit derjenigen Menge TNT verglichen, die benötigt würde, um die gleiche Leistung zu erreichen. Vgl. hierzu: Borries, Hans-Walter: Gefahren für die innere Sicherheit. Abwehr und Bewältigung von Terroranschlägen mit ABC-Waffen, hrsg. von der Kommunalpolitische Vereinigung Bildungswerke e.V., Recklinghausen 2003, S. 11

Plutonium in Frage. Neben dem Prinzip der militärisch genutzten Kernspaltung gibt es auch noch das Prinzip der Kernfusion, die im Gegensatz zu den Spaltwaffen sehr leichte Atomkerne benötigt. Diese, als Wasserstoffbomben bekannte, Waffen verwenden als Ausgangsstoff „schweres Wasser“, das in der Natur zwar vorkommt, aber im Vergleich zu normalem Wasserstoff nur in sehr geringen Mengen. Das besondere am „schweren Wasser“ ist das Vorhandensein eines Neutrons im Atomkern, wohingegen der normale Wasserstoff nur ein Proton aufweist. Der Fachausdruck für die Form des Wasserstoffs ist „Deuterium“. „Tritium“ ist wiederum der Ausdruck für eine künstlich hergestellte Form von schwerem Wasser, das sogar zwei Neutronen im Atomkern aufweist.<sup>426</sup> Mit Deuterium und Tritium lassen sich Fusionswaffen herstellen, bei denen die Atomkerne miteinander verschmelzen und Helium entsteht. Die Energiefreisetzung ist bei der Kernfusion wesentlich höher als bei der Kernspaltung,<sup>427</sup> weshalb Wasserstoffbomben heutzutage die mit Abstand stärksten, aber auch komplexesten Waffen sind, da zur Zündung einer Wasserstoffbombe eine Spaltwaffe benötigt wird. Da für terroristische Zwecke die Entwicklung einer Wasserstoffbombe definitiv viel zu aufwendig wäre, da die Herstellung weit aus mehr Anstrengungen erfordern würde als die Herstellung einer „normalen“ Spaltwaffe, kann generell davon ausgegangen werden, dass sich Terroristen allein darauf konzentrieren, eine Spaltwaffe herzustellen, weshalb sich die folgenden Untersuchungen ausschließlich damit beschäftigen werden, ob Terroristen in der Lage sind atomare Spaltwaffen herzustellen.

Der Weg von der Idee, eine Uran-Spaltwaffe herzustellen, bis zu ihrer Fertigstellung ist aus technischer Sicht ein sehr, sehr langer Weg, da es keinen natürlich vorkommenden Stoff gibt, der sich ohne großen Aufwand in eine Kernwaffe verwandeln lässt; Natururan hat hierfür die falsche Zusammensetzung und Plutonium kommt in der Natur gar nicht erst vor. Um beispielsweise Uran waffenfähig zu machen, muss die atomare Zusammensetzung künstlich verändert werden. Das natürlich vorkommende

---

<sup>426</sup> Kamp, Karl-Heinz: Nuklearterrorismus: Fakten und Fiktionen, Interne Studien Nr. 96/1994 der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin 1994, S. 26

<sup>427</sup> Borries, Hans-Walter: Gefahren für die innere Sicherheit. Abwehr und Bewältigung von Terroranschlägen mit ABC-Waffen, hrsg. von der Kommunalpolitische Vereinigung Bildungswerke e.V., Recklinghausen 2003, S. 11

Uran besteht zu 0,7% aus dem Uranisotop U-235<sup>428</sup>, das waffenfähig ist, wohingegen der Rest des Natururans aus U-238 besteht, das seinerseits nicht waffenfähig ist. Da für den Bau einer einsatzfähigen Spaltwaffe jedoch Uran verwendet werden muss, das mindestens zu 90% aus U-235 besteht,<sup>429</sup> bedarf es eines ungeheuren Aufwandes dieses Material künstlich herzustellen.<sup>430</sup> Um ausreichend hoch angereichertes Uran (HEU)<sup>431</sup> herstellen zu können, sind zum einen grundlegende Kenntnisse im Bereich der Kernphysik und im speziellen der Urananreicherung notwendig und zum zweiten hochkomplexe und große Anlagen mit denen Uran im erforderlichen Maße angereichert werden kann. Ähnlich aufwendig gestaltet sich auch die Herstellung von waffenfähigem Plutonium, das generell künstlich hergestellt werden muss, da es anders als beim Uran kein natürliches Ausgangsprodukt gibt. Plutonium und insbesondere waffenfähiges Plutonium kann nur in mit Uran betriebenen Kernreaktoren hergestellt werden, da hierbei Plutonium als Nebenprodukt entsteht. Aber genauso wie beim Uran eignet sich auch hier nicht jede Plutoniumsorte für den Bau von Nuklearwaffen. Das übliche Nebenprodukt, das in zivil genutzten Kernreaktoren entsteht, ist Plutonium P-240 oder P-241, welches sich nicht zum Bau von Nuklearwaffen eignet. Deshalb muss auch dieser Stoff weiterverarbeitet werden, um das waffentaugliche P-239 zu bekommen, das im Endprodukt zu mindestens 93% vorhanden sein muss;<sup>432</sup> die restlichen 7% bestehen hauptsächlich aus P-240 (6,5%) und einem sehr geringen Anteil P-241 (0,5%).<sup>433</sup> Erreicht wird dies, indem Uran bereits nach sehr kurzer Zeit wieder aus dem Reaktor herausgeholt und danach einer besonderen chemischen Behandlung unterzogen wird. Obschon dieser Prozess einfacher zu sein scheint, als die Herstellung von waffenfähigem Uran, so stellt Plutonium

---

<sup>428</sup> U-235 bedeutet nichts anderes, als dass es neben den 92 Protonen im Atomkern auch 143 Neutronen gibt. Genauso verhält es sich bei U-238, das aus 92 Protonen und 146 Neutronen besteht.

<sup>429</sup> Kokoski, Richard: *Technology and the Proliferation of Nuclear Weapons*, New York 1995, S. 12

<sup>430</sup> Generell kann auch U-233 für Nuklearwaffen herangezogen werden, jedoch muss dieses Material zunächst durch den Beschuss von Thorium U-232 mit sehr schnellen Neutronen hergestellt werden, was nur in einem Kernreaktor geschehen kann. Vgl. hierzu: Borries, Hans-Walter: *Gefahren für die innere Sicherheit. Abwehr und Bewältigung von Terroranschlägen mit ABC-Waffen*, hrsg. von der Kommunalpolitische Vereinigung Bildungswerke e.V., Recklinghausen 2003, S. 20

<sup>431</sup> Highly Enriched Uranium

<sup>432</sup> Kamp, Karl-Heinz: *Nuklearterrorismus: Fakten und Fiktionen*, Interne Studien Nr. 96/1994 der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin 1994, S. 28

<sup>433</sup> Kokoski, Richard: *Technology and the Proliferation of Nuclear Weapons*, New York 1995, S. 74

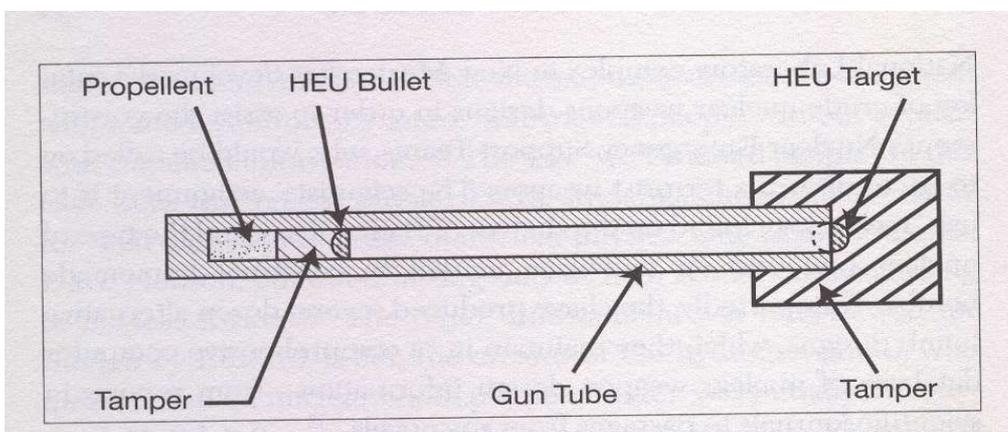
eine nicht zu unterschätzende Gefahr dar, da es weitaus strahlenintensiver ist als Uran. Aus diesem Grund bedarf es beim Umgang mit Plutonium besonderer Schutzmaßnahmen, was den eigentlich leichten Herstellungsprozess wieder relativiert.

Befasst man sich mit der Frage, ob Terroristen gegenwärtig fähig sind in Eigenregie waffenfähiges Uran oder Plutonium herzustellen, kann die Antwort zurzeit nur lauten: Nein! Um erfolgreich waffenfähiges Material herzustellen, bedarf es nämlich idealer Voraussetzungen, wie zum Beispiel die Verfügbarkeit eines entsprechenden Geländes für die Atomanlagen; der Besitz von ausreichend Uran; das Vorhandensein von Fachpersonal, das sich mit derartigen Technologien auskennt und die Verfügbarkeit der notwendigen technischen Ausrüstung. All dies setzt jedoch wiederum voraus, dass die jeweilige Terrorgruppe über sehr viel Geld, Zeit und über einen staatlichen Partner verfügt, der den benötigten Raum bereitstellt. Das Beispiel Irak hat gezeigt, dass selbst ein staatlich gelenktes Atomprogramm, das über viele Jahre läuft, nicht zwingend mit der erfolgreichen Herstellung einsatzfähiger Atomwaffen endet. In Anbetracht der Tatsache, dass sich die westlichen Geheimdienste spätestens seit dem 11. September 2001 vermehrt mit dem Thema Atomterror auseinandersetzen und vor dem Hintergrund, dass es mit dem Iran und Nordkorea zwei Staaten gibt, die geheime Atomprogramme laufen haben, haben sich die westlichen Sicherheitsbehörden verstärkt der Aufdeckung nuklearer Anlagen gewidmet. Mit Hilfe moderner Satelliten ist es mittlerweile möglich Atomanlagen bereits in der Bauphase aufzuspüren und entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten. Es liegt daher auf der Hand, dass es momentan wohl kaum einen Staat gibt, der Interesse daran hätte sich den Zorn der westlichen Welt aufzuladen, indem er Terroristen die Möglichkeit zur Uran- oder Plutoniumherstellung gäbe. Aufgrund dieser Umstände stellt die eigene Herstellung von waffenfähigem Material für Terroristen keine wirkliche Option dar. Für die Terroristen wäre es daher weitaus sinnvoller bereits hochangereichertes Uran oder waffenfähiges Plutonium zu beschaffen.

Die vorangegangene kurze Darstellung darüber, welche Maßnahmen zwingend notwendig sind, um waffenfähiges Material zu bekommen, lassen nur den Schluss zu, dass derzeit keine Terrorgruppe in der Lage ist, selber militärisch nutzbares Uran oder Plutonium herzustellen. Oberflächlich

betrachtet würde dies auch bedeuten, dass es Terroristen momentan generell unmöglich ist eine Kernwaffe einzusetzen, was allerdings ein falscher Schluss wäre. Zwar erscheint die Erzeugung von waffenfähigem Material eine unüberbrückbare Barriere zu sein, die die Gefahr eines nuklearen Terroranschlags minimiert, jedoch ist die Konstruktion einer Nuklearwaffe an sich im Vergleich dazu denkbar einfach, da „lediglich“ eine Apparatur gebaut werden muss, mit der eine kritische Masse hergestellt werden kann. Setzt man nun voraus, dass Terroristen im Besitz von ausreichend waffenfähigem Material sind, so gibt es zwei Möglichkeiten, wie aus dem waffenfähigen Material eine einsatzbereite Kernwaffe wird. Dies kann zum einen dadurch geschehen, dass zwei unterkritische Massen in Form zweier Halbkugeln innerhalb kürzester Zeit, womit Millisekunden gemeint sind, aufeinander treffen und zu einer kritischen Masse verschmelzen, die ihrerseits die nukleare Kettenreaktion auslöst. Nuklearwaffen, die nach diesem Prinzip gebaut sind, nennt man *Guntype-* oder *Kanonenrohrwaffen* (Abb.16, nächste Seite). Aufgrund der atomaren Zusammensetzung kann hierfür allerdings nur Uran als Basismaterial verwendet werden, da Plutonium bereits als unterkritische Masse zu viele Neutronen freisetzt, die eine zu frühe und damit ineffektive Zündung zur Folge hätte. Da das *Guntype*-Prinzip allerdings alles andere als effektiv ist, da hierfür eine große Menge Spaltmaterial eingesetzt werden muss, und weil nur sehr wenig des gesamten Materials beim Aufeinadertreffen in den kritischen Zustand übergeht, wurde diese Nuklearwaffengattung schnell von einer besseren Version abgelöst.

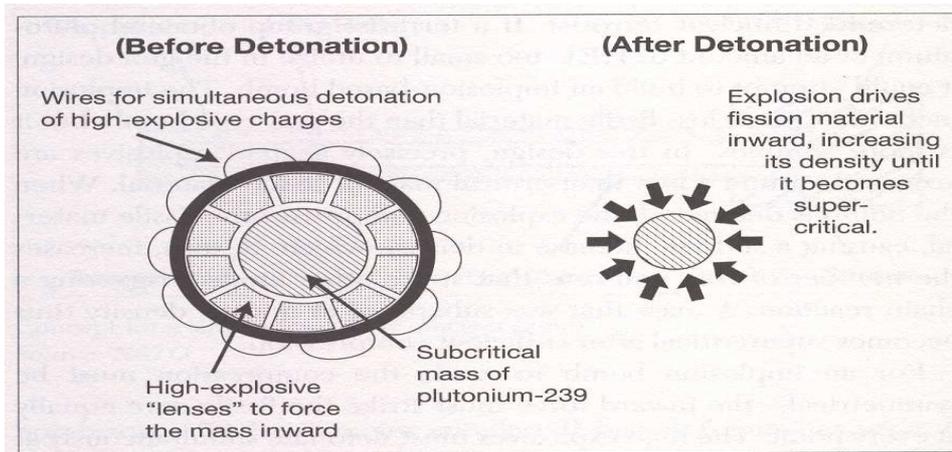
Abb.14 Grobschema einer Kernwaffe nach dem *Guntype*-Prinzip



(Quelle: Allison, Graham: Nuclear Terrorism, New York 2004, S. 96)

Die zweite Gattung von Nuklearwaffen stellen die so genannten Implosionswaffen (Abb.15) dar, die im Gegensatz zu den Kanonenrohrwaffen nur aus *einem* kugelförmigen Metallkern bestehen, der allerdings von innen hohl ist, um einen subkritischen Zustand aufrechtzuerhalten.

Abb.15 Grobschema einer Kernwaffe nach dem Implosionsprinzip



(Quelle: Allison, Graham: Nuclear Terrorism, New York 2004, S. 98)

Damit aus dieser subkritischen Masse eine kritische Masse entsteht, muss die Hohlkugel zu einer festen Masse komprimiert werden. Hierfür sind rund um die Kugel gleichmäßig kleinere, aber effektive, Sprengladungen angebracht, die zeitgleich gezündet werden müssen. Die dabei frei werdenden Neutronen reichen jedoch noch nicht aus, um eine Kettenreaktion auszulösen, weshalb in derartige Waffen eine weitere radioaktive, und damit Neutronen aussendende Quelle integriert sein muss. Trotz dieses Umstandes, haben Implosionswaffen den militärischen Vorteil, dass sie im Vergleich zu den Guntype-Waffen mit wesentlich weniger Material auskommen, wobei die erzeugte Sprengwirkung deutlich größer ist. Was den Bau einer Atomwaffe, das Vorhandensein einer ausreichenden Menge waffenfähigen Materials vorausgesetzt, erschwert, ist die passgenaue Zündung des Atomsprengekörpers. Bei der Kanonenrohrmethode muss beispielsweise gewährleistet sein, dass die beiden Metallhälften mit einer möglichst hohen Geschwindigkeit<sup>434</sup> aufeinander treffen, damit es aufgrund der auch bei Uran vorkommenden spontan freigesetzten Neutronen nicht zu einer Frühzündung kommt. Zudem muss die Konstruktion derart präzise sein, damit

<sup>434</sup> Ca. 1.000 Meter pro Sekunde. Plutonium würde in etwa 5.000 bis 7.000 Meter pro Sekunde benötigen, was sich derzeit mit normalem Sprengstoff nicht bewerkstelligen lässt.

die Metallhälften während des Zündvorgangs nicht „stecken bleiben“. Die Entwicklung eines solchen Zündsystems würde in der Regel viele Monate bis Jahre in Anspruch nehmen. Noch komplizierter als die Zündung einer Guntype-Waffe ist jedoch die Zündung einer Implosionswaffe. Damit die gleichmäßige Kompression der Hohlkugel erreicht werden kann, müssen rund um die Kugel mehrere so genannte Sprenglinsen angebracht sein, die während des Zündvorgangs in einer bestimmten Reihenfolge zur Detonation gebracht werden. Aufgrund der Tatsache, dass die Informationen hinsichtlich dieser Sprenglinsen als Top-Secret-Verschlussachen behandelt werden, müssen Personen, die an derartigen Zündmechanismen arbeiten sehr viel eigene Erfahrung sammeln und etliche Sprengtests durchführen, was sehr viel Zeit verlangt. Die Entwicklung einer Implosionswaffe würde daher wesentlich länger dauern, als die Entwicklung einer Guntype-Waffe. Der Nachteil bei der Guntype-Waffe liegt allerdings darin, dass hierfür wesentlich mehr Uran benötigt würde, nämlich 15-25 Kilogramm,<sup>435</sup> als bei der Implosionswaffe mit ca. 5 Kilogramm<sup>436</sup>.

Obwohl die Konstruktion und der Bau einer Kernwaffe keine Sache ist, die „mal eben“ erledigt werden kann, auch wenn waffenfähiges Metall vorhanden ist, zeigt sich hier jedoch, dass der Bau und Einsatz von Nuklearwaffen für Terroristen durchaus möglich ist. Allerdings ist hierbei die Voraussetzung, dass waffenfähiges Material in der notwendigen Menge vorhanden ist. Ist dieses Material vorhanden, so können Terrorgruppen innerhalb eines überschaubaren Zeitraums eine funktionstüchtige Kernwaffe herstellen. Sie bräuchten weder eine große Fläche, noch müssten sie verdächtige Industrieanlagen errichten, was sich wiederum positiv auf die Zeit und auf das einzusetzende Kapital auswirkt. Auch bräuchten sie keine auffälligen Ausrüstungsgegenstände, die zur Anreicherung benötigt würden sowie Personen, die sich mit der Anreicherung von Uran und der Verarbeitung von Plutonium auskennen müssten. Es würden lediglich Personen gebraucht, und dies in nur geringer Anzahl, die sich mit Sprengstoffen und deren Schockwellen, mit Treibstoffen, mit Radiochemie, mit radioaktiven Stoffen und der feinmechanischen

---

<sup>435</sup> Kamp, Karl-Heinz: Nuklearterrorismus: Fakten und Fiktionen, Interne Studien Nr. 96/1994 der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin 1994, S. 29

<sup>436</sup> Vgl. Ebd., S.30

Verarbeitung von Uran und Plutonium auskennen müssten.<sup>437</sup> Da es in diesem Kontext mittlerweile genügend Literatur und Internetinformationen gibt,<sup>438</sup> würden keine ausgesprochenen Experten benötigt, sondern lediglich Personen, die über ausgeprägte Grundkenntnisse verfügen. Da der Bau einer Guntype-Waffe wesentlich einfacher ist als der Bau einer Implosionswaffe, bedingt durch den geringeren Zeitaufwand bei der Herstellung, kann davon ausgegangen werden, dass eine solche Waffe durch eine gut geführte Terrororganisation zur Einsatzreife gebracht werden kann und somit die nukleare Option zu einer realen Option wird. Unter den oben genannten Voraussetzungen ist die Entwicklung einer Kernwaffe in der Größenordnung der Hiroshima-Bombe mit 12,5 Kilotonnen Sprengkraft durchaus denkbar, die immerhin in einem Radius von 7,8 Km einen Zerstörungsgrad von 100% aufweist.<sup>439</sup> In Anbetracht der Tatsache, dass der Bau einer Kernwaffe bei vorhandenem Spaltmaterial eine nicht zu unterschätzende Gefahr darstellt, stellt sich nun automatisch die Frage, welche Möglichkeiten bestehen, dass Terroristen in den Besitz von HEU oder Plutonium kommen können.

Wie es der NVV vorschreibt, existiert ein strenges Kontrollsystem, das sensitive Nuklearmaterialien wie Uran oder Plutonium vor dem Missbrauch durch Dritte schützen soll. Bei Nicht-Kernwaffenstaaten wird dies einerseits auf nationaler Ebene durch eigene Kontrollen sowie andererseits auf internationaler Ebene durch die IAEO durchgeführt. Die Kernwaffenstaaten, die nicht dieser internationalen Kontrolle unterliegen, legen allein schon aus eigenem Interesse besonderen Wert auf die Sicherung nuklearer Komponenten. Deshalb erscheint es als äußerst geringes Risiko, das aus diesem Bestand Nuklearstoff abgezweigt werden kann. Dennoch hat sich bereits in der ersten Hälfte der 90er Jahre ein regelrechter Schwarzmarkt für Nuklearmaterial entwickelt, der sich hauptsächlich auf Versäumnisse in der ehemaligen Sowjetunion zurückführen lässt, da nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die genaue Übersicht über das vorhandene Atompotential fehlte. Allein im Jahr 1993 konnten in Russland 900! Versuche verhindert werden in

---

<sup>437</sup> Kelle, Alexander; Schaper, Annette: Bio- und Nuklearterrorismus. Eine kritische Analyse der Risiken nach dem 11.September 2001, HSFK-Report 10/2001, Frankfurt a. M. 2001, S. 21

<sup>438</sup> Vgl. Ebd.

<sup>439</sup> Neuneck, Götz: Terrorismus und Massenvernichtungswaffen: Eine neue Symbiose?, in: Hirschmann, Kai(Hrsg.): Die weltweite Gefahr. Terrorismus als internationale Herausforderung, Berlin 2002, S. 172

militärisch-strategische Anlagen einzudringen; hinzu kamen noch ca. 700 Versuche, bei denen sensible Dokumente gestohlen werden sollten.<sup>440</sup> Dieser Zustand dauert bis heute an und stellt damit eine latente Gefahr im Rahmen des Atomterrors dar; allein im Jahr 2004 wurden von der IAEA 280 Fälle von Nukleardiebstahl verzeichnet.<sup>441</sup> Inzwischen ist die Liste der Diebstähle und der aufgedeckten Atomzwischenfälle derart lang, dass man sie nicht alle nennen kann. Zwar handelte es sich dabei hauptsächlich nur um schwach angereicherte Stoffe oder um Stoffe, die nicht zum Bau einer Atomwaffe gebraucht werden können, jedoch gibt dieser Zustand Anlass zur Sorge, wenn man bedenkt, dass es weltweit ca. 250 Tonnen militärisches Plutonium<sup>442</sup> und ca. 1.700 Tonnen hoch angereichertes Uran gibt<sup>443</sup>. Dass es jedoch auch bereits zu Diebstählen und zum Handel mit hoch angereicherten Materialien gekommen ist, belegen folgende Beispiele, die jedoch keinesfalls den Anspruch der Vollständigkeit erheben:

---

<sup>440</sup> Attali, Jaques: Strahlende Geschäfte. Gefahren des internationalen Atomschmuggels, Darmstadt 1996, S. 99

<sup>441</sup> Bittner, Jochen: Das weltweite Al-Quaida-Netz, nachzulesen unter:

[www.zeus.zeit.de/text/2005/29/terrorismus\\_bittner](http://www.zeus.zeit.de/text/2005/29/terrorismus_bittner), abgerufen am: 30.10.2005 um 15:38 Uhr

<sup>442</sup> Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2004, Berlin 2005, S. 15

<sup>443</sup> Bauer, Michael: Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien, aktuelle Analysen 30 der Hanns Seidel Stiftung, München 2002, S. 10

Abb.16 Diebstähle von waffentauglichen Nuklearmaterialien<sup>444</sup>

| <i>Jahr</i> | <i>Ort</i>                              | <i>Art und Menge des Materials</i>                    |
|-------------|---|---|
| 1992        | Luch-Produktionsgesellschaft / Russland | Diebstahl:<br>1,5 Kg Uran; zu 90% angereichert        |
| 1993        | Hafen von Odessa                        | Entdeckt:<br>360 Gramm Uran; hoch angereichert        |
| ?           | Tschernobyl                             | Diebstahl:<br>Kernbrennstoff; Menge und Art unbekannt |
| 1994        | Moskau                                  | Diebstahl:<br>3 Kg Uran; zu 90% angereichert          |
| 1994        | Prag                                    | Entdeckt:<br>2,7 Kg Uran; hoch angereichert           |
| 1994        | Landshut                                | Entdeckt:<br>0,8 Gramm Uran; hoch angereichert        |
| 1998        | Tscheljebinsk                           | Diebstahl: „waffenfähiges Material“ (nicht bestätigt) |

Die oben aufgeführten Delikte, die in direktem Zusammenhang mit waffentauglichen Materialien stehen, belegen eindeutig, dass es für Nuklearmaterial einen Markt gibt. Gemäß den Regeln des Marktes, gibt es daher einen Verkäufer, der das Angebot macht und einen Käufer, der eine entsprechende Nachfrage hat. Es ist daher sehr wahrscheinlich, dass es unter den potentiellen Käufern auch Anhänger des islamistischen Terrorismus gegeben hat, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Al-Qaida nachgewiesener Weise in der Vergangenheit Interesse für Kernwaffen gezeigt hat. Obgleich die Gefahren des Atomschmuggels bekannt sind und bereits eine Reihe von potentiellen Händlern gefasst wurden, weiß derzeit niemand genau, wie viel hoch angereichertes Material unerlaubterweise im Umlauf ist und wer im Besitz dieser Stoffe ist. Dass die Al-Qaida oder auch andere Terrorgruppen bislang noch keine Atomwaffe gezündet haben, ist deshalb nicht damit

<sup>444</sup> Vgl. hierzu: Attali, Jaques: Strahlende Geschäfte. Gefahren des internationalen Atomschmuggels, Darmstadt 1996, S. 96-106 und Bauer, Michael: Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien, aktuelle Analysen 30 der Hanns Seidel Stiftung, München 2002, S. 11

gleichzusetzen, dass sie auch nicht über Spaltmaterial verfügen. Das bisherige Ausbleiben eines Anschlags mit Atomwaffen zeigt stattdessen nur, dass es „den“ Terroristen bislang noch nicht gelungen ist eine eigene Atomwaffe herzustellen. Hält man sich nun vor Augen, dass es in den Jahren zwischen 1993 und 1996 Atomdiebstähle gegeben hatte, bei denen insgesamt ca. 7 Kg militärischer Spaltstoffe abhanden gekommen waren, wobei noch lange nicht alle Fälle aufgedeckt worden sind, Experten gehen davon aus, dass nur etwa jeder vierte Diebstahl aufgefallen ist,<sup>445</sup> dann kann man sich leicht vorstellen, wie viel von diesen Stoffen im Jahr 2005 im Umlauf sein könnten. Andere Quellen sprechen derweilen sogar davon, dass während der Umbruchphase Russlands zu Beginn der 90er Jahre genug hoch angereichertes Material verschwunden sei, mit dem bis zu 20 Atomsprengköpfe hergestellt werden könnten.<sup>446</sup> Verbindet man diese Zahl nun mit den Versuchen Al-Qaidas Informationen über Atomwaffen zu bekommen, vor allem über Pakistan, und der finanziellen Möglichkeiten, die sich für Al-Qaida ergeben haben, so muss das Vorhandensein dieses Materials in den Händen der Al-Qaida oder einer ihr zugehörigen Terrorgruppe fest in den westlichen Sicherheitsüberlegungen einbezogen werden; alles andere wäre blauäugig und dumm. Auch das notwendige Know How, das vorhanden sein muss, um aus waffentauglichen Stoffen eine, wenn auch primitive, Bombe zu bauen, bewegt sich in einem Rahmen, der für eine Organisation wie die Al-Qaida, durchaus realisierbar erscheint. Das Problem, das sich für die westlichen Sicherheitsinstitutionen ergibt, spiegelt sich darin wider, dass derzeit kaum jemand erahnen kann, ob die „alte“ Al-Qaida noch über die notwendigen logistischen Möglichkeiten verfügt, um ein eigenes „Manhattan Projekt“ durchzuführen.

Wurden bisher die (begrenzten) Möglichkeiten beleuchtet, ob Terroristen in der Lage sind, eigene Atomwaffen herzustellen, so muss nun auch der Aspekt in Betracht gezogen werden, dass Terroristen vielleicht auch beabsichtigen könnten, Atomwaffen zu kaufen oder gar zu stehlen. Weltweit existieren viele tausend intakte Atomsprengkörper, die sich größtenteils auf die USA und Russland verteilen; daneben gibt es ein nicht unerhebliches Arsenal in China, Frankreich, Großbritannien, Indien, Pakistan und Israel. Wäre es daher nicht

---

<sup>445</sup> Attali, Jaques: Strahlende Geschäfte. Gefahren des internationalen Atomschmuggels, Darmstadt 1996, S.97

<sup>446</sup> Allison, Graham: Nuclear Terrorism, New York 2004, S. 10

möglich, dass aus diesen kolossalen Beständen die eine oder andere Kernwaffe entwendet werden könnte? Prinzipiell ist diese Gefahr sehr gering, da die Kernwaffenstaaten ausgeprägte Sicherungssysteme besitzen, mit denen der unerlaubte Zugang zu diesen Waffen sehr erschwert wird. Diese Sicherungsmaßnahmen umfassen eine starke Präsenz von schwer bewaffnetem Wachpersonal und das Vorhandensein hoch entwickelter elektronischer Schutzsysteme. Hinzu kommt noch, dass sich die meisten Atomsprengköpfe innerhalb eines Trägersystems befinden, wie etwa Bomben, Marschflugkörper, Minen, Torpedos, die wiederum eigene Schutzmaßnahmen besitzen; diese Sicherungsmaßnahmen werden physischer Schutz genannt.<sup>447</sup> Außerdem erschweren die Ausmaße der Trägersysteme den unentdeckten Abtransport. Wollten Terroristen eine Kernwaffe stehlen, so müssten sie sämtliche Sicherungsmaßnahmen für einen längeren Zeitraum außer Gefecht setzen, um entweder das gesamte Waffensystem inklusive des Trägers zu entwenden oder um den Gefechtskopf auszubauen. Dieser Aufwand erscheint allerdings viel zu groß und ist mit zu vielen Risiken verbunden, als dass ein solcher Plan ohne weiteres durchführbar wäre. Aus diesem Grund kann die Gefahr eines Diebstahls intakter Kernwaffen, vor allem aus den westlichen, mittlerweile auch russischen, den israelischen, den indischen sowie den chinesischen Beständen als sehr gering eingestuft werden. Lediglich die pakistanischen Nuklearwaffen könnten am ehesten Ziel eines Diebstahls werden, da es innerhalb der Armee starke islamistische Strömungen gibt, die potentiellen islamistischen Terroristen den Zugang „erleichtern“ könnten. Außerdem haben sich in der Vergangenheit schwere Mängel bei der Sicherung der pakistanischen Nuklearwaffen gezeigt. Diese Mängel beziehen sich auf den physischen Schutz, da dieser keineswegs mit dem der anderen Kernwaffenstaaten zu vergleichen ist. Der einzige Schutz, den es gibt, ist die getrennte Lagerung von Zündern und eigentlicher Kernwaffe. Da dieses Problem allerdings bekannt ist, gibt es diesbezüglich inzwischen eine Kooperation zwischen den USA und Pakistan, bei der der physische Schutz hergestellt werden soll. So wird auch hier in einem relativ kurzen Zeitraum ein wesentlich höheres Schutzniveau bestehen. Eine andere Gefahr, wie Terroristen an einsatzfähige Kernwaffen kommen könnten, resultiert noch aus

---

<sup>447</sup> Diese Sicherungen bestehen aus dem Schutz vor einer ungewollten Detonation sowie aus dem Schutz vor der Zündung dieser Waffe durch eine nicht autorisierte Person.

den Zeiten des Kalten Krieges, als sich Ost und West bemüht hatten möglichst kleine und unauffällige Atomwaffen herzustellen. Damals, so will es die Legende, soll die Sowjetunion über einige so genannter Rucksackbomben verfügt haben, deren Sprengkraft bei ca. 1Kt anzusiedeln war.<sup>448</sup> Die genaue Anzahl dieser Waffen ist nicht bekannt, es gibt jedoch Schätzungen, die von 132<sup>449</sup> bis 250<sup>450</sup> Rucksackbomben ausgehen. Diese Waffen sollen nicht vom sowjetischen Militär kontrolliert worden sein, sondern vom KGB, dessen Nachfolgeorganisation FSB bis heute die Existenz derartiger Waffen abstreitet. Im Jahr 1997 berichtete der damalige, und inzwischen verstorbene, Berater von *Boris Jelzin*, General *Alexander Lebed* in einem Interview, dass ca. 100 dieser Rucksackbomben nicht auffindbar seien und dass er nicht wüsste, wo sie sich derzeitig befänden. Die russischen Sicherheitsbehörden nahmen daraufhin sofort Stellung zu diesen Aussagen und dementierten diese. Zudem wurde Lebed derart unter Druck gesetzt, dass er seine Aussagen ebenfalls widerrief. Rückendeckung bekam *Lebed* jedoch von *Alexander Jakoblow*, der einst Präsidentenberater und zum damaligen Zeitpunkt zuständig für Umweltprobleme war, der die Existenz solcher Waffen, trotz des Drucks von Seiten der Regierung, bestätigt hatte.<sup>451</sup> Was mit den Waffen letztendlich geschehen ist, wenn sie denn existieren bzw. existiert haben, ist weiterhin ungewiss. Das bedeutet allerdings auch, dass niemand weiß, ob sie sich nicht etwa in den Händen von Terroristen befinden. Da diese bislang jedoch nicht eingesetzt wurden, und vor dem Hintergrund, dass sich die Al-Qaida noch bis 2001 um pakistanisches Nuklear-Know-How bemüht hatte, erscheint die Möglichkeit, dass Al-Qaida derartige Waffen besitzt, als sehr gering.

Eine noch nicht erwähnte Variante von atomaren Waffen, stellen schmutzige Bomben dar. Diese, auch *dirty bombs*, genannte Waffen basieren zwar auch auf radioaktiven Stoffen, beabsichtigen jedoch nicht die Einleitung einer Kettenreaktion. Das Ziel einer schmutzigen Bombe besteht darin, radioaktives Material, was nicht zwingend aus Uran oder Plutonium bestehen muss, mittels eines herkömmlichen Sprengsatzes zu zerstäuben, um ein bestimmtes Gebiet

---

<sup>448</sup> Pflüger, Friedbert: Ein neuer Weltkrieg? Die islamistische Herausforderung des Westens, München 2004, S. 127

<sup>449</sup> Allison, Graham: Nuclear Terrorism, New York 2004, S. 10

<sup>450</sup> Bauer, Michael: Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien, aktuelle Analysen 30 der Hanns Seidel Stiftung, München 2002, S. 13

<sup>451</sup> Kelle, Alexander; Schaper, Annette: Bio- und Nuklearterrorismus. Eine kritische Analyse der Risiken nach dem 11.September 2001, HSFK-Report 10/2001, Frankfurt a. M. 2001, S. 32

radioaktiv zu verseuchen. Als radioaktive Ausgangsstoffe lassen sich im Prinzip alle radioaktiven Materialien verwenden, die es in halbwegs industrialisierten Staaten zur Genüge gibt. Diese Stoffe werden hauptsächlich in medizinischen Geräten der Radiologie oder zur strahlentherapeutischen Behandlung von Krebspatienten eingesetzt und sind deshalb in erster Linie in medizinischen Zentren zu finden, die ihrerseits nicht annähernd den Schutz von militärischen Einrichtungen genießen. Die dort verwendeten Materialien wie Kobalt 60, Cäsium 137 oder Strontium 90 zeichnen sich durch eine starke Gamma-Strahlung aus, die letale Auswirkungen auf den menschlichen Organismus haben.<sup>452</sup> Dass diese Materialien ein begehrtes Diebesgut darstellen, belegt zum einen das ständige Verschwinden radioaktiven Materials aus russischen Atomkraftwerken und alten Atom-U-Booten sowie die rund 1.500 vermissten Strahlungsquellen in den USA seit 1996.<sup>453</sup> Das bedeutet nichts anderes, als dass es bereits sehr häufig zu Diebstählen solcher Materialien gekommen ist, und dass sie sich mit sehr großer Wahrscheinlichkeit bereits in den Händen von Terroristen befinden, da niemand sonst Interesse haben könnte solch gefährliche Stoffe zu besitzen.

In Anbetracht der Tatsache, dass für den Bau einer schmutzigen Bombe nur wenige Gramm radioaktiven Materials und nur 3-5 Kg herkömmlicher Sprengstoff gebraucht werden,<sup>454</sup> muss jederzeit mit einem Anschlag dieser Kategorie gerechnet werden. Die geringen Mengen radioaktiven Stoffs, die gebraucht würden, dürfen nicht über die Ausmaße hinwegtäuschen, da so einige Quadratkilometer auf lange Zeit radioaktiv verseucht werden können. Je nachdem welcher radioaktive Stoff für die schmutzige Bombe verwendet wird, kann die Verseuchungszeit bis zu einigen tausend Jahre dauern.<sup>455</sup> Anders als bei echten Atomwaffen handelt es sich bei dirty bombs um halbwertige

---

<sup>452</sup> Borries, Hans-Walter: Gefahren für die innere Sicherheit. Abwehr und Bewältigung von Terroranschlägen mit ABC-Waffen, hrsg. von der Kommunalpolitische Vereinigung Bildungswerke e.V., Recklinghausen 2003, S. 22

<sup>453</sup> Vgl. Ebd.

<sup>454</sup> Borries, Hans-Walter: Gefahren für die innere Sicherheit. Abwehr und Bewältigung von Terroranschlägen mit ABC-Waffen, hrsg. von der Kommunalpolitische Vereinigung Bildungswerke e.V., Recklinghausen 2003, S. 23

<sup>455</sup> In einer Studie der *A Med-World AG* Berlin, kamen die Wissenschaftler zu dem Schluss, dass 15 Kg zerstäubtes Plutonium 239, das in einer Höhe von 1.000 Metern, die Verseuchung von ca. 3,1 km<sup>2</sup> zur Folge hätte und die Dauer der Verseuchung ca. 24.300 Jahre betragen würde. In diese Studie ist jedoch nicht mit eingeflossen, dass sich dieses Gebiet durch Wind oder anderen Einflüssen vergrößern könnte. Vgl. hierzu: Borries, Hans-Walter: Gefahren für die innere Sicherheit. Abwehr und Bewältigung von Terroranschlägen mit ABC-Waffen, hrsg. von der Kommunalpolitische Vereinigung Bildungswerke e.V., Recklinghausen 2003, S. 24

Massenvernichtungswaffen. Sie haben nur durch die direkte Explosion eines Sprengsatzes unmittelbare tödliche Folgen für im Detonationsumkreis befindliche Personen. Viel gravierender sind hierbei die Langzeitfolgen, da der Einsatz einer schmutzigen Bombe zu einer dauerhaften Kontamination von Boden und Gebäuden führt und somit zur langfristigen Unbewohnbarkeit des betroffenen Gebietes beiträgt. Personen, die der radioaktiven Strahlung ausgesetzt waren, sterben in der Folgezeit an Krankheiten, die durch die radiotoxische Wirkung hervorgerufen wird; hauptsächlich handelt es sich dabei um Leukämien und anderen Krebserkrankungen. Wie lange solche Folgen bemerkbar sind, zeigen die heute noch sehr hohen Zahlen von Strahlungsoffern im Umkreis des Kernreaktors in Tschernobyl (1987) und der Städte Hiroshima und Nagasaki (1945), die Opfer atomarer Bomben geworden waren.

#### 3.4.1.1 Atomwaffen gegen die Erdölindustrie – Ein Fazit

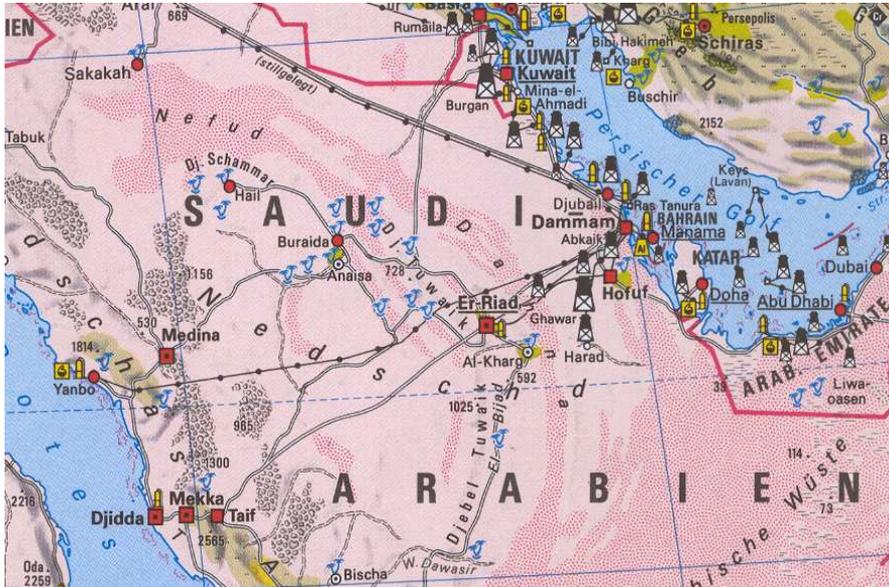
Die Frage, ob Terroristen mit atomaren Waffen gegen die Erdölindustrie vorgehen können und auch werden, hängt ganz entscheidend davon ab, welche technischen Möglichkeiten sie besitzen. Die obigen Ausführungen haben jedoch gezeigt, dass es für Terroristen allgemein und für islamistische Terroristen im speziellen gegenwärtig kaum möglich sein wird, einen einsatzfähigen Atomsprengkörper herzustellen, da hierfür alle logistischen Voraussetzungen fehlen. Sie haben weder einen Raum, in dem sie sich frei der Entwicklung einer Kernwaffe widmen können, noch bestehen gute Chancen, dass sie unbemerkt an entsprechende Ausrüstungsgegenstände gelangen können. Außerdem wurde infolge des 11. Septembers das finanzielle Auslandskapital der Al-Qaida eingefroren und unzugänglich gemacht, was die Finanzierung eines solchen Projekts deutlich erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen würde. Das Risiko eines terroristischen Anschlags mit einer Kernwaffe ist daher äußerst gering, wenngleich er nicht vollkommen ausgeschlossen werden kann. Wesentlich realistischer und auch wahrscheinlicher ist dagegen der Einsatz einer radiologischen Waffe. Für die Erdölindustrie bedeutet dies, dass auch sie zum Ziel werden kann, da ein atomarer Anschlag in diesem Bereich nachhaltige und wirtschaftlich desaströse Auswirkungen haben würde. Dass die Ölversorgung nicht selten und zu recht

als die westliche Achillesferse bezeichnet wird, haben die Hurrikan-Folgen im Golf von Mexiko im Herbst 2005 gezeigt, als amerikanische und mexikanische Erdölbohrinseln beschädigt und zum Teil auch zerstört wurden. Obwohl diese Anlagen im weltweiten Vergleich keine *allzu* große Rolle für den Ölmarkt darstellen, sind binnen kurzer Zeit die Ölpreise explodiert und die amerikanischen Reserven auf ein bedrohliches Niedrigniveau gesunken, sodass die IEA erstmals seit ihrer Gründung Ölreserven freigeben musste, damit die Folgen in einem überschaubaren Rahmen blieben. Nüchtern betrachtet war dies nichts anderes als ein Offenbarungseid des Westens, der der ganzen nicht-westlichen Welt gezeigt hat, dass die westliche Ölversorgung auf äußerst instabilen Pfeilern steht. Die Ereignisse des Herbstes 2005 können von islamistischen Terroristen daher als eine Art Einladung aufgefasst worden sein, sich endgültig der Erdölindustrie als zukünftiges Ziel zu widmen. Zwar werden Erdölanlagen bereits von Terroristen ins Visier genommen, jedoch bleiben diese recht kleinen Aktionen ohne weitere Folgen. Der Einsatz einer Kernwaffe würde dies jedoch ändern, da sie weiträumige Schäden verursacht und zudem die dauerhafte Kontamination des betroffenen Gebietes sicherstellt. Als potentielle Ziele kommen deshalb nur Anlagen in Frage, die maßgeblich an der Versorgung des weltweiten Ölmarktes beteiligt sind. Zu diesen Zielen gehören folglich nicht einzelne Tanker oder Erdölpipelines, sondern wichtige Infrastrukturen wie zum Beispiel große Raffineriekomplexe oder Ölhäfen, die weltweit vorhanden sind. Da es islamistische Terroristen jedoch in erster Linie darauf absehen würden den Westen zu schädigen, konzentriert sich die folgende Untersuchung auf Anlagen, die hierfür als ideales Ziel in Frage kämen.

Ausgehend von der Tatsache, dass Saudi-Arabien mit seinen enormen Erdölreserven als wichtigster nationaler Erdöllieferant gilt, verfügt es auch in größerem Maße über die entsprechenden infrastrukturellen Gegebenheiten, wie Förderanlagen, Raffinerien und Ölhäfen. Den Schwerpunkt der Ölindustrie bildet dabei die saudische Golfküste, die von Norden bis Süden eine Vielzahl von Erdölfördereinrichtungen und Raffinerien aufweist. Das Zentrum dieser ca. 400 Km langen Entwicklungsachse bildet dabei die Stadt Dammam, die neben den Fördereinrichtungen und Raffinerien auch den wichtigsten und größten Ölhafen Saudi-Arabiens beheimatet. Zusätzlich befinden sich im Küstenvorfeld

vereinzelt Bohrinseln. Der zweite wichtige Ölhafen befindet sich an der Küste zum roten Meer in der Stadt Yanbo (Janbu), in der es neben einer Raffinerie nur Chemische Industrie gibt.

Abb.17 Erdölinfrastruktur in Saudi-Arabien



(Quelle: Barth, Hans Karl; Schliephake: Saudi-Arabien, Gotha 1998, S.2)

Betrachtet man sich die Verteilung der saudischen Erdölindustrie, so zeigt sich eine deutliche Konzentration der wichtigsten und meisten Anlagen an der saudischen Ostküste. Da Saudi-Arabien und deren Herrscher, aufgrund der engen Kontakte zu den USA in den Augen der islamistischen Terroristen, als Verräter gelten und sie bereits in der Vergangenheit vermehrt Ziele in Saudi-Arabien ins Visier genommen haben, erscheint ein Anschlag auf die saudische Erdölindustrie als eine durchaus realistische Option. Angesichts der begrenzten Fähigkeiten herkömmlicher Sprengstoffe, war ein Anschlag bislang nicht sehr sinnvoll und er wäre auch nicht sehr effektiv gewesen. Mit einer Kernwaffe sähe dies jedoch anders aus, da sie die nötige Wirkung hätte, die zu einer dauerhaften Störung des Erdölflusses führen würde. Eine im Hafen von Dammam gezündete Kernwaffe, die lediglich die Stärke der Hiroshima-Bombe besäße, hätte katastrophale Auswirkungen für Saudi-Arabien und für die westliche Welt. Für Saudi-Arabien würde dies bedeuten, dass der wichtigste Pfeiler der Wirtschaft mit einem Schlag vernichtet würde. Zum einen würden wichtige Industrie- und Hafenanlagen unwiederbringlich vernichtet, die auch dort nicht wieder aufgebaut werden könnten, da der radioaktive Fall-Out dieses

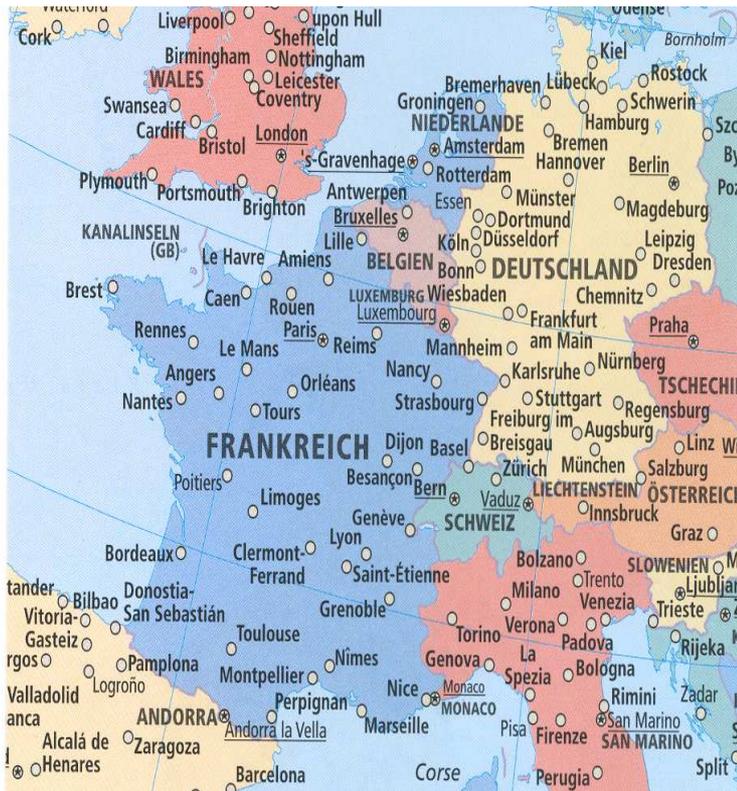
Gebiet auf sehr langer Zeit kontaminieren, und damit unbewohnbar machen würde. Die Radioaktivität würde darüber hinaus je nach Windlage und Windrichtung auch Anlagen kontaminieren, die nicht in der unmittelbaren Todeszone liegen. Der wirtschaftliche Schaden würde für Saudi-Arabien infolgedessen ins Unermessliche steigen. Neben dem wirtschaftlichen Schaden gäbe es zusätzlich eine extrem hohe Zahl an Todesopfern, die entweder sofort durch die Explosion oder aber in der Folgezeit durch die Spätschäden der Radioaktivität sterben würden. Der Verlust vieler hunderttausender Menschen und der Verlust des wirtschaftlichen Standbeins hätten daneben auch noch fatale Folgen für das Königshaus. Die Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung könnte abnehmen und sich eine anti-monarchische Bewegung bilden, die sich beispielsweise dadurch begründen könnte, dass man die Schuld für einen solchen Anschlag auf die enge Verbundenheit zu den USA schieben könnte, die in besonderem Maße am saudischen Öl interessiert sind. Die Rädelsführer könnten damit argumentieren, dass ein solcher Anschlag nicht passiert wäre, wenn sich das saudische Königshaus an die strengen islamischen Gesetze gehalten hätte und den Kontakt zum Westen nicht ausgebaut hätte. Viele Islamisten in Saudi-Arabien und der restlichen Welt brandmarken bereits jetzt das Verhältnis zu den USA und betiteln die saudische Regierung als Sklaven des Westens, die nur durch ihre Profitgier hervorstechen, während sie den wahren Islam (aus islamistischer Sicht) verraten. Aus Angst vor weiteren Anschlägen und aus Wut über die Unfähigkeit der Regierung, wäre es auch denkbar, dass sich bis dato gemäßigte Saudis, die mit der Monarchie keine Probleme hatten, auf die Seite der Islamisten schlagen könnten, was zu einer Massenbewegung und letztendlich zum Sturz der Regierung führen könnte.

Für den Westen hätte ein Anschlag auf das saudische Ölzentrum ebenfalls sehr gravierende Folgen, da eine sehr große Menge Öl vom Markt verschwände (aufgrund der im Ölhafen gelagerten Ölkapazitäten und der vielen zerstörten Tanker, die sich tagtäglich in Dammam aufhalten), und weil Saudi-Arabien auf unbestimmte Zeit als wichtiger Lieferant ausfiele. In Anbetracht der prognostizierten Stellung Saudi-Arabiens als zukünftiger Hauptlieferant von Erdöl und infolge der raschen Abnahme der übrigen Kapazitäten und des steigenden Bedarfs, würde der Ölpreis in sehr kurzer Zeit Höhen erreichen, die selbst nach den jüngsten Rekorden unvorstellbar wären.

Aufgrund der längerfristigen Schäden und aufgrund der Dauer die zur Errichtung neuer Anlagen benötigt würde, könnte in diesem Fall auch eine Freigabe der IEA-Reserven keinerlei Erleichterung bringen. Die Folgen für die Weltwirtschaft wären immens groß, da sich jegliche Produkte, die entweder durch Erdölprodukte hergestellt werden oder aber auf den Transport durch ölabhängige Fahrzeuge angewiesen sind sehr stark verteuern würden. Es zeigt sich also, dass ein Anschlag mit einer Kernwaffe im Zentrum der saudischen Ölindustrie katastrophale Folgen für alle Beteiligten haben könnte, was mitunter in einer Weltwirtschaftskrise enden könnte. Der entstehende Schaden hätte somit weitreichendere Folgen, als ein derartiger Anschlag, der nur auf die Tötung vieler Menschen ausgerichtet wäre.

Obschon der Schaden bei einem Kernwaffenangriff in Saudi-Arabien mit Sicherheit die schlimmsten Folgen für den Westen hätte, könnte es genauso gut sein, dass ein Atomanschlag auch in einem westlichen Ölhafen durchgeführt wird. Ein Grund, wenn nicht sogar der wichtigste Grund wäre sehr wahrscheinlich die besondere Stellung Saudi-Arabiens als Ursprung des Islams mit den heiligen Städten Mekka und Medina, die nicht durch Radioaktivität verseucht werden sollen. Ein Anschlag in einem westlichen Land erscheint daher als wahrscheinlicher. In diesem Zusammenhang bietet Europa nicht wenige Ziele, die sich für einen massiven Angriff auf die Ölindustrie mit einer Atomwaffe eignen. Allein im Mittelmeerraum befinden sich zwei wichtige Ölhäfen, die maßgeblich an der Ölversorgung der EU beteiligt. Zu nennen sind hier zum einen Triest in Norditalien, der bereits früher schon einmal Ziel eines Terroranschlags wurde und Marseille am Golf von Lion. Weitere potentielle Ziele gibt es darüber hinaus in Le Havre an der französischen Ärmelkanalküste, in Rotterdam, der als größter Seehafen der Welt von unschätzbare Bedeutung für die europäische Ölwirtschaft ist sowie Wilhelmshaven an der deutschen Nordseeküste (in der Karte nicht eingezeichnet).

Abb.18 Europa und seine wichtigsten Ölhäfen



(Quelle: Martin, Penny: Geographica. Der große Weltatlas mit Länderlexikon, 2003, S. 282)

All diese Häfen sichern im Verbund die europäische Versorgung mit Erdöl. Sollte nun einer dieser Häfen mit einer Kernwaffe angegriffen werden, so hätte dies in erster Linie für die betroffene Region schwerwiegende Folgen. Für die Ölversorgung und für die Weltwirtschaft wären die Folgen jedoch geringer als dies bei einem Anschlag in Dammam der Fall wäre. Es käme hinsichtlich des Ölflusses lediglich zu kurzen oder mittelfristigen Störungen, da das Öl in anderen Häfen der EU umgeschlagen werden könnte. Wäre Rotterdam Ziel eines Atomanschlags, kämen jedoch noch weitere gravierende Folgen hinzu, da dort nicht nur in großem Umfang Öl umgeschlagen wird, sondern auch, weil Rotterdam Mittelpunkt des europäischen Außenhandels aller erdenklichen Waren und Güter ist. Dieser Umstand, dass es sich in Rotterdam nicht nur um einen reinen Ölhafen handelt, erleichtert leider auch die Gefahr, dass dort ein Atomsprengkörper gezündet werden könnte, da nicht jeder Container eines normalen Containerschiffs, aufgrund des enormen Umschlags, richtig kontrolliert werden kann.<sup>456</sup> Der Transport einer Kernwaffe in das

<sup>456</sup> Cordesman, Anthony H.: Eine neue Strategie für Terrorismus und asymmetrische Kriegsführung, nachzulesen unter:

Hafengelände wäre daher verhältnismäßig leicht. Mit der Zerstörung dieses außerordentlich wichtigen Handelshafens, könnte neben der Störung des Ölflusses auch noch eine nicht unwesentliche Behinderung des europäischen Warenverkehrs hinzukommen, die sich äußerst negativ auf die europäische Wirtschaft auswirken könnte.

Da ein Anschlag mit einer Atomwaffe, aufgrund der begrenzten technischen Möglichkeiten der Terroristen, jedoch momentan als nicht sehr wahrscheinlich gilt, können die obigen Ausführungen eher als eine Art Planspiel verstanden werden. Es sollte lediglich darauf verwiesen werden, dass Terroristen, die im Besitz einer Atomwaffe wären, nicht nur menschenreiche Ziel ins Auge fassen könnte, sondern auch Ziele, die von enormer wirtschaftlicher Bedeutung für den Westen sind. Insbesondere die letzten Jahre haben gezeigt, dass sich der Ölmarkt als ein solches Ziel besonders eignet, da er die wirtschaftliche Kraft und die Wehrfähigkeit des Westens garantiert. Welches Szenario jedoch weitaus realistischer, ja sogar sehr wahrscheinlich ist, ist ein Anschlag auf die Erdölindustrie mit einer radiologischen Waffe. In diesem Fall käme es zwar zu keinen größeren materiellen Verwüstungen, jedoch wäre die Arbeit in den betroffenen Gebieten erheblich erschwert. Zum einen müsste das Personal mit modernen Schutzausrüstungen ausgestattet werden, die jedwedem Arbeiten erschweren würde und zum zweiten wären sehr teure und aufwendige Dekontaminationsmaßnahmen notwendig, die zumindest für einen gewissen Zeitraum mit einer Stilllegung der angegriffen Anlage einherginge. Da der toxische Radius einer radiologischen Waffe, im Vergleich zu einer richtigen Kernwaffe sehr beschränkt ist, käme es beispielsweise bei einer Anlage wie in Dammam, die in ihren Ausmaßen recht groß ist, nicht zu einem völligen Stopp der Erdölindustrie. Ähnliches würde auch die westlichen Häfen und Erdölanlagen gelten.

Zusammenfassend kann man sagen, dass ein Anschlag mit einer Kernwaffe in einem großen und wichtigen Erdölindustriekomplex, insbesondere in Saudi-Arabien, verheerende Auswirkungen auf den Ölmarkt und infolgedessen auf den Ölpreis hätte, was wiederum ernste Folgen für die Weltwirtschaft mit sich brächte. Gegenwärtig scheitert dieses Szenario jedoch an den mangelnden Möglichkeiten von Terroristen sich einsatzfähige Nuklearwaffen zu

beschaffen. Wiederum stellt der Einsatz einer radiologischen Waffe eine deutlich realistische Gefahr dar, die jedoch aufgrund der nicht allzu großen negativen Wirkung nur zu einer vorübergehenden Störung im Ölgeschäft führen würde, die lediglich mit geringen Schäden zu Buche schlagen würde. Da die Erdölindustrie jedoch prinzipiell ein ideales Ziel darstellt den Westen zu schädigen, sollte ein Anschlag auf die Ölindustrie mit atomaren Waffen jedweder Art gerechnet werden.

### 3.4.2 Biologische Waffen als realistische Option?

Neben den bekannten Bestrebungen der Al-Qaida und anderer Terrorgruppen sich atomare Waffen zu beschaffen, gab es auch ernste Bestrebungen biologische und chemische Waffen zu bekommen. Obwohl sich diese Waffen nicht dazu eignen große Zerstörungen zu verursachen, was im Falle eines Angriffs auf die Erdölindustrie erwünscht wäre, so soll dennoch im folgenden Abschnitt die Herstellungsvoraussetzungen und die Wirkungsweise dieser Waffen dargestellt werden, um zu beurteilen, ob sie im Kampf gegen die Erdölindustrie eingesetzt werden könne, oder ob es sich dabei um Waffen handelt, die nur zum Einsatz gegen Lebewesen verwendet werden können. Wie unter Kapitel 3.4.1 soll hierzu zunächst dargestellt werden, inwiefern Terrorgruppen befähigt sind, biologische und chemische Waffen herzustellen.

Unter dem Begriff „Biologische Waffe“ versteht man Bakterien oder Viren, die aufgrund ihrer tödlichen Wirkung und der zum Teil sehr schnellen Ausbreitungsmöglichkeiten dazu verwendet werden können, viele Personen innerhalb eines überschaubaren Zeitraums zu töten. Das Auslösen einer Epidemie ist dabei das vornehmliche Ziel. Neben diesen „Lebewesen“ gibt es auch so genannte Bio-Toxine, die auf natürlich vorkommenden Stoffen beruhen. Insgesamt sind mittlerweile 12 Arten von biologischen Substanzen bekannt, die sich für den Einsatz als Massenvernichtungswaffe eignen; darunter Milzbrand, Lungenpest, Tularämie, Brucellosen, Q-Fieber, Melioidose als Bakterien; Pocken, hämorrhagisches Fieber (ausgelöst durch Ebola-, Lassa- und Marburg-Viren) und die venezolanische Pferde-Enzephalitis (VEE) als Viren.<sup>457</sup> Hinzu kommen noch Botulinum, Rizin und

---

<sup>457</sup> Borries, Hans-Walter: Gefahren für die innere Sicherheit. Abwehr und Bewältigung von Terroranschlägen mit ABC-Waffen, hrsg. von der Kommunalpolitische Vereinigung Bildungswerke e.V., Recklinghausen 2003, S. 36/37

SEB als Bio-Toxine. Die Wertigkeit der biologischen Waffen hinsichtlich ihrer Letalitätsrate unterscheidet sich jedoch durch die krankheitsbedingten Folgen, durch die Übertragungsrate und durch die vorhandenen Gegenmittel. Da zum Beispiel Tularämie, Q-Fieber, Brucellosen, Melioidose und VEE relativ erfolgreich behandelt werden können und somit die Gefahr einer Epidemie recht klein ist,<sup>458</sup> können derartige Bio-Waffen von vorn herein als unbrauchbar für terroristische Zwecke eingestuft werden. Wesentlich interessanter scheinen dagegen der Milzbrand, Pest und Pocken zu sein. Ursprünglich als reine Tierkrankheit<sup>459</sup> bekannt, zeichnet sich besonders Milzbrand als Biowaffe aus, da es eine relativ kurze Inkubationszeit von nur wenigen Stunden besitzt und weil der so genannte Lungenmilzbrand in 100% aller Fälle tödlich verläuft, auch wenn die Krankheit behandelt wird.<sup>460</sup> Darüber hinaus lässt sich dieses Bakterium sehr gut verbreiten, da es durch die Luft, durch Wasser oder als Pulver aufgenommen werden kann.<sup>461</sup> Milzbrandsporen sind darüber hinaus sehr lange lebensfähig (mehrere Jahrzehnte)<sup>462</sup> und können über einen längeren Zeitraum im Boden verbleiben und ihre tödliche Wirkung abgeben. Die Pest ist ihrerseits besser zu behandeln, allerdings nur, wenn sofort mit antibiotischen Gegenmaßnahmen begonnen wird.<sup>463</sup> Eine zu spät eingesetzte Therapie, beispielsweise bedingt durch das Nicht-Erkennen der Krankheit, führt immer zum Tode. Generell von Mensch zu Mensch übertragbar eignen sich aber auch Tiere wie Ratten und Flöhe hierzu, wie dies die Japaner im Zweiten Weltkrieg gemacht haben. Damals wurden verseuchte Flöhe über chinesischen Städten abgeworfen, die rund 270.000 Tote zur Folge hatten.<sup>464</sup> Die Handhabung von Pestbakterien ist jedoch deutlich schwieriger als die Handhabung von Milzbrandserregern, da die Pest nur als Pulver ihre wahre Wirkung zeigen kann, und weil die Erreger nur

---

<sup>458</sup> Borries, Hans-Walter: Gefahren für die innere Sicherheit. Abwehr und Bewältigung von Terroranschlägen mit ABC-Waffen, hrsg. von der Kommunalpolitische Vereinigung Bildungswerke e.V., Recklinghausen 2003, S. 37

<sup>459</sup> [www.abc-waffen.de/bio/anthrax.html](http://www.abc-waffen.de/bio/anthrax.html), abgerufen am 01.11.2005 um 13:11 Uhr

<sup>460</sup> Borries, Hans-Walter: Gefahren für die innere Sicherheit. Abwehr und Bewältigung von Terroranschlägen mit ABC-Waffen, hrsg. von der Kommunalpolitische Vereinigung Bildungswerke e.V., Recklinghausen 2003, S. 38

<sup>461</sup> [www.abc-waffen.de/bio/anthrax.html](http://www.abc-waffen.de/bio/anthrax.html), abgerufen am 01.11.2005 um 13:11 Uhr

<sup>462</sup> Pflüger, Friedbert: Ein neuer Weltkrieg? Die islamistische Herausforderung des Westens, München 2004, S. 127

<sup>463</sup> [www.abc-waffen.de/bio/pest.html](http://www.abc-waffen.de/bio/pest.html), abgerufen am 01.11.2005 um 13:14

<sup>464</sup> Borries, Hans-Walter: Gefahren für die innere Sicherheit. Abwehr und Bewältigung von Terroranschlägen mit ABC-Waffen, hrsg. von der Kommunalpolitische Vereinigung Bildungswerke e.V., Recklinghausen 2003, S. 39

wenige Stunden lebensfähig sind. Im Gegensatz dazu sind wiederum Pockenviren äußerst stabil, wenn sie unterhalb des Gefrierpunktes gehalten werden. Ebenso einfach ist auch die Art der Ausbreitung, da die Pocken durch jegliche Arten von Sprühvorrichtungen freigesetzt werden können.<sup>465</sup> Je nach Art der Pockenviren liegt die Todesrate bei 100%, wobei es möglich ist Impfungen zu verabreichen, die jedoch spätestens vier Tage nach der Ansteckung angewandt werden muss. Obwohl das Pockenvirus sehr leicht übertragbar ist, ließe sich auf diese Art und Weise dennoch eine Epidemie verhindern.

Bezugnehmend auf die Viren des Marburg-, Lassa- und Ebolafiebers soll hier nur angemerkt werden, dass sie sich zwar aufgrund ihrer sehr hohen Todesrate und bedingt durch fehlende Therapiemöglichkeiten als besonders geeignet für den Biowaffengebrauch darstellen, jedoch aufgrund mangelnder Erfahrung und Forschung in diesem Bereich derzeit kaum Bedeutung für terroristische Handlungen haben.

Eine besondere Rolle in der biologischen Kriegsführung spielen die so genannten Bio-Toxine Rizin und Botulismus. Bei Rizin und Botulismus handelt es sich um natürlich vorkommende Gifte, die als Waffe eingesetzt werden können. Rizin ist beispielsweise ein Eiweiß, das in einer bestimmten Pflanze vorkommt und eine zellschädigende Wirkungen aufweist, die nicht selten mit der Zerstörung der roten Blutkörperchen einhergeht. Dieses Gift kann durch die Luft und durch Wasser verteilt werden, oder aber auf direktem Wege in die Blutbahn injiziert werden. Für einen Mann normaler Statur würden bereits 0,5 Milligramm reichen, um ihn zu töten.<sup>466</sup> Botulismus hingegen ist ein Gift, das die klassische Lebensmittelvergiftung hervorruft<sup>467</sup> und sich in Form von Lähmungen durch die Unterbrechung der Nervenverbindungen darstellt. Mit der Lähmung der Atemmuskulatur tritt dann der Tod ein.<sup>468</sup> Weltweit gilt dieses Gift als die giftigste Substanz überhaupt, da verschwindend geringe Menge reichen, um einen gesunden Menschen zu töten. Obwohl das Gift nur mit der Nahrung aufgenommen werden kann, besteht jedoch die Gefahr eines

---

<sup>465</sup> Borries, Hans-Walter: Gefahren für die innere Sicherheit. Abwehr und Bewältigung von Terroranschlägen mit ABC-Waffen, hrsg. von der Kommunalpolitische Vereinigung Bildungswerke e.V., Recklinghausen 2003, S. 39/40

<sup>466</sup> Vgl. Ebd., S. 43

<sup>467</sup> [www.abc-waffen.de/bio/botulismus.html](http://www.abc-waffen.de/bio/botulismus.html), abgerufen am 01.11.2005 um 13:13 Uhr

<sup>468</sup> Vgl. Ebd.

umfassenden Angriffs in der Möglichkeit, die Trinkwasserversorgung mit dem Gift zu verseuchen oder aber durch Besprühen von landwirtschaftlich genutzten Obst- und Gemüsegeldern.

Damit Terroristen Bio-Waffen einsetzen können, müssen sie diese erst einmal besitzen, was auf zweierlei Arten geschehen kann. Zum einen ist es durchaus möglich, dass Terroristen ein eigenes Bio-Waffen-Programm, inklusive Forschung und Züchtung, unterhalten, was jedoch voraussetzt, dass sie über Fachpersonal und biotechnischer Ausrüstung verfügen. Beides ist auf dem freien Markt relativ leicht zu bekommen, da es weltweit genügend Biologen gibt, die sich mit derartigen Dingen auskennen. Generell reicht es für die Herstellung von Biowaffen, durchschnittlich ausgebildete Biologen zu unterhalten, die allemal in der Lage sind bestimmte Erreger zu züchten, wenn ihnen entsprechendes Ausgangsmaterial zur Verfügung steht. Bei Milzbrand würde es zum Beispiel schon reichen eine Blutprobe eines mit Milzbrand befallenen Tieres zu besitzen.<sup>469</sup> Wie auch bei der Nuklearwaffentechnologie gibt es auch hier mittlerweile genügend literarische Quellen,<sup>470</sup> die es terroristischen Gruppen mit nicht so gut ausgebildetem Personal möglich machen, eigene Biowaffen mit relativ geringem Aufwand selber herzustellen. Andererseits stellt auch die Beschaffung des notwendigen technischen Geräts keine große Herausforderung dar, da es sich hierbei um Geräte handelt, die allesamt auch friedlichen Zwecken dienen können und somit nicht weiter auffallen; im Vergleich beispielsweise zu sensiblen Gerätschaften der Nukleartechnologie. Dass es für Terroristen möglich ist, B-Waffen in Eigenregie herzustellen, hat die AUM-Sekte bewiesen, die neben dem bereits erwähnten Giftgas-Anschlag von 1995, mehrmals versucht hatte Milzbranderreger und Botulismugift in Tokio auszubringen,<sup>471</sup> was letzten Endes jedoch daran scheiterte, dass die Agenzien in ihrer Qualität nicht dem erforderlichen Maß entsprachen. Der zweite Weg auf dem sich Terroristen Bio-Waffen verschaffen könnten, besteht darin diese zu stehlen. Möglichkeiten bieten sich, wie auch bei Nuklearmaterial, besonders auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, da es hier während des Ost-West-Konflikts zur

---

<sup>469</sup> Pflüger, Friedbert: Ein neuer Weltkrieg? Die islamistische Herausforderung des Westens, München 2004, S. 121

<sup>470</sup> Rahmig, Jürgen: Erdöl, Macht und Heiliger Krieg. Die islamische Krisenregion, Reutlingen 2001, S.140

<sup>471</sup> Roth, Jürgen: Netzwerke des Terrors, Hamburg 2001, S. 160

Herstellung ungeheurer Mengen von Bio-Waffen gekommen war, die auch heutzutage keiner internationalen Kontrolle unterliegen und deren wahrer Gesamtbestand ebenfalls in den politischen Wirren der beginnenden 90-er Jahren untergegangen zu sein scheint. Bis ins Jahr 1992 gab es auf russischem Gebiet eine ausgeprägte Biowaffen-Produktion, an denen mehrere zehntausend Personen beteiligt gewesen sind,<sup>472</sup> obwohl die Sowjetunion 1972 dem BWÜ zugestimmt hatte. In diesem Zusammenhang erscheint die von Breshnew gegründete Organisation Biopreparat in einem besonders düsteren Lichte, da sie nach außen hin als pharmazeutischer Betrieb deklariert worden war, der jedoch in Wirklichkeit mit rund 32.000 Personen in 15 verschiedenen Betrieben an der Fortentwicklung biologischer Kampfstoffe gearbeitet hatte.<sup>473</sup> Bei den Stoffen, die dort „bearbeitet“ wurden, handelte es sich um Milzbrand, Ebola, Lassa, Pocken und Pest. Obwohl Boris Jelzin 1992 die Entwicklung biologischer Waffen verboten hatte, wurde die Biopreparat nicht aufgelöst, sondern nur in ihrem finanziellen Rahmen um rund 50% beschnitten.<sup>474</sup> Über die genauen Mengen an Bio-Kampfstoffen, die in Bezug auf Biopreparat hergestellt worden waren, gibt es keinerlei offizielle Informationen. So kann nicht kontrolliert werden, ob und wenn ja wie viel Bio-Kampfstoffe dort abhanden gekommen sein könnten. Auch gibt es auf dem internationalen Arbeitsmarkt noch immer arbeitslose ex-sowjetische Biowaffen-Wissenschaftler, die ihre Dienste für den Meistbietenden zur Verfügung stellen würden.<sup>475</sup> Aber nicht nur die Gefahr, dass Biowaffen aus der Ex-Sowjetunion in die Hände von Terroristen geraten können, sondern auch die Gefahr eines Diebstahls aus westlichen Einrichtungen ist durchaus gegeben, da Milzbrandstämme in fast allen westlichen Laboratorien zu finden sind, die nicht zwingend aus militärischen Gründen vorhanden sein müssen. Um sich gegen einen Biowaffen-Angriff durch Impfstoffe schützen zu können, benötigen Wissenschaftler das gefährliche Bakterium, um die entsprechende Forschung betreiben zu können. Ähnlich ist dies auch bei anderen Biowaffen, die durch Medikamente bekämpft werden können. Ein Diebstahl braucht sich daher nicht nur auf ex-sowjetischem Boden abspielen, er darüber hinaus auch

---

<sup>472</sup> Rahmig, Jürgen: Erdöl, Macht und Heiliger Krieg. Die islamische Krisenregion, Reutlingen 2001, S.142

<sup>473</sup> Roth, Jürgen: Netzwerke des Terrors, Hamburg 2001, S. 166

<sup>474</sup> Vgl. Ebd., S. 167

<sup>475</sup> Vgl. Ebd., S. 168

in allen westlichen Laboratorien stattfinden, in denen mit derartigen Erregern gearbeitet wird. Eine weitere Quelle, aus denen sich Terroristen bedienen könnten, stellen ehemalige irakische Bestände dar. Erst im Jahr 1995 hatte der Irak offiziell zugegeben, dass es ein irakisches Biowaffen-Programm gegeben habe, das seinerzeit jedoch durch irakische Behörden vernichtet worden sei.<sup>476</sup> Im Rahmen dieses Programms sollen tausende Liter Milzbrandsporen und Botulismuserreger hergestellt worden sein.<sup>477</sup> Aufgrund der einseitigen Erklärung des alten Saddam-Regimes und in Anbetracht der Unkenntnis über das irakische Programm war es den UN-Inspektoren, die sich infolge des Kuwait-Krieges dort aufhielten nicht möglich, die irakischen Angaben zu kontrollieren. Die Folge war, dass niemand genau wusste welche Ausmaße das irakische Programm hatte und wo sich die produzierten Biowaffen befunden haben. Nachdem der Irak dann im Jahr 1998 die UN-Inspektoren des Landes verwiesen hatte, konnte gar keine Kontrolle mehr ausgeübt werden, sodass der Westen insgeheim damit rechnen musste, dass der Irak irgendwo noch über biologische Kapazitäten verfügte.<sup>478</sup> Dieser Zustand war daraufhin der „offizielle“ Grund für die USA den Irak 2003 noch einmal anzugreifen, wobei die Suche nach den Massenvernichtungswaffen bis heute ergebnislos geblieben ist. Entweder hat Saddam Hussein wirklich keine Massenvernichtungswaffen gehabt oder aber sie sind zuvor „in Sicherheit“ gebracht worden und warten an irgendeinem Ort auf ihren Einsatz. Es ist daher denkbar, dass sich die verbliebenen Biowaffen zurzeit in den Händen von radikalen Saddam-Anhängern befinden oder gar in den Händen der Al-Qaida.

Insgesamt zeigt sich, dass der Einsatz biologischer Waffen durch Terroristen keinesfalls nur ein Hirngespinnst ist, sondern mehr als nur wahrscheinlich ist, da sich solche Waffen sehr leicht selber herstellen lassen. Auch stellt der Diebstahl von biologischen Waffen eine ernstzunehmende und mehr als realistische Gefahr dar. Dies lässt den Schluss zu, dass jeden Moment mit einem Biowaffen-Angriff durch (islamistische) Terroristen gerechnet werden

---

<sup>476</sup> Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2002, S. 15/16

<sup>477</sup> Rahmig, Jürgen: Erdöl, Macht und Heiliger Krieg. Die islamische Krisenregion, Reutlingen 2001, S. 141

<sup>478</sup> Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2002, S. 16

muss. Welche Frage sich nun stellt, ist, ob sich Biowaffen auch als Mittel gegen die Erdölindustrie eignen.

#### 3.4.2.1 Biowaffen gegen die Erdölindustrie – Ein Fazit

Obwohl sich Biowaffen sehr gut dazu eignen, gegnerische Personen und Personengruppen vehement zu schädigen, so ist der „erfolgreiche“ Einsatz an bestimmte Bedingungen gebunden. So haben Biowaffen keine allzu große Reichweite, da sie nur lokal begrenzt eingesetzt werden können; es sei denn es würden mehrere Ziele gleichzeitig attackiert. Sollte es sich bei den verwendeten Waffen jedoch um qualitativ hochwertige Produkte handeln, so könnte sich die begrenzte Reichweite durch die hohe Ansteckungsgefahr deutlich erweitern und im Idealfall eine Epidemie auslösen. Hierbei käme es jedoch darauf an, welche Bakterien oder Viren zum Einsatz kommen würden, da sie sich in ihren Ansteckungseigenschaften zum Teil stark voneinander unterscheiden. Ein Angriff mit Bio-Toxinen wäre diesbezüglich eher unsinnig, da keine Verbreitung erreicht würde. Terroristen müssten hierfür Nahrungsmittel oder Wasservorräte verseuchen. Dass es hierbei zu einem gezielten Ausfall von Personal kommt, das in der Erdölindustrie tätig ist, darf bezweifelt werden. Wesentlich effektiver wäre jedoch der Einsatz von Milzbrand oder Pocken, da sie sich sehr schnell verteilen könnten, wobei diese Krankheiten mit Medikamenten und Impfstoffen in ihren Auswirkungen begrenzt werden können, was zu der Verhinderung einer Epidemie führen würde. Außerdem kann eine Epidemie mit Biowaffen nur dann ausgelöst werden, wenn sich sehr viele Menschen auf sehr engem Raum aufhielten, was in diesem Industriebereich eher selten der Fall ist. Hinzu kommt noch, dass die wenigsten Erreger stabil genug sind, um lange außerhalb ihres schützenden Reagenzglases zu überleben, sodass, abgesehen von Milzbrand, das lange aktiv ist, sehr bald wieder der normale Ablauf in eine Raffinerie oder Hafenanlage aufgenommen werden könnte. Aufgrund dieser Gegebenheiten ist der Einsatz von Biowaffen auf Öltanker wesentlich effektiver. Diese befinden sich zum Teil viele Wochen auf See und bestehen nur aus einer kleinen Mannschaft. Wenn Terroristen nun in der Lage wären, biologische Kampfstoffe, die über eine hohe Ansteckungsrate verfügen, in möglichst vielen Tankern auszusetzen, könnte dies dazu führen, dass die Besatzung unterwegs an den Folgen der

Biowaffen erkrankt. Dies hätte wiederum zur Folge, dass es aufgrund der mangelnden medizinischen Versorgung an Bord zu Todesfällen kommt und die Schiffe nicht mehr in der Lage sind ihr Ziel zu erreichen. Im schlimmsten Fall könnten sie manövrierunfähig werden und kentern. Biowaffen auf vielen Tankern verbreitet, wäre die einzige Möglichkeit, diese im Rahmen der Erdölversorgung effektiv einzusetzen. Besonders eignen sich hierfür Stoffe, die über die Nahrung oder Wasser aufgenommen werden, was seinerseits für den Einsatz von Rizin oder Botulismus spricht. Da sich die Mannschaft eines Tankers aus denselben Quellen ernährt, böte dies die größte Möglichkeit für Terroristen alle Crew-Mitglieder zu treffen. Sollte die Mannschaft dennoch in der Lage sein das Zielgebiet zu erreichen, so bestünde die Gefahr, dass sich ein, in Saudi-Arabien ausgesetzter, Virus oder ein Bakterium in Europa oder gar Amerika an Land ausbreiten könnte.

Auch wenn dies ebenfalls nur als ein Planspiel zu verstehen ist, so zeigt auch dies die potentielle Gefahr, dass die Erdölindustrie Ziel eines terroristischen Anschlags mit Biowaffen werden kann. Zwar wären die Folgen bei weitem nicht so groß wie bei einem Anschlag mit atomaren Waffen, jedoch würde dies zumindest für einen kurzen Zeitraum zu einer Erschütterung des Ölpreises führen, da die Folge solcher Anschläge mit Hamsterkäufen an den Ölmärkten einherginge, da sich Unsicherheit über etwaige zukünftige Anschläge breitmachen würde. Auch der Verlust einer gewissen Menge Erdöl, die sich auf eventuell gesunkene Tanker zurückführen ließe, würde dem Ölmarkt kurzfristig schaden. Betrachtet man sich jedoch die Leichtigkeit, mit der Biowaffen durch Terroristen hergestellt werden können und hält man sich die organisatorischen Fähigkeiten Al-Qaidas vor Augen, so könnte es auch dazu kommen, dass Terroristen zeitgleich in Raffinerien und Erölhäfen zuschlagen, während sich andere Biowaffen innerhalb der Tanker-Crews ausbreiten. Ein derart gut geplanter Anschlag hätte durchaus größere Folgen, da erstens die Industrie an Land für kurze Zeit gestört wäre und zweitens die sichere Ankunft der unterwegs befindlichen Öltanker nicht gewährleistet wäre. So könnte es für einige Tage zur Unterbrechung der Erdölversorgung kommen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Einsatz von Biowaffen im Rahmen der Erdölindustrie generell möglich ist, und dass es bei einem gut geplanten Anschlag, der einen gleichzeitigen Einsatz an Land und auf Schiffen

vorsieht zu nicht unerheblichen Schäden in der Ölwirtschaft kommen kann. Da beispielsweise in Saudi-Arabien viele Gastarbeiter in der Ölindustrie tätig sind, liefen die Terroristen, sollten sie selber aus Saudi-Arabien stammen, auch nicht Gefahr zu viele ihrer Landsleute zu töten, was sich durchaus positiv auf die Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung auswirken würde.

### 3.4.3 Chemische Waffen als realistische Option?

Spätestens seit dem, bereits erwähnten, Anschlag der AUM-Sekte in der U-Bahn von Tokio im Jahr 1995 wissen wir um die Gefahr eines Terroranschlags mit chemischen Waffen. Es ist daher absolut nicht auszuschließen, dass sich ein derartiger Anschlag wiederholen wird, da dieser Anschlag bewiesen hat, dass es einer nichtstaatlichen Gruppe durchaus möglich ist, chemische Waffen herzustellen. Zwar scheiterte der Anschlag damals an der stümperhaften Vorgehensweise der Attentäter<sup>479</sup> und der minderen Qualität des verwendeten Sarins, jedoch sollte sich jeder, der sich mit Terrorismus und Massenvernichtungswaffen auseinandersetzt, das damalige Ereignis vor Augen halten. In Anbetracht des Gesamtthemas stellt sich daher nun die Frage, ob auch islamistische Terroristen befähigt sind chemische Waffen herzustellen oder zu erwerben und welche möglichen Folgen ein chemischer Anschlag haben könnte, sollte dieser im Bereich der Erdölindustrie ausgeführt werden.

Gemäß internationaler Definition versteht man unter einem chemischen Kampfstoff eine giftige Chemikalie oder deren Ausgangsstoffe, die sich dazu eignet mittels eines Trägers ausgebracht zu werden, um Lebewesen zu verletzen oder zu töten. Eine größere Zerstörungswirkung hinsichtlich anorganischer Materialien, wie zum Beispiel Gebäude oder gar Fahrzeuge wird durch chemische Waffen nicht erzielt; diese Wirkung entspricht in der Regel lediglich der eines konventionellen Sprengstoffs, wie er zivil oder militärisch verwendet wird. Welche genaue Wirkung chemische Waffen jedoch haben, hängt ganz davon ab, welche Art eingesetzt wird, da es hier eine ganze Reihe von verschiedenen Substanzen gibt, die sich in ihrer Wirkung deutlich voneinander unterscheiden. Die erste Gruppe von chemischen Waffen umfasst

---

<sup>479</sup> Die stümperhafte Vorgehensweise bezieht sich auf die Art der Ausbringung des Sarins, da die Attentäter lediglich Kunststoffflaschen verwendeten aus denen sie das Sarin auskippten. So blieb die tödliche Wirkung des Sarins räumlich begrenzt, weshalb es „nur“ zu so wenigen Schwerverletzten gekommen war.

die Gruppe der Nervengifte, deren wichtigste Vertreter Tabun, Sarin, Soman und VX sind. Bei diesen Stoffen handelt es sich um Gifte, die im Körper die Acetylcholinesterase hemmen, die für die Weiterleitung von Informationen zwischen den Nervenzellen verantwortlich ist.<sup>480</sup> Aufgenommen werden diese Stoffe entweder über die Atmungsorgane oder aber durch die Haut. Zu den Leitsymptomen gehören bei einer leichten Vergiftung Schweißausbrüche und Kopfschmerzen, bei einer mittleren Vergiftung verstärken sich die Kopfschmerzen und es tritt Übelkeit und Erbrechen auf. Mit Zunahme der Dosierung steigt auch die Stärke der Symptome bis es letztendlich zur Atemlähmung und Tod kommt. Als gefährlichster dieser Stoffe gilt VX-Gas (Tabun, Soman und Sarin sind Flüssigkeiten), das eine deutlich stärkere Wirkung hat als die übrigen Nervengifte<sup>481</sup> und zudem noch deutlich länger am Einsatzort in gefährlicher Dosis verweilen kann. Eine weitere Gruppe von chemischen Kampfstoffen ist die Gruppe der Hautkampfstoffe, die ihre Bezeichnung deshalb trägt, weil sie ihre Wirkung in erster Linie auf der Haut entfaltet. Der bekannteste und älteste Stoff dieser Gattung ist Senfgas oder auch S-Lost genannt, das bereits im Ersten Weltkrieg eingesetzt wurde. Aufgenommen durch die Atmungsorgane oder der Haut, führt Senfgas unter anderem zur Verminderung der weißen Blutkörperchen,<sup>482</sup> was wiederum zu einem sehr hohen Infektionsrisiko führt. Die Folge davon sind starke Entzündungen auf der Haut, die in einem späteren Stadium mit der Schädigung der Lunge und des Nervensystems einhergeht.<sup>483</sup> Gelangt Senfgas jedoch direkt in die Lunge, so kommt es zunächst zu starken Atembeschwerden und Erstickungserscheinungen.<sup>484</sup> Was diesen „alten“ Kampfstoff neben seinen gesundheitlichen Folgen so gefährlich macht, ist die enorm hohe Sesshaftigkeit am Einsatzort, da Senfgas bis zu 8 Wochen dort verweilen kann. Dies gilt allerdings nur, wenn sich die Temperaturen um  $-15^{\circ}\text{C}$  bewegen und es

---

<sup>480</sup> Wöhrle, Dieter: Chemische Waffen gibt es einen Weg zurück?, nachzulesen unter: [www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf-89/8910400m.htm](http://www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf-89/8910400m.htm), abgerufen am: 12.02.2006 um 15:23 Uhr

<sup>481</sup> Bei einem erwachsenen Menschen reichen etwa 10 Milligramm VX auf der Haut, um tödlich zu wirken. Bei Sarin beträgt dieser Wert ca. 1,7 Gramm.

<sup>482</sup> Neben der Verminderung der weißen Blutkörperchen wird auch die Zellteilung gehemmt und die DNS geschädigt. Vgl. hierzu: [www.gifte.de/B-%20und%20C-Waffen/schwefellost.htm](http://www.gifte.de/B-%20und%20C-Waffen/schwefellost.htm), abgerufen am 18.03.2006 um 15:03 Uhr

<sup>483</sup> Borries, Hans-Walter: Gefahren für die innere Sicherheit. Abwehr und Bewältigung von Terroranschlägen mit ABC-Waffen, hrsg. von der Kommunalpolitische Vereinigung Bildungswerke e.V., Recklinghausen 2003, S. 60

<sup>484</sup> Vgl. Ebd., S. 61

windstill ist. Da diese Voraussetzungen jedoch eher selten gegeben sind, muss beim Einsatz von Senfgas unter realistischen Bedingungen (also 15°C, Sonne und leichter Wind) immerhin noch mit einer Verweildauer von bis zu sieben Tagen gerechnet werden; bei Regen und stärkerem Wind reduziert sich dies auf maximal 2 Tage. Im Vergleich zu den anderen Hautkampfstoffen wie etwa N-Lost, Lewisit oder auch Phosgenoxim gilt Senfgas als das mit Abstand gefährlichste Hautkampfmittel, da die übrigen Stoffe eher als Reizstoffe verstanden werden können, denn ihre Wirkung beschränkt sich im Allgemeinen auf das Reizen der Haut in Form von Quaddeln oder ähnlichem sowie in der Reizung der Augen; Todesfälle sind in diesem Zusammenhang eher selten und treten nur bei sehr hohen Dosierungen auf und dann meistens in Folge eines Lungenödems.<sup>485</sup> Für Terroristen werden derartige Waffen in der Konsequenz relativ uninteressant sein, weshalb hier von einer genaueren Erläuterung abgesehen wird. Interessanter könnten indes Blutkampfstoffe sein, die wiederum, bei entsprechender Dosierung den Tod zur Folge haben. Welchen Schaden solche Stoffe anrichten können, hat der millionenfache Mord an den europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg gezeigt, als Blausäure in die Gaskammern der nationalsozialistischen Vernichtungslager eingelassen wurde. Die Wirkung der Blausäure, auch bekannt als Zyklon B, richtet sich vornehmlich auf die Schädigung der roten Blutkörperchen, wodurch es zu einem innerlichen Ersticken kommt, da die roten Blutkörperchen bzw. das Hämoglobin für den Sauerstofftransport im Organismus zuständig sind.<sup>486</sup> Gelten die Reizung der Augen und Kopfschmerzen als Zeichen für eine leichte Vergiftung, so tritt bei einer hohen Dosis sehr schnell Bewusstlosigkeit ein, die dann wiederum sehr rasch tödlich endet. Um eine tödliche Wirkung zu erreichen, benötigt man ca. 1 Milligramm Zyklon B pro Kilogramm Körpergewicht,<sup>487</sup> was keine allzu große Menge ist. Daraus ergibt sich also, dass Terroristen nicht sehr viel Blausäure einsetzen müssen, um eine große Zahl an Todesopfern zu erreichen. Die übrigen Blutkampfstoffe Chlor-cyan

---

<sup>485</sup> [www.gifte.de/B-%20und%20C-Waffen/phosgenoxim.htm](http://www.gifte.de/B-%20und%20C-Waffen/phosgenoxim.htm), abgerufen am 18.03.2006 um 15:09

<sup>486</sup> Die Folge eines Einsatzes von Blausäure bewirkt die Unterbrechung der Atmungskette in den Körperzellen. Vgl. hierzu: [www.gifte.de/B-%20und%20C-Waffen/blausäure.htm](http://www.gifte.de/B-%20und%20C-Waffen/blausäure.htm), abgerufen am 18.03.2006 um 15:10 Uhr

<sup>487</sup> Borries, Hans-Walter: Gefahren für die innere Sicherheit. Abwehr und Bewältigung von Terroranschlägen mit ABC-Waffen, hrsg. von der Kommunalpolitische Vereinigung Bildungswerke e.V., Recklinghausen 2003, S. 66

und Arsenwasserstoff wirken indes in ähnlicher Weise wie Blausäure, haben jedoch den Nachteil (aus militärischer Sicht), dass sie sich sehr schnell verflüchtigen (Chlor-cyan), oder dass sie wesentlich höher dosiert werden müssen, um tödlich zu wirken (Arsenwasserstoff). Zusätzlich zu den bereits aufgeführten chemischen Kampfstoffen gibt es noch die Lungenkampfstoffe, die ihre Wirkung direkt in den Atmungsorganen freisetzen; zu nennen sind hier Phosgen, Diphosgen und Chlorpikrin. Bei all diesen Stoffen handelt es sich um Substanzen, die schon während des Ersten Weltkriegs eingesetzt wurden. Lungenkampfstoffe, und hier vor allem Phosgen und Diphosgen, bewirken nach dem Einatmen in der Lunge, dass das Kampfmittel zu Kohlendioxid und Salzsäure zerfällt und somit die Auflösung der Lunge verursacht.<sup>488</sup> Eine derartige Vergiftung beginnt im frühen Stadium mit Husten und gereizten Atmungsorganen und endet mit Lungenbluten und Herzversagen. Das effektivste Mittel aus dieser Gruppe ist das Diphosgen, das im Ersten Weltkrieg sehr rasch das Phosgen ersetzt hatte, da Phosgen nur bis 8°C flüssig ist und bei höheren Temperaturen zu Gas wird, das sich dann sehr schnell verflüchtigt. Der Einsatz im Gelände war je nach Wetterlage keinesfalls einfach. Diphosgen hingegen nimmt erst bei 127°C den gasförmigen Aggregatzustand an, weshalb sich dieser Stoff durchaus als probates terroristisches Mittel einsetzen ließe. Der dritte Stoff aus der Reihe der Lungenkampfstoffe, Chlorpikrin, hat ebenfalls eine zersetzende Wirkung innerhalb der Lungen, jedoch besitzt diese Substanz mehrere Eigenschaften, die seine Effektivität im Einsatz deutlich herabsetzt. So ist dieser Stoff, trotz seiner öligen Konsistenz, sehr flüchtig, was die Verweildauer am Einsatzort minimiert und er hat einen sehr starken Eigengeruch, der den Stoff nicht lange unentdeckt lässt.<sup>489</sup> Diese Eigenschaften machen ihn zu einem chemischen Kampfstoff zweiter Wahl, insbesondere für Terroristen. Angesichts dieser Mängel wurde der Stoff militärisch nur im Ersten Weltkrieg<sup>490</sup> und nach 1945

---

<sup>488</sup> Borries, Hans-Walter: Gefahren für die innere Sicherheit. Abwehr und Bewältigung von Terroranschlägen mit ABC-Waffen, hrsg. von der Kommunalpolitische Vereinigung Bildungswerke e.V., Recklinghausen 2003, S. 70

<sup>489</sup> [www.gifte.de/B-%20und%20C-Waffen/chlorpikrin.htm](http://www.gifte.de/B-%20und%20C-Waffen/chlorpikrin.htm), abgerufen am 18.03.2006 um 15:11 Uhr

<sup>490</sup> Vgl. Ebd.

nur noch für ABC-Übungen verwendet; allerdings ausschließlich in der Sowjetunion.<sup>491</sup>

Um die Liste der chemischen Kampfstoffe zu komplettieren, muss an dieser Stelle noch auf die so genannten Psychokampfstoffe und Reizstoffe hingewiesen werden, die sich aufgrund ihrer Wirkung prinzipiell nicht für terroristische Anschläge eignen; hierbei wird vorausgesetzt, dass Terroristen eine hohe Zahl von Todesopfern wünschen. Während Psychokampfstoffe das Bewusstsein beeinflussen und daher eine ähnliche Wirkung wie Drogen haben, zeigt sich die Hauptwirkung der chemischen Reizstoffe in der Störung des Wohlbefindens, in Form von gereizten Augen und Atemwegen. Weder bei den Psychokampfstoffen, noch bei den Reizstoffen stellt sich eine tödliche Wirkung ein; lediglich eine individuelle Überdosierung ruft den Tod hervor.

Nachdem nun die „gängigsten“ chemischen Kampfstoffe und ihre militärischen Vor- und Nachteile benannt worden sind, tritt nun die Frage in den Vordergrund, ob chemische Waffen überhaupt von Terroristen eingesetzt werden können. Mit anderen Worten: Können Terroristen in Eigenregie chemische Waffen herstellen bzw. beschaffen? Generell zeigt sich, dass chemische Waffen durchaus leichter herzustellen sind als atomare und biologische Waffen. Der Grund hierfür liegt in der Zusammensetzung chemischer Waffen, da sie in der Regel aus verschiedenen Einzelsubstanzen hergestellt werden, die alleine keine waffentaugliche Wirkung besitzen. Der gezielte Kauf der einzelnen Bestandteile durch Terroristen bei unterschiedlichen Anbietern in verschiedenen Staaten, erweckt daher in der Regel zunächst keine große Aufmerksamkeit, auch wenn sich die Sensibilität bei der Kontrolle seit dem 11. September 2001 deutlich erhöht hat. Wie oben bereits dargestellt gibt es mittlerweile internationale Kontrollorgane, die die Ausfuhr solcher Stoffe überwachen, jedoch ist nicht jeder Staat dieser Kontrolle unterlegen. Hinzu kommt noch, dass sich die Augen der Kontrolleure in erster Linie auf staatliche Akteure richten, die, um ein chemisches Waffenprogramm zu starten, eine bestimmte Menge entsprechender Stoffe erwerben müssen. Terroristen hingegen benötigen bei weitem nicht so große Mengen, um einen oder einige wenige Anschläge durchführen zu können. In

---

<sup>491</sup> Borries, Hans-Walter: Gefahren für die innere Sicherheit. Abwehr und Bewältigung von Terroranschlägen mit ABC-Waffen, hrsg. von der Kommunalpolitische Vereinigung Bildungswerke e.V., Recklinghausen 2003, S. 72

Anbetracht der leider noch sehr großmaschigen Kontrollen muss zwangsläufig damit gerechnet werden, dass derartige Mengen nicht auffallen. Hinzu kommt noch, dass es sich bei diesen Stoffen oft um Substanzen handelt, die durchaus auch im zivilen Leben zum Einsatz kommen und daher, je nach Deklaration, keinen Verdacht aufwerfen, insbesondere dann nicht, wenn die Bestandteile für einen chemischen Kampfstoff in kleinen Mengen und an verschiedenen Orten erworben werden. Einer dieser recht leicht herzustellenden Kampfmittel ist S-Lost /Senfgas, das sich ohne große Mühe aus den Stoffen Ethylen (hieraus wird der Kunststoff Polyethylen hergestellt) und Vinylchlorid (Ausgangsstoff für den Kunststoff PVC) herstellen lässt.<sup>492</sup> Gerade dieser Umstand, der so genannte dual-use-Charakter bestimmter Stoffe sowie der dual-use-Charakter mancher chemischer Industrieanlagen erschwert die Aufdeckung eines möglichen terroristischen chemischen Waffenprogramms.<sup>493</sup> Was die Herstellung chemischer Waffen ebenfalls erleichtert, als im Vergleich dazu die Herstellung von atomaren und biologischen Waffen, ist die Tatsache, dass die Entwicklung keinerlei hoch spezialisierter Fachkenntnisse bedarf, sondern chemische Grundkenntnisse durchaus ausreichen. Lediglich der Umgang mit solchen Waffen im Labor erfordert ein bestimmtes Maß an Sicherheits- und Schutzvorkehrungen. Aber auch dies scheint kein allzu großes Hindernis zu sein, da es in den meisten islamischen Staaten chemische Industrieanlagen gibt, die solche Gegebenheiten gewährleisten. Unter dem Deckmantel einer zivilen Nutzung, wie etwa der Herstellung von Düngemitteln oder aber der Herstellung von Pflanzenschutzmitteln<sup>494</sup>, wären finanziell einigermaßen ausgestattete Terroristen, wie es sie in der Form der Al-Qaida gibt, ohne weiteres in der Lage chemische Waffen herzustellen. Je nach Art des chemischen Kampfstoffes, kann dies dann in sehr kurzer Zeit geschehen. Da die effektivsten chemischen Waffen jedoch auch sehr komplex im Aufbau und daher auch in der Herstellung sind, kann sich die Entwicklung aber auch hinauszögern. Dennoch gilt: Die Herstellung von chemischen Waffen durch

---

<sup>492</sup> Wöhrle, Dieter: Chemische Waffen gibt es einen Weg zurück?, nachzulesen unter: [www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf-89/8910400m.htm](http://www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf-89/8910400m.htm), abgerufen am: 12.02.2006 um 15:23 Uhr

<sup>493</sup> Ulfkotte, Udo: Propheten des Terrors. Das geheime Netzwerk der Islamisten, München 2001, S. 117

<sup>494</sup> Aufgrund ihrer chemischen Zusammensetzung zählen die Stoffe Sarin, Soman und Tabun zu der Gruppe der Pflanzenschutzmittel, die in Pflanzenschutzmittel produzierenden Anlagen mit wenigen Änderungen problemlos hergestellt werden können. Vgl. hierzu die oben genannten Internetseiten.

Terroristen ist möglich und aufgrund der besseren Umstände im Vergleich zu anderen Massenvernichtungswaffen auch am wahrscheinlichsten. In diesem Zusammenhang muss allerdings auch einkalkuliert werden, dass die Terroristen staatliche „Gönner“ haben, die sie mit chemischen Massenvernichtungswaffen versorgen oder zumindest die Herstellung ermöglichen könnten. Insbesondere Syrien und der Iran, die beide bereits in der Vergangenheit und sehr wahrscheinlich auch heute noch Terrorgruppen unterstützt haben bzw. unterstützen, könnten hierbei eine nicht unerhebliche Rolle spielen. Während auf internationaler Ebene vermutet wird, dass der Iran über ein Chemiewaffenprogramm verfügt, gilt es als gesichert, dass Syrien in diesem Bereich bereits sehr weit fortgeschritten ist.<sup>495</sup> In Verbindung mit den bekannten Kontakten zum Terrorismus stellen diese beiden Staaten daher eine latente Gefahr bei der Weitergabe von chemischen Waffen an Terroristen dar. Allerdings, und dies spricht gegen die Unterstützung rein islamistischer Terroristen, haben sich Syrien und der Iran bislang darauf konzentriert diejenigen Terrorgruppen zu unterstützen, die sich gegen den Staat Israel auflehnen. Hierzu gehören die HAMAS, die Hisbollah im Südlibanon und der Islamische Dschihad;<sup>496</sup> also palästinensische Terrorgruppen, die aufgrund ihrer ethno-nationalistischen Ausrichtung nicht als Islamisten per definitionem bezeichnet werden können. Direkte und enge Kontakte der iranischen wie auch der syrischen Regierung zur Al-Qaida und ihr direkt zugeordneter Terrorgruppen konnten bislang nicht nachgewiesen werden. Dies führt unzweifelhaft dazu, dass die Rolle Irans und Syriens in diesem Zusammenhang nicht eindeutig geklärt werden kann, was wiederum eine strenge Beobachtung dieser Staaten durch westliche Sicherheitsorgane erfordert. Hauptaugenmerk sollte in Bezug auf chemische Waffen auf Syrien gelegt werden, da es Hinweise darauf gibt, dass die Regierung in Damaskus Know-How an andere Regierungen weitergibt und sogar auf fremdem Territorium bereits chemische Waffen eingesetzt haben soll. Diese Verdachtsmomente richten sich gezielt auf den Sommer 2004, als syrische Militärangehörige und syrische Wissenschaftler, mit Zustimmung und Zusammenarbeit der sudanesischen

---

<sup>495</sup> Auswärtiges Amt (Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2004, Berlin 2005, S.70

<sup>496</sup> Hoffman, Bruce: Terrorismus. Der unerklärte Krieg, Lizenzausgabe der Bundeszentrale für Politische Bildung Schriftenreihe Bd. 417, Bonn 2002, S. 248 ff.

Regierung, chemische Waffen an der schwarzen Bevölkerung des Sudans getestet haben sollen.<sup>497</sup> Sollten diese Informationen stimmen, so erscheint die Wahrscheinlichkeit, dass islamistische Terroristen in den Besitz von chemischen Waffen gelangen könnten in einem ganz anderen Licht, da der Sudan Anfang der 90-er Jahre sehr enge Kontakte zur Al-Qaida und Osama Bin Laden hatte und lange Zeit sogar Al-Qaida-Trainingslager auf seinem Territorium tolerierte. Hinzu kommt noch, dass die sudanesishe Regierung einen stark islamistischen Kurs verfolgt, der zu einem sehr hohen Prozentsatz mit der radikalen Einstellung der Al-Qaida-Extremisten konform geht. Wie auch bei den atomaren und biologischen Waffen bietet sich für Terroristen nicht nur die Möglichkeit durch eigene Produktion oder durch die Unterstützung von Staaten Gewalt über chemische Waffen zu bekommen, sondern auch durch Diebstahl. Einmal mehr rückt bei dieser Überlegung das Erbe des Ost-West-Konflikts in den Vordergrund, da während dieser Phase enorme Mengen an chemischen Waffen hergestellt worden waren. Diese Mengen sind derart groß, dass weder die USA, noch Russland in der Lage sind ihre Bestände bis zum Jahr 2007 komplett zu vernichten;<sup>498</sup> noch der Mitte der 90er Jahre besaßen beide Seiten zusammengenommen rund 76.000 Tonnen chemischer Kampfstoffe (USA: 36.180 Tonnen / Russland: 40.000 Tonnen).<sup>499</sup> Während davon ausgegangen werden kann, dass die amerikanischen Chemiewaffen ordnungsgemäß registriert sind und der gesamte, noch vorhandene Bestand, durchweg gut bewacht wird, stellt Russland erneut eine große Gefahr für die Proliferation eines Massenvernichtungsmittels dar. Zum einen gibt es eine Vielzahl von überlieferten Fällen, bei denen Chemiewaffen von russischen Militärangehörigen zum Verkauf angeboten worden sind<sup>500</sup> und zum zweiten ist es um die Sicherung der russischen Chemiewaffen-Depots nicht zum Besten bestellt. Eine Terrorgruppe wie die Al-Qaida oder aber auch

---

<sup>497</sup> Schuster, Jacques: Syrien testet chemische Waffen an Sudanern. Geheimdienste: Dutzende von Opfern, DIE WELT vom 15. September 2004, nachzulesen unter:

[www.welt.de/data/2004/09/15/332689.htm?prx=1](http://www.welt.de/data/2004/09/15/332689.htm?prx=1), abgerufen am 12.02.2006 um 15:19 Uhr

<sup>498</sup> Das 1997 in Kraft getretene Übereinkommen über das Verbot chemischer Waffen sah ursprünglich die Zerstörung aller chemischen Waffenbestände bis zum Jahr 2007 vor. Spätestens aber bis zum Jahr 2012 sollen alle Agenzien vernichtet werden, was sich nach dem derzeitigen Stand der Dinge nur mit einem sehr großen Aufwand bewerkstelligen lässt. Vgl. hierzu: Auswärtiges Amt (Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2004, Berlin 2005, S. 33

<sup>499</sup> [www.armscontrol.de/einfuehrung/ruestungskontrolle/bestaende2.htm](http://www.armscontrol.de/einfuehrung/ruestungskontrolle/bestaende2.htm), abgerufen am 12.02.2006 um 15:32 Uhr

<sup>500</sup> Roth, Jürgen: Netzwerke des Terrors, Hamburg / Wien 2001, S. 159-161

eine andere größere islamistische Terrororganisation, die über gut ausgebildete und gut ausgerüstete Mitglieder verfügt, wäre ohne großen Aufwand in der Lage ein solches Depot zu überfallen und chemische Waffen zu stehlen. Zieht man nun auch die Korruptionsanfälligkeit der russischen Sicherheitskräfte in Betracht, so muss ein solcher „Überfall“ noch nicht einmal mit Gewalt vollzogen werden. Noch einfacher könnten Chemiewaffendiebstähle in einem islamischen Staat durchgeführt werden, da hier die Möglichkeit, dass sich Militärangehörige kaufen lassen bzw. sogar mit den Terroristen sympathisieren, recht groß ist. Einer dieser möglichen Staaten ist Ägypten, das sehr wahrscheinlich im Besitz von Chemiewaffen ist, da es bis heute nicht dem CWÜ beigetreten ist. Dieser Umstand ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass Ägypten aus westlicher Sicht durchaus als verlässlicher Partner betrachtet werden kann, da die Regierung in Kairo zum einen ein echtes Interesse an der Beendigung des Nah-Ost-Konflikts aufweist und zum zweiten ebenso wie der Westen mit dem Problem des islamistischen Terrorismus zu tun hat. Besonders erwähnenswert sind hier die Terrorgruppen Gamaat al-Islamiyya und al-Dschihad,<sup>501</sup> die auch bereits westliche Touristen in Ägypten angegriffen haben. Diese Gruppen, die zu den absoluten Hardlinern innerhalb der islamistischen Gemeinde zählen, haben nicht nur in der Bevölkerung viele Anhänger, sondern auch beim Militär, was ein besonderes Gefahrenpotential darstellt. Terrorgruppen könnten somit durch Verbindungen zum ägyptischen Militär an chemische Waffen kommen.

Egal, welchen Staat man jetzt noch anführt, Fakt ist, dass jedes Land, das chemische Waffen besitzt, jederzeit Opfer eines kapitalen C-Waffen-Diebstahls werden kann. Die gegenwärtigen Terrorgruppen sind derart gut ausgestattet, dass sie einen solchen Diebstahl in Form eines Kommando-Unternehmens durchführen können oder aber durch Verbindungen und entsprechender Bezahlungen unblutig in die Wege leiten können. Darüber hinaus gibt es genügend Staaten, die bereit sind Terroristen zu unterstützen, indem sie entweder die Möglichkeit bieten C-Waffen herzustellen oder indem sie die Terroristen mit fertigen Endprodukten versorgen. Indes bereitet auch die eigene Herstellung von Chemiewaffen keine unüberwindlichen Mühen, wobei jedoch die Herstellung von Nervengiften, vor allem in größeren Mengen, als schwierig

---

<sup>501</sup> Ulfkotte, Udo: Propheten des Terrors. Das geheime Netzwerk der Islamisten, München 2001, S. 208/209

gilt und nur durch gut ausgebildetes Personal zu realisieren ist. Unmöglich ist aber auch dieses Unterfangen nicht. Abschließend lässt sich also sagen, dass der Einsatz von chemischen Waffen durch Terroristen als ein äußerst realistisches Szenario betrachtet werden muss. Im Vergleich zu allen anderen Arten von Massenvernichtungswaffen stellen Chemiewaffen die größte Bedrohung für den Westen und die industrialisierte Welt dar. Die Frage, die sich hier als einzige stellt, ist die Frage nach dem Wann und vielleicht auch noch nach dem wo. Die nach Frage nach dem ob, erübrigt sich.

#### 3.4.3.1 Chemiewaffen gegen die Erdölindustrie? Ein Fazit

Die obigen Ausführungen haben gezeigt, dass Chemiewaffen in ihrer Wirkung ein äußerst brutales Mittel der Kriegführung sind, und dass sie in den Händen von Terroristen ein beachtliches Bedrohungspotential besitzen. Dass Terroristen derartige Waffen besitzen könnten, haben die obigen Ausführungen gezeigt, so dass nun darauf eingegangen werden muss, welche Ziele für einen Chemiewaffeneinsatz überhaupt in Frage kommen.

Als erstes, und dies sind keine neuen Überlegungen, kommen natürlich Ziele in Betracht, die sich durch einige wichtige Merkmale charakterisieren lassen. Zunächst muss es sich um Ziel handeln, dass eine hohe menschliche Verlustrate gewährleistet; aus terroristischer Sicht bieten sich hierfür, genauso wie bei dem potentiellen Einsatz der anderen Massenvernichtungswaffen, Gebiete an, wo sich sehr viele Menschen auf recht engem Raum befinden. Dies gilt für zum Beispiel Stadien, Tunnel, Wolkenkratzer oder aber auch für Passagierschiffe. Aus diesem Grund werden seit einigen Jahren genau diese Bereiche immens kontrolliert, was einen Terroranschlag zwar nicht hundertprozentig ausschließt, jedoch die Gefahr reduziert. In diesem Zusammenhang wird auch regelmäßig auf sportliche Großveranstaltungen hingewiesen, die einer erhöhten Gefahr ausgesetzt sind. Ein weiteres Kriterium bei der Auswahl des Ziels stellt die internationale Bedeutung dar, womit gemeint ist, dass das Ziel so ausgesucht werden muss, dass sich die internationale Presse und Staatengemeinschaft dafür interessiert, damit die Terroristen ihre Botschaft vor einem breitem Publikum präsentieren können. Der 11.September 2001 hat allerdings auch gezeigt, dass sich die Terroristen nicht mehr damit zufrieden geben Interesse zu wecken, sondern auch eine sehr

stark ausgeprägte Tötungsabsicht dahintersteckt, die nur zu gerne mit einem großen materiellen Schaden einhergehen soll. Dieser materielle Schaden wird weder bei einem Stadion, einem Tunnel, einem Hochhaus, noch bei einem Passagierschiff erreicht. Ein solcher Schaden lässt sich nur in einem für den Westen lebensnotwendigen Bereich erreichen, der Erdölindustrie. Bis hierhin nichts neues. Neu ist jedoch, dass Terroristen mit Chemiewaffen nicht nur bloß eine abstrakte Gefahr darstellen, wie sich dies, begründet durch die Herstellungsprobleme, bei den anderen Massenvernichtungswaffen darstellt, sondern nun eine konkrete Gefahr sind. Welchen Erfolg ein Chemiewaffeneinsatz dabei haben könnte, hängt von vielen Faktoren ab. So muss zunächst einmal davon ausgegangen werden, dass Terroristen befähigt sind, jede Art von Chemiewaffen herzustellen, oder besser, einzusetzen. Dies hat jedoch nicht gleich zur Folge, dass sich auch alle Chemiewaffen für einen solchen Einsatz eignen. Für einen Einsatz chemischer Kampfmittel beispielsweise gegen eine Erdölraffinerie muss gewährleistet sein, dass sich das eingesetzte Mittel schnell ausbreiten kann, damit binnen kurzer Zeit eine hohe Opferzahl erzielt wird, wodurch der Arbeitsprozess ebenfalls schnell unterbrochen wird. Idealerweise müsste die Waffe daher inmitten der Produktionsanlage gezündet bzw. ausgebracht werden. Daneben müsste es sich um einen Kampfstoff handeln, der recht lange am Ort verweilt und somit eine längerfristige Kontamination hervorruft, die in der logischen Konsequenz auch einen längeren Ausfall der Anlage verursacht. Die Zahl der chemischen Mittel, die diese als Eigenschaft mit sich bringen ist jedoch begrenzt; es kommen nur ein paar in Frage, wobei noch zu klären ist, welche Mittel besonders geeignet wären.

Ausgehend von der Überlegung, dass Terroristen beabsichtigten eine Erdölraffinerie mit Chemiewaffen anzugreifen, so müssten sie das Kampfmittel tief im Industriekomplex zum Einsatz bringen, um eine möglichst hohe Effizienz zu erreichen. Hierfür bieten sich prinzipiell drei Möglichkeiten an. Die erste Möglichkeit umfasst das Eindringen der Terroristen auf dem Landweg, so wie es die beiden Selbstmordattentäter vom 25.02.2006 bei ihrem missglückten Anschlagversuch auf die Raffinerie von Abkaik geplant hatten. Dieses Unterfangen scheiterte jedoch bereits an den gut bewachten Eingängen der Raffinerie, da die dortigen Sicherheitsbeamten die beiden eingesetzten

PKW sofort unter Beschuss nahmen und die Terroristen im Kugelhagel getötet werden konnten.<sup>502</sup> Dass an den Anlagen kein größerer Schaden entstanden ist, lag vor allem daran, dass sich der eigentliche Industriebereich rund 1,5Km von den Eingangstoren entfernt befindet. Daraus kann gefolgert werden, dass Raffinerien derart gut bewacht sind, dass ein Anschlag mit Chemiewaffen, untergebracht in einem oder mehreren PKW, noch vor Erreichen des eigentlichen Zielgebietes verhindert werden kann. Die Zahl der Opfer wäre zwar vor Ort sehr hoch, jedoch ohne große Auswirkungen auf den weiteren Betrieb der Anlage.<sup>503</sup> Die Attentäter wären daher genötigt ein Fahrzeug zu verwenden, das durchaus reelle Chancen hätte diese ersten Kontrollpunkte ohne großen Schaden zu durchbrechen. Anbieten würden sich hierfür Panzer, was jedoch kaum realisierbar ist, und LKW, die eventuell noch mit Stahlplatten und einer gepanzerten Fahrerkabine modifiziert wären. Dabei spielt es nur eine untergeordnete Rolle, ob es ein Tankwagen ist, was bei flüssigen Stoffen sicher angebrachter wäre, oder ob es sich um „normale“ LKW handelt die mit Behältern oder Gasflaschen bestückt wären, in denen die giftigen Substanzen an ihr Ziel gebracht würden. Am Ziel angekommen könnten sie dann ihre tödliche Ladung mit Sprühvorrichtungen ausbringen oder durch kleinere gezielte Sprengsätze die Behälter beschädigen, sodass es dann zu einer großflächigen Kontamination kommen kann. Je nach dem, welches Kampfmittel eingesetzt würde, könnte somit eine mehrere Tage andauernde Verseuchung des Gebietes erreicht werden, indem auch der Produktionsprozess zum völligen Erliegen käme. Als besonders geeignete Kampfmittel gelten für einen derartigen Einsatz alle Sorten aus der Gruppe der Nervengifte, wobei hier Sarin und VX, bedingt durch ihre Sesshaftigkeit im Gelände, eine gehobene Stellung einnehmen. Aus der Gruppe der Hautkampfstoffe käme in erster Linie Senfgas in Frage, das ähnlich wie Sarin und VX nicht sehr flüchtig ist und somit eine längere Verweildauer am Einsatzort gewährleistet ist. Ebenso könnten Terroristen das nicht so bekannte N-Lost (Stickstoff-Lost) verwenden, das, wenn es mit Wachsen oder Harzen präpariert wird, eine äußerst lange Verweildauer besitzt. Allerdings lässt sich N-Lost mit verhältnismäßig

---

<sup>502</sup> [www.stern.de/politik/ausland/:Saudi-Arabien-Al-Kaida-Angriff-%D6Lraffinerie/556715.html](http://www.stern.de/politik/ausland/:Saudi-Arabien-Al-Kaida-Angriff-%D6Lraffinerie/556715.html), abgerufen am: 05.03.2006 um 15:06 Uhr

<sup>503</sup> Sollte ein solcher Anschlag ebenfalls mit der Explosion der Fahrzeuge einhergehen, würde ein Großteil des chemischen Stoffes verbrennen, sodass die Letalitätsrate deutlich herabgesetzt würde.

einfachen Mitteln schnell neutralisieren,<sup>504</sup> was die erwünschte langfristige Wirkung jedoch wieder deutlich herabsetzt.

Eine weitere Möglichkeit, wie Terroristen chemische Kampfmittel erfolgreich gegen einen Erdölraffinerie einsetzen könnten, wäre die Verwendung eines Flugzeugs. Hierbei bieten sich zwei Möglichkeiten an, wie ein solcher Anschlag aussehen könnte. Als erste Variante käme das „Modell 11.September“ in Betracht, bei dem ein mit Kampfmitteln bestücktes Flugzeug direkt in den Raffineriekomplex stürzt.<sup>505</sup> Die Folge wäre eine sehr schnelle Verseuchung des betroffenen Gebietes und eine größere materielle Zerstörung durch die entstandene Detonation, was die Wiederinbetriebnahme der Anlage deutlich verzögern würde. Die Ausfallzeit der Raffinerie wäre somit ungleich länger, als bei dem zuvor beschriebenen Szenario, da eine Explosion auf dem Boden aller Wahrscheinlichkeit nach nicht den gleichen Effekt haben würde, als die eines mit hoher Geschwindigkeit herabstürzendes Flugzeug. Dass es für einen solchen Anschlag innerhalb einer islamistischen Terrorgruppe Freiwillige geben würde, haben die Attacken des 11.Septembers gezeigt; außerdem verüben im Irak oder Israel tagtäglich fehlgeleitete islamistische Individuen Selbstmordanschläge, woran sich erkennen lässt, dass die Rekrutierung von Freiwilligen kein allzu großes Problem zu sein scheint. Um die Wucht der Explosion noch einmal zu erhöhen, könnte das Flugzeug zusätzlich noch mit Sprengstoff versehen werden, jedoch besteht hierin die Gefahr, dass ein Großteil der chemischen Agenzien in den Flammen unbrauchbar gemacht werden könnte und dadurch eine großflächige Verseuchung ausbliebe. Diesem Problem könnten Terroristen jedoch entgegentreten, indem sie das Flugzeug nicht zum Absturz bringen, sondern es als „fliegende Sprühflasche“ verwenden. Damit ist gemeint, dass es durchaus

---

<sup>504</sup> Um das verseuchte Gebiet und verseuchte Personen zu dekontaminieren, bieten sich Natrium-hydrogen-sulfat, Chlorkalk, Chloramin und Waschbenzin an. Vgl. hierzu: Borries, Hans-Walter: Gefahren für die innere Sicherheit. Abwehr und Bewältigung von Terroranschlägen mit ABC-Waffen, hrsg. von der Kommunalpolitische Vereinigung Bildungswerke e.V., Recklinghausen 2003, S. 64

<sup>505</sup> Als besonders geeignete Flugzeugmuster könnten sich hier Modelle anbieten, die in der Größenordnung einer Cessna anzusiedeln sind. Solche Flugzeuge wären nicht darauf angewiesen von einer befestigten Startbahn aus starten zu müssen, sondern sie sind in der Lage von nicht allzu unebenen Flächen aus zu starten. So könnte die Terroristen ungehindert das Flugzeug beladen, was an einem normalen Flugplatz oder Flughafen nicht möglich ist. Auch die Verwendung einer Passagiermaschine scheidet aus, da die Terroristen hierfür eine Maschine kapern und beladen müssten, was sämtliche Sicherheitsorgane auf den Plan rufen würde.

denkbar wäre, dass eine kleinere Maschine mit Sprühvorrichtungen versehen werden könnte, mit Hilfe derer dann die giftigen Stoffe über dem anvisierten Areal ausgebracht werden könnten. Weit hergeholt ist diese Überlegung nicht, da es hierzu bereits Pläne im Irak unter Saddam Hussein gegeben hatte, die letztendlich nicht realisiert wurden. Auch aus technischer Sicht handelt es sich hierbei um ein realisierbares Szenario, da beim Umbau lediglich darauf geachtet werden müsste, dass das Flugzeug flugfähig bliebe; das heißt, dass es aufgrund des Gewichts der Ausrüstung starten kann, und dass sich die Flugeigenschaften nicht zu sehr zum negativen verändern. Eine finanziell einigermaßen ausgestattete Terrorgruppe, und davon kann man bei einem geplanten Anschlag mit Chemiewaffen ausgehen, könnte aber auch hergehen und offiziell ein Sprühflugzeug, wie es zum Ausbringen von Schädlingsbekämpfungsmitteln in der Landwirtschaft verwendet wird, kaufen. Egal, ob nun ein fertiges Flugzeug oder ein umgebautes Flugzeug eingesetzt würde, die Effizienz eines derart ausgeführten Anschlags wäre recht hoch, da die Giftstoffe wesentlich breiter verteilt werden können, als bei einem doch recht begrenzten Anschlag auf dem Boden und der begrenzten Ausbreitung bei einem detonierenden Flugzeug. Was Chemiewaffenangriffe aus der Luft allerdings verhindern könnten, wäre die jeweilige Luftverteidigung, die gerade in den letzten Jahren kolossal penibel auf nicht angemeldete oder fehlgeleitete Flugkörper reagiert. Es bliebe nicht lange verborgen, dass sich ein Flugzeug auf direktem Kurs hin zu einer Raffinerie befindet, sodass mit einem raschen Aufsteigen von Kampfflugzeugen gerechnet werden muss, die das verdächtige Flugzeug im Zweifelsfalle abschießen. Daraus ergibt sich, dass ein solches Flugzeug, das im Regelfall nicht sehr schnell ist und nicht sehr hoch fliegen kann, in unmittelbarer Nähe zum Zielort starten müsste, bevor die modernen Überschall-Flugzeuge in Reichweite sind.<sup>506</sup> In diesem Fall empfiehlt es sich die nähere Umgebung von Raffinerien, zumindest die Gebiete, in denen kleinere Flugzeuge starten könnten, zu überwachen.

In Angesicht der Tatsache, dass Terroristen Chemiewaffen herstellen können, in Anbetracht der Tatsache, dass Terroristen Raffinerien bereits als Ziel

---

<sup>506</sup> Die meisten arabischen Staaten, die mit dem westen Ölgeschäfte machen und zu den wichtigsten Lieferanten zählen, wurden in den letzten Jahren permanent mit modernen Waffensystemen ausgestattet, wozu auf moderne Kampffjets gehören. So fliegt Saudi-Arabien beispielsweise den Tornado oder aber die F-16, die in ihrer Kategorie zum Besten gehören, was am Himmel fliegt. Ein schnelles und effektives Eingreifen der Luftwaffe ist also gegeben.

ausgewählt haben und in Hinblick auf die Machbarkeit der oben beschriebenen Szenarien, ist es daher ratsam, dass sich die regionalen Sicherheitskräfte nicht nur auf das Raffineriegelände konzentrieren, sondern auch aufmerksam sämtliche Aktivitäten im nahen Umland streng im Auge halten.

Neben dem Einsatz von Flugzeugen gegen stationäre Einrichtungen der Erdölindustrie, ergibt sich in Bezug auf Chemiewaffen eine weitere, bereits von den biologischen her bekannte, Möglichkeit für einen Terroreinsatz; gemeint ist der Einsatz auf den großen Supertankern, die tagtäglich die Weltmeere durchkreuzen. Eine mögliche Variante für einen Einsatz von Chemiewaffen auf einem Schiff beschreibt den Einsatz von gasförmigen Stoffen, die durch das weit verzweigte Lüftungssystem auf einem Schiff ausgebracht werden können. Mit dieser Methode könnte somit ein Großteil der Besatzung sehr schnell außer Gefecht gesetzt werden, da die chemischen Kampfstoffe gerade in geschlossenen Räumen ihre volle Wirkung haben; da sich die Stoffe bei weitem nicht so schnell verflüchtigen könnten, wie bei einem Einsatz im Freien. Je nach dem welches Mittel eingesetzt würde, träte der Tod sehr schnell ein, sodass die betroffenen Personen nicht in der Lage wären die übrigen Besatzungsmitglieder zu warnen oder irgendwelche Gegenmaßnahmen einzuleiten. Insbesondere ein nächtlicher Angriff bietet eine sehr hohe Ausfallquote, da das Gros der Besatzung zu diesem Zeitpunkt schläft und nur der minimale Personalstamm arbeitet. Darüber hinaus gibt es noch die Möglichkeit den flüssigen Aggregatzustand chemischer Waffen auszunutzen, indem diese den an Bord befindlichen Getränken oder Frischwasserleitungen zugeführt werden. Während das Präparieren von Getränken bereits vor dem Beladen des Schiffes, also im Lager oder aber bereits in der Fabrik, durchgeführt werden müsste, könnte eine Ausbreitung im Frischwassersystem während der Stehzeit auf See durchgeführt werden. Hierbei gilt allerdings, dass der oder die Attentäter zuvor in der Lage gewesen sein müssen während der Hafenziegezeit an Bord zu kommen und das System zu präparieren, was einen gewissen technischen Verstand und Kenntnis über das System erfordert. Das gleiche gilt im Übrigen auch für den Einsatz gasförmiger Kampfstoffe im Lüftungs- und Klimasystem. Denkbar wäre allerdings auch, dass sich unter den Besatzungsmitgliedern Angehörige bzw. Sympathisanten befinden, die den

Anschlag durchführen könnten, die entweder den eigenen Tod einkalkulieren oder eine Flucht mit den an Bord befindlichen Seerettungsmitteln planen.

Insgesamt lässt sich unschwer erkennen, dass Chemiewaffen eine sehr reelle Gefahr für die Erdölindustrie darstellen. Die Vielzahl der möglichen Einsatzvarianten zeigt zudem, dass ein allumfassender Schutz vor derartigen Anschlägen kaum gewährleistet werden kann, zumal sich die modernen islamistischen Terroristen durch eine enorme Kreativität bei Terroranschlägen auszeichnen. Dies könnte mitunter die Folge haben, dass hier nicht beachtete oder erarbeitete Szenarien erdacht werden, auf die die Sicherheitskräfte gar nicht gefasst sind. Es bleibt also festzuhalten, dass ein Anschlag mit Chemiewaffen zu den eher wahrscheinlichen Anschlagvarianten gehört und die Erdölindustrie als Ziel durchaus in Frage kommt. Gerade der jüngste Anschlagversuch zeigt, dass die Erdölindustrie von den Terroristen für sich als Ziel entdeckt worden ist, und dass in Zukunft verstärkt mit solchen Aktionen gerechnet werden muss.

#### 3.4.4 Der Islamistische Terrorismus als Bedrohung für die westliche Versorgungssicherheit? – Ein Fazit

Obwohl die westlichen Demokratien in der Vergangenheit des Öfteren vor großen sicherheitspolitischen Herausforderungen gestanden haben, die nicht selten in einem Krieg hätten enden können, so erweist sich der islamistische Terrorismus als der mit Sicherheit unangenehmste Gegner, den der Westen je hatte. Im Gegensatz zu den Nationalsozialisten und Kommunisten handelt es sich hierbei um einen Feind, der in seinem Handeln keinem gängigen Schema entspricht. Es kann weder ein bestimmter Staat oder Gebiet ausgemacht werden, von wo der Terrorismus geleitet wird, noch besteht die Möglichkeit für den Westen zu verhandeln, da die neue Generation von Terroristen starr an ihren Motiven und Zielen festhält, für die es keine Alternativen gibt. Für sie gibt es nur den Willen jeden westlichen Einfluss in der arabischen Welt zu verbannen, wobei das langfristige Ziel die Weltherrschaft ist. Um diese Ziele zu erreichen ist den islamistischen Terroristen mittlerweile jedes Mittel recht. Aber nicht nur der Westen an sich, sondern auch jeder islamische Staat, der sich mit dem Westen verbündet hat, sei es auf der wirtschaftlichen Ebene (Erdöl) oder auf der militärischen, wie zum Beispiel im Fall Pakistan, hat sich

unweigerlich zur Zielscheibe der Islamisten gemacht. Auch diesen Staaten, bzw. ihren Regierungen wurde der Krieg erklärt. Das Ziel, das sich dahinter verbirgt, ist Absetzung der „korrupten“ Regierungen und die Erschaffung islamischer Gottesstaaten (unter strenger Einhaltung der sharia), die dann gemeinsam den Kampf gegen den Westen führen sollen. Anders als bei den heutigen islamischen Staaten, die sich als Nation verstehen und sich zum Teil durch ihre spezielle islamische Glaubensgemeinschaft (Sunniten, Schiiten, Wahabiten) definieren, sehen die Terroristen die gesamte islamische Welt als Einheit, ganz gleich aus welchem Staat sie kommen oder welcher Ausrichtung sie angehören. Den Prototypen dieser Denkweise stellt einmal mehr die Al-Qaida dar, die sich als Sammelbecken aller radikalen Islamisten und islamistischer Terrorgruppen versteht, die im Westen und in Israel einen gemeinsamen Feind haben.

Galten Terrorakte lange Zeit als Mittel, um in erster Linie Aufmerksamkeit und Unterstützung zu erlangen, so deutet nun alles darauf hin, dass sich der Terrorismus als neue Form der Kriegsführung etabliert. Diesbezüglich fällt dem 11. September 2001 eine besondere Rolle zu, da er einerseits als Kommunikationsmittel verstanden werden kann, mit dem der westlichen Welt gezeigt werden sollte, wozu die Terroristen im Stande sind und was die Terroristen bereit sind zu tun im Kampf gegen den Westen; andererseits waren diese Anschläge aber auch der Auftakt zu einem globalen Krieg an dem sich alle westlichen Staaten und auch ehemalige Gegner, wie etwa Russland, beteiligen. Beabsichtigen die Terroristen mit ihren Aktionen ursprünglich die Verjagung des Westens aus der arabischen Welt, so hat der 11. September 2001 genau das Gegenteil bewirkt, nämlich die verstärkte Präsenz des Westens im Mittleren Osten und Asien. Davon ausgehend, dass die islamistischen Terroristen weiterhin ihre Ziele verfolgen, muss ferner damit gerechnet werden, dass die Konfrontation zwischen dem Westen und den Islamisten noch weit in die Zukunft reichen wird. Die Al-Qaida wird hierbei auch weiterhin eine tragende Position einnehmen, auch wenn sie augenscheinlich dadurch geschwächt scheint, dass ihre Führungsriege auf der Flucht ist und ihre finanziellen und terroristischen Möglichkeiten deutlich eingeschränkt sind. Dies bewirkt zwar die deutliche Schwächung der klassischen Al-Qaida, wobei dies dem islamistischen Terrorismus bei weitem nicht so sehr geschadet hat,

wie dies der Westen erhofft hatte, jedoch darf der Einfluss und der Mythos Al-Qaida nicht unterschätzt werden. Es zeigt sich nämlich, dass die Al-Qaida Vorbild für viele andere Terrorgruppen geworden ist, die sich entweder offen zur Al-Qaida bekennen und in ihrem Namen handeln, auch wenn ein direkter Zusammenhang nicht immer gegeben ist, oder sie handeln, die gleichen Ziele verfolgend, unabhängig von der Al-Qaida. Fakt ist, dass sich das Handeln und die Motivation Bin Ladens und seiner Gruppe schneeballsystematisch ausbreitet; ein Ende des islamistischen Terrors ist daher momentan nicht abzusehen, sondern vielmehr eine deutliche Zunahme und Verbreitung des islamistischen Gedankenguts, das permanent neue Wege sucht dem Westen zu schaden. Im Rahmen der neuen Kriegstaktik haben sich die Terroristen darauf besonnen, welche Achilles-Verse der Westen besitzt, nämlich die überdimensionale Abhängigkeit vom arabischen Erdöl, welche sich in Zukunft noch deutlich verstärken wird. Zwar waren die bisherigen Anschläge auf die Erdölindustrie so unbedeutend, dass daraus kein ernstzunehmender Schaden entstanden ist, jedoch erscheint der Erdölmarkt einer der weltweit instabilsten Märkte, da er auf jede noch so kleine Störung reagiert, wie man bei den Anschlagversuchen auf die saudische Raffinerie Abqaiq am 24. Februar 2006<sup>507</sup> sehen konnte.<sup>508</sup> Kaum ein Markt zeichnet sich zurzeit durch einen derart hohen Grad an Nervosität aus, wie der Ölmarkt, was insbesondere am stetig wachsenden Erdölbedarf liegt. Die begrenzten Kapazitäten in den Erdöl produzierenden Staaten, die Fehleinschätzung hinsichtlich der irakischen Erdölförderung sowie die Konflikte in Nigeria und der Streit zwischen den USA und Venezuela<sup>509</sup> verstärken diese Nervosität noch einmal, auch wenn die letzt genannten Ereignisse von nachrangiger Bedeutung zu sein scheinen. Dies haben auch die Terroristen erkannt mit der Folge, dass sie diese instabile Situation ausnutzen, was bislang jedoch noch nicht sehr erfolgreich geschehen

---

<sup>507</sup> [www.aswoc.com/de/Saudi\\_Arabien/site\\_286/](http://www.aswoc.com/de/Saudi_Arabien/site_286/), abgerufen am 15.07.2007 um 14:46 Uhr

<sup>508</sup> Kurz nach dem Anschlagversuch, bei dem die Produktion nicht unterbrochen oder gefährdet war, stieg der Ölpreis innerhalb von Stunden um zwei Dollar pro Barrel. Vgl. hierzu: [www.netzeitung.de/wirtschaft/boerse/384278.html](http://www.netzeitung.de/wirtschaft/boerse/384278.html), abgerufen am 05.03.2006 um 15:10 Uhr

<sup>509</sup> Der Präsident Venezuelas, Hugo Chavez, nutzt die großen Ölvorkommen seines Landes als politisches Druckmittel gegenüber den USA, um die Vereinigten Staaten dazu zu bringen jedwede Einmischung in die politischen Belange Südamerikas zu reduzieren. Hierfür hat er versucht in Südamerika ein gegen die USA gerichtetes Bündnis zu schaffen, was ihm jedoch bislang nicht gelungen ist; einzig Kuba hat sich auf die Seite Venezuelas gestellt. Vgl. hierzu: Ertinger, Sebastian: Dauerzwist zwischen USA und Venezuela, erschienen am 26.08.2005, nachzulesen unter: [www.dw-world.de/dw/article/0,1564,1690727,00.html](http://www.dw-world.de/dw/article/0,1564,1690727,00.html), abgerufen am 16.01.2008 um 17:46 Uhr

ist. Da sich die islamistischen Terroristen allerdings hinsichtlich ihrer Methoden weiterentwickeln und aus fehlgeschlagenen Anschlägen lernen, bleibt nur abzuwarten, wann ihnen ein (oder mehrere) großer und erfolgreicher Anschlag gelingen wird. Wie die Ausführungen in Kapitel 3.4 gezeigt haben, eignen sich hierfür jedoch kaum konventionelle Waffen, da sie in ihrem direkten Ausmaß zu gering und in Bezug auf eine langfristige Wirkung zu schwach sind. Massenvernichtungswaffen scheinen hier weitaus effektiver zu sein, da sie auf sehr unterschiedliche Art und Weise dafür Sorge tragen können, dass es zu einer massiven Störung des Ölflusses kommt, insbesondere, wenn so wichtige infrastrukturelle Einrichtungen wie Raffinerien in Saudi-Arabien betroffen wären. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang vor allem so genannte dirty bombs und chemische Kampfstoffe, da sie für Terroristen am leichtesten herzustellen bzw. zu beschaffen sind. Natürlich wären „richtige“ Kernwaffen die ideale Art dem Westen hinsichtlich der Erdölversorgung zu schaden, jedoch wird dieses Unterfangen in Anbetracht der als gering einzuschätzenden Machbarkeit scheitern. Mit einem Einsatz radiologischer Bomben oder Chemiewaffen muss indes gerechnet werden. Vor Augen haltend, welche panikartigen Reaktionen hinsichtlich des Erdölpreises am Markt zu beobachten waren, nachdem der Anschlagversuch in Saudi-Arabien öffentlich wurde, lässt sich leicht ausrechnen, wie sich der Preis nach einem Anschlag mit einer Massenvernichtungswaffe entwickeln würde. Hierbei käme nicht nur der reale materielle Schaden und die Störung der Produktion zum tragen; viel entscheidender wäre in diesem Fall der psychologische Effekt, den die Terroristen bewirken würden. Konkret bedeutet dies, dass alle ölabhängigen Industriestaaten einerseits direkt vom Preisanstieg betroffen wäre, andererseits diese Staaten auch Angst haben müssten, dass sich solche Anschläge künftig häufen, was unweigerlich zu hamsterartigen Käufen auf dem Erdölmarkt führen würde, um die nationalen Reserven aufzustocken. Diese Versorgungsunsicherheit hätte zur Folge, dass sich der Erdölpreis auf einem dauerhaft hohen Niveau befände, das sich nur sehr schwer wieder normalisieren ließe. Für die sich langsam wieder erholende Weltwirtschaft wäre dies eine Katastrophe. Eine weitere Folge wäre, dass sich die westlichen Staaten, allen voran die USA, noch stärker darum bemühen würden, nicht arabische Quellen zu erschließen, womit sie den schon latent schwelenden

(Konkurrenz-)Kampf mit China und Indien weiter aufheizen würden; eine nicht zu unterschätzende Gefahr.

Negative Folgen hätte ein solcher Anschlag auch für das Verhältnis zwischen dem Westen und dem betroffenen arabischen Staat, da die westlichen Demokratien von der jeweiligen Regierung ein deutlich stärkeres Vorgehen gegen islamistische Gruppierungen fordern würden. Dieses „Unterdrucksetzen“ würde allerdings das Bild des Westens weiter verschlechtern, wodurch die Akzeptanz der Regierung innerhalb der Bevölkerung, sollte sich die Regierung dem Druck beugen, deutlich abnehme. Islamistische Gruppen, die beispielsweise in der saudischen Regierung einen Sklaven der USA sehen, bekämen vermehrt Zuspruch, wodurch die islamistische Bewegung neuen Auftrieb bekäme. Sollte sich die jeweilige Regierung jedoch nicht von außen beeinflussen lassen, um das Gesicht im eigenen Land zu wahren, so könnte eine Folge sein, dass der Westen seine militärische Präsenz in der Region verstärkt, um bei neuen Attacken gegebenenfalls selber aktiv zu werden oder aber um die Regierung auf diese Art und Weise unter Druck zu setzen. Ganz gleich, wie der Westen dann vor Ort reagieren würde, der Zorn in der arabischen Welt gegenüber den Ungläubigen würde steigen. Eine derart angespannte Situation könnte schnell zu einer Verbrüderung unter den arabisch-islamischen Staaten führen, aus der sich eine anti-westliche Allianz ergeben könnte, die dem Westen offen drohen könnte. Auch ohne kriegerische Auseinandersetzung birgt jede gesteigerte Einmischung des Westens dennoch die Gefahr dauerhafter Konflikte, bei der die islamischen Staaten jederzeit mit der Ölwanne drohen könnten; eine Wiederholung der Geschehnisse von 1973 wäre in diesem Fall eine mögliche Reaktion. Bei den heutigen Ölpreisen bzw. bei erhöhten Ölpreisen nach einem Terroranschlag in der oben beschriebenen Größenordnung wären die Folgen allerdings weitaus größer.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Bedeutung der Erdölindustrie für den islamistischen Kampf gegen den Westen deutlich gestiegen ist, da nur hier eine realistische Chance besteht den Westen zu schwächen und in seiner Handlungsfähigkeit einzuschränken. Eine geschwächte westliche Wirtschaft, die auf hohe Erdölpreise zurück zu führen ist und die damit verbundene Rohstoffknappheit, die sich auf die Wehrfähigkeit des Westens negative

Auswirkungen hätte, wären die Grundvoraussetzung für die Islamisten um ihrem Kriegsziel näher zu kommen, dem Sieg über den Westen und die Erlangung der Weltherrschaft. Ein Krieg zwischen beiden Parteien wäre dann nicht mehr zu verhindern.

#### **4. Die islamischen OPEC-Staaten und der Islamismus – Stabilität und Instabilität in der islamischen OPEC unter besonderer Berücksichtigung der drei „großen“ Staaten Saudi-Arabien, Irak und Iran**

Nachdem in den vorangegangenen Kapiteln das Thema Islamismus und islamistischer Terrorismus eher als globales, gegen den Westen gerichtetes, Phänomen betrachtet worden ist, das sich hauptsächlich durch international ausgeführte Terroranschläge definiert, soll in den nun folgenden Kapiteln verstärkt auf den Islamismus in den OPEC-Staaten eingegangen werden. Hintergrund ist dabei die Überlegung, inwiefern sich der Islamismus in diesen wichtigen Förderländern derart ausbreiten kann, dass es beispielsweise in Saudi-Arabien zu einem Putsch, im Irak zum nicht mehr beherrschbaren Chaos (sei es durch den schwelenden Bürgerkrieg oder durch den immer stärker werdenden Terrorismus) und im Iran zu einer endgültigen islamistischen Ausrichtung des Mullah-Regimes kommen kann. Auch sollen die kleineren islamischen OPEC-Staaten nicht unerwähnt bleiben, wobei jedoch der Schwerpunkt der Überlegung ganz klar auf die großen Drei gerichtet sein wird. Um eine reelle Einschätzung darüber abgeben zu können, ob die OPEC auch weiterhin als verlässlicher Öllieferant agieren wird, oder ob sie Opfer der modernen islamistischen Bewegung werden wird, wird im Detail auf die jeweiligen politischen, wirtschaftlichen sowie sozialen Strukturen eingegangen, mit dem Ziel ein Lagebild darüber zu erstellen, wie stark der Islamismus in der OPEC wirklich ist und welche Gefahren sich infolgedessen für den Westen und die Versorgungssicherheit hinsichtlich des Erdöls ergeben. Sollte es zu einer dramatischen Störung der Erdölversorgung kommen, so würde dies, und dies hat die Vergangenheit bereits des öfteren gezeigt, sehr rasch eine militärische Intervention nach sich ziehen, weshalb auch eine Betrachtung der militärischen Fähigkeiten der OPEC-Staaten vorgenommen werden muss. Dies gilt insbesondere in Bezug auf die jüngsten Entwicklungen im Iran, der die Schwelle zur zivilen Atommacht bereits überschritten hat und technisch nicht

weit davon entfernt ist auch über eine militärische Atomkomponente zu verfügen, was im Westen als massive Bedrohung aufgefasst wird.

#### 4.1 Saudi-Arabien – Die Machtübernahme der Familie Saud

Ebenso wie weite Teile des Nahen und Mittleren Ostens unterlag die arabische Halbinsel lange Zeit der Osmanischen Vorherrschaft. Diese Vorherrschaft umfasste jedoch nicht die ganze arabische Halbinsel, sondern nur große Teile der Küsten sowie der heiligen Städte Medina und Mekka. Grund hierfür war die Angst der Osmanen vor einer direkten Konfrontation mit den einheimischen und sehr kriegerischen Stämmen in den Wüstengebieten,<sup>510</sup> weshalb sich jenseits dieser Grenzen kleinere Fürstentümer entwickeln konnten. Eines dieser Fürstentümer war das Emirat Ar Riyad inmitten der arabischen Halbinsel, das 1744 erstmals von einem Mitglied der Familie Saud<sup>511</sup> regiert wurde, nämlich von Muhammad bin Saud, dem Sohn des Namensgebers der Familie, Saud bin Muhammad bin Mugrin.<sup>512</sup> Obwohl Muhammad bin Saud bereits bei Amtsantritt beabsichtigte sein Einflussgebiet zu erweitern, fehlten ihm zum einen die Mittel, zum anderen jedoch auch eine Legitimation, um gegen die umliegenden islamischen Stämme vorzugehen. Diese Legitimation bekam er jedoch schon kurze Zeit nach seiner Machtübernahme als er sich mit dem islamischen Gelehrten Muhammad ibn Abd al-Wahhab verbündete, der seinerseits eine strenge islamische Sekte ins Leben gerufen hatte, die Wahhabiten.<sup>513</sup> Diese Verbindung zwischen ibn Saud und ibn Abd al-Wahhabs hatte durchaus einen symbiotischen Charakter, da beide einander bedurften um die eigenen Ziele durchzusetzen. Ibn saud unterstützte fortan die Verbreitung des neuen Glaubens, wobei ihm dieser neue Glaube gleichzeitig die Legitimation für sein Vorgehen gegen die anderen Stämme verlieh, da alle Andersgläubigen, auch Muslime, gemäß des neuen

---

<sup>510</sup> [www.arenion.de/saudiarabienc.html](http://www.arenion.de/saudiarabienc.html), abgerufen am 16.04.2006 um 16:01 Uhr

<sup>511</sup> Al-Saud bedeutet übersetzt: "die Familie von Saud" oder "das Haus Saud", vgl. hierzu: Al-Farsy, Fouad: *Neuzeit und Tradition*, Cambridge 1992, S. 12

<sup>512</sup> Al-Farsy, Fouad: *Neuzeit und Tradition*, Cambridge 1992, S. 13

<sup>513</sup> Bei den Wahhabiten handelt es sich um eine islamische Konfession, die gänzlich auf Glanz, Heiligen- und Gräberkult verzichtet, um sich auf den eigentlichen Islam zu berufen, der vor allem durch Einfachheit und Strenge gekennzeichnet ist. Vgl. hierzu: Barth, Hans Karl; Schliephake, Konrad: *Saudi-Arabien*, Gotha/Stuttgart 1998, S. 25

Glaubens im Rahmen des dschihad bekämpft werden müssen.<sup>514</sup> Im Rahmen dieses Bündnisses wurde ibn Saud alsbald zum Imam ernannt, wodurch sich die geistliche und weltliche Macht von nun an in Personalunion beim Herrscher der Familie Saud vereinten.

- Bis zum heutigen Tage hält diese Beziehung an, wodurch sie zu einem festen Bestandteil des saudischen Systems und der saudischen Identität geworden ist.- Nachdem Muhammad ibn Saud im Jahr 1766 gestorben war, übernahm sein Sohn Abd Al Aziz I. den Thron des saudischen Fürstentums, der daraufhin mit der Eroberung des nicht-wahhabitischen Umlandes begann. Nach seinem Tod im Jahr 1803 führte sein Sohn Saud II. die Eroberungszüge fort, die wenig später von großem Erfolg gekrönt waren, da es ihm erstmalig gelang die heiligen Städte Medina und Mekka zu erobern. Hinzu kamen noch Gebietszugewinne im heutigen Nordjemen sowie die Herrschaft über den Oman, der zu Tributzahlungen verpflichtet wurde. Doch diese militärische „Glückssträhne“ riss ab, als er versucht hatte Syrien zu erobern. Dies ging dem Osmanischen Herrscher jedoch zu weit, weshalb er im Verbund mit ägyptischen Truppen verstärkt gegen die saudischen Armeen vorging. Diese Gegenoffensive war äußerst erfolgreich, da die osmanischen Truppen weitaus besser ausgerüstet waren. Einmal in Marsch gesetzt eroberten die Osmanen nicht nur die verloren gegangenen Gebiete zurück, sondern rückten dermaßen weit auf die arabische Halbinsel vor, dass im Jahr 1814 fast das gesamte wahhabitisch-saudische Reich in den Händen der Osmanen war. Als 1818 Abdallah I. Sohn von Saud II. von den Türken erst gefangen genommen worden war und kurz darauf hingerichtet wurde, schien das saudische Reich untergegangen zu sein. Erst 1824 gelang es einer Seitenlinie der ehemaligen saudischen Herrscher Riad wieder zurück zu erobern, woran sich ein erneuter erbitterter Kampf gegen die Osmanen anschloss,<sup>515</sup> der im Jahr 1834 erfolgreich endete. Mit der Ernennung von König Faisal I. schien das alte Geschlecht der Sauds wieder die Macht über Arabien übernommen zu haben, was sich jedoch als Trugschluss herausstellte. Grund war die Ernennung eines Freundes aus der Familie der Raschids zum Gouverneur der Provinz Shammar.

---

<sup>514</sup> Steinberg, Guido: Saudi-Arabien, in: Ende, Werner; Steinbach, Udo(Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 501, Bonn 2005, S. 537

<sup>515</sup> [www.areion.de/saudiarabienc.html](http://www.areion.de/saudiarabienc.html), abgerufen am 16.04.2006 um 16:01 Uhr

Dessen Familie erklärte sich nach dem Tod des Gouverneurs für unabhängig von den Sauds<sup>516</sup> und starteten einen Eroberungsfeldzug gegen die saudischen Besitztümer, die allesamt in die Hände der Raschiden fielen. Somit scheiterte auch der zweite Versuch das saudische Königshaus dauerhaft als Herrschergeschlecht über Arabien zu etablieren.<sup>517</sup> Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts, genau genommen im Jahr 1903 gelingt es Abd Al Aziz Saud III. die heutige Hauptstadt Riad wieder einzunehmen<sup>518</sup> und die verschiedenen arabischen Stämme zu vereinen. Zudem gelang es ihm die alte Wahhabiten-Bewegung wieder durchzusetzen und die ursprünglichen Grenzen wieder geltend zu machen, die teilweise bis heute Bestand haben. Einzig das Gebiet um Mekka, das unter der Kontrolle des Scherifs von Mekka, Hussein ibn Ali, stand, der sich selber während des Ersten Weltkriegs zum König krönen ließ, wurde erst 1926 an das saudische Reich annektiert. In Allianz mit sesshaft gewordenen Beduinen, die sich zum Wahhabismus bekannt hatten, den so genannten Ikhwan, wurden bis 1934 dann auch die restlichen Gebiete des heutigen Saudi-Arabiens in den neuen Staat integriert und zum wahhabitischen Glauben bekehrt. In der Geschichte Saudi-Arabiens gilt somit das Jahr 1902 als das Entstehungsjahr des heute bekannten arabischen Königreiches, wobei sich der Prozess bis zur endgültigen Grenzziehung bis zum Jahr 1934 hinzog. Da dies alles unter Abd Al Aziz Saud III. geschah, gilt er als Begründer des modernen Saudi-Arabiens, dessen Leitung er bis zu seinem Tod im Jahr 1953 innehatte.

#### 4.1.1 Das politische System Saudi-Arabiens

Abgesehen vom Vatikan, der als reiner Kirchenstaat erdacht ist und sich mittlerweile vornehmlich als religiöses und weniger als politisches Zentrum versteht, gibt es weltweit wohl kaum einen Staat, der eine derart enge Verbindung zwischen Politik und Religion aufweist, wie Saudi-Arabien. Prinzipiell aufgebaut wie eine herkömmliche, auch im Westen bekannte, Monarchie stellt der König von Saudi-Arabien jedoch nicht nur die weltliche

<sup>516</sup> [www.aren.de/saudiarabienc.html](http://www.aren.de/saudiarabienc.html), abgerufen am 16.04.2006 um 16:01 Uhr

<sup>517</sup> Steinberg, Guido: Saudi-Arabien, in: Ende, Werner; Steinbach, Udo(Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 501, Bonn 2005, S. 538

<sup>518</sup> Koszinowski, Thomas(Hrsg.): Saudi-Arabien: Ölmacht und Entwicklungsland. Beiträge zur Geschichte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Hamburg 1983, S. 67

Macht dar, sondern er repräsentiert auch als Imam die geistliche Macht.<sup>519</sup> Hintergrund dieser sehr starken Position ist die wahhabitische Auslegung des Islam, wonach nur eine enge Verbindung zwischen dem Herrscher und den religiösen Gelehrten die islamische Einheit gewährleisten kann.<sup>520</sup> Konkret bedeutet dies für Saudi-Arabien, dass die islamischen Gelehrten einen sehr starken Einfluss auf die Religion, aber auch, und das macht Saudi-Arabien so besonders, auf die Politik und Gesellschaft haben. Die Gelehrten besitzen sowohl die Weisungsbefugnis hinsichtlich aller religiösen Fragen, als auch ein nicht unerhebliches Mitspracherecht bei Fragen, die sich auf die Werte der Gesellschaft und der politischen Ordnung beziehen.<sup>521</sup> Diese hohe Stellung verleiht den Gelehrten das Recht den Herrscher bei allen Belangen zu beraten, bzw. der Herrscher ist sogar dazu verpflichtet den Rat der Gelehrten einzuholen, insbesondere dann, wenn die Gefahr besteht, der Herrscher könnte durch sein Handeln gegen die sharia verstoßen.<sup>522</sup> Der Herrscher hat seinerseits die Pflicht dafür zu sorgen, dass in seinem Land der Islam entsprechend der wahhabitischen Auffassung durchgesetzt und nur in diesem Sinne das Wort Allahs verkündet wird. Neben dieser doch eher klerikalen Aufgabe, hat der Herrscher jedoch auch noch die Pflicht die weltlichen Belange des Staates zu lenken. Hierzu gehören die klassischen Aufgaben, die sich bei jeder Staatsform wieder finden, wie zum Beispiel die Innen- und Außenpolitik sowie die Regelung der Staatsfinanzen und die Rechtssprechung. Interessanterweise gehört auch die Führung des dschihad zu den Aufgaben des Königs, wobei hierbei nicht näher definiert ist, welche Art des dschihad gemeint ist und in welchem Umfang dieser geführt werden soll. Es ist daher anzunehmen, dass dieser Punkt einzig und allein im Ermessen des Königs liegt.

Kern des politischen Systems Saudi-Arabiens ist die Festlegung des Korans als die alleingültige Verfassung des Staates. Dies wurde im Jahr 1902 vom damaligen König bestimmt und besitzt noch bis heute Gültigkeit. Hintergrund dieser, auf der Religion fokussierten, Verfassung ist das Selbstverständnis

---

<sup>519</sup> Barth, Hans Karl; Schliephake, Konrad: Saudi-Arabien, Gotha/Stuttgart 1998, S. 25

<sup>520</sup> Steinberg, Guido: Saudi-Arabien, in: Ende, Werner; Steinbach, Udo(Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 501, Bonn 2005, S. 541

<sup>521</sup> Kepel, Gilles: Das Schwarzbuch des Dschihad. Aufstieg und Niedergang des Islamismus, München 2002, S.70

<sup>522</sup> Steinberg, Guido: Saudi-Arabien, in: Ende, Werner; Steinbach, Udo(Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 501, Bonn 2005, S. 541

Saudi-Arabiens als „vollkommen islamische Nation“<sup>523</sup>, in der es keine anderen Religionen gibt. Deshalb sucht man bis heute in Saudi-Arabien vergebens religiöse Einrichtungen, die nicht zum Islam gehören.<sup>524</sup> Obwohl der Koran bis zur Gegenwart in der rechtlichen Rangordnung an erster Stelle steht, wurden im Laufe der Zeit weitere Normen erlassen, die weitaus mehr einer Verfassung entsprechen, als dies dem Koran vermag. So hat der Staatsgründer ibn Saud bereits im Sommer des Jahres 1926 einen Erlass mit dem Titel „Grundlegende Instruktionen für das Königreich Hijaz“<sup>525</sup> herausgegeben, der jedoch zeitlich wie auch räumlich begrenzt war. Zuvor, und zwar im Januar des Jahres 1926, hatte sich ibn Saud bereits offiziell zum König des Hijaz ernennen lassen. Wie die Bezeichnung des Erlasses schon vermuten lässt, handelte es sich dabei lediglich um eine Art provisorische Verfassung, die nach dem Erreichen des Ziels, die Ausrufung des Königreiches Saudi-Arabien, wieder seine Gültigkeit verlieren sollte. Weichenstellend für die weitere Entwicklung des politischen Systems in Arabien war dies jedoch nicht, sondern viel eher die Aufteilung der Verwaltung in die Zentral- und Ostprovinz, die vom König selber geleitet werden sollte und in die Westprovinz, deren Verwaltung dem Sohn ibn Sauds, Faisal, oblag. Im Zuge dieser ersten administrativen Reform rief er zwei Institutionen, die für die Entwicklung des arabischen Politiksystems von immenser Bedeutung war. Die erste Institution war der Konsultationsrat, der lediglich als beratende Einrichtung fungierte und keinerlei Befugnisse hatte sowie als zweite Institution der Abgeordnetenrat, der erst im Jahr 1931 gegründet worden war. Da die Position des Konsultationsrates sehr niedrig war, soll hier nicht weiter darauf eingegangen werden, sondern das Hauptaugenmerk auf den Abgeordnetenrat gerichtet werden. Dieser Rat bestand aus dem Präsidenten (Prinz Faisal), einem Abgeordneten für auswärtige Angelegenheiten, einem Abgeordneten für den Finanzbereich und dem Vizepräsidenten des Konsultationsrates. Im Gegensatz zum schwachen Konsultationsrat, hatte der Abgeordnetenrat die Möglichkeit

---

<sup>523</sup> Al-Farsy, Fouad: *Neuzeit und Tradition*, Cambridge 1992, S. 39

<sup>524</sup> Da niemand Staatsangehöriger Saudi-Arabiens werden kann, der kein Moslem ist, sind die einzigen Nicht-Muslime ausländische Personen, die in erster Linie dort beruflich zu tun haben. Die Ausübung ihrer Religion ist ihnen nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit in ihrem privaten Heim gestattet. Vgl. hierzu: Al-Farsy, Fouad: *Neuzeit und Tradition*, Cambridge 1992, S. 39

<sup>525</sup> Steinberg, Guido: *Saudi-Arabien*, in: Ende, Werner; Steinbach, Udo (Hrsg.): *Der Islam in der Gegenwart*, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 501, Bonn 2005, S. 542

direkte Anweisungen an die verschiedenen Regierungsbehörden, die seit 1930 nach und nach gegründet worden waren,<sup>526</sup> zu richten. Diese Weisungen waren ohne Zustimmung des Königs gültig,<sup>527</sup> wodurch eine handlungsfähige Verwaltung sichergestellt werden sollte. Einschränkend muss hier jedoch darauf hingewiesen werden, dass sich die Befugnisse des Abgeordnetenrates nicht auf das gesamte saudi-arabische Gebiet bezog, sondern lediglich auf das Gebiet der Hijaz, dem Kernland Saudi-Arabiens. Neben der Errichtung des Abgeordnetenrates, der für die weitere Entwicklung des modernen Saudi-Arabiens von enormer Bedeutung war, vollzog im Rahmen der behördlichen Struktur ein wichtiger Wandel, da die einzelnen Regierungsbehörden allmählich den Status echter Ministerien erhielten. Mit Ausnahme des Bereichs Verteidigung geschah dies etwa zeitgleich mit der Erschaffung des Abgeordnetenrates, also zu Beginn der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts.<sup>528</sup>

Obwohl im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts entscheidende Schritte unternommen worden waren, aus einem durch viele Volksgruppen und Nomadenstämme geprägten Territorium, einen Staat zu machen, der der aktuellen Definition eines Staates gerecht wird,<sup>529</sup> kam es erst in den 50er Jahren zu den wichtigen politischen Einschnitten, die den heutigen saudischen Staat prägen. Angefangen mit der Ausweitung der Befugnisse des Innenministeriums auf das gesamte Territorium im Jahr 1951, wurden im Jahr 1953 weitere Behörden in den Rang eines Ministeriums erhoben. Hierzu zählten das Ministerium für Kommunikation, das Ministerium für Erziehung und Unterricht sowie das Ministerium für Landwirtschaft. Weitaus wichtiger war jedoch die Umwandlung des Abgeordnetenrates in einen Ministerrat, ebenfalls 1953. Diese neue Einrichtung wurde vom König kurz vor seinem Tod per Dekret erschaffen und sollte zur weiteren Organisation des Staates beitragen, insbesondere durch die Ausweitung der Weisungsbefugnisse auf das

---

<sup>526</sup> In den Jahren von 1930 bis 1934 wurden vor allem Regierungsbehörden für die Bereiche Äußeres, Finanzen und Verteidigung geschaffen, die sehr bald, mit Ausnahme des Bereiches Verteidigung, den Rang eines Ministeriums einnahmen. Vgl. hierzu: Koszinowski, Thomas(Hrsg.): Saudi-Arabien: Ölmacht, und Entwicklungsland. Beiträge zur Geschichte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Hamburg 1983, S. 77; Vgl. ebenfalls: Al-Farsy, Fouad: *Neuzeit und Tradition*, Cambridge 1992, S. 43

<sup>527</sup> Al-Farsy, Fouad: *Neuzeit und Tradition*, Cambridge 1992, S. 42/43

<sup>528</sup> Der Bereich der Verteidigung erlangte erst 1944 den Rang eines Ministeriums. Vgl. hierzu: Al-Farsy, Fouad: *Neuzeit und Tradition*, Cambridge 1992, S. 43

<sup>529</sup> Ein Staat zeichnet sich durch ein Staatsgebiet, Staatsvolk und durch die Staatsgewalt aus. Fehlt eins dieser Kriterien, kann nach der aktuellen Auffassung nicht von einem Staat gesprochen werden.

gesamte Reich, was dem Abgeordnetenrat nicht vergönnt war. Zwar stellt dies einerseits eine deutliche Machtsteigerung im Vergleich zur alten Institution dar, andererseits wurde das neue Gebilde aber auch in seinen Möglichkeiten beschnitten, da von nun an keine direkten Anweisungen mehr ausgehen werden konnten, ohne dass der König ihnen nicht zustimmte. Deutlich wird dies, wenn man sich den Aufbau des Ministerrates und die 1954 geschaffene Ratsverfassung anschaut. Das höchste und wichtigste Amt innerhalb des Ministerrates ist das des Präsidenten, welches vom König selber wahrgenommen wird.<sup>530</sup> Die Macht des Präsidenten zeigt sich darin, dass er die Minister ernennt, und dass er als einziger das Veto-Recht besitzt. Des weiteren besteht der Rat aus den Ministern aller Fachressorts und den Beratern des Königs, die vom König ernannt und ermächtigt sind.<sup>531</sup> Dass es sich bei der Zusammensetzung des Rates nicht um ein starres Gebilde handelt, sondern um ein dynamisches Organ innerhalb der politischen Struktur, zeigt die Möglichkeit, den Rat um weitere, nicht an Ministerien gebundene Personen zu erweitern, sollte der König dies als notwendig erachten.<sup>532</sup> Neben den ausgedehnten Rechten, die der König in der Funktion des Ratspräsidenten besitzt, beinhaltet die 1954 niedergeschriebene Ratsverfassung aber auch einen Pflichtenkatalog, denen der König gegenüber verpflichtet ist. Hierzu gehören: *„die Überwachung des Ministerrates und der öffentlichen Abteilungen; die Überwachung und Ausführung der königlichen Beschlüsse, Dekrete, Gesetze und Entscheidungen, die durch den Ministerrat erlassen werden; die Überwachung der Erfüllung des Haushaltsplanes durch den Rechnungsprüfer des Rechnungsamtes; der Erlass der Verordnungsentscheidungen, Anweisungen und Bestimmungen, die zur Ausführung der durch den Ministerrat genehmigten und seiner Majestät dem König sanktionierten königlichen Beschlüsse, Dekrete, Gesetze und Entscheidungen erforderlich sind.“*<sup>533</sup> Mit diesen Pflichten übernimmt der Präsident zum einen die volle Verantwortung für die Ausführung aller Beschlüsse des Rates und des Königs, zum anderen übernimmt er damit auch die Verantwortung für das

---

<sup>530</sup> Sollte der König verhindert sein und kann nicht an der Ministerratstagung teilnehmen wird er durch den Vizekönig bzw. Kronprinzen vertreten, der dann die gleichen Rechte und Pflichten, wie der eigentliche Präsident besitzt.

<sup>531</sup> Artikel 1 der saudischen Ratsverfassung von 1954

<sup>532</sup> Vgl. Ebd.

<sup>533</sup> Artikel 18 der saudischen Ratsverfassung von 1954. Vgl. hierzu: Al-Farsy, Fouad: *Neuzeit und Tradition*, Cambridge 1992, S. 45

Funktionieren des Staates nach innen und nach außen. Für welche Bereiche der Ministerrat als Ganzes überhaupt zuständig ist und in welchen Bereichen er verantwortlich ist, regelt Artikel 7 der Ratsverfassung von 1954.<sup>534</sup> Obgleich die Errichtung des Ministerrates darauf abzielte die Organisation des Staates weiter zu ordnen und die Machtbefugnisse innerhalb der monarchischen Administration festzulegen, bezog sich die eingeleitete Reform nur auf einen bestimmten Personenkreis, nämlich auf die herrschende Elite. Der Staat selber bekam im Zuge der Reform weder eine Verfassung, noch eine Art Grundgesetz. Dies aber forderten einige reformorientierte Mitglieder der Königsfamilie, die sich im Zuge des panarabischen Nasserismus für die Schaffung einer konstitutionellen Monarchie aussprachen. Diese Gedanken gab es allerdings nicht nur in der herrschenden Schicht, sondern auch in der Arbeiterklasse, die sehr stark von ihren ägyptischen, palästinensischen und syrischen Kollegen beeinflusst worden waren. Nachdem die Reformideen Talals innerhalb seiner Familie keinen Zuspruch fanden, ging er ins Exil nach Ägypten und in den Libanon, von wo aus er als Oppositioneller die saudische

---

<sup>534</sup> Artikel 7 der saudischen Ratsverfassung von 1954: „Die Pflichten und Funktionen sind: 1. der Jahreshaushalt, die Genehmigung der Haushaltsabrechnung des Staates zum Jahresende..., die Verwendung von zweckgebundenen Geldern; 2. internationale Verträge und Vereinbarungen sowie die Bevollmächtigung des Außenministers, diese zu unterschreiben; 3. Konzessions- und Monopolverträge, die einzelnen Unternehmen gewährt werden; 4. irgendein Vertrag, Schritt... oder Verpflichtung, für die zweckgebundene Gelder im öffentlichen Haushaltsplan bereitgestellt wurden und sich auf eine Summe von oder über SRI 30.000,- belaufen, die das betreffende Ministerium zur Ausführung des Vertrages, Schrittes oder Verpflichtung und über die Etablierung der Staatsgesetze hinaus für notwendig befindet. Irgendwelche zweckgebundenen Gelder, die durch den genehmigten Hauhaltsplan bereitgestellt wurden, werden durch das betreffende Ministerium in Übereinstimmung mit den festgelegten Staatsbestimmungen ohne Bezugnahme auf den Ministerrat verwendet; 5. Die Gründung von Aktiengesellschaften und die Bevollmächtigung ausländischer Unternehmen im Königreich tätig zu werden; 6. Die Schlichtung von Streitfällen, in denen eine der Parteien der Staat ist; wenn es sich bei einer derartigen Schlichtung um eine Anklage der Staatskasse oder einen an den Staat zahlbaren Verzichtsbetrag von über SRI 50.000,- ungeachtet des Verpflichtungsursprungs, handelt; 7. Die Ernennung und Entlassung von Abteilungsdirektoren und Beamten des Dienstgrades IV und darüber; 8. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze, Stellungen oder Dienstgrade, die nicht im Haushaltsplan beinhaltet sind; 9. Sämtliche Arbeitsverträge von Ausländern. Die Beschäftigung von Ausländern ist jedoch nur im Falle der Notwendigkeit gestattet und wenn kein saudischer Staatsangehöriger gefunden werden kann, die Position zu übernehmen oder die im Vertrag bestimmte Arbeit durchzuführen; 10. Vereinbarungen über bedingte Schenkungen. Ministerien oder Abteilungen dürfen kein Staatsvermögen durch Schenkung, Verkauf, Tausch, oder sonst wie veräußern, oder eine Pacht für die Dauer von über einem Jahr gemäß den Vertragsbedingungen oder durch Vertragsverlängerung gewähren, außer wenn die Erlaubnis beim Ministerrat ersucht wurde und sein Einverständnis für die besagten Verträge erhalten wurde, bevor sie unterschrieben worden sind. Der Ministerrat wird jene Belange prüfen, über die der Ratspräsident oder der Rat selbst beschließt, dass man darum bittet auf die Belange Stellung, durch Diskussion und Einigung mit der betreffenden Stelle, zu nehmen. Außerdem wird der Ministerrat die verordneten Bestimmungen des Konsultationsrates oder der betreffenden Abteilungen prüfen, um die Bestimmungen zu genehmigen, ändern oder abzulehnen.“

Regierung unter Druck setzen wollte. Trotz der Bemühungen der auf Reform ausgerichteten Familienmitglieder und dem Versprechen Faisals, ein Zehn-Punkte-Reformprogramm ins Leben zu rufen, änderte sich jedoch am politischen System nichts. Auch die Neufassung der Ratsverfassung vom Jahr 1958 hatte keinen besonderen Einfluss auf das System, da sich die Reform fast ausschließlich auf ratsinterne Belange konzentriert hatte. Obwohl es in der Folgezeit zu einigen Unruhen in Saudi-Arabien gekommen war, die sich zum Teil durch Bombenanschläge und Mordpläne gegen den König entluden, schwächte der Nasserismus allmählich ab. Grund hierfür war zum einen die panislamische Gegenpolitik von König Faisal, indem er den Klerus und die wahhabitische Glaubensausrichtung wieder stärkte und zum anderen die Niederlage Nassers im Sechs-Tage-Krieg gegen Israel, die einen nicht wieder gut zu machenden Prestigeverlust für Nasser und seine Bewegung bedeutete.

Für Saudi-Arabien bedeutete dies, dass sich der Koran als die maßgebliche Verfassung gegen alle weltlichen Normen durchgesetzt hatte, und dass nur die sharia als alles umfassende Rechtsnorm Geltung in Saudi-Arabien findet. In gewisser Weise änderte sich dies erst im Jahr 1992, mit der Bekanntgabe des „Grundzüge der Regierungstätigkeit“<sup>535</sup>, das als erstes Dokument wesentliche Merkmale einer Verfassung aufwies. Hintergrund dieses Dokumentes war der steigende Druck seitens der erstarkten politischen Opposition, die grundlegende Reformen gefordert hatte; hierzu später jedoch mehr. Zwar bezeichnet das Dokument in seinem ersten Artikel den Koran als die eigentliche Verfassung des Staates, jedoch geht es in dem Text in erster Linie um die Festlegung wichtiger Eckpunkte für das saudische Staatswesen. So legt er fest, dass Saudi-Arabien generell eine Monarchie ist, bei der nur Mitglieder der Familie Saud den königlichen Thron besteigen dürfen. Zudem legt er fest, dass alle Macht vom König ausgeht, und dass er in seiner Funktion als Ministerratspräsident alleine für die Exekutive, Legislative und Judikative verantwortlich ist.<sup>536</sup> Auch obliegt einzig ihm die Fähigkeit Minister zu ernennen und zu entlassen und die neu eingerichtete „Beratende Versammlung“<sup>537</sup> aufzulösen.<sup>538</sup> Aufgrund der Tatsache, dass der Erlass von

---

<sup>535</sup> Barth, Hans Karl; Schliephake, Konrad: Saudi-Arabien, Gotha/Stuttgart 1998, S.26

<sup>536</sup> Vgl. Ebd.

<sup>537</sup> Die Beratende Versammlung umfasst 60 Mitglieder, womit er einen parlamentsartigen Charakter bekommt, den er jedoch aufgrund seiner auf Beratung beschränkten Befugnisse nicht verdient. Zudem darf der Konsultativrat (eine andere Bezeichnung) nur bei Gegebenheiten

1992 grundgesetzähnliche Punkte beinhaltet, muss dieses Dekret als die eigentliche Verfassung Saudi-Arabiens verstanden werden. Prinzipiell hat sich dadurch allerdings nichts am System geändert, da es sich bei dem Gesetzestext nur um eine Niederschrift bereits bekannter bzw. längst schon vorhandener Gegebenheiten und Normen handelt.

Saudi-Arabiens politisches System basiert auf einer durch Erbfolge geregelten Monarchie, bei der der König die letzte Entscheidung bei allen wichtigen politischen Belangen hat. Anders als bei den europäischen Monarchien, bei denen der Monarch lediglich repräsentative Aufgaben erfüllt und somit keinen Einfluss auf die Politik nehmen kann, und die Politik von demokratisch gewählten Personen vollzogen wird, steht in Saudi-Arabien der König an der Spitze des Staates. Auch die politischen Institutionen, wie der Ministerrat oder die einzelnen Ministerien können nur mit Zustimmung des Königs handeln. Die zentrale Macht in Saudi-Arabien liegt also bei der Familie Saud und hier vor allem beim König, der nur der Familie Saud entstammen darf. Neben der Vormachtstellung der Familie Saud bei der Thronfolge, zeigt sich der Einfluss der Familie aber auch in niedrigeren Verwaltungsebenen, da die lokalen Verwaltungsbezirke Saudi-Arabiens von ca. 10.000 Prinzen geleitet werden, die allesamt zur Familie Saud gehören. Aber nicht nur die strenge monarchische Ausrichtung des politischen Systems, sondern auch die sharia als einzig geltendes Recht sowie die Stellung des Koran als offizielle Verfassung kennzeichnen den Staat Saudi-Arabien in besonderem Maße. Mit diesem Mischsystem aus Monarchie und Theokratie steht Saudi-Arabien den westlichen Demokratien äußerst konträr gegenüber, da es nicht einmal im Ansatz irgendwelche demokratischen Merkmale gibt. Insbesondere die dominante Stellung des Islam und die Vereinigung religiöser und weltlicher Normen stehen im Gegensatz zum westlichen Verständnis eines politischen Systems, woraus sich bereits eine erste, wenn auch zurzeit noch sehr unterschwellige, Konfliktlinie ergibt. Genau genommen präsentiert sich das saudische System sogar als Prototyp eines Staates, der im Westen eigentlich keinerlei Akzeptanz oder Zusammenarbeit hervorrufen dürfte. Auch das

---

eingeschaltet werden, die sich rein auf das politische Systems Saudi-Arabiens beziehen. Jegliche äußeren Themen entziehen sich seiner Gewalt. Vgl. hierzu: Steinberg, Guido: Saudi-Arabien, in: Ende, Werner; Steinbach, Udo(Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 501, Bonn 2005, S. 543  
<sup>538</sup> Barth, Hans Karl; Schliephake, Konrad: Saudi-Arabien, Gotha/Stuttgart 1998, S.26

Rechtssystem Saudi-Arabiens, das im wesentlichen aus sharia-Gerichten und Schnellgerichten besteht,<sup>539</sup> bei denen es noch heute Folterstrafen gibt, steht nicht in Einklang mit den westlichen Modell des Rechtsstaates. Dennoch pflegt eine Reihe von westlichen Staaten einen guten Kontakt zu Riad. Dies begründet sich durch die Dominanz der saudischen Erdölvorkommen im weltweiten Vergleich. Kein anderes Erdöl produzierendes Land verfügt über derart große Erdölreserven und Fördermöglichkeiten, sodass das saudische System zumindest gegenwärtig von Seiten des Westens keine Anfeindungen zu erwarten hat, bezüglich der Wahrung von Menschenrechten und Entwicklung und Durchsetzung demokratischer Prinzipien. In diesem Zusammenhang erscheinen jedoch nicht nur die westlichen Staaten janusköpfig, sondern auch die Regierung in Riad, da sie trotz aller Gegensätze und Ablehnung westlicher Werte und Normen entschieden daran interessiert ist, Geschäfte mit dem Westen zu machen. Aus dieser Situation heraus ist in den letzten Jahren sehr oft der Vorwurf laut geworden, die saudischen Herrscher seien korrupt und sie wären dem Westen gegenüber hörig. Meistens entstand diese Aussage innerhalb der Bevölkerung Saudi-Arabiens und zwar von Personen, die eine noch stärkere Bindung an die Religion und eine strikte Trennung vom Westen wollen, woraus sich eine weitere, diesmal jedoch innersaudische, Konfliktlinie ergibt. Wie stark diese Tendenzen jedoch sind und welche Ausmaße diese inzwischen angenommen haben oder künftig haben werden, soll durch die Untersuchung der sozialen Situation geklärt werden. Zunächst wird jedoch im nächsten Kapitel zu untersuchen sein, wie sich die Wirtschaft Saudi-Arabiens entwickelt hat und welchen Stellenwert das Öl im saudischen Wirtschaftssystem eingenommen hat.

#### 4.1.2 Die Bedeutung des Öls für die Wirtschaft und Stabilität Saudi-Arabiens

Als der Staat Saudi-Arabien 1932 gegründet worden war, ahnte noch niemand, welchen Stellenwert dieses mittelgroße Land für die gesamte Welt einmal haben würde. Dabei stand die Staatsgründung zunächst unter keinem guten Stern. Die Gründe hierfür waren zum einen die katastrophale finanzielle Situation Ibn Sauds, der sich durch den Kampf gegen die Ikhwan hoch verschuldet hatte. Aber auch die innerstaatliche Situation schien den Staat

---

<sup>539</sup> Al-Farsy, Fouad: *Neuzeit und Tradition*, Cambridge 1992, S. 34 ff.

Saudi-Arabien zu destabilisieren, da es damals noch kein echtes saudisches Volk gab. Vielmehr bestand das Königreich aus vielen unterschiedlichen Stämmen, die sich bezüglich der Kultur und Religion zum Teil stark voneinander unterschieden und sich in Opposition zum neuen König befanden. Zu diesen Problemen kamen Anfang der 30er Jahre auch noch Grenzstreitigkeiten mit den Nachbarn Saudi-Arabiens, die im Falle des Jemen sogar in einem Krieg endeten. Zwar konnte der Krieg 1934 beendet werden, jedoch fehlten dem Königreich noch immer die innere Einheit und ein Wirtschaftssystem, das zur Stabilisierung hätte beitragen können. Was dem Staat konkret fehlte, war ein Rohstoff, ein Produkt oder ein Industriezweig, womit der saudische Haushalt hätte genährt werden können. Aufgrund der großen Wüstenflächen und der mangelnden Wasserversorgung des Binnenlandes, schied Landwirtschaft als wirtschaftlicher Eckpfeiler aus. Auch fehlten dem Land metallische Erze, mit denen man eine Industrie hätte aufbauen können. Im Grunde genommen stand Saudi-Arabien so kurz nach seiner Gründung vor dem Untergang, da es in allen Bereichen eklatante Defizite gab, die auf dem ersten Blick unüberwindlich schienen. Dass sich dieses Blatt dennoch wendete, haben die Saudis ihrem Nachbarn Bahrain zu verdanken, da dort größere Erdölvorkommen gefunden wurden, die das Interesse des Westens<sup>540</sup> weckten. Im Sog der Funde in Bahrain traten alsbald westliche Vertreter der Ölindustrie an König Saud heran, um die Rechte für Bohrungen zu erlangen. Trotz der Zweifel an der Zukunftsfähigkeit einer Ölindustrie in Saudi-Arabien, jedoch getrieben von der Hoffnung eine Einnahmequelle für sein Land zu bekommen, übertrug er 1933 der Standard Oil aus Kalifornien die Konzession für Erdölbohrungen.<sup>541</sup> Die 1935 gestarteten Bohrungen blieben jedoch zunächst erfolglos, da keine größeren Quellen gefunden wurden. Erst 1938 kam es zu den ersten größeren Funden, die sich entscheidend auf die Zukunft Saudi-Arabiens auswirken sollten.<sup>542</sup>

---

<sup>540</sup> Die ersten westlichen Staaten, die sich in der Golfregion für die Erdölvorkommen interessiert haben, waren Großbritannien, Frankreich und die Niederlande. Die USA, die sich damals noch auf ihre eigenen Vorkommen konzentriert hatten, suchten und förderten erst im heutigen Irak nach Erdöl, bevor sie in den 30-er Jahren auf das Öl der arabischen Halbinsel aufmerksam wurden. Vgl. hierzu: Fürtig, Henner: Kriege um Öl und Vorherrschaft. Die Wettrecke Golf, in: Steinbach, Udo(Hrsg.): Arabien. Mehr als Erdöl und Konflikte, Opladen 1992, S. 49

<sup>541</sup> Prokop, Michaela: Saudi-Arabien, München 2005, S. 23

<sup>542</sup> Unger, Craig: Öl, Macht und Terror. Die Bushs und die Sauds, München 2004

Mit der Verteilung der Konzessionen und den ersten ertragreichen Funden, änderte sich sehr rasch die finanzielle Situation in Saudi-Arabien. Wie aus heiterem Himmel bekam das saudische Königshaus eine lukrative Einnahmequelle, die allerdings hauptsächlich für Interessen des Königshauses gedacht waren. Hierzu gehörten die Modernisierung und der Ausbau der Streitkräfte sowie die Konsolidierung des familieninternen Haushaltes,<sup>543</sup> um die eigene Macht in dem inzwischen recht großen Reich zu festigen. Mit der Anschaffung von Autos, moderner Kommunikationsmittel und Flugzeugen, gelang es der Herrscherfamilie die Kontrolle über das gesamte Gebiet zu erlangen, was zuvor nicht möglich gewesen war.<sup>544</sup> So sollte ein Aufstand, wie es ihn durch die einst verbündeten Ikhwan gegeben hatte, von vornherein verhindert werden. Der Reichtum, der sich plötzlich für das Königshaus ergeben hatte, brachte dem König also die Macht, mit der alle politischen Gegner in Schach gehalten werden konnten; dies geschah mitunter durch die Einbindung oppositioneller Mitglieder einiger Nomadenstämme in die seit Beginn der 30er Jahre entstandenen Verwaltungsinstitutionen. Obwohl die Investitionen der Herrscherfamilie in die Infrastruktur und anderer, die Bevölkerung betreffende, Bereiche zunächst sehr überschaubar geblieben war, profitierte auch diese indirekt vom Öl-Reichtum des Königshauses. Da die Einnahmen aus der Ölförderung direkt in die Taschen der Familie flossen und sie dadurch unabhängig von Steuereinnahmen geworden waren, hielt sich die Steuerlast und Abgabepflicht der Bevölkerung in Grenzen. Aufgrund dieser geringen finanziellen Belastung des Volkes seitens der Königsfamilie, wurde die saudische Monarchie zunehmend akzeptiert und die Zahl der politischen Gegner nahm immer weiter ab. Zwar konnte sich der saudische König auf diese Art und Weise die Macht sichern und die Stabilität im Land erhöhen, jedoch bedeutete dies aber auch, dass die Macht des Herrschers am Erdöl hing, und dass der Wegfall dieser Geldquelle schnell zu ernststen innenpolitischen Problemen hätte führen können. Mit der Entdeckung der großen Ölquellen und den daraus resultierenden Gewinnen, konnte jedoch nicht nur die Position des saudischen Königshauses gesteigert werden, sondern auch der Einfluss westlicher Länder in der Golfregion. Großbritannien, das Ende der 20-er Jahre

---

<sup>543</sup> Prokop, Michaela: Saudi-Arabien, München 2005, S. 23

<sup>544</sup> Koszinowski, Thomas(Hrsg.): Saudi-Arabien: Ölmacht, und Entwicklungsland. Beiträge zur Geschichte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Hamburg 1983, S. 77

als erstes Ölkonzessionen erworben hatte, behielt zwar die Rechte für die vertraglich gesicherten Gebiete, verlor aber an Einfluss, als die USA ca. zehn Jahre später vergleichsweise riesige Vorkommen entdeckten, die in ihrer Qualität und Quantität den britischen weit überlegen waren. Als im Jahr 1939 der Zweite Weltkrieg begann, bei dem die deutschen Militärerfolge auf die hohe Mobilität der motorisierten Streitkräfte zurückzuführen waren, wurde den Alliierten verdeutlicht, dass der Rohstoff Erdöl und die Sicherung der Versorgung noch entscheidender für den Kriegsausgang war, als noch im Ersten Weltkrieg. Konzentrierte sich Deutschland hierbei hauptsächlich auf die Erdölquellen in Rumänien und in der Ukraine, so versuchten die Alliierten die arabischen Quellen zu sichern. Der Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg und die Übernahme der Führungsrolle auf Seiten der westlichen Alliierten, führte dazu, dass Saudi-Arabien und die dortigen Ölquellen von unschätzbarem Wert für eine erfolgreiche Kriegsführung waren. Aus diesem Grund vertieften die USA noch während des Krieges ihre Beziehungen zu Saudi-Arabien, indem sie dem islamischen Land Schutz garantierten und indem sie Saudi-Arabien in vielen anderen Bereichen Unterstützung zukommen ließen. Diese verstärkte Bindung endete letztendlich darin, dass die USA im Jahr 1945 vertraglich das Monopol über die Förderung des saudischen Erdöls erhielten.<sup>545</sup> Ohne es direkt bewusst wahrzunehmen, übergab das saudische Königshaus den einzigen Macht erhaltenden Faktor in die Hände ausländischer Konzerne, wodurch Saudi-Arabien abhängig vom Westen geworden war. Der posted price als eine Art Prämie für gefördertes Öl sicherte Saudi-Arabien zwar eine stabile Einnahme durch die Ölförderung, jedoch wurde das Land selbst vom eigentlichen Ölgeschäft, das auf dem Markt abgewickelt wurde, ferngehalten, da es keine staatlichen Konzerne gab, die unabhängig von den ausländischen Firmen, Öl anbieten konnten. Obwohl Saudi-Arabien große Einnahmen durch die Ölförderung verbuchen konnte, war das Land selbst nicht in der Lage eine eigene Ölwirtschaft aufzubauen; Saudi-Arabien war somit vollkommen abhängig von den westlichen Ölgesellschaften, die im Endeffekt darüber entschieden, wie viel Saudi-Arabien an der Ölförderung verdient. Ohne selber an der Förderung beteiligt gewesen zu sein, wurde der Faktor Erdöl für die gesamtwirtschaftliche Lage Saudi-Arabiens zum tragenden Pfeiler, da die

---

<sup>545</sup> [www.areion.de/saudiarabienc.html](http://www.areion.de/saudiarabienc.html), abgerufen am 16.04.2006 um 16:01 Uhr

Einnahmen prozentual den größten Anteil an den Staatseinnahmen hatten. Da die saudische Regierung jedoch recht bald gemerkt hatte, dass sie jeglichen Einfluss auf die Erdölförderung verloren hatte, wurde im Jahr 1951 die Einkommenssteuer eingeführt, die auch für die ausländischen Ölfirmen galt. Diese Steuer betrug 50% auf den Nettogewinn,<sup>546</sup> den die Ölkonzerne erwirtschafteten. Des Weiteren konnte die saudische Regierung mit den Konzernen eine Abmachung treffen, die ein Mitspracherecht und die Entsendung zweier Mitglieder der saudischen Regierung in den Aufsichtsrat der Aramco beinhaltete. Trotz dieses Versuchs, den Einfluss im Ölgeschäft zu steigern, oblag das eigentliche Geschäft noch immer den westlichen Konzernen, wobei die saudische Regierung durch die Einkommenssteuer nun doch indirekt an den wirklich erzielten Gewinnen beteiligt wurde.

Obschon das alte Konzessionssystem dem saudischen Staat sichere Einnahmen garantiert hatte, lag die wahre Macht bei den ausländischen Firmen, da sie den Preis den Saudi-Arabien für das Erdöl bekommen sollte, festlegten. Als es Ende der 50er Jahre zu Preissenkungen gekommen war, die durch die Ölkonzerne festgelegt wurden, sanken die Einnahmen für Saudi-Arabien und für die übrigen Ölförderländer in der Golfregion derart, dass sie sich zur OPEC zusammenschlossen, um einen stabilen Ölmarkt zu schaffen. Hierfür wurden jedoch eigene Ölgesellschaften benötigt, da der nationale Einfluss bei der Aramco zu gering war, um von dort etwas zu bewirken. Deshalb wurden im Jahr 1962 die *General Petroleum* und die *Mineral Organization (Petromin)* geschaffen, die die Interessen Saudi-Arabiens als staatseigene Gesellschaften auf dem Ölmarkt vertreten sollten. Petromin wurde sehr schnell zu einer wichtigen Organisation, die sich mit vielen Bereichen der Ölindustrie befasste und den Ausbau einer nationalen Ölindustrie vorangetrieben hat. Neben der Schaffung eigener Staatsbetriebe in den 60-ern, mit denen sich der Staat von der „Willkür“ der westlichen Konzerne zu lösen versuchte, war der entscheidende Schritt zur Unabhängigkeit die schrittweise Übernahme der Aramco. So erwarb Saudi-Arabien bereits 1973 25% der Aramco.<sup>547</sup> Dieser Anteil wurde schon ein Jahr später auf insgesamt 60%

---

<sup>546</sup> Al-Farsy, Fouad: *Neuzeit und Tradition*, Cambridge 1992, S.100

<sup>547</sup> Vgl. Ebd., S.101

erhöht,<sup>548</sup> wodurch Saudi-Arabien erstmals in die Lage versetzt wurde, am wahren Ölmarkt teilzunehmen. Mit der Übernahme der restlichen 40% von Aramco bis zum Jahr 1980<sup>549</sup> erlangte die Regierung in Riad daraufhin erstmals seit der Entdeckung der Ölquellen die alleinige Kontrolle über den heimischen Bodenschatz.

Obschon das saudische Königshaus seit dem Beginn der kommerziell nutzbaren Erdölförderung recht gut verdient hatte, floss zunächst nur sehr wenig in die wirtschaftliche und technische Entwicklung des gesamten Staates. Das Hauptaugenmerk wurde stattdessen vornehmlich auf das eigene Wohl und den eigenen Reichtum gerichtet. Die hatte zur Folge, dass Saudi-Arabien, abgesehen von der herrschenden Elite, lange Zeit eher zu den Entwicklungsländern gezählt werden musste, dessen Lebensstandard deutlich unter dem des Westens gelegen hatte. Die 70er Jahre brachten jedoch die Wende, da sich die Grundsituation für die saudische Wirtschaft binnen kurzer Zeit drastisch geändert hatte. Die wichtigste Änderung war die oben genannte Übernahme der Kontrolle über die Erdölförderung, wodurch Saudi-Arabien immer stärker den Marktpreis des Öls mitbestimmen konnte, was wiederum zur Folge hatte, dass die Einnahmen aus dem Ölgeschäft anstiegen. Dieser Anstieg der Einnahmen, der in der ersten Zeit noch nicht allzu groß war, bekam unter anderem durch die Ölkrise 1973/1974 und durch die erhöhte Nachfrage nach Öl<sup>550</sup> einen deutlichen Schub. Die Ölkrise bewirkte ihrerseits, dass die OPEC und insbesondere Saudi-Arabien ein neues Selbstvertrauen bekommen hatte, da sie ihre Macht hinsichtlich der Ölabhängigkeit des Westens erstmalig richtig wahrnahmen und diese auch zu nutzen wussten. Anstatt den Ölpreis nach der Beendigung des Boykotts wieder auf den alten Stand absinken zu lassen, behielt die OPEC das einmal erreichte Preisniveau bei, wodurch die Einnahmen aus dem Ölgeschäft explosionsartig nach oben schossen. Besonders Saudi-Arabien spürte die Veränderung, da der Anteil am Weltölexport von 13% im Jahr 1970 auf 21% im Jahr 1973 angestiegen war.<sup>551</sup>

---

<sup>548</sup> Önder, Zehra: Saudi-Arabien. Zwischen islamischer Ideologie und westlicher Ökonomie, Stuttgart 1980, S. 319

<sup>549</sup> Al-Farsy, Fouad: Neuzeit und Tradition, Cambridge 1992, S.101

<sup>550</sup> Die gesteigerte Nachfrage lässt sich in erster Linie auf die immer knapper werdenden amerikanischen Ölvorkommen zurückführen, da diese bereits im Jahr 1970 ihren Höhepunkt erreicht hatten. Vgl. hierzu: Unger, Craig: Öl, Macht und Terror. Die Bushs und die Sauds, München 2004, S. 36

<sup>551</sup> Unger, Craig: Öl, Macht und Terror. Die Bushs und die Sauds, München 2004, S. 37

Diese Steigerung um 9% und das neue Preisniveau führten buchstäblich zu einer Geldschwemme, die das saudische Königshaus veranlasst hatte, das Geld nicht nur in der eigenen Tasche zu halten, sondern den Fortschritt des gesamten Staates voranzutreiben. Es folgte ein umfassendes Modernisierungsprogramm, das den ehernen monarchischen Staat in einen echten Wohlfahrtsstaat verwandeln sollte. Hierzu wurden neue Bildungseinrichtungen, eine moderne Infrastruktur und Krankenhäuser errichtet.<sup>552</sup> Allerdings blieb es nicht nur bei diesen der Bevölkerung zu Gute kommenden Neuerungen, sondern auch der Bau von Prestigeobjekten wurde von der saudischen Regierung mit Nachdruck vorangetrieben, wodurch die neu gewonnene Stellung des islamischen Staates dargestellt werden sollte. Eines der optimistischsten Vorhaben, das von der saudischen Regierung mit den Petrodollars vorangetrieben wurde, war die groß angelegte Bewässerung der Wüste, um aus Saudi-Arabien auch einen konkurrenzfähigen Agrarstaat zu machen, was jedoch aufgrund des hohen Aufwandes und der hohen Kosten nicht zu dem erhofften Erfolg geführt hatte. Obwohl Saudi-Arabien zwischenzeitlich zum sechst wichtigsten Weizenexporteur<sup>553</sup> avancierte und die Landwirtschaft im Jahr 1989 sogar 7,5% des BIP erreicht hatte<sup>554</sup> (unter anderem, weil der Anteil der Ölindustrie am BIP aufgrund der niedrigen globalen Nachfrage zum damaligen Zeitpunkt, auf einem niedrigen Niveau lag), beträgt der aktuelle Anteil am BIP lediglich 4,2%.<sup>555</sup> Insgesamt darf der Ausbau der Landwirtschaft dennoch nicht als kompletter Fehlschlag verstanden werden, da Saudi-Arabien gegenwärtig der größte Dattlexporteur der Welt ist (450.000 Tonnen pro Jahr)<sup>556</sup>; ein landwirtschaftlicher Leistungsträger ist Saudi-Arabien im weltweiten Vergleich dennoch nicht und für die saudische Wirtschaft ist die Landwirtschaft ebenfalls nicht von besonderer Bedeutung. Welcher Wirtschaftszweig seit den Entwicklungen der frühen 70er Jahre allerdings konstant an Bedeutung gewonnen hat, ist der Bereich Dienstleistung, der von 14,2% im Jahr 1979<sup>557</sup>

---

<sup>552</sup> Prokop, Michaela: Saudi-Arabien, München 2005, S. 28

<sup>553</sup> Vgl. Ebd., S. 30

<sup>554</sup> Barth, Hans Karl; Schliephake, Konrad: Saudi Arabien, Gotha/Stuttgart 1998, S.67

<sup>555</sup> [www.welt-in-zahlen.de/laenderinformation.phtml?country=185](http://www.welt-in-zahlen.de/laenderinformation.phtml?country=185), abgerufen am 16.04.2006 um 16:16 Uhr

<sup>556</sup> [www.areion.de/saudiarabienu.html](http://www.areion.de/saudiarabienu.html), abgerufen am 03.06.2006 um 12:00 Uhr

<sup>557</sup> Barth, Hans Karl; Schliephake, Konrad: Saudi Arabien, Gotha/Stuttgart 1998, S.67

auf 28,6%<sup>558</sup> in der Gegenwart angewachsen ist. Fasst man den Bereich Dienstleistung mit dem Bereich Handel zusammen, so ergibt sich für diesen nicht-landwirtschaftlichen und nicht-industriellen Bereich sogar eine Quote von ca. 40% des BIP.<sup>559</sup>

Die Analyse der saudischen Wirtschaft ist allerdings nicht einfach, da es zu viele unterschiedliche Datensätze gibt, die nur im groben, wenn überhaupt, miteinander verglichen werden können. Einige Quellen unterteilen die Wirtschaftssektoren detailliert nach Erdöl, Landwirtschaft, Industrie/Bergbau, Bauwesen, Handel/Verkehr/Dienstleistung, Staatliche Verwaltung. Andere Quellen wiederum unterteilen die Wirtschaftssektoren nach Handel/Dienstleistung, Erdöl/Bergbau, Verarbeitender Industrie und Bauwirtschaft/Landwirtschaft/Wasser-wirtschaft/Elektrizitätswirtschaft.

Wieder andere Quellen begnügen sich mit einer groben Unterteilung nach Landwirtschaft, Industrie (ohne dabei die einzelnen Sparten zu differenzieren) und Dienstleistung. Aus diesem Grund kann im Rahmen dieser Untersuchung nur in recht groben Zügen dargestellt werden, wie sich die Wirtschaft in den letzten 30 Jahren entwickelt hat. Dies ist allerdings nicht allzu dramatisch, da es im Kern darum geht, aufzuzeigen, welchen Stellenwert das Erdöl für die wirtschaftliche Gesamtsituation hat.

Bedingt durch die einseitige wirtschaftliche Ausrichtung Saudi-Arabiens und bedingt durch die hohen Preise für Erdöl seit 1973 sorgten die Einnahmen aus dem Export des Schwarzen Goldes Mitte der 70er dafür, dass 90% aller Staatseinnahmen gerade eben diesem Geschäftsbereich entsprangen.<sup>560</sup> Nur 10% der Einnahmen wurden durch andere Wirtschaftsbereiche erzielt. Diese wichtige Position nahm das Erdöl bis etwa 1983 ein, als der weltweite Bedarf sank und andere Quellen (siehe unter Kapitel 2) dem Ölmarkt zugänglich gemacht wurden. So sanken die realen Einnahmen von 98,1 Mrd. \$ im Jahr 1981 schlagartig auf 55 Mrd. \$ im Jahr 1983; der bisherige Tiefststand wurde dann 1988 mit 28,1 Mrd. \$ erreicht.<sup>561</sup> Dieser drastische Absturz hinsichtlich der Wertigkeit der Erdölindustrie für die saudische Wirtschaft führte

---

<sup>558</sup> [www.welt-in-zahlen.de/laenderinformation.phtml?country=185](http://www.welt-in-zahlen.de/laenderinformation.phtml?country=185), abgerufen am 16.04.2006 um 16:16 Uhr

<sup>559</sup> Bundesagentur für Außenwirtschaft (hrsg.): Saudi-Arabien. Wirtschaftsentwicklung 2004, Köln 2005, S.6, nachzulesen unter: [www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage\\_997.pdf](http://www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage_997.pdf), abgerufen am 27.05.2006 um 11:34 Uhr

<sup>560</sup> Barth, Hans Karl; Schliephake, Konrad: Saudi Arabien, Gotha 1998, S.66

<sup>561</sup> Vgl. Ebd.

infolgedessen dazu, dass der Anteil des Erdöls am BIP von 65,9% im Jahr 1979 auf nur noch 25,2% im Jahr 1986 abfiel;<sup>562</sup> gleichzeitig wurde jedoch der Sektor Dienstleistung dermaßen aufgewertet, dass dessen Anteil am BIP innerhalb von vier Jahren von 14,2% (1980) auf 24,4% (1984) anstieg, wobei der höchste Prozentsatz 1986 mit 30,1% erreicht worden war.

Nach einer fast zehn Jahre andauernden Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Reorganisation der Wirtschaft, begann im ersten Drittel der 80er Jahre eine Phase der Stagnation und Depression, da die Einnahmen aus dem Erdölexport deutlich sanken. Zum einen hatten sich die westlichen Staaten nach der Ölkrise 1973 darum bemüht neue Ölquellen zu erschließen und dem Markt zugänglich zu machen, um die Abhängigkeit vom OPEC zu relativieren; dies gelang durch kanadische, in erster Linie jedoch durch nordeuropäische Quellen. Zum anderen entwickelten die westlichen Industriestaaten vermehrt erneuerbare Energiequellen und erhöhten den Anteil des Atomstroms, um den Bedarf an Erdöl zu mindern. All diese Maßnahmen führten dazu, dass der weltweite Bedarf sank und der Ölpreis auf ein deutlich niedrigeres Niveau abfiel, als dies noch zu Beginn der 80er Jahre der Fall war. Obwohl der zweite Golfkrieg 1991 kurzfristig dazu beitrug, dass sich der Ölpreis wieder etwas nach oben erholte, verblieb der Ölpreis ständig im Bereich von 20\$ pro Barrel. Dies stürzte die saudische Wirtschaft zwar nicht direkt in eine bedrohliche Krise, jedoch konnte das Wirtschaftswachstum der 70er Jahre nicht mehr annähernd erreicht werden. Ebenso fiel der Anteil der Staatseinnahmen von 90% im Jahr 1975 auf nur noch 73% im Jahr 1997 zurück. Als dann gegen Ende des 20. Jahrhunderts der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung in Asien ausblieb, der auf jedem Fall mit einer starken Nachfrage nach Energie einhergegangen wäre, wurde die saudische Wirtschaft dermaßen in Mitleidenschaft gezogen, dass die Staatsverschuldung enorm nach oben schoss. Zwischenzeitlich erreichte die Verschuldung sogar einen Wert von 95% des BIP,<sup>563</sup> was einer echten Wirtschaftskrise gleichkam. Die Verschuldung war deshalb notwendig, um den einmal erreichten Lebensstandard im Staate so gut es ging aufrechtzuerhalten. Da eine Volkswirtschaft eine so hohe Staatsverschuldung nicht dauerhaft durchstehen

---

<sup>562</sup> Barth, Hans Karl; Schliephake, Konrad: Saudi Arabien, Gotha 1998, S.67

<sup>563</sup> [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/SaudiArabien/Wirtschaft.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/SaudiArabien/Wirtschaft.html), abgerufen am 27.05.2006 um 13:07 Uhr

kann, war es für Saudi-Arabien sehr wichtig, dass sich der Ölpreis schnellstmöglich wieder erholte. Da aber abzusehen war, dass sich die asiatische Wirtschaft erholen würde, und vor dem Hintergrund, dass die Förderkapazitäten und Vorkommen der Nicht-OPEC-Staaten permanent abnehmen, konnte Saudi-Arabien das Risiko einer hohen Staatsverschuldung in Kauf nehmen. Dieser Mut zum Risiko daraufhin belohnt, als 2002 die Ölpreise begannen unaufhörlich zu steigen, da es zu einer explosionsartigen Ölnachfrage der aufstrebenden Wirtschaften Indiens und Chinas gekommen war. Die Folge hieraus war ein beispielloser Wirtschaftsboom in Saudi-Arabien, der zu einer neuerlichen Geldschwemme geführt hatte, mit Hilfe derer die Staatsverschuldung auf 66% gedrückt werden konnte.<sup>564</sup> Auch konnte Saudi-Arabien das Haushaltsdefizit von 5,5 Mrd. \$ des Jahres 2002 mit Überschüssen in den Jahren 2003 (+12 Mrd.\$) und 2004 (+26,13 Mrd.\$) deutlich ausgleichen.<sup>565</sup> Aktuell bezieht Saudi-Arabien wieder 90%<sup>566</sup> der Staatseinnahmen aus dem Erdölexport und es ist in reales Wirtschaftswachstum von 5%<sup>567</sup> zu verzeichnen. Neben dem Abbau der Staatsschulden beabsichtigt die saudische Regierung die Einnahmen für die weitgreifende Modernisierung der Streitkräfte und für die Modernisierung der gesamten Infrastruktur zu verwenden, da es in den letzten Jahren zu einem deutlichen Zuwachs bei der Bevölkerungszahl gekommen war (1974: 7 Mio. Einwohner; 2004: 23,4 Mio. Einwohner). Da dieser Trend nicht endet, gehen die Behörden in Saudi-Arabien mittlerweile davon aus, dass sich die Bevölkerungszahl innerhalb der nächsten 15 Jahre auf ca. 40 Mio.<sup>568</sup> Einwohner erhöhen wird, was eine gut durchdachte und hochmoderne Infrastruktur zwingend notwendig macht.

Insgesamt lässt sich sagen, dass Saudi-Arabien wie kaum ein anderer Staat auf die Einnahmen aus dem Export eines Bodenschatzes abhängig ist, da andere Verdienstmöglichkeiten nicht gegeben sind. Weder die Landwirtschaft, noch die Vermarktung anderer Güter könnten Saudi-Arabien einen derartigen

---

<sup>564</sup> [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/SaudiArabien/Wirtschaft.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/SaudiArabien/Wirtschaft.html), abgerufen am 27.05.2006 um 13:07 Uhr

<sup>565</sup> Vgl. Ebd.

<sup>566</sup> Vgl. Ebd.

<sup>567</sup> [www.welt-in-zahlen.de/laenderinformation.phtml?country=185](http://www.welt-in-zahlen.de/laenderinformation.phtml?country=185), abgerufen am 16.04.2006 um 16:16 Uhr

<sup>568</sup> Bundesagentur für Außenwirtschaft (hrsg.): Saudi-Arabien. Wirtschaftsentwicklung 2004, Köln 2005, S.6, nachzulesen unter: [www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage\\_997.pdf](http://www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage_997.pdf), abgerufen am 27.05.2006 um 11:34 Uhr

Reichtum beschere, wie das Geschäft mit dem Erdöl. Allerdings führt diese Abhängigkeit dazu, dass die saudische Wirtschaft in Zeiten mit einer hohen Ölnachfrage in kolossalen Mengen Geld verdient, wohingegen in schlechteren Zeiten, in denen die Nachfrage nicht sehr hoch ist, eine hohe Staatsverschuldung und ein sehr niedriges Wirtschaftsniveau die Folge sind. Steigt die Nachfrage und der Preis beim Öl, explodiert die saudische Wirtschaft; sinkt der Preis und die Nachfrage über einen längeren Zeitraum, fehlen dem Staat jegliche finanziellen Mittel, was zur Destabilisierung des gesamten wirtschaftlichen und politischen Systems in Saudi-Arabien führen kann. Insbesondere die Destabilisierung des politischen Systems bzw. der Monarchie ist immer eine potentielle Gefahr, da die Geschichte gezeigt hat, dass die Macht der Familie Saud nur gefestigt werden konnte, indem sie mit dem Erdöl sehr viel Geld verdient hatte. Es wurde ein umfassender Verwaltungsapparat ins Leben gerufen, in dem politische Gegner eingesetzt wurden, um diese für die eigene Sache zu gewinnen. Des Weiteren wurde mit der Nationalgarde eine königstreue Parallelarmee gegründet, die dem König bedingungslos ergeben ist. Auch der Ausbau und die Modernisierung der Streitkräfte muss als machtsichernde Maßnahme aufgefasst werden. Die wichtigste aller Maßnahmen, die nur mit dem Verdienst aus dem Erdölgeschäft möglich gewesen war, waren die Errungenschaften, die einzig dem Wohl des Volkes angedacht waren (Infrastruktur, Bildung, Verkehr, Wohlfahrtsstaat, usw.). All diese Maßnahmen zielten darauf ab, die saudische Monarchie in Saudi-Arabien zu sichern und die Position Saudi-Arabiens im arabischen Raum in besonderem Maße zu etablieren (hierfür war vor allem die permanente Modernisierung der Streitkräfte von großer Wichtigkeit). Der Ölpreis und die Nachfrage nach Öl entscheiden somit letztendlich über die Stabilität und Sicherheit der saudischen Regierung. Da es sich beim Ölgeschäft aber um ein Geschäft handelt, bei dem in der Regel weitsichtige Prognosen nicht möglich sind, obwohl nach dem derzeitigen Stand der Dinge die Rolle Saudi-Arabiens, aufgrund der weltweiten Verteilung der Ölreserven längerfristig stabil bleiben wird. Generell stützt sich die gesamte Macht der Familie Saud auf die utopischen Einnahmen aus dem Ölexport. Fallen diese eines Tages weg, muss zwangsläufig mit dem herben Verlust der Macht der Familie Saud und mit einer Stärkung der Opposition gerechnet werden. Was dem saudischen Staat

trotz der derzeitigen hohen Einnahmen fehlt, ist die Entwicklung einer flexiblen Wirtschaft, die sich nicht nur auf das Öl stützt, sondern auch andere Möglichkeiten aufzeigt, mit denen der saudische Staat höhere Einnahmen erzielen kann. In Anbetracht der Tatsache, dass die Ölreserven kontinuierlich abnehmen, gleichzeitig der Bedarf jedoch steigt, ist die Regierung jetzt schon in der Pflicht, neue Einnahmequellen für die Zukunft zu erschließen. Ansonsten muss eines Tages doch noch mit einer schweren Regierungskrise gerechnet werden.

#### 4.1.3 Die soziale Struktur Saudi-Arabiens

Wie wir bereits gesehen haben, setzt sich die saudische Bevölkerung aus einer Vielzahl von Stämmen zusammen, die in der Vergangenheit vornehmlich als Nomaden gelebt haben. Obwohl die saudische Regierung schon früh nach der Staatsgründung 1932 damit begonnen hatte die Nomadenstämme in den neuen Staat zu integrieren, verlief dieser Prozess zunächst recht langsam. Noch im Jahr 1950 lag der Anteil der Nomaden bei ca. 50% der gesamten Bevölkerung.<sup>569</sup> Zu diesem Zeitpunkt herrschte in Saudi-Arabien auch noch ein strenges Klassensystem in dem die Herrscher (malik) den höchsten Rang einnahmen. Die nächste Klasse bestand aus Handelsfamilien und Feudalherren, die im Besitz größerer Ländereien waren. Daran schlossen sich dann die „freien Beduinen“ und die städtischen Händler an. Die unterste und niedrigste Klasse wurde damals von Bauern und besitzlosen Beduinen eingenommen. Diese Klassenunterteilung gibt es heute in dem Sinne jedoch nicht mehr, da ein Großteil der Nomaden und Beduinen sowie die Bauern vom Land in die Stadt gezogen sind, wo sie in so genannten shanty-towns<sup>570</sup> leben. Diese Stadtteile sind zwar gekennzeichnet durch Wellblechhütten und einem gettoartigen Erscheinungsbild, sie beherbergen jedoch Menschen, die zu 80% ein festes Einkommen haben<sup>571</sup> und somit nicht oder nur zu einem sehr geringen Anteil zur Armenschicht gehören. Die gegenwärtige Urbanisierungsrate beträgt 86,06%, was im internationalen Vergleich sehr hoch ist.<sup>572</sup> Hintergrund dieser Entwicklung waren zum einen der Ausbau der Verwaltung in den 50er Jahren,

---

<sup>569</sup> Barth, Hans Karl; Schliephake, Konrad: Saudi Arabien, Gotha/Stuttgart 1998, S.34

<sup>570</sup> Vgl. Ebd., S. 33

<sup>571</sup> Vgl. Ebd.

<sup>572</sup> [www.welt-in-zahlen.de/laenderinformation.phtml?country=185](http://www.welt-in-zahlen.de/laenderinformation.phtml?country=185), abgerufen am 16.04.2006 um 16:16 Uhr

wodurch viele Arbeitsplätze geschaffen wurden, sowie der Personalbedarf in den Streitkräften; insbesondere die Entwicklung der Nationalgarde verschaffte vielen Nomaden einen neuen Arbeitsplatz. Als dann 1973 der Ölboom einsetzte und der Staat die finanzielle Möglichkeit bekam der Bevölkerung günstige Kredite zu gewähren und Bauvorhaben zu unterstützen, stieg die Zahl der städtischen Bewohner rapide an. Der Anteil der Nomaden sank bereits bis 1979 auf nur noch 19%; heute liegt der Anteil gerade einmal bei ca. 5%. Obwohl der neue Reichtum Saudi-Arabiens der gesamten Bevölkerung zu Gute kam, da sich der Staat allmählich zu einem Wohlfahrtsstaat entwickelte, in dem es in der Theorie keine Armut geben dürfte (aufgrund des finanzstarken Staates), begann bereits hier ein Prozess, an dem Saudi-Arabien bis heute krankt. Aufgrund des erheblichen Mangels an fachlich geeignetem Personal für die Ölindustrie, war der Staat gezwungen sehr viele ausländische, besser qualifizierte, Arbeitskräfte ins Land zu holen. Der Grund für diesen Mangel liegt auf der Hand, wenn man sich das saudische Bildungssystem betrachtet, das in seinen Grundzügen viel zu religionslastig ist, da sich der pädagogische Schwerpunkt sehr stark auf religiöse Ausbildung verlagert hat. Ein Großteil der jüngeren Bevölkerung verbringt die schulische Ausbildung mit den Lehren des Islam und dem Auswendiglernen religiöser Texte. Die fachliche und sachbezogene Ausbildung kommt indes vielerorts deutlich zu kurz. Auch überwiegt im universitären Bereich die Zahl der Studienabgänger in dieser Fachrichtung. Noch in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts betrug der Anteil der technisch orientierten Studienfächer keine 10%;<sup>573</sup> der Rest der Abgänger hatten sich im Kern mit religiösen oder geisteswissenschaftlichen Fächern beschäftigt, die später häufig eine Anstellung im öffentlichen Dienst fanden, der im übrigen in Saudi-Arabien sehr hoch angesehen ist. Aber nicht nur der Mangel an Facharbeitern, sondern auch eine gehörige Portion Arroganz sorgte für die Ausländerschwemme, da viele Saudis vom Wohlfahrtsstaat profitierten und niedere Arbeiten, wie etwa im Bauwesen, dem Taxigewerbe und in der Landwirtschaft,<sup>574</sup> ablehnten. Was sich ebenfalls erschwerend auf die saudische Sozialstruktur ausgewirkt hatte, war der explosionsartige

---

<sup>573</sup> Prokop, Michaela: Saudi-Arabien, München 2005, S. 54

<sup>574</sup> Bundesagentur für Außenwirtschaft (Hrsg.): Saudi-Arabien. Wirtschaftsentwicklung 2004, Köln 2005, S.11, nachzulesen unter: [www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage\\_997.pdf](http://www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage_997.pdf), abgerufen am 27.05.2006 um 11:34 Uhr

Geburtenanstieg, der die saudische Bevölkerung von ca. 6 Mio. im Jahr 1970<sup>575</sup> auf 23,4 Mio. im Jahr 2004 ansteigen ließ.<sup>576</sup> So lange der Ölboom anhielt und die Petrodollars in entsprechenden Mengen flossen, war diese Situation für den saudischen Staatshaushalt leicht zu bewältigen. Da sich die Situation aber bald wieder änderte und die Gewinne aus dem Ölgeschäft ab 1983 stark zurückgingen, entwickelten sich die hohen Kosten für die ausländischen Arbeiter, die Kosten für das Sozialsystem und die hohe Geburtenrate zu einem echten Problem für den saudischen Staatshaushalt. Dieser Zustand und die schwachen Einnahmen waren daraufhin verantwortlich für die schlechte Haushaltslage, die sich erst mit dem neuerlichen Ölboom (der bis heute anhält) entspannen konnte, da Saudi-Arabien einen Großteil der Gewinne zur Schuldentilgung eingesetzt hat.<sup>577</sup> Allerdings wurde bislang nur der Staatshaushalt entlastet, die strukturellen Probleme existieren ihrerseits noch immer. Da sich die saudische Regierung jedoch dieser Probleme bewusst ist und diese auch als ernsthafte Probleme wahrgenommen hat, wurden in Saudi-Arabien erste Pläne entworfen und Maßnahmen ergriffen, um die Gunst der Stunde (gemeint sind die hohen Einnahmen aus dem Erdöllexport) zu nutzen und wichtige Investitionen zu tätigen. Tatsächlich beabsichtigt die saudische Regierung Investitionen im Wert von rund 600 Mrd.\$ zu tätigen, von denen etwa 140 Mrd.\$ in den Ausbau der Infrastruktur gesteckt werden sollen.<sup>578</sup> Gerade der Ausbau der Infrastruktur muss als primäres Ziel der Politik betrachtet werden, denn die derzeitige Infrastruktur entspricht schon lange nicht mehr den Ansprüchen einer 23,4 Mio. starken Bevölkerung, geschweige denn einer Bevölkerung von fast 40 Mio. wie dies für das Jahr 2020 erwartet wird. Zu den wichtigsten infrastrukturellen Einrichtungen, deren Ausbau demnach zwingend erforderlich ist, gehören Häuser, Wohnungen, das Verkehrswesen, Krankenhäuser, Häfen und Flughäfen sowie die Errichtung neuer Moscheen.<sup>579</sup> Ein wesentlicher Bestandteil der Infrastruktur, der Bereich

---

<sup>575</sup> Prokop, Michaela: Saudi-Arabien, München 2005, S. 53

<sup>576</sup> [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/SaudiArabien/Wirtschaft.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/SaudiArabien/Wirtschaft.html), abgerufen am 27.05.2006 um 13:07 Uhr

<sup>577</sup> Vgl. Ebd.

<sup>578</sup> Bundesagentur für Außenwirtschaft (hrsg.): Saudi-Arabien. Wirtschaftsentwicklung 2004, Köln 2005, S.6, nachzulesen unter: [www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage\\_997.pdf](http://www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage_997.pdf), abgerufen am 27.05.2006 um 11:34 Uhr

<sup>579</sup> Bundesagentur für Außenwirtschaft (hrsg.): Saudi-Arabien. Wirtschaftsentwicklung 2004, Köln 2005, S.11, nachzulesen unter: [www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage\\_997.pdf](http://www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage_997.pdf), abgerufen am 27.05.2006 um 11:34 Uhr

Bildung, wurde im saudischen Investitionsplan gesondert behandelt und mit rund 11 Mrd.\$ veranschlagt, da auch hier die schulischen und universitären Bedingungen den neuen und künftigen Gegebenheiten angepasst werden müssen. Da die saudische Regierung darüber hinaus auch beabsichtigt die Arbeitslosenzahl zu reduzieren, darf es beim Ausbau des Bildungssystems nicht nur bei der quantitativen Erweiterung bleiben, sondern es muss eine ganzheitliche Reform stattfinden, um mehr eigene Facharbeiter für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen zu können. Obwohl Saudi-Arabien offiziell eine Arbeitslosenquote von 8,8% angibt, so liegt der reale Anteil der Arbeitslosen zwischen 20 und 30% aller erwerbsfähigen saudischen Personen,<sup>580</sup> was den Staatshaushalt nach wie vor unnötig belastet und eine nicht einzuschätzende Armenschicht heranwachsen lässt.<sup>581</sup> Eine weitere Maßnahme, von der sich die Regierung eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt verspricht, ist die Erschließung neuer Einnahmequellen und Industriezweige. In diesem Zusammenhang sieht der saudische Investitionsplan einen Ausbau des IT-Sektors mit 71 Mrd.\$ und eine Erweiterung der Tourismusbranche mit einem Investitionsvolumen von 53,3 Mrd.\$ vor;<sup>582</sup> ein Vorhaben, das in Hinblick auf die monotone Ausrichtung der Wirtschaft sicherlich von Nutzen sein wird und der Erschließung neuer Arbeitsplätze garantiert zu Gute kommt. Aber auch hier ist die Grundvoraussetzung, dass entsprechendes und vor allem eigenes Personal ausgebildet wird, damit in Saudi-Arabien nicht das gleiche passiert, wie in Deutschland, als im Zuge des Mangels an IT-Experten indische Gastarbeiter ins Land geholt werden mussten, weil in diesem Bereich das deutsche Bildungssystem kläglich versagt hatte.

Betrachtet man sich die saudische Sozialstruktur, so zeigen sich sehr schnell eine Reihe von Brennpunkten, die sich negativ auf die Stabilität des Staates auswirken können. Die hohe Arbeitslosigkeit, die schwelende Armut und die hohe Anzahl von ausländischen Arbeitnehmern sind dabei weniger als das eigentliche Problem zu betrachten, als viel mehr als eine Folge der Bildungs- und Wirtschaftspolitik der saudischen Regierung. Durch den hohen Stellenwert

---

<sup>580</sup> [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformation/SaudiArabien/Wirtschaft.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformation/SaudiArabien/Wirtschaft.html), abgerufen am 27.05.2006 um 13:07 Uhr

<sup>581</sup> Bundesagentur für Außenwirtschaft (hrsg.): Saudi-Arabien. Wirtschaftsentwicklung 2004, Köln 2005, S.11, nachzulesen unter: [www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage\\_997.pdf](http://www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage_997.pdf), abgerufen am 27.05.2006 um 11:34 Uhr

<sup>582</sup> Vgl. Ebd.

der ulama, also der islamischen Gelehrten, die in Saudi-Arabien sehr viel Einfluss auf den Staat und die Politik nehmen können, konzentrierte sich das saudische Bildungssystem in erster Linie auf die Lehren des Islam und des Wahhabitentums und nicht auf die fürs Berufsleben wirklich wichtigen und dringend notwendigen Fächer. Die frühe Fokussierung der saudischen Bevölkerung auf die Religion und die Vernachlässigung der klassischen Schulfächer haben dazu geführt, dass es in einem so reichen Land wie Saudi-Arabien noch immer einen Analphabetenanteil von 21,2% der über 14-jährigen gibt,<sup>583</sup> die in keinem beruflichen Bereich eine ernsthafte Chance haben dauerhaft beschäftigt zu werden. Zwar bieten sich für diese Personen niedere Arbeiten an, jedoch verweigern sich viele dieser und überlassen sie lieber ausländischen Arbeitern. Die Folgen dieser einseitigen bzw. zum Teil kaum vorhandenen Bildung waren Arbeitslosigkeit und ein hoher Anteil ausländischer Facharbeiter (56% der Arbeitnehmer in Saudi-Arabien sind Ausländer!)<sup>584</sup>. Die erschwerend hinzugekommene hohe Geburtenrate ließ daraufhin eine Armenschicht in Saudi-Arabien entstehen, die mittlerweile sogar von offiziellen Stellen zugegeben wird.

Das zweite Kernproblem der saudischen Sozialstruktur ist die monotone Ausrichtung der Wirtschaft auf die Erdölindustrie und auf den Dienstleistungsbereich. Obwohl es im Zuge des Ölbooms der 70er Jahre auch Versuche gegeben hatte, das produzierende Gewerbe und das Bauwesen zu fördern und als weiteres wirtschaftliches Standbein zu etablieren, konnten sich diese Sektoren im Vergleich zum Ölsektor und Dienstleistungssektor nicht durchsetzen. Für die Sozialstruktur Saudi-Arabiens bedeutet dies, dass es keine Arbeiterschicht gibt, da ca. 75% aller im Bauwesen und im produzierenden Gewerbe beschäftigten Arbeitnehmer ebenfalls Ausländer sind. Dieser Zustand begründet sich, genauso wie in den übrigen Wirtschaftsbereichen, mit dem mangelnden Vorhandensein einheimischer Fachkräfte. Welches Problem sich aus dem Mangel anderer Wirtschaftssektoren jedoch wirklich ergibt, zeigen die Umstände, die während der schlechten Jahre im Ölgeschäft herrschten. Aufgrund fehlender Alternativen und den daraus resultierenden fehlenden

---

<sup>583</sup> [www.welt-in-zahlen.de/laenderinformation.phtml?country=185](http://www.welt-in-zahlen.de/laenderinformation.phtml?country=185), abgerufen am 16.04.2006 um 16:16 Uhr

<sup>584</sup> [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformation/SaudiArabien/Wirtschaft.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformation/SaudiArabien/Wirtschaft.html), abgerufen am 27.05.2006 um 13:07 Uhr

Einnahmen war es der Regierung in diesem Zeitraum nicht möglich in die Bildung und in andere Wirtschaftszweige zu investieren, wodurch sich die soziale Situation hätte zum Besseren wenden können. Hätte Saudi-Arabien jedoch zuvor in andere Bereiche und vor allem in die Bildung investiert, wäre Saudi-Arabien heutzutage nicht so sehr abhängig von den Öleinnahmen und das Aufkommen einer Armenschicht hätte vielleicht verhindert werden können.

Zugegeben, dies alles sind Mutmaßungen, da niemand in der Lage ist, darzustellen, wie sich alles entwickelt hätte, wenn Saudi-Arabien die aktuellen Pläne vielleicht schon vor 30 Jahren erarbeitet hätte, jedoch sprechen alle bekannten Fakten dafür, dass die heutige Situation sicherlich leichter wäre, wenn Saudi-Arabien ein weiter gefächertes Wirtschaftsspektrum gehabt hätte. Was jedoch unbestrittene Tatsache ist, ist der Mangel an fachbezogener Bildung und Ausbildung und die viel zu starke Position der Religion im gesamten Bildungssystem Saudi-Arabiens. Diese Umstände haben maßgeblich zur Bildung einer Armenschicht beigetragen, in der radikale Gruppen und Individuen immer wieder neues Personal für ihre staatsfeindlichen Aktivitäten rekrutieren können. Welchen Einfluss radikale Gruppen bereits heute schon in Saudi-Arabien haben und welche Rolle dabei die Armenschicht spielt, wird im folgenden Kapitel thematisiert.

#### 4.1.4 Radikalismus in Saudi-Arabien

Nachdem bekannt geworden war, dass 15 der 19 Attentäter des 11. Septembers 2001 aus Saudi-Arabien stammten und im Bewusstsein, dass Osama Bin Laden selber aus Saudi-Arabien kommt, wurde in den letzten Jahren häufiger auf Saudi-Arabien als Unsicherheitsfaktor hingewiesen. Als offizieller Grund hierfür wurde nicht selten die Zunahme islamistischer Bewegungen angeführt, die das Land an sich und somit die Versorgungssicherheit des Westens ernsthaft gefährden könnten. Die Meinungen gehen derzeit sogar soweit, dass behauptet wird, dass der Krieg gegen den Irak „vorsorglich“ geführt wurde, um sich die dortigen Ölquellen zu sichern, da langfristig mit dem Erstarken der saudischen Islamisten gerechnet wird, die kein Interesse an Petrodollars haben. Dass es in der Tat in Saudi-Arabien radikal-islamistische Bewegungen gibt, die

sich gegen die Herrscher und das bestehende System richten, ist allgemein bekannt und regelmäßig Thema in westlichen Sicherheitskreisen.

In der jüngeren saudischen Geschichte hat es einige Ereignisse gegeben, aus denen sich eine islamistische Bewegung entwickelt hat, die das Ziel verfolgen aus Saudi-Arabien einen vom Westen losgelösten, unabhängigen Gottesstaat zu machen. Obwohl der Islam in Saudi-Arabien Staatsreligion ist und die sharia den Kern des saudischen Lebens bildet, gab es im Jahr 1979 eine Rebellion gegen das Königshaus, bei der die Wortführer erstmals öffentlich die „Geldgeilheit“ der Herrscher und die Nähe der Regierung zum Westen anprangerten sowie die Stärkung der ulama forderten.<sup>585</sup> Unter der Führung von Juhayman al-Otaibi wurde die große Moschee in Mekka besetzt,<sup>586</sup> die im gesamten Islam zu den wichtigsten Heiligtümern gehört. Diese Aktion wurde durchgeführt, um einerseits die Ziele und Absichten in die (Welt-) Öffentlichkeit zu tragen und um andererseits neue Anhänger für ihre Bewegung anzuwerben. Die Besetzung der Moschee war also der erste terroristische Akt mit islamistischem Hintergrund, der die saudische Regierung alsbald zum Handeln zwang, indem sie die Moschee von Einheiten der Nationalgarde und französischer Antiterrorereinheiten stürmen ließ, bei denen viele Rebellen getötet wurden. Diejenigen, die überlebten und das waren immerhin 170 Personen wurden vor Gericht gestellt und mit harten Strafen abgeurteilt; 63 der Terroristen wurden zum Tode verurteilt und sehr bald hingerichtet. Mit diesen Maßnahmen wollte die Regierung ein Exempel statuieren und eventuelle Nachahmer im Vorfeld auf die Folgen hinweisen, die sich aus staatsfeindlichen Aktionen ergeben. Interessanterweise handelte es sich bei den Aktivisten um Personen, die der ländlichen Bevölkerung und den Beduinen entstammten, die im Zuge des Ölreichtums von der saudischen Regierung durchaus gut und privilegiert behandelt worden waren.<sup>587</sup> Im Glauben die staatsfeindlichen Bewegungen im Land erfolgreich bekämpft zu haben, ergab sich noch im selben Jahr eine neue Protestbewegung in Saudi-Arabien, die sich ebenfalls offen gegen die Politik und gegen die Art der Machtausübung der Sauds auflehnte, die schiitische Minderheit im Osten

---

<sup>585</sup> Prokop, Michaela: Saudi-Arabien, München 2005, S.38

<sup>586</sup> Vgl. Ebd.

<sup>587</sup> Pawelka, Peter: Der Vordere Orient und die Internationale Politik, Stuttgart/Berlin/Köln 1993, S.116

Saudi-Arabiens. Obwohl in Saudi-Arabien der Islam als Staatsreligion festgeschrieben ist, wird in Saudi-Arabien sehr wohl zwischen den unterschiedlichen Konfessionen unterschieden und mit unterschiedlichen Maßstäben behandelt. So gilt in Saudi-Arabien das Wahhabitentum als die eigentliche Staatsreligion, woran sich das Sunnitentum anschließt aus dem die wahhabitische Bewegung entstanden ist. Die Schiiten wiederum, die ca. 10-15% der Bevölkerung ausmachen, werden seit jeher unterdrückt und von wichtigen Staatsämtern ferngehalten.<sup>588</sup> Nachdem es im Iran zur Islamischen Revolution gekommen war und sich Ayatollah Khomeini in Teheran an die Macht geputscht hatte, stieg auch bei den saudischen Schiiten das Selbstbewusstsein. Deutlich wurde dies, als die Schiiten im Dezember 1979, deren öffentliche Religionsausübung verboten war, das schiitische Ashura-Fest dennoch in aller Öffentlichkeit begingen.<sup>589</sup> In diesem Rahmen kam es dann zu Unruhen und Demonstrationen, die von den saudischen Sicherheitskräften blutig niedergeschlagen wurden. Um künftig für derartige Ausschreitungen besser vorbereitet zu sein, ließ die Regierung daraufhin die Sicherheitsvorkehrungen in der Ostprovinz verstärken und die Zahl der Sicherheitskräfte erhöhen. Es zeigt sich also, dass Saudi-Arabien Ende der 70er Jahre, einer islamistischen Opposition gegenüberstand, die das bestehende System durchaus hätte gefährden können. Obwohl die schiitischen Anführer verfolgt, verhaftet oder ins Exil geschickt wurden, sah sich die saudische Regierung, auch in Angesicht der nicht-schiitischen islamistischen Opposition, genötigt gewisse Strukturen zu „überarbeiten“. Um die nicht-schiitische Opposition zu neutralisieren, die ja eine Stärkung der Religion gefordert hatte, wurde der gesamte Bildungsbereich umgestaltet, indem die Religion immer mehr in den Mittelpunkt von Schule und Universität gerückt wurde. Mit dem Bau neuer Moscheen und der Einschränkung der Frauenrechte versuchte die Regierung ebenfalls der Bedrohung seitens der Islamisten entgegenzutreten und die eigene Macht zu sichern. Auch außenpolitisch blieben die Ereignisse des Jahres 1979 nicht ohne Folgen, da Saudi-Arabien begann die Afghanen bei ihrem Dschihad gegen die gottlosen Sowjets materiell, personell und finanziell

---

<sup>588</sup> Prokop, Michaela: Saudi-Arabien, München 2005, S.61

<sup>589</sup> Vgl. Ebd., S. 62

zu unterstützen.<sup>590</sup> In Bezug auf die Islamisten im Land, waren die ergriffenen Maßnahmen sogar erfolgreich, da die islamistische Bewegung zunächst an Macht und Einfluss verlor und die Gefährdung des Staates durch sie deutlich herabgesetzt worden war. Auch in Bezug auf die Schiiten bemühte sich die Regierung um eine Abschwächung der Konfrontation, indem sie den Schiiten neue wirtschaftliche Möglichkeiten bot, zumal die Ostprovinz eine der ölreichsten Regionen des Landes ist. Obwohl es 1987 bei der alljährlichen Hadsch zu schweren Ausschreitungen zwischen iranischen (schiitischen) Pilgern und saudischen Sicherheitskräften gekommen war, die zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran geführt hatten,<sup>591</sup> formierte sich die schiitische Opposition neu. Die Schiiten trennten sich von dem Gedanken, in Saudi-Arabien die Islamische Revolution a la Iran zu vollziehen; von nun an setzten sie vielmehr auf den „normalen“ politischen Dialog, ohne Anwendung von Gewalt. Der Tod Khomeinis 1989 und das neutrale Verhalten der saudischen Schiiten während des Golfkriegs 1991 und der schiitischen Aufstände im Südirak, veranlasste daraufhin auch die saudische Regierung ihre Politik zu ändern. Es kam zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Teheran und zu Vereinbarungen mit der schiitischen Minderheit, die als Gegenleistung für ihren Gewaltverzicht mehr religiöse und wirtschaftliche Möglichkeiten erhielt. Auch der Ausbau der Beziehungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien wurde in den 90er Jahren weiter fortgeführt. Alles in allem kann man sagen, dass der wahhabitisch-schiitische Konflikt mittlerweile beigelegt ist, und dass von dieser Seite her die Gefahr einer Destabilisierung des saudischen Staates als sehr gering erachtet werden kann.

Während sich die Situation hinsichtlich einer radikalen schiitischen Opposition in Saudi-Arabien zunehmend entspannt hatte, entstanden zu Beginn der 90er Jahre neue Oppositionsbewegungen. Auslöser dieser Entwicklung war die Besetzung Kuwaits durch irakische Truppen und die damit verbundene Stationierung ausländischer Streitkräfte auf saudischem Territorium, das in der islamischen Welt als „Heiliger Boden“ betrachtet wird. So kam es, dass Ende

---

<sup>590</sup> Ein berühmter Saudi, der damals in den Kampf gegen die Sowjets zog und eng mit der saudischen Herrscherfamilie zusammenarbeitete, war Osama Bin Laden.

<sup>591</sup> Saudi-Arabien und der Iran gerieten aneinander, weil die Regierung in Riad davon überzeugt war, der Iran würde die schiitische Opposition mit Waffen und politischer Hetze gegen Saudi-Arabien unterstützen, mit dem Ziel einen Umsturz herbeizuführen.

1990 43 prominente Personen, Professoren, Journalisten und Geschäftsleute eine Petition unterzeichneten, in der die Einrichtung eines Konsultativrates, ein Grundgesetz, Gleichberechtigung aller Bürger, mehr Frauenrechte sowie die Einschränkung der Macht der Religionsgelehrten gefordert wurde.<sup>592</sup> Aber nicht nur die liberalen Kräfte in Saudi-Arabien übten Kritik an der saudischen Politik und am saudischen System, sondern auch die islamistische Opposition formierte sich neu und begann das Königshaus zu attackieren. Da sich einige der Kritikpunkte mit denen der Liberalen deckten, kam es zunächst zu einer Art Zusammenarbeit dieser beiden, an sich äußerst gegensätzlichen Lager, indem sie im Februar gemeinsam eine zweite Petition an den König richteten. Im Kern wiederholte diese Petition die Forderungen der ersten, allerdings in einer etwas verschärften Formulierung. Kern der Petition war diesmal die Schaffung einer Verfassung und die Errichtung eines Konsultativrates.<sup>593</sup> Da es zwischen den Liberalen und den Islamisten jedoch auch einige Bereiche gab, in denen sich ihre Vorstellungen vollkommen konträr verhielten, begannen die Islamisten ihre Forderungen eigenständig zu vertreten. Zu den ersten bekannten saudischen Islamisten, die sich offen gegen das herrschende System auflehnten, gehörten Salman al-Auda und Safar al-Hawali, die ihre „Lehren“ auf Freitagspredigten öffentlich verbreiteten und zudem Kassetten und Flugblätter in Umlauf brachten.<sup>594</sup> Erstmals ohne Beteiligung der Liberalen verfassten im Mai 1991 108 Islamisten einen Brief (an den König adressiert), in dem sie einen Konsultativrat forderten, der nur aus Geistlichen bestehen sollte. Zudem verurteilten sie das Machtmonopol der Königsfamilie und die Unglaubwürdigkeit der Monarchie, da diese von „ungläubigen Soldaten“<sup>595</sup> gerettet worden sei. Der König, der weniger über den Inhalt, als vielmehr über die Veröffentlichung verärgert war, ließ die Unterzeichner des Briefes durch den Rat der Gelehrten rügen; allerdings beugte er sich in gewisser Weise den Forderungen, als er im Frühling 1992 einen Konsultativrat ins Leben rief, der entgegen des Willen der Islamisten nicht aus Gelehrten, sondern aus Personen

---

<sup>592</sup> Prokop, Michaela: Saudi-Arabien, München 2005, S. 42

<sup>593</sup> Kepel, Gilles: Das Schwarzbuch des Dschihad. Aufstieg und Niedergang des Islamismus, München 2004, S. 266

<sup>594</sup> Prokop, Michaela: Saudi-Arabien, München 2005, S. 66

<sup>595</sup> Kepel, Gilles: Das Schwarzbuch des Dschihad. Aufstieg und Niedergang des Islamismus, München 2004, S. 267

bestand, von denen 70% im Westen studiert hatten.<sup>596</sup> Die Reaktion der Islamisten ließ daraufhin nicht lange auf sich warten. Im September 1992 wurde seitens der Islamisten ein Memorandum verfasst, in dem die Islamisten die saudische Regierung massiv angriffen. Das von Geistlichen, Professoren und Richtern unterzeichnete Papier richtete sich eindeutig gegen die Regierung und gegen den König.<sup>597</sup> Die Schrift beinhaltete vor allem die Stärkung des Islam, die Unabhängigkeit der Gelehrten, Vorrang der Gelehrten vor der weltlichen Macht,<sup>598</sup> die Stärkung der Armee und die Aufkündigung aller militärischen Bündnisse mit nicht-islamischen Staaten.<sup>599</sup> Die Forderung der Islamisten stieß jedoch auf Granit und wurde vom Rat der Gelehrten verurteilt, wobei es innerhalb des Rates 17 Mitglieder gegeben hatte, die sich den Forderungen anschlossen und die Verurteilung nicht unterzeichneten.<sup>600</sup> Im Jahr 1993 wurde daraufhin das „Komitee zur Verteidigung Legitimer Rechte“ ins Leben gerufen, die erste islamistische Organisation in Saudi-Arabien, die mitunter von einigen Unterzeichnern des Memorandums gegründet worden war. Die Mitglieder forderten die Freilassung politischer Gefangener, sie kritisierten die Verletzung von Menschenrechten, die Willkür der Justiz sowie die Korruption und die Verschwendungssucht der Regierung.<sup>601</sup> Allerdings wollten sie kein Justizsystem nach westlichem Vorbild, was auch das westliche Verständnis in Bezug auf Menschenrechte beinhaltet hätte, sondern die strikte Anwendung der sharia auf alle Bereiche des Lebens, ohne jedwede Ausnahme. Obwohl sich die Organisation jeder Gewalt entsagt hatte und politische Mittel für ihre Forderungen einsetzte, wurde die Organisation 1994 verboten, worauf die Verhaftung von rund 150 Mitgliedern folgte;<sup>602</sup> unter den Verhafteten waren auch al-Auda und al-Hawali. Bereits kurze Zeit nach den Verhaftungen wurden jedoch zwei Mitglieder wieder aus der Haft entlassen, die daraufhin nach Großbritannien ins Exil gingen, Muhammad al-Masari und Saad al-Faqih. Beide reaktivierten die Organisation und führten diese nun von London aus,

---

<sup>596</sup> Kepel, Gilles: Das Schwarzbuch des Dschihad. Aufstieg und Niedergang des Islamismus, München 2004, S. 267

<sup>597</sup> Prokop, Michaela: Saudi-Arabien, München 2005, S. 65/66

<sup>598</sup> Steinberg, Guido: Saudi-Arabien, in: Ende, Werner; Steinbach, Udo(Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 501, Bonn 2005, S. 547

<sup>599</sup> Vgl. Ebd.

<sup>600</sup> Diese wurden wenig später entlassen und durch regierungstreue Personen ersetzt. Vgl. hierzu: Prokop, Michaela: Saudi-Arabien, München 2005, S. 66

<sup>601</sup> Prokop, Michaela: Saudi-Arabien, München 2005, S. 67

<sup>602</sup> [www.areion.de/saudiarabienc.html](http://www.areion.de/saudiarabienc.html), abgerufen am 16.04.2006 um 16:01 Uhr

indem sie die saudische Bevölkerung mit e-Mails und Faxen „bombardierten“. Da es zwischen den beiden Islamisten jedoch zu Meinungsverschiedenheiten gekommen war, trennte sich al-Faqih vom Komitee und gründete die Organisation „Islamische Reform in Arabien“, die sich inhaltlich jedoch kaum von der anderen Gruppe unterschied. Obwohl sich das „Komitee zur Verteidigung Legitimer Rechte“ und die „Islamische Reform in Arabien“ eindeutig als islamistische Gruppen klassifiziert haben, bleibt festzuhalten, dass keine der beiden Gruppen je Gewalt eingesetzt hatte, und dass die befürchtete Destabilisierung des Staates durch diese Gruppen ausgeblieben ist. So erscheint es auch nicht verwunderlich, dass 1999 fast alle der 1994 verhafteten Islamisten wieder freigelassen wurden.<sup>603</sup> Viele der einstigen Regimegegner legten einen weniger radikalen Kurs ein oder sie verzichteten ganz auf die politische Arbeit, weshalb gegen Ende des vorigen Jahrhunderts die Islamismusbewegung in Saudi-Arabien keine nennenswerte politische Bedeutung mehr hatte.

Während sich die oben beschriebenen Islamisten-Gruppen von vornherein der Gewalt entsagten und sich mittlerweile einer gemäßigten Politik bedienen, entwickelte sich außerhalb des saudischen Staates eine islamistische Opposition, die dem saudischen Königshaus weitaus mehr Schaden zugefügt hat, als alle bis dahin in Erscheinung getretenen Gruppen zusammen. Mittelpunkt dieser Opposition ist Osama Bin Laden und die Al-Qaida, die sich aus denselben Gründen wie die anderen Islamisten-Gruppen gegen das saudische Königshaus aufgelehnt hatte. Der Unterschied zu den anderen Islamisten lag aber darin verborgen, dass Bin Laden dem saudischen Königshaus sehr nahe stand und er von ihnen persönlich enttäuscht worden war. Hintergrund war einmal mehr die Präsenz der westlichen Truppen auf Heiligem Boden.<sup>604</sup> Bin Laden, der sehr kriegserfahren war, hatte die saudische Regierung förmlich angefleht die ausländischen Truppen nicht ins Land zu lassen und zur Befreiung Kuwaits und zum Schutz Saudi-Arabiens auf seine erfolgreichen Mudschaheddin zurück zu greifen, deren Stärke er mit ca.

---

<sup>603</sup> Steinberg, Guido: Saudi-Arabien, in: Ende, Werner; Steinbach, Udo(Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 501, Bonn 2005, S. 547

<sup>604</sup> Philipp, Peter: Hintergründe über die Terrororganisation El-Kaida. Gejagt, aber unentdeckt: Osama Bin Laden, nachzulesen unter: [www.dw-world.de](http://www.dw-world.de), abgerufen am: 04.06.2006 um 15:04 Uhr

100.000 Mann<sup>605</sup> bezifferte. Da sich die saudische Regierung jedoch darauf nicht einließ, da das Vertrauen in die westlichen Streitkräfte wesentlich größer war, verließ er voller Enttäuschung das Land und begann seinen persönlichen Rachefeldzug gegen den Westen und gegen seine saudische Heimat bzw. gegen das Königshaus. Anders als alle anderen Islamisten verstand er es, immer neue Personen, neben seinen alten Afghanistankameraden zu rekrutieren, weshalb er seine Terrorgruppe, die sich offen zum bewaffneten Kampf bekannt hatte, schnell ausbauen konnte. Insbesondere die Hilfe des Sudan, wo er einige Jahre frei agieren konnte und später die Hilfe der Taliban in Afghanistan, ermöglichten ihm die Schaffung einer mächtigen Terrororganisation bzw. eines aus vielen Einzelgruppen bestehenden Terror-Netzwerkes. Bei einer Zusammenkunft einiger hochrangiger Vertreter verschiedener Islamistengruppen in Afghanistan, die von Bin Laden geleitet worden war, einigten sich die Anwesenden darauf mehrere Komitees zu schaffen, die sich mit der Organisation des Kampfes gegen den Westen beschäftigen sollten. Dabei einigten sich die Anführer auch auf das gemeinsame Ziel „um jeden Preis gegen die fremden, auf heiliger muslimischer Erde stationierten Streitkräfte anzukämpfen“<sup>606</sup>. Zwar ähnelte dieses Ziel durchaus den Forderungen der saudischen islamistischen Opposition, jedoch lag der wesentliche Unterschied zwischen diesen und den Bin Laden-Islamisten in dem Ausdruck „um jeden Preis“, womit eindeutig auch der Einsatz von Gewalt legitimiert wurde. Verwendeten die saudischen Islamisten „nur“ Faxe und e-Mails, um auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen und die Missstände in Saudi-Arabien anzuprangern, so bedienten sich die Bin Laden Islamisten ab Mitte der 90er Jahre der Gewalt als Kommunikationsmittel. Den Anfang machte ein Bombenattentat auf eine amerikanische Militärausbildungseinrichtung in Riad im November 1995, der als Beginn des bewaffneten Kampfes gegen den Westen in Saudi-Arabien gilt. Zwar konnte man den Anschlag nicht direkt der Al-Qaida zuordnen, so wie dies auch bei dem Anschlag auf einen amerikanischen Wohnkomplex im Juni 1996 der Fall war, jedoch entspricht diese Art der Opposition den Vorstellungen Bin Ladens. Es ist daher vorstellbar, dass die Anschläge auf das Konto anderer Gruppen gingen, die mit Bin Laden sympathisierten bzw. mit

---

<sup>605</sup> Unger, Craig: Öl, Macht und Terror. Die Bushs und die Sauds, München 2004, S. 179

<sup>606</sup> Schröm, Oliver: Al Quaida. Akteure, Strukturen, Attentate, Berlin 2003, S. 120

ihm zusammenarbeiteten. Wie bereits beschrieben worden ist, handelt es sich bei Al-Qaida um ein Netzwerk, bei dem es Unterorganisationen gibt, die nicht zwingend auf den Befehl Bin Ladens warten müssen, um aktiv zu werden. Allerdings spielt in diesem Zusammenhang die direkte oder indirekte Beteiligung Al-Qaidas auch nur eine untergeordnete Rolle, da alleine die Botschaft, die von diesen Anschlägen ausging, zählte.

Abb. 19 Anschläge in Saudi-Arabien seit 1995

|               |  |  |  |
|---------------|--|--|--|
| November 1995 | Amerikanische Ausbildungseinrichtung (Riad)            | Bombenanschlag   | Keine Toten und Verletzte                      |
| Juni 1996     | Wohnkomplex amerikanischer Militärangehöriger (Khobar) | Explosion eines Tankwagens   | 19 tote US-Soldaten, 240 Verletzte             |
| August 2000   | Wohnkomplex britischer und amerikanischer Soldaten     | Angriff einer Einzelperson mit einem Gewehr                          | k.A. zu Toten und Verletzten                   |
| Mai 2003      | Wohngebäude (Riad)                                     | Drei Bombenanschläge durch Selbstmordattentäter                      | 30 Tote  |
| November 2003 | Wohnkomplex saudischer Arbeiter                        | Zwei als Polizisten verkleidete Selbstmordattentäter zünden Bomben   | 17 Tote (darunter Frauen und Kinder)           |
| April 2004    | Polizeistation (Riad)                                  | Autobombe  | k.A. zu Toten und Verletzten                   |
| Mai 2004      | Wohnkomplex nicht-muslimischer Arbeiter (Khobar)       | Erstürmung durch Terroristen / Einsatz von Schusswaffen              | Zahlreiche Tote und Verletzte                  |
| Juni 2004     | Irischer Journalist (Simon Cumbers) in Riad            | Auf offener Straße erschossen  | 1 Toter  |
| Februar 2005  | Ölraffinerie (Yanbu)                                   | Sprengstoff beladener PKW wollte in das Raffineriegelände eindringen | Attentäter wurden getötet; keine anderen Opfer |

(Quellen: Prokop, Michaela: Saudi-Arabien, München 2005, S.69-72; Schröm, Oliver: Al-Quida. Akteure, Strukturen, Attentate, Berlin 2003, S.120; [www.welt.de/data/2004/06/07/288171.html?prx=1](http://www.welt.de/data/2004/06/07/288171.html?prx=1); [www.netzeitung.de/wirtschaft/boerse/384278.html](http://www.netzeitung.de/wirtschaft/boerse/384278.html))

Obwohl die oben aufgeführten Anschläge keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit erheben, so zeigen sie sehr deutlich, dass der terroristische Islamismus Einzug in Saudi-Arabien gehalten hat, und dass dieser Trend seit ca. 10 Jahren anhält. Deutlich wird auch, dass es insbesondere nach den Anschlägen des 11.Septembers 2001 und nach dem Irak-Krieg 2003 zu einer

Steigerung der terroristischen Aktivität gekommen ist, woraus zu schließen ist, dass sich dieser Trend fortsetzen wird, da die saudischen Sicherheitsbehörden bislang nicht in der Lage gewesen sind, die Anführer der Terroristen festzunehmen. In der Zwischenzeit gab es zwar eine Reihe von Verhaftungen, jedoch hatten die Festnahmen keine Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Saudi-Arabien, die für westliche Ausländer als ernst anzusehen ist.

#### 4.1.5 Zwischenfazit

Betrachtet man sich die Entwicklung Saudi-Arabiens seit der Staatsgründung 1932 bis heute, so wird schnell deutlich, dass die Stabilität des politischen Systems und der Wirtschaft fest an das Geschäft mit dem Erdöl verknüpft ist. Dies gilt in besonderem Maße seit Erlangung der „Alleinherrschaft“ über das Schwarze Gold in den 70er Jahren und dem damit verbundenen wirtschaftlichen Aufschwung, den das Königreich zunächst bis 1983 erlebt hatte. In dieser Zeit konnte die Regierung wichtige Investitionen tätigen und den Staat im internationalen Vergleich überdurchschnittlich vorantreiben, sodass aus einem Entwicklungsland, die größte Volkswirtschaft im arabischen Raum entstand, die sich sogar erlauben konnte Millionen von Gastarbeitern zu beschäftigen, während große Teile der eigenen Bevölkerung erwerbslos war (ist). Möglich war dies, durch die Schaffung eines Sozialstaates, der die eigene Bevölkerung materiell und finanziell unterstützen konnte. Die Bildung einer Armenschicht konnte somit zunächst verhindert werden. Was zu dieser Zeit jedoch eindeutig vernachlässigt worden war, war der Ausbau und die Modernisierung des Bildungssystems, weshalb kein geeignetes Fachpersonal aus der eigenen Bevölkerung herangebildet werden konnte. Da das saudische System, insbesondere die Wirtschaft, damals jedoch auch so sehr gut funktioniert hatte, sah die Führungselite auch keinen Grund zu umfassenden Reformen. Als es dann 1979 zu ersten islamistischen Unruhen gekommen war, bei denen die verstärkte Rolle des Islams gefordert wurde, sah die Regierung in der Stärkung des Islams in der Schule und in der Universität eine potentielle Lösung für das aufkommende Islamismus-Problem. Die Folge war, dass noch weniger junge Menschen eine fachlich ausgewogene und technisch versierte Ausbildung bekamen. Im Glauben, dass dies keine negativen Folgen haben würde, wurde so der Anteil der weltlich, technisch und naturwissenschaftlich

gebildeten Personen künstlich reduziert; ein Fehler der eindeutig auf das Konto der saudischen Regierung geht. Da der wirtschaftliche Höhenflug aufgrund der niedrigeren Nachfrage nach Öl und den damit verbundenen niedrigen Preisen in den 80er Jahren ein jähes Ende fand und bedingt durch ein wenig flexibles Wirtschaftssystem, denn 90% der Staatseinnahmen resultierten aus dem Ölgeschäft, verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation in Saudi-Arabien zusehends. Der Staatshaushalt wurde daraufhin derart heftig belastet, da die Kosten für die eigene erwerbslose Bevölkerung sowie die Kosten für die ausländischen Arbeitnehmer derart hoch waren, dass die Regierung hohe Schulden machen musste. Das Fehlen eigener Fachkräfte und das Fehlen weiterer Einnahmequellen außerhalb der Ölwirtschaft schädigten zunehmend den saudischen Staat. Dennoch bestand damals zu keinem Zeitpunkt eine ernste Bedrohung für das saudische System und für das saudische Königshaus, da sich die Regierung mit allen politischen Gegnern arrangiert hatte. Die Schiiten hatten nach 1979 mehr Rechte bekommen und wurden immer stärker in das saudische Reich integriert und die Islamisten wurden mit der Stärkung der Religion in der Gesellschaft und im Bildungswesen sowie durch die Unterstützung der Afghanen gegen die Sowjetunion zufrieden gestellt. Auch wurde das Verhältnis zum Westen weitestgehend geduldet, da Saudi-Arabien und der Westen damals noch einen gemeinsamen Feind in der „gottlosen“ Sowjetunion hatten. Das Jahr 1990 brachte jedoch die Wende in Saudi-Arabien, da die Regierung aufgrund der eigenen militärischen Unfähigkeit gezwungen war westliche Soldaten ins Land zu lassen, um vor dem irakischen Aggressor geschützt zu werden. Dies missfiel vielen Personen in Saudi-Arabien, da dies in ihren Augen die Entweihung heiligen Bodens bedeutete und die eigentliche Schwäche des Staates aufzeigte, woraus sich eine neue, stärkere islamistische Opposition entwickelte, deren Führungspersonen allesamt aus gehobenen Positionen entstammten. Außerdem waren viele von ihnen Teil derjenigen Generation, die nach 1979 zur Schule und zur Universität gingen und somit besonders stark religiös geprägt waren. Die islamistische Opposition war daher ungleich stärker, als die von 1979. Die Forderungen nach Reformen, vor allem bei der Stärkung der geistlichen Macht gegenüber der weltlichen, die vom König repräsentiert wurde und die Aufkündigung jedweder Bündnisse mit dem Westen zwangen die Regierung zum Handeln, indem sie alle

islamistischen Personen und Gruppen verhaften ließ. Die Regierung musste unter anderem auch aus dem Grunde handeln, da sich die Methoden und Mittel, mit denen die islamistischen Botschaften hätten verbreitet werden können, deutlich verbessert hatten. Die saudisch-islamistische Opposition, die den Staat hätte destabilisieren können, konnte somit unschädlich gemacht werden. Es zeigt sich also, dass viele der politischen Gegner, die sich Anfang der 90er Jahre gegen den Staat auflehnten zur Führungselite gehörten bzw. Kinder des eigenen Bildungssystems gewesen sind, die außer der Religion kaum etwas anderes kannten. Da dem Staat in den 90er Jahren jedoch wegen der schlechten Ölgeschäfte die notwendigen finanziellen Mittel fehlten das Bildungssystem wieder weltlicher und rationaler zu gestalten, änderte sich erst einmal nichts in diesem Bereich.

Obgleich die saudische Opposition wieder an Einfluss und Macht verloren hatte, wurde Saudi-Arabien seit 1995 ständig Opfer von Terroranschlägen, die sich in erster Linie gegen westliche Ausländer oder Vertreter der saudischen Wirtschaft oder Exekutive richteten. Außerhalb Saudi-Arabiens hatte sich mit der Al-Qaida eine Opposition gebildet, die sich offen dem bewaffneten Kampf gegen den Westen und der korrupten, dem Westen hörigen, saudischen Regierung verschrieben hatte. Nachdem sich der Terrorismus dieser Gruppe mit den Anschlägen des 11. Septembers 2001 auch außerhalb der arabischen Welt eindrucksvoll gezeigt hatte, kam es zu zwei Kriegen, die mit der erneuten Stationierung westlicher Streitkräfte in der arabischen Welt einherging. Parallel hierzu stieg auch die Zahl der Terroranschläge in Saudi-Arabien, woran sich ein Wiedererstarken der islamistischen Bewegung auf der arabischen Halbinsel erkenne lässt. Zwar hatte die saudische Regierung lange Zeit die Beteiligung von saudischen Staatsangehörigen an derartigen Anschlägen bestritten, jedoch musste sie inzwischen zugeben, dass es sich nicht, wie so oft dargestellt um ausländische Islamisten handelte, sondern vielmals um Saudis, was den Ruf des Landes natürlich negativ beschädigt.

Aber nicht nur der aufkommende Islamismus, sondern auch die hohe Arbeitslosigkeit und die hohe Geburtenrate stellten für Saudi-Arabien nach 2001 ein ernst zu nehmendes Problem dar, dem nur mit groß angelegten Investitionen beizukommen ist. Glücklicherweise (dies gilt nur aus Sicht der Saudis!!!) schnellten seit dem Jahr 2002 die Ölpreise kontinuierlich nach oben,

was sich kolossal positiv auf die saudische Wirtschaft ausgewirkt hat. Die Möglichkeit Schulden zu tilgen und das Vorhandensein von Kapital, das investiert werden kann, ermöglicht der saudischen Regierung auf die aktuellen Probleme zu reagieren. Die geplanten Investitionen im Bildungswesen sowie in den Ausbau neue Industriezweige erscheinen nach den bisherigen Erfahrungen die einzige Möglichkeit zu sein den Staat Saudi-Arabien dauerhaft zu stabilisieren. Mit der Entwicklung neuer Industrien, wie zum Beispiel im Bereich Kommunikation oder IT, könnte es Saudi-Arabien gelingen ein weiteres wirtschaftliches Standbein zu errichten, das die Abhängigkeit vom Ölgeschäft abschwächt. Vor dem Hintergrund, dass sich die westlichen Staaten intensiv mit alternativen Energien beschäftigen und vor dem Hintergrund, dass auch eines Tages die saudischen Ölquellen trocken sind, ist dieser Schritt nicht nur wichtig, sondern auch zwingend notwendig. Der Ausbau anderer Wirtschaftszweige, die zukunftsorientiert sind und dauerhaften Erfolg versprechen, sollte darüber hinaus in saudischen Überlegungen mit einfließen. Auch die Modernisierung des Bildungssystems, womit die Reduktion des Religiösen gemeint ist, ist für die Zukunft des Landes erforderlich. Einerseits kann so eigenes Personal ausgebildet werden, das zur Reduzierung der Anzahl der ausländischen Arbeitnehmer führt und somit positive Effekte in Hinblick auf die Arbeitslosenrate hat. Andererseits wird so die Zahl der auf die Religion fixierten Personen minimiert und die Gefahr der Ausweitung islamistischer Bewegungen eingeschränkt. Welche Folgen eine zu starke religionsbetonte Ausbildung hat, hat die Generation in Saudi-Arabien gezeigt, die nach 1979 ausgebildet worden war und den Kern der Islamisten in den 90ern ausmachte. Als noch heftigeres Beispiel hierfür gelten jedoch die Taliban, deren Ausbildung in den pakistanischen Madrassas (Koranschulen) darin bestand den Koran perfekt zu beherrschen; was daraus entstanden ist, ist hinlänglich bekannt und dient nicht zur Nachahmung. Da die Umstrukturierung des Bildungssystems jedoch Gefahr läuft von strengen geistlichen Gelehrten und Islamisten angegriffen zu werden, bedarf es in diesem Fall einer ausgesprochenen Härte und Widerstandskraft seitens der saudischen Regierung, da ansonsten die gegenwärtig gegebene Chance zur Modernisierung des Staates, wodurch nicht nur der Staat selber, sondern

wahrscheinlich auch die gesamte Region stabilisiert würde, schnell vertan sein könnte.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Saudi-Arabien permanent zwischen der westlichen Welt und der dem islamischen Kulturkreis pendelt. Als „Hüter der Heiligen Stätten“ und als „Geburtsland des Propheten Mohammed“<sup>607</sup> ist Saudi-Arabien verpflichtet den Islam nach außen hin als starke Religion zu vertreten. Die saudische Regierung, die sich dieser Pflicht durchaus bewusst ist, ist allerdings auf den Westen angewiesen, da nur der Gewinn aus dem Erdölgeschäft die eigene Macht und den einmal erreichten Lebensstandard sichert. Genau hier liegt der Kern allen Übels, da diese Politik von den Islamisten missbilligt und bekämpft wird. Die Islamisten, die selber kein Interesse an Reichtum und Luxus haben, können diese enge Verbindung zum Westen nicht nachvollziehen und halten diese für überflüssig, ja sogar für gefährlich, da sie in den USA einen Feind des Islam sehen, der nur darauf aus ist, den Islam zu vernichten. In diesem Zusammenhang spielt Saudi-Arabien allerdings eine wichtige Vermittler-Rolle, da sich heute schon Merkmale beider Kulturen in Saudi-Arabien vereinen. Auf der einen Seite gibt es eine sehr starke religiöse Ausprägung im alltäglichen Leben, bedingt durch die Stellung der sharia; auf der anderen Seite gibt es dort für jeden zugängliche westliche Konsumgüter, die seitens der islamischen Religion nicht verwerflich sind und durchaus akzeptiert werden. Wichtig ist jedoch, dass die saudische Regierung die Erlöse aus den Ölgeschäften weise einsetzt, die Wirtschaft flexibler gestaltet, die Bildung gegen alle Widerstände modernisiert, die Arbeitslosigkeit und Armut bekämpft, da aus dieser Schicht immer wieder neue Personen für islamistische Bewegungen rekrutiert werden können und entschieden gegen islamistische Strömungen angeht. Außerdem sollte die Nähe zum Westen auch zukünftig zu den wichtigsten außenpolitischen Prämissen gehören.<sup>608</sup> Geschieht dies, wird Saudi-Arabien zu einem dauerhaften Stabilisierungsfaktor, geschieht dies nicht oder nur unzulänglich, kann es passieren, dass Saudi-Arabien von einer islamistisch motivierten Armenschicht, die von einigen wenigen Intellektuellen angeführt wird,

---

<sup>607</sup> Önder, Zehra: Saudi-Arabien. Zwischen islamischer Ideologie und westlicher Ökonomie, Stuttgart 1980, S. 55

<sup>608</sup> Erst kürzlich wurde zwischen Saudi-Arabien und Frankreich ein Vertrag zum Bau einer neuen Raffinerie unterzeichnet. Vgl. hierzu: [www.wirtschaftsblatt.at/cgi-bin/page.pl?print=1&id=481152](http://www.wirtschaftsblatt.at/cgi-bin/page.pl?print=1&id=481152), abgerufen am 27.05.2006 um 13:12 Uhr

überrannt wird, was sich negativ auf die Versorgung des Westens mit Erdöl auswirken würde. Die Folge wäre ein erneuter Aufmarsch westlicher Streitkräfte, um die knappen Ressourcen zu sichern. Wie wir wissen, hat der moderne Islamismus dadurch seinen Anfang genommen.

#### 4.2 Der Irak - Ständiges Pulverfass im Mittleren Osten

Als ehemaliger Teil des Osmanischen Reiches wurde das Territorium des heutigen Irak von der britischen Besatzungsmacht zu einem Staatsgebilde zusammengefügt, dessen Grenzen eher einer gewissen Willkür entsprangen, ohne auf die ethnischen und religiösen Gegebenheiten zu achten. Obgleich die Briten vom Völkerbund offiziell als Besatzungsmacht eingesetzt worden waren, hatten die britischen Besatzer eine Monarchie im neuen Staat eingeführt, an deren Spitze sunnitische Könige standen; der erste sunnitische König des Irak war Faisal Ibn Husain, der älteste Sohn des Scherifen von Mekka.<sup>609</sup> Die Tatsache, dass die Sunniten damals schon eine Minderheit im Irak waren,<sup>610</sup> erschwerte dem sunnitischen Herrscher das Regieren, da es über Jahrzehnte hinweg ständig zu Aufständen und Putschversuchen durch unterschiedlichste Gruppierungen gekommen war. Seit der Einführung der sunnitischen Monarchie war der Irak ein Krisenherd, da die Könige zum Teil ihre Macht nur durch Gewalt sichern konnten. Mit dem Putsch 1958 durch die Generäle Abd Al-Quassim und Abd As-Salim Arif wurde die Monarchie im Irak gewaltsam beendet und durch eine Militärdiktatur ersetzt,<sup>611</sup> die ihrerseits wiederum, aufgrund innerer Spannungen, im Jahr 1963 mit Hilfe der USA von der ersten Baath<sup>612</sup>-Regierung abgelöst wurde. Die Führung der ersten Baath-Regierung übernahm As-Salim Arif, der sich zuvor mit Al-Quassim zerstritten hatte und deshalb zu einem politischen Gegenspieler Al-Quassims geworden war. Aber auch innerhalb dieser ersten Baath-Regierung, die bereits damals fast ausschließlich aus Sunniten bestand, kam es zu Spannungen, die sich 1968 in einem weiteren Putsch entluden. Der Sieger dieses Putsches war General

<sup>609</sup> Farouk-Sluglett, Marion: Der Irak seit 1958. Von Revolution zur Diktatur, Frankfurt a.M. 1991, S. 21/22

<sup>610</sup> Die sunnitischen Araber hatten 1932 einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von 21%. Vgl. hierzu: Fürtig, Henner: Irak, in: Ende, Werner; Steinbach, Udo(Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd.501, Bonn 2005, S.517

<sup>611</sup> [www.arenion.de/irakc.html](http://www.arenion.de/irakc.html), abgerufen am 30.07.2006 um 17:58 Uhr

<sup>612</sup> Die sozialistische Baath-(Wiedergeburt-)Partei war bei ihrer Gründung dominiert von einer schiitischen Mehrheit, die später jedoch von den Sunniten gebildet worden ist.

Ahmed Hasan al-Bakr, der den nationalistischen Flügel der Baath-Partei vertrat. Unter seiner Herrschaft, die bis 1979 andauerte, entwickelte sich der Irak zu einer reinen Gewaltherrschaft, die darauf bedacht waren den Irak zu einem arabischen Nationalstaat zu machen, was in Angesicht der schiitischen Übermacht nur durch Gewalt durchzusetzen war. Genauso verhielt es sich mit der kurdischen Bevölkerung im Nordirak und der noch rudimentär vorhandenen jüdischen Gemeinde. Diese Gewaltpolitik der al-Bakr-Diktatur wurde daraufhin ab 1979 von Saddam Hussein weitergeführt. Die Geschehnisse innerhalb des Irak und jegliche Aktionen bezüglich der Außenpolitik seit 1968 waren allesamt auf Befehl des neuen Herrschers al-Bakr durchgeführt worden. Obwohl er als Staats- und Regierungschef des Irak für alle Handlungen innerhalb des Landes sowie in Bezug auf die Außenpolitik verantwortlich war, so konnte eine derartige Diktatur nur funktionieren, wenn es auch im Hintergrund einflussreiche Personen gab, die diese Politik maßgeblich unterstützten. Eine dieser Personen war Saddam Hussein, der 1937 als Sunnit in Tikrit geboren wurde. 1956 der Baath-Partei beigetreten, war er unter anderem am Putsch gegen den König 1958 und am missglückten Putsch gegen al-Quassim kurze Zeit später beteiligt.<sup>613</sup> Da der Putsch gegen al-Quassim bekanntermaßen scheiterte und Hussein, der beim Putschversuch verletzt worden war, mit Verfolgung rechnen musste, setzte er sich zunächst nach Ägypten ab. Im Zuge des Putsches von 1963, bei dem al-Quassim endgültig gestürzt worden war, übernahm er jedoch schon erste wichtige Aufgaben im radikalen Teil der Baath-Partei. Als Anhänger al-Bakrs und als einer seiner wichtigsten Unterstützer war Hussein 1968 maßgeblich bei der vollständigen Machtübernahme beteiligt, was ihm im Jahr 1970 die Position des Vize-Präsidenten einbrachte.<sup>614</sup> In dieser Position war er in besonderer Form für die innerirakischen Verfolgungen und für die Annäherung an die Sowjetunion verantwortlich; es war nämlich nicht al-Bakr, der die Nähe zu Moskau suchte, sondern Saddam Hussein. Saddam Hussein war derjenige, der al-Bakr dazu drängte einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion zu schließen,<sup>615</sup> um im Zuge dieses neuen Bündnisses moderne Waffen für die

---

<sup>613</sup> Pitt, William Rivers; Ritter, Scott: Krieg gegen den Irak. Was die Bush-Regierung verschweigt, 6.Aufl., Köln 2003, S.26

<sup>614</sup> Vgl. Ebd., S.27

<sup>615</sup> [www.areion.de/irakc.html](http://www.areion.de/irakc.html), abgerufen am 30.07.2006 um 17:58 Uhr

irakische Armee zu beschaffen.<sup>616</sup> Im Gegenzug war der Irak für die Sowjetunion der ideale Partner, da sie zum damaligen Zeitpunkt keinen sehr großen Einfluss auf die ölreiche Region des Mittleren Ostens hatte, denn der Iran wie auch Saudi-Arabien waren fest mit dem Westen bzw. mit den USA verbündet. Mit der massiven Aufrüstung des Irak erhoffte sich die Sowjetunion einen mächtigen, wenn nicht sogar den mächtigsten OPEC-Staat als Partner oder vielmehr als Vasallenstaat etablieren zu können. Der Irak sollte somit zu einem pro-sowjetischen Bollwerk inmitten einer westlich dominierten Region werden. Das langfristige Ziel, das die Sowjetunion dabei verfolgte, war die schrittweise Einsetzung Moskau-freundlicher Regime in der Golf-Region. Hierfür benötigten sie jedoch einen militärisch starken Partner, den sie im Irak sahen. Hussein hoffte seinerseits, dass die Bande mit der Sowjetunion und der Ausbau des eigenen Militärapparates dafür sorgen würden, dass er „unangreifbar“ würde und er so, ohne Druck von außen (Westen), seine anti-schiitische, anti-kurdische und anti-jüdische Politik vorantreiben könnte, um seinen arabischen Nationalstaat installieren zu können. Welche Macht Saddam Hussein damals bereits innehatte, lässt sich leicht daran erkennen, dass Hussein nicht nur Vizepräsident war, sondern dass er auch die Kontrolle über das Nationale Sicherheitsbüro, über den Geheimdienst, über die Nationalgarde sowie über die Parteiorganisation besaß. Bis auf die Kontrolle über die Armee, besaß Hussein schon zu Amtszeiten al-Bakrs starken Einfluss auf alle wichtigen Staatsapparate. Wie man sieht war zwar al-Bakr das Oberhaupt des Irak, jedoch arbeitete Saddam Hussein im Hintergrund schon daraufhin, dass er eines Tages der neue Herrscher des Irak werden würde. Auch die „Homogenisierungspolitik“ der irakischen Regierung, in deren Zuge es zur Zwangsausweisung von rund 200.000 Schiiten in den Iran gekommen war<sup>617</sup> sowie die Vertreibungspolitik gegenüber den Kurden, wurden maßgeblich von Saddam Hussein vorangetrieben. Auch hier zielten die Handlungen darauf ab, den Irak vom Vielvölkerstaat in einen arabischen Nationalstaat zu transformieren. Obwohl al-Bakr diese Ziele ebenfalls verfolgte, so schien zu diesem Zeitpunkt Saddam Hussein jedoch derjenige innerhalb der Regierung

---

<sup>616</sup> Krech, Hans: Der Bürgerkrieg im Irak (1991-2003), Berlin 2003, S. 3

<sup>617</sup> Kreutzer, Mary; Schmidinger, Thomas(Hrsg.): Einleitung. Ein Überblick der historischen und gesellschaftlichen Entwicklung des Irak, in: Kreutzer, Mary; Schmidinger, Thomas(Hrsg.): Irak. Von der Republik der Angst zur bürgerlichen Demokratie?, Freiburg 2004, S. 17

zu sein, der mit besonderer Motivation handelte, um die Pläne schnellstmöglich in die Tat umzusetzen.

Am 15.07.1979 ging dann Saddam Husseins Plan auf, da an diesem Tag al-Bakr seine Ämter mehr oder weniger freiwillig abgab und diese seinem Stellvertreter, Saddam Hussein, übertrug.<sup>618</sup> Mit dieser Machtübertragung wurde Saddam Hussein schlagartig der mächtigste Regierungschef im Mittleren Osten, da er Vorsitzender des „Kommandorates der Revolution“, Staatspräsident, Regierungs- und Parteichef, sowie Oberbefehlshaber der inzwischen modern ausgerüsteten Streitkräfte in Personalunion geworden war.<sup>619</sup> Er hatte somit alle Befugnisse, die ein Diktator für seine Machtausübung benötigt. Zudem hatte er schon vor der Machtübernahme wichtige Schlüsselpositionen vereinnahmt bzw. kontrolliert, sodass die Ausgangslage, um einen totalitären Staat zu schaffen besonders günstig waren. Nachdem Saddam Hussein offiziell die Regierung übernommen hatte, begann er zügig seine Macht weiter auszubauen, indem er einige Mitglieder der Partei beschuldigte einen Putsch geplant zu haben, die er daraufhin hinrichten ließ.<sup>620</sup> In ähnlicher Weise setzte er seine Politik fort und säuberte alle wichtigen Organe von Kritikern oder politischen Gegnern, indem er sie entweder gewaltsam aus ihren Ämtern entfernte oder aber indem er diesen Personen Gewalt und andere Unannehmlichkeiten androhte; Gewalt und Einschüchterung waren also die Methoden, mit denen Saddam Hussein seine Macht stetig ausbaute. Da er jahrelang Chef des Geheimdienstes gewesen war, kannte er alle wichtigen Personen in der Partei und in den Staatsorganen, wodurch er in der Lage gewesen ist, genau zu beurteilen, wer hinter der Regierung Hussein steht und wer nicht. Außerdem begann er sämtliche Staatsorgane in ihren Befugnissen zu beschneiden und unliebsame Personen durch Familienangehörige zu ersetzen. Das Ergebnis des Staatsumbaus bestand darin, dass Saddam Hussein die Partei führte, wie dies einst Stalin mit der KPdSU gemacht hatte, und dass die Partei nur aus handverlesenen Personen

---

<sup>618</sup> [www.arenion.de/irakc.html](http://www.arenion.de/irakc.html), abgerufen am 30.07.2006 um 17:58 Uhr

<sup>619</sup> Vgl. Ebd.

<sup>620</sup> Bawa, Hussain Ali: Ein Führer in Bagdad. Ideologie und Herrschaftstechnik der Baath-Parteien, in: Kreutzer, Mary; Schmidinger, Thomas (Hrsg.): Irak. Von der Republik der Angst zur bürgerlichen Demokratie?, Freiburg 2004, S. 39/40

bestand, die wiederum alle wichtigen Organe kontrollierte.<sup>621</sup> Es entstand also eine auf Gewalt basierende Diktatur, in der die totale Macht bei Saddam Hussein lag. Jeder, der sich gegen ihn oder gegen die Partei erhob, musste mit Verfolgung oder dem Tode rechnen. Obwohl es bereits unter der Regierung al-Bakrs zu derartigen Handlungen und Aktionen gekommen war, so war das Ausmaß der Gewalt unter Saddam Hussein um ein vielfaches größer.

#### 4.2.1 Der Krieg gegen den Iran - Ein Krieg um Macht und Öl

Aber nicht nur die Gewaltbereitschaft der irakischen Regierung nach innen war kennzeichnend für Saddam Hussein, sondern auch seine Aggression nach außen war von einer anderen Qualität, als dies bei den vorangegangenen Regierungen der Fall gewesen war. Das erste Opfer seiner nach außen gerichteten Gewalt war der Iran, der seit dem Sturz des Schahs vom radikal-schiitischen Ayatollah Khomeini regiert wurde. Ehemals einer der wichtigsten Partner der USA im Mittleren Osten, der die USA sicher mit Öl versorgte, war der Iran über Nacht zu einem Feindstaat geworden, dessen Kontrolle über den Schatt al-Arab den amerikanischen Interessen entgegenlief.<sup>622</sup> Da sie selbst jedoch nicht direkt eingreifen wollten oder konnten, ermutigten sie den Irak den Iran anzugreifen und den wichtigen Seeweg Schatt al-Arab zurückzuerobern.<sup>623</sup> Auch die Sowjetunion hatte ein Interesse daran das Mullah-Regime in einen Krieg zu verwickeln, da die neuen Herrscher in Teheran sämtliche linksorientierten Parteien verboten hatten.<sup>624</sup> In der Hoffnung nach einem irakischen Sieg eine pro-sowjetische Regierung einsetzen zu können, wurde der Irak daraufhin auch von der Sowjetunion unterstützt. Aufgrund der Geschehnisse im Iran wurde der Irak zu einem, für beide Seiten, wichtigen Akteur in der Golfregion. Einerseits waren es die beiden Supermächte, die den Irak dazu animierten den Nachbarn anzugreifen, um die eigene Macht im Mittleren Osten auszubauen bzw. die Versorgung mit

<sup>621</sup> Bawa, Hussain Ali: Ein Führer in Bagdad. Ideologie und Herrschaftstechnik der Baath-Parteien, in: Kreuzer, Mary; Schmidinger, Thomas (Hrsg.): Irak. Von der Republik der Angst zur bürgerlichen Demokratie?, Freiburg 2004, S. 42

<sup>622</sup> Die Kontrolle des Schatt al-Arab war dem Iran im Jahr 1975 vom Irak übertragen worden. Vgl. hierzu: Farouk-Sluglett, Marion: Der Irak seit 1958. Von der Revolution zur Diktatur, Frankfurt a.M. 1991, S. 183 f.

<sup>623</sup> Pitt, William Rivers; Ritter, Scott: Krieg gegen den Irak. Was die Bush-Regierung verschweigt, 6. Aufl., Köln 2003, S. 29

<sup>624</sup> Seifert, Thomas; Werner, Klaus: Schwarzbuch Öl. Eine Geschichte von Gier, Krieg, Macht und Geld, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 588, Bonn 2006, S. 67

Öl zu sichern; andererseits sah Hussein darin die Chance endgültig zur Kernmacht im Mittleren Osten zu werden. Geleitet von dem einen Ziel, die mächtigste arabisch-sunnitische Macht in der gesamten Golfregion zu werden, die über gewaltige Erdölvorkommen verfügen würde, begann er am 22. September 1980 den Krieg gegen den Iran.<sup>625</sup> Offiziell begründet mit der Unrechtmäßigkeit des Abkommens über den Schatt al-Arab von 1975<sup>626</sup> und der damit verbundenen Forderung diesen wieder unter irakisches Kommando zu stellen, ließ er am oben genannten Tag irakische Soldaten in den Iran einmarschieren. Massive materielle und logistische Unterstützung erhielt der Irak dabei vom Westen, insbesondere von den USA, und von der Sowjetunion.<sup>627</sup> Trotz aller Hilfe scheiterte jedoch das irakische Vorhaben, unter anderem, weil sich das iranische Volk voll hinter die Mullah-Regierung gestellt hatte und sich mit entsprechender Leidenschaft erfolgreich gegen die Blitzkriegspläne des Irak wehren konnte. Dies begründet sich vor allem darin, dass der Iran größtenteils aus schiitischen Bevölkerungsgruppen besteht, die aufgrund der anti-schiitischen Aktionen im Irak einen eigenen Hass auf die sunnitische Führung in Bagdad entwickelt hatte. Zudem musste die Sowjetunion die Unterstützung des Irak aufgeben, weil sie zum einen nicht in der Lage gewesen war die afghanischen Mudschaheddin zu besiegen, wodurch sowjetisches Kriegsmaterial und Personal in Afghanistan unerwartet stark gebunden war und die Kosten für den Afghanistan-Einsatz immer weiter anstiegen. Zum zweiten kam es in der ersten Hälfte der 80er Jahre zu einer Neuauflage des Kalten Kriegs, wodurch die Sowjetunion fast an den Rand des Untergangs geriet, da sie zeitweilig nicht im Stande war die Kosten für den Krieg in Afghanistan<sup>628</sup> und für die Aufrüstung zu tragen. Letztendlich scheiterten die Pläne aller Beteiligten, sodass es im Jahr 1988 zum Waffenstillstand zwischen dem Iran und dem Irak gekommen war; nur ein Jahr später reagierte auch die Sowjetunion und beendete ihren erfolglosen Krieg in

---

<sup>625</sup> [www.arenion.de/irakc.html](http://www.arenion.de/irakc.html), abgerufen am 30.07.2006 um 17:58 Uhr

<sup>626</sup> Vgl. Ebd.

<sup>627</sup> Zumach, Andreas: Einmal Schurke – immer Schurke? Der Irak seit dem Golfkrieg 1991, in: Hauswedell, Corinna; Weller, Christoph; Ratsch, Ulrich; Mutz, Reinhard; Schoch, Bruno (Hrsg.): Friedensgutachten 2003, Münster, Hamburg, London 2003, S. 80

<sup>628</sup> Woyke, Wichard: Prägende Konflikte nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Woyke, Wichard (Hrsg.) Handwörterbuch Internationale Politik, 9. völlig überarb. Auflage, Lizenzausgabe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 404, Bonn 2004, S. 419

Afghanistan.<sup>629</sup> Da Saddam Hussein während des Krieges einerseits die Interessen der USA als auch die Interessen der Sowjetunion vertrat, die jedoch im Kern keinerlei Gemeinsamkeiten aufwiesen, da sie strikt voneinander abwichen, hatte der Irak zu diesem Zeitpunkt eine gewisse „Narrenfreiheit“. Hiermit ist gemeint, dass die beiden Supermächte darüber hinwegsehen, dass der Irak ein nicht unerhebliches nicht-konventionelles Waffenprogramm betrieb, das die Entwicklung und den Einsatz aller drei Massenvernichtungswaffenarten vorsah. Während sich das Atomprogramm noch in den Kinderschuhen befand, es gab lediglich einen, noch im Bau befindlichen Kernreaktor, der darüber hinaus im Jahr 1981 von israelischen Kampfflugzeugen zerstört worden war,<sup>630</sup> besaß der Irak schon ein fortgeschrittenes Chemiewaffenprogramm. Ohne Skrupel und ohne Angst haben zu müssen, dass von Seiten der Blockmächte irgendeine negative Reaktion kommen würde, setzte Saddam Hussein daraufhin im Jahr 1987 erstmals Giftgas gegen iranische Soldaten ein. Aber nicht nur die feindlichen Soldaten mussten unter der irakischen Maßlosigkeit und der Gleichgültigkeit der USA und Sowjetunion leiden, sondern auch die eigene irakische Bevölkerung wurde Opfer von Giftgasangriffen. Hier fällt vor allem der Angriff auf die kurdische Bevölkerung in Halabdjia, die so genannte Anfal-Offensive, am 16. März 1988 ins Auge, bei dem ca. 5.000 Tausend Menschen getötet worden waren<sup>631</sup> sowie ca. 7.000 verletzt wurden. Zudem flüchteten ca. 100.000 Kurden in die Türkei oder in den Iran. Kurz nach dieser bestialischen Aktion endete der Krieg zwischen dem Iran und dem Irak in Form eines „No-Winner-Friedens“.<sup>632</sup>

---

<sup>629</sup> Woyke, Wichard: Prägende Konflikte nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Woyke, Wichard(Hrsg.) Handwörterbuch Internationale Politik, 9. völlig überarb. Auflage, Lizenzausgabe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 404, Bonn 2004, S. 419

<sup>630</sup> Krech, Hans: Der Bürgerkrieg im Irak (1991-2003), Berlin 2003, S. 23

<sup>631</sup> Fischer-Tahir, Andrea: Widerstand und genozidale Verfolgung in Kurdistan (1968-2003). Akteure, Möglichkeiten und Grenzen, Perspektiven, in: Kreuzer, Mary; Schmidinger, Thomas(Hrsg.): Irak. Von der Republik der Angst zur bürgerlichen Demokratie?, Freiburg 2004, S. 180/181

<sup>632</sup> Insgesamt forderte der Krieg 400.000 Tote und 1 Mio. Verletzte, verbunden mit Kriegskosten in Höhe von 350 Mrd. Dollar. *Vgl. hierzu:* Woyke, Wichard: Prägende Konflikte nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Woyke, Wichard(Hrsg.) Handwörterbuch Internationale Politik, 9. völlig überarb. Auflage, Lizenzausgabe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 404, Bonn 2004, S. 420

#### 4.2.2 Der Golfkrieg 1991 – Ein weiterer Krieg um Macht und Öl

War der Irak während des Krieges noch ein Verbündeter der USA, so änderte sich die Situation allmählich nach Beendigung der Kampfhandlungen. Ausgehend von den enormen materiellen und wirtschaftlichen Schäden, die der Irak während des Krieges erlitten hatte, war die irakische Regierung genötigt ein umfassendes Wiederaufbauprogramm zu starten dessen finanzieller Umfang 40 Mrd. Dollar betragen sollte.<sup>633</sup> Finanziert werden sollte dies aus den Erlösen des Erdölexportes. Das Problem, das sich jedoch für den Irak darstellte, war der niedrige Rohölpreis auf dem internationalen Markt, sodass sich das geplante Vorhaben nicht so einfach durchführen ließ bzw. sogar zu scheitern drohte. Dies führte zu einer deutlichen Steigerung der Aggressivität gegenüber den Nachbarländern Kuwait, Saudi-Arabien den Vereinigten Arabischen Emiraten,<sup>634</sup> die während des Golfkrieges Öl zu sehr niedrigen Preisen angeboten hatten, was zu dem Preisverfall beigetragen hatte. Der Irak weigerte sich nicht nur die Schulden in diesen Ländern zu zahlen, er forderte sogar konkrete finanzielle Hilfe beim Wiederaufbau, der sich jedoch nicht nur auf den zivilen Aufbau beschränkte, sondern auch ein umfassendes Programm zur Wiederaufrüstung beinhaltete. Die Tatsache, dass der Irak trotz seiner herben Verluste an militärischem Personal und Material während des Krieges, noch immer über ein starkes Waffenarsenal verfügte, das nachweislich auch im Besitz chemischer und wahrscheinlich auch biologischer Waffen war, stieg in den Nachbarländern sehr schnell die Angst, dass es zu einem irakischen Angriff kommen könnte. Auch die USA sahen diese Gefahr und wandten sich zunehmend vom ehemaligen Verbündeten ab. Die neue politische Situation in der Golfregion führte sogar dazu, dass die USA erste Kriegspläne erstellen ließen, mit deren Hilfe einer konkreten irakischen Bedrohung begegnet hätte werden können.<sup>635</sup> Auch kam es zu ersten öffentlichen Warnung seitens der USA in Richtung Irak, in der der Irak aufgefordert wurde, jegliche Provokationen gegenüber den Nachbarländern zu unterlassen. Diese Warnungen trugen allerdings keine Früchte, denn der Irak besetzte am

---

<sup>633</sup> Pitt, William Rivers; Ritter, Scott: Krieg gegen den Irak. Was die Bush-Regierung verschweigt, 6.Aufl., Köln 2003, S.32

<sup>634</sup> Insbesondere Kuwait und die VAE förderten mehr Öl, als die OPEC beschlossen hatte, was einen sehr starken Einfluss auf den Ölpreis hatte. Vgl. hierzu: Münkler, Herfried: Der neue Golfkrieg, Hamburg 2003, S.93

<sup>635</sup> Pitt, William Rivers; Ritter, Scott: Krieg gegen den Irak. Was die Bush-Regierung verschweigt, 6.Aufl., Köln 2003, S.32

02.08.1990 Kuwait.<sup>636</sup> Offiziell begründet wurde dies mit der Behauptung, Kuwait würde durch „Schrägbohrungen“ irakische Ölquellen anzapfen. Ebenso verwies die irakische Führung darauf, dass Kuwait, historisch betrachtet, eine abtrünnige irakische Provinz sei, die lediglich dem eigentlichen Stammland wieder eingegliedert worden sei. Tatsächlich ging es dem Irak aber nur um die kuwaitischen Ölquellen, die bezüglich der Qualität und Quantität mit denen im Irak durchaus vergleichbar waren. Der Unterschied war jedoch der, dass die kuwaitischen Förderanlagen allesamt in Takt waren, wohingegen die irakischen Anlagen noch unter den Zerstörungen des Krieges litten, denn die benötigten Investitionen zur Instandsetzung konnten mangels Masse nicht vorgenommen werden. Ein weiteres Problem, das der Gesundung der irakischen Ölwirtschaft entgegenstand, war die problematische geographische Lage der irakischen Ölanlagen, da diese zu einem sehr hohen Anteil im kurdisch dominierten Norden lagen. Hier kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen kurdischen Freiheitskämpfern und irakischen Sicherheitskräften, sodass der reibungslose Aufbau und Betrieb der Anlagen nicht gewährleistet werden konnte. Neben den wichtigen kuwaitischen Ölquellen und Industrieanlagen, bot das kleine Land aber auch weitere Gegebenheiten, die der desolaten irakischen Wirtschaft entgegenkam, allen voran die Anbindung an den Persischen Golf, die dem Irak selbst nicht in ausreichendem Maße gegeben war.

Die internationale Reaktion auf die Invasion erfolgte prompt. Der UN-Sicherheitsrat verurteilte nur einen Tag später den Irak offiziell für sein Vorgehen und forderte den sofortigen Rückzug der irakischen Streitkräfte.<sup>637</sup> Da der Irak jedoch nicht bereit war, dieser Forderung nachzukommen, verabschiedete der Sicherheitsrat am 06.08.1990 eine weitere Resolution,<sup>638</sup> in der der Irak mit Wirtschaftsanktionen bestraft wurde. Diese Maßnahme zielte vornehmlich darauf ab, den Irak vom Ölgeschäft auszuschließen und die Lebensmittelversorgung im Irak zu verschlechtern, da ca. 70% der Lebensmittel importiert werden mussten. All diese Maßnahmen halfen jedoch nicht, sodass als letztes Mittel nur der Militäreinsatz zur Befreiung Kuwaits

---

<sup>636</sup> [www.arenion.de/irakc.html](http://www.arenion.de/irakc.html), abgerufen am 30.07.2006 um 17:58 Uhr

<sup>637</sup> UN-Resolution 660 vom 03.08.1990, nachzulesen unter:

[www.un.org/Depts/german/sr/sr\\_90/sr660-90.pdf](http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_90/sr660-90.pdf), abgerufen am 05.08.2006 um 16:27 Uhr

<sup>638</sup> UN-Resolution 661 vom 06.08.1990, nachzulesen unter:

[www.un.org/Depts/german/sr/sr\\_90/sr661-90.pdf](http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_90/sr661-90.pdf), abgerufen am 05.08.2006 um 16:34 Uhr

(des Öls) blieb. In Androhung dieser Maßnahme gab der UN-Sicherheitsrat dem Irak am 29.11.1990 durch die Resolution 678 Gelegenheit sich bis zum 15.01.1991 aus Kuwait zurückzuziehen, andernfalls waren die Mitgliedstaaten, „die mit der Regierung Kuwaits kooperieren“<sup>639</sup> ermächtigt, „alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um der Resolution 660 und allen danach verabschiedeten einschlägigen Resolutionen Geltung zu verschaffen ...“<sup>640</sup>. Gemeint war hiermit, dass für die Durchsetzung der Resolutionen auch Gewalt als letztes Mittel eingesetzt werden durfte, um den Aggressor Irak aus Kuwait zu vertreiben. In der Zwischenzeit hatten die USA, zusammen mit 27 weiteren Nationen, eine rund 400.000 Mann starke Streitmacht aufgestellt, die diese Aufgabe übernehmen sollte. Als der Irak daraufhin dieses letzte Ultimatum verstreichen ließ, begannen am 18.01.1991 seitens der Alliierten Luftangriffe, die in ihren Ausmaßen deutlich heftiger waren, als alle Luftangriffe, die es zuvor bei Kriegen jedweder Art gegeben hatte. Nachdem sich die Kampfhandlungen zunächst nur auf den Einsatz von Luftstreitkräften beschränkt hatte, kam es dann am 23.02.1991 auch zum Einsatz von Bodentruppen, die einzig die Aufgabe hatten Kuwait zu befreien, was auch recht schnell in die Tat umgesetzt werden konnte; innerhalb von drei Tagen wurden alle irakischen Soldaten aus Kuwait vertrieben, woran sich dann am 28.02.1991 ein Waffenstillstand zwischen den Alliierten und dem Irak anschloss.<sup>641</sup> Die Bedingungen des Waffenstillstandes umfassten neben der Anerkennung Kuwaits als souveränen Staat auch den Verzicht auf ABC-Waffen<sup>642</sup> sowie die Zerstörung aller weit reichenden ballistischen Raketen mit einer Reichweite von mehr als 150Km.<sup>643</sup> Zudem wurde ein Großteil des militärischen Materials der irakischen Armee zerstört, damit nur ein kleines, nur zur Verteidigung geeignetes, Arsenal übrig blieb.

---

<sup>639</sup> UN-Resolution 678, Ziffer 2 vom 29.11.1990, nachzulesen unter:

[www.un.org/Depts/german/sr/sr\\_90/sr678-90.pdf](http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_90/sr678-90.pdf), abgerufen am 05.08.2006 um 17:01 Uhr

<sup>640</sup> Vgl. Ebd.

<sup>641</sup> [www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/251\\_usa-irak.htm](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/251_usa-irak.htm), abgerufen am 17.09.2006 um 15:58 Uhr

<sup>642</sup> Woyke, Wichard: Prägende Konflikte nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Woyke, Wichard(Hrsg.) Handwörterbuch Internationale Politik, 9. völlig überarb. Auflage, Lizenzausgabe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 404, Bonn 2004, S. 420

<sup>643</sup> Während des Zweiten Golfkrieges hatte der Irak mehrfach Ziele in Israel und Saudi-Arabien mit russischen Scud-Raketen beschossen, die eine Reichweite von mehreren hundert Kilometern besaßen, abhängig vom eingesetzten Modell.

#### 4.2.3 Die Rolle des Öls bei der Entstehung der ersten beiden Golfkriege und mögliche Hintergründe für den Machterhalt Husseins nach dem Krieg 1991 – Ein Zwischenfazit

Betrachtet man sich das Handeln Saddam Husseins seit seiner Wahl zum Vizepräsidenten 1970 und vor allem seit seiner Machtübernahme im Jahr 1979, so zeigt sich, dass er den Irak einerseits zu einer arabischen Nation umgestalten wollte, indem er alle nicht arabisch-sunnitischen Bevölkerungsgruppen systematisch verfolgen, sie des Landes verweisen oder gar töten ließ. Gleiches geschah auch mit politischen Gegnern, wobei er keinen Unterschied machte, ob es sich dabei um Baath-Mitglieder handelte oder um oppositionelle Politiker. Hinsichtlich der Außenpolitik setzte die irakische Führung gleichermaßen auf die Androhung und auch auf die Anwendung von Gewalt, um die eigene Position in der arabischen Welt auszubauen. Da der Irak, ebenso, wie die übrigen OPEC-Staaten in erster Linie vom Ölgeschäft lebt, war die Kontrolle über möglichst große Mengen Öl von existentieller Bedeutung und zugleich Grundvoraussetzung für ein Anwachsen des Einflusses auf dem internationalen Parkett. Dem Irak fehlte zum damaligen Zeitpunkt jedoch die Kontrolle über den wichtigen Seeweg Schatt Al-Arab, weshalb sich sein (Saddam Husseins) aggressiver Blick sehr schnell auf das verhasste<sup>644</sup> Nachbarland im Osten richtete. Aufgrund seiner geopolitisch wichtigen Lage und aufgrund der Islamischen Revolution im Iran 1979 konnte der Irak alsbald mit der Unterstützung der beiden Supermächte rechnen, da auch diese konkrete Interessen in der Region verfolgten. Die USA bangten ihrerseits um die ausreichende Versorgung mit Erdöl, weshalb sie den Irak zum Angriff auf den Iran ermutigten und die Sowjetunion erhoffte sich durch die Unterstützung des Iraks einen Sturz der Regierung in Teheran bewirken zu können, um dort eine Moskau-treue Regierung etablieren zu können. Saddam Hussein verstand es also beide Supermächte und ihre Interessen für die eigene Sache auszunutzen. Da sich Hussein der Unterstützung beider Seiten sicher sein konnte, zumal die USA den Irak von der Liste der Terrorstaaten gestrichen, diplomatische Beziehungen aufgenommen hatten und massive Hilfe in Form von Militärlieferungen leisteten, erhielt die irakische Führung eine Art „Narrenfreiheit“ hinsichtlich ihrer Kriegsführung. Dies kam der besonderen

---

<sup>644</sup> Saddam Hussein und Ayatollah Khomeini waren aufgrund ihrer tiefst unterschiedlichen politischen Ideologien, feindliche gegenüber eingestellt.

Skrupellosigkeit Husseins entgegen, da er nicht davor zurückschreckte ein Tabu zu brechen und Giftgas einzusetzen. Weder die USA, noch die Sowjetunion verurteilten diese Maßnahme in irgendeiner Weise. Das Handeln bzw. das Nicht-Eingreifen der Supermächte muss in diesem Zusammenhang vor dem Hintergrund des Kalten Krieges gesehen werden, der zu Beginn der 80er Jahre von neuem entflammt war und mit einer beiderseitigen massiven Aufrüstung einherging. Die USA wollten einerseits einen verloren gegangenen Verbündeten wieder „zurückholen“ und die Sowjetunion wollte andererseits durch den Sturz der Regierung einen neuen hinzugewinnen; beide Seiten wollten also ihren Einfluss in dieser geopolitisch wichtigen Region ausbauen. Der Irak wollte wiederum hierdurch seine Macht ausbauen. Das iranische Erdöl war also das zentrale Thema beim iranisch-irakischen Golfkrieg 1980-1988. Als sich die Fronten zwischen den beiden Blöcken mit der Machtübernahme Michail Gorbatschows jedoch wieder entspannten und die Abrüstung wieder im Mittelpunkt amerikanisch-sowjetischer Gespräche stand, die ja auch mit Abrüstungsverträgen endeten, ließ die Unterstützung des Irak allmählich nach, und zwar von beiden Seiten. Ohne weitere Unterstützung war der Irak rasch nicht mehr in der Lage einen aussichtsreichen Kampf gegen die beherrschenden iranischen Soldaten zu führen, sodass der Waffenstillstand 1988 unumgänglich war. Zunächst von den Supermächten missbraucht, wurde der Irak nach 1985 (Amtsantritt Gorbatschows) nach und nach fallengelassen, mit der Folge, dass Saddam Hussein erkennen musste, dass er keines seiner Kriegsziele erreicht hatte. Aber nicht nur, dass sein Krieg nicht den erwünschten Erfolg gebracht hatte, sondern auch die unmittelbaren Folgen ließen die ohnehin schon bekannte Aggressivität Husseins noch weiter ansteigen. Insbesondere die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Irak machten dem Diktator zu schaffen, sodass er um internationale Hilfe bat, wobei dieses Bitten eher den Eindruck einer Forderung hatte. Diese Hilfe wurde ihm jedoch verwehrt, und zwar von den arabischen Staaten und von den ehemaligen Unterstützern USA und Sowjetunion. Den Fehler, den die internationale Gemeinschaft damals begangen hatte, war die Nichtbeachtung der irakischen Lage und die Unterschätzung des Aggressionspotentials Saddam Husseins, der letztendlich nur einen Ausweg aus dieser Misere darin sah, einen kleineren, schwächeren, aber wirtschaftlich starken Staat zu überfallen.

Betrachtet man sich die Landkarte, so konnte sich ein potentieller Angriff nur gegen Kuwait richten, zumal die irakischen Streitkräfte noch immer über enorme Kapazitäten verfügten und Kuwait kein wahrer Gegner war. Gerade zu dieser Zeit, in der der Irak sich anschickte, erneut mit militärischen Mitteln Außenpolitik zu betreiben, fiel das Ende des Ost-West-Konflikts, der alle diplomatischen und politischen Kapazitäten band und so von den Bestrebungen Husseins ablenkte. Zwar wurde er von den USA davor gewarnt, Druck auf seine Nachbarn auszuüben, jedoch geschah dies nur beiläufig und eher peripher. Das Hauptinteresse der internationalen Politik lag damals bei der Befriedung Europas durch die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten und das Ende des Kalten Krieges. Da es zu diesem Zeitpunkt auch keinen Anlass gab, auf die Erdölversorgung Einfluss zu nehmen, da der Rohstoff in großen Mengen auf dem Markt erhältlich und daher günstig zu beziehen war, kümmerten sich weder die USA, noch die Sowjetunion um die Belange im Persischen Golf. Dies war ein Fehler, wie sich am 02.08.1990 zeigte. Hussein nutzte die Gunst der Stunde aus, da er davon überzeugt war, dass er mit keinen nennenswerten Reaktionen zu rechnen hatte und ließ Kuwait besetzen. Entgegen seinen Erwartungen blieb dieser Angriff jedoch nicht folgenlos, da sich schnell eine internationale Allianz bildete, bei der sich, und dies ist von besonderer Bedeutung, beide Supermächte einig waren. Unter der Führung der USA kam es zu einem Angriff auf die irakischen Besatzungstruppen und zur Befreiung Kuwaits. Auch wenn der offizielle Grund für die Militärintervention der Alliierten lautete, dass Saddam Hussein einen souveränen Staat angegriffen hatte, und dass dies ein Verstoß gegen das Völkerrecht darstellte, so war der eigentliche Grund die Sicherung der kuwaitischen Ölvorkommen, die mit über 90 Mrd. Barrel gesicherter Vorkommen einen wichtigen Beitrag auf dem internationalen Ölmarkt leisten und zu einem nicht unerheblichen Teil verantwortlich für die niedrigen Ölpreise zu Beginn der 90er Jahre gewesen waren. Die Alliierten verneinen dies (Öl als Kriegsgrund) allerdings bis heute. Auffällig ist nur, dass die Alliierten, und hier vor allem die USA, vermieden hatten Saddam Hussein zu stürzen, obwohl er in vieler Hinsicht gegen das geltende, auch vom Irak unterzeichnete, Völkerrecht verstoßen hatte. Nicht nur, dass er zweimal einen souveränen Staat überfallen hatte, wobei der Krieg gegen den Iran auch die Interessen der Supermächte vertrat, sondern auch der

Einsatz von chemischen Waffen, die verbalen und tatsächlichen Angriffe gegen Israel und der fortwährende Genozid innerhalb des irakischen Volkes, hätten einen Sturz durchaus gerechtfertigt. Er blieb jedoch unter strengen Auflagen an der Macht. Wenn man bedenkt, dass Hussein 2003, ohne akut aggressiv gehandelt zu haben, gestürzt worden ist, so stellt sich automatisch die Frage, warum dies nicht schon 1991 geschehen ist, als die Alliierten weitaus bessere Voraussetzungen hierfür hatten, als dies 2003 der Fall gewesen ist. Hierfür gibt es eine ganze Reihe von Gründen, die jedoch nur ansatzweise dargestellt werden sollen. Wäre Saddam Hussein damals gestürzt worden, so hätte sich direkt die Frage gestellt, wie der Nachkriegsirak hätte aussehen sollen. Und genau an diesem Punkt hätte die Gefahr bestanden, dass der gerade beendete Ost-West-Konflikt hätte neu entflammen können. Die USA hätten ihrerseits die Einrichtung eines demokratischen Iraks durchsetzen wollen, wodurch sie einen weiteren Verbündeten im Persischen Golf gehabt hätten, was der immer schwächer werdenden Sowjetunion garantiert nicht gefallen hätte, zumal die USA dann sofort Soldaten vor Ort gehabt hätten. Die Sowjetunion, die nur mit Mühe zum Ja für die Intervention bewegt werden konnte, hätte dies sicher nicht zugelassen. Es hätte sowohl eine regionale als auch eine europäische Krise entstehen können, da zu diesem Zeitpunkt noch knapp 300.000 sowjetische Soldaten in Ostdeutschland stationiert waren, die noch immer eine potentielle Gefahr darstellten. Aber auch die Gefahr, dass Gorbatschow, hätte er ein solches Handeln geduldet, Opfer eines Staatsstreiches durch Hardliner geworden wäre, war nicht zu unterschätzen. Also konnten die USA nichts anderes machen, als Hussein an der Macht zu lassen, damit es in der (oder durch die) Golfregion zu keiner neuen Konfliktlinie zwischen Ost und West kommen konnte. Des Weiteren bot sich den USA, durch die Person Saddam Hussein, die Möglichkeit, dauerhaft in der Golfregion militärisch präsent zu bleiben, um sich als Schutzmacht Kuwaits und Saudi-Arabiens darstellen zu können. Allerdings spielte auch der Iran hierbei eine tragende Rolle, da er sich verstärkt als diejenige Regionalmacht verstand, die vor allem in Saudi-Arabien einen Gegner bzw. Konkurrenten sah. Die USA hatten bei der Überlegung, ob Hussein an der Macht bleiben sollte oder nicht, sicher auch daran gedacht, dass man seine Skrupellosigkeit und Aggressivität eines Tages vielleicht gegen den Iran einsetzen könnte; er also eine Art Puffer zwischen dem Westen und den

Mullahs in Teheran sein könnte. Aus diesem Grund wurden dem Irak auch solche Waffen weiterhin erlaubt, mit denen ein Konflikt mit dem östlichen Nachbarn möglich gewesen wäre. Die USA wollten, so scheint es zumindest, den Irak also als möglichen Verbündeten in der Hinterhand behalten, den man dann zum Dank mit einer Lockerung der Sanktionen hätte belohnen können. Welche der Funktion der Irak unter Saddam Hussein auf jeden Fall übernehmen sollte, war die Funktion als Stabilisator; einerseits im Inneren, um die staatliche Stabilität zu gewährleisten und andererseits als stabilisierender Faktor in der gesamten Golfregion.

Sicher, alles Spekulation und Thesen, die so nicht belegt werden können, jedoch handelt es sich dabei um Überlegungen, die sicher auf die ein oder andere Weise in Betracht gezogen worden sind, denn heutzutage würde man einen solchen Mann mit Sicherheit nicht an der Macht lassen. Fakt ist jedoch, dass er inzwischen nicht mehr an der Macht ist, und dass sich der Irak zu einem wahren Pulverfass entwickelt hat, dessen Zukunft unsicherer ist, als dies jemals zuvor der Fall war. Wie man sehen konnte, spielte bei allen Konflikten, an denen der Irak beteiligt gewesen war, das Erdöl eine wichtige, wenn nicht sogar die wichtigste Rolle. Im Folgenden soll daher herausgestellt werden, welche Rolle das Schwarze Gold auch beim Golfkrieg 2003 gespielt hat und welche Rolle es in Zukunft noch spielen wird, denn das Kapitel Irak ist noch lange nicht geschlossen und die Bedeutung des irakischen Öls wird vor dem Hintergrund immer steigender Nachfrage weiter ansteigen.

#### 4.2.4 Die Versorgungslage im Nachkriegsirak

Während Saddam Hussein in der ersten Hälfte der 90er Jahre seine liebe Not hatte, seine Macht zu sichern, da schiitische, wie auch kurdische Oppositionsgruppen verstärkt versucht hatten das Regime zu stürzen, versank das Volk im Elend. Bereits einen Monat vor dem Zweiten Golfkrieg waren die Importe des Irak um 90% und die Exporte um 97% zurückgegangen,<sup>645</sup> was zu einer dramatischen Verschlechterung der Versorgung des irakischen Volkes geführt hatte. Noch ausgemergelt vom Iran-Irak-Krieg wurde das Volk binnen kurzer Zeit in eine neue Krise gestürzt deren Folgen um Längen schlimmer

---

<sup>645</sup> Zumach, Andreas: Einmal Schurke - immer Schurke? Der Irak seit dem Golfkrieg 1991, in: Hauswedell, Corinna; Weller, Christoph; Ratsch, Ulrich; Mutz, Reinhard; Schoch, Bruno (Hrsg.): Friedensgutachten 2003, Münster/Hamburg/London 2003, S. 81

waren, als nach dem vorangegangenen Krieg. Obwohl es nun in allen Altersschichten zu Mangelercheinungen gekommen war, so litten die Kinder am meisten unter den Sanktionen. Insbesondere Krankheiten wie Masern, Kinderlähmung oder Typhus führten zu einer sehr hohen Kindersterberate. Die Situation vor Ort nahm dermaßen katastrophale Ausmaße an, dass sogar die UN Staaten und Privatpersonen dazu aufriefen auf freiwilliger Basis Geld für den Irak bereitzustellen.<sup>646</sup> Eine Lockerung der Sanktionen oder gar eine komplette Aufhebung kam für die UN jedoch nicht in Frage, da vor allem die USA und Großbritannien befürchteten, dass Saddam Hussein die potentiellen Gewinne aus dem Erdölexport für die Wiederaufrüstung seiner Streitkräfte verwenden würde. Um der irakischen Bevölkerung dennoch helfen zu können, wurde der Irak aufgefordert seine gesamten Erdöleinnahmen unter die Kontrolle der UN zu stellen und die irakischen Exporte und Importe von der internationalen Gemeinschaft überwachen zu lassen.<sup>647</sup> Überdies sollte der Irak Reparationen gegenüber Kuwait und allen anderen geschädigten Parteien leisten.<sup>648</sup> Diese Aufforderungen wies der Irak jedoch entschieden zurück, da die Regierung keinen Grund mehr dafür sah, die Sanktionen oder andere Einschränkungen hinnehmen zu müssen, denn aus irakischer Sicht waren alle Auflagen des Waffenstillstandsabkommens und der UN-Resolution 661 ja erfüllt. Es wurde auf den Rückzug der irakischen Streitkräfte aus Kuwait verwiesen sowie auf die vollständige Zerstörung der Massenvernichtungswaffen und Trägersysteme. Wie bereits erwähnt, sahen die USA und Großbritannien nach wie vor eine latente Gefahr, die von einem souveränen Irak unter der Führung Husseins ausgehen würde, sodass es zu keiner Lösung kam. Das Verhalten der damaligen irakischen Führung zeigt eindeutig, dass Saddam Hussein in Wirklichkeit keinerlei Interesse daran hatte, dass seinem Volk geholfen würde. Sein Hauptinteresse lag vielmehr darin, seine Macht zu erhalten, da die Übergabe der Kontrolle über die oben aufgeführten Bereiche zum endgültigen Machtverlust hätte führen können, zumal dies der Opposition in die Hände gespielt hätte, die zum damaligen Zeitpunkt als ernsthafte Bedrohung von der irakischen Führung

---

<sup>646</sup> Von Sponeck, Hans; Zumach, Andreas: Irak. Chronik eines gewollten Krieges. Wie die Öffentlichkeit manipuliert und das Völkerrecht gebrochen wird, Köln 2003, S.44

<sup>647</sup> Sponeck, Hans-C. Graf: Ein anderer Krieg, Hamburg 2005, S. 22

<sup>648</sup> Vgl., Ebd.

wahrgenommen wurde. Ein weiterer Punkt, der, im Zusammenhang mit der Ablehnung der UN-Vorschläge, nicht unerwähnt bleiben darf, ist, dass Saddam Hussein und seine direkten Anhänger persönlich nicht unter den Sanktionen litten, da die Führungselite durch illegale Erdölgeschäfte weiterhin dem Luxus frönen konnte.<sup>649</sup> Die Führungsschicht war also von den Sanktionen selbst nicht betroffen, weshalb sie eine derart harte Politik verfolgen konnte. Als im Laufe der Zeit die Versorgungslage, die ja schon sehr schwierig gewesen war, immer bedrohlicher wurde und der Tod von rund 2,5 Mio. Kindern und Frauen infolge mangelnder Lebensmittel drohte,<sup>650</sup> wurden die Verhandlungen zwischen der UN und der irakischen Führung wieder aufgenommen. Nach zähen Verhandlungen konnten sich dann 1996 die UNO und der Irak auf das so genannte „Oil for Food“-Programm einigen,<sup>651</sup> das eine kontrollierte Ausfuhr von Erdöl ermöglichte. Mit den Erlösen sollten dann Lebensmittel und Medikamente erworben, Reparationen für Kuwait geleistet und die Kosten für die UN-Waffenkontrollure gedeckt werden.<sup>652</sup> Die Erlöse gingen jedoch nicht direkt an den Irak, sondern auf ein Konto der UN bei der Banque Nationale de Paris, die dann über die konkrete Verteilung der Einnahmen entschied.<sup>653</sup> Der Irak konnte zwar Anträge für die Bewilligung bestimmter Projekte stellen, jedoch entschied die UN wie die Gelder im Einzelnen eingesetzt werden sollten. An dieser Stelle muss ausdrücklich erwähnt bleiben, dass zur Verwirklichung des Programms nur Gelder verwendet werden sollten, die allein aus dem Export des irakischen Öls erwirtschaftet wurden. Andere Einnahmequellen oder gar eine Ausgleichzahlung durch die UN, sollte der Erlös dennoch nicht reichen, waren darüber hinaus grundsätzlich nicht vorgesehen. Dies war auch bis zum Ende des Programms der Fall; das gesamte Oil for Food-Programm wurde also nur durch das irakische Öl finanziert.<sup>654</sup> Diese Abhängigkeit vom Ölexport und von der Entwicklung des Marktpreises barg allerdings von vornherein ein gewisses Risiko in Hinsicht auf das

---

<sup>649</sup> Nach dem Golfkrieg 1991 exportierte das Regime entgegen den UN-Bestimmungen, Erdöl über den Persischen Golf, über die Türkei und über Jordanien. *Vgl. hierzu:* Sponeck, Hans-C. Graf: Ein anderer Krieg, Hamburg 2005, S. 30

<sup>650</sup> Bericht der UNICEF von 1994. *Vgl. hierzu:* Hübschen, Jürgen: Die Zukunft des Irak – Pax Americana?, Wiesbaden 2005, S. 263/264

<sup>651</sup> Von Sponeck, Hans; Zumach, Andreas: Irak. Chronik eines gewollten Krieges. Wie die Öffentlichkeit manipuliert und das Völkerrecht gebrochen wird, Köln 2003, S.44

<sup>652</sup> Krech, Hans: Der Bürgerkrieg im Irak (1991-2003), Berlin 2003, S. 57

<sup>653</sup> Sponeck, Hans-C. Graf: Ein anderer Krieg, Hamburg 2005, S. 27

<sup>654</sup> *Vgl. Ebd.*

Gelingen des Programms. Betrachtet man sich die praktische Durchführung des Programms, so zeigt sich recht schnell, dass das gesamte Vorhaben, dessen Ziel ja eigentlich war, die irakische Bevölkerung vor einer humanitären Katastrophe zu bewahren, nicht im Ansatz den lokalen Erfordernissen entsprach. Die Art und Weise des Programms war in vielerlei Hinsicht nicht flexibel genug. So erarbeitete die UN Pläne für jeweils sechs Monate Budgets, die festlegten, in welchem finanziellen Rahmen Hilfsgüter für den Irak angeschafft werden sollten. Diese Budgets, die sehr knapp bemessen waren, sollten dem Irak jedoch nicht in vollem Umfang zu Verfügung gestellt werden, sondern sie wurden noch durch die Abgaben für die Reparationen, für die Kurden im Norden und für den Verwaltungsaufwand der UN beschnitten, sodass am Ende nur noch ca. 59% des eigentlichen Erlöses für den Irak übrig blieben.<sup>655</sup> Neben diesen, bewusst kalkulierten, Verlusten, kam es zudem immer wieder zu Lieferverzögerungen, da die Waren erst ausgeliefert wurden, nachdem die BNP den Eingang aller Gelder bestätigt hatte. Aus diesem Grund kamen manche Lieferungen nicht mehr rechtzeitig an, sodass nicht mehr allen Notleidenden geholfen werden konnte. Außerdem unterlagen die Erlöse aus dem Erdöllexport den allgemeinen Preisschwankungen auf dem Ölmarkt, mit der Folge, dass mit den geförderten Mengen Öl nicht immer der erwartete Erlös erzielt werden konnte. Bis auf wenige Ausnahmen, nämlich in der dritten, der sechsten und siebten Phase sowie kurz vorm dritten Golfkrieg, lagen alle tatsächlichen Einnahmen unter den geplanten Einnahmen.<sup>656</sup> Dementsprechend war auch der Wert der importierten Güter fast immer deutlich geringer, als dies die Pläne vorgesehen hatten; von den insgesamt 13 Phasen, die es bis zum Krieg 2003 gegeben hatte, lag der Warenwert lediglich viermal oberhalb der eigentlich geplanten Einnahmen.<sup>657</sup> Hieran sieht man, dass das Programm hinsichtlich seines Umfangs einen viel zu geringen finanziellen Rahmen hatte, und dass das gesamte Programm deutlich sein Ziel verfehlt hatte. Zwar handelte es sich hierbei um das größte Problem mit dem das „Oil for Food“-Programm behaftet war, jedoch gab es darüber hinaus noch weitere Schwierigkeiten, die der wirtschaftlichen Erholung des Iraks und der

---

<sup>655</sup> [www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/251\\_usa-irak.htm](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/251_usa-irak.htm), abgerufen am 17.09.2006 um 15:58 Uhr

<sup>656</sup> Sponeck, Hans-C. Graf: Ein anderer Krieg, Hamburg 2005, S. 28

<sup>657</sup> Vgl. Ebd.

damit verbundenen Verbesserung der Versorgungslage der Bevölkerung entgegentrat. Dadurch, dass der Irak nur Lebensmittel, Medikamente und in ganz geringem Maße maschinelle Ersatzteile erwerben durfte, blieben viele Bereiche im Irak, die ebenfalls Hilfe benötigten, weitgehend ohne Unterstützung. Bereiche wie etwa Forschung und Ausbildung, sowie die Wiedererrichtung der Infrastruktur blieben vom Programm vollkommen ausgeschlossen; einzig der Bereich Erziehung bekam einen verschwindend geringen Anteil aus dem finanziellen Pool des Programms.<sup>658</sup> Hinsichtlich der Förderung der irakischen Binnenwirtschaft kam es ebenfalls zu massiven Blockaden, da der Zwang, die Waren und Güter aus dem Ausland zu beziehen, dazu geführt hatte, dass der fehlende Absatz im eigenen Land mit einer deutlichen Erhöhung der Arbeitslosenzahl einherging. Folglich lagen die Steuereinnahmen im Irak auf einem sehr niedrigen Niveau, was den Wiederaufbau im Irak zusätzlich erschwerte; es gab also keine finanziellen Mittel, mit denen der Irak selbstständig hätte arbeiten können. Wodurch der Irak darüber hinaus in seiner Entwicklung massiv gehemmt wurde, waren die ständigen Einwände, die die USA und Großbritannien hatten, wenn es um die Lieferung von Gütern ging, die sowohl zivil, als auch militärisch genutzt werden konnten. Damit argumentierend, dass der Irak derartige Waren militärisch missbrauchen könnte, wurden die irakischen Anträge zur Lieferung solcher Waren permanent abgelehnt.<sup>659</sup>

Obwohl der Irak-Krieg am 28.02.1991 offiziell beendet worden und Kuwait wieder ein souveräner Staat geworden war, wurden die strengen Wirtschafts- und Handelssanktionen gegen den Irak auf Vorkriegsniveau gehalten. Mit dieser Maßnahme sollte Saddam Hussein und das Baath-Regime künstlich schwach gehalten werden, damit der Irak nicht wieder Ausgangspunkt eines offensiven Waffengangs gegen ein anderes Land werden könnte. Die Leidtragenden waren jedoch nicht die Führungseliten, sondern das Volk, das noch maßgeblich unter den Folgen des vorigen Krieges zu leiden hatte. Auch

---

<sup>658</sup> Sponeck, Hans-C. Graf: Ein anderer Krieg, Hamburg 2005, S.34/35

<sup>659</sup> Hierzu gehörten so banale Dinge wie Bleistifte, die einen sehr hohen Graphitgehalt haben (Graphit wird bei bestimmten Techniken zur Urananreicherung verwendet), sowie grundlegende medizinische Ausrüstungsgegenstände, wie etwa Nierensteinertrümmerer und Röntgengeräte. Vgl. hierzu: Zumach, Andreas: Einmal Schurke - immer Schurke? Der Irak seit dem Golfkrieg 1991, in: Hauswedell, Corinna; Weller, Christoph; Ratsch, Ulrich; Mutz, Reinhard; Schoch, Bruno (Hrsg.): Friedensgutachten 2003, Münster/Hamburg/London 2003, S. 81

als deutlich wurde, dass der Hungertod tausender Menschen drohte, verweigerte die UN ihre direkte Hilfe. Dies hatte förmlich den Anschein, als wollten die UN und insbesondere die USA und Großbritannien das irakische Volk für ihren Machthaber bestrafen und durch die Forcierung der Not das Volk zu einem gewaltsamen Umsturz zwingen. Als jedoch offenbar wurde, dass dies nicht funktionieren würde und die Lage im Irak bedrohliche Ausmaße annahm, waren beide Seiten zum Verhandeln gezwungen. Saddam Hussein, der Mitte der 90er Jahre noch immer um seine Macht bangen musste, sah sich genötigt mit der UN zu verhandeln, damit der Zorn des Volkes nicht doch noch zum Sturz führen würde. Die UN ihrerseits sah sich genötigt zu reagieren, da sie bereits im Jugoslawien-Konflikt zugesehen hatte, wie tausende Menschen durch Genozid und Hunger ums Leben kamen; dies sollte sich so im Irak nicht wiederholen. Das aus dieser Situation heraus entstandene Programm war allerdings nichts anderes, als eine Art des „Gesicht-bewahrens“, denn das Programm war alles andere als effizient im Kampf gegen die Unterversorgung im Irak. Zu viele interne Hürden und sehr eingeschränkte Rahmenbedingungen verhinderten die Erholung des Iraks. Die Hilfe, die tatsächlich im Irak angekommen war, reichte auf keinen Fall, sodass für viele Menschen die Hilfe zu spät oder gar nicht kam. Hauptgrund für das Scheitern des Programms war die starre Haltung der USA und Großbritanniens, die immer wieder Reformen des Programms oder gar Lockerungen der Sanktionen verhindert hatten; offiziell wurde diese Haltung stets damit begründet, dass Saddam Hussein die Lockerung der Sanktionen für den Wiederaufbau seiner Armee und seines ABC-Programms nutzen würde. Insbesondere das vermeintliche ABC-Waffen-Programm des Iraks, das nach dem Krieg zwar durch die UN kontrolliert und größtenteils zerstört worden war, wurde seitens der USA und Großbritanniens immer wieder dafür verwendet den Irak als unkalkulierbares Risiko darzustellen, um so eine eventuelle pro-irakische Haltung bei den Golfstaaten zu verhindern.

#### 4.2.5 Der Weg in den Krieg 2003

Nachdem die UN-Waffenkontrolleure Ende Dezember 1998 den Irak verlassen hatten, gab es noch einige offene Fragen bezüglich des Verbleibs bestimmter Massenvernichtungswaffen, und zwar nicht nur bei den anti-irakischen

Hardlinern, Großbritannien und die USA, sondern auch bei denjenigen Staaten, die eine gemäßigte Politik gegenüber dem Irak betrieben. Im UN-Sicherheitsrat gehörten hierzu vor allem China, Russland und Frankreich. Trotz der bekannten Zweifel konnten sich die Rats-Mitglieder nach der Ausweisung der UN zunächst nicht darauf einigen, den Irak mittels einer deutlich verschärften Resolution wieder dazu zu bewegen, die Waffenkontrollure ins Land zu lassen. Dies war eigentlich erstaunlich, da die UNSCOM-Kontrollure in ihrem Abschlussbericht im Januar 1999 ausdrücklich darauf hingewiesen hatten, dass nicht ausgeschlossen werden könne, dass es noch geheime Bestände an Massenvernichtungswaffen im Irak geben könnte.<sup>660</sup> Der Bericht und sein Inhalt blieben jedoch folgenlos, sodass die UN-Mission bis zum November 2002 auf Eis gelegt bzw. ganz aufgelöst wurde.<sup>661</sup> Die USA und Großbritannien, die beide nicht bereit waren, das eigenmächtige Handeln des Iraks zu dulden, starteten, als Antwort auf das Handeln des Irak, im Dezember 1998 die militärische Operation Desert Fox, eine auf vier Tage begrenzte groß angelegte Luftkampagne.<sup>662</sup> Im Rahmen dieser Operation wurden neben den irakischen Luftabwehrstellungen auch Fabriken angegriffen, die unter Verdacht standen, als Produktionsstätte für Massenvernichtungswaffen verwendet zu werden.<sup>663</sup> Diese Ziele waren aus militärischer Sicht auch durchaus nachvollziehbar. Was jedoch auf dem ersten Blick nicht klar wird, ist die Tatsache, dass auch Industrieanlagen bombardiert worden sind, die ausschließlich der Erdölförderung und der Erdölverarbeitung dienten. Die ohnehin schon stark beeinträchtigte Ölindustrie im Irak wurde somit noch weiter in ihrer Leistungsfähigkeit beschnitten, dass sogar die Gefahr bestand das „Oil for Food“-Programm könnte nicht wie geplant fortgesetzt werden, wenn wichtige Pipelines oder Anlagen zerstört würden, denn das Erdöl war das einzige Kapital des Iraks. Die USA und Briten gefährdeten also die letzte Möglichkeit, die der irakischen Bevölkerung zum Überleben noch gegeben war. Da der internationale Widerstand gegen die Luftangriffe immer stärker wurde, vor allem weil das Leid der Bevölkerung immer stärker in den Mittelpunkt der Medien gerückt wurde, und weil die USA und Großbritannien

---

<sup>660</sup> Blix, Hans: Mission Irak. Wahrheit und Lügen, München 2004, S. 13

<sup>661</sup> Vgl. Ebd.

<sup>662</sup> Münkler, Herfried: Der neue Golfkrieg, Reinbek bei Hamburg 2003, S.24

<sup>663</sup> Vgl. Ebd.

einsehen mussten, dass ihre Operation keinesfalls dazu führen würde, den Irak zur Umkehr zu bewegen, beendeten sie ihre Aktionen bereits wieder nach vier Tagen. Glücklicherweise hatte das sowieso schon mangelhafte „Oil for Food“-Programm nicht allzu sehr darunter gelitten. Saddam Hussein wiederum nutzte das Vorgehen der beiden westlichen Staaten dazu, Propaganda gegen den Westen zu betreiben, indem er die „Aggressoren“ als Grund für die Misere im Irak darstellte. Obwohl die Operation Desert Fox offiziell beendet worden war, war sie dennoch der Auftakt eines Jahre andauernden Konflikts zwischen der irakischen Luftabwehr und den amerikanisch-britischen Kampfflugzeugen, denn auch nach Desert Fox kam es zu regelmäßigen Schutzwechselln, wobei die Intensität der ursprünglichen Operation nicht wieder erreicht worden war. Es zeigt sich also, dass nicht George W. Bush derjenige war, der den Irak wieder ins Fadenkreuz militärischer Aktionen gerückt hatte, sondern sein Vorgänger Bill Clinton. Bereits unter der Clinton-Administration wurden erste Pläne ausgearbeitet, die den Sturz Saddam Husseins zum Inhalt hatten.<sup>664</sup> Während diese Pläne zunächst im Verborgenen blieben, hatte die damalige Regierung jedoch schon öffentlich zu verstehen gegeben, dass der Sturz Husseins ein erklärtes Ziel der amerikanischen Politik in der Golfregion sei. Im Grunde genommen, bedeutete dies, dass die USA von jeher gar nicht bereit waren, eine Lockerung der UN-Sanktionen mit zu tragen. Dies sollte erst geschehen, wenn es eine neue Regierung in Bagdad gäbe. Da die USA und Großbritannien jedoch mit dieser radikalen Auffassung ziemlich alleine dastanden, waren ihnen vorerst die Hände gebunden, zumal sich Ende 1998 / Anfang 1999 abzeichnete, dass es einen Krieg im Kosovo geben würde, und dass dort britische und amerikanische Truppen stark gebunden sein würden. Eine gleichzeitige große Militäraktion gegen den Irak hätte die Streitkräfte stark strapaziert. Außerdem befand sich Bill Clinton nur noch ein Jahr vor dem Ende seiner Amtszeit, was darauf schließen lassen kann, dass er nicht noch eine groß angelegte militärische Auseinandersetzung mit dem Irak riskieren wollte, ohne dafür genug internationale Rückendeckung gehabt zu haben. So kam es also, dass sich die USA auf vereinzelte Luftangriffe beschränken

---

<sup>664</sup> Im so genannten „Iraq Liberation Act“ vom Oktober 1998 wurde die amerikanische Regierung per Gesetz dazu verpflichtet, „auf einen Regimewechsel im Irak“ hinzuarbeiten. Vgl. hierzu: Hübschen, Jürgen: Die Zukunft des Irak – Pax Americana?, Wiesbaden 2005, S. 260

mussten. Ende 1999 konnten sich die Sicherheitsratsmitglieder zwar auf keine deutlich verschärfte Resolution einigen, jedoch einigten sie sich darauf eine Nachfolgemission der UNSCOM ins Leben zu rufen, die UNMOVIC (United Nations Monitoring, Verification and Inspection Commission).<sup>665</sup> Diese war allerdings nur in der Lage Informationen von außerhalb des Iraks zu sammeln, da der Irak auch diese UN-Mission nicht ins Land ließ.<sup>666</sup> Entsprechend unsicher, undetailliert und gering waren die Erkenntnisse, die die Kommission gewinnen konnte. Eine ertragreiche Kontrolle des Iraks und seiner unkonventionellen militärischen Aktivitäten war somit nicht gegeben. Was aber bedeutete dies für die USA und Großbritannien, die unbedingt Saddam Hussein stürzen wollten? Und vor allem, warum genau wollten sie ihn stürzen?

#### 4.2.5.1 Die Lockerung der UN-Sanktionen und die möglichen Folgen in bezüglich des irakischen ABC-Waffenprogramms

Obwohl der Irak mit seiner Kuwait-Besetzung 1990 Angst in seiner unmittelbaren Umgebung verbreitet hatte und diese Angst noch lange Zeit nach dem Krieg von 1991 in der Golfregion zu spüren war, kam es gegen Ende der 90er Jahre zu einer Art Trendwende in Bezug auf die Irak-Politik der meisten Golfstaaten. Weder der Iran, Saudi-Arabien, die Türkei oder gar Jordanien nahmen den Irak und vor allem Saddam Hussein noch als ernsthafte Gefahr wahr, da auch ihnen nicht verborgen geblieben war, dass die UN-Sanktionen den Irak nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch stark geschwächt hatten. Aber nicht nur die unmittelbaren Nachbarn, nahmen den Irak nicht mehr als Bedrohung dar, sondern auch westliche Staaten, die seit dem Jahr 2000 vermehrt wieder Botschaften im Irak eröffnet hatten.<sup>667</sup> Die irakische Armee brauchte vor allem aus *dem* Grund nicht mehr als allzu große Bedrohung wahrgenommen zu werden, weil sie seit Jahren keine Ersatzteile mehr für ihre Kampfmittel beziehen konnte, da die UN ja auch ein Waffenembargo verhängt hatte. Die ehemals sowjetischen Panzer und Kampfflugzeuge befanden sich in einem äußerst desolaten Zustand. Weder

---

<sup>665</sup> Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2002, Berlin 2003, S.16

<sup>666</sup> Vgl. Ebd., S.15

<sup>667</sup> Seit 2000 hatten neben Ägypten, Bahrain und Qatar auch Frankreich, Italien, die Schweiz und Spanien ihre Botschaften neu eröffnet. Vgl. hierzu: Hübschen, Jürgen: Die Zukunft des Irak – Pax Americana?, Wiesbaden 2005, S. 269

Qualität, noch Quantität der irakischen Streitkräfte vermochten den Irak daher als Gefahr darzustellen. Die mangelnde Bedrohung seitens des Iraks und die schon fast mitleidige Betrachtung der irakischen Bevölkerung führten sogar dazu, dass auch die Stimmen in der unmittelbaren Nachbarschaft des Irak, die eine Lockerung oder gänzliche Auflösung der Sanktionen forderten, immer lauter wurden. Dies musste aus amerikanischer Sicht ein Schock gewesen sein, da gerade dies mit allen Mitteln verhindert werden sollte. Auch sämtliche Versuche der USA, die Nachbarn darauf aufmerksam zu machen, welche Gefahr von irakischen Massenvernichtungswaffen ausgehen würde, schienen allmählich nicht mehr zu fruchten.<sup>668</sup> Außerdem gab es auch im Sicherheitsrat genug Stimmen, die ähnliches forderten, da auch dort das Leid der Bevölkerung und die Mangelhaftigkeit des „Oil for Food“-Programms gesehen wurden. Die Folge war, dass der UN-Sicherheitsrat am 01.06.2001 die Resolution 1352 verabschiedet hatte, die eine Erleichterung des Handelsembargos für einen vorübergehenden Zeitraum zum Inhalt hatte.<sup>669</sup> Allerdings sollten auch weiterhin das Waffenembargo und die Lieferung von Wehrmaterial verboten bleiben.<sup>670</sup> Nachdem diese Resolution verabschiedet worden war, lief den USA allmählich die Zeit davon eine endgültige Lösung für den Irak zu finden, und zwar aus zweierlei Gründen. Erstens schickte sich der Irak an, im Falle einer Lockerung der Sanktionen, sein geschäftliches Hauptaugenmerk auf Asien zu richten und zweitens war durch die geringfügige Lockerung der Sanktionen die Gefahr gestiegen, dass waffentaugliche Waren, als zivile Güter deklariert, den Weg in den Irak finden würden. Der Verdacht, dass Staaten wie China oder Russland den Irak heimlich wieder aufrüsten könnten, war aus dem Grund nicht allzu weit hergeholt, weil bereits chinesische Techniker im Irak waren, die z.B. abhörsichere Leitungen für militärische Einrichtungen installiert hatten. Aber auch die Gefahr, dass sich der Irak so auch unkonventionelle Technologie hätte beschaffen können, darf nicht übersehen werden. Der Irak hätte genauso gut Teile seines Öls nach Pakistan oder Nordkorea liefern können, wofür er im Gegenzug mit sehr hoher

---

<sup>668</sup> Bis Ende der 90er Jahre konnten die USA so die unmittelbaren Nachbarn dazu bringen, den Irak als Gefahr zu sehen. Hinzu kam noch, dass die Nachbarn aus dieser Angst heraus militärisches Equipment, hauptsächlich zur ABC-Abwehr, in den USA eingekauft hatten. Die amerikanische Rüstungsindustrie profitierte also von der Angst der Irak-Nachbarn.

<sup>669</sup> Vgl. hierzu: Krause, Joachim; Magiera-Krause, Christiane (Hrsg.): Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit, Bd. XXIX: 2001/2002, Sankt Augustin 2003, S. 50/51

<sup>670</sup> Vgl. Ebd.

Wahrscheinlichkeit brisante Technologien erhalten hätte. Von Pakistan bzw. von Abdul Qadir Khan hätte er wahrscheinlich wichtige Informationen für sein Atomprogramm erhalten<sup>671</sup> und von Nordkorea die notwendigen Kenntnisse bezüglich der Entwicklung eines ernstzunehmenden Arsenal an weit reichenden ballistischen Flugkörpern.<sup>672</sup> Diese Verbindung hätte auf längere Sicht auf jeden Fall eine Bedrohung für den Weltfrieden bedeutet. Hätte der Irak jedoch nur eine Befreiung hinsichtlich der Handelssanktionen erhalten, wäre zwar die Gefahr einer kurzfristigen Wiederaufrüstung der Streitkräfte deutlich relativiert worden, jedoch hätte der Irak wesentlich bessere Möglichkeiten als zuvor gehabt, um zweideutige (dual use-) Güter in den Irak zu importieren, mit deren Hilfe er wieder eine unkonventionelle Rüstungsindustrie hätte starten können. Aber auch im Bereich der Trägersysteme wäre es zu einer Forcierung gekommen. Das Waffenembargo hätte zwar sehr wahrscheinlich verhindert, dass der Irak ganze Raketensysteme von Nordkorea erhalten hätte, jedoch wäre der Wissenstransfer nicht zu kontrollieren gewesen. Nordkorea hätte nur einige Raketenexperten in den Irak schicken brauchen, mit deren Hilfe er sogar seine ehemaligen eigenen Programme wieder hätte reaktivieren können, und die waren alles andere als unterentwickelt.<sup>673</sup> Die notwendigen Teile hierfür hätte sich der Irak sicherlich über Umwege besorgen oder selber herstellen können. In diesem Zusammenhang sollte jedoch einschränkend erwähnt werden, dass der Irak aller Wahrscheinlichkeit nach sehr lange gebraucht hätte, um eine wahrhafte Bedrohungs-kapazität zu entwickeln. Noch länger hätte es gedauert eine Rakete zu entwickeln, die in der Lage gewesen wäre die USA zu erreichen. Der Bau einer solchen, voll einsatzbereiten, Rakete, die bauartbedingt aus mehreren Stufen hätte bestehen müssen, macht sogar Staaten wie Nordkorea, das bereits einige praktische Erfahrungen auf diesem Gebiet vorweisen kann, noch

---

<sup>671</sup> Abduhl Qadir Khan hatte in der Vergangenheit schon brisante Informationen an Staaten wie etwa Iran, Nordkorea und Libyen geliefert. Vgl. *hierzu*: Follath, Erich; Mascolo, Georg: Das Geständnis des Paten, in: Der Spiegel Nr.7 vom 09.02.2004, S.116

<sup>672</sup> Nordkorea besitzt einsatzbereite Trägersysteme, die eine Reichweite von bis zu 5.600 Km (Taepo Dong 1) besitzen. Die Taepo Dong 2, die eine noch größere Reichweite haben soll, befindet sich derzeit in der Entwicklungsphase. Vgl. *hierzu*: Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2005, Berlin 2006, S. 14

<sup>673</sup> Hussein besaß mit der Scud-B (280 Km Reichweite), der Al-Hussein (650 Km Reichweite), der Al-Abbas (900 Km Reichweite) und der Al-Abid (3.000 Km Reichweite) ein sehr starkes Raketenpotential. Vgl. *hierzu*: Krech, Hans: Der Bürgerkrieg im Irak (1991-2003), Berlin 2003, S.27

Schwierigkeiten; vor allem im Bereich der Treffgenauigkeit.<sup>674</sup> Selbst amerikanische Sicherheitsexperten gingen noch im Jahr 2002 davon aus, dass der Irak frühestens im Jahr 2015 in der Lage gewesen wäre, eine einsatzfähige Interkontinentalrakete zu testen.<sup>675</sup> Der Bau einer ernstzunehmenden Flotte solcher Trägerwaffen hätte noch länger gedauert. Aber auch dies hätte nicht gereicht, eine Gefahr für die USA darzustellen, denn der Einsatz einer solchen Raketen mit konventionellen Sprengköpfen macht wenig Sinn, da die Sprengkraft zu gering ist, und der Aufwand und die Kosten zu hoch. Der Irak hätte demzufolge parallel auch ein ABC-Waffen-Projekt unterhalten müssen, um eine reelle Bedrohungskulisse aufbauen zu können.

Die obigen Ausführungen, die allesamt bewusst im Konjunktiv dargestellt worden sind, zeigen ein mögliches Szenario, wie es hätte entstehen können, wenn die UN die Handelssanktionen und das Waffenembargo gegenüber dem Hussein-geführten Irak gelockert oder gar beendet hätten. Dieses Szenario erhält vor allem dadurch einen sehr realistischen Charakter, wenn man sich erneut vor Augen hält, dass Saddam Hussein in der Vergangenheit jede Möglichkeit genutzt hatte, die UN-Resolutionen zu umgehen. Das Verbergen des Biowaffen-Programms, die lückenhafte Aufklärung hinsichtlich der übrigen verbotenen Waffenkategorien und die einseitige Aufkündigung der UNSCOM-Mission zeigen deutlich, dass Saddam Hussein auf jeden Fall ein nicht zu unterschätzender Unsicherheitsfaktor geblieben wäre. Allein die Tatsache, dass der Irak vor dem Golfkrieg 1991 an sehr umfassenden Programmen zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen gearbeitet hatte, und dass er diese auch schon ohne Skrupel eingesetzt hatte, verdeutlichen noch einmal mehr, dass der Irak, unter der Führung Saddam Husseins, definitiv Interesse an der Entwicklung eines unkonventionellen Waffenarsenals hatte. Die USA und Großbritannien sowie die übrigen Mitglieder der „coalition of the willing“ haben also nicht ganz grundlos den Krieg gegen den Irak geführt, sondern weil die potentielle künftige Gefahr, die vom Irak ausgegangen wäre, wirklich nicht zu unterschätzen war. Problematisch war jedoch die Art und Weise, wie die

---

<sup>674</sup> Die irakischen Raketen hatten ebenfalls eine sehr grobe Treffgenauigkeit, da die Abweichung vom Ziel zwischen 1.000 und 5.000 Metern lag, je nach Typ. Vgl. hierzu: Krech, Hans: Der Bürgerkrieg im Irak (1991-2003), Berlin 2003, S.27

<sup>675</sup> Aus einem US-Geheimdienstbericht, nachzulesen unter: [www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Irak/us-geheim.html](http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Irak/us-geheim.html), abgerufen am 26.02.2004

Alliierten versucht haben, die Welt davon zu überzeugen, dass ein Krieg und der Sturz Husseins unausweichlich waren. Die bloße Behauptung, der Irak besäße noch Massenvernichtungswaffen bzw. er würde daran arbeiten, basierten auf keinerlei gesicherten Erkenntnissen, sondern nur auf Indizien, die größtenteils sowieso schon bekannt waren; auch der UN. Auch die Behauptung, der Irak würde den Internationalen Terrorismus unterstützen, und es gäbe Verbindungen zur Al-Qaida, war aus der Luft gegriffen. Für keine der Behauptungen gab es einen klaren Beweis. Die USA wiederum sahen sich dennoch berechtigt einen derartigen Krieg zu führen, da sie in ihrer Sicherheitsstrategie von 2002 den Passus der so genannten „Preemptive-Strikes“ eingefügt hatten. Mit dieser Formulierung wurde die amerikanische Sicherheitspolitik dahingehend erweitert, dass die Regierung einen Krieg gegen ein Land oder gegen eine Gruppe führen kann, auch wenn ein Angriff auf die USA nicht unmittelbar bevorsteht, sondern in einem bestimmten Zeitraum als möglich erachtet wird.<sup>676</sup> Der (völkerrechtlich legitimierte)<sup>677</sup> Präventiv-Schlag bedeutet hingegen, dass ein Land zu militärischen Mitteln greifen darf, wenn ein Angriff von außerhalb offensichtlich ist und unmittelbar bevorsteht;<sup>678</sup> dies war im Falle des Irak aber nicht gegeben. Trotz der misslungenen Beweisführung und der haltlosen Behauptungen der USA und ihrer Verbündeten, sind die Sorge und die Befürchtungen der kriegsbereiten Staaten nicht unbegründet gewesen. Dennoch muss klar gesagt werden, dass der Irak 2003 noch weit davon entfernt war, eine ernsthafte Bedrohung darzustellen. Aus dieser Situation heraus entstand für die Internationale Staatengemeinschaft ein Dilemma, auf der einen Seite gab es 2003 keine akute Bedrohung durch Hussein, auf der anderen Seite musste jedoch damit gerechnet werden, dass er langfristig wieder zu einer Gefahr würde, und dass dann eine militärische Auseinandersetzung zwischen den USA und dem Irak in ihren Ausmaßen schwerwiegender gewesen wäre. Fasst man alle Punkte zusammen, so kann man durchaus Verständnis für die aggressive Haltung der Kriegs-Alliierten entwickeln.

---

<sup>676</sup> [www.sipotec.net/X/Bush-Doktrin.html](http://www.sipotec.net/X/Bush-Doktrin.html), abgerufen am 21.02.2004

<sup>677</sup> Krause, Joachim; Irlenkeuser, Jan; Schreer, Benjamin: Wohin gehen die USA? Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration, nachzulesen unter: [www.bundestag.de/dasparlament/2002/48/Beilage/006.html](http://www.bundestag.de/dasparlament/2002/48/Beilage/006.html), abgerufen am 21.02.2004

<sup>678</sup> [www.sipotec.net/X/Bush-Doktrin.html](http://www.sipotec.net/X/Bush-Doktrin.html), abgerufen am 21.02.2004

#### 4.2.5.2 Das irakische Atomwaffenprogramm als Kriegsgrund

Das irakische Atomprogramm war im Gegensatz zu den Programmen anderer Staaten schon lange Zeit in der westlichen Welt bekannt. Spätestens seit dem Frankreich Ende der 70er Jahre damit begonnen hatte, den Irak beim Bau eines 40-Megawatt-Reaktors<sup>679</sup> zu unterstützen, wusste die ganze Welt um die atomaren Wünsche der irakischen Führung. Allerdings war dies nicht der Beginn des irakischen Atomprogramms, sondern nur ein weiterer Schritt, denn der eigentliche Ursprung des Programms lässt sich bis zum Ende der 60er Jahre zurückverfolgen, als der damalige irakische Staatschef Kassam (andere Schreibweise für Quassim) erste Anstalten machte, den Irak in einen Nuklearstaat zu verwandeln.<sup>680</sup> Da es jedoch an geschultem Personal fehlte, war er zunächst gezwungen, junge Studenten ins Ausland zu schicken, damit diese dort die notwendigen Kenntnisse bezüglich grundlegender atomphysikalischer Fragen erlernten.<sup>681</sup> Ohne diese Kenntnisse wäre ein irakisches Atomprogramm, ganz gleich welcher Art, nicht möglich gewesen. Die mangelnden wissenschaftlichen Fähigkeiten führten allerdings dazu, dass sich die Entwicklung eines irakischen Atomprogramms um Jahre verschob. Dennoch gelang es dem Irak, inzwischen unter Führung Saddam Husseins, mit Hilfe der Franzosen 1981 den oben erwähnten Reaktor fertig zu stellen. Aus der Befürchtung heraus, dass dieser Reaktor und das damit gewonnene Know-How, nur mit dem Ziel gebaut worden war, eines Tages Atomwaffen herstellen zu können, reagierte die israelische Regierung noch vor dem ersten Hochfahren des Reaktors, indem sie die neu errichtete Anlage bombardieren ließ. Völkerrechtlich betrachtet und bezogen auf die damaligen Erkenntnisse war dieser Angriff jedoch nicht rechtens, da sich alle (bekannten) irakischen Atomanlagen permanent unter der Kontrolle der IAE0 befanden, die ihrerseits jedoch keinen Grund gesehen hatte, anzunehmen, der Irak würde ein geheimes Atomwaffenprogramm verfolgen. Welchen Stellenwert die IAE0-Kontrollen damals jedoch hatten, zeigen anerkannte Beweise über die Existenz eines Atomwaffenprogramms, das zeitgleich und vollkommen unbemerkt von der

---

<sup>679</sup> Krech, Hans: Der Bürgerkrieg im Irak (1991-2003), Berlin 2003, S.23

<sup>680</sup> Vgl. Ebd.

<sup>681</sup> Vgl. Ebd.

Internationalen Staatengemeinschaft durchgeführt worden war.<sup>682</sup> Hintergrund für das Versäumnis der IAEO waren die mangelnden Kontrollmöglichkeiten, die sich in erster Linie nur auf die Prüfung von irakischen Dokumenten und Protokollen konzentrierten und lediglich eine begrenzte Möglichkeit für lokale Inspektionen boten. Welches Ausmaß das Atomwaffenprogramm haben sollte, lässt sich dabei nur schwer erahnen. Glaubt man den Aussagen von Khidhir Hamza, der zwischen 1985 und 1990 eine führende Position im irakischen A-Waffen-Programm unterhielt, so wollte Saddam Hussein dermaßen viel hochangereichertes Uran herstellen, um 100 einsatzfähige Atomsprengköpfe pro Jahr herstellen zu können.<sup>683</sup> Wenn man bedenkt, dass alte Atommächte wie Frankreich und Großbritannien heutzutage „nur“ noch über 185 (GB) bzw. 350 (F) Atomwaffen verfügen, so erscheint diese Zahl als ein utopisches Ziel, zumal der Irak trotz aller Mängel hinsichtlich der IAEO-Kontrollen, immer noch gewissen Überwachungen unterlag. In Anbetracht der Tatsache, dass es sich bei dieser Menge um ein unrealistisches Unterfangen handelte, musste der Staatschef seine Erwartungen bald auf sechs Sprengköpfe pro Jahr reduzieren, wobei er dennoch das langfristige Ziel verfolgte, China gegen Ende des 20. Jahrhunderts als Atommacht den Rang abzulaufen. Sein nukleares Machtstreben führte ihn sogar dazu eine Wasserstoffbombe herstellen zu wollen, was für einen atomar unerfahrenen Staat eine besonders schwierige Aufgabe darstellt; dieses Vorhaben konnten die UN-Inspektoren Dokumenten entnehmen, die im Zuge der Ermittlungen 1991 im Irak gefunden wurden. Noch Anfang des Jahres 1991, also kurz bevor es zum Krieg zwischen den Alliierten und dem Irak kam, startete der Irak ein Programm, das die Entwicklung einer Kernwaffe innerhalb kurzer Zeit zum Gegenstand hatte, und dass das dafür benötigte Material sogar aus den von der IAEO kontrollierten Beständen stammen sollte;<sup>684</sup> allerdings verhinderte der Krieg die Umsetzung des Vorhabens, sodass der Irak während und auch kurz nach dem Krieg nachweislich über keine intakte Atomwaffe verfügte. Obwohl der Irak und sein geheimes Atomwaffenprogramm ab 1991 bekannt waren und die UN ihre

---

<sup>682</sup> Meier, Oliver: Die Aktivitäten im Atombereich. Die IAEO und das geheime Nuklearprogramm des Irak, in: Kubbig, Bernd W. (Hrsg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, Die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt / New York 2003, S. 39

<sup>683</sup> Krech, Hans: Der Bürgerkrieg im Irak (1991-2003), Berlin 2003, S.23

<sup>684</sup> Meier, Oliver: Die Aktivitäten im Atombereich. Die IAEO und das geheime Nuklearprogramm des Irak, in: Kubbig, Bernd W. (Hrsg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, Die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt / New York 2003, S. 39

Kontrolltätigkeit verstärkt auf diesen Bereich ausweitete, berichteten Zeugen, dass Saddam Hussein auch nach der Kapitulation an seinem Atomwaffenprogramm festhielt. Ursprünglich besetzt mit rund 12.000 Personen, soll der Personalumfang für das Atomwaffenprogramm sogar noch 1994 rund 2.000 betragen haben.<sup>685</sup> Zudem sollen wichtige Komponenten für die Entwicklung einer Kernwaffe auf LKW und anderen Transportfahrzeugen abtransportiert worden sein, um diese immer wieder an einem anderen Ort verstecken zu können. Darüber hinaus wird berichtet, dass Hussein befohlen haben soll, dass gewisse Teile des Programms in zivilen Einrichtungen versteckt werden sollten, um diese vor den Augen der Kontrolleure zu verbergen. Ein weiterer Zeuge, der sich erst 2001 zu Wort gemeldet hatte, berichtet sogar davon, dass der Irak bereits im September 1989 eine Nuklearwaffe getestet haben soll,<sup>686</sup> und dass der Irak gegen Ende der 90er Jahre über zwei einsatzbereite Kernwaffen verfügt habe. Die Aussagen dieses Zeugen, ein ehemaliger Sekretär von Saddams Sohn Udai, wurden daraufhin von weiteren Personen bestätigt; einer von ihnen war der irakische Atomphysiker Hussein Sharistani, der seit 1991 in London im Exil lebt. Außerdem berichteten auch Überläufer, die sich dem Regime im Irak entsagt hatten, von diesem geheimen Test. In der logischen Konsequenz stellt sich natürlich nun die Frage: Was haben die UN-Kontrolleure bis zu ihrer Ausweisung 1998 über das irakische A-Waffenprogramm in Erfahrung bringen können und wie viel konnte von diesem Programm in der aktiven Kontrollphase aufgedeckt und zerstört werden? Glaubt man den offiziellen Berichten, so haben die Waffeninspektoren bis 1998 alle Anlagen zerstören können, die zur Anreicherung von Uran und zur Herstellung von Plutonium geeignet gewesen waren.<sup>687</sup> Aus deren Sicht gab es nach 1998 keinen Grund zur Annahme, der Irak verfüge noch über die Kapazitäten zur Entwicklung von Nuklearwaffen.<sup>688</sup> Dieser offiziellen Stellungnahme entgegenen die oben genannten Zeugen jedoch mit der Behauptung, dass es im Irak zwei

---

<sup>685</sup> Krech, Hans: Der Bürgerkrieg im Irak (1991-2003), Berlin 2003, S.23

<sup>686</sup> TV-Reportage, ausgestrahlt in der ARD am 01.03.2001 um 21:45-22:30 Uhr unter dem Titel „Saddams Bombe“

<sup>687</sup> Scott Ritter, ein ehemaliger UN-Waffeninspekteur im Irak, erklärt in einem Interview mit William Rivers Pitt, dass alle Anlagen, die für ein Atomprogramm von Nutzen gewesen wären, bis 1998 zerstört worden waren. Vgl. hierzu: Pitt, William Rivers: Krieg gegen den Irak. Was die Bush-Regierung verschweigt, 6.Aufl., Köln 2003, S. 43

<sup>688</sup> Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2002, Berlin 2003, S. 16

voneinander unabhängig arbeitende Gruppen gegeben habe, die an der Konstruktion von Kernwaffen gearbeitet haben. Eine Gruppe soll sich mit Nuklearwaffen des Guntype-Modells beschäftigt haben, und eine andere mit der Entwicklung einer Implosionsbombe.<sup>689</sup> Während die Gruppe, die sich mit dem Implosionsprinzip auseinandergesetzt hatte, von der UN entdeckt worden ist, soll die zweite Gruppe nicht entdeckt worden sein. Im Übrigen soll diese Gruppe auch für den Atomtest 1989 verantwortlich gewesen sein.

Fasst man alle Informationen hinsichtlich des irakischen Atomprogramms zusammen, so ergaben sich vor dem dritten Golfkrieg mit Recht Zweifel darüber, ob es den UN-Inspektoren 1998 wirklich gelungen war, alle relevanten Daten und Informationen über das irakische Streben nach Atomwaffen zu erfassen. Stellt man die Fakten und die Vermutungen gegenüber, so konnte 1998 nicht restlos ausgeschlossen werden, dass es im Irak noch nukleare Kapazitäten gegeben hatte. Insbesondere die Behauptung, es hätte im Irak zwei unabhängige Forschungsgruppen gegeben, von denen eine nicht entdeckt worden sei, hinterlässt in der Retrospektive einen faden Beigeschmack bezüglich des Erfolgs der Waffenkontrollen. Davon ausgehend, dass der Irak bis zur Wiedereinsetzung der Waffenkontrollen Ende 2002 vier Jahre lang keiner direkten Kontrolle hinsichtlich seines Waffenarsenals unterstanden hatte, muss den USA und Großbritannien zugestanden werden, dass die Möglichkeit durchaus bestanden hatte, dass der Irak wieder an einem Atomprogramm gearbeitet hatte. Ausgeschlossen werden konnte dies zumindest nicht, wobei sich automatisch die Frage stellt, in welchem Zeitraum der Irak in der Lage gewesen wäre eine einsatzbereite Nuklearwaffe zu besitzen. In diesem Zusammenhang muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass es zwar keine Kontrollen mehr im Irak gegeben hatte, der Irak allerdings noch immer sanktioniert war, und dass die Einfuhr von Waren und Güter immer noch durch die Internationale Staatengemeinschaft streng reglementiert gewesen war, sodass die Einfuhr wichtiger Materialien und Ausrüstungsgegenstände für den Betrieb eines Atomprogramms nach wie vor nur schwer möglich war. Ein Hinweis, der dafür sprach, dass der Irak nach 1998 sein Atomprogramm wieder gestartet hatte, war der Fund von Aluminiumröhren, die in den Irak geliefert werden sollten und durchaus im

---

<sup>689</sup> Krech, Hans: Der Bürgerkrieg im Irak (1991-2003), Berlin 2003, S.24

Rahmen der Urananreicherung Verwendung hätten finden können. Dass diese auch wirklich in diesem Bereich verwendet werden sollten, konnte jedoch bis heute nicht nachgewiesen werden.<sup>690</sup> Als der Irak nach den Terroranschlägen des 11. Septembers 2001 erneut Ziel der amerikanischen und britischen Sicherheitspolitik geworden war, wurden Studien von verschiedenen Expertengremien erstellt, die sich mit dem irakischen Atomprogramm auseinandergesetzt haben und die Fähigkeiten, die Zielsetzung und die künftige Entwicklung eines irakischen Atomwaffenprogramms als Gegenstand hatten. Bei den insgesamt vier amerikanischen und britischen Studien wurde darauf hingewiesen, dass der Irak weiterhin versucht Atomwaffen herzustellen und hierfür vermehrt versucht hatte Güter einzuführen, die sowohl zivil als auch militärisch einzusetzen waren.<sup>691</sup> Darüber hinaus verweisen die Studien darauf, dass irakische Atomwissenschaftler mittlerweile wichtige Fortschritte erzielt hätten, und dass der Irak versucht Uran für Nuklearwaffen anzureichern.<sup>692</sup> Obwohl die vier Studien in den oben genannten Punkten übereinstimmten, gab es aber auch gravierende Unterschiede, die sich vor allem auf den möglichen Zeitpunkt der Herstellung einer intakten Kernwaffe bezogen. Während die so genannte IISS-Studie davon ausgeht, dass der Irak mehrere Jahre dafür bräuchte, was von der britischen Studie mit fünf Jahre konkretisiert wurde,<sup>693</sup> ging die CIA-Studie von ca. drei Jahren aus.<sup>694</sup> Diese Vermutungen gingen von dem Fall aus, dass der Irak selbst Uran anreichern müsste, und dass dies den Bau einer Waffe verzögern würde. Allerdings spielten die Studien auch den Fall durch, dass der Irak bereits über hochangereichertes Uran verfügen könnte, wodurch sich die Entwicklungszeit deutlich reduzieren würde. In diesem Zusammenhang wird von einem Zeitraum von einigen Monaten bis hin zu zwei Jahren gesprochen. Was die Studien allesamt jedoch schuldig blieben, waren konkrete Beweise, für die dargestellten Szenarien. Auch die Hinweise darauf, dass die angesprochenen Aluminiumröhren für den Bau von Gaszentrifugen zur Urananreicherung verwendet werden sollten, oder dass ein afrikanischer

---

<sup>690</sup> Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2002, Berlin 2003, S. 16

<sup>691</sup> Kubbig, Bernd W.(Hrsg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, Die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt / New York 2003, S. 41

<sup>692</sup> Vgl. Ebd.

<sup>693</sup> Meier, Oliver: Die Aktivitäten im Atombereich. Die IAEO und das geheime Nuklearprogramm des Irak, in: Kubbig, Bernd W.(Hrsg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, Die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt a.M. 2003, S. 42

<sup>694</sup> Vgl. Ebd.

Staat angereichertes Uran gelieferte haben könnte, konnten nicht annähernd verifiziert werden. Die Studien konnten also nicht als Beweis für eine irakische Bedrohung mit Atomwaffen verstanden werden, sondern nur als eine Art Planspiel für eine eventuelle Bedrohung; mehr Wert hatten die Studien nicht. Es bleibt also festzuhalten, dass es im Vorfeld des Irak-Krieges keine konkreten Anhaltspunkte dafür gegeben hatte, dass der Irak über ein intaktes Atomwaffenprogramm verfügte. Weder die Studien, noch die vermeintlichen Zeugenaussagen über das unentdeckte Atomprogramm und den mutmaßlichen Atomtest 1989 konnten bis zum Krieg 2003 die Existenz eines derartigen Programms beweisen. Da die alliierten Streitkräfte bis in die Gegenwart keine Beweise für ein irakisches Atomprogramm gefunden haben, das nach 1998 betrieben worden war, müssen die Aussagen und die Studien daher als absolut nutzlos bewertet werden. Anders, als dies die USA und ihre Anhänger im Rahmen der Begründung für den Irak-Krieg 2003 angegeben hatten, bestand nie ein echtes Bedrohungspotential durch eine irakische Atombombe.

#### 4.2.5.3 Das irakische Biowaffen-Programm als Kriegsgrund

Während im Jahr 1991, als die UN die Waffenkontrollen im Irak gestartet hatte, die Existenz eines irakischen Atomprogramms und eines irakischen Chemiewaffenprogramms bekannt war, so tappte die UN hinsichtlich eventuell vorhandener irakischer Biowaffen eher im Dunkeln. Es wurde zwar vermutet, dass der Irak ein derartiges Programm unterhielt, jedoch gab es keine konkreten Hinweise, sodass die Suche nach solchen Waffen eher unkontrolliert und planlos von statten ging. Da die UN aber fest davon ausging, dass es im Irak Biowaffen und entsprechende Anlagen zur Herstellung gäbe, wurden sämtliche Orte und Fabriken untersucht, die zur Herstellung von Biowaffen geeignet gewesen wären. Besonders gründlich wurde schon damals eine Fabrik in Al Hakam untersucht, die alle Voraussetzungen erfüllt hatte, um Biowaffen zu produzieren.<sup>695</sup> Das Problem, dass es zunächst jedoch gegeben hatte, war der Mangel an Beweisen, obwohl alle Hinweise gegen die Aussagen der Iraker sprachen, die vehement behaupteten, dass dort Tierfutter hergestellt würde. Trotz der festen Überzeugung der Kontrolleure, dass dort Biowaffen hergestellt wurden, konnten sie dies den Irakern nicht nachweisen, sodass die Fabrik erst

---

<sup>695</sup> Scott Ritter in einem Interview mit William Rivers Pitt, nachzulesen in: Pitt, William Rivers: Krieg gegen den Irak. Was die Bush-Regierung verschweigt, 6.Aufl., Köln 2003, S. 43

einmal bestehen blieb; allerdings unter verschärfter Kontrolle. Auch wenn der endgültige Beweis für den eigentlichen Zweck dieser Fabrik bis dahin gefehlt hatte, so sorgte die strenge Überwachung der Anlage jedoch dafür, dass dort keine Biowaffen mehr hergestellt werden konnten. Obwohl der Irak stets verneinte über ein Biowaffenprogramm zu verfügen, so waren die Kontrolleure der festen Überzeugung, dass es doch ein Biowaffenprogramm gab. Diese starre und unnachgiebige Haltung der Kontrolleure wurde dann im Sommer 1995 belohnt, als der Irak zugeben musste, dass er doch über Biowaffen verfügte bzw. welche hergestellt hatte.<sup>696</sup> Grund für die Preisgabe des Biowaffen-Projekts war die Flucht von Hussein Kamel, einem Schwiegersohn Husseins, der zuvor die Position des Industrieministers innehatte, was auch die Kontrolle über die gesamte irakische Waffenproduktion beinhaltete und nach seiner Flucht jegliche Details über das Programm westlichen Sicherheitsdiensten zugänglich machte.<sup>697</sup> Aufgrund von Dokumenten, die auf einer Hühnerfarm gefunden wurden, konnten die Waffen-Inspektoren in etwa die Mengen aller hergestellten Biowaffen rekonstruieren. Den Dokumenten konnten die Kontrolleure entnehmen, dass ca. 95.000 Liter Anthrax, 25.000 Liter Botulinus-Toxin und 2.400 Liter Aflatoxine hergestellt worden waren.<sup>698</sup> Was die weitere Untersuchung des Biowaffenprogramms jedoch erschwerte, waren fehlende Unterlagen, über Produktionsablauf und Produktionsleistung sowie fehlende Nachweise über den Verbleib der Waffen. Der hatte nämlich seiner Zeit behauptet, das Programm 1991 beendet zu haben und alle einsatzbereiten Waffen und Giftstoffe vernichtet zu haben, wofür es jedoch nur unzureichende Beweise gab. Eine genaue Kontrolle der irakischen Angaben war nicht möglich, sodass eine lückenlose Aufklärung des irakischen Biowaffenprogramms nicht möglich war. In diesem Zusammenhang widersprechen sich einige Autoren, die sich mit dem Thema bereits auseinandergesetzt haben. Auf der einen Seite wird davon gesprochen, dass die UN-Waffeninspektoren nie eine intakte, mit biologischen Kampfmitteln bestückte, Waffe gefunden haben, genauso wenig wie sie irgendwelche

---

<sup>696</sup> Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2002, Berlin 2003, S. 15

<sup>697</sup> Blix, Hans: Mission Irak. Wahrheit und Lügen, München 2004, S. 46

<sup>698</sup> Krech, Hans: Der Bürgerkrieg im Irak (1991-2003), Berlin 2003, S.26

gelagerten Kampfstoffe ausfindig machen konnten;<sup>699</sup> lediglich die Vernichtung von 22 Tonnen Nährmedien für Biowaffen konnte durch die Kontrolleure erreicht werden.<sup>700</sup> Andere Autoren sprechen wiederum davon, dass der Irak nur einen Teil der Waffen selber zerstört haben soll, und dass ein Teil von den Inspektoren vernichtet worden sei. Egal, welche Version nun stimmt, Fakt ist, dass der Irak das Biowaffenprogramm jahrelang geheim gehalten hatte, obwohl er dazu verpflichtet gewesen ist, alle militärischen Programme zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen offen zu legen, und dass eine komplette Aufklärung über den wahren Bestand des Biowaffenarsenals nicht erbracht werden konnte. Dies hatte schlussendlich zur Folge, dass 1998, als die UN-Inspektoren das Land verlassen mussten, keine Klarheit darüber bestand, ob es nicht doch noch geheime Bestände an Biowaffen im Irak gäbe. Selbst der Rüstungskontrollbericht der Bundesregierung 2002 sprach davon, dass es weiterhin Aufklärungsbedarf hinsichtlich der genauen Mengen aller produzierten Biowaffen gab. Ebenso gab es kurz vor dem Krieg 2003 noch Ungewissheit über den Verbleib von Nährmedien und biowaffenfähigen Raketen und Bomben.<sup>701</sup> Genauso wenig konnte geklärt werden, ob es im Irak noch Fluggeräte gab, die biologische Waffen verbreiten konnten. Aber nicht nur die Lücken, die hinsichtlich der Aufdeckung des irakischen Biowaffenprogramms noch gegen Ende des Jahres 1998 bestanden, waren ausschlaggebend für die Behauptung der USA, der Irak würde wieder an Biowaffen arbeiten, sondern die fehlende Kontrolle bis zum Ende 2002 war maßgebend für die amerikanischen Vorwürfe. Die USA und ihre Verbündeten, die vehement behaupteten, der Irak verfügte noch über alte Bestände bzw. er hätte das Biowaffenprogramm nach 1998 wieder aufbauen lassen, stützten ihre Anschuldigungen hauptsächlich auf Aussagen, die von irakischen Überläufern stammten. Alexander Kekule verweist in diesem Zusammenhang mit Recht darauf, dass die Aussagen der Zeugen jedoch nicht unbedingt von sehr hoher Glaubwürdigkeit waren, da es sich bei den Zeugen

---

<sup>699</sup> Kekule, Alexander S.: Bio-Tod in 45 Minuten? - Das Biowaffenarsenal, in: Kubbig, Bernd W.(Hrsg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, Die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt / New York 2003, S. 44

<sup>700</sup> Zumach, Andreas: Einmal Schurke - immer Schurke? Der Irak seit dem Golfkrieg 1991, in: Hauswedell, Corinna; Weller, Christoph; Ratsch, Ulrich; Mutz, Reinhard; Schoch, Bruno (Hrsg.): Friedensgutachten 2003, Münster/Hamburg/London 2003, S. 83

<sup>701</sup> Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2002, Berlin 2003, S. 16

um Personen handelte, die Kontakt zum INC<sup>702</sup> hatten, der ja bekanntermaßen alles versuchte Saddam Hussein zu stürzen.<sup>703</sup> Die Gefahr, dass die Geschichten dieser Personen übertrieben, wenn nicht gar erlogen waren, ist daher sehr groß gewesen. Trotzdem bauten die USA ihre Anklage gegen das Regime auf derartige Aussagen auf. Im Kern behaupteten die vermeintlichen Zeugen, dass der Irak geheime unterirdische Labors unterhalte, in denen Biowaffen hergestellt würden, und dass es sogar fahrbare Labors gäbe, in denen solche Waffen produziert würden. Getarnt als normale zivile LKW sollen diese permanent ihren Standort gewechselt haben, um so den UN-Kontrollleuten entgehen zu können.<sup>704</sup> Dass es diese Fahrzeuge wirklich gegeben hat, konnten die USA vor Beginn des Krieges jedoch nicht beweisen. Auch die bereits erwähnten Studien, die sich schon mit dem irakischen Atomwaffenprogramm befasst hatten, beinhalteten zu diesem Thema keine entscheidenden neuen Erkenntnisse. Unvergesslich ist in diesem Zusammenhang der Auftritt vom damaligen US-Außenminister Colin Powell, der vor dem UN-Sicherheitsrat ein kleines Gefäß vorgeführt hatte, dessen Inhalt, hätte es sich wirklich um Anthrax gehalten, gereicht hätte, um in einer Großstadt eine Epidemie auszulösen, die im Tod tausender Menschen geendet hätte. Auf die angeblich vorhandenen fahrbaren Biowaffenfabriken ging der damalige Außenminister ebenfalls ein, ohne jedoch deren Existenz beweisen zu können. Das einzige, das er dem höchsten völkerrechtlichen Gremium zu diesem Thema vorlegen konnte, waren Zeichnungen, die das Äußere sowie den möglichen inneren Aufbau solcher Fahrzeuge zeigten. Als Beweis konnten diese allerdings nicht dienen.

Es zeigt sich also, dass die USA am Vorabend des Krieges nicht beweisen konnten, dass es im Irak ein bedrohliches Biowaffenprogramm gab. Das heißt allerdings nicht, dass der Verdacht, dass es ein solches Projekt doch gab, unbegründet war. Zwar ließen sich die Behauptungen der USA damals nicht verifizieren, jedoch gibt es im Irak aufgrund der Größe und der Geographie

---

<sup>702</sup> Der INC (Irakischer Nationalkongress) ist eine Organisation oppositioneller irakischer Politiker, die sich dem Ziel, Saddam Hussein zu stürzen; verschrien hat. Da eine derartige Organisation jede Möglichkeit nutzt, um Hussein zu schaden, sind sämtliche Aussagen mit einer gewissen Vorsicht zu genießen.

<sup>703</sup> Kekule, Alexander S.: Bio-Tod in 45 Minuten? - Das Biowaffenarsenal, in: Kubbig, Bernd W. (Hrsg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, Die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt / New York 2003, S. 45/46

<sup>704</sup> Vgl. Ebd., S.46

ausreichend Möglichkeiten Biowaffen zu verstecken. Die Existenz geheimer Lagerstätten bestand daher auf jeden Fall. Allerdings muss die Gefahr, die von geheimen und lange versteckten Biowaffen, ausgehen könnte, deutlich relativiert werden, da die biologischen Stoffe nur einer begrenzten Haltbarkeit unterliegen. Einsatzbereite Waffen hätten demzufolge regelmäßig gewartet werden müssen (Austausch der alten Stoffe gegen neue Substanzen), damit sie ihre tödliche Wirkung behielten. Da die Präsenz der UN-Waffeninspektoren jedoch die Arbeiten mit diesen Stoffen bis 1998 fast unmöglich gemacht haben und die mittlere Haltbarkeit bei wenigen Jahren liegt,<sup>705</sup> kann davon ausgegangen werden, dass eventuell vorhandene geheime Bestände kaum noch eine Gefahr darstellten. Außerdem hätte der Umgang mit den giftigen Substanzen einen besonderen Sicherheitsstandard erfordert, der in Höhlen oder ähnlichem nicht gegeben gewesen wäre. Letztendlich wurde das irakische Biowaffenprogramm spätestens durch die Instabilität der biologischen Kampfstoffe beendet. Die UN-Inspektoren konnten ihrerseits mit der Zerstörung einiger Anlagen und Einrichtungen dazu beitragen, dass der Wiederaufbau eines Biowaffenprogramms zumindest deutlich erschwert würde. Nach 1998 fehlten jedoch alle Kontrollen, sodass der Irak, streng genommen, wieder in der Lage gewesen wäre ein Biowaffenprogramm ins Leben zu rufen. Die Frage war nur, ob der Irak technisch auch in der Lage gewesen ist, dies zu tun, und ob er überhaupt Interesse daran hatte, die Risiken, die damit verbunden waren, auf sich zu nehmen. Obwohl prinzipiell die Möglichkeit bestanden hatte, dass es noch geheime Nährböden und Sporen dieser Substanzen gab, da diese Vorstufen einer Biowaffe in entsprechenden Kühlbehältnissen lange Zeit aufbewahrt werden können, fehlte es dem Irak an wichtigen Ausrüstungsgegenständen, die für die Herstellung dringend erforderlich sind. Aufgrund der Zerstörung dieser zuvor vorhandenen Ausrüstungsgegenstände durch Waffenkontrolleure wäre der Irak gezwungen, diese auf dem internationalen Markt zu erwerben, was aufgrund der strengen Einfuhrbeschränkungen fast unmöglich gewesen war. Einschränkend muss an dieser Stelle jedoch erwähnt werden, dass viele der Gegenstände, die zur Produktion von Biowaffen benötigt werden, auch in vielen zivilen Bereichen

---

<sup>705</sup> Scott Ritter in einem Interview mit William Rivers Pitt, nachzulesen in: Pitt, William Rivers: Krieg gegen den Irak. Was die Bush-Regierung verschweigt, 6.Aufl., Köln 2003, S. 59

Verwendung finden, vor allem in der Medizin und in der Pharmakologie.<sup>706</sup> Und genau bei diesem Punkt kam es immer wieder zu Schwierigkeiten bei der Erteilung der Erlaubnis zur Einfuhr in den Irak. Einerseits wurden diese Gegenstände aufgrund der schlechten Versorgungslage im Irak dringend für die Zivilbevölkerung benötigt, andererseits war man sich der möglichen Zweckentfremdung durch das Regime bewusst, sodass solche Waren nur in sehr geringen Mengen in das Land geliefert wurden; oftmals wurde die Einfuhr jedoch auch ganz abgelehnt. Hintergrund dieser sehr harten Haltung war, das Know-How des Irak, welches ihm erlaubt hätte mittels ziviler Einrichtungen relativ einfache Biokampfstoffe wie Anthrax und Botulinum in geringen Mengen herzustellen. Für eine groß angelegte Biowaffenproduktion wären die zivilen Ausrüstungsgegenstände jedoch nicht geeignet gewesen. Da sich die USA und ihre Verbündeten durchaus darüber im Klaren waren, dass die Behauptung, der Irak besäße wieder ein allumfassendes Biowaffenprogramm im Sicherheitsrat auf sehr starke Gegenwehr gestoßen wäre, beschränkte sich Colin Powell während der oben angesprochenen Sitzung auch nur auf die Darstellung einer kleinen Menge Anthrax, von der schon eine gewaltige Gefahr ausginge; zum Beispiel, wenn diese in einer (amerikanischen) Großstadt freigesetzt würde. Obwohl diese Gefahr aufgrund der technischen Voraussetzungen, die im Irak vorhanden waren, sicher als realistisch einzuordnen war, scheiterte die Erklärung von Colin Powell letztendlich jedoch daran, dass er nicht im Stande war, zu begründen, warum eine derart kleine Menge Anthrax für die USA so gefährlich war, dass ein militärisch Vorgehen unumgänglich schien. Die USA, die immer wieder betont hatten, dass der Irak eine latente Gefahr für die USA sei, konnten jedoch nicht erklären, wie diese Gefahr konkret hätte aussehen wollen, da der Irak über keine einzige Trägerwaffe verfügte, die auch nur annähernd in die Nähe amerikanischen Territoriums hätte kommen können; selbst die illegalerweise hergestellten Al-Samoud 2-Raketen, die die Inspektoren 2002/2003 gefunden hatten, lagen nur knapp über der erlaubten Reichweitenobergrenze von 150 Km; im Übrigen wurden die meisten davon während der letzten Inspektionsphase (27.11.2002-

---

<sup>706</sup> Kekule, Alexander S.: Bio-Tod in 45 Minuten? - Das Biowaffenarsenal, in: Kubbig, Bernd W. (Hrsg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, Die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt / New York 2003, S. 45/46

18.03.2003) unter Aufsicht der UNMOVIC zerstört.<sup>707</sup> In diesem Punkt scheiterte die amerikanische Argumentation. Aber nicht nur die Reichweite von potentiellen Trägerwaffen entpuppte sich als Problem, sondern auch die Tatsache, dass sich Biowaffen eigentlich gar nicht dafür eignen in Bomben und Raketen ausgebracht zu werden, da ein Großteil der Stoffe bei der Detonation unwiederbringlich zerstört würde und somit die erdachte Wirkung ausbliebe.<sup>708</sup>

Wie bei den Atomwaffen zeigt sich auch hier eine vollkommen überzogene Haltung der USA und ihrer „coalition of the willing“. Weder konnte die Existenz „alter“ Biowaffen nachgewiesen werden, noch konnten die USA beweisen, dass der Irak wieder an Biowaffen arbeitete. Einzig die Vermutung, dass er daran arbeitete, genügte den USA schon einen Krieg für unumgänglich zu halten. Und die geringen Mengen, die der Irak hätte herstellen können, stellten zu keinem Zeitpunkt eine wirkliche Gefahr für einen Nachbarstaat des Irak (z.B. Israel) oder für die USA dar.

#### 4.2.5.4 Das irakische Chemiewaffenprogramm als Kriegsgrund

Spätestens seit der Irak im Krieg gegen das Nachbarland Iran und gegen die irakischen Kurden chemische Kampfmittel eingesetzt hatte, war der Internationalen Staatengemeinschaft bekannt, dass Saddam Hussein im Besitz eines voll ausgebauten Chemiewaffenarsenals war. Viel erschreckender als der Besitz, war jedoch die Tatsache, dass er sich nicht gescheut hatte, diese geächteten Waffen auch im großen Rahmen einzusetzen. Während der Einsatz gegen die kurdische Bevölkerung „nur“ rund 5.000 Tote gefordert hatte, musste der Iran ungleich mehr Tote zählen. Die aktuellen Schätzungen hinsichtlich der direkt durch irakische Chemiewaffen getöteten Personen variieren dabei jedoch hinsichtlich der durch irakische Chemiewaffen getöteten Iraner. Britischen Erkenntnissen zufolge sollen rund 25.000 Menschen getötet worden sein,<sup>709</sup> wohingegen die USA sogar davon ausgehen, dass sich die

---

<sup>707</sup> Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2003, Berlin 2004, S.20

<sup>708</sup> Kekule, Alexander S.: Bio-Tod in 45 Minuten? - Das Biowaffenarsenal, in: Kubbig, Bernd W.(Hrsg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, Die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt / New York 2003, S. 48

<sup>709</sup> Hunger, Iris: Akute Bedrohung oder permanentes Risiko? – Die Chemiewaffen, in: Kubbig, Bernd W.(Hrsg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, Die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt / New York 2003, S. 52

wahre Anzahl von Opfern auf rund 80.000 beläuft.<sup>710</sup> Wie hoch die Zahl nun wirklich ist, kann allerdings von keiner Seite genau geklärt werden. Im Grunde genommen ist dies im Kontext dieses Kapitels nicht wichtig. Viel wichtiger ist herauszustellen, dass Saddam Hussein keine Skrupel hatte derartige Waffen nicht nur herzustellen, sondern auch einzusetzen. In dem Wissen, dass Hussein durchaus in der Lage war, Chemiewaffen effektiv einzusetzen, mussten die alliierten Truppen im Rahmen der Operation Desert Storm ebenfalls damit rechnen mit Chemiewaffen angegriffen zu werden. Dass Saddam Hussein dies jedoch nicht getan hatte, lag viel weniger daran, dass er kaum noch Chemiewaffen besaß, nachdem er diese so großzügig gegen den Iran eingesetzt hatte, als viel mehr daran, dass er es auch nicht brauchte. Im Vorfeld des Krieges stand nämlich fest, dass es bei der militärischen Operation nicht um den Sturz Husseins ging, sondern lediglich um die Befreiung Kuwaits; seine Macht war daher nicht gefährdet, sodass er auch nicht gezwungen war Massenvernichtungswaffen einzusetzen, um an der Macht zu bleiben bzw. um den Vormarsch der Alliierten auf Bagdad aufzuhalten.

Als der Irak im Februar den Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet hatte, indem er sich ebenfalls dazu verpflichtete, sein gesamtes Chemiewaffenprogramm zu offenbaren und der UN die Möglichkeit zu geben, dieses zu zerstören, startete ein umfassendes Programm zu Vernichtung des irakischen Chemiewaffenbestandes und der entsprechenden Anlagen. Bei der Erkundung des irakischen Arsenal wurde den UN-Waffenkontrolleuren erst einmal klar, mit was für einem professionellen Rüstungsbereich sie im Irak zu tun hatten. Nicht nur die Mengen, die die Inspektoren vorfanden, sondern auch die Vielfalt der Kampfmittel wurde von der UN recht überrascht zur Kenntnis genommen. Das in den 70er Jahren<sup>711</sup> gestartete Chemiewaffenprogramm umfasste Bestände von Senfgas und Sarin, wobei auch vermutet worden war, dass der Irak auch VX-Nervengas hergestellt haben soll.<sup>712</sup> Hierfür fehlten jedoch zunächst die Beweise; auch die irakische Regierung bestritt, VX jemals hergestellt zu haben. Da VX im Vergleich zu den anderen

---

<sup>710</sup> Hunger, Iris: Akute Bedrohung oder permanentes Risiko? – Die Chemiewaffen, in: Kubbig, Bernd W.(Hrsg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, Die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt / New York 2003, S. 52

<sup>711</sup> Krech, Hans: Der Bürgerkrieg im Irak (1991-2003), Berlin 2003, S.26

<sup>712</sup> Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2002, Berlin 2003, S. 16

Chemiewaffengattungen wesentlich schwieriger herzustellen war, und somit die Möglichkeit durchaus bestand, dass der Irak wirklich keine VX-Bestände hatte, wurde das Hauptaugenmerk darauf gelegt, die bekannten Kampfmittel zu beseitigen. Auf der Grundlage der irakischen Angaben, dass während des gesamten Chemiewaffenprojekts ca. 20.000 Tonnen Vorstoffe und ca. 3.800 Tonnen fertiger Kampfmittel hergestellt worden waren,<sup>713</sup> begannen die Waffenexperten der UN damit diese Substanzen, chemiewaffentaugliche Waffenträger und Munition zu vernichten. Allerdings hatten sich die Anzahl und die Menge der Chemiewaffen bzw. der einzelnen Substanzen, über die der Irak nach dem Krieg noch verfügte, nach irakischen Angaben deutlich reduziert. Bedingt durch die Zerstörung einiger Bestände durch die alliierten Luftangriffe und bedingt durch den Einsatz im Iran-Irak-Krieg behauptete der Irak nur noch über 128.000 teils befüllter, teils leerer Munition sowie über nur noch 412 Tonnen einsatzbereiter chemischer Waffen zu verfügen.<sup>714</sup> Hinzu kamen noch 3.900 Tonnen für die Herstellung von Chemiewaffen benötigter Substanzen.<sup>715</sup> Von diesen 412 Tonnen waffenfähiger Kampfstoffe wurden daraufhin 411 Tonnen von der UN zerstört; zuzüglich 3.000 Tonnen der oben benannten Vorstoffe.<sup>716</sup> Von dem rund 128.000 Stück umfassenden Munitionsarsenal konnten die Inspektoren jedoch nur 38.000 zerstören.<sup>717</sup> Auch wenn andere Quellen von sogar 46.000 sprechen,<sup>718</sup> so lag die Zahl der zerstörten Granaten, Bomben und Raketen, noch deutlich unter der eigentlich vorhandenen Menge. Geht man davon aus, dass von den 128.000 vorhandenen Munitionsarten der größte Teil nicht befüllt war, und dass sich die Inspektoren zunächst auf die befüllten Geschosse konzentriert hatten, kann davon ausgegangen werden, dass hier der größte Teil der einsatzbereiten Munition vernichtet worden ist. Allerdings, und wie sollte dies auch anders gewesen sein, gab es nach dem Abzug der UN-Inspektoren 1998 hinsichtlich des

---

<sup>713</sup> Hunger, Iris: Akute Bedrohung oder permanentes Risiko? – Die Chemiewaffen, in: Kubbig, Bernd W. (Hrsg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, Die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt / New York 2003, S. 51

<sup>714</sup> Hunger, Iris: Akute Bedrohung oder permanentes Risiko? – Die Chemiewaffen, in: Kubbig, Bernd W. (Hrsg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, Die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt / New York 2003, S. 52

<sup>715</sup> Vgl. Ebd.

<sup>716</sup> Vgl. Ebd.

<sup>717</sup> Hunger, Iris: Akute Bedrohung oder permanentes Risiko? – Die Chemiewaffen, in: Kubbig, Bernd W. (Hrsg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, Die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt / New York 2003, S. 52

<sup>718</sup> Krech, Hans: Der Bürgerkrieg im Irak (1991-2003), Berlin 2003, S. 26

Verbleibs intakter Chemiewaffensysteme noch erheblichen Klärungsbedarf, zumal die UN ziemlich genau die Bestände des Iraks kannte. Insbesondere ging es um den Verbleib von 122 mm und 155 mm Raketen sowie um R-400-Bomben,<sup>719</sup> deren Verbleib auch im Rahmen des Biowaffenprogramms nicht geklärt werden konnte. Insgesamt handelte es sich dabei um 550 Artilleriegeschosse und 6.000 Bomben.<sup>720</sup> Was jedoch noch viel mehr Rätsel hervorrief, war der Verbleib von VX-Nervengasbeständen. Anfangs noch als nicht existent behandelt, wobei die UN-Experten immer danach gesucht hatten, gab der Irak im Jahr 1997 erstmals zu, an der Produktion von VX gearbeitet zu haben. Der Grund weshalb die UN das VX-Projekt nicht eher entdeckt hatte, lag darin, dass das VX-Programm in einem Gebäudekomplex in der bekannten Chemiewaffenfabrik Muthanna beherbergt war, der während der Luftangriffe zerstört worden war.<sup>721</sup> Diese Bombenruine wurde daher von den Waffeninspektoren zunächst nicht weiter untersucht, bis sie eines Tages damit begannen die eingestürzten Gebäudeteile zu entfernen. Was sie dort fanden war nichts anderes als ein Labor zur Herstellung von VX-Nervengas; jenem Giftgas, dessen Existenz die Iraker stets verneint hatten. Erschrocken über diesen Fund, die UN war bis dato davon überzeugt das gesamte Chemiewaffenprogramm des Irak gekannt zu haben, machten sich die Kontrolleure daran die Hintergründe des VX-Projekts aufzudecken. Im Zuge der Ermittlungen mussten sich die Inspektoren jedoch immer wieder mit widersprüchlichen Angaben seitens des Iraks auseinandersetzen. Diese andauernde Konfrontation mit Lügen und Falschaussagen erschwerte es den Kontrolleuren, das wahre Ausmaß des VX-Programms aufzuklären.<sup>722</sup> Da die UN aber darauf aus war, alle Details über das irakische VX in Erfahrung zu bringen, wurde die ehemalige Chemiewaffenfabrik peinlichst genau untersucht, mit dem Ergebnis, dass nachgewiesen werden konnte, dass dort wirklich mit VX gearbeitet worden war. Die Iraker, die sofort danach gefragt wurden, warum der Irak stets verneint habe, VX hergestellt zu haben, obwohl er dies

---

<sup>719</sup> Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2002, Berlin 2003, S. 16

<sup>720</sup> Hunger, Iris: Akute Bedrohung oder permanentes Risiko? – Die Chemiewaffen, in: Kubbig, Bernd W.(Hrsg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, Die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt / New York 2003, S. 52

<sup>721</sup> Scott Ritter in einem Interview mit William Rivers Pitt, nachzulesen in: Pitt, William Rivers: Krieg gegen den Irak. Was die Bush-Regierung verschweigt, 6.Aufl., Köln 2003, S. 49

<sup>722</sup> Vgl. Ebd.

doch getan hatte, beantworteten die Frage damit, dass es ihnen nicht gelungen sei VX in einer stabilen Form herzustellen, und dass sie es deshalb nicht angegeben hatten.<sup>723</sup> Infolgedessen wollten die Waffenkontrolleure natürlich wissen, wo die entwickelten Substanzen verblieben seien, worauf ihnen ein Feld gezeigt wurde, auf dem die Stoffe „entsorgt“ worden seien. Da aber nur VX-Bestandteile und VX-Vorstoffe gefunden wurden, schien die letzte Aussage der Iraker, nämlich, dass sie keinen fertigen Kampfstoff herstellen konnten, zu stimmen. Dass die Iraker aber auch dieses Mal gelogen hatten, konnten die Inspektoren wenig später beweisen, als sie Flüssigkeitsbehälter untersucht hatte, an denen Spuren von stabilem VX gefunden wurden. Darauf angesprochen, behaupteten die Iraker, dass es ihnen zwar doch gelungen sei einsatzfähiges VX herzustellen, die Chemikalien jedoch nie in einer Waffe gefechtsbereit gemacht zu haben.<sup>724</sup> Wie nicht anders zu erwarten, war auch dies gelogen, da die UN kurze Zeit später Scud-Raketen gefunden hatten, deren Sprengköpfe mit VX befüllt gewesen waren.<sup>725</sup> Allerdings waren diese Sprengköpfe schon in einer Waffenvernichtungsanlage zerstört worden. Allerdings endeten hier nicht die Untersuchungen hinsichtlich des VX-Programms. Die UN, die nun dabei war alles über das VX herauszufinden, konnte im weiteren Verlauf der Nachforschungen noch Ausrüstungsgegenstände und Apparaturen sicherstellen, die der Irak jahrelang vor der UN versteckt hatte. Für die UN stellte sich nun, nachdem sie mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit die gesamte Ausrüstung für die VX-Produktion zerstört hatte, die Frage, ob es noch heimlich Bestände von VX im Irak gäbe. Der Irak hatte zwar zwischenzeitlich zugegeben ca. 4 Tonnen VX hergestellt zu haben,<sup>726</sup> jedoch waren die Produktionskapazitäten derart groß, dass auch wesentlich mehr (bis zu 200 Tonnen) hergestellt worden sein könnten.<sup>727</sup> Da die UN bis zu ihrem Abzug 1998 keine weiteren VX-Vorräte mehr gefunden hatte, und im Bewusstsein, dass der Irak gerade, was das VX betrifft, voll auf Konfrontationskurs mit der UN gewesen war, muss hier ganz deutlich herausgestellt werden, dass das irakische VX und dessen Verbleib immer noch

---

<sup>723</sup> Scott Ritter in einem Interview mit William Rivers Pitt, nachzulesen in: Pitt, William Rivers: Krieg gegen den Irak. Was die Bush-Regierung verschweigt, 6.Aufl., Köln 2003, S. 49

<sup>724</sup> Vgl. Ebd., S. 50

<sup>725</sup> Vgl. Ebd.

<sup>726</sup> Hübschen, Jürgen: Die Zukunft des Irak – Pax Americana?, Wiesbaden 2005, S. 220

<sup>727</sup> Krech, Hans: Der Bürgerkrieg im Irak (1991-2003), Berlin 2003, S. 26

ein Rätsel war, und dass man sogar davon ausgehen musste, dass es noch ein geheimes Arsenal gab.

Alles in allem gab es 1998, als die UN-Waffenkontrolleure den Irak verlassen mussten, berechnete Zweifel darüber, ob der Irak nun wirklich chemiewaffenfrei war, oder ob er nicht doch noch über einsatzbereite Bestände verfügte. Die Gefahr, dass der Irak noch immer über derartige Massenvernichtungswaffen verfügte, war daher ungleich höher, als dies im Bereich der nuklearen und biologischen Waffen war. Besonders besorgniserregend war indes, die lange Zeit ohne Kontrollen. Obwohl die UN alle Chemiewaffenanlagen zerstört hatte, und dies gilt als sehr sicher, war die Gefahr nach 1998 sehr groß, dass der Irak sein Chemiewaffenprogramm wieder aufgenommen hatte. Von den drei Massenvernichtungswaffenarten waren die Chemiewaffen, diejenigen, die der Irak komplett beherrscht hatte. Die USA und ihre Verbündeten gingen daher davon aus, dass der Irak recht schnell wieder in der Lage gewesen wäre, eine intakte Chemiewaffenindustrie aufzubauen, zumal es im Irak eine relativ gut ausgebaute chemische Industrie gab, deren Materialien für die Entwicklung von Chemiewaffen geeignet gewesen sind. Welches Problem sich hier vor allem darstellte, waren diejenigen Güter, die in der zivilen irakischen Chemieindustrie verwendet wurden, die gleichermaßen aber auch für militärische Zwecke Verwendung hätten finden können. Im Rahmen des Oil for Food-Programms, das trotz der Ausweisung der Waffenkontrolleure weiterhin Bestand hatte, wurde sehr genau darauf geachtet, welche „dual use“-Güter der Irak importierte. Die Importmengen wurden dabei so gering wie nur eben möglich gehalten. Daraus lässt sich zwar folgern, dass der Irak auf legalem Wege kaum Möglichkeiten hatte, Ausrüstungsgegenstände oder chemische Substanzen, in großen Mengen zu importieren. Auch darf bezweifelt werden, dass der Irak in der Lage gewesen war, derartiges Material in größeren Mengen illegal zu beschaffen.

Bleibt also abschließend festzuhalten, dass potentielle irakische Chemiewaffen, die einzigen Massenvernichtungswaffen waren, die eine latente Gefahr für die irakischen Nachbarn bzw. für die amerikanischen Verbündeten gewesen waren. Sei es, weil es keine zuverlässigen Angaben darüber gab, ob der Irak 1998 noch einsatzbereite Substanzen oder ganze Waffensysteme besaß, oder sei es, weil die irakischen Kapazitäten zur Produktion von

Chemiewaffen nach wie vor, wenn auch rudimentär, vorhanden waren. Da die USA bis heute jedoch auch keine Chemiewaffen oder waffentaugliche Substanzen im Irak gefunden haben, die den Krieg im Nachhinein rechtfertigen könnten, muss der Krieg auch in Bezug auf die Bedrohung durch Chemiewaffen als übertriebene Maßnahme eingestuft werden.

#### 4.2.5.5 Die Verbindung des Irak zur Al-Qaida als Kriegsgrund

Als die USA nach den Terroranschlägen des 11. Septembers 2001 öffentlich zum Kampf gegen den Internationalen Terrorismus aufriefen und die Welt in Gut und Böse unterteilten,<sup>728</sup> blieb auch der Irak davon nicht verschont. In seiner berühmten Rede sprach George W. Bush von den Gefahren des neuen Jahrtausends, womit er einerseits die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und andererseits die Ausbreitung des Internationalen Terrorismus meinte. Obwohl die USA schon seit langer Zeit eine Liste von so genannten „Schurkenstaaten“ besaßen, in denen Länder aufgeführt werden, denen oben genannte Punkte vorgeworfen werden, nahm Präsident Bush die damals aktuellen Terroranschläge zum Anlass, konkret auf drei Staaten hinzuweisen, die als Gefahr für den Weltfrieden eingestuft wurden und deshalb als die „Achse des Bösen“ bezeichnet worden waren.<sup>729</sup> Zu diesen Staaten gehörte neben Iran und Nordkorea auch der Irak, der beschuldigt worden war, nicht nur Massenvernichtungswaffen herzustellen, sondern auch in engem Kontakt zum Internationalen Terrorismus zu haben. Dies wurde kurz drauf von den USA als *ein* offizieller Grund für den drohenden Militärschlag gegen das Regime in Bagdad verbreitet. Was war aber dran, an dieser Behauptung? Die USA und Großbritannien stützten ihre Behauptung in erster Linie auf ein Treffen zwischen einem irakischen Geheimdienstmitarbeiter und Mohammed Atta, dem Chefterroristen des 11. Septembers in Prag im Vorfeld der Terroranschläge in den USA. Allerdings konnten die USA keine weiteren Beweise für eine Verbindung zwischen dem Irak und der Al-Qaida vorlegen. Aber nicht nur, dass es Kontakte gegeben haben soll, wurde dem Irak unterstellt, sondern auch das Training im Umgang mit

---

<sup>728</sup> Aust, Stefan; Schnibben, Cordt(Hrsg.): Irak. Geschichte eines modernen Kriegs, München / Hamburg 2003, S.21

<sup>729</sup> Gießmann, Hans J.: „Achse des Bösen“: Das selektive Feindbild der Bush-Doktrin, in: Hauswedell, Corinna; Weller, Christoph; Ratsch, Ulrich; Mutz, Reinhard; Schoch, Bruno(Hrsg.): Friedensgutachten 2003, Münster, Hamburg, London 2003, S.62

Massenvernichtungswaffen<sup>730</sup> sowie die Weitergabe von Massenvernichtungswaffen an Terrororganisationen wurde der irakischen Regierung vorgeworfen. Da wir heute wissen, dass der Irak keinerlei Beziehungen zum Terrornetzwerk hatte, und dass das ominöse Treffen in Prag gar nicht stattgefunden hat, wird deutlich, dass die USA und ihre Verbündeten händeringend nach Gründen gesucht hatten, den Angriff auf den Irak zu legitimieren. Trotz der Tatsache, dass es nie irgendwelche Kontakte zwischen dem Terrorregime in Bagdad und der Al-Qaida gegeben hat, darf den USA jedoch keinesfalls vorgeworfen werden, dass sie dies im Vorfeld hätten wissen müssen. Es gibt eine Reihe von Gesichtspunkten, die für einen Kontakt sprachen und es gibt einige Anhaltspunkte anhand derer man hätte erkennen können, dass ein Kontakt sehr unwahrscheinlich war. Für eine Verbindung sprach grundsätzlich, dass beide Seiten in den USA, in Israel und im Westen gemeinsame Feinde hatten. Beide Seiten kämpften gegen die westliche Präsenz in der islamischen Welt und gegen den Staat Israel. Obschon Saddam Hussein kein Gotteskrieger im Al-Qaida-Sinne war, sondern eher als ein weltlicher, auf Macht ausgerichteter, Diktator zu verstehen war, schien der islamische Glaube im Irak seit Mitte der 90er Jahre verstärkt in die irakische Politik miteinbezogen zu werden. Hintergrund war die Errichtung zahlreicher sunnitischer Glaubenseinrichtungen, wie etwa Schulen oder Moscheen, was natürlich auch im Westen wahrgenommen wurde. Wenn man diese Entwicklung beobachtet und sich vor Augen hält, dass Bin Laden selbst whahabbitischer Sunnit war, konnte man zugegebenermaßen schnell vermuten, dass Hussein den Irak zu einem sunnitischen Gottesstaat machen wollte. Dem war aber nicht so, da Hussein dies nur getan hatte, um den schiitischen Glauben im Irak zu schwächen. Eine plötzliche Umkehr hin zu einer islamistischen Politik war unter Saddam Hussein also zu keiner Zeit gegeben. Dennoch konnte die verstärkte Islamisierung im Irak diesen Anschein erwecken; in diesem Fall wäre eine Verbindung zur Al-Qaida durchaus denkbar, ja sogar wahrscheinlich gewesen. Ob der Irak, hätte er denn Massenvernichtungswaffen gehabt, der Al-Qaida auch biologische oder chemische Waffen für ihren Kampf zur Verfügung gestellt hätte, kann jedoch bezweifelt werden, denn der Irak hätte selbst zunächst Schwierigkeiten gehabt

---

<sup>730</sup> Hübschen, Jürgen: Die Zukunft des Irak – Pax Americana?, Wiesbaden 2005, S. 251

diese herzustellen, vor allem in großen Mengen, sodass er die „paar“ Massenvernichtungswaffen selber behalten hätte, um ein eigenes Drohpotential aufzubauen. Die oben aufgeführten Gesichtspunkte zeigen also, dass durchaus die Möglichkeit bestanden hatte, dass Saddam Hussein ein Bündnis mit der Al-Qaida eingegangen wäre, allein schon getreu dem Motto: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund.“. Das Problem aber war, dass die USA keine Beweise für eine etwaige Verbindung vorweisen konnten. Im Gegensatz zu den Indizien, die für einen Kontakt sprachen, gab es auch eindeutige Hinweise darauf, dass es mit Sicherheit keine Verbindung gab. Insbesondere die tiefe Abneigung zwischen den beiden Führungspersönlichkeiten Saddam Hussein und Osama Bin Laden sprach gegen jedweden Kontakt. Darüber hinaus gibt es, außer der gemeinsamen Haltung gegenüber dem Westen und Israel, keine gemeinsame politische Ausrichtung. Saddam Hussein, der im Grunde seines politischen Herzens das Ziel verfolgte den Irak zum mächtigsten arabischen Staat zu machen, sei es im Rahmen eines irakischen Großreiches, oder sei es im Rahmen eines irakisch dominierten Großarabien, wollte daher nichts anderes als reine weltliche Macht. Bin Laden hingegen war darauf aus, einen islamistischen Gottesstaat zu errichten, in dem es keine weltlichen Vorzüge geben sollte. Trotz gemeinsamer Feinde, wäre eine effektive Zusammenarbeit daher nicht, oder nur sehr schwer möglich gewesen. In diesem Zusammenhang gab es aber noch einen weiteren Punkt der gegen eine Verbindung sprach. Dieser zeigt sich allerdings erst dann, wenn man danach fragt, welchen Nutzen die eine oder die andere Seite gehabt hätte. Saddam Hussein, der selber, wenn auch nur noch sehr dezimiert, über eine eigene Armee verfügte, hätte aus militärischer Sicht keinen wirklichen Nutzen gehabt. Auch der Einsatz von Al-Qaida-Mitgliedern für das Verüben von Terroranschlägen war für Saddam Hussein kein Reiz, da er eigene gut ausgebildete Terroristen besaß, die im Rahmen seines Geheimdienstes eingesetzt wurden, allerdings in erster Linie um im Ausland lebende Regimekritiker aufzuspüren und zu töten. An terroristischen Aktivitäten, die sich gegen die USA oder Israel richteten, hatte Hussein nie Interesse gezeigt, da er seinen Kampf immer mit militärischen Mitteln austrug; auch wenn dies immer zum Scheitern verurteilt war. Auf der anderen Seite hatte aber auch Bin Laden keinen besonderen Nutzen davon, sich mit dem Irak zu verbünden. Bin Laden, der weder in Saudi-Arabien, noch im

Sudan dauerhaft Unterschlupf finden konnte, war im Grunde genommen froh darüber, dass er bei den Taliban ungestört am Ausbau seiner Terrorgruppe arbeiten konnte. Zum damaligen Zeitpunkt schenkte die Weltöffentlichkeit dem Staat Afghanistan und der Talibanregierung kaum Aufmerksamkeit, was jedoch anders gewesen wäre, hätte er sich mit dem Irak verbündet. Bis zum Jahr 1998 waren zahlreiche UN-Inspektoren vor Ort, die jede Al-Qaida-Aktivität sofort wahrgenommen hätten. Nach 1998 war Bin Laden in Afghanistan derart etabliert, dass er gar nicht darauf angewiesen war, einen weiteren staatlichen Unterstützer anzuwerben, zumal er Hussein in keinsten Weise trauen konnte, und das wusste Bin Laden. Da der Irak aber auch nach dem Abzug der Waffenkontrollen noch unter besonderer internationaler Beobachtung stand, war der Kontakt zu Hussein einfach zu riskant, vor allem, weil Bin Laden bereits in Afghanistan ins Fadenkreuz genommen worden war, nachdem die amerikanischen Botschaften in Afrika Opfer terroristischer Anschläge geworden sind.

Insgesamt zeigt sich also, dass die Wahrscheinlichkeit, dass der Irak ernstzunehmende Kontakte zur Al-Qaida gehabt hat, in Wirklichkeit sehr gering war. Noch geringer war also auch die Gefahr, der Irak könnte Bin Laden mit Massenvernichtungswaffen versorgen, da Hussein zunächst daran gearbeitet hätte die eigenen Streitkräfte mit einer glaubwürdigen Menge an derartigen Waffen auszurüsten. Außerdem hätte die Gefahr bestanden, dass Bin Laden die Waffen gegen das Hussein-Regime eingesetzt hätte, um dort einen Gottesstaat zu errichten, denn eins hat die Erfahrung gezeigt, Bin Laden und die Al-Qaida waren und sind in ihren Handlungen und Methoden ganz und gar nicht zu kalkulieren, auch nicht für scheinbar Verbündete.

#### 4.2.6 Das irakische Erdöl als Kriegsgrund

Ähnlich wie 1990/1991 waren die USA und ihre Verbündeten auch 2003 in den Medien als Kriegstreiber bezeichnet worden, denen es nur um das irakische Erdöl ging. Dass es aber auch eine reale Gefahr gab, die es vielleicht nicht 2003, aber in mehr oder weniger naher Zukunft hätte geben können (Vgl. Kap. 4.2.5.1), wurde dabei nur selten erwähnt. Dennoch wirft das Handeln der Alliierten auch in diesem Bereich eine Reihe von Fragen auf, da auch die Behauptung der Kriegsgegner, den USA ginge es nur um das Öl, einer

gewissen Realität entspricht. Welche Rolle das irakische Öl im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg 2003 nun wirklich gespielt hat, soll daher in diesem Kapitel näher beleuchtet werden.

Betrachtet man sich die amerikanische Sicherheitspolitik und hierbei in erster Linie die Interessen, die die USA im Nahen und Mittleren Osten vertreten, „stolpert“ man automatisch über die so genannte „Carter-Doktrin“. Diese, vom ehemaligen amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter erstellte Sicherheitsdoktrin, sieht die Hauptinteressen der USA im Schutz Israels und in der Sicherung des Ölflusses. Allein diese, noch immer gültige, Doktrin weist eindeutig daraufhin, dass der Faktor Öl ein wesentlicher Bestandteil der amerikanischen Golfpolitik ist; eine daraus schließende Verbindung auch zum irakischen Öl scheint daher auf jeden Fall gegeben zu sein. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die USA nur aus diesem Grund Krieg gegen den Irak geführt haben, dennoch kann dieser Umstand als erstes Indiz dafür herangezogen werden. Wie bereits oben erwähnt, war der Irak nach den ersten zögerlichen Lockerungen der Sanktionen daran interessiert seine Waren vom asiatischen Markt zu beziehen sowie die Erdöllieferungen in diese Richtung zu lenken, da die Abneigung gegen den Westen zu hoch gewesen war. Generell hätte dies zunächst keine negativen Auswirkungen für die USA oder für den Westen gehabt, da das irakische Öl dafür gesorgt hätte, dass der Preis stabil bliebe, ganz egal ob das Öl nun für Asien zur Verfügung gestellt wird oder für den Westen. Die Hauptsache war ja, dass das Öl überhaupt auf dem internationalen Ölmarkt erscheint. Im Falle des Iran läuft dies ja seit Jahren nicht anders, denn das iranische Öl findet vor allem in Asien seine Abnehmer. Der Verkauf des irakischen Öls an asiatische Kunden kann daher allein für sich betrachtet kaum als Kriegsgrund herhalten, denn sonst hätten die USA auch den Iran unter Druck setzen müssen bzw. einen Krieg gegen das Mullah-Regime führen müssen. Wenn man das irakische Öl als Kriegsgrund heranziehen will, muss nach tieferen Gründen gesucht werden. In der Vergangenheit haben die USA zwar schon des öfteren Kriege um Öl entweder provoziert oder unter einem Vorwand selber geführt, jedoch haben es die USA bis 2003 immer vermieden einen Krieg zu führen, bei dem es offensichtlich nur darum ging, die Hoheit über einen Rohstoff zu erringen. Im Falle des Irak-Kriegs 2003 haben die USA zwar auch die Massenvernichtungswaffen und den Kampf gegen Terrorismus

als Kriegsgrund angeführt, jedoch gab es bei dem Waffengang 2003 wesentlich mehr Anhaltspunkte dafür, dass es zu einem nicht unerheblichen Teil um den Rohstoff Öl ging. Ein erster Anhaltspunkt dafür, dass der Irak hauptsächlich wegen seines schwarzen Goldes angegriffen worden ist, war die neue amerikanische Situation hinsichtlich der Versorgung mit Erdöl, denn Mitte der 90er Jahre hatte sich das Verhältnis von Erdölimport und Erdöleigenförderung in den USA negativ entwickelt. Aufgrund der sinkenden amerikanischen Vorkommen, verbunden mit der teils stark veralteten Fördertechnologie in den Vereinigten Staaten, und aufgrund des stetig wachsenden Bedarfs innerhalb der USA, waren die USA seit 1997 gezwungen mehr Öl zu importieren, als sie selber fördern konnten. In Anbetracht der Tatsache, dass seit diesem Zeitpunkt die amerikanische Öl-Eigenproduktion weiter abgenommen hat, stieg die Abhängigkeit vom außer-amerikanischen Öl. Da die USA solch eine Situation nicht kannten, im Gegensatz zu den ölarmen europäischen Staaten, wie z.B. Deutschland, ist leicht auszurechnen, was dies für psychologische Folgen für die USA hatte. Vor dem Hintergrund, dass die gesamte amerikanische Macht, wirtschaftlich wie auch militärisch, darauf fußt, Zugang zum Erdöl zu haben, nun immer mehr vom Wohlwollen anderer abhing, schien die neue Situation ein auf Dauer unhaltbarer Zustand zu sein. Zum damaligen Zeitpunkt war diese Situation noch nicht so verfahren, als dass die USA panikartig reagieren mussten, jedoch rückte die künftige Versorgung mit Erdöl wieder verstärkt ins Zentrum der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik. Insbesondere die Zukunftsaussichten bezüglich der künftigen Verteilung der Vorkommen in Verbindung mit den aufstrebenden asiatischen Staaten, die auch einen Teil des Ölkuchens haben wollten (mussten), mussten die USA eine neue, intensivere Erdölpolitik betreiben. Es ist daher kaum verwunderlich, dass die USA in der zweiten Hälfte der 90er Jahre sogar mit den Taliban über den Bau einer Erdölpipeline verhandelten, obwohl sie deren islamistisches Treiben kannten, und obwohl sie wussten, dass sie dem damals schon sehr verhassten Osama Bin Laden Unterschlupf gewährten. Das Pipeline-Projekt, das den Bau einer Pipeline vom Kaspischen Meer hin zur pakistanischen Küste vorsah, scheiterte jedoch, sodass die USA einen neuen Weg finden mussten, die künftige Versorgung mit Erdöl zu sichern. Da gegen Ende der 90er Jahre das Ölpreisniveau ziemlich niedrig war und eine akute Unterversorgung nicht

drohte, waren die USA nicht genötigt überstürzt zu handeln, wobei sie das Ziel einer langfristigen Versorgungssicherheit noch immer fest vor Augen hatten. Aber nicht nur Afghanistan und die Kaspische Region waren für die USA mögliche Auswege aus der potentiellen künftigen Versorgungsmisere, sondern auch der Irak rückte vor diesem Hintergrund wieder in den Mittelpunkt, und zwar schon in der zweiten Hälfte der 90er Jahre. Als der Irak 1998 die UN-Waffenkontrolleure ausgewiesen hatte, nutzten die USA und Großbritannien die Gelegenheit, um eine Koalition gegen den Irak aufzubauen; allerdings endete dies nur in der jämmerlichen Operation Desert Fox<sup>731</sup>, da es kaum Staaten gab, die die USA und Großbritannien unterstützen wollten. Aus den bereits genannten Gründen, u.a. der Kosovo-Konflikt, der sowohl amerikanische als auch europäische Streitkräfte gebunden hatte bzw. zu binden drohte, blieb ein großer Militäreinsatz im Irak aus. Hier darf aber auch nicht vergessen werden, dass die Clinton-Regierung in ihren Handlungen generell wesentlich gemäßigte war, als die Nachfolge-Regierung unter Bush. Die Clinton-Regierung wollte Hussein zwar stürzen, jedoch war sie letztlich nicht bereit, hierfür einen Krieg anzufangen. Es blieb daher bei gelegentlichen Kämpfen zwischen der irakischen Luftabwehr und amerikanischen und britischen Flugzeugen. Ein möglicher Grund, weshalb die USA damals nicht schon einen Krieg gegen den Irak geführt haben, war die unsichere Situation hinsichtlich der möglichen russischen Reaktion, denn Russland war damals, unter der (alkoholbeeinflussten) Regierung Jelzin, kein sicher kalkulierbarer Akteur. Es hätte durchaus passieren können, dass sich die bis dato aufgebauten Beziehungen wieder hätten verschlechtern können, woraus sich sehr schnell ein neuer Ost-West-Konflikt hätte entwickeln können. Obwohl sich die Beziehungen zwischen Ost und West stetig gebessert hatten, so war Russland nur sehr schwer einzuschätzen, da viele wichtige Regierungsorgane noch in den Händen alter kommunistischer Funktionäre lagen, die zum Teil, insgeheim nur darauf gewartet hatten, einen neuen Kalten Krieg zu entfachen. Ein Angriff auf den Irak hätte genau dies auslösen können, denn niemand war in der Lage vorherzusehen, ob Jelzin in diesem Falle die Macht behalten hätte, oder ob er

---

<sup>731</sup> Die Operation Desert Fox war eine zeitlich begrenzte Luftkampagne der USA und Großbritanniens, die hinsichtlich ihrer Effizienz weit hinter ihren Erwartungen zurückblieb, da der Irak trotz der Angriff, die Wiedereinreise der UN-Inspektoren verhinderte.

von den russischen Hardlinern zu drastischeren Schritten verleitet worden wäre.

Exkurs:

*Wie unberechenbar Russland zum damaligen Zeitpunkt noch war, konnte man während des Kosovo-Krieges sehen, denn kurz nachdem die NATO ihre Luftangriffe auf den Kosovo und Serbien eingestellt hatte und erste NATO-Bodentruppen unterwegs waren, um die im Waffenstillstandsvertrag vereinbarten Kontrollzonen zu „besetzen“, kam es zu einem Zwischenfall, bei dem es beinahe Kämpfe zwischen russischen Soldaten und britischen NATO-Truppen gekommen war. Als die Briten, deren Aufgabe es sein sollte, den Flughafen in Pristina zu sichern, das Flughafenareal einnehmen wollten, befanden sich dort bereits russische Soldaten, die in einer heimlichen Nacht- und Nebelaktion von Bosnien aus dorthin gebracht worden waren, um den russischen Interessen vor Ort Nachdruck zu verleihen. Russland, das zwar an der UN-Mission in Bosnien beteiligt war, jedoch einen Krieg gegen Serbien und den Kosovo strikt abgelehnt hatte, wollte sich so ein gewisses Mitspracherecht „erpressen“. Nachdem die Briten die russischen Soldaten entdeckt hatten, blieben diese zunächst in sicherer Distanz, um keine Eskalation heraufzubeschwören; allerdings lautete der Befehl, den sie vom NATO-Hauptquartier erhalten hatten, den Flughafen wie geplant komplett unter ihre Kontrolle zu bringen. Da der britische Kommandeur vor Ort wohl wesentlich intelligenter war, als die Befehlshaber in Brüssel, kam es nicht zu dieser Aktion, da er sich weigerte, irgendeine provozierende Aktion gegenüber den russischen Truppen zu starten. Er widersetzte sich daraufhin dem Befehl mit den Worten: „Ich fange hier doch nicht den Dritten Weltkrieg an!“. Eine weise Entscheidung, denn das Problem konnte wenig später dahingehend gelöst werden, dass die NATO Russland das Recht zusprach eigene Truppen im Kosovo zu stationieren, allerdings ohne eigenem Mandatsgebiet. Zudem mussten sich die russischen Soldaten unter das Kommando der NATO stellen. Kein Mensch weiß, wie die Situation ausgegangen wäre, wenn es zu einem Schusswechsel gekommen wäre, jedoch zeigen die Ereignisse von Pristina geradezu ideal, dass Russland noch gegen Ende der 90er Jahre kein sicherer Partner war.*

In Anbetracht des oben beschriebenen Ereignisses, und man kann sicher sein, dass die USA wussten, dass Jelzin-Russland im Prinzip noch unberechenbar war, lässt sich schnell verstehen, weshalb ein Krieg gegen den Irak zum damaligen Zeitpunkt einfach nicht möglich war. Außerdem bestand damals auch nicht die Notwendigkeit einen ölbedingten Krieg zu führen, da die Ölpreise um die Jahrtausendwende auf einem stabilen niedrigen Niveau waren und ein Versorgungsengpass nicht zu erwarten war. Zwar befand sich der Ölpreis seit 1999 wieder in einer steigenden Phase, jedoch hatte das Preisniveau gegen Ende 2000 seinen vorläufigen Peak erreicht, woran sich alsbald wieder eine Schwächung abzeichnete. Seit Beginn des Jahres 2001 befand sich der Ölpreis wieder auf dem Rückzug. Es gab also keinen akuten Grund Angst zu haben, dass es zeitnah eine Versorgungs- oder Ölpreiskrise geben würde, zumindest sah dies für eine gewisse Zeit so aus. Die USA hatten demnach auch keinen Grund den Irak, aus welchen Gründen auch immer, anzugreifen. Die Ereignisse des 11.Septembers 2001 sollten diese jedoch sehr bald ändern. Es kam im Anschluss an die Terroranschläge in den USA zu einer kompletten Neuausrichtung der amerikanischen Sicherheitspolitik, die nach außen vor allem dadurch geprägt war einen weltweiten Kampf gegen den Terrorismus zu führen und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen durch staatliche Akteure oder durch Terrororganisationen zu verhindern. Der 11.September 2001 war also der Auslöser für eine weltweite Anti-Terrorkampagne, bei der die USA mit harten Worten nicht sparsam umgingen. Einerseits wurde die Achse des Bösen genannt, die die Staaten Irak, Iran und Nordkorea umfassten, da diese den Internationalen Terrorismus unterstützen würden und weil sie Massenvernichtungswaffen produzieren würden, die eine Gefahr für die freie Welt darstellen würden. Andererseits begann die US-Administration eine Einteilung der Welt in Schwarz und Weiß, in Gut und Böse, wobei die US-Regierung alles und jeden als Böse bezeichnete, der sich nicht an die Seite der USA stellen wollte. Noch während die USA Krieg gegen die Taliban in Afghanistan führten, wurden Pläne entwickelt, die eine Invasion des Iraks und den militärischen Sturz Saddam Husseins vorsahen. Hätten sich die USA an dieser Stelle an ihre eigenen Worte gehalten, so hätte nicht der Irak, sondern der Iran oder Nordkorea als Ziele einer verschärften amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik auserkoren werden müssen.

Zum einen, weil diese Staaten definitiv über Massenvernichtungswaffen und Trägersysteme verfügen und zum zweiten, weil die ehemaligen UN-Waffenkontrolleure des Iraks die Existenz eines bedrohlichen Potentials dieser Waffen im Irak ausdrücklich verneinten. Die nicht geklärten Bestände an alten Waffen konnten nicht als ernsthafte Bedrohung angesehen werden und die Kapazitäten zur Entwicklung neuer Waffen wurden offiziell als sehr gering eingeschätzt. Allein dieser Umstand zeigt, dass der Irak nicht nur wegen seiner angeblichen Massenvernichtungswaffen unter Druck gesetzt worden war. Ein weiterer Hinweis darauf, dass es nicht nur um die Waffen ging, zeigen die Ereignisse des Jahres 2002. Bereits zu Beginn des Jahres 2002 wurde allmählich klar, dass die USA einen Waffengang gegen den Irak planten, da sie trotz aller internationalen Widerstände die militärische Präsenz in der Golfregion verstärkten. Was die militärische Planung der USA jedoch erschwerte, war das Verhalten Saudi-Arabiens und der Türkei, die sich nicht sofort auf die Seite der USA schlugen, sondern eine eher abwartende Haltung einnahmen, da sie von den amerikanischen Absichten alles andere als überzeugt waren. Als die USA dann im Sommer 2002 die neue amerikanische Sicherheitsstrategie veröffentlichten, war klar, dass ein Krieg unausweichlich war. Dennoch versuchten die Kriegsgegner, angeführt von Russland, Frankreich und Deutschland eine friedliche Lösung zu finden, indem sie den UN-Sicherheitsrat einschalteten, um sich erneut mit dem Irak zu beschäftigen. Im Glauben, dass die USA wirklich nur wegen der drohenden Gefahr irakischer Massenvernichtungswaffen und möglicher Verbindungen zum Terrorismus, einen Krieg führen wollten, wurde darauf gedrungen eine verschärfte Resolution zu verabschieden, die eine Wiedereinsetzung der Waffenkontrolleure ermöglichen sollte. Das Ergebnis der Verhandlungen war die Resolution 1441, in der der Irak aufgefordert worden war, die Inspektoren wieder ins Land zu lassen und uneingeschränkt mit ihnen zusammenzuarbeiten; andernfalls hätte der Irak mit ernsthaften Konsequenzen zu rechnen. Im Gegensatz zu den vorhergegangenen Resolutionen sollte es dieses Mal keinerlei Bewegungseinschränkungen für die Waffenkontrolleure geben. Um die Arbeitsbedingungen der Kontrolleure weiter zu verbessern, erhielten sie dieses Mal wesentlich bessere Ausrüstungen zum Aufspüren verbotener Stoffe und Substanzen. Insbesondere die Kriegsgegner bemühten

sich, den Kontrolleuren High-Tech-Geräte an die Hand zu geben. Der Irak akzeptierte, wenn auch mit Unbehagen die Resolution und ließ die Kontrolleure umgehend ins Land. Zu diesem Zeitpunkt schien es, als hätte die irakische Führung verstanden, dass ein Scheitern der Mission unweigerlich zu einem amerikanischen Angriff führen würde, zumal die USA ihre Kriegsmaschinerie weiter vorantrieben. Außerdem wurde in der Resolution von einer „letzten Chance“ gesprochen, die der Irak nun habe. Die Folge war eine erstaunlich kooperative Haltung des Irak, da es zu keinen nennenswerten Verzögerungen oder Behinderungen gekommen war. Die von Hans Blix und Mohammed el-Baradei angeführte Kontrollgruppe konnte jeden Ort ohne Störungen kontrollieren. Zwar gab es verschiedene Diskussionspunkte hinsichtlich der irakischen Angaben und den Positionen der Kontrolleure, jedoch hielten sich diese, im Vergleich zu früher, in Grenzen. Sogar die einst unkontrollierten Präsidentenpaläste konnten nun durchsucht und Zeugen ohne Beisein irakischer Offizieller verhört werden. Insgesamt war die Zusammenarbeit zwischen der UN und dem Irak also deutlich besser als zuvor. Obwohl Hans Blix in einem Zwischenbericht darauf hinwies, dass der Irak widersprüchliche Angaben hinsichtlich alter Massenvernichtungswaffen gemacht habe, und dass es diesbezüglich Probleme bei der Aufklärung gäbe, war Blix davon überzeugt das „Irak-Problem“ friedlich lösen zu können. Es konnten nämlich keine alten Massenvernichtungswaffen gefunden werden. Auch gab es keinen ernstzunehmenden Anhaltspunkt dafür, dass der Irak neue Waffen oder dafür vorgesehene Einrichtungen gebaut habe. Das einzige, was nach unabhängiger Expertenmeinung, gewiss gegen die UN-Auflagen verstoßen hatte, waren so genannte Al-Samoud-Raketen, die sehr wahrscheinlich eine größere Reichweite als die gestatteten 150Km hatten. Aber auch dies war kein wirkliches Problem, denn der Irak begann recht schnell damit, diese Raketentypen zu vernichten. Dies half jedoch alles nichts, die USA wollten den Krieg, sodass die UN-Inspektoren nach Bekanntgabe eines 48-Stunden-Ultimatums, den Irak zum Selbstschutz wieder verließen. Am 20.03.2003 begann daraufhin der Dritte Golfkrieg; ein Krieg, der auf keiner rechtlichen Grundlage basierte und für den es keinen akuten Grund gab, denn der Irak, und dies war damals schon deutlich, besaß mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit keine Massenvernichtungswaffen.

Die Folgerung daraus ist daher schlichtweg, dass der Krieg nicht nötig war, denn eine dauerhafte Waffenkontrolle hätte den Irak auf lange Sicht daran gehindert Massenvernichtungswaffen herzustellen. Es bleibt also festzuhalten, dass die UN-Kontrollen bis 1998 ihre Aufgabe erfüllt hatten, und dass der Irak keine neuen ABC-Waffen-Programme betrieben hatte. Der offizielle amerikanische Grund, den Irak anzugreifen, war somit nichts mehr wert. Dass der Krieg dennoch stattgefunden hat, lässt also vermuten, dass die USA eine ganz andere Strategie verfolgt haben, und dass der Rohstoff Öl eine weitaus größere Rolle gespielt hat.

Seitdem die USA eine Negativ-Bilanz hinsichtlich des Verhältnisses von Ölimport und Öleigenförderung vorzuweisen haben, waren die USA darauf bedacht, ihre Verbindungen zu Saudi-Arabien und anderen Öllieferanten zu pflegen. Allerdings zeigt sich gerade in den letzten Jahren, dass neben den klassischen Industriestaaten nun auch andere Staaten, wie z.B. China und Indien ein starkes Interesse daran haben, ihren eigenen stark gestiegenen Ölbedarf langfristig zu sichern. Eine Lockerung der Sanktionen gegen den Irak oder gar eine vollkommene Handelssouveränität hätte garantiert zur Folge gehabt, dass sich das Regime in Bagdad asiatische Kunden für das Öl ausgesucht hätten, denn die Beziehungen zum Westen waren, mit wenigen Ausnahmen, einfach zu schlecht. Wie bereits oben erwähnt hätte dies zunächst keine negativen Auswirkungen für den Ölmarkt gehabt, jedoch wäre für die USA ein wichtiger potentieller Öllieferant auf lange Sicht unerreichbar gewesen. Hussein hätte sich seine Kunden aussuchen können. Nachdem die USA 1979 im Iran einen wichtigen Verbündeten verloren hatten, und der Irak seit 1991 ebenfalls als Öllieferant ausgefallen war, waren die USA also darauf angewiesen, dass der saudische Ölfluss nicht zum Erliegen kommt. Allerdings stand die saudische Regierung innenpolitisch unter Druck, da ihr ständig vorgeworfen wurde, sie sei nichts anderes als Sklaven der USA. Um dieser Behauptung entgegenzutreten, hatte sich die saudische Regierung in den letzten Jahren etwas von den USA distanziert, was in Washington sofort als zunehmender Anti-Amerikanismus gedeutet wurde. Während die Gegebenheiten in den späten 90er Jahren einen Krieg gegen das Regime Bagdad noch nicht notwendig machten, da China und Indien noch einen überschaubaren Ölbedarf hatten, so hatte sich dies im neuen Jahrtausend

allmählich geändert. Der Bedarf stieg und mit ihm die Preise, sodass davon auszugehen war, dass es in Zukunft zu Versorgungsengpässen kommen könnte, wenn sich nicht noch weitere „Quellen“ auftun würden. Der Irak war eine solche Quelle, jedoch eine, die von einem Diktator geführt wurde, der alles tun würde, dem Westen, vor allen den USA zu schaden. Die USA, die viel zu sehr auf die sichere Versorgung mit Erdöl fixiert sind, haben dieses potentielle Szenario natürlich gesehen. Genauso, wie sie gesehen haben, dass es in Saudi-Arabien eine islamistische Untergrundbewegung gab, die der staatlichen Ordnung, vielleicht nicht jetzt, aber irgendwann gefährlich werden könnte. Wäre der Fall eingetreten, dass die saudische Regierung von Islamisten gestürzt worden wäre, so hätte dies unweigerlich zu einer Behinderung, wahrscheinlich aber zu einem kompletten Stopp der Öllieferungen geführt, da Islamisten kein Interesse an Petrodollars haben. Deutlich wurde dies bei den Taliban in Afghanistan. Dies wäre natürlich ein „worst-case“- Szenario für die USA gewesen, da dies den Untergang des letzten ölbesitzenden Verbündeten im Mittleren Osten bedeutet hätte. Außerdem hatten die USA, die die Kaspische Region als mögliche Lösung für die Ölversorgung betrachtet hatten, mittlerweile herausgefunden, dass die Vorkommen in der Kaspischen Region als zu hoch eingeschätzt worden waren. Die USA, die sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts im Angesicht drohender Versorgungsknappheit sahen, waren gezwungen nach einer Lösung zu suchen, denn in Asien lauerte harte „Öl“-Konkurrenz, der eigene Bedarf stieg weiter, wohingegen die eigenen Reserven immer weniger wurden, und Saudi-Arabien wurde zunehmend von islamistischem Gedankengut unterwandert. Der Irak war der einzige Ausweg, da es innerhalb der Achse des Bösen keinen weiteren Staat gab, der in Frage kam. Der Iran war zu sehr mit anderen Staaten vertraglich verbunden, die einen Krieg garantiert nicht zugelassen hätten und Nordkorea besitzt kein Öl. Außerdem waren beide Staaten militärisch weitaus ernstzunehmendere Gegner als der Irak, sodass ein Krieg mit wesentlich mehr Opfern einhergegangen wäre. Der Irak war also der ideale Gegner; er besitzt Öl, er wurde von einem Diktator geführt, er hat in der Vergangenheit Massenvernichtungswaffen gebaut und eingesetzt und er hatte eine schwache Armee, gegen die ein schneller Sieg zu erwarten war.

#### 4.2.7 Politische Situation des Nachkriegsiraks

Nachdem die alliierten Streitkräfte unter der Führung der USA am 20. März 2003 den Krieg gegen den Irak begonnen hatten, war recht schnell klar, dass der Krieg nicht allzu lange dauern würde. Der Irak, der zu Beginn des Krieges etwa 397.000 Soldaten<sup>732</sup> unter Waffen hatte, war den alliierten Streitkräften weit unterlegen, obwohl diese zahlenmäßig nicht das Niveau des Iraks erreicht hatten; die USA hatten lediglich 255.000 Soldaten vor Ort,<sup>733</sup> die von rund 46.000 britischen Soldaten ergänzt wurden.<sup>734</sup> Das irakische Militär litt immer noch unter den Folgen der beiden ersten Golfkriege und des Waffenembargos, sodass die irakischen Soldaten keine modernen Waffen besaßen, die ihnen wenigstens eine Chance zur Verteidigung hätten geben können. Die Folge dieses ungleichen Kampfes war der schnelle Sieg der Alliierten; offiziell wurden die Kampfhandlungen bereits am 30. April 2003 für beendet erklärt. Mit dem Sieg über das Hussein-Regime und der Zerschlagung der Baath-Partei war das Problem „Irak“ jedoch noch nicht gelöst, da die Alliierten ein in jeder Hinsicht zerstörtes Land vorfanden, bei dem es in allen Bereichen mangelte. Die Versorgung mit Strom und Wasser der Bevölkerung war weitgehend zerstört, die Versorgung mit Lebensmitteln und Medizin war auf einem absoluten Tiefpunkt angelangt und es fehlte eine staatliche Kontrolle, die Plünderungen und Chaos verhindern konnte. Die Alliierten waren also gezwungen im Irak ein umfassendes Wiederaufbauprogramm zu starten. Zudem musste der Irak, der nach den Wünschen der Alliierten ein demokratischer Staat werden sollte, eine neue Regierung erhalten. Rückblickend auf die Geschichte des Iraks, war der Plan, eine Demokratie zu errichten, ein vollkommenes Novum, denn der Irak und seine Bevölkerung kannten bis dato nur die Monarchie und die Diktatur des Baath-Regimes bzw. Saddam Husseins. Die USA und ihre Verbündeten waren dennoch davon überzeugt, dass es möglich wäre, dort demokratische Prinzipien implementieren zu können. Eines der Argumente, die die USA in diesem Zusammenhang angeführt hatten, war die Tatsache, dass es dem Westen nach dem Zweiten Weltkrieg ja auch gelungen sei das ehemalige Hitler-Deutschland

---

<sup>732</sup> Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2002, Berlin 2003, S. 58

<sup>733</sup> Münkler, Herfried: Der neue Golfkrieg, Reinbek bei Hamburg 2003, S.20

<sup>734</sup> Hübschen, Jürgen: Die Zukunft des Irak – Pax Americana?, Wiesbaden 2005, S. 297

zu demokratisieren. Die USA glaubten jedoch mit dieser Aussage jene Skeptiker, die es als unmöglich betrachteten den Irak zu demokratisieren, umstimmen zu können. Jene Skeptiker verwiesen in ihren Begründungen nämlich auf die besonderen Gegebenheiten im Irak, vor allem in Bezug auf die verschiedenen Ethnien und deren Verhältnis zueinander. Insbesondere das Verhältnis von Sunniten und Schiiten wurde in diesem Zusammenhang genannt und die möglichen Folgen, die eine schiitische Mehrheit für den Irak als Staat haben könnte. Schon damals wurde darauf hingewiesen, dass es zu Auseinandersetzungen zwischen diesen Volksgruppen kommen könnte, da die Schiiten jahrzehntelang unter der sunnitischen Minderheiten-Diktatur und zuvor unter den sunnitischen Königen gelitten hatten. Da sich die USA trotz dieser offensichtlichen Probleme nicht davon abbringen ließen ein demokratisches System zu errichten und den Staat als Ganzes bestehen zu lassen, wurden bereits kurz nach dem Ende des Krieges erste irakische Politiker benannt, die sich mit der Ausgestaltung der künftigen Demokratie befassen sollten. Das erste Gremium, das Teile der Amtsgeschäfte übernommen hatte und sich mit der Bildung eines neuen Regierungssystems und einer neuen Verfassung befassen sollte, war der so genannte Regierungsrat; bestehend aus 4 Schiiten, 3 Sunniten und 2 Kurden.<sup>735</sup> Dieser Rat gründete daraufhin im September 2003 ein erstes Kabinett, dessen Führung jedoch dem Regierungsrat als oberste Instanz oblag. Entsprechend der Bevölkerungszusammensetzung wurden die Ministerien auf Schiiten, Sunniten, Kurden, Christen und Turkmenen aufgeteilt. Allerdings lag die staatliche Kontrolle nach wie vor bei der amerikanischen Zivilverwaltung und nicht bei den irakischen Politikern, die in der arabischen Welt als Marionetten der USA bezeichnet wurden. Auf dem weiteren Weg hin zu einer neuen irakischen Regierung und hin zu einem neuen irakischen Politiksystem wurde im Frühjahr, genau genommen am 8. März 2004, vom Regierungsrat eine provisorische Verfassung in Kraft gesetzt.<sup>736</sup> In dieser Verfassung bekräftigten die Mitglieder des Regierungsrates ein republikanisches, föderales, demokratisches und pluralistisches Regierungssystem im Irak zu installieren.

---

<sup>735</sup> Hübschen, Jürgen: Die Zukunft des Irak – Pax Americana?, Wiesbaden 2005, S. 341

<sup>736</sup> Bawa, Hussain Ali: Demokratie und Föderalismus im Irak. Wunsch und Wirklichkeit, in: Kreuzer, Mary; Schmidinger, Thomas (Hrsg.): Irak. Von der Republik der Angst zur bürgerlichen Demokratie?, Freiburg 2004, S. 180/181

Die neue Interims-Regierung sollte gemäß der Verfassung aus einer Nationalversammlung, einem Präsidialrat und einem Ministerrat bestehen. Letztere angeführt von einem Präsidenten (Präsidialrat) und einem Ministerpräsidenten (Ministerrat). Die Nationalversammlung, die aus 275 Abgeordneten mit einem Mindestanteil von 25% weiblichen Vertretern bestehen sollte, sollte sich im Kern mit der Entwicklung einer endgültigen Verfassung und der allgemeinen Gesetzgebung beschäftigen. Neben der Aufteilung des Iraks in verschiedene Provinzen, die sich im Rahmen des neuen Föderalismus selbst verwalten sollten, beinhaltete die Übergangsverfassung auch einen Zeitplan für die Entwicklung des endgültigen irakischen Politiksystems, einschließlich der Erlangung der vollen Souveränität. Am 1. Juni 2004 kam es dann zu einer Einigung zwischen den USA und dem noch amtierenden Regierungsrat über die Besetzung des Präsidenten-, Vizepräsidenten-, und Ministerpräsidenten-amtes, sodass der Regierungsrat aufgelöst werden konnte, um das provisorische System in Kraft setzen zu können. Ein weiterer wichtiger Punkt auf den sich die Parteien ebenfalls einigen konnten, war die Übergabe der Regierungsgewalt an die irakischen Vertreter zum 30. Juni 2004. Die US-Zivilverwaltung wurde jedoch schon am 28. Juni aufgelöst, sodass der Irak offiziell seit dem 28. Juni 2004 wieder als souveräner Staat gilt. Um den Demokratisierungsprozess im Irak voranzutreiben, wurde bereits im August 2004 im Rahmen einer Konferenz die erste Nationalversammlung ins Leben gerufen, die im darauf folgenden Januar von einer erstmals frei gewählten Versammlung abgelöst wurde. Diese Nationalversammlung, das erste vom Volk gewählte Parlament, wählte dann im April 2005 die neue Regierung des Irak; als Präsident wurde der Kurde Dschalal Talabani gewählt, und als seine Stellvertreter der Sunnit Ghazi al-Jawar und der Schiit Adel Abdul Mahdi. Diese Regierung und die Nationalversammlung hatten daraufhin den Auftrag eine endgültige Verfassung zu erarbeiten, über die dann in einem Referendum entschieden werden sollte. Anders als bei den Verhandlungen zur Übergangsverfassung und zur vorübergehenden Zusammensetzung der irakischen Regierung standen die Verhandlungen über die endgültige Verfassung unter keinem guten Stern. Grund hierfür waren die demographischen Gegebenheiten und die unterschiedlichen Mengenverhältnisse der einzelnen Volksstämme zueinander.

Besondere Befürchtungen hatten in diesem Zusammenhang die sunnitischen Vertreter, da sie sich von einer schiitischen Mehrheit bedroht sahen. In Anbetracht der schiitischen Dominanz hinsichtlich des Bevölkerungsanteils schien diese Sorge auch berechtigt, denn in einer Demokratie entscheidet immer die Mehrheit des Volkes, in diesem Fall also die Schiiten. Die Sunniten, aber auch andere Minderheiten, wie zum Beispiel die Turkmenen wollten daher eine besondere Klausel in der Verfassung, die ihnen mehr Mitspracherecht einräumte, als ihnen durch die Gegebenheiten zustanden. Aber nicht nur die bloße Angst vor der politischen Bedeutungslosigkeit, führte zu der harten Haltung der Sunniten, sondern auch die Angst vor Racheakten und Unterdrückung durch die Schiiten und Kurden, die ja jahrzehntlang von der sunnitischen Minderheitenregierung unterdrückt worden waren. Da es im Rahmen der Verhandlungen jedoch zu keiner konkreten Lösung gekommen war, mit denen die Minderheit hätten leben können, verließen die Sunniten im August 2005 kurzerhand die Verhandlungsrunde, mit der Folge, dass nun nur die Kurden und die Schiiten über die Zukunft des Iraks verhandelten; im Prinzip war dies aus sunnitischer Sicht ein schlechter Schachzug, denn so hatten sie auch den letzten Funken Einfluss bei der Ausarbeitung einer Verfassung verspielt. Die Sunniten kehrten zwar wieder an den Verhandlungstisch zurück, da sie einem erheblichen Druck seitens der USA und der UN ausgesetzt waren, jedoch war ihre Abneigung dermaßen groß, dass die sunnitischen Führer offen zum Boykott des Referendums aufriefen. Augenscheinlich war dieser Aufruf nicht sehr sinnvoll, denn bei einem Boykott der Sunniten, wäre die Verfassung auf jeden Fall angenommen worden; es reichte nämlich die absolute Mehrheit. In Wirklichkeit aber erhofften sich die Sunniten davon eine Ablehnung der Verfassung, da es in Bezug auf den Wahlmodus eine Klausel gab, die eine automatische Ablehnung zur Folge gehabt hätte, wenn in drei Provinzen mindestens  $\frac{2}{3}$  der abgegebenen Stimmen gegen die Verfassung gestimmt hätten. Allerdings geschah dies nicht, da es trotz des Boykott-Aufrufs nicht zu einer solchen Situation gekommen war. Grund dafür, dass die Verfassung doch noch angenommen wurde, war die Bereitschaft einiger Sunniten trotz der offensichtlichen Einschränkungen für die sunnitische Gemeinde, dem Irak die Chance auf eine demokratische Zukunft zu geben. Aufgrund dieser Sunniten, die den Mut hatten dem Aufruf

ihrer politischen Eliten zuwider zu handeln, kam es am 15. Oktober 2005 beim Referendum über die Verfassung zu einer erstaunlich hohen Anerkennung der Verfassung; es stimmten nämlich 79% der Wähler für die Annahme,<sup>737</sup> wobei die Wahlbeteiligung lediglich bei recht mageren 63% lag.<sup>738</sup> Dennoch hat der Irak seit dem 15. Oktober 2005 eine demokratische Verfassung, die den Weg für freie und demokratische Wahlen für das Jahr 2006 freigemacht hat. Auch wenn es augenscheinlich Defizite bei der irakischen Verfassung geben mag, so handelt es sich hierbei dennoch um ein politisches System, das es so im gesamten islamisch geprägten Nahen und Mittleren Osten nicht noch einmal gibt. Im Großen und Ganzen entspricht das irakische Modell westlichen Standards, mit Ausnahme der Festlegung, dass der Islam die offizielle Staatsreligion ist, und dass der Islam bzw. Teile seiner Glaubensgrundsätze Bestandteil der Gesetzgebung und der Rechtsprechung sind. In Bezug auf das Parteiensystem im Irak zeigt sich allerdings ein eher ernüchterndes Bild, da sich das Gros der Parteien weniger durch inhaltliche Schwerpunkte definiert, was eine gewisse Überkonfessionalität bedeuten würde, als vielmehr durch die ethnische und religiöse Herkunft. Mit wenigen Ausnahmen repräsentieren die Parteien nur ihren eigenen Volksstamm und ihre eigene Religion, sodass inhaltliche Probleme und wichtige Themen hauptsächlich über die Stammes-Zugehörigkeit der Politiker entschieden werden. Da ein solches Handeln jedoch die Integrität des Staates Irak auf Dauer gefährden könnte, ist es unabdinglich, dass sich die politischen Eliten im Irak darauf konzentrieren das Nationalgefühl im Irak zu stärken und die religiösen und ethnischen Hürden zu überwinden.

Die Chance für eine derartige Weichenstellung bekam die irakische Bevölkerung dann am 20. Mai 2006, als sie aufgerufen war, das erste Parlament im Zeichen der neuen und endgültigen Verfassung zu wählen. Einerseits war dies die Geburtsstunde des neuen demokratischen Irak, andererseits zeigte sich hier, dass die Befürchtungen um eine schiitische Dominanz im Irak aufgrund der demographischen Vorgaben, durchaus gerechtfertigt waren. Von den 275 Sitzen im Parlament hatten die Schiiten

---

<sup>737</sup> Eichhorst, Kristina; Sinjen, Svenja: Die irakische Verfassung: Ein geeignetes Mittel zur Lösung ethnischer Konflikte?, in: Politische Studien, Januar-Februar 2006, S.1

<sup>738</sup> Vgl. Ebd.

nämlich 140 erhalten,<sup>739</sup> also die absolute Mehrheit, was nichts anderes bedeutet, dass die Schiiten, sämtliche Gesetze, die keine besonderen Mehrheiten benötigen, im Alleingang gegen jeden Einwand der übrigen Gruppen durchsetzen können. Die Sunniten, die einen solchen Wahlausgang befürchtet hatten, waren dementsprechend enttäuscht über das Ergebnis. Die Folge des Ergebnisses war eine Zunahme der Gewalt von sunnitischen Aufständischen, da sich diese gegen die schiitische Herrschaft zu wehren versuchen. Obwohl die neue Regierung im Irak schiitisch geprägt ist, handelt es sich hierbei jedoch nicht um einen homogenen Block, in dem es kaum Meinungsverschiedenheiten gibt, sondern um ein Regierungsbündnis, in dem es zum Teil sehr unterschiedliche Meinungen gibt. Während die SCIRI als vom Iran unterstützte Partei darauf bedacht ist, die Sharia im Rahmen der Rechtsprechung zu stärken, handelt es sich bei der DAWA-Partei um eine Partei, die sich im Kern für die Modernisierung des Islams ausspricht und den Kontakt zum Westen sucht. Die dritte schiitische Regierungspartei, die so genannte „Irakische Liste“ vom ehemaligen Übergangspräsidenten Allawi ist wiederum eine eher säkulare Partei, die aufgrund ihrer Versöhnungspolitik hinsichtlich der irakischen Ethnien, auch Anhänger in den sunnitischen Reihen findet.

Bei der Betrachtung der Regierungsparteien zeigt sich also, dass der Irak nicht von einer streng schiitischen Administration geführt wird, sondern von einem Regierungsbündnis, das aufgrund der verschiedenen politischen Auffassungen durchaus auch die Belange der Sunniten oder anderer Minderheiten vertreten kann. Gerade die beiden gemäßigten Parteien DAWA und Irakische Liste geben Grund zur Hoffnung, dass der Irak gerecht und für alle Volksgruppen fair regiert werden kann, denn die schiitischen Hardliner sind trotz der schiitischen Mehrheit eher in der Unterzahl. Welche Folgen das Ergebnis dennoch für den Frieden und für die Sicherheit im Irak bedeutet hat, wird noch näher erläutert.

---

739

#### 4.2.8 Die irakische Wirtschaft und die Rolle des irakischen Erdöls

Als die offiziellen Kampfhandlungen beendet waren und das Hussein-Regime gestürzt war, fanden die USA und ihre Verbündeten ein vollkommen zerstörtes Land vor, das sich wirtschaftlich und industriell auf Entwicklungsländniveau befand. Drei Kriege und die 12 Jahre dauernden Sanktionen hatten dazu geführt, dass alltägliche Dinge wie Strom oder Wasser als etwas Besonderes gesehen wurden. Auch die Lage der Bevölkerung hinsichtlich der Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten befand sich auf einem menschenwürdigen Stand. Erschwerend kam hinzu, dass in der ersten Zeit nach dem Sieg über den Irak, Plünderer dafür sorgten, dass sich eh schon bedrohliche Versorgungslage noch weiter verschlechterte. Die USA und ihre Verbündeten waren zu diesem Zeitpunkt mit diesem Problem vollkommen überlastet, da es zu wenig Militärpolizisten gab, die sich um die Plünderer hätten kümmern können. Auch die irakischen Polizeikräfte konnten die Situation nicht entspannen, da sie nicht wussten, wie die Alliierten reagieren würden, wenn sie zum Beispiel Waffen einsetzten. Aufgrund der Situation, die die Alliierten vorfanden, wurde daraufhin recht schnell ein Wiederaufbauprogramm ins Leben gerufen, das den Irak in jeder Hinsicht wieder „auf Vordermann bringen“ sollte. Die Ziele, die dabei verfolgt wurden, waren einerseits die Privatisierung der irakischen Unternehmen, die Sicherung und der Ausbau der Ölwirtschaft und die Wiederherstellung wichtiger Bereiche wie Strom- und Wasserversorgung sowie weiterer infrastruktureller Bereiche. Da die USA von vornherein verdächtigt wurden, dass es bei dem Krieg 2003 nur um die Sicherung der irakischen Erdölbestände ging, soll im Folgenden dargestellt werden, wie sich die Wiederaufbau entwickelt hat und welche Rolle dabei die Erdölindustrie spielt; insbesondere die Rolle der USA in Bezug auf das irakische Öl gilt es hier näher darzustellen.

Mit einem Anteil von rund 45% am BIP stellt die Ölindustrie den größten wirtschaftlichen Sektor im Irak dar, gefolgt vom Dienstleistungssektor mit 28%, der Landwirtschaft mit 20%<sup>740</sup> und der übrigen Industrie mit 7%.<sup>741</sup> Daraus ergibt sich automatisch, dass eine Gesundung der irakischen

---

<sup>740</sup> Andere Quellen sprechen in Bezug auf den Anteil der Landwirtschaft im Irak von nur 13,6%, vgl. hierzu: [www.welt-in-zahlen.de/laenderinformation.phtml?country=83](http://www.welt-in-zahlen.de/laenderinformation.phtml?country=83), abgerufen am 20.08.2006 um 13:51 Uhr

<sup>741</sup> [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Irak/Wirtschaft.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Irak/Wirtschaft.html), abgerufen am 05.11.2006 um 17:57 Uhr

Gesamtwirtschaft nur über die Mobilisierung der irakischen Ölindustrie gewährleistet werden kann, zumal die irakischen Staatseinnahmen zu 97%<sup>742</sup> durch den Ölexport erzielt werden. Die Folge dieser strukturellen Gegebenheit war und ist, dass das Hauptziel sein musste, die irakische Ölwirtschaft wieder auf ein hohes Niveau zu bringen. Da die Ölförderung jedoch infolge der Kriege in vielen Bereichen zerstört war und wichtige Investitionen aufgrund der Sanktionen nicht erfolgen konnten, befand sich die irakische Ölindustrie bei Kriegsende in einem erbärmlichen Zustand. Ähnlich verhielt es sich auch in den Bereichen Elektrizität und Wasserversorgung, sodass es auch hier einen erheblichen Handlungsbedarf gab. Aber nicht nur der direkte Wiederaufbau war notwendig, um den Irak gesunden zu lassen, sondern auch die Umstrukturierung der irakischen Unternehmen, die allesamt unter der Baath-Herrschaft verstaatlicht worden waren, musste in Angriff genommen werden. In diesem Zusammenhang hieß das „Zauberwort“ Privatisierung, womit der Verkauf der Staatsbetriebe an finanzkräftige Investoren gemeint ist.

Um die Kosten für den Wiederaufbau, von der UN und der Weltbank zunächst auf rund 35,8 Mrd.\$ bis zum Jahr 2007 geschätzt,<sup>743</sup> aufbringen zu können, wurde ein Wiederaufbaufonds eingerichtet. Für diesen Wiederaufbaufonds stellten die USA im Herbst 2003 Finanzhilfen in Höhe von 18,4 Mrd.\$ in Aussicht. Auch die Weltbank, der IWF und eine Gruppe von Geberländern haben dem Irak Finanzhilfen in Höhe von 14-18 Mrd.\$ zugesagt. Neben den nicht zurückzuzahlenden Geldleistungen der Geberländer wurden dem Irak auch Darlehen in Höhe von 9,5-13,25 Mrd. \$ zur Verfügung gestellt. Geht man von den oben genannten Gesamtkosten von rund 35,8 Mrd.\$ aus, so scheint es, als wäre die Finanzierung des irakischen Wiederaufbaus gesichert, jedoch ist die oben genannte Kosteneinschätzung unvollständig, denn die obige Studie bezieht sich nur auf die Kosten für 13 Wirtschaftsektoren, wohingegen 9 weitere in die Kostenanalyse mit einbezogen werden müssen, woraus sich eine Gesamtsumme von 55,3 Mrd.\$<sup>744</sup> ergibt. Zwar bedeuten die externen Geldquellen eine erhebliche Hilfe im Rahmen des irakischen Wiederaufbaus,

---

<sup>742</sup> [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Irak/Wirtschaft.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Irak/Wirtschaft.html), abgerufen am 05.11.2006 um 17:57 Uhr

<sup>743</sup> Holtmann, Caspar: Die Wirtschaft des Irak: Entwicklungsstand und –potential, in: Kilian, Björn; Tobergte, Christian; Wunder, Simon (Hrsg.): Nach dem Dritten Golfkrieg: Sicherheitspolitische Analysen zu Verlauf und Folgen des Konflikts, Berlin 2005, S.72

<sup>744</sup> Vgl. Ebd.

jedoch reichen diese nicht aus, um die errechneten Gesamtkosten aufzubringen. Zur Schließung der Finanzierungslücke sollte daher das irakische Öl dienen, dessen Exporterlöse zu 95% in den Fonds fließen sollten; 5% wurden für Reparationsleistungen zurückgehalten. Amerikanischen Schätzungen zufolge sollten so ab dem Jahr 2004 zwischen 12 und 15 Mrd.\$ bzw. danach 20 Mrd.\$ in den Fond fließen, sofern die erhofften Exportmengen von mindestens 2,2 Mio. Barrel pro Tag erreicht würden. Das langfristige Ziel der USA lag sogar bei einer Menge von 6 Mio. Barrel pro Tag für das Jahr 2010.

#### Exkurs:

*Die USA und Großbritannien, die am 22.Mai 2003 vom UN-Sicherheitsrat offiziell als Besatzungsmächte im Irak anerkannt wurden, und somit die direkte Verantwortung für den weiteren Verlauf im Irak innehatten, begannen daraufhin recht schnell mit ersten Wiederaufbaumaßnahmen. Während Großbritannien geringe Ansprüche hinsichtlich der Vergabe von Aufträgen an britische Firmen erhob, erlaubten die USA zunächst nur amerikanischen Firmen sich für die Vergabe für Aufträge im Irak zu bewerben. Insbesondere Firmen aus den Kriegsgegnerländern wie Deutschland, Frankreich und Russland waren von den Ausschreibungsverfahren ausgeschlossen<sup>745</sup>. So wurden beispielsweise die Großaufträge für den Straßenbau, die Wasserversorgung sowie der Energiegewinnung in der ersten Zeit ausschließlich an amerikanische Firmen übertragen,; später wurden auch Firmen von US-Verbündeten zugelassen, wobei aber auch hier Firmen aus den Kriegsgegnerstaaten Frankreich und Deutschland erneut außen vorgelassen wurden.. Auch im Bereich der Telekommunikation standen mit den Firmen Qualcomm, Worldcom und Lucent Technologies amerikanische Firmen im Vordergrund.<sup>746</sup> Die USA waren nämlich davon überzeugt, dass nur amerikanische Firmen Aufträge im Irak erhalten sollten, weil ja gerade die USA die Risiken des Krieges auf sich genommen hatten. Im Rahmen der Privatisierung der Staatsunternehmen waren die USA hingegen ein wenig offener, da diese generell ausländischen Investoren zur Übernahme*

---

<sup>745</sup> Europäische Fernhochschule Hamburg(Hrsg.): Newsletter << Wirtschaft >>, Nr. 10/2003, nachzulesen unter: [www.euro-fh.de/infos\\_anfordern/datei/nw\\_e0304.pdf](http://www.euro-fh.de/infos_anfordern/datei/nw_e0304.pdf), abgerufen am: 07.11.2006 um 13:10 Uhr

<sup>746</sup> Vgl. Ebd.

*bereitgestellt wurden, obgleich die Leitung der Staatsbetriebe Thomas Foley übertragen worden waren, der einerseits ein guter Freund des amerikanischen Präsidenten gewesen ist und andererseits Vorstand einer riesigen amerikanischen Investitionsgesellschaft war. Das heißt, dass die irakischen Unternehmen zwar generell von ausländischen Konzernen übernommen werden konnten, die endgültige Entscheidung lag jedoch noch immer bei den USA, vertreten durch Thomas Foley. Obwohl die Privatisierung der irakischen Unternehmen notwendig war, da die geplante Demokratisierung des Iraks nicht mit staatseigenen Betrieben zu vereinbaren war (es sollte daher die freie Marktwirtschaft eingeführt werden), hatte dieses Vorhaben auch negative Folgen. Unternehmen, die von amerikanischer Seite als ineffizient betrachtet wurden, sollten nicht verkauft, sondern aufgelöst werden und die Belegschaft in die Arbeitslosigkeit entlassen werden; in Verbindung mit bereits arbeitslos gewordenen Soldaten und Polizisten,<sup>747</sup> stellt(e) dies eine zusätzliche Belastung der irakische Ökonomie dar. Nur am Rande soll hier erwähnt werden, dass die Arbeitslosenquote im Jahr 2005 noch bei ca. 25-30% lag,<sup>748</sup> wobei andere Schätzungen sogar von bis zu 70% ausgehen.<sup>749</sup> Da die USA die weit gehende Kontrolle bei der Vergabe von Großprojekten im Irak übernommen hatten, um so amerikanische Firmen in den Irak zu locken, lässt sich daraus schnell ableiten, dass sich die USA auch in besonderem Maße um die Belange der irakischen Ölindustrie gekümmert haben und sich diese ebenfalls zu eigen gemacht hatten. Im Gegensatz zu den oben beschriebenen Wiederaufbaumaßnahmen und Privatisierungsplänen, die sich prinzipiell erst nach dem Krieg ergeben haben, hatten die USA schon vor dem Beginn des Krieges Pläne ausgearbeitet, wie im Nachkriegsirak mit der Ölindustrie umgegangen werden sollte. So wurde vom amerikanischen Verteidigungsministerium ohne öffentliche Ausschreibung die Firma Halliburton ausgesucht, um die irakische Ölindustrie, die bekanntlich zum Teil zerstört und zum Teil stark veraltet war, mit modernen Förder- und Produktionsanlagen auszurüsten; insgesamt hatte der Auftrag ein Volumen von*

---

<sup>747</sup> Nach dem Krieg waren rund 400.000 ehemalige Soldaten und Polizisten arbeitslos geworden.

<sup>748</sup> [www.ipicture.de/daten/wirtschaft\\_irak.html](http://www.ipicture.de/daten/wirtschaft_irak.html), abgerufen am 05.11.2006 um 17:32 Uhr

<sup>749</sup> Holtmann, Caspar: Die Wirtschaft des Irak: Entwicklungsstand und –potential, in: Kilian, Björn; Tobergte, Christian; Wunder, Simon(Hrsg.): Nach dem Dritten Golfkrieg: Sicherheitspolitische Analysen zu Verlauf und Folgen des Konflikts, Berlin 2005, S.70

10 Mrd.\$<sup>750</sup>. Neben der bloßen Ausrüstung, die zur Verfügung gestellt werden sollte und der Durchführung von Reparaturarbeiten, wurden der ehemaligen Firma von Dick Cheney auch die Rechte für die Ölbohrungen übertragen, und zwar bezugnehmend auf alle irakischen Ölfelder. Um der amerikanischen Vorherrschaft über das irakische Öl weiter Nachdruck zu verleihen, wurde nach dem Krieg Philip J. Carroll, ehemaliger Vorsitzender der Shell Oil Company,<sup>751</sup> zum obersten Berater der irakischen Erdölindustrie ernannt. Obwohl er offiziell nur Berater war, so hatte er jedoch alle Befugnisse hinsichtlich des irakischen Öls. Somit waren nicht nur sämtliche Reparatur- und Ausrüstungsverträge in amerikanischer Hand, sondern auch die Gesamtkontrolle über die Erdölindustrie und Erdölförderung. Obwohl die USA mit der offiziellen Übergabe der Souveränität an die irakische Übergangsregierung auch die Kontrolle über das irakische Öl abgegeben haben, blieb der Einfluss der USA in diesem Bereich auch über die Machtübergabe hinaus in sehr hohem Maße erhalten, denn die USA hatten mit der Übergangsregierung Exklusivverträge über die Ölförderung abgeschlossen. Diese Verträge bezogen sich allerdings auf die bekannten und bereits erschlossenen Ölquellen und nicht auf diejenigen, die noch erschlossen werden mussten, denn diese sind von der amerikanischen Vorherrschaft im irakischen Ölgeschäft ausgenommen. Dieser Umstand hat es möglich gemacht, dass mittlerweile im Irak auch norwegische, kanadische und sogar türkische Ölkonzerne nach neuen und ertragreichen Ölquellen suchen.<sup>752</sup>

Die Internationale Staatengemeinschaft und vor allem die Kriegsalliierten waren nach der Bekanntgabe der Finanzierungspläne davon überzeugt, dem Irak so die besten Mittel an die Hand gegeben zu haben, um eine rasche Erholung der Wirtschaft zu erreichen und gleichzeitig die Versorgungslage im Irak zu bessern. Im Folgenden soll daher dargestellt werden, ob es mittlerweile einen erkennbaren Fortschritt im Irak gegeben hat oder ob der Irak noch weit von einer akzeptablen Wirtschaft entfernt ist. Um eine derartige Beurteilung

---

<sup>750</sup> Zand, Bernhard: Am Rande des Zusammenbruchs, in: Der Spiegel Nr.18 vom 29.04.2006, S.108

<sup>751</sup> Europäische Fernhochschule Hamburg(Hrsg.): Newsletter << Wirtschaft >>, Nr. 10/2003, nachzulesen unter: [www.euro-fh.de/infos\\_anfordern/datei/nw\\_e0304.pdf](http://www.euro-fh.de/infos_anfordern/datei/nw_e0304.pdf), abgerufen am: 07.11.2006 um 13:10 Uhr

<sup>752</sup> Zand, Bernhard: Am Rande des Zusammenbruchs, in: Der Spiegel Nr.18 vom 29.04.2006, S.108

abgeben zu können, bietet sich ein Vorher-Nachher-Vergleich (Lage vor dem Krieg und die Lage nach dem Krieg) in verschiedenen Wirtschaftssektoren an, wobei der Ölsektor hier eine besondere Rolle spielen wird und auch muss. In dieser Untersuchung muss ebenfalls ein Vergleich einfließen bezüglich der in Aussicht gestellten Finanzhilfen und der realen Zahlungen, die bislang getätigt wurden.

Beginnend mit der allgemeinen Versorgungslage hinsichtlich der Strom und Wasserversorgung, zeigte sich noch lange nach dem Ende des Kriegs ein bedrückendes Bild. War die irakische Hauptstadt kurz nach dem Krieg nicht in der Lage der Bevölkerung permanent Strom zu liefern, da E-Werke und wichtige Netzverbindungen zerstört waren, so konnte dieser Missstand noch bis zum Januar 2005 nur in unzureichendem Maße aufgehoben werden. Entweder funktionierte die Stromversorgung gar nicht oder nur maximal drei Stunden am Tag,<sup>753</sup> und das in der irakischen Hauptstadt, wo eine Wiederherstellung der Stromversorgung sicherlich leichter zu bewerkstelligen ist, als in abgelegenen und ländlichen Gebieten sowie in kleineren Ortschaften. Lag die Leistung der irakischen Stromversorgung im Jahr 1990 noch bei 9.295 MW, so lag diese 2002 bei nur noch 4.000 MW und im Juni 2003 bei nur noch 3.193 MW.<sup>754</sup> Dieser Wert konnte zwar bis Anfang Februar 2004 wieder auf 4.088 erhöht werden, mit der Zielvorgabe ab Juli wieder 6.000 MW produzieren zu können,<sup>755</sup> jedoch hat sich deutlich gezeigt, dass die Zielvorgaben nicht erfüllt werden konnten.<sup>756</sup> Ein ähnliches Bild zeigt sich auch im Bereich der Wasserversorgung, da diese auf eine reibungslose Versorgung mit Strom angewiesen ist, um Pumpen und andere elektrische Bestandteile eines Wasserwerks betreiben zu können. Für die Bevölkerung bedeutet dieser Umstand, dass in vielerlei Hinsicht starke Einschränkungen

---

<sup>753</sup> Hippler, Jochen: Vom Krieg zum Bürgerkrieg im Irak? Probleme, Lehren und Perspektiven des Wiederaufbaus, nachzulesen unter: [www.jochen-hippler.de/neu/pdf-Dokumente/Irak%20Wiederaufbau.pdf](http://www.jochen-hippler.de/neu/pdf-Dokumente/Irak%20Wiederaufbau.pdf), abgerufen am 30.10.2006 um 8:24 Uhr

<sup>754</sup> Holtmann, Caspar: Die Wirtschaft des Irak: Entwicklungsstand und –potential, in: Kilian, Björn; Tobergte, Christian; Wunder, Simon(Hrsg.): Nach dem Dritten Golfkrieg: Sicherheitspolitische Analysen zu Verlauf und Folgen des Konflikts, Berlin 2005, S.71

<sup>755</sup> Vgl. Ebd.

<sup>756</sup> Ein Grund für die defizitäre Lage im Bereich der Stromversorgung ist der Faktor Gewalt, da diese dazu geführt hat, dass ausländische Firmen ihre Arbeiter aus dem Irak abgezogen haben. Als Beispiel kann hier eine südkoreanische Firma genannt werden, vgl. hierzu: Holtmann, Caspar: Die Wirtschaft des Irak: Entwicklungsstand und –potential, in: Kilian, Björn; Tobergte, Christian; Wunder, Simon(Hrsg.): Nach dem Dritten Golfkrieg: Sicherheitspolitische Analysen zu Verlauf und Folgen des Konflikts, Berlin 2005, S.75

hingegenommen werden müssen und dies gilt nicht nur für den privaten Bereich, sondern für Bereiche, die darüber hinaus für das normale Leben notwendig sind. Zu nennen sind unter anderem Krankenhäuser, deren technische Ausstattung vom Strom abhängig ist sowie Kühlräume in denen Lebensmittel gelagert werden, um nur zwei kleine Beispiele zu nennen. Des Weiteren zeigen sich ebenfalls starke Defizite in anderen Bereichen, in denen es konkrete Wiederaufbaupläne gab. Gemeint sind hier Bauvorhaben und die Instandsetzung von Straßen, von denen Mitte 2004 nur etwa 140 Projekte begonnen worden waren; geplant waren jedoch ca. 2.300.<sup>757</sup> Alles in allem zeigt sich also, dass die Versorgungslage im Irak, auch Jahre nach dem Ende des Kriegs in vielen Bereichen nur unwesentlich besser geworden ist, als vor dem Krieg. Auch die Versorgung mit Lebensmitteln sowie der Bereich Bildung stellen nach wie vor ein Problem im Irak dar, weil viele humanitäre Hilfsorganisationen und ausländische Unternehmen wegen der anhaltenden Gewalt, das Land verlassen haben, da die Sicherheit der Helfer und Mitarbeiter nicht gewährleistet werden konnte. Weniger für die Stadtbevölkerung, als vielmehr für die Bevölkerungsteile, die in entlegenen Gebieten beheimatet sind, stellt dieser Umstand ein besonderes Problem dar. Mit dem Thema Gewalt im Irak wird sich jedoch das nächste Kapitel ausführlich beschäftigen, weshalb dies hier nur kurze Erwähnung findet. Betrachtet man sich das bislang Erreichte, so zeigen sich gegenwärtig noch starke Defizite bei der Versorgung der irakischen Bevölkerung.

Für das bisherige Scheitern des irakischen Wiederaufbaus gibt es zwei zentrale Gründe; der erste Grund ist die nur sehr schleppend verlaufende Zahlung externer Quellen in den Wiederaufbaufonds sowie mangelnde Investitionsbereitschaft; und der zweite Grund ist die schwache Leistung der irakischen Ölindustrie hinsichtlich der Förderung und des Exports von Erdöl. Schien die Finanzierung des Wiederaufbaus durch internationale Finanzhilfen und durch den Erdölexport kurz nach dem Krieg gesichert zu sein, so muss heute unmissverständlich klargestellt werden, dass sich die Situation dramatisch verändert hat. In Bezug auf die Zahlungen, die von der internationalen Staatengemeinschaft bereitgestellt werden sollten, zeigen sich

---

<sup>757</sup> Hippler, Jochen: Vom Krieg zum Bürgerkrieg im Irak? Probleme, Lehren und Perspektiven des Wiederaufbaus, nachzulesen unter: [www.jochen-hippler.de/neu/pdf-Dokumente/Irak%20Wiederaufbau.pdf](http://www.jochen-hippler.de/neu/pdf-Dokumente/Irak%20Wiederaufbau.pdf), abgerufen am 30.10.2006 um 8:24 Uhr

milliardenschwere Defizite, da viele Geberländer, darunter auch die USA in Aussicht gestellte Zahlungen nicht oder nur ansatzweise geleistet haben. Wie schleppend der Finanztransfer in den Irak verlaufen ist, lässt sich am besten am Beispiel USA darstellen. Die USA, die ursprünglich 18,4 Mrd.\$ für den Irak zugesagt hatten, wobei dieses Finanzvolumen nachträglich auf 24,1 Mrd.\$ ausgeweitet worden war, hatten im Herbst 2004 erst 5,2 Mrd.\$ Wiederaufbauhilfe in den Irak fließen lassen;<sup>758</sup> das Auswärtige Amt beziffert die US-Leistungen dagegen sogar nur auf 300 Mio.\$.<sup>759</sup> Neben der mangelhaften Zahlungsmoral leidet der Irak aber auch daran, dass die erwartete Zahl ausländischer Investoren nicht im Ansatz erreicht worden ist, da viele Firmen und Unternehmen von der herrschenden Gewalt zurückgeschreckt werden. Aus diesem Grund befinden sich auch heute noch viele ehemalige Staatsbetriebe unter der Aufsicht des irakischen Staates bzw. ausländischer Berater. Die meisten der Betriebe sind jedoch, aufgrund mangelnder Perspektiven, inzwischen geschlossen worden, woraus sich eine Steigerung der Arbeitslosigkeit ergibt, die der irakischen Wirtschaft zusätzlich schadet. Obwohl die kurz angedeuteten Umstände einen nicht unerheblichen Anteil daran haben, dass sich die irakische Wirtschaft und die Lebensbedingungen nur sehr langsam erholen können, so liegt das Hauptproblem für die schwache Konjunktur jedoch darin, dass die irakische Ölindustrie weit hinter den ursprünglichen Erwartungen liegt. Im Folgenden soll dargestellt werden, wie sich die Ölindustrie in den letzten Jahren entwickelt hat; insbesondere die Entwicklung der Förder- und Exportkapazitäten sollen hierbei Aufschluss darüber geben, welchen Stellenwert das irakische Öl für den Wiederaufbau real eingenommen hat und wie sich heutzutage die Soll und Ist-Situation präsentiert. Am besten lässt sich dies bewerkstelligen, wenn man die Zielvorgaben mit dem gegenwärtig Erreichten vergleicht. Hier muss jedoch einschränkend erwähnt werden, dass es zum Teil sehr stark variierende Angaben hinsichtlich der früheren und der gegenwärtigen Förder- und Exportfähigkeiten des Iraks gibt, sodass die folgenden Daten allesamt nur als grobe Werte zu verstehen sind. Hinzu kommt, dass einige Quellen keine klare

---

<sup>758</sup> Hippler, Jochen: Vom Krieg zum Bürgerkrieg im Irak? Probleme, Lehren und Perspektiven des Wiederaufbaus, nachzulesen unter: [www.jochen-hippler.de/neu/pdf-Dokumente/Irak%20Wiederaufbau.pdf](http://www.jochen-hippler.de/neu/pdf-Dokumente/Irak%20Wiederaufbau.pdf), abgerufen am 30.10.2006 um 8:24 Uhr

<sup>759</sup> [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Irak/Wirtschaft.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Irak/Wirtschaft.html), abgerufen am 05.11.2006 um 17:57 Uhr

Unterscheidung zwischen Ölförderung und Ölexport vornehmen. Für die Untersuchung ist dies jedoch nicht allzu wichtig, da diese eher groben Werte ausreichend sind, um sich dem Thema zu nähern und das Grundproblem herauszustellen.

Davon ausgehend, dass der Irak zu Beginn des Jahres 2003 eine zeitweise Tages-Spitzenförderung von 3,2 Mio. Barrel<sup>760</sup> (andere Quellen beziffern die Höchstförderung mit 2,5 Mio. Barrel)<sup>761</sup> vorzuweisen hatte, und das in einer Zeit, wo die Ausfuhr von Erdöl noch streng reglementiert war, so war zu erwarten, dass sich die Förder- und Exportmengen nach dem Krieg wesentlich steigern ließen. Mit dem Ziel, im Irak eine dauerhaft aufrechtzuerhaltende Tagesförderleistung von 6 Mio. Barrel bis zum Jahr 2010 zu erreichen, hatten sich die Alliierten nach dem Krieg ein sehr hohes Ziel gesetzt. Lag der Ölexport des Irak im Mai 2003 noch bei einer Quote von fast 0, so konnte bis Dezember 2003 wieder eine Exportquote von ca. 1,7 Mio. Barrel pro Tag erreicht werden. Darauf hoffend, dass sich diese Quote weiter steigern ließe, wurde seitens der USA ein vorläufiges Exportziel von 2,2 Mio. Barrel angestrebt. Diese 2,2 Mio. Barrel entsprachen dem, was im Rahmen des Wiederaufbaus exportiert werden müsste, um die Finanzierung langfristig zu sichern. Nachdem sich bis Dezember 2003 eine kontinuierliche Steigerung der Förder- und Exportzahlen eingestellt hatte, kam es ab dem Januar 2004 zu einer Stagnation. Bereits einen Monat später wurde aus der Stagnation ein Rückgang, da der Irak nur noch im Stande war rund 1,5 Mio. Barrel<sup>762</sup> (1,42 Mio. Barrel)<sup>763</sup> Öl zu exportieren. Dieser Zustand hielt dann eine gewisse Zeit an, wobei eine zeitweise Förderung von immerhin 1,8 Mio. Barrel erreicht werden konnte; insgesamt lag die Höchstmenge, die der Irak im Jahr 2004 exportieren konnte in einem Bereich von 1,5-1,8 Mio. Barrel, woraus sich eine Abweichung von den Zielvorgaben in Höhe von 0,4-0,7 Mio. Barrel ergibt. Für den Irak und für das Aufbauprogramm bedeutete dies extrem hohe Mindereinnahmen, die in Verbindung mit den schleppenden Finanzleistungen externer Quellen, ein tiefes Loch im Wiederaufbau-Budget hinterlassen hatten.

---

<sup>760</sup> Sponeck, Hans von; Zumach, Andreas: Irak. Chronik eines gewollten Krieges. Wie die Weltöffentlichkeit manipuliert und das Völkerrecht gebrochen wurde, Köln 2003, S. 107

<sup>761</sup> Holtmann, Caspar: Die Wirtschaft des Irak: Entwicklungsstand und -potential, in: Kilian, Björn; Tobergte, Christian; Wunder, Simon(Hrsg.): Nach dem Dritten Golfkrieg: Sicherheitspolitische Analysen zu Verlauf und Folgen des Konflikts, Berlin 2005, S.74

<sup>762</sup> Vgl. Ebd., S.73

<sup>763</sup> [www.ipicture.de/daten/wirtschaft\\_irak.html](http://www.ipicture.de/daten/wirtschaft_irak.html), abgerufen am 05.11.2006 um 17:32 Uhr

Hintergrund der Fehlentwicklung hinsichtlich des Ölexports waren einerseits marode Pipelines, bei denen es immer wieder Leckagen gab und die gestiegene Zahl von Terroranschlägen auf eben diese Ölleitungen. Auch die illegale Entnahme von Öl aus den leicht zugänglichen Leitungssystemen hat die Exportrate zeitweise niedrig gehalten. Die Gesamtförderquote war teilweise dermaßen niedrig, dass es im drittgrößten Erdölland zu Engpässen an den Tankstellen gekommen war, was sich darin äußerte, dass Wartezeiten von 12 Stunden an den Tankstellen keine Seltenheit waren.<sup>764</sup> Nachdem die Alliierten auf die Anschläge auf die Erdölinfrastruktur reagiert hatten, indem sie zusätzliches Personal zur Sicherung einsetzten, konnte die Förderkapazität und somit auch die Exportrate im Jahr 2005 wieder gesteigert werden. Im Januar 2005 lag die Produktion (Förderung) wieder bei ca. 2,5 Mio. Barrel pro Tag,<sup>765</sup> wovon ungefähr 2,1 Mio. Barrel exportiert werden konnten.<sup>766</sup> Zu diesem Zeitpunkt lag die Exportquote erstmals annähernd in dem Bereich, den die USA beabsichtigt hatten. Aber dieser Zustand war nicht von allzu langer Dauer, da die Terroranschläge auf wichtige Erdölinfrastrukturen im Laufe des Jahres 2005 wieder zugenommen haben, weshalb sogar die wichtigste Pipeline im Nordirak komplett geschlossen werden musste. Dass die Exportrate im ersten Quartal des Jahres 2006 mit 1,7 Mio. Barrel erneut deutlich unter die Zielvorgaben gerutscht ist,<sup>767</sup> hat allerdings nicht nur etwas mit den Terroranschlägen zu tun, sondern auch mit mangelnden Investitionen, denn weite Teile der irakischen Ölindustrie bewegen sich an ihren Belastungsgrenzen. So kann derzeit nur über zwei Ölverladestationen im Persischen Golf exportiert werden. Die beiden Stationen, Basra und al-Amaja, sind gegenwärtig allerdings nur in der Lage maximal 2 Mio. Barrel pro Tag zu verladen, da beide Stationen in einem desolaten Zustand sind.<sup>768</sup> Wichtige Pumpstationen und Lagerstätten sind bis heute nicht repariert oder

---

<sup>764</sup> Hippler, Jochen: Vom Krieg zum Bürgerkrieg im Irak? Probleme, Lehren und Perspektiven des Wiederaufbaus, nachzulesen unter: [www.jochen-hippler.de/neu/pdf-Dokumente/Irak%20Wiederaufbau.pdf](http://www.jochen-hippler.de/neu/pdf-Dokumente/Irak%20Wiederaufbau.pdf), abgerufen am 30.10.2006 um 8:24 Uhr

<sup>765</sup> [www.welt.de/data/2005/01/29/435258.html?prx=1](http://www.welt.de/data/2005/01/29/435258.html?prx=1), abgerufen am 05.11.2006 um 17:38 Uhr

<sup>766</sup> Die Zahl von 2,1 Mio. Barrel ergibt sich, wenn man den irakischen Eigenbedarf von 0,351-0,838 Mio. Barrel pro Tag von der Gesamtförderleistung abzieht. Vgl. hierzu:

[www.ipicture.de/daten/wirtschaft\\_irak.html](http://www.ipicture.de/daten/wirtschaft_irak.html), abgerufen am 05.11.2006 um 17:32 Uhr und [www.welt-in-zahlen.de/laenderinformation.phtml?country=83](http://www.welt-in-zahlen.de/laenderinformation.phtml?country=83), abgerufen am 20.08.2006 um 13:51 Uhr

<sup>767</sup> Zand, Bernhard: Am Rande des Zusammenbruchs, in: Der Spiegel Nr.18 vom 29.04.2006, S.108

<sup>768</sup> Vgl. Ebd.

ausgetauscht worden, obwohl nach dem Krieg etliche Milliarden Dollar für die Instandsetzung bereitgestellt worden waren. Augenscheinlich wurden diese Milliarden aber in den Sand gesetzt, da die irakische Ölindustrie bis zum heutigen Zeitpunkt noch nicht einmal auf dem Vorkriegsniveau arbeiten kann. Es wird sicher nicht vollkommen zu klären sein, wo die Gelder für die Instandsetzung geblieben sind, sicher ist jedoch, dass hier der amerikanische Ölkonzern Halliburton auf ganzer Linie versagt hat, was erklären würde, warum die kurdische Provinzregierung im Nordirak anderen Staaten Lizenzen für Ölbohrungen ausgestellt hat. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Situation in der Ölindustrie zur Zeit dermaßen instabil ist, vor allem, weil der Irak von den beiden Ölstationen im Golf abhängig ist, da es keine Alternativwege für den Export gibt, dass eine Störung des Exports in den Anlagen im Golf katastrophale Auswirkungen für den irakischen Wiederaufbau hätte. Hinzu kämen noch die Auswirkungen auf den Ölpreis, da der Wegfall des irakischen Öls, auch nur vorübergehend, massive Auswirkungen auf den Ölmarkt hätte. Welche direkten Folgen beispielsweise ein „kleinerer“ Terroranschlag auf den Marktpreis haben kann, zeigt der Anschlag vom 24.04.2004, als drei mit Sprengstoff beladene Fischerboote an die Stationen im Golf heranfuhrten und aufgrund technischer Schwierigkeiten nur geringe Schäden anrichteten. Für den Irak entstand durch den kurzfristigen Ausfall ein Schaden von 28 Mio. \$; der Ölpreis stieg jedoch von 33\$ auf 40\$. Hiermit soll verdeutlicht werden, wie wichtig die Stationen für den Irak sind und welche Folgen ein Terroranschlag haben kann. Eine dauerhafte Schädigung der Stationen hätte somit zwangsläufig das Ende des irakischen Wiederaufbaus zur Folge.

Insgesamt zeigt sich, dass der Wiederaufbau des Iraks weit hinter den Erwartungen zurückliegt. Sei es im Rahmen des zivilen Wiederaufbaus, der die Versorgung der Bevölkerung sichern sollte, oder sei es in Bezug auf die Gesundung der irakischen Wirtschaft als Ganzes. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Einerseits hat sich die Internationale Staatengemeinschaft bei der Vergabe von Hilfgeldern für den Wiederaufbaufond sehr weit aus dem Fenster gelehnt und Zahlungen in Aussicht gestellt, die bis zum heutigen Zeitpunkt nicht mal ansatzweise geleistet worden sind. Andererseits haben die Alliierten die Sicherheitslage im Irak vollkommen unterschätzt und den Schutz wichtiger

Ölinfrastrukturen viel zu spät in Angriff genommen. Und drittens leidet die irakische Ölwirtschaft an den gleichen Problemen, wie die amerikanische Ölwirtschaft; bevor wichtige Investitionen vorgenommen werden, wird im Ölgeschäft, wenn dieses von Amerikanern geleitet wird, immer zuerst daran gedacht, Geld zu verdienen. In Angesicht der Tatsache, dass die irakische Ölindustrie zum Teil noch unter den Schäden aus dem Iran-Irak-Krieg leidet, und der ist immerhin 18 Jahre her, zeigt sich das Versagen der Koalitionsstreitkräfte und der amerikanischen Zivilverwaltung, die bis zum Sommer 2004 für die Ölindustrie verantwortlich war. Sollte die Situation im Irak noch lange anhalten, so bestehen ernsthafte Zweifel daran, dass es jemals zu einer merklichen Erholung des Iraks im zivilen, wie auch wirtschaftlichen Bereich kommen wird. Erfahrungsgemäß bietet Armut, Unterversorgung und mangelnde Perspektive immer wieder die nötige Basis für das Heranwachsen extremistischer und fundamentalistischer Kräfte. Da uns die Medien jeden Tag die Gewalt im Irak verdeutlichen, muss bei einer Stagnation oder gar Verschlechterung der Lage mit einem weiteren Anstieg der Gewalt und anti-westlichen Haltung gerechnet werden. Wie das Gewaltpotential im Irak wirklich aussieht und welche Folgen dies für den Irak, für den Mittleren Osten und für die Ölversorgung haben könnte, soll im folgenden Kapitel herausgearbeitet werden.

#### 4.2.9 Die Gewalt im Irak – War der Irak-Krieg 2003 der Anfang vom Ende des Iraks als Staat?

Im Glauben, dem Irak eine friedliche, demokratische und gesicherte Zukunft verschaffen zu können, nachdem das Land seit 1968 von der Baath-Partei und seit 1980 von Saddam Hussein regiert worden ist, wurden die Alliierten nach dem Krieg schnell mit der Realität konfrontiert. Weder Frieden, noch eine gesicherte Zukunft ist heute im Irak erkennbar. Lediglich die demokratisch gewählte neue Regierung konnte von der coalition of the willing durchgesetzt werden, aber auch nur mit Druck und Zugeständnissen hinsichtlich der Rolle des Islams in der irakischen Verfassung. Insgesamt zeigt sich der Irak aber als ein einziges Pulverfass, dessen Explosion kurz bevorsteht. Besonders problematisch ist hierbei die Tatsache, dass der Irak und die Gewalt nicht durch einen bestimmten Umstand entstanden sind. Die Gewalt im Irak ist

vielmehr ein Bündel verschiedener Umstände; zum Teil begründet durch die problematische Demographie, teils begründet durch die blanke Ablehnung der westlichen Streitkräfte, die nach wie vor als Besatzer angesehen werden und zum Teil begründet durch Al-Qaida-Kräfte, die sich den Irak als neues Schlachtfeld für den Kampf gegen die westliche Dominanz ausgesucht haben. Die Alliierten stehen demnach einer ganzen Reihe von Problemen und Feinden gegenüber, die nur schwer zu kontrollieren sind. War die Situation im ehemaligen Jugoslawien schon schwer beherrschbar, da die Befriedung eines Bürgerkriegslandes ein Novum für die internationale Sicherheitspolitik gewesen ist, so haben es die alliierten Streitkräfte nun mit Terroristen, Anhänger des alten Regimes und religiösen Extremisten zu tun. Anders als in Bosnien oder im Kosovo, wo die fremden Soldaten selber kaum zur Zielscheibe geworden sind, sondern eher die Rolle der Vermittler einnahmen, müssen sich die alliierten Streitkräfte immer wieder Gefechte mit Terroristen, Aufständischen und Hussein-Anhängern liefern. Aus diesem Grund kann derzeit auf keinen Fall davon gesprochen werden, dass der Krieg im Irak vorbei sei. Der Krieg hat sich lediglich von der symmetrischen Ebene auf die asymmetrische Ebene verschoben, was für das klassische Militär eine besondere Herausforderung darstellt, da es diesbezüglich kaum Erfahrungswerte gibt. Für den Irak hat diese Situation schwerwiegende Folgen, da die neuen demokratischen Strukturen auf keinem festen Fundament verankert sind und die Sicherheit im Land nur mangelhaft aufrechterhalten werden kann. Der Zerfall des Staates könnte eine Folge der Entwicklung sein, genauso wie die Gefahr besteht, dass sich der Irak zu einer islamistischen Hochburg entwickeln könnte, sollten die Regierung und die Alliierten die Lage nicht zeitnah in den Griff bekommen. Im Folgenden soll nun dargestellt werden, wie sich die Gewalt im Irak im Einzelnen zusammensetzt, wodurch sie entstanden ist und welche möglichen Folgen als realistische Szenarien in Betracht gezogen werden müssen.

Während der gesamten Geschichte des Staates Irak haben bis zu den ersten demokratischen Wahlen immer die Sunniten die Führung des Staates innegehabt und die übrigen Volksgruppen unterdrückt, obwohl die

sunnitischen Araber nur rund 15%<sup>769</sup> (andere Quellen sprechen von einem Anteil von 20%) der irakischen Bevölkerung ausmachen. Zwar liegt der Gesamtanteil der Sunniten bei 43%,<sup>770</sup> jedoch handelt es sich bei den übrigen 28% um Kurden, die ebenfalls unter der Sunnitenherrschaft gelitten hatten. Nachdem die Alliierten das Saddam-Regime gestürzt hatten und die Demokratie in den Irak brachten, war klar, dass die Sunniten künftig nicht mehr die Macht besitzen würden, wie in den Jahrzehnten zuvor. Dieser Umstand schürte bei vielen Sunniten die Angst vor der Bedeutungslosigkeit und vor Racheakten seitens der ehemaligen Unterdrückten. Aufgrund der drohenden Machtverschiebung im Irak begannen daher viele Sunniten den offenen Kampf gegen die Schiiten und gegen die Alliierten, die ja für die neue Situation verantwortlich waren. Während der kurdische Norden größtenteils von den Gewaltakten der sunnitischen Araber verschont geblieben ist, obschon es auch dort zu Anschlägen gekommen war,<sup>771</sup> kam es im Laufe des Jahres 2004 zu massiven Anschlägen auf Schiiten und schiitische Einrichtungen. Die schwersten Attentate ereigneten sich am 02.03.2004 in Kerbela und Bagdad als die Schiiten ihr lange verbotenes Ashura-Fest zu Ehren des Imams Hussein Ibn Ali feierten.<sup>772</sup> Damals gab es einen riesigen Strom schiitischer Pilger zur Grabmoschee Husseins in Kerbela und zur Kasimija-Moschee in Bagdad. Sunnitische Aufständische nutzten diese Gelegenheit, um fast zeitgleich in beiden Moscheen Sprengsätze zu zünden. Das Ergebnis waren 200 Tote und 500 Verletzte.<sup>773</sup> Seit dem ist es immer wieder zu Anschlägen auf schiitische Einrichtungen und Schiiten selbst gekommen. In der logischen Konsequenz haben sich daraufhin auch gewaltbereite Schiiten zusammengetan, die sich

---

<sup>769</sup> Hierbei handelt es sich in erster Linie um ehemalige irakische Offiziere, die aufgrund der gemeinsamen Herkunft mit Saddam Hussein sehr Loyal gegenüber dem alten Regime sind. Vgl. hierzu: Langthaler, Willi: Der irakische Widerstand und die schiitische Frage, in: Göbel, Rüdiger; Guillard, Joachim; Schiffmann, Michael(Hrsg.): Der Irak. Krieg, Besetzung, Widerstand, Köln 2004, S. 245

<sup>770</sup> Krech, Hans: Bürgerkrieg im Irak (1991-2003), Berlin 2003, S.8

<sup>771</sup> Zwei besonders schwere Anschläge ereigneten sich am 01.02.2004 in Erbil, als sunnitische Extremisten die Parteizentralen der beiden kurdischen Parteien sprengten, wobei 117 Menschen getötet wurden. Vgl. hierzu: [www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/251ak\\_usa-irak.htm](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/251ak_usa-irak.htm), abgerufen am: 17.09.2006 um 16:00 Uhr

<sup>772</sup> Fürtig, Henner: Zwischen Modelldemokratie und Staatszerfall: Irak am Scheideweg, in: Ratsch, Ulrich; Mutz, Reinhard; Schoch, Bruno; Hauswedell, Corinna; Weller, Christoph(Hrsg.): Friedensgutachten 2005, Münster 2005, S. 39

<sup>773</sup> Eberhardt, W.; Inbari, P.; Taheri, A.: Am Rand eines Bürgerkriegs. Wie die Mullahs versuchen, einen von Terroristen angeheizten Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten zu entschärfen, in: FOCUS Nr.11 vom 08.03.2004, S. 191

gegen die sunnitische Aggression wehren, indem sie ebenfalls zu terroristischen Mitteln greifen. Insgesamt ist das Gewaltpotential der Schiiten jedoch deutlich niedriger, als das der Sunniten, zumal sie aus politischer Sicht keinen Grund haben die Gewalt eskalieren zu lassen, da sie die stärkste politische Gruppe im Land sind. Die Sunniten wiederum haben gerade nach den Wahlen der ersten demokratischen Regierung im Irak ihren Kampf gegen die Schiiten und gegen die Besatzungstruppen verstärkt. Täglich gibt es Meldungen von Bombenattentaten und Selbstmordanschlägen gegen Zivilisten, Koalitionssoldaten, irakische Sicherheitskräfte und gegen ausländische Wiederaufbauhelfer. In diesem Zusammenhang muss jedoch klargestellt werden, dass nicht alle Sunniten darauf bedacht sind Gewalt auszuüben, sondern nur ein bestimmter Personenkreis innerhalb der sunnitischen Gemeinschaft. Dabei handelt es sich einerseits um Anhänger der alten Regierung, die die Wiederherstellung der alten Machtverhältnisse erzwingen wollen, andererseits handelt es sich um Sunniten, die sich nicht auf das alte Regime berufen, sondern lediglich gegen die schiitische Dominanz und für eine starke sunnitisch-nationale Regierung kämpfen.<sup>774</sup> Wesentlich gefährlicher erscheint jedoch der Einfluss von Al-Qaida-Aktivisten, die über die lückenreichen Grenzen des Irak in das Land kommen, um die Aufständischen bei ihren Aktionen zu unterstützen. Unter der Führung des inzwischen getöteten Abu Musa al-Sarkawi<sup>775</sup> bekamen die sunnitischen Aufständischen die Hilfe, die sie für den Kampf gegen die alliierten Streitkräfte und gegen die Schiiten benötigten. Gut ausgebildet und gut ausgestattet durch die Al-Qaida-Terroristen sind die sunnitischen Aufständischen bis heute in der Lage einen effektiven Guerilla- bzw. Terrorismuskrieg gegen ihre Feinde zu führen. Die Ziele, die die sunnitischen Rebellen und die Terroristen dabei verfolgen, sind die Vertreibung der Alliierten aus dem Irak, die Schwächung der schiitischen Macht und die Rückkehr der Macht in die Hände der Sunniten. (Da sich an den

---

<sup>774</sup> Hierbei handelt es sich in erster Linie um ehemalige irakische Offiziere, die aufgrund der gemeinsamen Herkunft mit Saddam Hussein sehr Loyal gegenüber dem alten Regime sind. *Vgl. hierzu:* Langthaler, Willi: Der irakische Widerstand und die schiitische Frage, in: Göbel, Rüdiger; Guillard, Joachim; Schiffmann, Michael (Hrsg.): Der Irak. Krieg, Besetzung, Widerstand, Köln 2004, S. 245

<sup>775</sup> Sarkawi ist gebürtiger Jordanier, der bis zum Sturz Husseins an vielen Putschversuchen beteiligt gewesen ist. Es wird sogar angenommen, dass er dabei zeitweise von der CIA unterstützt worden ist. Nach dem Sturz übernahm er daraufhin die Führung von Al-Qaida-Terroristen, die in dem Irak geschickt worden waren, um dort den Kampf gegen die Alliierten und gegen die Schiiten aufzunehmen. Offiziell wurde er als der irakische Statthalter von Bin Laden bezeichnet.

Kämpfen Al-Qaida-Terroristen beteiligen, ist davon auszugehen, dass der Irak, sollten die Aufständischen die Macht wiedererlangen, zu einem sunnitisch geprägten Gottesstaat werden würde, der somit in direkter Konkurrenz zum schiitisch geprägten iranischen Gottesstaates stünde.)

Während sich die Situation zwischen den Sunniten und Schiiten im Jahr 2004 ständig verschlechterte, gerieten die Alliierten verstärkt zwischen die Fronten, da sie versuchten die angespannte Lage zu entschärfen. Als Reaktion auf die verheerenden Anschläge während des Ashura-Festes im Frühjahr 2004 verstärkten sie ihre Truppenpräsenz in den Sunnitengebieten zwischen Bagdad, Tikrit und Falludscha, um die dortigen sunnitischen Rebellen mit gesteigerter Härte zu bekämpfen. In den Wochen der Kämpfe wurden vor allem in Falludscha viele Hundert Iraker getötet, wobei es den Alliierten nicht gelang die Kontrolle über die Stadt zu übernehmen. In Anbetracht der Lage beschlossen die USA daraufhin den Belagerungsring um Falludscha zu lösen und die Verantwortung für die Stadt an irakische Soldaten zu übergeben. Da die Situation nach einer vorübergehenden Beruhigung jedoch wieder eskalierte, mussten die Alliierten vor Falludscha wieder zusammenziehen, wobei das Hauptziel der alliierten Angriffe die Sarkawi-Gruppe war. Ohne die komplette Kontrolle über Falludscha übernehmen zu können, wurde der Konflikt jedoch gegen Ende des Jahres 2004 mehr oder weniger erfolgreich beendet; allerdings präsentiert sich Falludscha bis heute als diejenige Stadt, in der das sunnitisch-extremistische Potential am stärksten ausgeprägt ist. Die bis heute andauernden zahlreichen Terroranschläge weisen eindeutig in diese Richtung. Die radikalen Sunniten und die Terroristen der Sarkawi-Gruppe, die sich nach dem Tod ihres Anführers in keiner Weise geschwächt zeigen, stellen bis heute das Hauptproblem im Irak dar, denn sie tun alles dafür, dass sich die unterschiedlichen Volksgruppen weiter von einander entfernen. Was bislang nur als bürgerkriegsähnlicher Zustand bezeichnet wird, kann sich zu einem richtigen Bürgerkrieg entwickeln, der für die ohnehin schon überlasteten Alliierten kaum beherrschbar wäre. Hält die Gewalt in der derzeitigen Form an, und danach sieht es aus, da die Zahl der Terroranschläge stetig zunimmt, vor allem nachdem die Wahlen eindeutig zu Gunsten der Schiiten ausgefallen sind, so müssen sich die Alliierten darauf einstellen, dass ein Bürgerkrieg immer näher rückt. Welches Ausmaß die Gewalt mittlerweile eingenommen hat,

zeigen die Opferzahlen seit dem Sturz Husseins; so wurden während des offiziellen Krieges „nur“ 173 alliierte Soldaten getötet, wohingegen die Zahl der getöteten alliierten Soldaten nach Beendigung der offiziellen Kampfhandlungen auf 2.974 gestiegen ist.<sup>776</sup> Die USA, die ohnehin schon massiv unter Druck geraten sind, weil ihre Irak-Politik nicht im Ansatz das erreicht hat, was versprochen worden ist, sehen sich nun gezwungen möglichst schnell eine Lösung zu finden. Dies dürfte allerdings nicht so leicht sein, da die amerikanische Bush-Administration bei den Kongresswahlen im November 2006 dermaßen an Macht verloren haben, dass die Kriegsgegner, in erster Linie Demokraten, nun fordern könnten die Truppen im Irak zu reduzieren. Eine vorzeitige Reduktion der Truppen, im Zusammenhang mit den noch sehr schwachen irakischen Sicherheitskräften, würde für die Rebellen im Irak einen Sieg bedeuten und zugleich die Chancen steigern, dass sie die Regierung im Irak stürzen könnten. Es zeigt sich also, dass die demokratische Willensbildung der Politik im Irak und in den USA maßgeblich dafür verantwortlich sein kann, dass der Irak zu einem richtigen Bürgerkriegsland wird.

Womit die USA im Jahr 2004 ebenfalls zu kämpfen hatten, war die Konfrontation mit den Schiiten, die sich zeitgleich zu den Kämpfen in Falludscha entwickelt hatte. Hintergrund dieser Konfrontation war die Herausgabe eines Haftbefehls, ausgestellt von der US-Zivilverwaltung, gegen Muktada al-Sadr, einem jungen, aber einflussreichen schiitischen Geistlichen, der an der Ermordung eines hochrangigen schiitischen Geistlichen beteiligt gewesen sein soll. Muktada al-Sadr, der zuvor schon des öfteren durch anti-westliche Parolen aufgefallen war, litt darunter, dass er trotz seiner großen Anhängerschaft innerhalb der armen schiitischen Bevölkerung<sup>777</sup> keinen wesentlichen Einfluss auf die Politik des Iraks nehmen konnte, da er von den wichtigen schiitischen Politikern und Geistlichen nicht anerkannt worden war. Nachdem am 03.04.2004 Mustafa Al-Jakubi, ein enger Vertrauter al-Sadrs, von den Alliierten festgenommen worden war, kam es zu ersten Zusammenstößen zwischen den schiitischen Aufständischen und den Alliierten in Nadschaf, in

---

<sup>776</sup> Follath, Erich; Mascolo, Georg; Spörl, Gerhard: Der Alptraum-Präsident, in: Der Spiegel Nr.41 vom 09.10.2006, S. 131

<sup>777</sup> Die Anhängerschaft al-Sadrs begründet sich auf den Einfluss seines Vaters Großayatollah Mohammed Sadiq-es-Sadr, der einst der Führer der „Enterbten und Entrechteten“ gewesen ist, und dadurch einen sehr hohen Stand in der schiitischen Gemeinde innehatte. *Vgl. hierzu:* Scholl-Latour, Peter: Koloß auf tönernen Füßen, 2.Aufl., Berlin 2005, S. 301

einigen südirakischen Städten und sogar in Teilen der irakischen Hauptstadt. Wie stark die Milizen der aufständischen Schiiten gewesen sind, sieht man daran, dass die USA in der Frühphase des Aufstandes die Kontrolle über einige Ortschaften verloren hatten. Mit der Verlagerung der Hauptkämpfe in die Stadt Nadschaf wurde zunehmend deutlich, dass der Widerstand kaum zu durchbrechen war. Als die Alliierten daraufhin ihre Truppenpräsenz erhöhten, konnten zwar einige Städte zurückerobert werden, jedoch gelang es den Alliierten nicht die Milizen zu zerschlagen und al-Sadr festzunehmen. In Anbetracht dieser Tatsache einigte man sich auf einen Waffenstillstand, der jedoch von den USA am 05.08.2004 gebrochen wurde. Mit Hilfe einer Großoffensive wollten die USA al-Sadr, der sich zu diesem Zeitpunkt in Nadschaf aufhielt, endgültig unschädlich machen, da dieser zuvor damit gedroht hatte, sich mit den sunnitischen Aufständischen im Kampf gegen die Alliierten zu verbünden. Ein solches Bündnis hätte die Koalitionstruppen sehr schnell in sehr bedrohliche Situationen bringen können, sodass aus Sicht der Alliierten rasch gehandelt werden musste. Allerdings gelang es den USA erneut nicht al-Sadr zu fassen, obwohl sich dieser mit einigen Anhängern in einer Moschee verschanzt hatte. Eine Verhaftung oder gar eine Tötung al-Sadrs hätte allerdings auch zu einem Flächenbrand führen können, da die Mehrzahl der Schiiten hinter dem jungen Rebellen stand. Die Lage konnte jedoch friedlich gelöst werden, nachdem der einflussreiche Großayatollah Ali al-Sistani zwischen den Parteien vermitteln konnte.<sup>778</sup> Der Deal beinhaltete das freie Geleit für al-Sadr und seine Anhänger, wohingegen er sich seinerseits bereit erklären musste, seinen Widerstand gegen die Alliierten zu beenden. Dieser Deal hat bis heute Bestand, da es seit damals nicht wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den Alliierten und al-Sadr gekommen ist; wahrscheinlich, weil abzusehen war, dass die Schiiten künftig die Oberhand im Irak haben würden, und dass jeder Widerstand gegen die Alliierten nur dazu führen würde, dass die Schiiten im Rahmen der neuen Machtverteilung und im Rahmen der neuen noch auszuarbeitenden Verfassung Nachteile erleiden würden. Im Übrigen gilt „Sadr-City“, so der inoffizielle Name des Stadtteils in

---

<sup>778</sup> [www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/251ak\\_usa-irak.htm](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/251ak_usa-irak.htm), abgerufen am: 17.09.2006 um 16:00 Uhr

Bagdad, indem al-Sadr „herrscht“, mittlerweile als sicherster Ort in Bagdad,<sup>779</sup> wenn nicht sogar im ganzen Irak.

Die Kurden ihrerseits, die im Norden eine starke autonome Rolle eingenommen haben, spielen in Bezug auf die Stabilität des Irak als Staat ebenfalls eine nicht zu unterschätzende Rolle. Obschon der kurdische Norden bislang weniger durch Gewalt und Bürgerkrieg aufgefallen ist, so kann die politische Entwicklung des Nordens entscheidend dafür sein, ob der Irak in seinen derzeitigen Grenzen dauerhaft Bestand haben wird, denn die Autonomie der Kurden, die sie sich schon unter Hussein verschaffen konnten, hat seit dem Sturz des Regimes noch größere Ausmaße angenommen. So gegensätzlich die Positionen der Sunniten und der Schiiten im Irak aufgrund ihrer konfessionellen Verschiedenheit auch sein mögen, so gibt es immer noch eine Sache, die die Sunniten und die Schiiten miteinander verbindet; beide Religionsgruppen sind Araber. Die Kurden wiederum sind keine Araber. Genau an diesem Punkt entsteht nun neben der religiösen Konfliktlinie auch eine ethnische Konfliktlinie, da es sowohl bei den Schiiten, als auch bei den Sunniten starke nationalistische Gruppen gibt, die über die religiösen Unterschiede hinwegsehen und den Irak als arabische Nation, bestehend aus Sunniten und Schiiten, betrachten. Hiervon ausgehend und in Verbindung mit den Autonomiebestrebungen der Kurden verbunden, ergibt sich auch hieraus die Gefahr, dass der Irak in seiner jetzigen Form keine langfristige Zukunft haben könnte. Ein Wegbrechen des kurdischen Nordens hätte jedoch schwerwiegende Folgen für den gesamten Mittleren Osten und für den Irak selbst. Bräche der Norden weg, dann müsste beispielsweise die Regierung in Ankara befürchten, dass die rund 15 Mio. Kurden in der Türkei versuchen könnten, die kurdisch dominierten Territorien mit dem ehemaligen Nordirak zu vereinen. Wie die Türkei auf eine kurdische Rebellion reagieren würde, ist klar, denn die Türkei hat in der Vergangenheit bereits viele Male Autonomiebewegungen der Kurden mit Waffengewalt zurückgeschlagen. Die Regierung in Ankara schreckte dabei sogar nicht davor zurück, türkische Armeeverbände in den Irak zu schicken, um die kurdischen Rebellen vom türkischen Staatsgebiet fernzuhalten. Eine militärische Intervention der Türkei kann im Falle einer Verselbstständigung des kurdischen Nordirak demnach als

---

<sup>779</sup> Scholl-Latour, Peter: Koloß auf tönernen Füßen, 2.Aufl., Berlin 2005, S. 301

logische Folge betrachtet werden, womit ein neuer Konflikt im Mittleren Osten entstehen würde. Für den Irak selbst wäre ein Wegfall Kurdistans hingegen eine wirtschaftliche Katastrophe, da es dort die wichtigsten Ölvorkommen gibt, auf die der Irak ja bekanntlich angewiesen ist. Ähnlich katastrophal wäre im Übrigen auch der Wegfall des ölfreie Südens.

Betrachtet man sich die Entwicklung im Irak seit dem Sturz Saddam Husseins, so führt kein Weg daran vorbei den Irak als handfestes Krisengebiet zu klassifizieren. Die Spannungen zwischen den verschiedenen Ethnien und Religionen beherbergen ein derart großes Konfliktpotential, dass in gewisser Hinsicht schon von einem Bürgerkrieg gesprochen werden kann. Das Kernproblem des heutigen Iraks ist dabei vor allem der geschichtliche Hintergrund und das daraus resultierende Misstrauen zwischen Sunniten, Schiiten und Kurden. Jede dieser drei Gruppen hat aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit Angst vor einer Übermacht einer anderen Volksgruppe, da es im Irak seit jeher immer eine Gruppe gegeben hat, die unter der herrschenden Klasse gelitten hat. Diese Angst spiegelt sich heute insbesondere bei den Sunniten wider, die in der schiitischen Regierung eine neue Diktatur vermuten. Die klare demographische Überlegenheit der Schiiten bedeutet für die Sunniten zwangsläufig, dass der neue demokratische Irak immer von schiitischen Politikern und Eliten geführt werden wird, wobei diese bislang versucht haben eine gesamt-irakische Politik zu betreiben, ohne dass sie den Sunniten dabei ernstzunehmende Gründe für die oben aufgeführten Befürchtungen geboten haben. Die oben beschriebene Angst der Sunniten kommt jedoch den Al-Qaida-Terroristen gerade recht, da diese die Angst ausnutzen, um den Irak im Chaos versinken zu lassen. Der Al-Qaida geht es dabei allerdings nicht darum, die Sunniten wieder an die Macht zu führen, obschon sie dies ihnen weiß machen wollen, sondern es geht ihnen darum die Alliierten zu vertreiben, den verhassten Schiiten die Macht zu entreißen und wenn möglich einen islamistischen sunnitisch geprägten Gottesstaat zu errichten, was ja bekanntlich eines der Hauptziele der Islamisten ist. Im Prinzip werden die sunnitischen Aufständischen, die bislang keinen Kontakt zu Islamisten oder zur Al-Qaida hatten, von den Terroristen, die meist selbst gar keine Iraker sind, nur ausgenutzt. Nachdem Afghanistan gefallen war und die die dort herrschende Taliban-Regierung verjagt worden war, gab es für die Al-

Qaida-Islamisten zunächst kein Gebiet mehr, wo sie ihren Gottesstaat hätten errichten können, auch nicht im Irak, da Hussein ein Gegner der Al-Qaida gewesen ist. Nachdem Hussein jedoch gestürzt worden war und die Alliierten massive Schwierigkeiten hatten, den Irak unter Kontrolle zu bekommen, entwickelte sich das Zweistromland zum idealen Schlachtfeld, da es eine enttäuschte und verängstigte Bevölkerungsschicht gab, denen die Al-Qaida ihre Hilfe anbieten konnte. Damit der Irak nicht vollkommen im Bürgerkrieg versinkt und die Hoffnung auf eine friedliche Zukunft aufrechterhalten bleibt, ist es wichtig der sunnitischen Bevölkerung Vertrauen in die neue Verfassung und in das neue Regierungssystem zu geben. Dies geht jedoch nur, wenn sich zwei grundlegende Entwicklungen einstellen. Zum einen, ist die neue schiitische Regierung gehalten, keine anti-sunnitischen Maßnahmen durchzuführen, was sofort als Bestätigung für die Befürchtungen aufgefasst würde und zum zweiten muss die neue Regierung alles unternehmen, dass anti-sunnitische Übergriffe durch Schiiten oder anderer Volksgruppen verfolgt und hart bestraft werden. Den Sunniten muss das Gefühl gegeben werden, dass sie vom Staat vor Verfolgung geschützt werden und dass es ihnen gegenüber keine staatliche Willkür gibt. Eine starke Einbindung der Sunniten in die irakische Politik ist daher, trotz der demographischen Schwäche der Sunniten, von fundamentaler Bedeutung. Ein Punkt, der einer solchen Entwicklung sicherlich dienlich wäre, wäre die Reform der neuen Verfassung hinsichtlich des föderalen Systems, da diese eine starke Regionalisierung vorsieht, unter anderem im Bereich der Ölwirtschaft. Dieser Umstand führt nämlich dazu, dass die Sunniten, die keine eigenen relevanten Einnahmequellen besitzen, da die sunnitischen Gebiete des Iraks ölarms sind, immer wirtschaftlich benachteiligt sein werden. Erst wenn sie verstärkt an den wirtschaftlichen Möglichkeiten beteiligt werden und sie das Gefühl von rechtsstaatlicher Sicherheit kennen gelernt haben, kann die sunnitische Gewalt dauerhaft geschwächt werden. Aber nicht nur die sunnitische Gewaltbereitschaft würde dadurch sinken, sondern auch der Rückhalt der Al-Qaida in der sunnitischen Bevölkerung. Sicher würden einige Sunniten, die sich der Al-Qaida einmal angeschlossen haben, weitermachen, jedoch würde ein gesteigertes Vertrauen der Sunniten in das neue irakische System, der Al-Qaida langfristig den Nährboden entziehen. Was eine solche Entwicklung allerdings erschwert, ist die einmal erreichte

Autonomie der Kurden und Schiiten, die sicher nicht damit einverstanden wären, einen Teil ihrer noch so jungen Selbstständigkeit abzugeben, zumal gerade die Kurden nach dem Krieg kurz davor standen, einen eigenen Staat Kurdistan auszurufen, was nur durch die breite Autonomiegarantie verhindert werden konnte. Es zeigt sich also, dass der Irak ein sehr wackeliger Staat ist, bei dem Misstrauen und die Verfügungsgewalt über das Öl eine besondere Rolle spielen. Die Gewalt hat letztlich dazu geführt, dass die Alliierten ihre hochgesteckten Ziele in Bezug auf Wiederaufbau und Sicherung des Ölflusses nicht erreicht haben, da sie die Situation im Irak von vornherein unterschätzt hatten. Die ausgebliebenen Investitionen, der Rückzug ausländischer Investoren und die Terroranschläge der Aufständischen auf wichtige strukturelle Bereiche der Ölindustrie, immerhin sind 80% der Schäden der irakischen Ölindustrie nach dem Krieg entstanden,<sup>780</sup> hatten zur Folge, dass der Irak zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch hinter den Förderkapazitäten liegt, die der Irak vor dem Krieg hatte. Für den Irak, wie auch für die USA, die sich viel vom irakischen Öl versprochen hatten, bedeutet dies nicht anderes, als dass die Sicherung des irakischen Öls und deren Ausbau auf breiter Linie gescheitert ist. Der Aufwand der betrieben werden muss, um die vorhandene Ölinfrastruktur zu sichern, ist dermaßen groß, dass notwendige Wiederaufbaumaßnahmen und der Ausbau der Ölindustrie zu kurz kommen. Daraus lässt sich folgern, dass die Mission Irak noch lang nicht beendet ist, und dass eine dauerhafte Präsenz der Alliierten im Irak notwendig bleibt. Allerdings sind die alliierten Truppen, aufgrund der Sicherheitslage und der ausgebliebenen wirtschaftlichen, wie auch humanitären Erholung, nicht sehr willkommen in der irakischen Bevölkerung, denn die Hoffnungen und Wünsche konnten bis heute nicht erfüllt werden. Sollte die derzeitige Situation und zwar in allen oben beschriebenen Bereichen nicht in absehbarer Zeit entschärft werden können, muss damit gerechnet werden, dass der Irak als Nationalstaat in seinen derzeitigen Grenzen nicht zu retten ist. Für die internationale Sicherheitspolitik würde dies ein absolutes Desaster bedeuten, da sich schlagartig mindestens zwei neue Krisenherde auf tun würden. Der erste wäre der bereits beschriebene Fall hinsichtlich eines kurdischen Staates, der

---

<sup>780</sup> Holtmann, Caspar: Die Wirtschaft des Irak: Entwicklungsstand und –potential, in: Kilian, Björn; Tobergte, Christian; Wunder, Simon(Hrsg.): Nach dem Dritten Golfkrieg: Sicherheitspolitische Analysen zu Verlauf und Folgen des Konflikts, Berlin 2005, S.73

unweigerlich zum Eingreifen der Türkei führen würde und der zweite würde im Süden entstehen, sollte sich der schiitische Süden entschließen, ein Bündnis mit dem Iran einzugehen. In diesem Fall stünden die ertragreichen Ölfelder des Südiraks unter der Kontrolle des Iran, der aller Wahrscheinlichkeit nach den Ölfluss in Richtung Asien umleiten würde, wodurch der Westen allenfalls nur noch Zugriff auf die kurdischen Quellen hätte. Für die äußerst ölabhängigen USA wäre dies der worst case, der unweigerlich mit heftigen Reaktionen seitens der USA einhergehen würde. Ob sich daraus ein Krieg entwickeln würde, würde daraufhin davon abhängig sein, wie der Ölmarkt aussehe, wie die mittelfristigen Prognosen hinsichtlich der Versorgungssicherheit aussehen würden, und wie weit das iranische Atomprogramm fortgeschritten wäre, das einen Krieg um Öl unwahrscheinlich machen würde. Es muss daher alles daran gesetzt werden, dass der bürgerkriegsähnliche Zustand im Irak beendet wird, die Terroristen erfolgreich bekämpft werden und das Vertrauen der Minderheiten im Irak gegenüber dem neuen politischen Systems gestärkt werden. Hinzu kommt noch, dass unbedingt die Versorgungslage der Bevölkerung und die Ölwirtschaft gesichert werden. Allem Anschein nach sind die Alliierten dazu alleine nicht in der Lage, sodass Überlegungen angestellt werden müssen, ob es nicht vielleicht sinnvoller wäre, dass sich nun auch Staaten, die sich bislang eher bedeckt gehalten haben, vermehrt im Irak engagieren. Dies wurde im Übrigen auch von Bundespräsident Horst Köhler angesprochen, der aufgrund seiner langjährigen internationalen Erfahrung sicher weiß, wovon er spricht. Mittlerweile geht es nämlich nicht mehr darum einen Krieg zu verhindern bzw. einen Krieg zu führen, sondern darum einen Krieg zu beenden, damit schlimmeres verhindert werden kann. Vielleicht könnten Wiederaufbauteams, wie es sie in Afghanistan gibt in diesem Fall hilfreich sein, allerdings besetzt mit Staatsangehörigen, die bislang einen positiven Ruf in der arabischen Welt genossen haben, wie zum Beispiel Frankreich und Deutschland. Eine solche Mission wäre sicher sinnvoller, als andere, die zurzeit durchgeführt werden, zu nennen sind hier insbesondere der Libanon-Einsatz und die Missionen in Afrika; dies aber nur am Rande erwähnt.

### 4.3 Der Iran

Der Iran, der gegenwärtig in den Augen vieler westlicher Politiker eine ernstzunehmende Bedrohung für den Weltfrieden darstellt, präsentiert sich als Staat, der über ein enormes Selbstbewusstsein verfügt und der keine Scheu zeigt offen in Konflikt mit den mächtigsten Staaten der Welt zu treten. Seine antiwestliche und antijüdische Haltung, die in aller Öffentlichkeit vertreten wird, basiert dabei in erster Linie auf der starken Stellung der Religion innerhalb des politischen Systems des Irans. Angeführt von streng gläubigen islamischen Gelehrten hat sich der Iran zum mächtigsten islamischen Staat im Mittleren Osten entwickelt, der sich nun anschickt seine harte politische Linie durch die Stärkung des Militärs zu untermauern. Allerdings war der Iran nicht immer von klerikalen Hardlinern geführt worden, sondern auch von der Pahlevi-Dynastie, die sich in vielen Bereichen westliche Errungenschaften und politische Grundsätze zu Eigen gemacht hatte.

Obwohl der Iran seit jeher eine eigenständig Monarchie gewesen war, so stand Persien, wie der Iran bis 1935 offiziell hieß,<sup>781</sup> ständig unter der Kontrolle westlicher Staaten, wobei hier insbesondere Großbritannien den größten Einfluss auf die iranische Monarchie genommen hatte. Gekennzeichnet durch den Drang den Iran nach westlichem Vorbild bzw. nach dem Vorbild der Türkei zu gestalten, entstand mit der Familie Pahlevi ab 1925<sup>782</sup> eine Herrscherdynastie, die ständigen Anfeindungen durch den schiitischen Klerus ausgeliefert war, der keinesfalls mit der geplanten Verwestlichung des Irans einverstanden war. Dies führte zu einem dauerhaften Konflikt zwischen dem weltlichen Herrscher Schah Reza Khan, der keinen besonderen Bezug zum Islam besaß, und den klerikalen Anführern, die mehr Mitspracherecht bei politischen Entscheidungen einforderten. Die Folge war, dass es in regelmäßigen Abständen zu gewaltsamen Aufständen kam, die vom Schah zum Teil sehr brutal niedergeschlagen wurden. Der Schah hatte also eine starke Opposition im eigenen Land, die ihm immer wieder gefährlich wurde; allerdings waren die Geistlichen nicht in der Lage den Schah zu stürzen, da er

---

<sup>781</sup> Schweizer, Gerhard: Iran. Drehscheibe zwischen Ost und West, 2.Aufl., Stuttgart 1993, S.269

<sup>782</sup> Im Jahr 1925 wurde der Ahmad Schah vom Parlament abgesetzt und Reza Khan, der zum damaligen Zeitpunkt bereits Premierminister war, zum neuen König ernannt. Die Krönung erfolgte im Jahr 1926. Vgl. hierzu: Sheikhzadegan, Amir: Der Griff des politischen Islam zur Macht. Iran und Algerien im Vergleich, Bern/Berlin/Brüssel/Frankfurt a.M./New York/Oxford/Wien 2003, S. 86

zumindest innenpolitisch über ausreichende Machtmittel verfügte. Gestürzt wurde der Schah aber dennoch, und zwar im Jahr 1941, nachdem er sich offen zu Hitler-Deutschland bekannt hatte.<sup>783</sup> Ohne aktiv in den Krieg eingegriffen zu haben, wurde der Iran im Jahr 1941 von britischen und russischen Soldaten besetzt, um einem potentiellen Bündnis zwischen dem Iran und Deutschland zuvorzukommen, denn die iranischen Ölvorkommen waren gerade während des Krieges von fundamentaler Bedeutung, auch für Deutschland. Um dies zu verhindern, wurde der Schah kurzum abgesetzt und wenig später sein Sohn als neuer Schah eingesetzt, da die Briten aufgrund seines Alters (er war damals erst 22 Jahre alt) davon überzeugt waren, dass Schah Reza Pahlevi keine Bedrohung für die britischen und russischen Interessen darstellte. Und in der Tat entwickelte sich Schah Reza Pahlevi zu einem treuen, wenn auch sehr schwachen, Verbündeten der Alliierten. Nachdem der Krieg dann im Jahr 1945 beendet wurde, zeigten insbesondere die USA ein starkes Interesse am iranischen Öl, vor allem wegen des aufkeimenden Kalten Krieges und der damit verbundenen Notwendigkeit über ausreichend Ölreserven zu verfügen. Da der Schah in keiner Weise mit seinem Vater zu vergleichen war, denn Schah Mohammed Reza Pahlevi war in jeder Hinsicht schwächer, hatten es die USA und andere westliche Staaten leicht ihre wirtschaftlichen Interessen im Iran durchzusetzen, angeführt von der Ölindustrie, die sich fast ausschließlich in ausländischer Hand befand. Diese Schwäche des Schahs hatte unweigerlich zur Folge, dass es innerhalb der Regierung, in der der Schah nach wie vor zumindest formal die eigentliche Macht hatte, zu einer Machtverschiebung kam bei der die Minister deutlich an Einfluss gewannen. Aber dies alleine war nicht der Grund dafür, dass der Schah zunehmend an Einfluss verlor, sondern auch die Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung, die sich aufgrund fehlender sozialer, politischer und wirtschaftlicher Reformen entwickelt hatte. Diese Situation nutzte ein äußerst nationalistisch eingestellter Politiker namens Mohammed Mossadegh aus, der schnell den Klerus, die iranischen Nationalisten und die Kommunisten, die sich inzwischen in Parteien organisiert hatten, zu seinen Verbündeten zählen konnte. Gestärkt von dieser politischen Macht im Rücken, begab sich Mossadegh schnell daran seine politischen Gegner und ihre zu westlich eingestellte Politik zu bekämpfen. Wenig später

---

<sup>783</sup> Schweizer, Gerhard: Iran. Drehscheibe zwischen Ost und West, 2.Aufl., Stuttgart 1993, S.273

konnte Mossadegh einen wichtigen politischen Sieg für sich verbuchen, als er infolge der Ermordung des amtierenden Ministerpräsidenten durch „religiöse Fanatiker“<sup>784</sup> zum neuen Ministerpräsidenten ernannt wurde, da der Schah so hoffte die politische Lage im Iran zu beruhigen und seine eigene Stellung als Schah zu sichern. Außenpolitisch hatte diese Ernennung jedoch schwerwiegende Folgen, da der neue Ministerpräsident die Monopole der ausländischen Ölkonzerne zerschlug, indem er die Ölindustrie verstaatlichte<sup>785</sup> und es infolgedessen zu einem handfesten Wirtschaftstreit zwischen den westlichen Staaten und dem Iran kam, der in einem für den Iran folgenreichen Ölboykott mündete. Dennoch ließ sich Mossadegh nicht von seiner Politik abbringen, sondern verstärkte noch mehr seine antiwestliche Haltung, die sich nun auch verstärkt gegen die Person des Schahs richtete, war er doch der wichtigste Anhänger einer prowestlichen Politik. Der Höhepunkt der iranischen Krise wurde daraufhin im Jahr 1953 erreicht, als der Ministerpräsident, der schon sehr viel Macht innehatte, versuchte den Schah von seinem Thron zu stürzen, was jedoch von der Schah-treuen Armee und den USA, gemeint sind hierbei als Berater getarnte CIA-Mitglieder,<sup>786</sup> verhindert werden konnte. Nach dem gescheiterten Sturzversuch von Mossadegh wurde dieser verhaftet und für drei Jahre inhaftiert, woran sich dann ein lebenslanger Hausarrest anschließen sollte. Der Schah wiederum, der bis 1953 in keiner Weise den Staat Iran geführt hatte, was jedoch eigentlich seine Aufgabe gewesen wäre, hatte aus den Fehlern seiner bisherigen Regierungszeit gelernt. Er sah nun ein, dass er sich als Schah deutlich intensiver am politischen Leben beteiligen musste. Im Bewusstsein seiner neu verstandenen Verantwortung begann er alsbald mit der Fortführung der Modernisierungspolitik, die einst von seinem Vater ins Leben gerufen worden war.<sup>787</sup> Eine der ersten Handlungen des Schahs war das Aushandeln eines neuen Vertrages hinsichtlich der iranischen Ölindustrie mit Großbritannien. Angesichts der Tatsache, dass Mossadegh die iranische Ölindustrie verstaatlicht hatte, was einerseits den Vorteil hatte, dass der Iran erstmals das alleinige

---

<sup>784</sup> Schweizer, Gerhard: Iran. Drehscheibe zwischen Ost und West, 2.Aufl., Stuttgart 1993, S.275

<sup>785</sup> Fabry, Philipp W.: Zwischen Schah und Ayatollah. Ein Deutscher im Spannungsfeld der Iranischen Revolution, Gießen 1983, S.91

<sup>786</sup> Schweizer, Gerhard: Iran. Drehscheibe zwischen Ost und West, 2.Aufl., Stuttgart 1993, S.276

<sup>787</sup> Vgl. Ebd., S.277

Bestimmungsrecht über diesen Bodenschatz hatte, hatte sich jedoch auch gezeigt, dass die westlichen Staaten eine solche Situation nicht dulden würden und mit Boykott-Maßnahmen reagieren würden, mit schlimmen Folgen für die iranische Wirtschaft. Da der Schah einerseits die Hoheit über die eigenen Quellen behalten wollte, um direkt davon zu profitieren, andererseits jedoch auch auf das Wohlwollen des Westens angewiesen war, einigte er sich mit Großbritannien darauf, dass britische Unternehmen wieder in die iranische Ölindustrie einsteigen könnten; der Iran dürfte im Gegenzug 50% der Gewinne behalten.<sup>788</sup> Eine weitere außenpolitische Annäherung an den Westen stellte im Jahr 1959 die Unterzeichnung eines Verteidigungsabkommens mit den USA dar.<sup>789</sup> Der Schah hatte also nach dem Sturz Mossadeghs schnell damit begonnen das Verhältnis zum Westen auszubauen und zu konsolidieren, womit ein wichtiger Schritt in Richtung Modernisierung vollzogen werden konnte, vor allem, was den Ausbau der iranischen Streitkräfte anging, die von nun an von amerikanischen Firmen mit hochmodernen Waffensystemen ausgestattet wurden. Innenpolitisch und gesellschaftlich wollte der Schah ebenfalls westliche Standards einführen, wobei es ihm dabei weniger um die Herstellung westlicher Demokratie- und Rechtsstaatmodelle ging, als vielmehr um die Herstellung eines westlichen Erscheinungsbildes, das sich vor allem in Form westlicher Technologien präsentieren sollte. Der Kern seiner Modernisierungspolitik war die Transformation des Irans weg von einem agrargeprägten Staat hin zu einem konkurrenzfähigen Industriestaat, weshalb er fähige junge Menschen nach Europa und in die USA schickte, um dort zu studieren.<sup>790</sup> Auch sollte sich das Äußere der Bevölkerung ändern, indem er die Politik seines Vaters, was die Standardisierung der Kleidung nach westlichem Vorbild beinhaltete, weiter vorantrieb. Was bei seinen Reformvorhaben jedoch keinerlei Beachtung fand, waren Reformen innerhalb des politischen Systems, da er keineswegs daran dachte eine echte Demokratie einzuführen. Seine Vorstellung vom künftigen politischen System des Iran ging sogar soweit, das ohnehin schwache Parlament aufzulösen, um seine Alleinherrschaft zu untermauern. Allerdings vollzog er diesen Schritt nicht, da ihm das Parlament

---

<sup>788</sup> [www.areion.de/iranc.html](http://www.areion.de/iranc.html), abgerufen am 02.01.2007 um 18:02 Uhr

<sup>789</sup> Vgl. Ebd.

<sup>790</sup> Schweizer, Gerhard: Iran. Drehscheibe zwischen Ost und West, 2.Aufl., Stuttgart 1993, S.277

nicht gefährlich werden konnte und er sicher sein konnte, dass das Militär treu zu ihm stand. Um seine Stellung als Herrscher über den Iran weiter zu stärken, verlieh er sich neben dem Titel des Schahs auch noch den Titel „Shahanshah Ariermehr“<sup>791</sup>, was nichts anderes bedeutete, als „Großkönig bzw. König der Könige, Sonne der Arier“. Was den Schah in seinen Plänen jedoch einschränkte, war noch immer der Einfluss der Kleriker, die zum damaligen Zeitpunkt von Ayatollah Borudjerdi geführt wurden. Zwischen ihm und dem Schah gab es allerdings so etwas wie ein gegenseitiges Dulden, da beide Seiten von einander profitierten. Der Schah konnte sich darauf verlassen, dass sich der Klerus nicht in die Politik einmischte, da der Ayatollah den Klerus „apolitisch“<sup>792</sup> führte, zumindest solange, wie der Schah die wichtigsten traditionellen islamischen Gesetze unberührt ließ, wohingegen es den Schiiten erlaubt blieb ihre religiösen Feste zu feiern. Ein weiterer Grund für das Stillschweigen des Klerus unter Borudjerdi war das Fehlverhalten der Ayatollahs zu Beginn der Regierungszeit Mossadeghs, als sie diesen noch unterstützten, da er sich gegen den westlichen Einfluss wehrte. Der Klerus änderte jedoch recht schnell wieder seine Meinung, als sich Mossadegh der Sowjetunion zuwandte, wodurch die Angst innerhalb der islamischen Führung stieg, dass sich der Iran, nach sowjetischen Vorbild, zu einem atheistischen Staat ohne Religion entwickeln könnte. Aus dieser Furcht heraus wurde der Schah als geringeres Übel für den Klerus betrachtet; die Folge war, dass sich ein Großteil, jedoch nicht alle der Kleriker für die Wiedereinsetzung des Schahs aussprachen. Allerdings waren sie, aufgrund seiner bis dahin passiven Politik, davon ausgegangen, dass der Schah keine allzu mächtige Person innerhalb der iranischen Politik werden würde; ein vollkommener Trugschluss, wie sich schnell herausstellen sollte. Es bleibt also festzuhalten, dass es zunächst zwischen dem Klerus und dem Schah eine Art Waffenstillstand gab, der jedoch durch den neuen Titel, der ihn als gottgesandt darstellte, und durch die Reformvorhaben einer Zerreißprobe ausgesetzt gewesen war. Als der Schah daraufhin zu Beginn der 60er Jahre den Staat Israel, den Erzfeind der islamischen Welt, offiziell anerkannte,<sup>793</sup> wurde deutlich, dass er nicht mehr

---

<sup>791</sup> Sheikhzadegan, Amir: Der Griff des politischen Islam zur Macht. Iran und Algerien im Vergleich, Bern/Berlin/Brüssel/Frankfurt a.M./New York/Oxford/Wien 2003, S. 91

<sup>792</sup> Vgl. Ebd.

<sup>793</sup> Vgl. Ebd.

bereit war, uneingeschränkt die Haltung des Klerus hinzunehmen. Als kurze Zeit darauf auch noch Ayatollah Borudjerdi verstarb, betrachtete er sich nicht mehr länger dem Klerus verpflichtet. Aber nicht nur die Ereignisse innerhalb der klerikalen Führung, sondern auch die endgültige Ausschaltung der politischen Gegner, gemeint sind die noch rudimentär vorhandenen Anhänger Mossadeghs,<sup>794</sup> durch die 1957 gegründete Geheimpolizei SAVAK,<sup>795</sup> machten den Schah glauben, er könne den Iran nun als absoluter Alleinherrscher führen. Allerdings hatte sich in der Zwischenzeit innerhalb der Bevölkerung eine Entwicklung in Gang gesetzt, die den Schah, unabhängig von der Position des Klerus, beinahe zu Fall gebracht hätte.

Obwohl der Iran seit der Absetzung Mossadeghs ein stetiges Wirtschaftswachstum zu verzeichnen hatte, da er entscheidend vom florierenden Erdölgeschäft und von amerikanischen Wirtschaftshilfen<sup>796</sup> profitierte, kam es innerhalb der Gesellschaft zu denkwürdigen Veränderungen, die dem Iran langfristig massive Probleme bereitet hätten. Da sich der Iran allmählich vom Agrarstaat zum Industriestaat entwickelte und dieser Prozess noch lange anzuhalten schien, kam es zu einer Vernachlässigung des gesamten Agrarsektors, der bis dato wichtig für die iranische Wirtschaft gewesen war. Die Folge war, dass ein Großteil der armen Bauernschaft in die Städte, vor allem aber in die Hauptstadt Teheran abwanderte, wo sie oftmals als Bettler vegetierten. Dieser Zustand, der so gar nicht in das hochmoderne Erscheinungsbild der Hauptstadt passte, war auf Dauer nicht zu halten, sodass es in diesem Bereich zu Neuerungen kommen musste. Was der Optik des vor modernen Neubauten nur so strotzenden Teheran besonders schadete, waren die immer größer werdenden Slums, die sich in unmittelbarer Nähe zum Reichtum der Stadt entwickelten.<sup>797</sup> Aber nicht nur der zunehmende Strom armer Bauern sollte die soziale Struktur des Iran ins Wanken bringen, sondern auch niedere Beamte, Polizisten und insbesondere Lehrer, die nur mit einem erbärmlichen Lohn versorgt wurden, fingen gegen Ende der 50er Jahre

---

<sup>794</sup> Sheikhzadegan, Amir: Der Griff des politischen Islam zur Macht. Iran und Algerien im Vergleich, Bern/Berlin/Brüssel/Frankfurt a.M./New York/Oxford/Wien 2003, S. 92

<sup>795</sup> Schweizer, Gerhard: Iran. Drehscheibe zwischen Ost und West, 2.Aufl., Stuttgart 1993, S.278

<sup>796</sup> Pawelka, Peter: Der Vordere Orient und die Internationale Politik, Stuttgart/Berlin/Köln 1993, S.88

<sup>797</sup> Schweizer, Gerhard: Iran. Drehscheibe zwischen Ost und West, 2.Aufl., Stuttgart 1993, S.289

allmählich an, sich gegen die herrschenden Verhältnisse aufzulehnen.<sup>798</sup> Unterstützung fanden die minderprivilegierten Schichten dabei auch verstärkt in den Reihen der Studenten, die selbst zwar Nutznießer des Systems waren, dennoch gegen die soziale Ungerechtigkeit protestierten.<sup>799</sup>

Im Glauben, dass der Klerus durch den Tod seines Großayatollahs in seiner Handlungsfähigkeit eingeschränkt sei und in der Überzeugung, dass es nun an der Zeit sei, sich nicht mehr länger um die Belange des Klerus kümmern zu brauchen, verabschiedete der Schah Ende 1962 ein umfassendes Reformprogramm, das einerseits der oben beschriebenen Entwicklung im Iran entgegenwirken und andererseits dem Klerus einige seiner Rechte und Eigentümer nehmen sollte. Innerhalb seines Reformprogramms, das später unter dem Begriff der „Weißen Revolution“ bekannt wurde, gab der Schah einen Sechs-Punkte-Plan bekannt, der eine ganze Reihe von Neuerungen beinhaltete: 1. Eine umfassende Landreform, bei der der Großgrundbesitz zugunsten landloser Bauern abgeschafft werden sollte;<sup>800</sup> 2. Verstaatlichung sämtlicher Gewässer; 3. Verstaatlichung aller Wälder; 4. Verstaatlichung aller Weidegebiete; 5. Die Entsendung so genannter „Wissenscorps“, mit deren Hilfe die Alphabetisierungsrate deutlich gesteigert werden sollte und 6. Die Einführung des Frauenstimmrechts<sup>801</sup> sowie die Beteiligung der Arbeiter am Gewinn von Fabriken und anderen industriellen Unternehmen.<sup>802</sup> Als vertrauensbildende Maßnahme gegenüber dem Volk entschied der Schah, dass das Volk in Form eines Referendums selbst über die Neuerungen entscheiden sollte. Trotz dieser demokratisch anmutenden Entscheidung sollte auf diese Art und Weise einmal mehr das iranische Parlament, dessen Abschaffung das eigentliche Ziel des Schahs gewesen ist, ausgebootet werden. Mit geschickt formulierten Wahlzetteln war es dann zu Beginn des Jahres 1963 auch kein

---

<sup>798</sup> Sheikhzadegan, Amir: Der Griff des politischen Islam zur Macht. Iran und Algerien im Vergleich, Bern/Berlin/Brüssel/Frankfurt a.M./New York/Oxford/Wien 2003, S.90

<sup>799</sup> Vgl. Ebd.

<sup>800</sup> Mit der Landreform sollte den Großgrundbesitzern der politische Einfluss genommen werden. Vgl. hierzu: Fabry, Philipp W.: Zwischen Schah und Ayatollah. Ein Deutscher im Spannungsfeld der Iranischen Revolution, Gießen 1983, S. 17

<sup>801</sup> Den iranischen Frauen sollte erstmals das aktive und passive Wahlrecht zuerkannt werden, was in den Augen des Klerus ein klarer Verstoß gegen das Islamische Recht war. Vgl. hierzu:

<sup>801</sup> Steinbach, Udo: Iran, in: Ende, Werner; Steinbach, Udo(Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd.501, Bonn 2005, S.250

<sup>802</sup> Sheikhzadegan, Amir: Der Griff des politischen Islam zur Macht. Iran und Algerien im Vergleich, Bern/Berlin/Brüssel/Frankfurt a.M./New York/Oxford/Wien 2003, S. 92

großes Problem die erhoffte Mehrheit für die Reformpläne zu erreichen, obwohl es wenige Tage vor dem Volksentscheid in Teheran zu Ausschreitungen gekommen war, die durch die klerikalen Kritiker angezettelt worden waren.<sup>803</sup> War die Mehrheit der Bevölkerung für die Pläne, so gab es heftigen Widerspruch in den Reihen der geistlichen Führung. Zum einen galt ihr Protest dem Frauenwahlrecht, das ihrer Ansicht nach vollkommen gegen islamisches Recht verstieß und zum anderen richtete sich ihr Protest gegen die Auflösung des Großgrundbesitzes, da der Klerus über erhebliche Ländereien verfügte, die jedoch nur spärlich im Rahmen der Agrarwirtschaft Verwendung fanden. Innerhalb der klerikalen Protestanten bildete sich daraufhin schnell ein kleiner Kreis von neun, besonders radikalen Geistlichen, die offen gegen den Schah vorgingen; unter ihnen befand sich auch derjenige Geistliche, der Jahre später das Ende der Pahlevi-Dynastie bereiten sollte, Ayatollah Ruhollah Musawi Khomeini, dem späteren Begründer der noch heute existenten Islamischen Republik Iran.<sup>804</sup> Der Klerus, der nach dem Volksentscheid befürchten musste, dass nun auch noch der letzte Funken Einfluss schwinden würde, was in der Tat ja auch geschah, sah sich gezwungen ungehemmt auf Konfrontationskurs mit der Regierung in Teheran zu gehen; allerdings sollte dies dazu führen, dass die Kirche im Iran auf Jahre hinweg Opfer von Unterdrückung und Ächtung durch den Schah werden sollte. Mit dem Aufruf zum Boykott der Neujahrsfeiern am 21. März 1963, entsprechend des neu eingeführten iranischen Solarkalenders, kam es zu einer ersten gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen der Regierung und dem Klerus. Der Schah, der den Boykott als Straftat betrachtete, wartete nicht lange mit einer Reaktion. Da der Klerus einen offiziellen iranischen Feiertag gestört hatte, sollte dies nun im umgekehrten Fall ebenfalls geschehen. Aus Rache entsandte der Schah „Schlägertrupps“ in die schiitische Glaubensschule Feyziyyeh in der schiitischen Hochburg Qom (eine andere Schreibweise ist Ghom), die daraufhin dort ein regelrechtes Chaos hinterließen.<sup>805</sup> Diese Tat führte dazu, dass nun auch die Geistlichen ihrem Unbehagen freien Lauf ließen; aus

---

<sup>803</sup> Der Klerus hatte der Regierung vorgeworfen, dass die neuen Gesetze nicht im Einklang mit dem Islam stünden, und dass die Regierung mit dem neuen Wahlrecht den Islam unterminieren würde. Vgl. hierzu: Schweizer, Gerhard: Iran. Drehscheibe zwischen Ost und West, 2. Aufl., Stuttgart 1993, S.292

<sup>804</sup> Sheikhzadegan, Amir: Der Griff des politischen Islam zur Macht. Iran und Algerien im Vergleich, Bern/Berlin/Brüssel/Frankfurt a.M./New York/Oxford/Wien 2003, S. 93

<sup>805</sup> Vgl. Ebd.

heutiger Sicht muss dieses Ereignis als Auslöser für den offenen Kampf zwischen weltlicher und geistlicher Macht im Iran betrachtet werden. Da die Ereignisse von Qom eine äußerst nachhaltige Wirkung hatten, denn sie offenbarten die Abneigung des Schahs gegen die Kirche, kam der Iran in den darauf folgenden Wochen nicht mehr zur Ruhe. Die ständigen Aufstände und Unruhen fanden daraufhin ihren gewaltsamen Höhepunkt am 4. Juni 1963, dem schiitischen Ashura-Fest, als Ayatollah Khomeini eine ungekannnt scharfe Rede gegen das Regime hielt, die in zahlreichen Städten von Demonstrationen begleitet wurden, worauf die Regierung wiederum mit den bereits erwähnten Schlägertrupps antwortete. Als dann jedoch einen Tag später der inzwischen zum Volkshelden mutierte Ayatollah Khomeini verhaftet wurde, schlug die demonstrative Stimmung in einen bürgerkriegsähnlichen Zustand um. Anders als beim ersten gewaltsamen Einschreiten des Staates Ende März, bei dem es „nur“ Verletzte gab, wurden die Regime-Gegner nun systematisch verfolgt, verhaftet oder gar getötet. Die Zahl der Getöteten schwankt dabei zwischen einigen Hundert bis hin zu Zehntausend, je nach dem, welche Quelle man heranzieht. Obwohl sich die Situation infolge des harschen Vorgehens des Staates wieder entspannte, der Schah war davon überzeugt seine politischen und klerikalen Gegner ein für alle mal „kalt gestellt“ zu haben, hatte sich Ayatollah Khomeini zu der Leitfigur des schiitischen Widerstands entwickelt, ganz zum Leidwesen der übrigen Ayatollahs, die Khomeini noch immer nicht zum offiziellen Nachfolger des verstorbenen Groß-Ayatollahs Borudjerdi ernennen wollten. Als Zeichen des guten Willens und im Glauben der schiitische Widerstand sei nun gebrochen, wurde Khomeini am 3. August 1964 wieder freigelassen,<sup>806</sup> allerdings wurde ihm ein Redeverbot auferlegt, wovon seine Freiheit abhing. An dieses Redeverbot hielt er sich jedoch nicht lange, da er sich bereits kurz nach seiner Freilassung nach alter Manier erneut gegen das Regime auflehnte. Hintergrund war die geplante Verabschiedung eines Gesetzes, das US-amerikanischen Bürgern im Iran den Schutz vor Rechtsverfolgung gewähren sollte, wohingegen die Gesetze für das iranische Volk ohne Einschränkung gelten sollten.<sup>807</sup> Die Folge waren erneute Proteste, woraufhin Khomeini erneut verhaftet wurde, allerdings schien die Situation für

---

<sup>806</sup> Sheikhzadegan, Amir: Der Griff des politischen Islam zur Macht. Iran und Algerien im Vergleich, Bern/Berlin/Brüssel/Frankfurt a.M./New York/Oxford/Wien 2003, S. 94

<sup>807</sup> Vgl. Ebd.

ihn nun deutlich gefährlicher als zuvor zu sein, da er mit der Todesstrafe rechnen musste. Um Khomeini hiervor zu bewahren, gab es nur noch eine Möglichkeit, die innerhalb der klerikalen Führung nicht ganz unumstritten gewesen ist; Ayatollah musste offiziell zum Groß-Ayatollah ernannt werden, denn nur so hatte er, gemäß der gültigen Verfassung, Schutz vor der iranischen Justiz.<sup>808</sup> Nachdem sich die Ayatollahs dazu durchringen konnten, den im schiitischen Volk so beliebten Khomeini eben dazu zu ernennen, blieb dem Schah nichts anderes übrig, als den frisch ernannten Groß-Ayatollah ins Exil zu schicken. Das erste Ziel des Exils war die Türkei.<sup>809</sup> Einige Zeit später siedelte Khomeini dann nach Paris über, von wo er seinen Widerstand reorganisieren und detailliert ausarbeiten konnte. Der Schah wiederum, der nun der festen Überzeugung war, er hätte die Macht des Klerus nachhaltig gebrochen, versuchte sich nun als weiser Alleinherrscher zu präsentieren, der den Iran an die technologische und industrielle Weltspitze führen würde. Dieses Ziel wurde daraufhin auch „straight on“ verfolgt, ohne dabei über etwaige Konsequenzen nachzudenken, wie zum Beispiel in Hinblick auf die Landwirtschaft. Zwar hatte er den Großgrundbesitz abschaffen können, jedoch wurden hinsichtlich der praktischen Ausführung der Landreform in allen Bereichen schwerwiegende Fehler gemacht. Weder gab es konkrete und durchdachte Pläne, die eine vernünftige Aufteilung der freigewordenen Gebiete gewährleisten hätten, noch gab es ausreichend finanzielle Unterstützung für die Bauern, die aus ihren eigenen Erträgen heraus nicht in der Lage gewesen waren, notwendige Investitionen zu tätigen. Die übertragenen Ländereien waren in der Regel zu klein, um dass sich daraus ein lohnender Lebensunterhalt erwirtschaften ließ. Die Folge war, dass sich viele der Bauern Geld leihen mussten, das sie nur selten, meist jedoch gar nicht zurückzahlen konnten, woraus sich eine neue Armenschicht herausbildete. Infolge des Scheiterns der Landreform kam es zu einer Erhöhung der Landflucht in die großen Städte, da sich die einstigen Bauern erhofften vom urbanen Reichtum zu profitieren. Es kam jedoch anders, da nicht nur die Bauern, sondern vor allem die ehemaligen Tagelöhner, ebenfalls in die Städte abwanderten, womit die städtische Infrastruktur deutlich überfordert gewesen war. Während sich in

---

<sup>808</sup> Sheikhzadegan, Amir: Der Griff des politischen Islam zur Macht. Iran und Algerien im Vergleich, Bern/Berlin/Brüssel/Frankfurt a.M./New York/Oxford/Wien 2003, S. 94

<sup>809</sup> [www.arenion.de/iranc.html](http://www.arenion.de/iranc.html), abgerufen am 02.01.2007 um 18:02 Uhr

den Städten weitere Slums und Elendsviertel bildeten, kam es auf dem Land aufgrund des Mangels an Personal zu einem regelrechten Zerfall der agrarwirtschaftlichen Infrastruktur; einst fruchtbare Äcker verwitterten, da sich niemand mehr um die Bewässerung kümmerte und landwirtschaftliche Maschinen, von denen es eh zu wenige gab, gingen mit der Zeit, aufgrund mangelnder Wartung, kaputt.<sup>810</sup> Der Industrialisierungswahn des Schahs, der nur noch darauf ausgerichtet war, den Iran technologisch in die Erste Klasse der Industriestaaten zu katapultieren, führte schlussendlich dazu, dass ein Staat, der nie auf fremde Hilfe hinsichtlich der Ernährung der eigenen Bevölkerung angewiesen war, Lebensmittel in nicht unerheblichen Mengen importieren musste.<sup>811</sup> Aber nicht nur die iranischen Bauern litten unter der Schah-Politik, sondern recht bald auch die traditionellen *Basaris*<sup>812</sup> in den großen Städten. Beherrschten die Basaris über Jahrhunderte hinweg den Handel, so wurde ihnen seit den 50er Jahren zunehmend die Stellung auf dem iranischen Markt strittig gemacht. Angefangen mit dem Entzug der Kontrolle über den Getreidehandel, versuchte der Schah verstärkt den industriellen Handel in den Städten zu etablieren, wofür er regimetreue Geschäftsleute rekrutierte, die ohnehin schon finanzielle Profiteure des Staates gewesen waren. Gerhard Schweizer führt in diesem Zusammenhang das Beispiel der Bäcker an, die stets auf dem Basar ihre Backwaren anboten. Dieses alteingesessene Basargewerbe wurde jäh beschnitten, als der Schah deutsche Firmen damit beauftragte, ganze Brotfabriken in den Iran zu liefern;<sup>813</sup> vollkommen zum Leidwesen der kleineren Basarbäcker. Genauso erging es auch anderen Basargewerben, die nach und nach von Großunternehmen verdrängt wurden. Während der Schah also alles daran setzte, dass sowohl die Landwirtschaft, als auch die Basarwirtschaft allmählich verdrängt wurde, wodurch in der logischen

---

<sup>810</sup> Schweizer, Gerhard: Iran. Drehscheibe zwischen Ost und West, 2.Aufl., Stuttgart 1993, S.298

<sup>811</sup> Das Ausmaß bezüglich des Verfalls der Landwirtschaft wird deutlich, wenn man sich die Importzahlen für Weizen und Reis betrachtet. Konnte sich der Iran bzw. Persien über Jahrhunderte hinweg selber ernähren, so musste der Iran mittlerweile 80% des Weizens und 50 % des Reises importieren. Vgl. hierzu: Schweizer, Gerhard: Iran. Drehscheibe zwischen Ost und West, 2.Aufl., Stuttgart 1993, S.298

<sup>812</sup> Als Basari werden in der islamischen Welt diejenigen Kaufleute bezeichnet, die ihre Geschäfte auf den traditionellen Basaren des Orients tätigen. Ein besonderes Merkmal des Basars ist das Feilschen und Handeln, was eigentlich ohne nennenswerte Kontrolle durch den Staat geschieht.

<sup>813</sup> Schweizer, Gerhard: Iran. Drehscheibe zwischen Ost und West, 2.Aufl., Stuttgart 1993, S.299

Konsequenz eine neue Armenschicht geschaffen wurde, entstand in der Industrie eine Schicht, die gekennzeichnet war von Privilegien und hohen Löhnen. Allerdings geschah dies nicht aus reiner Nächstenliebe, sondern vielmehr um diese Personen durch Wohlstand an sich zu binden und ihnen jegliche politische Meinung zu entreißen. Diese Aufspaltung in der Bevölkerung ließ die Schere von arm und reich immer größer werden. Mit der Schaffung einer neuen Schicht von Wohlhabenden, schaffte er auch gleichzeitig eine neue Schicht von Armen; und eben diese Armen sollten Jahre später ihren Beitrag dazu leisten, dass das Schah-Regime gestürzt wurde, denn aus dieser Schicht rekrutierten radikale regimefeindliche Gruppen ihre Anhänger. Die nennenswerten Gruppen jener Zeit, die sich gegen das Regime auflehnten, waren zum einen die *Sazeman-e Cherik-ha-ye Fada`i-ye Khalgh-e Iran* (Organisation der der opferbereiten Guerillas des iranischen Volkes; marxistisch-leninistisch orientiert), die *Sazeman-e Mojahedin-e Khalgh-e Iran* (die so genannte Volksmodjahedin; eine Gruppe, die den islamischen Glauben sozial auslegt) und die *Fada` iyan-e Eslam* (Die sich für den Islam Aufopfernden; eine islamistische Gruppe).<sup>814</sup> Von diesen drei Organisationen hatte sich Mitte der 60er Jahre die *Fada` iyan-e Eslam* als die augenscheinlich gefährlichste Gruppe herauskristallisiert, da sie es Anfang 1965 geschafft hatte den iranischen Ministerpräsidenten zu töten. Auch der gescheiterte Anschlag auf den Schah selber, nur drei Monate später, wurde von dieser Organisation durchgeführt.<sup>815</sup> Der Schah wiederum, der sich im Herbst 1967 selbst zum Kaiser des Iran hatte krönen lassen,<sup>816</sup> ging gegen jene rebellierende Gruppen mit der altbekannten Härte vor, wobei er sich dabei fast ausschließlich auf die Brutalität der SAVAK verließ, die in ihrem Handeln maßgeblich von der CIA unterstützt worden ist.<sup>817</sup> Wenngleich sich das Gros der radikalen Gruppen aus Mitgliedern der sozialen Unterschicht des Irans zusammensetzte, so führte das Vorgehen gegen das Regime auch dazu, dass sich zunehmend auch Intellektuelle für den Kampf gegen den Schah begeistern ließen. Diese intellektuellen Sympathisanten saßen vornehmlich in den Universitäten des

---

<sup>814</sup> Sheikhzadegan, Amir: Der Griff des politischen Islam zur Macht. Iran und Algerien im Vergleich, Bern/Berlin/Brüssel/Frankfurt a.M./New York/Oxford/Wien 2003, S. 94

<sup>815</sup> Vgl. Ebd., S. 95

<sup>816</sup> [www.areiion.de/iranc.html](http://www.areiion.de/iranc.html), abgerufen am 02.01.2007 um 18:02 Uhr

<sup>817</sup> Sheikhzadegan, Amir: Der Griff des politischen Islam zur Macht. Iran und Algerien im Vergleich, Bern/Berlin/Brüssel/Frankfurt a.M./New York/Oxford/Wien 2003, S. 95

Irans. Bedenkt man, dass gerade eben diese Personen Profiteure des neuen iranischen Bildungswesens gewesen waren, so verwundert der Umstand, dass sich dort viele Anhänger der Rebellen fanden, schon ein wenig. Erklären lässt sich dies jedoch damit, dass es sich bei den Sympathisanten nicht um Anhänger islamistischer Gruppen handelte, sondern um Anhänger der linksgerichteten Organisationen. Vorbild dieser studentischen Rebellion waren die 68er-Bewegungen, die weite Teile Westeuropas in Unruhe versetzten. Der Schah, der das iranische Universitätsmodell nach westlichem Vorbild gestaltet hatte, wurde somit in gewisser Weise Opfer seiner eigenen Politik. Ohne sich der möglichen Tragweite einer solchen Rebellion bewusst zu sein, ließ er jegliche Aufstände und Proteste gewaltsam beenden; in Bezug auf die linksgerichteten Organisationen war er auch sehr erfolgreich, wobei es bis zur Revolution Ende der 70er Jahre immer wieder zu Protesten seitens der Studenten gekommen war. Allerdings sah sich der Schah über dieses Problem erhaben, sodass ihn die Belange der Protestanten in keiner Weise interessierten. Genauso verhielt es sich mit den islamistischen Gruppen, die ebenfalls in gewohnter Regelmäßigkeit Opfer der staatlichen Willkür wurden.

Nach außen hin, so schien es, hatte der Schah seinen Staat im Griff: die politischen Gegner wurden der Reihe nach ausgeschaltet, die Modernisierung des Staates war in vollem Gange und die westlichen Staaten hielten allesamt zum Schah, da er in der sicherheitspolitischen Planung des Westens eine wichtige Rolle spielte. In Wirklichkeit sah es jedoch ganz anders aus, denn der Schah hatte mit seiner Politik dazu beigetragen, dass die Zahl der unzufriedenen Iraner ein nie gekanntes Maß angenommen hatte. Starr das Ziel verfolgend, den Iran zu einer wirtschaftlichen, politischen und auch militärischen Großmacht zu machen, hat der Schah vollkommen übersehen, dass er hierfür die Gunst des Volkes brauchte, denn das Volk ist die treibende Macht in einem Staat, zumindest, was die innere Stabilität angeht. Aber hier hatte der Schah auf ganzer Linie versagt, denn die Bürger standen nicht mehr hinter ihm; zu viele wurden durch seine Politik in die Armut und Existenzlosigkeit getrieben. Zu den ersten Opfern gehörten die Großgrundbesitzer, die ihre Ländereien abgeben mussten, woran sich dann die gescheiterte Landreform anschloss, aus der unzählige mittellose Bauern und Tagelöhner hervorgingen. Dann sorgte der Schah für Unmut in der unteren

Arbeiter- und Beamten-schicht, da hier die Löhne nur sehr niedrig waren, wohingegen, die höheren Beamten und höher gestellten Arbeiter deutlich mehr verdienten. Als nächstes machte er sich die Basaris zum Feind, da er ihnen mit seiner industriellen Reform den Lebensunterhalt sowie einen großen Teil ihrer Tradition entriss. Allein unter den oben genannten Bevölkerungsschichten machte sich schon sehr bald Unmut breit, der sich in Protesten und Unruhen äußerte. Da der Schah nicht zu Kompromissen bereit war, denn er betrachtete sein Handeln als von Gott gewollt, kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen der Exekutive und Teilen des Volkes, wobei sich der Schah mittels seiner SAVAK stets durchsetzen konnte. Aber nicht nur die oben genannten Personen waren mit der Regierung unzufrieden, sondern seit Mitte der 70er auch diejenigen, die sich von seinen Reformen einiges versprochen hatten, wie zum Beispiel die Arbeiter in der Industrie. Grund hierfür war das Errichten von zahlreichen Fabriken, vornehmlich in den Bereichen, die zuvor von den Basaris abgedeckt worden waren, ohne dafür zu sorgen, dass das Personal auch dementsprechend geschult war. Aufgrund der mangelnden Ausbildung konnten die Fabriken nie die gewünschte Produktivität erreichen, sodass der Staat viele einst heimische Produkte auf dem internationalen Markt erwerben musste, wodurch sich die Kosten für sämtliche Waren permanent erhöhten. Die Folge war die Schließung vieler Fabriken und die daraus resultierende Steigerung der Arbeitslosenzahl, das Anwachsen der Inflationsrate sowie die Steigerung der Auslandsschulden auf rund sechs Mrd. Dollar. Zwar hatte der Iran durch die seit 1973 deutlich gestiegenen Ölpreise einen starken Einnahmegewinn zu verzeichnen, jedoch wurden diese Einnahmen zu einem sehr großen Teil im Rüstungsbereich investiert,<sup>818</sup> und nicht in die Landwirtschaft, wo zu diesem Zeitpunkt dringender Handlungsbedarf herrschte.<sup>819</sup> Hier muss jedoch erwähnt werden, dass die wirtschaftliche und soziale Situation im Iran auch im Westen bekannt war, und dass eine derartige Situation stets die Gefahr eines Umsturzes mit sich bringen kann; jedoch beschränkte sich die Analyse der Situation im Westen

---

<sup>818</sup> Sheikhzadegan, Amir: Der Griff des politischen Islam zur Macht. Iran und Algerien im Vergleich, Bern/Berlin/Brüssel/Frankfurt a.M./New York/Oxford/Wien 2003, S. 96

<sup>819</sup> Statt der einheimischen Landwirtschaft zu helfen, um so einen wichtigen Teil der Binnenwirtschaft zu unterstützen, verließ sich der Schah auf den Import landwirtschaftlicher Güter, die dann in Brotfabriken verarbeitet werden sollten. Der Drang nach einer industriellen Lebensmittelindustrie, führte zahlreiche kleinere Bäckereien in den Ruin. Vgl. hierzu: Schweizer, Gerhard: Iran. Drehscheibe zwischen Ost und West, 2.Aufl., Stuttgart 1993, S.299

darauf, dass ein solcher Umsturz, wenn, dann nur von links kommen könne. Was der Schah und auch der Westen zu diesem Zeitpunkt jedoch völlig unterschätzten, war das Handeln Ayatollah Khomeinis in seinem Exil. Dieser vertrat nämlich noch immer seine radikal-islamistische Auffassung, die eine Wiederkehr des Islams als Grundlage des iranischen Politiksystems beinhaltete. Aus dem Exil heraus hatte er noch immer Kontakte in die Heimat und vor allem zu den schiitischen Geistlichen, die trotz ihrer zeitweisen politischen Untätigkeit (zu sehr waren noch die Geschehnisse des Jahres 1963 präsent)<sup>820</sup>, die härtesten bzw. entschlossensten Gegner des Schahs waren. Da sich Khomeini so beherzt gegen das Schah-Regime eingesetzt hatte, konnte er während seiner Exilzeit internationale Unterstützer für sich gewinnen, wie zum Beispiel die PLO oder Syrien, die allein schon wegen der Israel-freundlichen Politik des Schahs jeden Feind der iranischen Regierung unterstützten. Diese Unterstützung beinhaltete finanzielle Hilfen und sogar Waffenlieferungen an militante Islamisten im Iran. Aber nicht nur die Hilfe durch Syrien oder der PLO verhalfen Ayatollah Khomeini zu großem Einfluss, sondern auch andere, nicht islamistisch ausgerichtete Parteien, die alleine zu schwach waren, schlossen sich Ayatollah Khomeini an, wobei es sich dabei in den meisten Fällen nur um Zweckbündnisse handelte, die nur auf dem gemeinsamen Ziel, die Absetzung des Schahs, basierten. Die allgemeine Unzufriedenheit, die Mitte der 70er Jahre vorherrschte, bot den Klerikern genau die Gelegenheit auf die sie seit langem gewartet hatten. Sie nutzten die Gunst der Stunde und suchten diejenigen auf, die vom Schah-System so bitter enttäuscht waren oder gar darunter gelitten hatten. Die Anhänger des Klerus gingen in die Elendsviertel und predigten ihre Schah-feindliche Politik; in sehr vielen Orten fanden sie daraufhin auch sehr viel Gehör, wodurch die Anhängerschaft der Kleriker ständig größer wurde. Seit 1976 spitzte sich die Lage im Iran zu, denn es gab von allen Seiten Proteste gegen das Schah-Regime,<sup>821</sup> die in erster Linie mit der teils katastrophalen Lage der iranischen Wirtschaft in Verbindung

---

<sup>820</sup> Steinbach, Udo: Iran, in: Ende, Werner; Steinbach, Udo(Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd.501, Bonn 2005, S.251

<sup>821</sup> Neben dem aufgebrauchten Klerus bekam der Schah auch zusehend politischen Druck von liberalen Politikern und politischen Gruppen, die sich gegen die Diktatur und für die politische Freiheit einsetzten. Vgl. hierzu: Sheikhzadegan, Amir: Der Griff des politischen Islam zur Macht. Iran und Algerien im Vergleich, Bern/Berlin/Brüssel/Frankfurt a.M./New York/Oxford/Wien 2003, S. 98

gebracht werden konnten.<sup>822</sup> Trotz der schon angespannten Lage erhitze der Schah erneut die Gemüter, auch in den Bevölkerungsteilen, die sich bislang nicht zu Wort gemeldet hatten, indem er den islamischen Kalender, durch einen „monarchischen Kalender“ ersetzte, dessen Zeitrechnung auf dem Regierungsantritt Kyros dem Großen basierte.<sup>823</sup> Die Abneigung, die der Schah gegen islamische Traditionen hatte, und seine Ignoranz wurden so einmal mehr deutlich. Den Anfang vom Ende des „Schah-Irans“ markierte jedoch ein gravierender Fehler der Regierung, nämlich die Ermordung des Sohns von Ayatollah Khomeini, Mustafa Khomeini, im Januar 1978.<sup>824</sup> Dies war der endgültige Auslöser dafür, dass Khomeini seine inzwischen nicht zu unterschätzende Popularität und seine Propagandamittel dafür einsetzte, die iranische Bevölkerung auf den Kampf gegen das Regime einzustimmen. Dementsprechend waren auch die landesweiten Reaktionen, denn die Ermordung von Mustafa Khomeini löste heftige Protestwellen aus,<sup>825</sup> die die iranischen Sicherheitskräfte nur schwer in den Griff bekamen. Die Konfrontation zwischen beiden Seiten ging sogar soweit, dass die iranische Armee mit scharfer Munition vorging.<sup>826</sup> Aber nicht nur der Kleriker Khomeini lehnte sich Anfang des Jahres 1978 gegen den Schah auf, sondern auch Ayatollah Schariat Madari, der ebenfalls zu Protesten aufgerufen hatte, nachdem Khomeini in einer iranischen Zeitung als „homosexuell“ und „verrückt“ bezeichnet worden war. Von Ghom aus, dem Zentrum des schiitischen Klerus, breitete sich rasch eine Protestwelle aus, die immer mehr Schah-Gegner in ihren Bann zog.<sup>827</sup> Den Höhepunkt dieser monatelang andauernden bürgerkriegsähnlichen Ereignisse markierte dann das Massaker auf dem Teheraner Jalehplatz Anfang September 1978, als das iranische Militär Protestierende erbarmungslos niedermetzelte.<sup>828</sup> Trotz dieses harten Vorgehens des Militärapparates verschlechterte sich die Handlungsfähigkeit

---

<sup>822</sup> Pawelka, Peter: Der Vordere Orient und die Internationale Politik, Stuttgart/Berlin/Köln 1993, S.93

<sup>823</sup> Schweizer, Gerhard: Iran. Drehscheibe zwischen Ost und West, 2.Aufl., Stuttgart 1993, S.314

<sup>824</sup> [www.arenion.de/iranc.html](http://www.arenion.de/iranc.html), abgerufen am 02.01.2007 um 18:02 Uhr

<sup>825</sup> Vgl. Ebd.

<sup>826</sup> Fabry, Philipp W.: Zwischen Schah und Ayatollah. Ein Deutscher im Spannungsfeld der Iranischen Revolution, Gießen 1983, S. 34

<sup>827</sup> Schweizer, Gerhard: Iran. Drehscheibe zwischen Ost und West, 2.Aufl., Stuttgart 1993, S.314

<sup>828</sup> Fabry, Philipp W.: Zwischen Schah und Ayatollah. Ein Deutscher im Spannungsfeld der Iranischen Revolution, Gießen 1983, S. 33

des einst so mächtigen iranischen Militärs, da die Sinnlosigkeit dieser Gewalt auch bei vielen Soldaten ins Bewusstsein trat. Viele von ihnen waren überwältigt von den protestierenden Menschenmassen, die sich ohne Furcht gegen die Panzer stellten und diese mit Molotow-Cocktails bekämpften, was manchmal auch zum Erfolg führte, denn nicht nur die Zahl der toten Zivilisten stieg im Herbst/Winter 1978, sondern auch die Zahl der getöteten Soldaten. Da viele der Soldaten für derartige Situationen nicht ausgebildet waren, denn ihre Hauptaufgabe lag ja in der Landesverteidigung, war die Moral innerhalb der Streitkräfte leicht zu brechen, denn sie mussten ja nun gegen Landsleute vorgehen. Für den Schah kam erschwerend hinzu, dass sich viele junge Soldaten mit den Aufständischen identifizieren konnten, waren sie doch in der Mehrheit nur Wehrpflichtige, die zum Dienst gezwungen worden waren.<sup>829</sup> Aus diesem Grund kam es auch des Öfteren dazu, dass sich die Soldaten kampflös vom Kriegsschauplatz entfernten und ihre Waffen den Aufständischen überließen.<sup>830</sup> Die Folge war, dass die Aufständischen allmählich über moderne Waffen verfügten, die es den regulären Streitkräften zusätzlich erschwerte Erfolge für sich zu verbuchen, was sich ebenfalls negativ auf die Moral auswirkte. Als nun auch der Schah begriffen hatte, dass seine Macht dramatisch schwand, entschied er sich Anfang Januar 1979 Schapur Bakhtiar zu seinem neuen Ministerpräsidenten zu machen, der freiheitliche Reformen durchführen sollte.<sup>831</sup> Der Schah hatte dabei vor allem im Hinterkopf, dass Bakhtiar als Anhänger der „Nationalen Front“, einer oppositionellen Partei, jene Aufständische zur Ruhe bringen könnte, die sich dieser Partei zugehörig fühlten. Was der Schah dabei jedoch noch immer nicht sehen wollte, war die Tatsache, dass es den Aufständischen nicht mehr nur um Reformen ging, sondern um die Absetzung des Schahs. Darüber hinaus hatte der Schah in seiner Arroganz vollkommen übersehen, dass sich die meisten Mitglieder der Nationalen Front Ayatollah Khomeini angeschlossen hatten,

---

<sup>829</sup> Fabry, Philipp W.: Zwischen Schah und Ayatollah. Ein Deutscher im Spannungsfeld der Iranischen Revolution, Gießen 1983, S. 33

<sup>830</sup> Aber nicht nur durch die Flucht einiger iranischer Soldaten, konnten die Aufständischen in den Besitz moderner Waffen kommen, sondern auch durch die Unterstützung ausländischer Regime und Organisationen. Dazu zählte zum einen die Sowjetunion, die die kommunistischen Rebellen über einen längeren Zeitraum mit Waffen versorgt hatte sowie Libyen, das den Erwerb von 20.000 russischen Sturmgewehren finanziert hatte. Vgl. hierzu: Fabry, Philipp W.: Zwischen Schah und Ayatollah. Ein Deutscher im Spannungsfeld der Iranischen Revolution, Gießen 1983, S. 36

<sup>831</sup> [www.areion.de/iranc.html](http://www.areion.de/iranc.html), abgerufen am 02.01.2007 um 18:02 Uhr

wodurch der potentielle Einfluss des neuen Ministerpräsidenten auf ein klägliches Minimum degradiert worden war; der Schah überschätzte also den Einfluss von Bakhtiar und seinen Reformen. Anfang 1979 war dann das Ende des Schah-Regimes besiegelt, als ihm ausländische Berater dazu rieten ins Exil zu gehen, woraufhin der Schah diesen Rat befolgte und den Iran verließ.<sup>832</sup> Übrig blieb ein machtloser Ministerpräsident, der in keiner Weise den ideologischen Grundsätzen Ayatollah Khomeinis entsprach, ein aufgebracht Volk und eine orientierungslose Armee, die ihren Oberbefehlshaber verloren hatte. Dies war die Stunde Khomeinis, der am 01.02.1979 in den Iran zurückkehrte,<sup>833</sup> um die angefangene Revolution (für sich) zu beenden. Khomeini, der inzwischen im Volk einen ungeheuren Bekanntheitsgrad hatte, war er es doch, der den Schah von außen zu Sturz brachte, konnte sich zu diesem Zeitpunkt der Unterstützung weiter Teile der Bevölkerung sicher sein. Deshalb wagten es auch die übrigen Geistlichen nicht ihn an der Machtübernahme zu hindern. Da es zunächst noch ein machtpolitisches Gerangel zwischen Bakhtiar und Khomeini gab, denn es gab drastische Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der künftigen politischen Ausrichtung des Irans, war die Lage zunächst noch angespannt, unter anderem, weil keine Seite genau wusste, wie sich das Militär nun verhalten würde. Erst mit der Bekanntgabe, dass sich die Streitkräfte vom Schah und von Ministerpräsident Bakhtiar distanzieren, stand fest, dass sie den klerikalen Führungsanspruch anerkannten.<sup>834</sup>

#### 4.3.1 Die Konstituierung der Islamischen Republik Iran

Nachdem der Schah gestürzt worden war und Ayatollah Khomeini de facto die Macht im Iran übernommen hatte, durchlief der Iran in sämtlichen Bereichen eine durchgreifende Transformation. Lag die Maxime der Schah-Regierung darin, den Iran nach westlichem Vorbild zu gestalten, wobei der Klerus keinerlei Einfluss haben sollte, so konzentrierten sich die neuen Machthaber nun darauf den Iran in einen gottesfürchtigen Staat zu verwandeln, in dem das Wort Gottes als Quelle des alltäglichen Lebens herangezogen werden sollte.

<sup>832</sup> [www.areion.de/iranc.html](http://www.areion.de/iranc.html), abgerufen am 02.01.2007 um 18:02 Uhr

<sup>833</sup> Vgl. Ebd.

<sup>834</sup> Die Armee erklärte nicht nur ihre Neutralität, sondern auch ihre Auflösung. Vgl. hierzu: [www.areion.de/iranc.html](http://www.areion.de/iranc.html), abgerufen am 02.01.2007 um 18:02 Uhr

Trotz dieser an sich sehr klaren Vorstellung darüber, wie der künftige Iran aussehen sollte, dauerte es noch viele Monate, bis sich im Iran ein neues politisches System durchsetzen konnte, denn auch innerhalb der revolutionären Kreise gab es liberal orientierte Politiker, wie etwa der von Khomeini eingesetzte Chef der Übergangsregierung Mehdi Bazargan, die eine eigene Vorstellung hinsichtlich des neuen Irans hatten. Dieser war zwar ein sehr gläubiger Mann, der sich genauso wie Khomeini für eine starke Position des Klerus einsetzte, jedoch handelte es sich bei Bazargan, anders als bei Khomeini, nicht um einen religiösen Hardliner, sondern um einen gläubigen Politiker, der durchaus auch eine Affinität zu demokratischen Strukturen und Werten besaß.<sup>835</sup> Dieser Gegensatz zwischen dem Klerus, der einen starren Gottesstaat errichten wollte, und Bazargan erschwerte in den ersten Monaten nach der Errichtung der „Islamischen Republik Iran“<sup>836</sup> die Bildung eines neuen politischen Systems. Obschon es innerhalb der Führung des Iran zu Streitigkeiten gekommen war, wurde dennoch bereits im Juni 1979 ein Entwurf für eine neue Verfassung des Iran veröffentlicht, in der die Geistlichkeit eine ungekannt starke Rolle übernehmen sollte. Zwar gab es eine Vielzahl von demokratischen Ansätzen in diesem Verfassungsentwurf, jedoch sollte der Islamische Führer, Ayatollah Khomeini, das verfassungsmäßige Recht erhalten, sämtliche Entscheidungen der Regierung zu beeinflussen. Das Amt des Islamischen Führers sollte somit über allen anderen Ämtern stehen. Mit der Annahme dieser Übergangsverfassung durch das Volk wurde Ayatollah Khomeini im Sommer 1979 zum Staatsoberhaupt des neuen Iran gewählt.<sup>837</sup> Kurze Zeit später wurde daraufhin eine 73-köpfige Expertenversammlung gewählt, bei der 55 Personen aus dem radikal-islamischen Lager stammten,<sup>838</sup> also der direkten Umgebung von Khomeini. Dieser Expertenrat sollte die endgültige Verfassung entwickeln. Obwohl es innerhalb der iranischen Führung zur Bildung zweier Lager gekommen war, die unterschiedliche

---

<sup>835</sup> Khosrozadeh, Behrouz: Demokratie und Zivilgesellschaft in Okzident und Orient. Eine vergleichende Studie. Der Islamische Orient: Das Fallbeispiel Iran, Berlin 2003, S. 215

<sup>836</sup> Die Errichtung der Islamischen Republik Iran fand am 01.04.1979 statt, nachdem sich nur ein Tag zuvor das Volk in einem Referendum dafür ausgesprochen hatte, einen auf dem Islam basierenden Staat zu gründen. Vgl. hierzu: Khomeini, Behzad: Die schiitischen doktrinären Grundlagen des politischen Systems der Islamischen Republik Iran, Münster/Hamburg/London 2003, S. 107/108

<sup>837</sup> [www.areion.de/iranc.html](http://www.areion.de/iranc.html), angerufen am 02.01.2007 um 18:02 Uhr

<sup>838</sup> Steinbach, Udo: Iran, in: Ende, Werner; Steinbach, Udo(Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd.501, Bonn 2005, S.255

Auffassungen darüber vertraten, wie der künftige Iran politisch ausgerichtet sein würde, so gab es jedoch nirgends einen Zweifel daran, dass Khomeini in diesem neuen Iran die zentrale Person sein würde, auch nicht bei der gemäßigten Übergangsregierung unter Bazargan. Worin sich Bazargan jedoch entscheidend von den radikalen Geistlichen unterschied, war die Ausrichtung der Außenpolitik. Während sich die Khomeini-Anhänger ganz klar gegen einen engen Kontakt zum Westen (und auch gegen die Kommunisten im Osten) aussprachen, was bereits kurz nach dem Sturz des Schahs in aller Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht worden war, versuchte die Regierung Bazargan eine Konfrontation mit dem Westen zu vermeiden. So kam es am 01.11.1979 zu einem geheimen Treffen zwischen Bazargan, dem iranischen Außenminister Yazdi und dem amerikanischen Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski in Algerien.<sup>839</sup> Dieses Treffen sollte die Fronten zwischen den USA und dem Iran entschärfen, jedoch blieb dieser Versuch erfolglos, denn nur ein paar Tage später sollte sich das Verhältnis zwischen beiden Staaten aufs Äußerste verschlechtern. Hintergrund war die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran durch radikal-islamische Studenten, die allesamt dem Khomeini-Lager zuzuordnen waren.<sup>840</sup> Während sich Bazargan von diesen Vorgängen distanzierte und er Vorwürfe zurückwies, dass die iranische Führung die Erstürmung angeordnet habe, wurde die Aktion der Studenten vom im Untergrund herrschenden und von Khomeini geführten Revolutionsrat ausdrücklich befürwortet. Die Kernforderung der Studenten, die sich offen zu Khomeini bekannten, war die Auslieferung des Schahs, was von den USA jedoch abgelehnt wurde. Die Folge war, dass sich die Fronten zwischen den USA und den iranischen Klerikern deutlich verhärteten. Bazargan, der nun sah, dass er in Wirklichkeit keinerlei Macht innerhalb der provisorischen iranischen Regierung hatte, reichte nur Stunden nach der Besetzung seinen Rücktritt ein.<sup>841</sup> Der Revolutionsrat, der nicht gerade „böse“ über diese Entscheidung war, übernahm daraufhin die Regierungsgeschäfte, bis eine neue Regierung auf der Grundlage der neuen Verfassung gebildet werden sollte.

---

<sup>839</sup> Tilgner, Ulrich: Zwischen Krieg und Terror. Der Zusammenprall von Islam und westlicher Politik im Mittleren Osten, München 2006, S.55

<sup>840</sup> Bayat-Philipp, Mangol: Die Beziehungen zwischen den USA und Iran seit 1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B9/2004 vom 23.02.2004, S. 34

<sup>841</sup> Buchta, Wilfried: Die iranische Schia und die islamische Einheit 1979-1996, Hamburg 1997, S. 209/210

-Da das Verhältnis zwischen dem Iran und dem Westen, speziell zu den USA später noch einmal vertieft werden wird, soll hier zunächst nicht weiter auf die Besetzung der amerikanischen Botschaft eingegangen werden.-

Nachdem die gemäßigte Regierung Bazargan in der ersten Novemberhälfte ihren Rückzug angetreten hatte, vergingen nur noch wenige Tage bis der Expertenrat dann am 15.11.1979 die neue iranische Verfassung vorgestellt hatte.<sup>842</sup> Diese neue Verfassung, die hinsichtlich des daraus resultierenden politischen Systems im Folgenden näher beleuchtet werden soll, wurde daraufhin am 02.12.1979 dem Volk zur Abstimmung vorgelegt. Mit einem Traumergebnis von 99,5% wurde die neue Verfassung vom Volk angenommen, womit die politische Neuausrichtung des Iran nun auch verfassungsmäßig niedergeschrieben war.<sup>843</sup> Im Kern handelte es sich bei dem neuen System um ein Mischsystem aus Theokratie, Demokratie und Diktatur, denn die Verfassung der Islamischen Republik Iran beherbergt Merkmale aller drei Regierungsformen in sich. Gemäß der iranischen Verfassung von 1979 stellt der Islam die Grundlage allen staatlichen Handelns dar; dies wird sofort im ersten Satz der Präambel der iranischen Verfassung mit den Worten „*Die Verfassung der Islamischen Republik Iran strebt eine Gestaltung der kulturellen, sozialen, politischen und ökonomischen Institutionen der iranischen Gesellschaft nach islamischen Grundsätzen und Regeln an; ...*“<sup>844</sup> eindeutig erklärt. Damit diesem verfassungsmäßigen Grundsatz auch Folge geleistet wird, wurden dem neuen iranischen Regierungssystem eine Reihe von Organen hinzugefügt, die allesamt von hochrangigen Klerikern geleitet werden. Die Hauptaufgabe dieser klerikalen Staatsorgane besteht darin, die Einhaltung der islamischen Glaubensgrundsätze in allen Bereichen des Staates Iran zu überwachen. Demgegenüber stehen weltliche Staatsorgane, die sich maßgeblich an den Richtlinien des Klerus und des Islam halten müssen und ihr gesamtes Handeln und Entscheiden darauf ausrichten müssen. Zwar obliegt, wie gleich im Einzelnen dargestellt wird, die Regierungsgewalt den weltlich

---

<sup>842</sup> Khomehi, Behzad: Die schiitischen doktrinären Grundlagen des politischen Systems der Islamischen Republik Iran, Münster/Hamburg/London 2003, S. 108

<sup>843</sup> Vgl. Ebd., S. 108/109

<sup>844</sup> Präambel der Iranischen Verfassung von 1979, nachzulesen bei: Khomehi, Behzad: Die schiitischen doktrinären Grundlagen des politischen Systems der Islamischen Republik Iran, Münster/Hamburg/London 2003, S. 159

besetzten Ämtern und Organen, jedoch nur so lange das islamische Recht gewahrt wird.

#### 4.3.1.1 Die Befugnisse der „weltlichen“ Staatsorgane

Angefangen mit den „weltlich besetzten“<sup>845</sup> Regierungsorganen nimmt das neu geschaffene Amt des Präsidenten die höchste Stellung innerhalb der Exekutive ein. Gewählt wird der Präsident direkt vom Volk und zwar für eine Amtszeit von vier Jahren; danach kann der Präsident einmal wiedergewählt werden.<sup>846</sup> Obwohl er selbst kein Anhänger des Klerus sein muss, so darf dennoch nur jemand Präsident werden, der tief gläubig ist und die islamische Ausrichtung des Iran in ihrer bestehenden Form anerkennt.<sup>847</sup> Damit dies gewährleistet ist, werden sämtliche Präsidentschaftskandidaten vor der Wahl vom strengen Wächterrat (wird später näher beschrieben) dahingehend überprüft. Zu den wichtigsten Aufgaben des Präsidenten gehört die Bildung eines Kabinetts, auch Ministerrat genannt, mit dessen Hilfe er die Führung der Exekutive übernimmt.<sup>848</sup> Die konkreten Aufgaben des Präsidenten liegen darin sämtliche Entscheidungen des Parlaments zu unterzeichnen,<sup>849</sup> Haushaltspläne zu entwickeln,<sup>850</sup> jegliche Abkommen oder Verträge im internationalen Rahmen zu unterzeichnen,<sup>851</sup> Botschafter zu benennen<sup>852</sup> und staatliche Auszeichnungen zu verleihen.<sup>853</sup> Darüber hinaus ist der Präsident dafür verantwortlich, dass die Verfassung in voller Gänze durchgeführt wird. Hierfür ist er wiederum

---

<sup>845</sup> „Weltlich besetzt“ soll in diesem Zusammenhang bedeuten, dass es sich hierbei um Ämter handelt, die nicht zwingend von Klerikern besetzt werden müssen.

<sup>846</sup> Artikel 114 der Iranischen Verfassung, nachzulesen bei: Khomeini, Behzad: Die schiitischen doktrinären Grundlagen des politischen Systems der Islamischen Republik Iran, Münster/Hamburg/London 2003, S. 204

<sup>847</sup> Artikel 115 der Iranischen Verfassung, nachzulesen bei: Khomeini, Behzad: Die schiitischen doktrinären Grundlagen des politischen Systems der Islamischen Republik Iran, Münster/Hamburg/London 2003, S. 205

<sup>848</sup> Artikel 133 der Iranischen Verfassung: „Die Minister werden vom Präsidenten ernannt ...“, nachzulesen bei: Khomeini, Behzad: Die schiitischen doktrinären Grundlagen des politischen Systems der Islamischen Republik Iran, Münster/Hamburg/London 2003, S. 210

<sup>849</sup> Artikel 123 der Iranischen Verfassung: „Der Präsident der Republik ist verpflichtet, die Beschlüsse der Versammlung [...] zu unterzeichnen“

<sup>850</sup> Artikel 126 der Iranischen Verfassung: „Der Präsident der Republik ist direkt verantwortlich für die nationale Planung und Aufstellung eines Haushaltsplans ...“

<sup>851</sup> Artikel 125 der Iranischen Verfassung: „Die Unterzeichnung der Übereinkommen, der Vereinbarungen, der Konventionen und Verträge des iranischen Staates mit anderen Staaten sowie die Unterzeichnung der Bündnisverträge [...] obliegt dem Präsidenten der Republik“

<sup>852</sup> Artikel 128 der Iranischen Verfassung: „Die Botschafter werden auf Vorschlag des Außenministers und durch Zustimmung des Präsidenten ernannt.“

<sup>853</sup> Artikel 129 der Iranischen Verfassung: „Die Verleihung der staatlichen Auszeichnungen obliegt dem Präsidenten.“

gegenüber dem Volk, dem Parlament und der Islamischen Führung verantwortlich. Welche Befugnis der Präsident des Iran jedoch nicht besitzt, was in anderen Präsidialsystemen allerdings selbstverständlich ist, ist die Richtlinienkompetenz. Der iranische Präsident ist an die Handlungsanweisungen des Klerus, insbesondere an die Weisungen des Islamischen Führers gebunden. Natürlich kann der Präsident der Politik eine eigene Note verleihen, so wie dies in der Vergangenheit auch immer wieder geschehen ist, jedoch muss er sich mit seiner Politik an die Vorgaben des Islamischen Führers halten. Sollte er sich nicht an diese Vorgaben halten oder gar gegen islamisches Recht verstoßen, kann er seines Amtes enthoben werden. Wie bereits erwähnt, ist der Präsident auch für die Bildung eines Ministerrates (Kabinetts) verantwortlich. Dabei benennt der Präsident die jeweiligen Kandidaten, die daraufhin dem iranischen Parlament vorgestellt werden.<sup>854</sup> Die einzelnen Minister sind in ihren jeweiligen Fachressorts für die ordnungsgemäße Durchführung der Gesetze verantwortlich. Zudem übernimmt der Ministerrat als ganzes die Verwaltung des Staates und die Ausarbeitung von Gesetzen, wobei der Präsident als Vorsitzender des Kabinetts dafür verantwortlich ist, dass die Minister den iranischen Normen entsprechend arbeiten. Aus diesem Grund ist der Präsident für das Handeln des Ministerrates vor dem iranischen Parlament verantwortlich. Obwohl sich die Minister in ihrer Arbeit streng an die Vorgaben des Islamischen Führers und des Präsidenten halten müssen, so besitzen sie dennoch die Befugnis eigene Verordnungen zu erlassen; wichtig ist hierbei jedoch, dass die Verordnungen nicht gegen geltendes Recht verstoßen oder dieses außer Kraft setzen. Neben dem Präsidenten und den Ministern, sieht die iranische Verfassung im Rahmen der Legislative auch die Bildung eines Parlaments vor, der Islamischen Beratenden Versammlung. Dieses Parlament besteht aus 270 Abgeordneten, die in direkter und geheimer Wahl vom Volk gewählt werden.<sup>855</sup> Da es sich bei den Kandidaten für das Parlament nicht um Vertreter von Parteien, sondern um politisch engagierte Individuen handelt, basiert die Wahl in erster Linie darauf, wie sich der Kandidat präsentiert und welche politische Meinung er selbst

---

<sup>854</sup> Artikel 133 der Iranischen Verfassung: „Die Minister werden vom Präsidenten ernannt und der Versammlung zwecks Vertrauensabstimmung vorgestellt.“

<sup>855</sup> Artikel 62 der Iranischen Verfassung: „Die Islamische Beratende Versammlung besteht aus Volksvertretern, die direkt und in geheimer Wahl bestimmt werden.“

vertritt. Bei der Zusammensetzung des Parlaments erlaubt die Verfassung, dass die verschiedenen Minderheiten im Iran eigene Vertreter ins Parlament entsenden können. Allerdings zeigt die begrenzte Anzahl dieser Personen, dass es im Grundsatz nicht darum geht diesen Minderheitengruppen ein Mitspracherecht zu verleihen, sondern nur darum, dass „der gute Wille“ gezeigt wird, denn die Minderheiten können zusammengenommen niemals eine derartige Mehrheit erhalten, mit der sie maßgebliche Änderungen hinsichtlich der iranischen Politik durchsetzen können.<sup>856</sup> Zu den Hauptaufgaben des Parlaments gehört die allgemeine Wahrnehmung der legislativen Gewalt, also dem Beschließen von Gesetzen. Diese Gesetze werden in der Regel vom Ministerrat verabschiedet und dann dem Parlament zum Beschluss vorgelegt.<sup>857</sup> Aber nicht nur der Ministerrat besitzt das Recht Gesetzentwürfe im Parlament einzubringen, sondern auch das Parlament selbst kann daran teilhaben. Hierfür ist es notwendig, dass sich mindestens 15 Abgeordnete zusammenfinden, die gemeinsam einen Entwurf vorlegen.<sup>858</sup> Wichtig bei der Verabschiedung von Gesetzen ist auch hier, dass sie nicht gegen die Verfassung und gegen den Islam als iranische Staatsreligion verstoßen. Neben diesen klassischen legislativen Aufgaben besitzt das Parlament auch das Recht für jeden Bereich des Staates, Untersuchungen und Nachforschungen anzustellen und über Kredite oder ausländische Finanzhilfen durch die Regierung zu entscheiden. Zudem obliegt es dem Parlament internationalen Verträgen zuzustimmen und die Einstellung ausländischer Fachkräfte zu erlauben. Auch im Bereich der Notstandssituationen kann nur das Parlament dem Präsidenten besondere Vollmachten aussprechen, wobei diese zeitlich begrenzt sind. Als besondere Befugnis, die das iranische Parlament gemäß der Verfassung besitzt, ist die Möglichkeit des Misstrauensvotums zu betrachten. Diese Möglichkeit betrifft sowohl einen einzelnen Minister als auch den gesamten Ministerrat; darüber hinaus ist es dem Parlament bei bestimmten Voraussetzungen auch erlaubt, dem Präsidenten das Misstrauen auszusprechen; allerdings wird dieser Beschluss

---

<sup>856</sup> Artikel 64 Abs.2 der Iranischen Verfassung: *„Die Zoroastrier und die Juden wählen je einen Abgeordneten, die assyrischen und chaldäischen Christen zusammen einen und die armenischen Christen im Süden und Norden des Landes je einen Abgeordneten.“*

<sup>857</sup> Artikel 74 der Iranischen Verfassung: *„Gesetzesvorlagen werden nach der Verabschiedung im Ministerrat der Versammlung unterbreitet, ...“*

<sup>858</sup> Vgl. Ebd.

erst mit der offiziellen Entlassung durch den Islamischen Führer rechtskräftig.<sup>859</sup>

Betrachtet man sich die weltlichen Staatsorgane des Iran, so entsteht leicht der Eindruck, dass es sich hierbei um ein System nach westlichem Vorbild handelt. Dies wird jedoch dadurch wieder drastisch relativiert, wenn man sich die Einschnitte hinsichtlich der Befugnisse bei den einzelnen Organen anschaut. Der Präsident, augenscheinlich der höchste Politiker im Iran, kann seine Politik nur in einem Rahmen durchführen, der ihm vom Islamischen Führer vorgegeben ist. Das heißt, die Gesetzentwürfe, die der Ministerrat und ihr Vorsitzender (Präsident) auf den Weg bringen, müssen den politischen Richtlinien des Islamischen Führers entsprechen und keinesfalls gegen das Islamische Recht, das die Grundlage des modernen Iran bildet, verstoßen. Andernfalls können die Gesetzentwürfe nicht durchgesetzt werden, denn jedes Gesetz wird vom strengen Wächterrat auf die Konformität mit dem Islam geprüft. Dementsprechend gering ist auch das Befugnispotential des Parlaments, denn dieses hat sich, genauso wie der Präsident, an die klerikalen Vorgaben zu halten. Im vorangegangenen Abschnitt wurde zwar schon teilweise die Macht des Klerus innerhalb des iranischen Regierungssystems vorgestellt, jedoch geschah dies nur rudimentär, sodass nun im Folgenden die genauen Machtbefugnisse des Klerus in Bezug auf die iranische Politik dargestellt werden.

#### 4.3.1.2 Die Befugnisse der „geistlichen“ Staatsorgane

Wie oben bereits zu erkennen war, unterliegen die weltlichen Staatsorgane im Iran einer strengen Kontrolle durch die Geistlichkeit. Weder der Präsident mit seinen Ministern, noch das Parlament sind befähigt Entscheidungen zu treffen, die nicht zuvor von den Klerikern abgesegnet worden sind. Um die öffentliche Ordnung im Iran zu gewährleisten, insbesondere was die Einhaltung islamischer Gesetze angeht, wurden in der Verfassung drei bzw. vier wichtige Organe festgelegt, die die Einhaltung der islamischen Ordnung überwachen

---

<sup>859</sup> Artikel 89 Abs.3 der Iranischen Verfassung: „*Verweigert die Versammlung das Vertrauen, so wird der Ministerrat oder der befragte Minister entlassen.*“; Artikel 89 Abs.4 der Iranischen Verfassung: „*Sollten zwei Drittel der Mitglieder der Versammlung nach dem Anhören der Erklärungen der gegnerischen und befürwortenden Mitglieder und der Antwort des Präsidenten ein Misstrauensvotum abgeben, wird die der Führung zur Implementierung [...] übermittelt.*“

und leiten sollen. Hierzu gehören der Wächterrat, der Islamische Führer, der 1989 nachträglich geschaffene Schlichtungsrat sowie der Expertenrat. All diese Organe, und dies kann an diesem Punkt schon vorweggenommen werden, besitzen ein deutlich höheres Machtpotential als die übrigen weltlichen Organe.

Obwohl der Islamische Führer mit all seinen Befugnissen das höchste Amt im Iran bekleidet, gilt der so genannte Wächterrat als das eigentliche politische Machtinstrument des iranischen Klerus. Der Wächterrat besteht aus insgesamt zwölf Mitgliedern, die zur einen Hälfte aus sechs hochrangigen Klerikern bestehen, die vom Führer bestimmt werden und zur anderen Hälfte aus sechs Rechtsgelehrten, die vom Höchsten Richter vorgestellt und vom Parlament gewählt werden.<sup>860</sup> Der Wächterrat übernimmt in seiner Hauptfunktion die Aufgabe eines Kontrollgremiums, welches das verabschiedete Gesetz daraufhin kontrolliert, ob es mit dem Islam vereinbar ist.<sup>861</sup> Durch das Parlament verabschiedete Gesetze können daher nur gültig und dem Präsidenten zur Unterzeichnung vorgelegt werden, wenn diese zuvor das Einverständnis des Wächterrates erhalten haben. Gesetze, denen die Zustimmung verweigert wird, werden umgehend an das Parlament zurückgeleitet, um eventuelle Änderungen vorzunehmen. Aber nicht nur die Befugnis Gesetze zu blockieren, markieren die Macht des Wächterrates, sondern die besondere Befugnis Kandidaten für wichtige Ämter aussuchen zu dürfen, verdeutlicht vielmehr die Besonderheit dieses Gremiums. Der Stellenwert des Wächterrates wird vor allem daran deutlich, dass allein ihm die Auswahl potentieller Präsidentschaftskandidaten obliegt. Konkret bedeutet dies, dass der Wächterrat jeden einzelnen Kandidaten auf dessen Eignung überprüft und aus dessen Sicht „ungeeignete“ Kandidaten von der Wahl ausschließt.<sup>862</sup> Auf diese Art soll verhindert werden, dass das Volk einen Präsidenten wählt, dessen politische Ausrichtung von vornherein gegen das verfassungsmäßige Selbstverständnis der Islamischen Republik Iran verstößt. Regimegegner oder Kritiker werden so im Vorfeld entmachtet. Es werden also nur Kandidaten zur Wahl zugelassen, die fest hinter der politischen Ordnung des Iran stehen und nicht an ihren Grundfesten rütteln. In Bezug auf die

---

<sup>860</sup> Khamehi, Behzad: Die schiitischen doktrinären Grundlagen des politischen Systems der Islamischen Republik Iran, Münster/Hamburg/London 2003, S. 121

<sup>861</sup> Nirumand, Bahman: Iran. Die drohende Katastrophe, Köln 2006, S. 95

<sup>862</sup> Vgl. Ebd.

Zulassung von Parlamentsabgeordneten verfügt der Wächterrat über ähnliche Vollmachten. Auch hier gehört es zu den Aufgaben des Rates, dass nur diejenigen Personen zu den Parlamentswahlen zugelassen werden, die sich offen zu der Islamischen Republik Iran mit all ihren Eigenschaften als Gottesstaat bekennen.<sup>863</sup> Personen, die sich gegen das herrschende System richten, werden daher gar nicht erst zur Wahl zugelassen. Eine weitere wichtige Aufgabe, die in den Bereich des Wächterrates fällt, ist die Überprüfung von Kandidaten für die Expertenversammlung, die schlussendlich für die Ernennung des Islamischen Führers verantwortlich ist. Zwar wird der Expertenrat vom Volk gewählt, jedoch unterliegen auch diese Kandidaten der Zensur durch den Wächterrat, wodurch der Wächterrat indirekt Einfluss auf die eventuelle Wahl eines neuen Islamischen Führers nimmt. Mit der Kontrolle über den Expertenrat gewährleistet der Wächterrat, dass dort nur Personen eine Mitgliedschaft erwerben können, die sich fest den Grundsätzen des Islams verbunden fühlen. Betrachtet man nun all diese Befugnisse, die der Wächterrat besitzt, so wird schnell deutlich, dass dieses Organ, das nur aus zwölf Personen besteht, diejenige Institution im Iran ist, die die Geschicke des Landes auf breiter Ebene lenkt und leitet. Zwar können die Wächterratsmitglieder nicht aktiv in die Politik eingreifen, das heißt sie können keine eigenen Gesetzentwürfe einbringen und sie können sich nicht in die Richtlinienkompetenz des Islamischen Führers einmischen, genauso wenig, wie sie die Politik der Regierung direkt beeinflussen können; dennoch besitzt der Rat die ungeheure Macht den Bestand der islamischen Republik Iran von der Basis her zu sichern, indem er jede Art von ernstzunehmender Opposition im Vorfeld von allen wichtigen Ämtern fernhält. Trotz seiner sehr weit reichenden Befugnisse stellt der Wächterrat jedoch nicht das höchste Amt innerhalb des iranischen Regierungssystems dar, sondern der Islamische Führer, von dem bereits einige Befugnisse kurz angerissen wurden. Dieses Amt, das nur von einem ranghohen Geistlichen bekleidet werden kann, stellt die eigentliche Machtinstanz im Iran dar, da der Inhaber dieses Amtes die Richtlinien der iranischen Politik bestimmt.<sup>864</sup> Aber nicht nur die Bestimmung

---

<sup>863</sup> Nirumand, Bahman: Iran. Die drohende Katastrophe, Köln 2006, S. 95

<sup>864</sup> Artikel 110 der Iranischen Verfassung regelt die Pflichten und Befugnisse des islamischen Führers: Nr.1: „Festlegen der allgemeinen politischen Richtlinien der Islamischen Republik Iran nach Beratung mit der Versammlung zur Festlegung des Interesses der islamischen Ordnung.“

der politischen Richtlinien gehört zu den Aufgaben des Islamischen Führers, sondern auch die Überwachung der politischen Aktivitäten der Regierung, hinsichtlich der Verfassungskonformität fällt in sein Aufgabenbereich. Darüber hinaus ist der Islamische Führer der Oberbefehlshaber der iranischen Streitkräfte und nur er kann die Generalmobilmachung anordnen;<sup>865</sup> gleichermaßen ist auch nur er berechtigt einem anderen Staat den Krieg zu erklären. Diese grundlegende Befugnis verdeutlicht einmal mehr, welche Stellung der Islamische Führer in der iranischen Hierarchie einnimmt. Neben dem Oberbefehl über die Streitkräfte wird dem Führer in der Verfassung auch das Recht zugestanden, wichtige Personalentscheidungen zu treffen. Hierzu gehören die Ernennung der sechs geistlichen Mitglieder des Wächterrates, die Ernennung des Oberhauptes der Justiz, die Ernennung des Generalstabschefs und anderer wichtiger militärischer und polizeilicher Führungspositionen sowie die Ernennung wichtiger Positionen in den Medien.<sup>866</sup> Eine weitere Aufgabe, die in den Bereich des Islamischen Führers fällt, ist die Übernahme der Funktion als Schlichter. Dies gilt insbesondere, wenn es Unstimmigkeiten zwischen den Gewalten gibt. Zur Entlastung des Islamischen Führers, der eine Zeit lang sehr häufig mit derartigen Problemen konfrontiert worden war, wurde Ende der 80er Jahre ein so genannter Schlichtungsrat ins Leben gerufen, dem die klerikalen Mitglieder des Wächterrates, der Präsident, der Parlamentspräsident, der Oberste Richter, der Oberstaatsanwalt sowie der Ministerpräsident angehören sollen.<sup>867</sup> Innerhalb dieses Gremiums soll über die Probleme und Streitigkeiten beraten werden. Im Falle, dass es zu keiner Übereinkunft zwischen den beiden streitenden Parteien kommt, ist der Schlichtungsrat befugt eine Entscheidung nach eigenem Ermessen herbeizuführen.<sup>868</sup> Zu den weiteren Aufgaben des Schlichtungsrates gehört zudem die Beratung mit dem Islamischen Führer hinsichtlich der Festlegung der politischen Richtlinien; allerdings gilt dies erst seit 1989, denn zuvor hatte

---

<sup>865</sup> Artikel 110 Nr.4 der Iranischen Verfassung: „Oberbefehl über die bewaffneten Streitkräfte“; Nr.5: „Erklärung von Krieg und Frieden und Mobilmachung der bewaffneten Streitkräfte.“

<sup>866</sup> Artikel 110 Nr. 6 der Iranischen Verfassung

<sup>867</sup> Khomeini, Behzad: Die schiitischen doktrinären Grundlagen des politischen Systems der Islamischen Republik Iran, Münster/Hamburg/London 2003, S. 124

<sup>868</sup> Vgl. Ebd.

nur der islamische Führer das Recht hierzu.<sup>869</sup> Betrachtet man die oben aufgeführten Rechte und Befugnisse des Islamischen Führers, so stellt sich automatisch die Frage, wer generell für ein derart breit gefächertes Aufgabenfeld in Frage kommt, denn die weit reichenden Vollmachten, die dieses Amt mit sich bringt, können nur von einer geeigneten Person erfüllt werden. Zu Beginn der Ära der Islamischen Republik Iran hat sich diese Frage nicht gestellt, da es im Iran nur eine Person gab, die den Anforderungen gerecht wurde, Ayatollah Khomeini. Der unangefochten populärste und mächtigste Kleriker der Islamischen Revolution hatte, zusammen mit seinem Revolutionsrat, schon zu Beginn die eigentliche Macht im Iran besessen, denn die offizielle Übergangs-Regierung hatte nur wenige Möglichkeiten die Politik im Iran zu bestimmen. Um diese einmal erworbene Macht zu behalten, ließ sich Khomeini in der neuen Verfassung als Islamischer Führer des Iran auf Lebzeit bestimmen. Dementsprechend gab es in der Verfassung keinen Passus, der eine vorzeitige Entlassung Khomeinis als Islamischer Führer der Iran legitimiert hätte. Allerdings, und dies stand bei der Gründung des „neuen“ Iran fest, musste eines Tages der Fall eintreten, dass Khomeini nicht mehr in der Lage sein würde, seine Aufgaben als Führer zu erfüllen; sei es durch Krankheit oder Tod. Für diesen Fall wurde bereits 1979 die Nachfolge geregelt. In der Verfassung wurde festgelegt, dass der Nachfolger Khomeinis durch eine sogenannte Expertenversammlung bestimmt oder gewählt werden soll.<sup>870</sup> Die Expertenversammlung, die aufgrund ihres beschränkten Aufgabenbereichs nur einmal im Jahr zusammentritt, besteht aus Rechtsgelehrten, die zuvor vom Volk gewählt worden sind. Obwohl die endgültige Wahl der Experten durch das Volk geschieht, so unterliegen die potentiellen Kandidaten im Vorfeld einer Zensur, denn nicht jeder kann sich für diese Versammlung bewerben. Zu den unabdingbaren Voraussetzungen für die Kandidatur eines Sitzes in der Expertenversammlung zählen, dass die Kandidaten gläubig und moralisch sind, einer hervorragenden theologischen Hochschule studiert haben, soziopolitisch geschult sind, loyal hinter der Islamischen Republik Iran stehen, und dass sie noch nie politisch oder sozial negativ aufgefallen sind.<sup>871</sup> Um zu gewährleisten,

---

<sup>869</sup> Khamehi, Behzad: Die schiitischen doktrinen Grundlagen des politischen Systems der Islamischen Republik Iran, Münster/Hamburg/London 2003, S. 124

<sup>870</sup> Vgl. Ebd., S. 128

<sup>871</sup> Vgl. Ebd., S. 129

dass die potentiellen Kandidaten all diese Voraussetzungen erfüllen, werden sämtliche Angaben vom Wächterrat überprüft. Erst, wenn der Wächterrat einer Bewerbung zugestimmt hat, kann sich der Kandidat zur Wahl stellen, ansonsten ist er von der Wahl ausgeschlossen. Im Anschluss an diese Vorauswahl bestimmt das Volk die neue Zusammensetzung der Expertenversammlung, und zwar für eine Dauer von acht Jahren. Obwohl die Expertenversammlung bereits 1979 als offizielles Staatsorgan in das politische System der Islamischen Republik Iran aufgenommen worden ist, so handelte es sich bei diesem Organ bis zum Tode Khomeinis nur um ein Organ, das lediglich existierte. Die Bedeutung der Versammlung wurde erst mit dem Tod Khomeinis 1989 deutlich, da sie zum ersten Mal ihre Funktion als Entscheidungsorgan hinsichtlich der Neubesetzung der vakanten Position des Islamischen Führers wahrnehmen konnte. Um einen würdigen Nachfolger für das Amt des Islamischen Führers zu finden, ist es die Aufgabe der Expertenversammlung jeden Kandidaten daraufhin zu überprüfen, ob er die notwendigen Voraussetzungen<sup>872</sup> für die höchste Stellung im Staat mit sich bringt. Sollte die Expertenversammlung keinen geeigneten Kandidaten finden, so wird der neue Islamische Führer aus der Mitgliedschaft der Expertenversammlung gewählt. Anders als zu Lebzeiten Khomeinis, als das Amt des Islamischen Führers unantastbar gewesen war, sieht die Verfassung nun vor, dass die Expertenversammlung das Recht erhält, den Islamischen Führer zu entlassen, wenn dieser seine Pflichten nicht mehr erfüllen kann.<sup>873</sup> In diesem Fall kann die Expertenversammlung die Amtsenthebung des Islamischen Führers beschließen. Sollte dies geschehen, werden die Aufgaben des Islamischen Führers, bis zur Wahl eines neuen Führers, dem so genannten Führungsrat übertragen, der aus dem Präsidenten, dem Oberhaupt der Justiz und einem Rechtsgelehrten des Wächterrates besteht.

Das politische System der Islamischen Republik Iran zeichnet sich durch eine asymmetrische Machtverteilung zwischen weltlicher und geistlicher Macht aus.

---

<sup>872</sup> Zu den zwingenden Voraussetzungen für das Amt des Islamischen Führers zählen: gute Kenntnis sämtlicher Rechtsbereiche, Gerechtigkeit und Frömmigkeit, soziopolitische Weitsicht, administrative Fertigkeiten und Führungsqualitäten. Vgl. hierzu: Khomeini, Behzad: Die schiitischen doktrinären Grundlagen des politischen Systems der Islamischen Republik Iran, Münster/Hamburg/London 2003, S. 130

<sup>873</sup> Artikel 111 der Iranischen Verfassung: „Wenn der Islamische Führer nicht mehr im Stande ist, seine gesetzlichen Pflichten zu erfüllen, oder wenn er eine der in den Grundsätzen 5 und 109 erwähnten Voraussetzungen nicht mehr erfüllt, oder wenn bekannt wird, dass er diese ursprünglich nicht besaß, wird er seines Amtes enthoben.“

Während der moderne Iran nach außen hin durchaus den Eindruck erwecken kann, es handele sich dabei um eine weltlich geleitete Demokratie, in der es eine vom Volk gewählte Legislative und Exekutive gibt, so zeigt sich bei näherer Betrachtung ein politisches System, das in allen Politikbereichen von geistlichen Instanzen kontrolliert wird. Eine zentrale Rolle spielt in diesem Zusammenhang der Wächterrat, der als „graue Eminenz“ die Richtung der iranischen Politik von unten her lenkt. Der Wächterrat ist das Organ, das den Fortbestand der Islamischen Republik Iran sichert. Abgesehen von Ayatollah Khomeini, der unumstritten als Islamischer Führer anerkannt war, besitzt der Wächterrat heutzutage, durch die sorgfältige Auswahl der Kandidaten für die Expertenversammlung, ebenfalls die Möglichkeit den Kreis möglicher Kandidaten für das Amt des Islamischen Führers zu kontrollieren. Wenn der Islamische Führer jedoch einmal gewählt ist, kann der Wächterrat keinen Einfluss mehr auf die Richtlinien der iranischen Politik nehmen. Daraus ergibt sich bei der Beurteilung darüber, wer denn nun innerhalb der klerikalen Staatsführung die eigentliche Macht im Iran innehat, das Problem, dass sich dies nicht eindeutig bestimmen lässt. Für die Gesamtbetrachtung des politischen Systems des Iran ist dies jedoch auch nicht allzu entscheidend; viel entscheidender ist, dass die geistliche Macht im Iran deutlich höher einzuschätzen ist, als die Macht der weltlichen Ämter. Die Islamische Republik Iran ist also ein reiner Gottesstaat, der in seiner Struktur auf den islamischen Glaubensgrundsätzen basiert, die in vielen Bereichen der westlichen Kultur und dem westlichen Demokratieverständnis entgegensteht. War der Iran unter der Schah-Regierung eine vom Westen geduldete und geförderte Diktatur, die sich ganz klar gegen den Klerus richtete und für die teilweise Verwestlichung des Irans einsetzte, so ist der Iran heute ein Staat, der sich offen gegen jeden westlichen Einfluss richtet und sich starr auf die Verwirklichung des Traums von einem islamischen Weltreich konzentriert. Dies geschieht, abhängig von den gerade Herrschenden, mal mehr, mal weniger intensiv. Im Grundsatz wird jedoch immer die Konfrontation mit dem Westen gesucht, dem die Schuld für das Versagen der Schah-Regierung und für die blutige Verfolgung jeder Opposition vorgeworfen wird.

#### 4.3.2 Die Wirtschaft des Iran

In Anbetracht der Tatsache, dass sich der Iran in den 70er Jahren wirtschaftlich auf dem Rückzug befand, da viele Unternehmen gescheitert waren, traditionelle Wirtschaftszweige vernichtet wurden und die Inflation ungekannt hoch war, erhofften sich die Anhänger der Revolution, dass die neuen Machthaber diese Situation wieder zum Positiven lenken konnten. Aus diesem Grund wird sich das folgende Kapitel mit der iranischen Wirtschaftskraft auseinandersetzen, um aufzuzeigen, welche Folgen die Islamische Revolution für den Iran hatte und welche Möglichkeiten dem Iran grundsätzlich gegeben sind die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu steigern. Insbesondere soll dargestellt werden, ob es sich beim Iran ebenfalls um einen Staat handelt, der seine Wirtschaft nur durch den Export von Erdöl definiert und welche Folge dies für den Iran langfristig haben könnte.

Mit ca. 137,5 Mrd. Barrel Erdöl besitzt der Iran die zweitgrößten Ölreserven der Welt.<sup>874</sup> In Anbetracht dieser gewaltigen Vorkommen ist es nicht verwunderlich, dass 80% der gesamten iranischen Exporterlöse aus dem Handel mit fossilen Brennstoffen resultieren.<sup>875</sup> Zwar exportiert der Iran auch andere Güter wie etwa Pistazien, Früchte, Kfz-Teile und Teppiche,<sup>876</sup> allerdings erreichen diese mit 20% des Exporterlöses nicht einmal im Ansatz den Stellenwert, den das Öl einnimmt. Trotz dieser hohen Bedeutung des Erdöls und seiner angegliederten Industrien sowie den übrigen Industriezweigen, nimmt der industrielle Wirtschaftssektor mit 40,9% allerdings nur Platz zwei innerhalb des iranischen BIP ein.<sup>877</sup> Den prozentual höchsten Anteil am iranischen BIP nimmt dagegen der Dienstleistungssektor mit 48,7% ein.<sup>878</sup> Den geringsten Anteil am BIP hat dahingegen die Landwirtschaft mit lediglich 11,2%.<sup>879</sup> Obwohl der Anteil des Dienstleistungssektors am iranischen BIP sehr hoch ist, zumal etwa 45% aller iranischen Erwerbstätigen in diesem Bereich arbeiten, ist der Stellenwert dieses Bereichs in Bezug auf die iranischen Staatseinnahmen nur von untergeordneter Bedeutung. Ähnlich wie in Saudi-Arabien und im Irak stützt sich auch hier die

---

<sup>874</sup> BP 2006 Statistical Review of World Energy, S.6

<sup>875</sup> [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Iran/Wirtschaft.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Iran/Wirtschaft.html), abgerufen am 27.01.2007 um 12:44 Uhr

<sup>876</sup> Vgl. Ebd.

<sup>877</sup> [www.ipicture.de/daten/wirtschaft\\_iran.html](http://www.ipicture.de/daten/wirtschaft_iran.html), abgerufen am 27.01.2007 um 12:18 Uhr

<sup>878</sup> Vgl. Ebd.

<sup>879</sup> Vgl. Ebd.

wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in erster Linie auf den Export von Erdöl, wodurch die iranische Wirtschaft permanent in die Abhängigkeit des Ölpreises gerät. Aus diesem Grund unterliegt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Iran ständig den Schwankungen des Ölmarktes, was aufgrund mangelnder Kompensationsmöglichkeiten durch andere bedeutende Exportgüter zu einer eher instabilen Wirtschaftslage im Iran führt. Sichtbar wurde dies insbesondere in den 90er Jahren, wo sich der niedrige Ölpreis negativ auf die iranischen Staatseinnahmen auswirkte. Zu dem Problem, dass die iranischen Staatseinnahmen zu sehr auf den Export von Erdöl angewiesen sind, kommt auch noch das Problem, dass der Iran bei weitem nicht mehr so viel Öl fördert, wie dies zu Zeiten des Schahs noch der Fall gewesen ist. Lag die Förderquote vor der Revolution noch bei 6 Mio. Barrel pro Tag, so liegt sie heute nur noch bei ca. 3,4 Mio. Barrel.<sup>880</sup> Hintergrund dieser Entwicklung ist einerseits die seit 1979 fehlende technische Unterstützung durch westliche Firmen und andererseits der Krieg mit dem Nachbarland Irak, der ganze acht Jahre dauerte und weite Teile der iranischen Ölinfrastruktur zerstört hatte. Aufgrund nicht vorhandener finanzieller Mittel war es dem Iran bis heute nicht möglich, in ausreichendem Maße dafür zu sorgen die ehemalige Förderkapazität wiederzuerlangen. Neben dieser sehr monotonen Ausrichtung der Außenwirtschaft, die in Krisenzeiten (geringe Nachfrage von Öl und daraus resultierende niedrige Ölpreise) zu einer handfesten Wirtschaftskrise führen kann, weist die iranische Wirtschaft aber auch in anderen Bereichen erhebliche Defizite auf. So gibt es im Iran eine Inflationsrate von 14,6%<sup>881</sup> (15,5%)<sup>882</sup>, die es einem großen Teil der Bevölkerung unmöglich macht ausreichend Waren und Güter zu erwerben, um damit den Lebensunterhalt zu bestreiten. Insgesamt leben mindestens 40% aller Iraner unterhalb der Armutsgrenze,<sup>883</sup> was in Anbetracht der hohen Bevölkerungszahl von knapp 70 Mio. Einwohner ein erschreckend hoher Wert ist. Dementsprechend hoch ist auch die Arbeitslosenzahl, deren Quote zwischen (offiziell) 11%<sup>884</sup> und (inoffiziell)

---

<sup>880</sup> Gassel, Steffen: Das Land hinter dem Schleier, in: Stern Nr.18 vom 27.04.2006, S. 71

<sup>881</sup> [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Iran/Wirtschaft.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Iran/Wirtschaft.html), abgerufen am 27.01.2007 um 12:44 Uhr

<sup>882</sup> [www.ipicture.de/daten/wirtschaft\\_iran.html](http://www.ipicture.de/daten/wirtschaft_iran.html), abgerufen am 27.01.2007 um 12:18 Uhr

<sup>883</sup> [www.ipicture.de/daten/wirtschaft\\_iran.html](http://www.ipicture.de/daten/wirtschaft_iran.html), abgerufen am 20.01.2008 um 15:01 Uhr

<sup>884</sup> [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Iran/Wirtschaft.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Iran/Wirtschaft.html), abgerufen am 27.01.2007 um 12:44 Uhr

20%<sup>885</sup> liegt. Der iranischen Wirtschaft fehlt es allerdings nicht nur an Arbeitsplätzen, sondern auch an gut ausgebildetem Personal, was verschiedene Ursachen hat. Zum einen hat sich die wissenschaftliche Ausbildung im Iran dahingehend geändert, das viele Universitäten, die sich zu Schah-Zeiten hauptsächlich mit naturwissenschaftlichen und anderen weltlichen Wissenschaften beschäftigt hatten, seit der Machtübernahme des Klerus mehr Wert auf eine theologische Ausbildung legen. Dies hat zwangsläufig dazu geführt, dass es im Iran kaum Ingenieure oder Naturwissenschaftler gibt. Zum zweiten hat der Mangel an moderneren Betrieben und Fabriken zur Folge, dass es auch im Bereich des nicht-universitären Fachpersonals erhebliche Defizite gibt, die derzeit nicht kompensiert werden können. Es wäre nun falsch zu behaupten, dass es im Iran kein Fachpersonal gäbe, jedoch versucht ein Großteil derjenigen, die dennoch eine gute Ausbildung genießen durften, im Ausland einen Job zu finden; jedes Jahr verliert der Iran somit im Schnitt rund 200.000 qualifizierte Personen,<sup>886</sup> deren fachliches Wissen für den Iran von existenziellem Wert wäre. In diesem Zusammenhang stellt sich im Iran noch ein anderes Problem dar, nämlich der enorm hohe Konsum von harten Drogen, wie etwa Heroin oder Kokain, die in ungeheuren Mengen im Nachbarland Afghanistan hergestellt werden. Mit 3,5 Mio. Heroinabhängigen, von denen rund 90% HIV-infiziert sind,<sup>887</sup> verliert der Iran zusätzlich noch einmal potentielle Facharbeiter, denn der Großteil der Abhängigen befindet sich im arbeitsfähigen Alter.<sup>888</sup> Der Mangel an Personal bedeutet für die iranische Wirtschaft und für die iranische Forschung einen herben Rückschlag, da die Entwicklung neuer Technologien oder zumindest die Herstellung eigener industrieller Produkte auf einem sehr niedrigem Niveau stattfindet, sei es qualitativ oder quantitativ. Um technologisch mit dem Rest der Welt mithalten zu können, ist der Iran deshalb auf die Hilfe anderer Staaten angewiesen, was sich jedoch als sehr problematisch erweist, da die finanziellen Möglichkeiten des Iran, um ausländische Güter zu erwerben recht „überschaubar“ sind. Und diejenigen Güter und Technologien, die der Iran erwerben kann, stammen

---

<sup>885</sup> Gassel, Steffen: Das Land hinter dem Schleier, in: Stern Nr.18 vom 27.04.2006, S. 70

<sup>886</sup> Vgl. Ebd.

<sup>887</sup> Vgl. Ebd.

<sup>888</sup> Das Durchschnittsalter im Iran liegt derzeit bei 24,8 Jahren, woraus sich ableiten lässt, dass es sich bei den Abhängigen um arbeitsfähige Personen handelt. Vgl. hierzu:

[www.ipicture.de/daten/demographie\\_iran.html](http://www.ipicture.de/daten/demographie_iran.html), abgerufen am 27.01.2007 um 12:22 Uhr

überwiegend aus Russland und asiatischen Staaten, deren technologisches Know How ebenfalls nur selten an das Westliche heranreicht. Ein Problem, das sich dagegen erst in den letzten Jahren ergeben hat, ist die Abrechnung des Ölexports in US-Dollar, denn dieser hat in den letzten Jahren gegenüber dem Euro an Wert verloren. De facto bedeutet dies für den Iran, dass sein Öl mit einem „schwachen“ Dollar bezahlt wurde, wohingegen er seine Waren, die in erster Linie aus Europa stammen, in „teuren“ Euros bezahlen musste. Somit schwand allmählich die ohnehin schon schwache Kaufkraft des Iran weiter. Dies war einer der Gründe, weshalb sich die Regierung in Teheran im Dezember 2006 dazu entschlossen hat, die Ölexporte künftig in Euro abzurechnen.<sup>889</sup> Ein weiteres Problem, das der wirtschaftlichen Erholung des Iran entgegensteht, ist das in der Verfassung festgelegte Verbot, ausländischen Firmen die Kontrolle über sämtliche Bereiche der Wirtschaft zu überlassen.<sup>890</sup> Zwar erlaubt die Verfassung, dass unter bestimmten Voraussetzungen, ausländische Fachleute im Iran arbeiten dürfen, was jedoch nicht mit der Erlaubnis zur Gründung eigener Firmen gleichzusetzen ist. Aufgrund dieser Passage in der Verfassung, die von den Herrschenden lange Zeit sehr ernst genommen worden ist, war es ausländischen Firmen nicht möglich Investitionen im Iran zu tätigen. Mittlerweile hat die iranische Führung diesbezüglich zwar einige Reformen durchgesetzt, die es nicht-iranischen Firmen möglich macht, im kleinen Rahmen im Iran investieren zu können,<sup>891</sup> jedoch wird hiervon kaum Gebrauch gemacht,<sup>892</sup> da die politische Situation in den letzten Jahren, vor allem seit der amtierende Präsident Ahmadinedschad das Land führt, zusehend instabiler geworden ist.

Insgesamt zeigt sich im Iran eine Wirtschaft, die an vielen Fronten mit Problemen zu kämpfen hat. Als Hauptproblem der iranischen Wirtschaft zeigt sich zunächst die einseitige Ausrichtung des Außenhandels auf den Export von Erdöl, woraus sich Planungsschwierigkeiten hinsichtlich des iranischen Staatshaushaltes ergeben. Steigt die Nachfrage nach Öl, so steigen auch die

---

<sup>889</sup> Nirumand, Bahman: iran-report, Nr. 01/2007, hrsg. von der Heinrich Böll Stiftung, Berlin 2007, S. 8, nachzulesen unter: [www.boell.de/download/presse2007/iran-report0107.pdf](http://www.boell.de/download/presse2007/iran-report0107.pdf), abgerufen am 27.01.2007 um 13:17 Uhr

<sup>890</sup> Artikel 43 Nr.8 der iranischen Verfassung: „Verhinderung der Fremdherrschaft über die Wirtschaft des Landes;“

<sup>891</sup> [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Iran/Wirtschaft.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Iran/Wirtschaft.html), abgerufen am 27.01.2007 um 12:44 Uhr

<sup>892</sup> Gassel, Steffen: Das Land hinter dem Schleier, in: Stern Nr.14 vom 27.04.2006, S.70

Einnahmen, allerdings gilt dies im Falle des Iran nur in der Theorie, da der Iran nicht über ausreichende Förderkapazitäten verfügt, um auf eine erhöhte Nachfrage entsprechend antworten zu können. Anders als Saudi-Arabien, das über Förderreserven verfügt, ist im Iran bei 3,4 Mio. Barrel täglicher Förderleistung Schluss. Es fehlt dem Iran diesbezüglich an Flexibilität. Hauptgrund für diese Entwicklung ist die Islamische Revolution von 1979 und zwar in vielerlei Hinsicht. Zum einen verbietet die iranische Verfassung, dass ausländische Unternehmen zu viel Einfluss innerhalb der iranischen Wirtschaft erlangen, was einen Großteil der westlichen Unternehmen, die unter der Schah-Regierung im Iran tätig waren, abgeschreckt hatte; über Nacht fehlte es dem Iran an westlichem Know How, um den technologischen Stand der iranischen Industrie zumindest auf dem einmal erreichten Niveau halten zu können. Zum zweiten sorgten die Differenzen (die noch genauer erläutert werden) zwischen Khomeini und den USA sogar dafür, dass der Iran Opfer eines amerikanisch-irakischen Komplotts wurde, das in einem achtjährigen Krieg endete. Hierbei wurden weite Teile der iranischen Ölindustrie zerstört, was bis heute die iranische Wirtschaft stark beeinträchtigt, denn dem Iran fehlten über lange Jahre die notwendigen finanziellen Mittel um die zerstörten Anlagen wieder aufzubauen. Neben den fehlenden finanziellen Mitteln, um die traditionsreiche Ölindustrie wiederaufzubauen, fehlte es dem Iran aber auch an Mitteln, um die Bildung im Iran zu fördern oder andere Einnahmequellen zu erschließen. So verfügt der Iran über andere Bodenschätze, wie etwa Kupfer, Mangan oder Eisen<sup>893</sup> und zwar in abbaufähigen Mengen, jedoch konnten diese Rohstoffe mangels ausländischer Investoren und mangels eigener finanzieller Möglichkeiten bis heute nicht gewinnbringend abgebaut werden. In Anbetracht der Endlichkeit des iranischen Erdöls wäre die Erschließung dieser Rohstoffe eine gute Möglichkeit dem Iran eine weitere Einnahmequelle zu verschaffen; der Iran könnte sich so von der Abhängigkeit des Ölmarktes lösen. Dass sich hinsichtlich der iranischen Wirtschaft etwas ändern muss, allein schon um den Bestand der Islamischen Republik Iran zu sichern, denn nichts ist hierfür gefährlicher als eine unzufriedene Bevölkerung, ist den Machthabern in Teheran inzwischen allerdings klar geworden. Da ein Konsens mit dem Westen, bezüglich umfangreicher wirtschaftlicher Kooperation, jedoch nicht

---

<sup>893</sup> [www.ipicture.de/daten/wirtschaft\\_iran.html](http://www.ipicture.de/daten/wirtschaft_iran.html), abgerufen am 27.01.2007 um 12:18 Uhr

möglich ist, da andere Probleme die Beziehungen dieser beiden Kulturkreise überschatten, hat sich die iranische Regierung in den letzten Jahren auf den Osten bzw. Asien als Handelszone konzentriert; obwohl die iranische Regierung insgeheim lieber mit den westlichen Staaten, aufgrund des Technologievorsprungs, zusammenarbeiten würde.<sup>894</sup> Wenngleich Japan und China bereits heute schon die wichtigsten Exportpartner des Irans sind, so sollen die wirtschaftlichen Beziehungen nach Asien noch weiter ausgebaut werden. Die bereits existierenden Beziehungen zu Japan beispielsweise, sollen dahingehend weiterentwickelt werden, dass sich Japan daran beteiligt ein noch nicht erschlossenes großes Erdölfeld im Iran zu erschließen.<sup>895</sup> Auch soll die Stellung Irans als wichtigster Öllieferant für China weiter gefestigt und durch die Lieferung von Erdgas erweitert werden.<sup>896</sup> Gerade China, das als die zukünftige Wirtschaftsmacht gehandelt wird, benötigt in Zukunft ungeheure Mengen an Öl und Gas; Iran hat diese Mengen, weshalb eine Vertiefung der Beziehungen zwischen beiden Ländern nur als logische Konsequenz betrachtet werden kann. Im gleichen Atemzug muss auch Indien genannt werden, das sich wirtschaftlich ebenfalls auf dem Vormarsch befindet. Auch hier sollen die bereits vorhandenen Beziehungen weiter vertieft werden, was natürlich auch hier nichts anderes bedeutet, als dass der Iran die notwendige Energie liefern soll, und zwar in Form von Öl und Gas. Letzteres soll durch eine Pipeline geliefert werden, die vom Iran nach Indien führen soll, mit der Option diese später bis nach China zu verlängern. Torpediert wird dieses Vorhaben jedoch von den USA, die Indien unter Druck setzen.<sup>897</sup> Überraschenderweise wird Indien dabei logistisch und finanziell von Russland unterstützt, denn Russland steht diesbezüglich voll hinter dem Iran, allerdings nicht ganz uneigennützlich. Wenn die Pipeline gebaut würde, käme Russland so einem Konkurrenzprojekt der USA entgegen, das die Versorgung Pakistans mit turkmenischem Öl vorsieht. Der Bau der Iran-Indien-Pipeline böte nämlich in diesem Fall Pakistan die Möglichkeit ebenfalls daraus Gas zu beziehen, womit die USA einen weiteren Absatzmarkt und darüber hinaus auch Einfluss verlieren würden. Zudem wäre Turkmenistan gezwungen sein Gas weiterhin „billig“

---

<sup>894</sup> Tilgner, Ulrich: Zwischen Krieg und Terror. Der Zusammenprall von Islam und westlicher Politik im Mittleren Osten, München 2006, S.91

<sup>895</sup> Vgl. Ebd., S. 88

<sup>896</sup> Vgl. Ebd.

<sup>897</sup> Vgl. Ebd., S.90

nach Süd-Russland zu liefern. Für Russland würde die Verwirklichung des Pipelineprojekts darüber hinaus bedeuten, dass iranisches Gas in bedeutenden Mengen vom europäischen Markt verschwände, was die „Monopolstellung“ russischer Gasfirmen sichern würde. Hinzu käme noch, dass Russland und Iran eine Art Interessensgemeinschaft bilden könnten, die dann als Kartell 43% der weltweiten Gasreserven kontrollieren würde.<sup>898</sup> Dass die Beziehungen zwischen Russland und dem Iran nicht unterschätzen sind, zeigt sich auch in anderen Bereichen in denen beide Staaten eng miteinander verbunden sind. So hat der Iran Ende 2006 der russischen Regierung zugesagt 83 Passagierflugzeuge zu erwerben, um so der desolaten russischen Flugzeugindustrie unter die Arme zu greifen.<sup>899</sup> Neben den rein zivilen Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten gibt es seit einigen Jahren auch eine enge Zusammenarbeit auf dem militärischen Sektor, denn Russland ist, trotz aller internationaler Proteste, zum wichtigsten Ausrüster militärischen Equipments geworden.<sup>900</sup> Die Gründe hierfür liegen auf der Hand, denn nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem damit verbundenem Wegfall ehemaliger Rüstungskunden in Osteuropa, war die russische Rüstungsindustrie darauf angewiesen, neue Kunden zu bekommen. Der Iran hingegen, der im achtjährigen Krieg einen großen Teil seines militärischen Arsenal verloren hatte, benötigte dringend einen neuen Lieferanten, weshalb sich schnell eine Rüstungskooperation zwischen beiden Staaten entwickelte.

Ohne sich zu sehr im Detail zu verlieren, zeigt sich eine enge wirtschaftliche Verflechtung des Iran mit Russland und den asiatischen Staaten China, Japan und Indien. Zwar haben diese Verbindungen derzeit noch keinen allzu großen Einfluss auf die iranische Wirtschaft mit all ihren oben aufgeführten Problemen, jedoch kann davon ausgegangen werden, dass sich die iranische Wirtschaft in Zukunft erholen wird, wenn die geplanten Vorhaben durchgeführt werden. Für den Iran würde dies nicht nur eine Verbesserung der Außenwirtschaft bedeuten, sondern es würde auch die Möglichkeit geschaffen,

---

<sup>898</sup> Tilgner, Ulrich: Zwischen Krieg und Terror. Der Zusammenprall von Islam und westlicher Politik im Mittleren Osten, München 2006, S.91

<sup>899</sup> Nirumand, Bahman: iran-report, Nr. 01/2007, hrsg. von der Heinrich Böll Stiftung, Berlin 2007, S. 10, nachzulesen unter: [www.boell.de/download/presse2007/iran-report0107.pdf](http://www.boell.de/download/presse2007/iran-report0107.pdf), abgerufen am 27.01.2007 um 13:17 Uhr

<sup>900</sup> So hat Russland erst neulich hochmoderne Flugabwehrraketen ausgeliefert, die der Iran der Öffentlichkeit stolz zur Schau gestellt hat; wahrscheinlich um den USA klar zu machen, dass ein eventueller Luftangriff nur mit hohen Verlusten durchzuführen sei.

die iranische Binnenwirtschaft anzukurbeln, indem die erzielten Gewinne dafür verwendet würden das Bildungssystem zu verbessern, den Abbau weiterer Rohstoffe voranzutreiben und gezielte Investitionen innerhalb des Iran zu tätigen. Die Beziehungen zu Asien und Russland böten allerdings nicht nur wirtschaftliche Vorteile, sondern auch sicherheitspolitische, denn der Iran wäre für China und Russland zu wichtig, als dass sie einem eventuellen Waffengang der USA gegen den Iran wortlos zusehen würden. Der gleiche Fall läge nämlich vor, wenn Saudi-Arabien von China oder Russland bedroht würde; in diesem Fall würden die USA massiv in den Konflikt eingreifen, um die saudischen Partner zu beschützen. Schlussendlich lässt sich also sagen, dass die jahrelange Isolation des Irans dazu geführt hat, dass die iranische Wirtschaft nicht in der Lage war sich zu erholen, weshalb sich Teheran nun voll und ganz auf seine asiatischen Partner konzentriert. Glaubte der Westen, er könne den Iran mit Druck zur Umkehr seiner antiwestlichen Haltung bringen, so muss heute ganz nüchtern gesagt werden, dass der Westen inzwischen wohl keine reelle Chance mehr hat, lukrativ in das iranische Ölgeschäft einzusteigen. Nachdem die Mission Irak gescheitert ist, und das irakische Öl nur sehr langsam fließt, bedeutet dies für die USA, dass im Mittleren Osten nur noch Saudi-Arabien als Öllieferant zur Verfügung steht. Die Zahl der Partner wird also immer geringer und der Einfluss der wirtschaftspolitischen „Mitbewerber“ immer größer. Der Westen steht nun vor einem Problem, dessen Lösung durch das iranische Atomprogramm nicht leichter, sondern wesentlich schwieriger, wenn nicht gar unmöglich geworden ist.

#### 4.3.3 Die Außenbeziehungen des Iran und seine innenpolitische Stabilität

Mit der Gründung der Islamischen Republik Iran im Jahr 1979 hat der Westen einen wichtigen Verbündeten im Mittleren Osten verloren. Diese Partnerschaft, die über Jahrzehnte hinweg Bestand hatte, sicherte dem Westen einerseits den sicheren Zugang zum Öl und andererseits besaß die geostrategische Lage des Iran im Kontext des Ost-West-Konflikts eine herausragende Rolle. Nachdem nun Ayatollah Khomeini den Schah gestürzt hatte, befand sich der Iran im blockfreien Raum, denn die herrschende Geistlichkeit wollte weder Kontakt zum Westen, noch Kontakt zur atheistischen Sowjetunion, denn den Klerikern war die gottlose Sowjetunion im Grunde genommen noch suspekter, als der,

zumindest „andersgläubige“, Westen. Allerdings richtete sich die Politik der jungen Islamischen Republik vor allem gegen die USA, die sich nach Ansicht der Kleriker viel zu lange in die Belange des Iran eingemischt hatten. Aber nicht nur das Verhältnis zu den beiden Supermächten gestaltete sich im Anschluss an die Revolution als schwierig, sondern auch das Verhältnis zu den iranischen Nachbarn. Insbesondere das Verhältnis zwischen dem Iran und dem Irak stand unter keinem guten Stern, da es zwischen Saddam Hussein und Ayatollah Khomeini einen tiefen Hass gab. Die Folge war ein achtjähriger Krieg, der allerdings nicht nur mit diesem Hass begründet werden kann; vielmehr gab es andere Gründe für den Irak, den durch die Revolution militärisch geschwächten Nachbarn anzugreifen. Nachdem sich dann gegen Ende der 80er / Anfang der 90er Jahre die internationale Situation entschärft hatte, infolge des Waffenstillstandes zwischen beiden Kriegsparteien, der Beendigung des Ost-West-Konflikts und des Todes Ayatollah Khomeinis, begann eine Phase der Konsolidierung. Der Iran, der zwar immer noch nicht bereit war, sich dem Westen nennenswert zu öffnen, verfolgte daraufhin eine zumindest nicht-aggressive Außenpolitik, sodass der Iran lange Zeit aus dem Blickwinkel der westlichen Sicherheitspolitik geriet. In dieser Zeit, und zwar während der 90er Jahre, änderte die Führung in Teheran ihre ablehnende Haltung gegenüber der ehemaligen Sowjetunion, die sich nun auf westlich-demokratischen Bahnen befand, indem sie die Beziehungen dorthin ausweitete. Hinzu kam auch noch der schrittweise Ausbau der Handelsbeziehungen nach Europa, mit der Folge, dass der Iran nicht als akute Bedrohung wahrgenommen wurde. Dies änderte sich jedoch im Jahr 2002, als erste Berichte über das Atomprogramm des Iran bekannt wurden, was vor allem die amerikanische Regierung erzürnte, da sie gerade erleben musste, welchen Hass Islamisten dem Westen gegenüber aufbringen können, und welche Folgen ein unkontrolliertes iranisches Atomprogramm haben könnte. Der Iran wiederum, der immer wieder betont, dass es sich dabei um ein ziviles Projekt handelt, und dass der Iran darüber hinaus das Recht besäße den gesamten Nuklearkreislauf zu beherrschen, gilt seitdem in westlichen Sicherheitskreisen als ernstzunehmende Bedrohung, vor allem seit Mahmud Ahmadinedschad an der Macht ist. Dieser Mann, der sich öffentlich für die Vernichtung Israels ausgesprochen hat, und sich zudem permanent mit dem Westen in äußerst

provozierender Art anlegt, zählt derzeit zu den gefährlichsten Staatspräsidenten der Welt, zumindest in den Augen westlicher Sicherheitskreise.

#### 4.3.3.1 Der Iran unter Ayatollah Khomeini

Obwohl sich schon im Vorfeld der Islamischen Revolution ein düsteres Bild für das künftige Verhältnis des Westens zum Iran abzeichnete, denn im Zuge der Anti-Schah-Aufstände wurden auch die USA scharf attackiert, versuchten beide Seiten, nach dem Sturz des Schah, zunächst die diplomatischen Beziehungen aufrechtzuerhalten. Vollkommen die reale politische Situation im Iran unterschätzend, hofften die USA mit dem Übergangsmministerpräsidenten Bazargan im Herbst 1979 eine Lösung für die drohende Konfrontation zu finden. Den Fehler, den die USA hierbei begangen, war der Glaube, dass Bazargan über ausreichend Befugnisse verfügte, um derartige Dinge verhandeln zu können. In Wirklichkeit lag die eigentliche Macht aber bei den klerikalen Hardlinern um Ayatollah Khomeini, die keinerlei Annäherung mit den USA wünschten. Tief gespalten in ihrer Meinung darüber, wie der künftige Iran aussehen sollte, und wie er sich gegenüber dem Westens darstellen sollte, kam es zu einem inneriranischen Machtkampf zwischen den gemäßigten Politikern um Bazargan und den radikalen Geistlichen um Khomeini. Während Bazargan für die Schaffung eines pluralistischen Iran kämpfte, der eine gemäßigte Haltung gegenüber dem Westen einnehmen sollte, hatte sich die Geistlichkeit bereits darauf eingeschworen, einen anti-westlichen Gottesstaat zu errichten. In der Hoffnung, Bazargan würde diesen Machtkampf für sich entscheiden, mussten die USA jedoch am 4. November 1979 zur Kenntnis nehmen, dass dieser Kampf für die gemäßigten iranischen Politiker nicht zu gewinnen war, denn die Regierung Bazargan musste machtlos mit ansehen, wie iranische Studenten, die sich offen zu Khomeini bekannten, die amerikanische Botschaft in Teheran stürmten und 66 Botschaftsangehörige als Geiseln nahmen.<sup>901</sup> Hintergrund dieser Tat war die Unterstützung Israels durch die USA sowie die Einreise des Schahs in die Vereinigten Staaten.<sup>902</sup> Ungeachtet der Tatsache, dass alleine schon die Geiselnahme ein Verbrechen darstellte, so markiert dieses Ereignis auch den endgültigen politischen Wendepunkt innerhalb des Iran. Die gemäßigten Politiker um Bazargan sahen sich nach der

---

<sup>901</sup> Schirra, Bruno: Iran. Sprengstoff für Europa, Berlin 2006, S.132

<sup>902</sup> Vgl. Ebd., S.134

Geiselnahme nicht mehr im Stande die Politik des Iran beeinflussen zu können, weshalb sie nur wenige Stunden nach der Erstürmung der Botschaft sämtliche Ämter niederlegten und geschlossen zurücktraten.<sup>903</sup> Khomeini seinerseits nahm die Rücktrittsgesuche nur allzu gerne an und übertrug die gesamten Regierungsgeschäfte dem Revolutionsrat; der Rücktritt hatte also zur Folge, dass nun alle politische Macht in den Händen des Klerus lag. Für die USA bedeutete dies wiederum, dass die Beendigung der Geiselnahme nun von den radikalen Kräften im Iran abhing, woraus sich für die USA eine sehr schwierige Ausgangslage für Verhandlungen ergab. Die USA standen nun vor dem Problem, dass sie in irgendeiner Weise auf die Tat reagieren mussten, ohne jedoch die Botschaftsangehörigen unnötig zu gefährden. Den USA blieb also nichts anderes übrig, als die diplomatischen Beziehungen zunächst aufrechtzuerhalten, um eine Lösung auf dem Wege der Diplomatie zu erreichen; allerdings verhängten die USA dennoch Strafen gegen den Iran, indem sie iranische Vermögenswerte in den USA einfroren und den Import von iranischem Öl stoppten.<sup>904</sup> Obwohl Ayatollah Khomeini noch während seines Exils in Frankreich stets erklärt habe, er wolle keinen Abbruch der Beziehungen zu den USA,<sup>905</sup> sondern nur eine drastische Verminderung des amerikanischen Einflusses im Iran, radikalisierte sich nun auch seine offizielle Haltung. Khomeini ließ nunmehr keinen Zweifel daran, dass er durchaus bereit war, die Beziehungen zu den USA abubrechen, da er und seine revolutionären Mitstreiter die Geiselnahme offiziell als „Akt der Selbstverteidigung“ legitimierten.<sup>906</sup> Zudem wurde die Tonart in Teheran erstmals dermaßen scharf, dass die amerikanische Botschaft als „Nest der Vipern“ bezeichnet wurde und die USA nun den Beinamen „Großer Satan“ und Israel den Beinamen „Kleiner Satan“ bekamen;<sup>907</sup> übrigens noch heute sehr beliebte Ausdrücke iranischer Politiker. Den USA wurde auf diese Art und Weise deutlich gemacht, dass eine friedliche Lösung des Problems wohl kaum zu erreichen sei, denn die Geiselnahmer wurden inzwischen ganz offiziell von den neuen geistlichen

---

<sup>903</sup> Khosrozadeh, Behrouz: Demokratie und Zivilgesellschaft in Okzident und Orient. Eine vergleichende Studie. Der islamische Orient: Das Fallbeispiel Iran, Berlin 2003, S.215/216

<sup>904</sup> Tilgner, Ulrich: Zwischen Krieg und Terror. Der Zusammenprall von Islam und westlicher Politik im Mittleren Osten, München 2006, S. 56

<sup>905</sup> Schirra, Bruno: Iran. Sprengstoff für Europa, Berlin 2006, S. 132

<sup>906</sup> Bayat-Philipp, Mangol: Die Beziehungen zwischen den USA und Iran seit 1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B9/2004 vom 23.02.2004, S. 35

<sup>907</sup> Vgl. Ebd.

Führern unterstützt. Während die USA die Freilassung der Geiseln forderten, entgegneten die Geiselnnehmer mit den Forderungen nach der Auslieferung des Schahs, die Freigabe des Schah-Vermögens sowie Anerkennung des neuen Iran als Islamische Republik. Die USA wiederum, die sich keinesfalls von den Geiselnnehmern unter Druck setzen lassen wollten, lehnten diese Forderungen ab, sodass sich die Situation allmählich zuspitzte. Khomeini, der nun die Chance witterte, seine Politik ein für allemal konsolidieren zu können, beharrte weiter auf die Erfüllung der Forderungen „seiner“ Gefolgsleute. Selbst offizielle Stellungnahmen des Sicherheitsrates, die eine Freilassung der Geiseln beinhalteten, wurden seitens der iranischen Regierung nicht beachtet.<sup>908</sup> Trotz der sich abzeichnenden Unlösbarkeit des Problems, versuchten dennoch beide Seiten zu einem friedlichen Agreement zu kommen, was jedoch im Frühjahr 1980 endgültig scheiterte. Als Reaktion auf die starre Haltung der iranischen Regierung, brachen die USA, unter Präsident Jimmy Carter, am 07.04.1980 alle diplomatischen Beziehungen zu Teheran ab.<sup>909</sup> Da die amerikanische Regierung nun gezwungen war, andere Mittel zur Beendigung der Geiselnahme einzusetzen, wurde der amerikanische Sicherheitsberater Brzezinski mit der Aufgabe betraut, eine militärische Operation zur Befreiung vorzubereiten. Hierzu sollten Spezialeinheiten, die sich bereits auf dem im persischen Golf kreuzenden, Flugzeugträger Nimitz befanden, in Teheran landen und die Botschaft befreien.<sup>910</sup> Allerdings stand diese Operation unter keinem guten Stern. Bereits kurz nach dem Start der Operation, am 24.04.1980, musste einer der acht beteiligten Hubschrauber wegen technischer Probleme zurückkehren.<sup>911</sup> Aber nicht nur der Verlust dieses einen Hubschraubers brachte die Mission ins Wanken, sondern auch der Verlust zwei weiterer Hubschrauber in der iranischen Wüste, die ebenfalls wegen technischer Probleme notlanden mussten, führte zum Abbruch der Mission.<sup>912</sup> Allerdings war das Desaster um die amerikanische Befreiungsaktion hiermit noch nicht am Ende, denn bei der Kollision einer Herkules-Maschine mit einem

---

<sup>908</sup> Tilgner, Ulrich: Zwischen Krieg und Terror. Der Zusammenprall von Islam und westlicher Politik im Mittleren Osten, München 2006, S. 56

<sup>909</sup> Vgl. Ebd.

<sup>910</sup> Vgl. Ebd.

<sup>911</sup> Bayat-Philipp, Mangol: Die Beziehungen zwischen den USA und Iran seit 1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B9/2004 vom 23.02.2004, S. 35/36

<sup>912</sup> Tilgner, Ulrich: Zwischen Krieg und Terror. Der Zusammenprall von Islam und westlicher Politik im Mittleren Osten, München 2006, S. 57

Hubschrauber starben acht amerikanische Soldaten.<sup>913</sup> Als die Überlebenden daraufhin von amerikanischen Flugzeugen evakuiert wurden, verloren die amerikanischen Streitkräfte auch noch die übrigen Hubschrauber, sodass die USA am Ende des Tages den Verlust von acht Soldaten, einer Herkules-Transportmaschine und acht Hubschraubern zu beklagen hatten, ohne auch nur in die Nähe der Geiseln gelangt zu sein. Das Scheitern der Befreiungsaktion hatte daraufhin weit reichende Folgen, sowohl für die iranische Führung, als auch für die amerikanische Administration. Während in den USA der Druck auf die Carter-Regierung anstieg, dem Geiseldrama endlich ein Ende zu bereiten, ging die iranische Führung gestärkt aus dem Scheitern der Mission hervor, denn es gab nun fast täglich in allen Städten des Iran Proteste gegen die USA. Für die US-Regierung war zum damaligen Zeitpunkt von besonderer Brisanz, die Tatsache, dass im selben Jahr die Präsidentschaftswahlen anstanden, und dass der Rückhalt für Präsident Carter in der amerikanischen Bevölkerung stetig abnahm.<sup>914</sup> Nach dem Scheitern der Verhandlungen und nach dem Scheitern der Befreiung der Geiseln stand die amerikanische Regierung nun mit dem Rücken zur Wand, denn der Handlungsspielraum war plötzlich ungewollt klein geworden. Carter konnte zu diesem Zeitpunkt also nur noch hoffen, dass es vielleicht doch noch zu einer Verhandlungslösung käme, denn eine groß angelegte militärische Operation gegen den Iran war so kurz vor den Wahlen nicht möglich, da dies die sichere Wahlniederlage zur Folge gehabt hätte. Obwohl die radikalen Kräfte im Iran durch das Scheitern der Befreiungsaktion deutlich an Macht gewonnen hatten, so mussten sie sich zum damaligen Zeitpunkt noch immer gegen oppositionelle Gruppen wehren, vor allem bezüglich der Frage, wie das Geiseldrama zu lösen sei. Da sich die radikalen Kräfte zu diesem Zeitpunkt ebenfalls in einer innenpolitisch schwierigen Phase befanden, denn im Mai standen die ersten Parlamentswahlen an, waren sie quasi dazu verdammt ihre harte anti-amerikanische Linie weiterzuführen, um vor ihren Anhängern nicht an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Als daraufhin im Mai 1980 die Parlamentswahlen durchgeführt wurden und die religiösen Konservativen als

---

<sup>913</sup> Tilgner, Ulrich: Zwischen Krieg und Terror. Der Zusammenprall von Islam und westlicher Politik im Mittleren Osten, München 2006, S. 57

<sup>914</sup> Bayat-Philipp, Mangol: Die Beziehungen zwischen den USA und Iran seit 1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B9/2004 vom 23.02.2004, S. 36

Sieger daraus hervorgingen, gab es für die herrschenden Kleriker keinen Grund mehr sich weiter einer Verhandlungslösung zu verschließen, denn sie hatten den inneriranischen Kampf gegen die politische Opposition gewonnen. Aus diesem neuen Gefühl der Macht heraus schwanden nun auch innerhalb der radikalen Führung diejenigen Stimmen, die sich gegen eine diplomatische Lösung ausgesprochen hatten,<sup>915</sup> da sie sich gegen keine politischen Gegner mehr durchsetzen mussten. Aber nicht nur die endgültige Übernahme der Macht, sondern auch der desolate Zustand der Streitkräfte, die sich infolge der Revolution reorganisieren mussten, führte letztendlich dazu, dass sich die Iraner bereitklärten wieder zu verhandeln. Da es jedoch keinen Kontakt mehr zu den USA gab, wurde die Bundesrepublik Deutschland in die Verhandlungen miteinbezogen. Dem deutschen Botschafter wurde ein Katalog mit iranischen Forderungen übergeben, die seitens der USA erfüllt werden sollten, bevor die Geiseln wieder freigelassen würden. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit fanden daraufhin im September 1980 Geheimverhandlungen in Bonn zwischen iranischen und amerikanischen Vertretern statt, die jedoch bereits kurz darauf ergebnislos beendet wurden.<sup>916</sup> Hinter dem Rückzug des iranischen Unterhändlers steckte einerseits der Einmarsch irakischer Truppen in den Iran und dem damit verbundenen Vorwurf, die USA hätten Saddam Hussein hierzu gedrängt<sup>917</sup> und andererseits die anstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA. Den geistlichen Führern in Teheran war nämlich bewusst geworden, dass eine friedliche Lösung des Konflikts vor den Wahlen, mit sehr großer Wahrscheinlichkeit dazu geführt hätte, dass Carter wiedergewählt würde, und dies musste aus iranischer Sicht unbedingt verhindert werden, denn sie sahen in Carter einen zu mächtigen Gegner der Islamischen Republik Iran. Die Geistlichen wollten ihn dafür bestrafen, dass er mit dem Schah zusammengearbeitet hat, dass er maßgeblich am Frieden zwischen Israel und Ägypten beteiligt war, und dass er Hussein dazu gebracht hatte, Krieg gegen den Iran zu führen.<sup>918</sup> In diesem Zusammenhang soll es jedoch auch noch einen anderen Grund dafür gegeben haben, dass die Verhandlungen in Bonn

---

<sup>915</sup> Tilgner, Ulrich: Zwischen Krieg und Terror. Der Zusammenprall von Islam und westlicher Politik im Mittleren Osten, München 2006, S. 57/58

<sup>916</sup> Vgl. Ebd., S. 58

<sup>917</sup> Pitt, William Rivers: Krieg gegen den Irak. Was die Bush-Regierung verschweigt, 6. Auflage, Köln 2003, S. 29

<sup>918</sup> Tilgner, Ulrich: Zwischen Krieg und Terror. Der Zusammenprall von Islam und westlicher Politik im Mittleren Osten, München 2006, S. 59

vorzeitig abgebrochen worden sind, und zwar die Verbindung zwischen Wahlkampf Helfern von Herausforderer Ronald Reagan und iranischen Mittelsmännern. Es geht seither das Gerücht, dass die Mitarbeiter Reagans dem Iran militärische Hilfe und Waffen versprochen hätten, wenn diese im Gegenzug dafür sorgten, dass es zu keiner Lösung vor den Wahlen käme, um die Wiederwahl Carters zu verhindern.<sup>919</sup> Wie viel Wahrheit nun in dieser Behauptung steckt, wird wahrscheinlich nie endgültig aufgeklärt werden; Fakt ist jedoch, dass Carter die Wahl verloren hat, und dass die Geiselnahme im Iran maßgeblich dazu beigetragen hat, dass es in den USA zu einem Regierungswechsel gekommen ist. Nachdem die Wahl in den USA zu Gunsten von Ronald Reagan entschieden worden war, signalisierten die Iraner recht bald wieder Verhandlungsbereitschaft, was im Grunde genommen für die alte Carter-Regierung nichts anderes als eine Schmach war, denn sie musste mit denjenigen verhandeln, die sie gestürzt hatte. Trotz dieser Situation konnten sich die Parteien dennoch auf eine friedliche Lösung einigen. Die USA erreichten die Freilassung der Geiseln, wohingegen sie im Gegenzug die eingefrorenen Vermögenswerte des Iran wieder freigaben; die anderen Forderungen des Irans, nämlich die Freigabe des Schah-Vermögens sowie eine Nichteinmischungsgarantie der USA konnten erfolgreich abgeschmettert werden.<sup>920</sup> So kam es, dass die amerikanischen Geiseln genau am Tag der Amtseinführung Ronald Reagans im Januar 1981 freigelassen wurden; 440 Tage nach deren Gefangennahme.<sup>921</sup>

Nachdem die Geiselnahme im Januar 1981 endlich beendet worden war, und der Iran der gesamten westlichen Welt deutlich gemacht hatte, dass der Iran nicht mehr bereit war, sich außer-islamischen Einflüssen hinzugeben, wurde der Iran seitens der amerikanischen Administration auf die Liste der sogenannten „Schurkenstaaten“ gesetzt, auf der schon Staaten wie Libyen, Nordkorea, Irak und Kuba standen. Mit dieser Geste wurde der Iran somit offiziell als feindlicher Staat eingestuft. Obwohl die USA und der Iran in der Folgezeit keinerlei diplomatischer Beziehungen unterhielten, ebte die

---

<sup>919</sup> Bayat-Philipp, Mangol: Die Beziehungen zwischen den USA und Iran seit 1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B9/2004 vom 23.02.2004, S. 36

<sup>920</sup> Tilgner, Ulrich: Zwischen Krieg und Terror. Der Zusammenprall von Islam und westlicher Politik im Mittleren Osten, München 2006, S. 59

<sup>921</sup> Pitt, William Rivers: Krieg gegen den Irak. Was die Bush-Regierung verschweigt, 6.Auflage, Köln 2003, S. 28

öffentliche Konfrontation zwischen beiden Staaten zunächst etwas ab, denn beiden Seiten verfolgten das Prinzip der Nicht-Beachtung. Insgeheim gab es jedoch hin und wieder Kontakte zwischen den vermeintlichen Feinden, bei denen es um geheime Waffenlieferungen ging, und dies, obwohl die USA gegenüber dem Iran ein Waffenembargo verhängt hatten. Hintergrund dieser geheimen Kontakte war der seit September 1980 wütende Krieg zwischen dem Irak und dem Iran. Die USA verfolgten in diesem Zusammenhang nämlich zweierlei Ziele. Mit dem von ihnen unterstützten Angriff auf den Iran erhofften sich die USA, dass das neue Regime in Teheran derart geschwächt würde, dass eine Ausbreitung der Islamischen Revolution auf den gesamten arabischen Raum verhindert werden könnte, und dass es vielleicht sogar zu einem Sturz der herrschenden Kleriker käme. Im gleichen Atemzug wollten die USA aber auch verhindern, dass Saddam Hussein zu viel Macht erlangen würde. In Anbetracht der Tatsache, dass Saddam Hussein bereits als Stellvertreter al-Bakrs enge Kontakte zur Sowjetunion unterhalten hatte und dass er von Moskau militärisch gut ausgestattet worden war, bestand durchaus die Gefahr, dass sich das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West infolge eines irakischen Sieges zu Ungunsten des Westens entwickeln könnte. Betrachtet man diese Überlegung vor dem Hintergrund, dass zur selben Zeit sowjetische Truppen in Afghanistan engagiert waren, um die dortigen Kommunisten zu unterstützen und einen weiteren außer-sowjetischen Stützpunkt zu errichten, so zeigt sich, dass der Iran-Irak-Krieg nicht bloß ein regionaler Konflikt gewesen ist, sondern ein Konflikt, der globale Dimensionen hätte annehmen können. Hätte Saddam Hussein einen verlustarmen Krieg gegen den Iran geführt, aus dem er als Sieger hervorgegangen wäre, und hätte die Sowjetunion den Krieg in Afghanistan gewonnen, so hätte sich im Mittleren Osten eine sicherheitspolitische Situation ergeben, die für den Westen, vor allem jedoch für die USA schwerwiegende Folgen hätte haben können. Insbesondere Saudi-Arabien, das zum damaligen Zeitpunkt der wichtigste Öllieferant der USA gewesen ist, wäre einer ständigen Bedrohung ausgesetzt gewesen. Dem Irak musste daher die Möglichkeit genommen werden, einen klaren Sieg zu erlangen, weshalb sich die USA, wenn auch inoffiziell, dazu durchranken, den feindlich gesonnenen Iran ebenfalls zu unterstützen, denn das Regime in Teheran, das gegen die atheistische Sowjetunion einen noch größeren Hass

hegte, als gegen den Westen, war im Grundsatz das kleinere Übel; Khomeini hätte sich zwar nie offiziell auf die Seite der USA geschlagen, er wäre aber auch niemals ein Verbündeter der Sowjetunion gewesen. Für die USA war also das oberste Gebot, dass sich beide Seiten während des Krieges wirtschaftlich, wie auch militärisch abnutzten, damit weder der Iran, noch der Irak eine dominante Rolle im Mittleren Osten einnehmen konnte. Was in diesem Zusammenhang noch erstaunlicher ist als die Politik der USA, ist das Vorgehen Israels, das sich ebenfalls an den Transaktionen militärischen Materials beteiligte.<sup>922</sup> Genauso wie die USA versuchte auch Israel die Macht Husseins einzudämmen, indem die iranische Regierung unterstützt wurde, obwohl sich die Kleriker in Teheran in der Vergangenheit immer wieder gegen den Staat Israel aufgelehnt und diesen als „kleinen Satan“ bezeichnet hatten. Mit der Hilfe Israels wurde der Iran sogar in die Lage versetzt seine hauptsächlich aus westlichen Mustern bestehende Luftwaffe mit Ersatzteilen zu versorgen. Die USA versorgten den Iran hingegen mit panzerbrechenden Waffen, um die irakischen Panzerverbände, die mit sowjetischen Panzern des Typs T-72 ausgerüstet waren,<sup>923</sup> erfolgreich abwehren zu können. Aber nicht nur die USA und Israel unterstützten den Iran, sondern auch eine Reihe von europäischen Staaten, die unentwegt Rüstungsgüter in die Golfregion entsandten. Der Irak erhielt für seinen Kampf gegen den Iran wiederum wichtige Informationen, zumeist basierend auf amerikanische Satellitenbilder,<sup>924</sup> mit deren Hilfe iranische Truppenbewegungen erfasst wurden, bzw. mit deren Hilfe Saddam Hussein chemische Waffen gegen iranische Stellungen einsetzen konnte. Weitaus dramatischer als die Versorgung mit Informationen muss im Rahmen der irakischen Militärhilfe die Lieferung von Anthrax-Erregern gewertet werden,<sup>925</sup> mit deren Hilfe der Irak ein umfassendes Biowaffenprogramm starten konnte. Gefördert von einer ganzen Reihe von Waffenlieferanten, sei es aus dem westlichen oder aus dem kommunistischen Lager, entwickelte sich der Krieg zu einem Kampf, bei dem

---

<sup>922</sup> Tilgner, Ulrich: Zwischen Krieg und Terror. Der Zusammenprall von Islam und westlicher Politik im Mittleren Osten, München 2006, S. 61

<sup>923</sup> Vgl. Ebd., S.62

<sup>924</sup> Zumach, Andreas: Einmal Schurke – immer Schurke? Der Irak seit dem Golfkrieg 1991, in: Hauswedell, Corinna; Weller, Christoph; Ratsch, Ulrich; Mutz, Reinhard; Schoch, Bruno (Hrsg.): Friedensgutachten 2003, Münster/Hamburg/London 2003, S. 80

<sup>925</sup> Tilgner, Ulrich: Zwischen Krieg und Terror. Der Zusammenprall von Islam und westlicher Politik im Mittleren Osten, München 2006, S. 63

sich weder ein Sieg für die eine noch für die andere Seite abzeichnete. Bis 1986 lief der Handel mit amerikanischen Waffen für den Iran nahezu reibungslos, allerdings führten diese Geschäfte zu inneriranischen Auseinandersetzungen zwischen denjenigen, die für die verdeckten Geschäfte waren und denjenigen, die sich dagegen aussprachen, denn diese Personen sahen darin eine wiederkehrende Abhängigkeit von den USA. Obwohl die Kontakte zwischen den USA und dem Iran Ende 1986 bekannt geworden waren, weil die Gegner dieser Treffen im Iran keine Skrupel hatten, sich öffentlich dazu zu äußern, geriet die amerikanische Regierung zunächst nicht unter Druck. Allerdings wendete sich wenig später das Blatt, als bekannt wurde, dass im Südlibanon amerikanische Staatsbürger von einer Terrorgruppe als Geiseln genommen worden waren.<sup>926</sup> Das eigentliche Problem dabei war, dass es sich dabei um eine Gruppe handelte, die massiv vom Iran unterstützt worden war, und dass es Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran gab, die die Freilassung zum Gegenstand hatten; die USA hatten jedoch stets betont, niemals mit Terroristen oder deren Förderern zu verhandeln.

Exkurs:

*Seitdem die Islamische Republik Iran existiert, haben sich die Hinweise verdichtet, dass die Regierung in Teheran, neben Libyen, zu den wichtigsten Förderern des Terrorismus zählt. Diese Förderung bezieht sich dabei vor allem auf die Ausbildung, die finanzielle sowie die materielle Unterstützung von ausländischen Terrorgruppen, wie etwa der HAMAS in den Palästinensergebieten oder aber der Hisbollah im Südlibanon. Neben diesen Gruppen, die sich dem Kampf gegen Israel verschworen haben, hat in den 80-er Jahren auch die Terrorgruppe Islamischer Dschihad einige Hilfen vom Iran erhalten. Im Gegensatz zu den erst genannten Gruppen, die sich vornehmlich auf Israel als Feind konzentrieren, handelt es sich beim Islamischen Dschihad um eine Terrororganisation, die auch westliche Einrichtungen als potentielle Anschlagziele auserkoren hat. So war der Islamische Dschihad beispielsweise für den Autobombenanschlag auf die US-Botschaft in Beirut im April 1983*

---

<sup>926</sup> Bayat-Philipp, Mangol: Die Beziehungen zwischen den USA und Iran seit 1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B9/2004 vom 23.02.2004, S. 36

*verantwortlich, bei dem 69 Menschen getötet wurden*<sup>927</sup>. *Noch im selben Jahr wurde eine weitere amerikanische Einrichtung in Beirut Opfer eines Anschlags dieser Gruppe, und zwar das Hauptquartier der, im Libanon stationierten, US-Marines. Bei diesem Anschlag verloren 241 amerikanische Soldaten ihr Leben*<sup>928</sup>. *Neben den amerikanischen Verlusten musste auch Frankreich Todesopfer beklagen, denn zeitgleich wurde in Beirut auch das Hauptquartier französischer Fallschirmspringer attackiert, wobei weitere 58 Menschen getötet worden waren*<sup>929</sup>.

Nachdem bekannt geworden war, dass sich die amerikanische Regierung hatte dazu hinreißen lassen, mit den Terroristen und dem Iran zu verhandeln, geriet die US-Administration massiv unter Druck. Aber nicht nur die Tatsache, dass verhandelt wurde, sondern vor allem der Inhalt der Verhandlungen führte fast zum Sturz der Reagan-Regierung, denn im Kern ging es darum, dass die USA im Tausch für die Geiseln, Waffen an den Iran verkaufen sollten.<sup>930</sup> Neben diesen Details, deren Bekanntgabe absolut nicht im Sinne der amerikanischen Regierung gewesen war, brachte ein weiterer Aspekt die Regierung in arge Bedrängnis. Sehr brisant und zudem gegen amerikanisches Recht verstoßend war der Zweck, wofür das aus den Waffengeschäften erzielte Geld verwendet werden sollte, nämlich für die Unterstützung der Contra-Rebellen im mittelamerikanischen Nicaragua. Da der amerikanische Kongress dem Präsidenten zuvor jedoch eindeutig verboten hatte, sich in die Belange Nicaraguas einzumischen, das heißt, die Rebellen zu unterstützen,<sup>931</sup> handelte es sich bei dem Geldtransfer nach Nicaragua um einen klaren Verstoß gegen amerikanisches Recht. Obwohl auf ein solches Vergehen in der Regel mit einem Amtsenthebungsverfahren reagiert wird, denn auch der amerikanische Präsident ist an die Gesetze und an die Beschlüsse des Kongresses gebunden, verblieb Ronald Reagan im Amt. Allerdings führte die so genannte Iran-Contra-Affäre dazu, dass sich die amerikanische Regierung von nun an vom Iran distanzierte. Als erstes wurde das Waffenkontrollgesetz verschärft, indem

---

<sup>927</sup> Hoffman, Bruce: Terrorismus – der unerklärte Krieg, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd.417, Bonn 2002, S. 254

<sup>928</sup> Vgl. Ebd.

<sup>929</sup> Vgl. Ebd.

<sup>930</sup> Bayat-Philipp, Mangol: Die Beziehungen zwischen den USA und Iran seit 1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B9/2004 vom 23.02.2004, S. 36

<sup>931</sup> Vgl. Ebd.

man den Verkauf von Waffen an Terrorismus unterstützende Staaten grundsätzlich unter Verbot stellte;<sup>932</sup> die Folge war, dass sämtliche Waffenlieferungen in Richtung Teheran umgehend gestoppt wurden. Für den Iran, der auf amerikanische Waffen angewiesen war, bedeutete dies eine Schwächung der eigenen Wehrkraft, mit der Folge, dass der Iran im Kampf gegen seinen Nachbarn in die Defensive gedrängt wurde. Die Lage des Iran wurde daraufhin noch weiter erschwert, indem die USA Sanktionen verhängten, die sich auf die Einfuhr von iranischen Waren und Öl bezogen; der Iran wurde somit nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich geschwächt. Massiv unter Druck geriet Teheran allerdings erst, als sich die USA ganz offen auf die Seite des Irak schlugen und sogar aktiv in den Krieg eingriffen. Hervorgerufen wurde dies durch den Beschuss eines amerikanischen Kriegsschiffes durch die irakische (!) Luftwaffe, bei dem 37 amerikanische Soldaten getötet wurden.<sup>933</sup> Die irakische Seite bekundete kurze Zeit später, dass es sich hierbei um ein Versehen gehandelt hätte, und dass dieses „Missgeschick“ der irakischen Regierung sehr Leid täte. Obschon es sich hierbei offensichtlich nicht um eine ernst gemeinte Entschuldigung handelte, blieb der Angriff auf das Schiff folgenlos für den Irak. Grund für das Ausbleiben einer amerikanischen Racheaktion war die Aussage des Irak, dass im Grunde genommen der Iran daran schuld gewesen wäre, da Teheran Krieg gegen den Irak führte. Ungeachtet der Tatsache, dass der Irak den Krieg begonnen hatte, schwenkten die USA alsbald auf die Linie des Irak ein. So kam es, dass iranische Ziele für den amerikanischen Vergeltungsschlag ausgesucht worden waren, und zwar solche, die für den Iran von besonderer Wichtigkeit gewesen sind, wie zum Beispiel Anlagen der iranischen Ölindustrie. Diese harte anti-iranische Haltung der USA, die sich binnen weniger Monate entwickelt hatte bzw. zum Vorschein gekommen war, mündete im Frühjahr 1988 sogar darin, dass irakische Soldaten im Kampf gegen die Iraner von amerikanischen Einheiten aktiv unterstützt wurden.<sup>934</sup> Davon ausgehend, dass der Krieg, der nun schon ins achte Jahr ging, verheerende Zerstörungen mit sich gebracht hatte, ohne dass die USA zuvor in

---

<sup>932</sup> Tilgner, Ulrich: Zwischen Krieg und Terror. Der Zusammenprall von Islam und westlicher Politik im Mittleren Osten, München 2006, S. 63

<sup>933</sup> Vgl. Ebd., S. 64

<sup>934</sup> Vgl. Ebd., S. 65

den Konflikt eingegriffen hatten, sahen sich die Führer des Iran nun in ihrer Macht gefährdet, sollte der Krieg noch längere Zeit andauern. Aus der Angst heraus, dass der Iran vernichtend geschlagen würde, da der Iran militärisch und wirtschaftlich am Boden lag<sup>935</sup> und dass die Folge einer solchen Niederlage, der Untergang der Islamischen Republik wäre, sah sich Khomeini am 20.07.1988<sup>936</sup> genötigt einem Waffenstillstand zu zustimmen, der zuvor von der UN ausgearbeitet worden war. Zwar wurde durch den Waffenstillstand die Herrschaft der Kleriker gerettet, jedoch gingen der lange Krieg und der ausgebliebene Sieg nicht spurlos an der iranischen Führung vorüber. Glaubte Khomeini noch zu Beginn seiner Herrschaft, er könnte alle Muslime in der islamischen Welt unter dem Deckmantel der Islamischen Revolution vereinen, so musste er sich nun eingestehen, dass dies so ohne weiteres nicht möglich war. Die geistlichen Führer hatten nämlich in jeder Art und Weise an Glaubwürdigkeit und Macht verloren, da zum einen die von ihnen erhoffte Ausbreitung der Islamischen Revolution im Irak ausblieb, und zum zweiten, weil sie auch innerhalb der iranischen Bevölkerung an Ansehen verloren hatten, da der Krieg mit vielen Opfern und Zerstörungen beendet worden war. Ohne sich selbst für die desolate Lage verantwortlich zu machen, sah Khomeini in seiner starren Ideologie nur einen Verantwortlichen für das Scheitern seiner außeriranischen Revolution, und zwar die USA, die es gewagt hatten, den gottlosen Saddam Hussein zu unterstützen. Geführt von Hass auf die Amerikaner und die westliche Kultur und gestärkt vom Gedanken, einen neuen Versuch zu starten die iranische Ideologie in die Welt hinaus zu tragen, wurde bald eine Person auserwählt, die zum Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung werden sollte, Salman Rushdie. Salman Rushdie, geboren 1947 in Bombay,<sup>937</sup> war zwar Moslem, aber einer, der sich sehr kritisch mit seiner Religion auseinandergesetzt hatte. Im Zuge seiner kritischen Haltung zum Islam schrieb er Mitte 1988 ein Buch, das den Islam in seiner ganzen Breite massiv kritisierte. Khomeini witterte nach dem Ende des Krieges darin die Möglichkeit seiner Ideologie neuen Schwung zu verleihen, national, aber

---

<sup>935</sup> Fürtig, Henner: Liberalisierung als Herausforderung: Wie stabil ist die Islamische Republik Iran?, Berlin 1996, S. 53

<sup>936</sup> Buchta, Wilfried: Die iranische Schia und die islamische Einheit 1979-1996, Hamburg 1997, S.89

<sup>937</sup> Von Schönborn, Felizitas: Aus „Annemarie Schimmel-Spiegelungen des Islam“, in: SPEKTRUM IRAN, Zeitschrift für islamisch-iranische Kultur, 16.Jahrgang 2003 Heft 1, hrsg. von der Kulturabteilung der Botschaft der Islamischen Republik Iran, Berlin 2003, S.154

vor allem international. Indem er das Buch von Rushdie scharf angriff und das Werk als die „Satanischen Verse“<sup>938</sup> titulierte, mobilisierte er weltweit Anhänger, die sich ebenfalls gegen das Werk auflehnten. Als er im Februar 1989 sogar so weit ging und eine Fatwa erließ, in dem er Rushdie zum Tode verurteilte und er sogar ein Kopfgeld auf seine Ermordung ausschrieb, kam es weltweit zu Demonstrationen gegen den Autor.<sup>939</sup> Hinter der Aktion Khomeinis stand der Versuch, die zunächst gescheiterte Vereinigung aller Muslime doch noch in Gang zu bringen, wobei es ihm insbesondere darum ging die sunnitischen Moslems auf seine Linie einzuschwören. Neben dem Versuch die umma doch noch zu erreichen, erhoffte sich Khomeini auch, dass sich andere, bis dahin westlich orientierte, islamische Staaten, seiner anti-westlichen Ideologie anschließen würden, was jedoch nicht realisiert werden konnte. Die Herausgabe der Fatwa führte schlussendlich nur dazu, dass sich das Verhältnis zwischen dem Iran und dem Westen als ganzes noch weiter verschlechterte. Hatten bis zur Bekanntgabe der Fatwa die europäischen Staaten eine noch eher gemäßigte Haltung gegenüber dem Iran eingenommen, so waren nun auch sie gezwungen, zu handeln. Als Reaktion auf den öffentlichen Mordaufruf wurden sämtliche Botschafter der Europäischen Gemeinschaft für unbestimmte Zeit aus Teheran abgezogen.

#### 4.3.3.2 Der Iran unter Präsident Rafsanjani

Als wenige Monate nach der Bekanntgabe der Fatwa Ayatollah Khomeini starb und Ayatollah Khamenei zu seinem Nachfolger gewählt wurde, keimte im Westen die Hoffnung, dass die neue Führung eine weniger konfrontative Politik betreiben würde. Und in der Tat schien es, als würde dies auch geschehen, denn der ebenfalls neu ins Amt gewählte Präsident Rafsanjani begann unmittelbar nach seinem Antritt eine Politik der Annäherung. Während sich schon kurz nach dem Ende des Krieges westliche Wirtschaftsvertreter im Iran vorstellig machten, um sich am Wiederaufbau des Iran zu beteiligen,<sup>940</sup> startete der Iran erst unter der neuen Führung eine wahre

---

<sup>938</sup> Von Schönborn, Felizitas: Aus „Annemarie Schimmel-Spiegelungen des Islam“, in: SPEKTRUM IRAN, Zeitschrift für islamisch-iranische Kultur, 16.Jahrgang 2003 Heft 1, hrsg. von der Kulturabteilung der Botschaft der Islamischen Republik Iran, Berlin 2003, S.154

<sup>939</sup> Vgl. Ebd., S.153

<sup>940</sup> Fürtig, Henner: Liberalisierung als Herausforderung: Wie stabil ist die Islamische Republik Iran?, Berlin 1996, S. 54

Annäherungsoffensive im gesamten Golfraum. Getrieben von der Notwendigkeit die Kriegsschäden im Iran schnellstmöglich vergessen zu machen und den wirtschaftlichen Aufschwung voranzutreiben, musste die neue iranische Regierung auch eine neue Politik betreiben, denn ein wirtschaftlicher Aufschwung war nur dadurch zu erreichen, dass der Iran wieder ungehindert Öl exportieren konnte. Hierzu mussten jedoch die Beziehungen zu den OPEC-Partnern in der Golfregion wieder verbessert werden, denn diese hatten sich zwischenzeitlich stark vom Iran distanziert, weil sie sich gegen das Credo Khomeinis, die Islamische Revolution (unter Führung des Iran) in die Welt hinaus tragen zu wollen, gewehrt hatten. Von besonderer Wichtigkeit war in diesem Zusammenhang vor allem das Verhältnis zwischen Iran und Saudi-Arabien,<sup>941</sup> da sich zwischen beiden Staaten eine starke, hauptsächlich religiös begründete, Konkurrenz und ein beachtliches Potential an Misstrauen entwickelt hatte. Entgegen den iranischen Vorstellungen fanden jedoch zunächst nur sehr zögerliche Kontakte statt, die meist nur auf Botschaferebene abgehalten wurden. Die Besetzung Kuwaits durch den Irak im August 1990 sollte dies jedoch sehr rasch ändern, da sich durch die aggressive Politik Saddam Husseins ein neues Bedrohungsszenario präsentierte, das die Sicherheit Irans, als auch Saudi-Arabiens gefährdete. Im Bewusstsein des Ausspruchs „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“<sup>942</sup>, wurde beiden Staaten schnell klar, dass es nun an der Zeit sei die Beziehungen wieder zu verbessern, denn eine andauernde Rivalität hätte mitunter den Machtansprüchen Husseins in die Hände gespielt, da dieser auch nach der Niederlage gegen die Alliierten Streitkräfte im Frühjahr 1991 noch immer destabilisierend auf die Golfregion einwirkte. Saudi-Arabien hoffte seinerseits mit der Partnerschaft zum Iran über einen Verbündeten gegen Hussein zu verfügen, während der Iran sich wirtschaftliche Vorteile und die Stärkung der eigenen Position erhoffte. Aber nicht nur die Beziehungen zu Saudi-Arabien wurden verbessert, sondern auch die Beziehungen zum Oman, zu Bahrain, Dubai und zu den Vereinigten Arabischen Emiraten, wobei dieses Verhältnis kurzzeitig dadurch getrübt worden ist, als iranische Truppen im Jahr 1992 die Insel Abu Musa im Persischen Golf besetzten, die bis dahin einer gemeinsamen

---

<sup>941</sup> Fürtig, Henner: Liberalisierung als Herausforderung: Wie stabil ist die Islamische Republik Iran?, Berlin 1996, S. 55

<sup>942</sup> Vgl. Ebd.

Verwaltung von Iran und den VAE unterstellt war.<sup>943</sup> Neben der Verbesserung der Beziehungen zu den Golfstaaten kam es unter Rafsanjani auch zu einer deutlichen Verbesserung der Beziehungen zur Türkei, zu Pakistan und zu Russland. Im Gegensatz zu diesen außenpolitischen Erfolgen, die der Iran nach dem Tod Khomeinis vorzuweisen hatte, konnte der Iran seine Beziehungen zum Westen hingegen nur minimal verbessern, und dies auch nur in Bezug auf die europäischen Staaten. Das Verhältnis zu den USA war trotz des augenscheinlichen Wandels der iranischen Außenpolitik nach wie vor durch Missachtung und Feindschaft gekennzeichnet und dies lag vor allem an der iranischen Regierung, denn diese hatte sich die „doppelte Außenpolitik“ bei den USA zum Vorbild genommen. Während die offizielle Politik Rafsanjanis darin bestand, die Beziehungen zu seinen Nachbarn und zu einer Reihe asiatischer Staaten zu verbessern, avancierte der Iran immer mehr zu einem Terrorstaat, denn unter der Führung Rafsanjanis kam es zu einer Vielzahl von Ermordungen politischer Gegner der Islamischen Republik Iran. Zu nennen sind hier die Ermordung des letzten Schah-Ministerpräsidenten Schapour Bakhtiar im August 1991 in Paris;<sup>944</sup> die Ermordung kurdischer Oppositionspolitiker im Berliner Restaurant Mykonos 1992<sup>945</sup>, weshalb das Verhältnis auch zur BRD lange Zeit angespannt war und die Ermordung von Kazem Rajawi, einem hochrangigen Vertreter der iranischen Volksmudschaheddin im Jahr 1990. Neben diesen eher prominenten Opfern des Terror-Regimes gab es auch noch viele gezielte Ermordungen weniger bekannter Regime-Gegner. Auch die öffentliche Erhöhung der Belohnung für die Ermordung Salman Rushdies war Teil der „zweiten“ Außenpolitik Rafsanjanis. Obwohl davon ausgegangen werden kann, dass die USA von vornherein kein Interesse daran gehabt hatten, die Beziehungen zum Iran zu verbessern, so verschaffte Rafsanjani den USA mit seinen Terrormethoden einen weiteren Grund dafür, die politische und wirtschaftliche Isolation des Iran zu vertiefen. Beschränkte sich die amerikanische Iran-Politik zunächst darauf, dass Präsident Bush sen. 1992 das Waffenexportverbot von 1987 bestätigte, dieses Mal jedoch unter der Einbeziehung von Waren, die sowohl

---

<sup>943</sup> [www.arenion.de/iranc.html](http://www.arenion.de/iranc.html), abgerufen am 02.01.2007 um 18:02 Uhr

<sup>944</sup> Khosrozadeh, Behrouz: Demokratie und Zivilgesellschaft in Okzident und Orient. Eine vergleichende Studie. Der islamische Orient: Das Fallbeispiel Iran, Berlin 2003, S.222

<sup>945</sup> Nirumand, Bahman: Iran. Die drohende Katastrophe, Köln 2006, S.91

zivil als auch militärisch genutzt werden konnten, so begann die Clinton-Regierung im Jahr 1993 mit einer regelrechten Anti-Iran-Kampagne. Die vorerst noch erlaubten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Iran und amerikanischen Unternehmen wurden daraufhin am 30. April 1995 ebenfalls verboten,<sup>946</sup> da sich zu Beginn der 90er Jahre ein reger Handel zwischen beiden Staaten entwickelt hatte, der einem wesentlichen Ziel der amerikanischen Administration entgegenlief, nämlich den Sturz der klerikalen Führung im Iran und die Installation einer neuen Regierung. Die von der Regierung Clinton ins Leben gerufene Politik, die sich allerdings nicht nur auf die Isolation Irans, sondern auch auf die Isolation des Irak bezog, wurde offiziell als Politik des „dual containment“<sup>947</sup> bezeichnet. Im Gegensatz zum Irak, der aufgrund der UN-Sanktionen einem weltweitem Handelsembargo unterlag, handelte es sich im Falle des Iran um eine einseitige Embargo-Maßnahme, da sich die europäischen Staaten nicht an die amerikanischen Aktionen gebunden fühlten. Die Folge war, dass die Europäer weiterhin Handel mit dem Iran betrieben und europäische Firmen Geld verdienten, wohingegen amerikanische Firmen vom iranischen Markt ausgeschlossen wurden. Im Ergebnis bedeutete dies zum einen, dass die Strafmaßnahmen gegen den Iran folgenlos blieben, und zum zweiten, dass die Aktion lediglich dazu geführt hatte, dass amerikanischen Firmen eine potentielle Einnahmequelle entzogen wurde; die US-Konzerne waren also die Leidtragenden und nicht der Iran. Vor diesem Hintergrund weitete die amerikanische Regierung im Jahr 1996 ihre Anti-Iran-Kampagne dahingehend aus, dass der Präsident per Gesetz ermächtigt wurde, alle Firmen und Personen zu bestrafen, die mehr als 20 Mio. US-Dollar im Iran investieren;<sup>948</sup> einen besonders herben Beigeschmack hatte dieses Gesetz allerdings dadurch erhalten, dass sich die Möglichkeit für Strafaktionen nicht nur auf amerikanische Firmen beschränkte, sondern auch auf Firmen anderer Staaten, was international natürlich negativ aufgenommen wurde. Obwohl die Androhung von Strafmaßnahmen seitens der USA weltweit zur Kenntnis genommen wurde, änderte sich nichts am Verhalten der Europäer und anderer

---

<sup>946</sup> Bayat-Philipp, Mangol: Die Beziehungen zwischen den USA und Iran seit 1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B9/2004 vom 23.02.2004, S. 37

<sup>947</sup> Vgl. Ebd.

<sup>948</sup> Tilgner, Ulrich: Zwischen Krieg und Terror. Der Zusammenprall von Islam und westlicher Politik im Mittleren Osten, München 2006, S. 67

Geschäftspartner des Iran. Zwar konnte sich die iranische Führung auch weiterhin darauf verlassen mit eben jenen Staaten Handeln zu betreiben, jedoch wusste sie auch, dass eine merkliche wirtschaftliche und politische Erholung des Landes nur dadurch Zustande kommen kann, wenn sie die Beziehungen zu den USA verbesserten. Obschon es seitens des Iran immer wieder versucht worden war, mit den USA wieder in direktem Kontakt zu treten, scheiterten sämtliche Annäherungsversuche letztenendes daran, dass die USA eine Reihe von Bedingungen gestellt hatten, die der Iran zuerst erfüllen sollte, bevor eine Normalisierung der Beziehungen in Angriff genommen werden könnte. Zu den wichtigsten Bedingungen gehörten die Beendigung der Unterstützung von Terroristen, die Beendigung der eigenen Terrorakte sowie die Anerkennung Israels und die Unterstützung des Nah-Ost-Friedensprozesses.<sup>949</sup> Darüber hinaus forderten die USA den Iran auch auf, sämtliche Versuche zu unterlassen Massenvernichtungswaffen herzustellen oder zu erwerben und keine militärische Aufrüstung zu betreiben. Da sich der Iran jedoch weigerte, die Bedingungen zu erfüllen, kam es unter der Regierung Rafsanjani zu keiner Annäherung. Da die extrem ablehnende Haltung des Iran in Bezug auf den Nah-Ost-Friedensprozess sogar Unmut in der arabischen Welt hervorrief, die zwar vorwiegend auch eher feindlich gegenüber dem Staat Israel eingestellt ist, jedoch daran interessiert ist, die Region zu stabilisieren, konnte Rafsanjani auch in seiner unmittelbaren Nachbarschaft keine nennenswerten außen- und wirtschaftspolitischen Erfolge erzielen. Auch der Handel mit den europäischen Staaten befand sich zu diesem Zeitpunkt auf einem recht geringen Niveau. Präsident Rafsanjani hat es also während seiner Amtszeit nicht geschafft die internationale Stellung des Iran merklich zu verbessern, obwohl es in der ersten Jahren seiner Amtszeit danach aussah, dass er eine neue Politik betreiben würde, zumal er sich offen von der Ausbreitung der Islamischen Revolution in die Welt losgesagt hatte. Anstatt sich dem Westen und hier vor allem den USA zu öffnen, hat er mit seiner Politik nur dazu beigetragen, dass sich der Iran zu einem Terrorstaat entwickelt hat, wodurch die internationale Isolation nur noch verstärkt wurde.

Neben ihrer misslungenen Außenpolitik muss die Regierung Rafsanjani auch innenpolitisch als gescheitert betrachtet werden, da sie es nicht geschafft hat,

---

<sup>949</sup> Bayat-Philipp, Mangol: Die Beziehungen zwischen den USA und Iran seit 1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B9/2004 vom 23.02.2004, S. 37

den Iran, der seit der Islamischen Revolution 1979 gekennzeichnet war von Zerstörung und Chaos, in einen stabilen Staat zu verwandeln. Weder wirtschaftlich, noch innenpolitisch kann der Iran in der Ära Rafsanjani als stabiles System gewertet werden. Als besondere Probleme für die Stabilität des Iran haben sich vor allem die internationale Isolation und die Folgen des Krieges erwiesen, da die großflächig zerstörten Ölindustrieanlagen sowie weitere Bereiche der Infrastruktur nur sehr mühsam, meist jedoch gar nicht wieder aufgebaut werden konnten, weshalb die Staatseinnahmen des Iran fortlaufend niedrig blieben. Daran änderte sich auch nichts, als die Ölpreise kurzzeitig stiegen, wodurch die Einnahmen nur für einen sehr begrenzten Zeitraum gesteigert werden konnten.<sup>950</sup> Die Folge war, dass viele Subventionen gestrichen werden mussten, die für viele Betriebe jedoch wichtig waren, um die jeweils benötigten Rohstoffe und Materialien im Ausland zu erwerben; viele dieser Betriebe mussten geschlossen werden.<sup>951</sup> Gefördert wurde diese Entwicklung auch dadurch, dass es kaum ausländische Investitionen gab, was einerseits daran lag, dass es kaum Investoren gab, die es wagten im Iran zu investieren<sup>952</sup> und andererseits, weil die iranische Verfassung strenge Auflagen für derartige Geschäftsbeziehungen vorsah. Zwar konnten hiervon auch einige, kleinere Privatunternehmen profitieren, insbesondere diejenigen, die Produkte anboten, die zuvor im Ausland erworben wurden, jedoch konnte dies dem allgemeinen Trend nicht entgegenwirken. Es entwickelte sich eine neuen Armenschicht, die sich gegen die Herrschenden auflehnten. Stellvertretend für den Unmut in der Bevölkerung steht das Jahr 1992, als sich die Regierung in Teheran einer Reihe von Aufständen entgegenstellen musste, die nur mit Gewalt niedergeschlagen werden konnten. Der Protest der Aufständischen richtete sich damals vor allem gegen die Armut und gegen die Unfähigkeit der Regierung dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen. Auch die Versuche der Regierung die Staatseinnahmen durch den Verkauf von Devisen zu erhöhen, schlugen fehl, da sich der Wert der iranischen Währung gegenüber anderen Währungen stetig verschlechterte.<sup>953</sup> Die Folge waren eine stetig steigende Inflationsrate und eine stetig sinkende Kaufkraft in der iranischen

---

<sup>950</sup> Khosrozadeh, Behrouz: Demokratie und Zivilgesellschaft in Okzident und Orient. Eine vergleichende Studie. Der islamische Orient: Das Fallbeispiel Iran, Berlin 2003, S.230

<sup>951</sup> Vgl. Ebd., S.230/231

<sup>952</sup> Vgl. Ebd., S.231

<sup>953</sup> Vgl. Ebd., S.230

Bevölkerung. Sämtliche Güter, die der Iran zu jener Zeit aus dem Ausland importiert hatte, wurden dermaßen teuer, dass sich kaum noch jemand derartige Waren leisten konnte. Die iranische Wirtschaft lag in der Amtszeit Rafsanjanis de facto am Boden, weshalb auch die Anerkennung der Regierung innerhalb der Bevölkerung sehr niedrig war. Aus dem Frust heraus, dass zwar westliche Güter angeboten wurden, diese jedoch unerschwinglich waren und enttäuscht vom iranischen System als Ganzes, entstand vielerorts, insbesondere in den jüngeren Bevölkerungsschichten, der Wunsch nach einer grundlegend neuen und wesentlich freieren Politik, bei der nicht mehr die religiösen Vorschriften im Mittelpunkt standen. Ungeachtet der Tatsache, dass sich die Regierung Rafsanjanis Terrorismethoden zu eigen gemacht hatte, um so politische Gegner auszuschalten, muss jedoch ganz klar gesagt werden, dass es unter Rafsanjani zu einer, wenn auch sehr zögerlichen, Liberalisierung in vielen gesellschaftlichen und politischen Bereichen gekommen war. So bestand sein Kabinett nicht nur aus streng Gläubigen, sondern auch aus Personen, die eine pragmatische Denkweise verfolgten, die sich von der radikalen Ideologie Khomeinis gelöst hatten. Dies zeigte sich vor allem darin, dass sich Rafsanjani nicht mehr zum Ziel gemacht hatte, die Islamische Revolution in die Welt hinauszutragen, weshalb es ihm auch gelang die Beziehungen zu seinen Golfnachbarn ein wenig zu verbessern. Auch innerhalb des Iran sorgte er für liberale Ansätze, indem einerseits Printmedien erlaubt wurden,<sup>954</sup> die sich auch regime-kritisch äußerten und andererseits durch die Erlaubnis Unterhaltungsmusik zu hören.<sup>955</sup> Auch die Lockerung der ansonsten sehr strengen Kleidungs Vorschriften für Frauen verdeutlichten seinen Drang den Iran zu liberalisieren.<sup>956</sup> Dieser Politik standen jedoch die mächtigen Kleriker entgegen, die sich schon gegen die Öffnung des Iran für seine Golfnachbarn ausgesprochen hatten. Aber nicht nur die außenpolitische Öffnung war den klerikalen Hardlinern ein Dorn im Auge, sondern auch die „Reförmchen“ im Inneren, sodass Rafsanjani immer darauf achten musste, dass er nicht gestürzt würde. Rafsanjani befand sich also immer auf der Gratwanderung zwischen den klerikalen Vorgaben und dem Bedürfnis der Bevölkerung. Da Rafsanjani

---

<sup>954</sup> Nirumand, Bahman: Iran. Die drohende Katastrophe, Köln 2006, S.94

<sup>955</sup> Khosrozadeh, Behrouz: Demokratie und Zivilgesellschaft in Okzident und Orient. Eine vergleichende Studie. Der islamische Orient: Das Fallbeispiel Iran, Berlin 2003, S.224

<sup>956</sup> Vgl. Ebd.

jedoch als Macht liebender Mensch bekannt war, blieb ihm schlussendlich nichts anderes übrig, als sich der mächtigen klerikalen Obrigkeit zu beugen. Der iranischen Regierung gelang es daher nicht, seine Politik grundlegend zu ändern, sondern lediglich ein wenig zu modifizieren, denn der Druck, der von den strengen Khomeini-Anhängern ausging, war zu diesem Zeitpunkt einfach noch zu groß für weitere Experimente. Im Grundsatz war der Iran das geblieben, was er nach Khomeini auch sein sollte, ein Staat, in dem sich das alltägliche Leben nach den Geflogenheiten des Islam richtet, und in dem die Religion das alles entscheidende Machtzentrum darstellt. Dass dies jedoch nicht mehr die einhellige Meinung des Volkes war, sollten die geistlichen Führer bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1997 feststellen.

#### 4.3.3.3 Der Iran unter Präsident Khatami – Reformen ohne Macht

Obwohl Rafsanjani seine wenigen Reformversuche nur sehr zaghaft durchsetzen konnte, kam es seit Mitte der 90er Jahre zu einem gesellschaftlichen Umdenken, denn die Bevölkerung hatte gemerkt, dass das vorherrschende System nicht in der Lage war, das zu halten, was Khomeini einst versprochen hatte: Wohlstand und Zufriedenheit. Die wirtschaftliche Situation und der Drang der jüngeren Gesellschaftsschichten nach mehr Freiheit hatten im Jahr 1997 zur Folge, dass sich das Volk bei den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr klar gegen die konservativen Anhänger des klerikalen Absolutismus entschieden hat. Die Wahl Mohammad Khatamis zum neuen iranischen Präsidenten war der Beweis dafür, dass das iranische Volk nicht mehr kritiklos mit dem Klerus umzugehen bereit war, sondern nun den Anspruch erhob, dass tief greifende Veränderungen im Land vollzogen würden. Khatami, der seinerzeit schon unter Rafsanjani einen Ministerposten bekleidet hatte, wurde gewählt, weil er die Probleme des Landes augenscheinlich verstanden hatte und seine Politik eben auf jene konkreten Probleme ausgerichtet hatte. Zwar war Khatami zu jener Zeit derjenige Politiker im Iran, der den Wünschen und Vorstellungen der Bevölkerung am ehesten entsprach, da er sich unter anderem für Pressefreiheit, für die Loslösung von Gewalt als Mittel zur Problembehebung und für die Errichtung pluralistischer Strukturen einsetzte, dennoch hatte Khatami nie einen Hehl

daraus gemacht, dass er fest zur iranischen Verfassung stand.<sup>957</sup> Er wollte weder den Staat von seinem mächtigen Klerus befreien, noch eine Demokratie errichten, sondern lediglich die gesellschaftlichen Bedingungen derart verändern, dass das Volk innerhalb der Verfassung der Islamischen Republik mehr Rechte erhielt.<sup>958</sup> So kam es, dass Präsident Khatami eine ganze Reihe von Neuerungen im Iran einführte, obwohl er, genauso wie sein Vorgänger Rafsanjani, regelmäßig von der geistlichen Obrigkeit unter Druck gesetzt und in seinen Reformvorhaben behindert wurde. Dennoch zeigten sich unter der Führung Khatamis einige innenpolitische und gesellschaftliche Reformen, die den Iran in einem neuen Licht erscheinen ließ. Zu den wichtigsten Reformen, die Khatami durchsetzen konnte, gehörte einerseits das Abhalten von Kommunalwahlen, wodurch die klerikale Zentralregierung auf zweierlei Weise geschwächt wurde; zum einen verlor die Zentralregierung dadurch an Einfluss, dass die regionale Bevölkerung nun selber über ihre direkte Verwaltung bestimmen konnte und zum zweiten dadurch, dass bei den ersten Wahlen Reformpolitiker eindeutig als Sieger hervorgingen.<sup>959</sup> Des Weiteren sagte sich Khatami davon los, politische Gegner systematisch zu verfolgen und zu töten, denn unter Khatami kam es erstmals dazu, dass Angehörige einer offiziellen Institution vor Gericht gestellt wurden, nachdem diese politische Gegner getötet hatten. Nicht nur dies sollte dazu beitragen, dass der Iran allmählich den Ruf eines Rechtsstaates erhielt, sondern auch das neue Prozedere im iranischen Justizsystem, das es Angeklagten nun ermöglichte sich selbst vor Gericht zu verteidigen bzw. sich verteidigen zu lassen. Als weiteres Ziel seiner Reformpläne benannte Khatami die Reform der eng begrenzten Meinungsfreiheit im Iran. In diesem Zusammenhang lockerte er die Pressefreiheit, weshalb innerhalb kurzer Zeit einige regimekritische Zeitschriften veröffentlicht wurden, in denen das System in ungekannter Weise scharf kritisiert wurde. Auch die Lockerung des Versammlungsrechts und die Möglichkeit zur Gründung von Parteien waren in der ersten Amtszeit kennzeichnend für die Innenpolitik Khatamis.<sup>960</sup> Während die offizielle Regierung in den Jahren 1997 bis 2001 versuchte, den Iran zu reformieren,

---

<sup>957</sup> Nirumand, Bahman: Iran. Die drohende Katastrophe, Köln 2006, S.114

<sup>958</sup> Khosrozadeh, Behrouz: Demokratie und Zivilgesellschaft in Okzident und Orient. Eine vergleichende Studie. Der islamische Orient: Das Fallbeispiel Iran, Berlin 2003, S.235

<sup>959</sup> Vgl. Ebd., S. 239

<sup>960</sup> Vgl. Ebd., S.240/241

wuchs innerhalb des Klerus die Furcht vor einer zu starken anti-klerikalen Stimmung im Volk. Um dieser Stimmung entgegenzuwirken, nutzen die Kleriker jede Möglichkeit die ohnehin schon sehr überschaubare Macht des Präsidenten noch weiter zu schwächen. So wurden beispielsweise die oben bereits erwähnten Morde an Oppositionellen von den klerikal geführten Sicherheitsbehörden in Auftrag gegeben.<sup>961</sup> Wie machtlos Khatami in Wirklichkeit war, sah man auch daran, dass andere Regierungsstellen, auf die der Präsident nur bedingt Einfluss hatte, dafür sorgten, dass extrem regime-kritische Zeitungen wieder verboten und Demonstrationen von Studenten nicht-klerikaler Universitäten blutig niedergeschlagen wurden.<sup>962</sup> Obwohl Khatami sicherlich nicht mit dieser Vorgehensweise einverstanden gewesen war, stellte er sich in der Öffentlichkeit demonstrativ hinter die Niederschlagung, wodurch er massiv an Glaubwürdigkeit bei seinen Wählern verlor. Trotz des Vertrauensverlustes, den Khatami im Volk durch seine Parteinahme bei den Demonstrationen für die Konservativen hinnehmen musste, kam es bei den Parlamentswahlen 2000 zu einem eindeutigen Sieg des Reformlagers.<sup>963</sup> In der Hoffnung, dass er nun seine Reformen durchsetzen konnte, denn das bisherige Parlament bestand hauptsächlich aus Konservativen, musste Khatami auch hier bald einsehen, dass seine Macht und die Macht des Parlaments nicht ausreichte. So wurden unter anderem Gesetze, die sich auf die Pressefreiheit bezogen entweder durch den Wächterrat oder durch den Islamischen Führer abgelehnt.<sup>964</sup> Auch die Justiz, die Teil der Khatami-Reformen gewesen war, litt unter dem starken Einfluss des Klerus, da immer mehr „Prozesse“ von Einrichtungen durchgeführt wurden, auf die der Präsident keinen Einfluss hatte. Während Khatamis Reformversuche schon in seiner ersten Amtszeit als gescheitert betrachtet werden mussten, so verstärkte sich dieses Bild erst Recht in der zweiten Amtszeit, da er nicht nur in Bezug auf die innenpolitischen Reformen gescheitert war, sondern auch im Bereich der Wirtschaft, denn diese wurde von Khatami lange Zeit vernachlässigt. Zwar gelang es dem Iran durch gestiegene Ölpreise zur Jahrtausendwende die

---

<sup>961</sup> Im Jahr 1998 wurden in Iran eine Vielzahl von Regime-Kritikern, Schriftstellern und oppositionellen Politikern durch den iranischen Geheimdienst getötet. Diese Mord-Serie ist auch bekannt unter dem Namen „Kettenmorde“. Vgl. hierzu: Nirumand, Bahman: Iran. Die drohende Katastrophe, Köln 2006, S.116/117

<sup>962</sup> Nirumand, Bahman: Iran. Die drohende Katastrophe, Köln 2006, S.117

<sup>963</sup> [www.areion.de/iranc.html](http://www.areion.de/iranc.html), abgerufen am 02.01.2007 um 18:02 Uhr

<sup>964</sup> Nirumand, Bahman: Iran. Die drohende Katastrophe, Köln 2006, S.117

Inflationsrate und die Auslandsverschuldung zu reduzieren,<sup>965</sup> jedoch blieben wichtige Maßnahmen zur Rehabilitation der Wirtschaft aus. Weder konnten die Arbeitslosenzahl gesenkt und der Wohlstand erhöht werden, noch gelang es dem Iran wichtige Kriterien für die Vollmitgliedschaft der WTO zu erfüllen,<sup>966</sup> was letztenendes daran lag, dass dieser Bereich noch immer von den konservativ-klerikalen Kräften beherrscht wurde, die kaum bereit waren dem Westen, der die WTO beherrschte, Eingeständnisse zu machen bzw. deren Forderungen zu erfüllen.

Das Scheitern der Reformen und die nach wie vor desolante Lage der Wirtschaft führten dazu, dass Präsident Khatami immer mehr an Ansehen im Volk und an Macht im politischen System des Iran verlor. Wie groß die Enttäuschung im Volk war, wurde kurze Zeit später sichtbar, als, bedingt durch die geringe Wahlbeteiligung, die Kommunalwahlen im Jahr 2003 zu Gunsten der Konservativen ausfielen und die Reformer erstmals herbe Rückschläge hinnehmen mussten.<sup>967</sup> Die konservativen Politiker, die sich bis dato bereits erfolgreich gegen die Reformen Khatamis wehren konnten, sahen sich nun in der Position die Politik des Landes wieder voll und ganz auf die traditionelle Linie der Islamischen Republik auszurichten. Um sich diesem Ziel zu nähern wurden im Jahr 2004 im Vorfeld der Parlamentswahlen rund 2.000 Kandidaten vom Wächterrat „aussortiert“, die eine zu reformatorische Politik verfolgten. Die Folge war, dass sich die Mehrheiten im Parlament wieder umkehrten und die Konservativen wieder die Überhand gewannen. Zwar kam es nach der Entscheidung des Wächterrates zu massiven Protesten gegen dessen Willkür-Politik, jedoch konnten die Protestierenden nichts an der Entscheidung ändern. Mit über 200 Sitzen der insgesamt 290 Plätze im iranischen Parlament hatten die Konservativen die Mehrheit zurückerobert, wenn auch mit dubiosen Mitteln. Getrieben von dem Bedürfnis, nun auch das Präsidentenamt wieder in den Händen eines gottestreuen und loyalen Mannes zu sehen, begann der Wächterrat alsbald mit den Vorbereitungen der Präsidentschaftswahlen, die für Juni 2005 angesetzt waren.

---

<sup>965</sup> Khosrozadeh, Behrouz: Demokratie und Zivilgesellschaft in Okzident und Orient. Eine vergleichende Studie. Der islamische Orient: Das Fallbeispiel Iran, Berlin 2003, S. 244

<sup>966</sup> Vgl. Ebd., S. 247

<sup>967</sup> Nirumand, Bahman: Iran. Die drohende Katastrophe, Köln 2006, S.121

Innenpolitisch gescheitert, muss die Außenpolitik der Regierung Khatami zumindest tendenziell als erfolgreicher betrachtet werden, da sich Khatami merklich stärker darum bemüht hat die Beziehungen zu seinen Nachbarn und zum Westen zu verbessern, als sein Vorgänger. Obwohl das Hauptanliegen Khatamis darin lag, die Beziehungen zu den Golfstaaten noch weiter auszubauen, also die Politik seines Vorgängers fortzuführen, so hatte er ebenfalls erkannt, dass ein gutes Verhältnis zum Westen für den Iran politisch, wie auch wirtschaftlich von vitalem Interesse war. Aus diesem Grund versuchte er sich dem Westen verstärkt als Handelspartner anzubieten, was seitens der europäischen Staaten auch zum Teil positiv aufgefasst wurde. So wurden unter Khatami die Handelsbeziehungen zu Deutschland, Italien und Frankreich deutlich intensiviert und sogar im Rahmen der EU umfassende Handels- und Kooperationsabkommen<sup>968</sup> geschlossen, wohingegen die USA weiter an ihrer Anti-Iran-Politik festhielten. Während die Europäer in der gemäßigten und reformorientierten Politik Khatamis eine Chance sahen, die Spaltung zwischen dem westlichen Kulturkreis und dem Iran auf die Ebene eines geordneten und Vernunft geführten Arbeitsverhältnisses anzuheben, verweigerten die USA jedwede Zusammenarbeit, da in deren Augen grundlegende Bedingungen zur Verbesserung der Beziehungen einfach nicht gegeben waren. Insbesondere das noch immer feindliche Auftreten Irans gegenüber Israel und dem damit verbundenen Nah-Ost-Friedensprozess sowie die fortlaufende Unterstützung radikaler und terroristischer Organisationen, waren den USA ein Dorn im Auge. Und dass der Iran trotz des Reformers Khatami noch immer eine aggressive Israel-Politik verfolgte, steht außer Zweifel, da sich Khatami während seiner gesamten Amtszeit wiederholt negativ über die „alte, nicht heilbare Wunde im Körper der Islam“<sup>969</sup>, gemeint ist Israel, geäußert hat. Auch hat er dem Staat Israel das Existenzrecht aberkannt, da Israel nur durch die Besetzung Palästinas entstanden sei.<sup>970</sup> Die USA, die sich als Schutzmacht Israels verstehen und dies auch als feste Doktrin in ihre Außenpolitik aufgenommen haben, sahen daher auch in Khatami nicht denjenigen iranischen Politiker, mit dem zusammengearbeitet

---

<sup>968</sup> Reissner, Johannes: Europas Beziehungen zu Iran, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B9/2004 vom 23.02.2004, S.50

<sup>969</sup> Schirra, Bruno: Iran. Sprengstoff für Europa, Berlin 2006, S. 153

<sup>970</sup> Vgl. Ebd., S. 152/153

werden konnte. Wesentlich ungezwungener zeigten sich hier jedoch die Europäer, die zwar die Haltung des Iran kannten, dies jedoch nicht mit ihren wirtschaftlichen Interessen verbanden. Ebenso verhielt es sich auch mit China und Japan, zu denen der Iran unter Khatami erste wichtige Beziehungen aufbauen konnte. Trotz der starren Haltung, die die USA dem Iran gegenüber an den Tag legten, versuchte Khatami dennoch auch diese Beziehungen wieder aufleben zu lassen, allerdings ohne Erfolg; noch immer ist die Schweiz die diplomatische Schnittstelle zwischen den beiden verfeindeten Staaten, andere Kontakte gibt es nicht (zumindest nicht offiziell). Eine Wende in den Beziehungen kam auch nicht zustande, als sich der Iran in folge der Terroranschläge des 11. Septembers 2001 solidarisch gegenüber den USA zeigten, indem er die Anschläge offiziell verurteilte und sich klar gegen das Taliban-Regime in Afghanistan stellte<sup>971</sup>. Stattdessen verweigerten die USA weiterhin die Zusammenarbeit, sei es im Rahmen bilateraler Beziehungen oder im Rahmen internationaler Organisation wie etwa im Fall der WTO, wo die USA den Beitritt des Iran permanent verhinderten. Für den Iran hatte dies zur Folge, dass er seine Außenwirtschaft zwar ein wenig ausbauen konnte, da sich einige asiatische und europäische Staaten nicht der Haltung der USA angeschlossen hatten, wodurch der iranischen Wirtschaft allerdings nur geringe positive Impulse verschafft werden konnten. Insgesamt reichten diese Maßnahmen jedoch nicht aus, denn eine feste Einbindung des Iran in die Weltwirtschaft konnte nur mit dem Einverständnis der USA vollzogen werden, und dies fand nicht statt. Anstatt die „Reformpolitik“ Khatamis zu würdigen und die solidarischen Zeichen nach dem 11. September 2001 zu honorieren, verschärfte die USA ihren Ton gegenüber Teheran noch weiter, indem sie die Mullah-Regierung als Teil der „Achse des Bösen“ deklarierten,<sup>972</sup> womit Staaten gemeint waren, die den Internationalen Terrorismus unterstützen und den Weltfrieden durch die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen gefährden. Der Ton, den US-Präsident Bush zum damaligen Zeitpunkt

---

<sup>971</sup> Die Taliban und der Iran waren sich feindlich gesonnen, da selbst der Regierung in Teheran die Art, wie der Islam in Afghanistan praktiziert wurde, zu weit ging. Wie weit der Iran und die Taliban auseinander lagen, hatte sich noch in den 90er gezeigt, als es vereinzelt zu grenzüberschreitenden Auseinandersetzungen gekommen war, bei denen nicht selten scharf geschossen wurde. Der Iran war daher, genauso wie die USA, ein Feind des Taliban-Regimes in Afghanistan.

<sup>972</sup> Gießmann, Hans J.: „Achse des Bösen“: Das selektive Feindbild der Bush-Doktrin, in: Hauswedell, Corinna; Weller, Christoph; Ratsch, Ulrich; Mutz, Reinhard; Schoch, Bruno (Hrsg.): Friedensgutachten 2003, Münster/Hamburg/London 2003, S. 61 ff.

anschluss, klang zwar sehr hart und war sicherlich in seiner Wortwahl übertrieben, allerdings war er nicht ganz unbegründet, wie sich im Herbst 2002 herausstellte, denn es hatten sich die Hinweise dahingehend verdichtet, dass der Iran ein Atomprogramm betrieb, das in seinem Umfang nicht den offiziellen Angaben entsprach, sondern weit darüber hinausging. Das Problem hinsichtlich des iranischen Programms liegt grundsätzlich nicht darin verborgen, dass es existiert, auch wenn dies schon seit längerem von den USA und Israel mit Misstrauen beobachtet worden war, sondern das Problem war (und ist) das Streben den gesamten Urankreislauf zu beherrschen, wozu vor allem die Fähigkeit gehört Uran eigenständig anzureichern.

Nachdem das Atomprogramm entdeckt worden war und viele Details ans Tageslicht gekommen waren, mussten sich auch die Europäer eingestehen, dass die Außenpolitik Khatamis keinesfalls als revolutionär zu bezeichnen war. Auch die nach wie vor vorhandene Abneigung gegen Israel, die seitens Khatamis immer wieder durchschimmerte, wenn auch in weniger radikaler Weise und die fortlaufende Unterstützung radikaler Gruppen, zeigten, dass sich die iranische Außenpolitik in ihren Grundsätzen nicht verändert hatte. Die augenscheinliche Öffnung des Iran für ausländische Unternehmen und für den Außenhandel als Ganzes war nichts anderes als der Versuch den Iran aus der internationalen Isolation zu lösen, ohne sich dabei ernsthaft in die internationale Staatengemeinschaft integrieren zu wollen. Es kann also festgehalten werden, dass auch die Regierung Khatami, die 2005 durch die Wahl des Hardliners Ahmadinedschad beendet worden war, den Iran weder innenpolitisch, noch außenpolitisch reformieren konnte. Das Atomprogramm hat den Iran sogar noch weiter ins internationale Abseits gedrängt, weshalb die Regierung Khatami als gescheitert betrachtet kann, denn er hat es nicht geschafft den Iran im Innern grundlegend zu liberalisieren, die wirtschaftliche Situation merklich zu verbessern und die Position des Iran im internationalen Staatengeflecht zu entspannen. Dennoch muss auch festgehalten werden, dass Khatami wesentlich eher zu Kompromissen und Vereinbarungen bereit gewesen war, wenn es um das Atomprogramm ging, als dies bei seinem Nachfolger der Fall ist. Denn während Präsident Khatami trotz des Atomprogramms versuchte den Kontakt zum Westen, insbesondere zu Europa aufrechtzuerhalten (mehr dazu im folgenden Kapitel), zeichnet sich die Politik

Präsident Ahmadinedschads durch Konfrontation aus, da er sich alles andere als kooperativ zeigt. Dieser Umstand wirft natürlich die Frage auf, ob die USA bereit sind einen neuen Golfkrieg anzufangen, um den Iran von seinen nuklearen Ambitionen abzuhalten, denn in diesem Fall sind die Hinweise auf ein militärisches Nuklearprogramm sowie auf den Besitz weiterer Massenvernichtungswaffen weitaus eindeutiger als dies beim Irak der Fall war, oder ob die USA das Programm nur als Vorwand nehmen könnten, um sich den Zugang zum iranischen Öl zu sichern, das ja vertraglich eng an Asien gebunden ist. In diesem Zusammenhang muss insbesondere die Haltung Chinas und Russlands näher betrachtet werden, da beide Staaten Handelsabkommen mit dem Iran geschlossen haben, die durch einen Krieg zunichte gemacht würden. Anders als beim Irak, der durch die Sanktionen wirtschaftlich ungebunden war, muss im Falle eines Waffenganges gegen den Iran damit gerechnet werden, dass die Proteste deutlich schärfer wären, da davon vitale Interessen Chinas und Russlands betroffen wären. Die genauere Betrachtung dieses Sachverhalts wird daher Gegenstand des folgenden Kapitels sein.

#### 4.3.4 Das iranische Atomprogramm unter Präsident Ahmadinedschad

Obwohl es scheint, dass sich der Iran erst in den letzten Jahren darum bemüht hat, sämtliches Wissen und Know-how rund um die Kerntechnologie zu erlangen, so handelt es sich beim iranischen Atomprogramm um ein Projekt, dessen Ursprünge in den 70er Jahren zu suchen sind, und zwar noch zu Zeiten des Schahs. Getrieben durch den Wunsch den Iran zur stärksten Macht am Persischen Golf zu machen, wollte sich der Schah nicht mehr nur auf seine moderne Industrie und seine gut, aber konventionell, ausgestatteten Streitkräfte verlassen. Das Ziel, das der Schah verfolgte, war, den Iran in den Rang eines Atomstaates emporzuheben, um die Nachbarstaaten technologisch zu überholen und um auf gleicher Augenhöhe mit den westlichen Industriestaaten zu sein. Die USA, die grundsätzlich kein Problem damit hatten, dass der Verbündete Iran ein ziviles Atomprogramm startete, forderten den Iran jedoch auf, sich dem NVV anzuschließen und dessen Auflagen und Pflichten zu erfüllen.<sup>973</sup> Der Schah, der dem Wunsch der USA entsprach, machte auch

---

<sup>973</sup> Müller, Harald: Nukleare Krisen und transatlantischer Dissens. Amerikanische und europäische Antworten auf aktuelle Probleme der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen, HSFK-Report 9/2003, Frankfurt a.M. 2003, S.5

zunächst keine Anstalten ein militärisches Atomprogramm zu beginnen. Insgeheim wollte der Schah jedoch die Fähigkeit erlangen, den gesamten Nuklearkreislauf zu beherrschen um den Iran, wenn nötig, mit Atomwaffen auszustatten. Da der Iran allerdings keinerlei Vorkenntnisse in Bezug auf Atomtechnologie besaß und es überall an Fachkräften mangelte, musste der Iran fremde Hilfe beim Aufbau in Anspruch nehmen. Die Bundesrepublik Deutschland, zu der der Schah ein gutes Verhältnis hatte, bekam daraufhin den Zuschlag für den Bau von bis zu acht Kernkraftwerken. Neben der direkten Unterstützung vor Ort durch deutsche Arbeiter und Ingenieure veranlasste der Schah auch, dass iranische Studenten an europäischen Universitäten in den Fächern Physik und Kernphysik ausgebildet wurden, um sich später aus der technologischen Abhängigkeit lösen zu können. Mit der Unterzeichnung des NVV und bedingt durch sein gutes Verhältnis zum Westen konnte der Iran Mitte der 70er Jahre ein „breitgefächertes“ Atomprogramm starten, dass sich nicht nur auf die normale Verwendung von Spaltmaterial in Kraftwerken beschränkte, sondern darüber hinaus auch die Urananreicherung und die Wiederaufarbeitung von Brennstoffen umfasste.<sup>974</sup> Das erste Projekt, das im Rahmen des Programms in Angriff genommen wurde, war der Bau eines Leichtwasserreaktors in Buschehr, der jedoch im Zuge der Islamischen Revolution 1979 abgebrochen wurde. Einerseits hatten ausländische Arbeiter sowie einheimische Wissenschaftler das Land verlassen und andererseits galt die Atomtechnik in den Augen Khomeinis als Teufelswerk, das mit dem islamischen Glauben nicht vereinbar sei.<sup>975</sup> Das noch junge iranische Atomprogramm fand daraufhin im Jahr 1979 ein jähes Ende. Der Krieg gegen den Irak brachte die iranische Führung jedoch zum Umdenken, denn sie sah sich genötigt auf die wiederholten Angriffe des Irak mit chemischen Waffen sowie der Unterstützung des Irak durch eine Reihe von Staaten reagieren zu müssen. Die Gefahr, bedingt durch fehlende Abschreckungsmittel schnell Opfer eines Angriffs zu werden, bei dem die Islamische Republik wehrlos wäre, schien selbst dem Gegner solcher Waffen, Ayatollah Khomeini, zu groß sein, weshalb er der Entwicklung unkonventioneller Waffen zustimmte. Noch

---

<sup>974</sup> Müller, Harald: Nukleare Krisen und transatlantischer Dissens. Amerikanische und europäische Antworten auf aktuelle Probleme der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen, HSFK-Report 9/2003, Frankfurt a.M. 2003, S.5

<sup>975</sup> Vgl. Ebd., S.6

zu Lebzeiten Khomeinis begannen iranische Militärs und Wissenschaftler die gesamte Palette unkonventioneller Waffensysteme abzuleuchten. Während das Biowaffen-Programm des Iran als eher rudimentär zu bezeichnen ist, weil diese Waffenart äußerst schwer zu handhaben ist, konnte der Iran im Bereich der Atom- und Chemiewaffenforschung Fortschritte erzielen. Es gilt heute als gesichert, dass der Iran über große Mengen chemischer Kampfstoffe verfügt, die er mittels seines ausgeprägten Raketenpotentials über weite Strecken einsetzen kann; zudem ist der Iran ebenfalls befähigt Granaten des Kalibers 155mm und 122mm mit chemischen Stoffen zu befüllen und effektiv einzusetzen.<sup>976</sup> Was das Atomprogramm angeht, so musste sich der Iran zunächst einmal mit einer Reihe von logistischen und personellen Schwierigkeiten auseinandersetzen, denn das gesamte Know-how des Atomprogramms der 70er Jahre war quasi nicht mehr vorhanden. Es wurde zwar versucht ausgewanderte Atomwissenschaftler wieder ins Land zu holen, jedoch gelang dies nur in den seltensten Fällen; auch der Versuch wieder mit der BRD zusammenzuarbeiten, scheiterte, da die deutsche Regierung befürchtete, dass das iranische Programm für militärische Zwecke eingesetzt werden könnte. Auch die Beschränkung der Zusammenarbeit auf den Weiterbau des Reaktors in Buschehr, der ja von Deutschland begonnen worden war, wurde durch die deutsche Regierung abgelehnt. Trotz der zunächst unüberbrückbaren Schwierigkeiten, die die iranischen Wissenschaftler noch Mitte der 80er Jahre hinsichtlich der Weiterverarbeitung von Uran hatten, wurde damals schon mit dem Bau einer Anlage in Pilcaniyeu begonnen, mit der Natururan, wovon der Iran rund 5.000 Tonnen besitzt,<sup>977</sup> abgebaut werden sollte. In einer anderen Anlage, die 1987 errichtet worden war, wurde das gewonnene Uran dann zu „Yellow-Cake“ weiterverarbeitet. Der Iran besaß zu Beginn der 90er Jahre jedoch viel zu geringe Kenntnisse hinsichtlich der Nutzbarmachung von Natururan und Yellow-Cake, sodass er, bedingt durch die mangelnde Kooperationsbereitschaft der westlichen Staaten, eine Zusammenarbeit mit China und der Sowjetunion (später Russland) anstreben musste. Beide Staaten waren daraufhin mehr oder weniger sofort damit einverstanden atomares Know-how in den Iran zu tragen, wobei sich dieser

---

<sup>976</sup> Cordesman, Anthony H.; Hashim, Ahmed S.: Iran. Dilemmas of Dual Containment, Boulder/Oxford 1997, S.292

<sup>977</sup> Vgl. Ebd., S.296

Wissens- und Materialtransfer rein auf die Entwicklung eines ausschließlich zivil nutzbaren Atomprogramms beschränken sollte. Während Russland Anfang der 90er Jahre den Auftrag erhielt das Kernkraftwerk in Buschehr fertig zu stellen,<sup>978</sup> besiegelten China und Iran im Januar 1991 ihre Zusammenarbeit beim Bau eines 27-Kw-Forschungsreaktors.<sup>979</sup> Obschon China und der Iran erst 1991 ihre Zusammenarbeit im Bereich des Nuklearsektors vertraglich geregelt hatten, gab es schon vor 1985 erste inoffizielle Kontakte, die sich auf den Aufbau eines iranischen Atomprogramms bezogen.<sup>980</sup>

Neben dem Weiterbau der Anlage in Buschehr und dem Bau der neuen Reaktoranlage einigte sich der Iran mit Russland und China auch auf die Lieferung der notwendigen Spaltmaterialien in Form von schwach angereichertem Uran, das nur in zivilen Atomreaktoren zum Einsatz kommen kann. Im Vertrauen, dass es sich beim iranischen Atomprogramm um ein ziviles Programm handelt bzw. die Gefahr eines militärischen Atomprogramms ignorierend, wurde die Unterstützung des Iran dahingehend ausgebaut, dass iranische Kernphysiker eine allumfassende Ausbildung in China erhielten. Die dort ausgebildeten Wissenschaftler wurden daraufhin nach der Beendigung ihrer Ausbildung entweder direkt im iranischen Atomprogramm eingesetzt oder aber für die Entwicklung eigener atomwissenschaftlicher Institute an den iranischen Hochschulen herangezogen. Der Nachwuchs im Bereich Atomphysik sollte also künftig nicht mehr im Ausland ausgebildet werden, sondern im eigenen Land, denn nur so konnte der Iran in die Lage versetzt werden, vollkommen autark in sämtlichen Bereichen der Atomtechnik zu arbeiten. Obwohl der Iran bereits seit 1985 an der Anreicherung von Uran arbeitete,<sup>981</sup> konnten erst in den 90er Jahren erfolgreiche Versuche zur Urananreicherung an der Teheraner Sharif-Universität durchgeführt werden,<sup>982</sup> da die iranischen Wissenschaftler erst jetzt über das notwendige Wissen

---

<sup>978</sup> Müller, Harald: Nukleare Krisen und transatlantischer Dissens. Amerikanische und europäische Antworten auf aktuelle Probleme der Weiterverbreitung von Nuklearwaffe, HSFK-Report 9/2003, Frankfurt a.M. 2003, S.7

<sup>979</sup> Cordesman, Anthony H.; Hashim, Ahmed S.: Iran. Dilemmas of Dual Containment, Boulder/Oxford 1997, S.297

<sup>980</sup> Vgl. Ebd.

<sup>981</sup> Von Randow, Gero; Ladurner, Ulrich: Die iranische Bombe. Hintergründe einer globalen Gefahr, Hamburg 2006, S. 60

<sup>982</sup> Cordesman, Anthony H.; Hashim, Ahmed S.: Iran. Dilemmas of Dual Containment, Boulder/Oxford 1997, S.297

verfügten. Auf der Grundlage eigener Forschungen und mit Hilfe von Russland und China konnte der Iran also im Laufe der 90er Jahre sein atomares Know-how wesentlich erweitern, was dem Westen zwar nicht verborgen blieb, jedoch ohne negativen Folgen für die iranische Führung war, da es keine nennenswerten Hinweise auf eine militärische Nutzung der Nukleartechnologie gab.

Wie bereits im vorangegangenen Kapitel kurz erwähnt, änderte sich dies jedoch im Herbst 2002, als der Westen ganz klare Hinweise auf ein militärisches Atomprogramm erhielt, bzw. auf Handlungen, die gegen den NVV verstießen und somit Rückschlüsse auf ein militärisches Atomprogramm zuließen. Das Hauptargument, das der Westen diesbezüglich vorbrachte, war die nicht deklarierte Forschung im Bereich der Urananreicherung, die Grundvoraussetzung für die Entwicklung von Nuklearwaffen ist. Betrieb der Iran bis dahin ein offizielles Atomprogramm bei dem von Russland importiertes Uran zum Einsatz kam, dessen Anreicherungsgrad nur für zivile Zwecke ausreichte, so bestand nun die Gefahr, dass der Iran mit dem Ausbau der Urananreicherung in die Lage versetzt würde, eigene militärisch nutzbare Spaltmaterialien herzustellen. Hinzu kam noch, dass der Iran zu diesem Zeitpunkt ebenfalls daran arbeitete eine Schwerwasserproduktionsanlage und einen Schwerwasserreaktor herzustellen, wodurch das ebenfalls waffenfähige Plutonium hergestellt werden kann. Diese Informationen, die den USA von der oppositionellen iranischen Gruppe „Nationaler Widerstandsrat Irans“ übermittelt worden waren,<sup>983</sup> mussten daraufhin natürlich umgehend überprüft werden, weshalb sämtliche Erkenntnisse an die IAEA weitergegeben wurden. Konfrontiert mit den gesammelten Informationen, reagierte der Iran zunächst stur auf die Beschuldigungen und verhinderte die Einreise von IAEA-Inspektoren. Da der internationale Druck auf den Iran stetig stieg und die Regierung in Teheran immer stärker in Bedrängnis geriet, stimmten die iranischen Führer dann Anfang 2003 doch einer Kontrolle durch die IAEA zu. Das, was die Inspektoren daraufhin im Iran vorfanden, übertraf alle Erwartungen, denn das Programm war weitaus umfangreicher, als zunächst angenommen. Insbesondere die Anreicherungsanlage in Natanz übertraf alle Erwartungen, denn das Gelände und die dortigen Gebäude umfassten eine

---

<sup>983</sup> Von Randow, Gero; Ladurner, Ulrich: Die iranische Bombe. Hintergründe einer globalen Gefahr, Hamburg 2006, S. 60

Fläche, die ausgereicht hätte 50.000 Gaszentrifugen aufzustellen.<sup>984</sup> Um sich das geplante Ausmaß dieser Anlage einmal vor Augen zu halten, muss hier darauf hingewiesen werden, dass der Iran mit 1.700 Zentrifugen bereits in der Lage gewesen wäre binnen eines Jahres genügend hochangereichertes Uran herzustellen, um eine funktionsfähige Nuklearwaffe zu bauen. Bei einer Auslastung der Anlage in Natanz hätte der Iran sogar die Möglichkeit bis zu 30 Atomsprengköpfe jährlich herzustellen.<sup>985</sup> Aber nicht nur die Größe der Anlage, sondern auch der Fund von Spuren hochangereicherten Urans, führte dazu, dass die Behauptung der iranischen Regierung, das Atomprogramm sei ausschließlich friedlich und solle der angeblich knapp bemessenen iranischen Energieversorgung entgegenwirken, auch bei den europäischen Staaten sehr skeptisch zur Kenntnis genommen wurde. Der Fund des hochangereicherten Urans wurde durch die iranische Regierung dadurch erklärt, dass es sich dabei um Verunreinigungen handelte, die der Lieferant, Pakistan, verursacht habe. Bezweifelnd, dass diese Aussage der Wahrheit entspricht und vor dem Hintergedanken, dass Pakistan als Atommacht mehr als nur ziviles Know-how exportiert haben könnte, stieg die allgemeine Besorgnis noch weiter an. Als die Kontrolleure daraufhin ihre Suche nach weiteren Einrichtungen des Atomprogramms intensivierten, wurde allmählich der wahre Umfang über das iranische Atomprogramm deutlich, denn neben Natanz befand sich auch auf dem Gelände der zivil anmutenden Einrichtung der Kalaye Electric Company eine, wenn auch nicht mit der Anlage in Natanz vergleichbare, Einrichtung, deren Aufgabe es ebenfalls darin bestand, Uran anzureichern. Die dort entnommenen Proben enthielten neben gering angereichertem Uran auch Uran des gleichen Anreicherungsgrades wie die Proben von Natanz. Die iranische Seite, die nun wieder in Erklärungsnot geraten war, begründete den Fund genauso wie in Natanz mit Verunreinigungen des Lieferanten. Zusätzlich erklärte der Iran, dass in dieser Anlage nur ein Anreicherungsgrad von 1,2% U-235 erreicht worden sei, also weit von dem entfernt, was für eine Waffe benötigt würde. Der Iran, der aufgrund seiner Mitgliedschaft im Atomwaffensperrvertrag verpflichtet ist, jede Entwicklung und Veränderung

---

<sup>984</sup> Von Randow, Gero; Ladurner, Ulrich: Die iranische Bombe. Hintergründe einer globalen Gefahr, Hamburg 2006, S. 60

<sup>985</sup> Schaper, Anette; Schmidt, Hans-Joachim: Eine unendliche Geschichte? Irans und Nordkoreas Nuklearprogramme, in: Mutz, Reinhard; Hauswedell, Corinna; Hippler, Jochen; Ratsch, Ulrich (Hrsg.): Friedensgutachten 2006, Berlin 2006, S. 189

hinsichtlich der nuklearen Infrastruktur sowie jeden Import und Export von Nuklearmaterialien der IAEO zu melden, war demnach in keiner Weise seinen Verpflichtungen nachgekommen. Die logische Konsequenz war, dass sich der Iran immer mehr in Widersprüche verstrickte. Anstatt, dass der Iran nun sein gesamtes Programm offenbarte, versank Teheran nun immer weiter im Sumpf der Lügen und Fehlinformationen, denn die IAEO-Kontrolleure forschten unentwegt weiter und sie fanden noch einiges, was den Iran immer stärker in die Enge trieb. So fand die IAEO beispielsweise heraus, dass der Iran versucht hatte, hochmoderne P2-Zentrifugen zu erwerben, mit denen die Urananreicherung optimiert und in ihrer Produktivität hätte deutlich erhöht werden können. In Bezug auf die nicht deklarierte Anreicherung von Uran fanden die Kontrolleure noch weitere Hinweise darauf, dass der Iran auf diesem Gebiet umfangreich geforscht hatte, denn neben der klassischen Anreicherungs-methode durch Zentrifugen hatte sich der Iran auch mit der modernen „Laserisotopenanreicherung“ beschäftigt, und zwar schon seit vielen Jahren. Das Ergebnis der langjährigen Versuche mit dieser Technologie war die Errichtung der ersten funktionsfähigen Anlage im Jahr 2000, wo nach deren Fertigstellung zwischen 2000 und 2003, Uranmetall auf Reaktorniveau angereichert worden sein soll; so die IAEO-Inspektoren. Aber nicht nur das Anreichern von Uranmetall mit der modernen Lasermethode, sondern auch Versuche hinsichtlich der mechanischen Bearbeitung dieses Metalls ließen die Vermutung weiter steigen, dass der Iran nicht nur zivile Absichten verfolgte, denn der Iran ist seit 1987 im Besitz von Unterlagen, die sich mit der Herstellung von Uran-Halbkugeln beschäftigen. Das Brisante hieran ist die Tatsache, dass es keinen zivilen Zweck für diese Halbkugeln gibt, sondern nur einen rein Militärischen, denn Uran-Halbkugeln können in hochangereicherter Form der Kern einer klassischen Kernwaffe sein.<sup>986</sup> Verstärkt wurde der Eindruck eines militärischen Programms auch dadurch, dass der Iran Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre Polonium und Beryllium hergestellt hatte, die in einer Kernwaffe als Neutronenquelle zum Einsatz kommen können.<sup>987</sup> Wie schon so oft zuvor, versuchte sich die iranische Regierung herauszureden, indem sie dies als Bestandteil einer Studie hinsichtlich der Machbarkeit von

---

<sup>986</sup> Von Randow; Ladurner, Ulrich: Die iranische Bombe. Hintergründe einer globalen Gefahr, Hamburg 2006, S. 65

<sup>987</sup> Vgl. Ebd., S. 63

Nuklearbatterien deklarierte, was aber von Seiten der IAEA nicht hingenommen wurde. Neben dem äußerst umfangreichen Programm zur Anreicherung von Uran, hat sich der Iran auch mit dem Umgang von Plutonium beschäftigt. Ausgehend von den Behauptungen der oppositionellen Gruppe im Herbst 2002 suchten die IAEA-Inspektoren auch nach einem verborgenen Plutonium-Projekt innerhalb des iranischen Atomprogramms. Das erste Ziel der Erkundung war eine Anlage in Arak, die nach Aussage der Oppositionellen einen Schwerwasserreaktor beherbergen sollte. Das, was die Kontrolleure dort vorfanden, war in der Tat nichts anderes als der Rohbau eines derartigen Reaktors und eine Anlage mit der Schweres Wasser hergestellt werden kann. Verwendet man Schweres Wasser in einem Schwerwasserreaktor, so entsteht als „Abfallprodukt“ Plutonium, das sich ebenfalls als Grundstoff einer Nuklearwaffe eignet, allerdings erst nach einer recht komplizierten Weiterverarbeitung. Weiteres Indiz dafür, dass der Iran den Wunsch hegt alle Komponenten der modernen Nukleartechnik zu beherrschen, die auch den Umgang mit Plutonium einbezieht, waren erste Versuche zur Herstellung dieses Materials in Isfahan zwischen 1988 und 1992, bei denen schwach angereichertes Urangas bestrahlt worden war, um Plutonium zu erhalten. Zwar gelangen die Experimente, jedoch lag die Menge an gewonnenem Plutonium unter einem Gramm, sodass man davon ausgehen kann, dass dieses Projekt nie über die Experimentalphase hinausgegangen ist.

Obwohl die Informationen und Hintergründe des iranischen Atomprogramms noch wesentlich detaillierter sind, als dies oben beschrieben worden ist, so reichen die dargestellten Umstände hinsichtlich des Programms aus, um darin eine Bedrohung und eine militärische Komponente zu vermuten. Die entdeckten Anlagen und Informationen reichen zwar als Beweise für ein militärisches Atomprogramm nicht aus, sie gaben der internationalen Staatengemeinschaft jedoch ausreichend Anlass sich intensiv und in verschärfter Form mit dem Fall Iran zu beschäftigen, sodass das iranische Atomprogramm zu einem Kernpunkt der internationalen Sicherheitspolitik geworden ist. Das wahre Ausmaß des iranischen Atomprogramms, das im Zuge der Ermittlungen der IAEA nach 2002 entdeckt worden war, zeigt eindeutig, dass der Iran schon seit längerer Zeit daran arbeitet, den Status eines Atomstaates zu erreichen, der alle Bereiche der Kernforschung beherrscht.

Zwar ist die friedliche Nutzung der Kernenergie und die Beherrschung des gesamten Nuklearwissens gemäß dem NVV erlaubt, jedoch nur unter der Kontrolle der IAEO. Da der Iran Mitglied des NVV ist, besitzt er nicht nur das Recht auf die Nutzung der Atomenergie, sondern auch die Pflicht jedes Detail seines Programms der IAEO zu melden, damit diese ständig im Bilde darüber ist, welche Fähigkeiten der Iran besitzt und als wie groß die Gefahr einer militärischen Zweckentfremdung des atomaren Know-hows einzuschätzen sei;<sup>988</sup> dies gilt im Übrigen für alle Mitglieder des NVV, ausgenommen der fünf anerkannten Atomwaffenstaaten.

Abb.20 Übersicht über die iranischen Atomanlagen



(Quelle: DER SPIEGEL, Nr.22 vom 29.05.2006, S, 109)

Nachdem sich die IAEO ein Bild über das iranische Atomprogramm machen konnte und sie zu dem Schluss gekommen war, dass der Iran gegen wichtige Bestandteile des NVV verstoßen hatte, geriet der Iran international massiv unter Druck. Insbesondere die westlichen Staaten, angeführt von den USA, wollten einen umgehenden Stopp des iranischen Atomprogramms, bzw. einen Stopp der Urananreicherung, da sie darin nur eine Vorstufe zur Erlangung der militärischen Nutzbarmachung der Kerntechnologie vermuteten. Während die USA sofort dazu drängten den Fall an den UN-Sicherheitsrat weiterzuleiten, um den Iran mit Sanktionen zu bestrafen, konnten die europäischen Staaten die Fronten zunächst wieder ein wenig entschärfen. Die Initiative der so genannten

<sup>988</sup> Vgl. hierzu Kapitel 3.3 dieser Arbeit

EU3, womit Frankreich, Deutschland und Großbritannien gemeint sind, sollte darauf abzielen das iranische Atomprogramm wieder auf eine rein zivile Bahn zu lenken, wobei der Iran im Gegenzug wirtschaftliche sowie technische Unterstützung bei der Errichtung einer ausschließlich zivil nutzbaren Atomindustrie erhalten sollte. Zunächst sah es dann auch so aus, als ob der Konflikt recht schnell beizulegen sei, da der Iran der IAEO am 30.12.2003 schriftlich mitgeteilt hatte, dass sämtliche Forschungen im Bereich der Urananreicherung gestoppt würden; der Tatsächliche Stopp der Aktivitäten wurde daraufhin am 24.02.2004 von der IAEO bestätigt.<sup>989</sup> Als weitere vertrauensbildende Maßnahme hatte der Iran bereits am 18.12.2003 das Zusatzprotokoll zum NVV unterzeichnet, wodurch die IAEO ermächtigt wurde, alle Anlagen zu untersuchen, die in irgendeiner Art und Weise verdächtig wären.<sup>990</sup> Obschon das Zusatzprotokoll unterzeichnet worden war, ist der Iran bis heute völkerrechtlich nicht an der Umsetzung der darin enthaltenen Bestimmungen gebunden, da das Abkommen nie durch das iranische Parlament ratifiziert worden ist, obwohl dies für Juni 2004 geplant war. Die Präsenz der Kontrolleure und ihre Überprüfungen hätten demnach jederzeit wieder auf die offiziellen Atomanlagen beschränkt werden können. Da der Iran jedoch zu diesem Zeitpunkt keinesfalls wollte, dass der Fall vor dem UN-Sicherheitsrat verhandelt würde, blieb der iranischen Führung nichts anderes übrig als zu kooperieren, auch auf die Gefahr hin, dass weitere Details des Atomprogramms entdeckt würden. Und genau dies geschah im Laufe des Jahres 2004 einige Male. Die Zwischenberichte der IAEO, in denen dem Iran zwar eine generelle Zusammenarbeit bescheinigt wurde, beinhalteten aber auch einige Punkte, die erneute Skepsis bezüglich der Aufklärungsbereitschaft des Iran hervorriefen. Die Reaktion des Iran auf den IAEO-Bericht vom 18.06.2004, indem der Iran zu wesentlich mehr Zusammenarbeit aufgefordert wurde und die Verschärfung der Kontrollen beschlossen wurden, veranlasste die iranische Führung, unter Präsident Khatami, Teile des Abkommens vom Oktober 2003 aufzukündigen. Bereits kurze Zeit nach Bekanntgabe des

---

<sup>989</sup> Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2003, Berlin 2004, S.22

<sup>990</sup> Die ursprünglichen Kontrollmechanismen des NVV waren zu lückenhaft, da die IAEO nur dazu befugt war, als Atomanlagen deklarierte Bereiche zu überprüfen. Das Zusatzprotokoll ermöglicht den Kontrolleuren hingegen die Überprüfung aller auch nur gering verdächtigen Anlagen.

Zwischenberichts begann der Iran als Reaktion auf die im Bericht enthaltenen Kritikpunkte mit der Fertigung von Zentrifugenteilen und deren Zusammensetzung zu einer komplexen Anlage.<sup>991</sup> Im IAEO-Bericht vom September 2004 wurde dieser Vorgang offiziell bestätigt, weshalb sich die Falken unter den Iran-Gegnern zu Wort meldeten und eine umgehende Übergabe des Falls an den UN-Sicherheitsrat forderten. Wie schon im Jahr zuvor, waren es die Europäer, die dies zu verhindern versuchten, unter anderem auch deshalb, weil Europa vitale wirtschaftliche Interessen im Iran verfolgte, die durch UN-Resolutionen zunichte gemacht worden wären. Um dem Iran noch einmal die Chance zu geben, das Atomprogramm in die richtige Richtung zu lenken, wurde abermals eine Diplomatieoffensive der EU3 gestartet, die im November 2004 zu einem erneuten Abkommen führten. Das neue Abkommen, das als „Pariser Vereinbarung“ bekannt wurde, sah vor, dass der Iran alle Details seines Programms offen legen und sämtliche Arbeiten im Bereich der Urananreicherung aufgeben sollte sowie die ausnahmslose Zusammenarbeit mit der IAEO. Die Europäer sicherten dem Iran ihrerseits zu, die Zusammenarbeit in den Bereichen der friedlichen Nutzung von Nukleartechnologie und anderer Technologiebereiche zu verstärken sowie eine Intensivierung der Zusammenarbeit in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Sicherheit.<sup>992</sup> In diesem Zusammenhang einigte man sich darauf, in den kommenden Monaten gegenseitig Vorschläge zu unterbreiten, wie die Vereinbarungen konkret in die Tat umgesetzt werden könnten. Dass der Iran mit seinem Einverständnis zur „Pariser Vereinbarung“ jedoch nur Zeit gewinnen und die Übertragung an den Sicherheitsrat hinauszögern wollte, wurde noch im Dezember 2004 deutlich, als IAEO-Inspektoren in Isfahan eine unterirdische Anlage entdeckten, die aus weit verzweigten Tunneln bestand und der Urankonversionsanlage in Isfahan angegliedert war. Diese Anlage hätte eigentlich gemeldet werden müssen, was bis zu ihrer Entdeckung jedoch nicht geschehen war. Auch die Fortführung von Anreicherungsversuchen auf Laborebene und als Wartungsarbeiten deklarierte Tätigkeiten an den Anreicherungsanlagen schürten neues Misstrauen. Von den Europäern

---

<sup>991</sup> Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2004, Berlin 2005, S.21

<sup>992</sup> Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2005, Berlin 2006, S.15

zunächst „ignoriert“, bedeuteten diese Vorgänge jedoch nichts anderes, als dass der Iran gar kein wirkliches Interesse daran hatte, den Atomkonflikt friedlich zu lösen. Insbesondere die neue Regierung unter dem konservativen Hardliner Mahmud Ahmadinedschad, machte keine Anstalten auf die Vorschläge des Westens einzugehen. So kam es, dass der Iran den europäischen Vorschlag ablehnte, im Iran eine Atomindustrie aufzubauen, die ausschließlich auf Leichtwasserreaktoren basieren sollte. Den dazu benötigten Brennstoff, bestehend aus schwach angereichertem Uran, sollte der Iran jedoch von außerhalb erhalten und nicht in eigenen Anlagen produzieren. Dies war jedoch genau der Knackpunkt, weshalb es zu einem Scheitern des Abkommens kam, denn der Iran war nicht bereit auf sein Anreicherungsprogramm zu verzichten. Der Iran reagierte sogar mit einer offenen Provokation, indem er auf sein Recht beharrte den gesamten Brennstoffkreislauf zu beherrschen. Zusätzlich provozierte der Iran die Welt mit der Aussage, dass der Bau von zwanzig Atomkraftwerken geplant sei,<sup>993</sup> was in etwa der Größenordnung der deutschen Atomindustrie entspricht. Präsident Ahmadinedschad, der keine Möglichkeit ausließ, den Westen zu provozieren, kündigte des Weiteren an, sehr bald die Siegel, die die IAEO an den beanstandeten Anlagen angebracht hatten, zu brechen und die Arbeiten im Rahmen der Urananreicherung wieder aufzunehmen. Nachdem der Iran seine Drohungen wahr gemacht hatte und die Siegel einiger Anlagen gebrochen hatte, wurde umgehend mit der Herstellung von Uranhexafluorid, einem wichtigen Stoff innerhalb des Brennstoffkreislaufs, begonnen. Zwar hatte der Iran mit der direkten Urananreicherung noch nicht begonnen, jedoch konnte er innerhalb eines Monats nach dem Bruch der Siegel anreicherungsfähiges Material in einem Umfang von rund sieben Tonnen herstellen. Die nächste Stufe wäre nun gewesen auch die Siegel an den Anreicherungsanlagen in Natanz und Isfahan zu brechen, um das gewonnene Material anzureichern, allerdings wartete der Iran zunächst noch mit diesem Schritt. Auf der Generalversammlung der UN am 18. September 2005, bei der Präsident Ahmadinedschad persönlich auftrat, wurde der westlichen Welt jedoch eindeutig aufgezeigt, dass der Iran in kürze dazu übergehen würde, den gesamten Nuklearkreislauf in Betrieb zu nehmen, ganz gleich, was die restliche Welt von diesem Schritt halte, denn Ahmadinedschad sagte in klaren Worten,

---

<sup>993</sup> Von Randow, Gero; Ladurner, Ulrich: Die iranische Bombe. Hintergründe einer globalen Gefahr, Hamburg 2006, S. 66

dass er zu keinerlei Eingeständnisse bereits sei, was die Urananreicherung angehe. Mit dieser Kampfansage an die Gegner eines iranischen Atomprogramms, gerieten nun auch diejenigen westlichen Staaten unter Zugzwang, die eine Weiterleitung an den UN-Sicherheitsrat verhindern wollten. Die Konsequenz der Äußerungen von Ahmadinedschad konnte daher nur heißen, dass der Fall an die UN übergeben werden müsse, was dann bei der Tagung der IAEO im September 2005 auch beschlossen wurde. Allerdings wurde dem Iran auch hier noch einmal die Chance gegeben seine Nuklearambitionen zu überdenken, denn der Abschlussbericht der IAEO enthielt keinen festgelegten Zeitplan für die Weiterleitung an den Sicherheitsrat.<sup>994</sup> In der Folgezeit bemühten sich einige Staaten außerhalb der IAEO Lösungsvorschläge zu machen, um die drohende Krise doch noch zu entschärfen, die jedoch allesamt ergebnislos blieben. Auch eine neue Initiative der EU3, die sich mit dem Iran auf ein Treffen am 18. Januar 2006 einigten, um die Möglichkeit neuer Verhandlungen zu sondieren, scheiterte. Zu diesem Treffen kam es nicht mehr, da der Iran am 3. Januar 2006 angekündigt hatte, die Urananreicherung wiederaufzunehmen, was ein klarer Verstoß gegen die Bestimmungen der IAEO und der Pariser Vereinbarung darstellte. Diese Ankündigung wurde dann wenige Tage später, am 10. Januar 2006, in die Realität umgesetzt, indem der Iran nun auch die letzten IAEO-Siegel brach und die anreicherungsrelevanten Anlagen wieder in Betrieb nahm. Die EU3, die auf ganzer Linie vom Iran vorgeführt worden waren, reagierten am 12. Januar 2006 entsprechend. Bei einem Treffen in Berlin erklärten die EU3-Außenminister, dass der Iran jegliche Verhandlungen einseitig abgebrochen habe, und dass der Fall nun an den Sicherheitsrat weitergeleitet werden müsse,<sup>995</sup> obschon sie dem Iran nach wie vor die Möglichkeit geben wollten, seine Tätigkeiten zu überdenken und an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Unterdessen befasste sich auch die IAEO auf einer Sondersitzung am 04. Februar 2006 erneut mit dem Fall Iran, mit dem Ergebnis, dass der Iran aufgerufen wurde alle Anreicherungsaktivitäten zu unterlassen, und dass nun auch die IAEO die Weiterleitung an den UN-Sicherheitsrat befürworte, allerdings sollte die endgültige Entscheidung hierüber erst Anfang März bei der offiziellen Sitzung

---

<sup>994</sup> [www.auswaertiges-amt.de/diplo/deAussenpolitik/Abruestung/IranNukes/IranNuklear.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/deAussenpolitik/Abruestung/IranNukes/IranNuklear.html), abgerufen am 27.01.2007 um 12:47 Uhr

<sup>995</sup> Vgl. Ebd.

der IAEO-Mitgliedstaaten getroffen werden.<sup>996</sup> Der Iran reagierte seinerseits auf die, nun unausweichliche, Weiterleitung an den Sicherheitsrat mit dem Stopp der Umsetzung des Zusatzprotokolls, indem der IAEO der Zugang zu verdächtigen Anlagen verwehrt wurde. Der Iran hatte das Zusatzprotokoll zwar unterzeichnet und dessen Bestimmungen auch durchgeführt, jedoch konnte der Iran ohne weiteres davon wieder zurücktreten, weil es im iranischen Parlament nie zur Ratifizierung gekommen war und somit keine Rechtsbindung bestand. Da der Iran auch weiterhin keine Anstalten machte, sich dem Druck der internationalen Staatengemeinschaft zu beugen, wurde auf der Sitzung des IAEO-Gouverneursrats vom 07.März 2006 die Einbeziehung des Sicherheitsrats endgültig beschlossen; auch die EU3, die sich immer wieder für eine sanktionsfreie Lösung ohne Sicherheitsrat eingesetzt hatten, erklärten nun in einem Memorandum die Notwendigkeit dieses Schritts.<sup>997</sup> Aber auch von der Weiterleitung an den Sicherheitsrat ließ sich die iranische Regierung nicht beeindrucken, da sie diesen Schritt öffentlich und vehement verurteilte. Zudem verstärkte der Iran sogar noch seine Arbeiten in sämtlichen Bereichen des Atomprogramms. Wie konsequent der Iran an seiner Politik festhielt und wie weit das iranische Atomprogramm fortgeschritten war, zeigte sich bereits einen Monat nach dem Beschluss der IAEO, als Präsident Ahmadinedschad persönlich verkündete, dass der Iran nun den gesamten Brennstoffkreislauf beherrsche, da es gelungen sei Uran aus eigener Kraft erfolgreich anzureichern.<sup>998</sup> Auch wenn der Iran zu diesem Zeitpunkt noch sehr weit davon entfernt war, die noch rudimentären Anreicherungsanlagen, für die Herstellung industriell nutzbarer Mengen oder gar für den Bau von Atomwaffen zu nutzen, so musste die westliche Welt machtlos zur Kenntnis nehmen, dass Teheran nun technisch in der Lage war, vollkommen autark eine Atomindustrie aufzubauen, die eines Tages auch nicht-friedlichen Zwecken dienen könnte. Präsident Ahmadinedschad hatte es also erneut geschafft den Westen vorzuführen und

---

<sup>996</sup> Von Randow, Gero; Ladurner, Ulrich: Die iranische Bombe. Hintergründe einer globalen Gefahr, Hamburg 2006, S. 68

<sup>997</sup> „Da Iran jedoch die Aufforderungen des Gouverneursrats durchgängig ignoriert hat, ist es unserer Auffassung nach nun an der Zeit, dass der UN-Sicherheitsrat die Autorität der IAEO und der Resolutionen des Gouverneursrats bekräftigt, indem er Iran aufruft, die am 4.Februar geforderten vertrauensbildenden Maßnahmen durchzuführen. ...“ vgl. hierzu: Erklärung zu Iran im Namen Deutschlands, Frankreichs und des Vereinigten Königreichs anlässlich des Gouverneursrats der IAEO vom 08.März 2006, nachzulesen unter: [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Abruestung/IranNukes/E3-080306.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Abruestung/IranNukes/E3-080306.pdf), abgerufen am 01.04.2007 um 12:45 Uhr

<sup>998</sup> Schirra, Bruno: Iran. Sprengstoff für Europa, Berlin 2006, S.271

die schwelende Krise um das iranische Atomprogramm in einen handfesten Konflikt umzuwandeln. Im Wissen, dass sein Handeln im Westen als Provokation aufgefasst werden musste, versuchte Ahmadinedschad wenig später das iranische Atomprogramm als vollkommen legitim darzustellen, entsprechend der Statuten des NVV. Er ging sogar so weit, dass er den Westen beschuldigte ungerechtfertigte Anti-Iran-Propaganda zu verbreiten, mit der Begründung, dass der Westen den Iran bzw. ihn (Ahmadinedschad) nicht möge.<sup>999</sup> Außerdem beschuldigte Ahmadinedschad die offiziellen Kernwaffenstaaten, sich selber nicht an den Vertrag zu halten, weil sie die darin vereinbarte Abrüstung nicht durchgeführt hätten, und dass diese Staaten selbst den Weg der friedlichen Nutzung der Kernenergie verlassen hätten.<sup>1000</sup> In diesem Zusammenhang verwies der iranische Präsident darauf, dass der Umstand, dass einige Staaten den gesamten Brennstoffkreislauf beherrschen dürften und einige eben nicht, ungerecht sei, dass dieser Zustand so keinen „Bestand haben“ könnte.<sup>1001</sup>

Obwohl mittlerweile feststand, dass Ahmadinedschad zu keinerlei Zugeständnissen bereit war und er auf gar keinen Fall die Urananreicherung, die ja gerade erst erfolgreich angelaufen war, stoppen würde,<sup>1002</sup> unternahmen die fünf ständigen Sicherheitsrats-Mitglieder und Deutschland dennoch einen neuen Versuch, den Konflikt zu lösen. Die Angebote, die zuvor schon von den EU3 gemacht worden waren, wurden am 06. Juni 2006 erneuert<sup>1003</sup> und in bestimmten Bereichen dahingehend ausgeweitet, dass sich beispielsweise Russland verpflichten würde, den Iran mit schwach angereichertem Uran zu versorgen. Darüber hinaus bot Russland an, Uran extra für den Iran anzureichern, was allerdings nicht auf iranischem Boden, sondern auf russischem Territorium stattfinden sollte. Dieses Angebot wurde zwar vom Iran positiv aufgenommen und dahingehend beantwortet, dass Teheran die

---

<sup>999</sup> Präsident Ahmadinedschad in einem Interview mit dem Nachrichten-Magazin „DER SPIEGEL“, in: Spörl, Gerhard; Aust, Stefan; Bednarz, Dieter: Wir sind entschlossen, in: DER SPIEGEL Nr.22 vom 29.05.2006, S.25

<sup>1000</sup> Vgl. Ebd., S.26

<sup>1001</sup> Vgl. Ebd.

<sup>1002</sup> In seiner ersten Iran-Resolution hatte der UN-Sicherheitsrat den Iran am 29.03.2006 aufgefordert seine Urananreicherung innerhalb von 30 Tagen aufzugeben. Vgl. hierzu: Schaper, Annette; Schmidt, Hans-Joachim: Nuklearprogramme Irans und Nordkoreas, in: Mutz, Reinhard; Schoch, Bruno; Hauswedell, Corinna; Hippler, Jochen; Ratsch, Ulrich(Hrsg.): Friedensgutachten 2006, Berlin 2006, S.191

<sup>1003</sup> [www.auswaertiges-amt.de/diplo/deAussenpolitik/Abruestung/IranNukes/IranNuklear.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/deAussenpolitik/Abruestung/IranNukes/IranNuklear.html), abgerufen am 27.01.2007 um 12:47 Uhr

Offerte gründlich prüfen wolle, jedoch war auch dies nichts anderes, als reine Hinhaltetaktik, denn die Prüfung des Angebots galt nur dem Ziel, Zeit zu gewinnen. Während sich Mohamed El-Baradei, Chef-Inspekteur der IAEO, noch Mitte Juli 2006 optimistisch zeigte, dass die Erklärung Irans, dass das Angebot noch erst geprüft werden müsse, ein positives Zeichen sei,<sup>1004</sup> erneuerte der Sicherheitsrat seinerseits Ende Juli seine Forderung nach einem Stopp der Anreicherung. In der UN-Resolution 1696 vom 31. Juli 2006 wurde der Iran wiederholt aufgefordert seine Anreicherungsaktivitäten zu stoppen<sup>1005</sup> und an den Verhandlungstisch zurückzukehren, andernfalls würde der Sicherheitsrat von seinem Recht Gebrauch machen und Strafmaßnahmen verhängen. Mit dieser, im Vergleich zur März-Resolution, verschärften Tonart sollte dem Iran deutlich gemacht werden, dass sein Handeln künftig konkrete Konsequenzen haben würden, wenn er nicht zu Zugeständnissen bereit wäre; um welche Strafmaßnahmen es sich dabei handeln könnte, ließ der Rat zu diesem Zeitpunkt jedoch noch offen. Wie nicht anders zu erwarten, denn der bisherige harte Kurs Ahmadinedschads ließ keine andere Option zu, verweigerte der Iran den Stopp der Anreicherung. Im gleichen Atemzug ließ Teheran jedoch auch bekannt geben, dass man dennoch grundsätzlich bereit sei weiter zu verhandeln,<sup>1006</sup> wobei die Urananreicherung nicht verhandelbar wäre. Im IAEO-Bericht vom 31. August 2006 wurde daraufhin bestätigt, dass die Anreicherung weiterhin stattfand, und dass sich die Zusammenarbeit zwischen Iran und IAEO als sehr problematisch darstellte.<sup>1007</sup> Infolge des unkooperativen Verhaltens der iranischen Regierung war der Sicherheitsrat nun gezwungen seinen Androhungen auch Taten folgen zu lassen, was angesichts der unterschiedlichen Positionen im Sicherheitsrat ein zunächst schwieriges Unterfangen war. Befürworteten vor allem die USA ein radikales Vorgehen gegen die iranische Regierung, bei dem massive Sanktionen verhängt werden sollten, so mussten die (Wirtschafts-)Partnerstaaten des Iran, Russland und China erst noch dazu bewogen werden, einer härteren Resolution zu

---

<sup>1004</sup> Mohamed El-Baradei in einem Interview mit dem Nachrichten-Magazin „DER SPIEGEL“, in: Kraske, Marion; Follath, Erich: „Die Uno kann entwaffnen“, in: DER SPIEGEL Nr.30 vom 24.07.2006, S. 100

<sup>1005</sup> UN-Resolution 1696 vom 31.07.2006 Ziffer 2: *„Demands, in this context, that Iran shall suspend all enrichment-related and reprocessing activities, including research and development, to be verified by the IAEA”*

<sup>1006</sup> [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Abruestung/IranNukes/IranNuklear.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Abruestung/IranNukes/IranNuklear.html), abgerufen am 27.01.2007 um 12:47 Uhr

<sup>1007</sup> Vgl. Ebd.

zustimmen. Für die europäischen Sicherheitsratsmitglieder und Deutschland bestand daher nun die Aufgabe darin, die unterschiedlichen Positionen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, um den Forderungen beider Seiten genügend Rechnung zu tragen. Ungeachtet der sich anbahnenden Verhängung von Sanktionen arbeitete der Iran jedoch weiter an seinem Atomprogramm, sodass allmählich auch China und Russland sahen, dass der Iran bestraft werden müsse. Nach unzähligen offiziellen und inoffiziellen Verhandlungen zwischen den Sicherheitsratsmitgliedern und Deutschland konnte im Dezember 2006 eine einheitliche Position hinsichtlich des Iran eingenommen werden, die am 23.12.2006 in der UN-Resolution 1737 zusammengefasst wurde. Neben der erneuten Aufforderung sämtliche Arbeiten im Bereich der Urananreicherung und der Herstellung von Schwerem Wasser einzustellen,<sup>1008</sup> wurden dem Iran Handelssanktionen auferlegt, die die Einfuhr von technischem Material, welches im Rahmen des Atomprogramms zum Einsatz kommen könnte, untersagten.<sup>1009</sup> Darüber hinaus wurde die Weitergabe von Wissen und Informationen über Nukleartechnologie verboten<sup>1010</sup> und die Auslandskonten derjenigen Personen, die am Atomprogramm beteiligt sind, eingefroren.<sup>1011</sup> Inkrafttreten sollten die oben genannten Strafmaßnahmen nach einer Frist von 60 Tagen. Dem Iran wurde somit noch einmal die Gelegenheit gegeben, den Forderungen des Sicherheitsrats nachzukommen, bevor die Strafmaßnahmen rechtskräftig würden. Sollte der Iran diese Frist jedoch verstreichen lassen, ohne auf die Forderungen eingegangen zu sein, sah die Resolution neben dem Inkrafttreten der Sanktionen auch eine erneute Sitzung des Sicherheitsrates vor, bei der über weitere Schritte entschieden werden sollte.

---

<sup>1008</sup> UN-Resolution 1737 vom 23.12.2006 Ziffer 2: „Decides, in this context, that Iran shall without further delay suspend the following proliferation sensitive nuclear activities: (a) all enrichment-related and reprocessing activities, including research and development, to be verified by the IAEA; and (b) work on all heavy water-related projects, including the construction of a research reactor moderated by heavy water, also to be verified by the IAEA; ...“, nachzulesen unter: [www.un.org/News/Press/docs/2006/sc8928.doc.htm](http://www.un.org/News/Press/docs/2006/sc8928.doc.htm), abgerufen am 04.04.2007 um 16:38 Uhr

<sup>1009</sup> UN-Resolution 1737 vom 23.12.2006 Ziffern 3-5., nachzulesen unter: [www.un.org/News/Press/docs/2006/sc8928.doc.htm](http://www.un.org/News/Press/docs/2006/sc8928.doc.htm), abgerufen am 04.04.2007 um 16:38 Uhr

<sup>1010</sup> UN-Resolution 1737 vom 23.12.2006 Nr. 6: „Decides that all States shall also take the necessary measures to prevent the provision to Iran of any technical assistance or training, ...“, nachzulesen unter: [www.un.org/News/Press/docs/2006/sc8928.doc.htm](http://www.un.org/News/Press/docs/2006/sc8928.doc.htm), abgerufen am 04.04.2007 um 16:38 Uhr

<sup>1011</sup> UN-Resolution 1737 vom 23.12.2006 Ziffer 12: “Decides that all States shall freeze the funds, other financial assets and economic resources which are on their territories at the date of adoption of this resolution or at any time thereafter, ...”, nachzulesen unter: [www.un.org/News/Press/docs/2006/sc8928.doc.htm](http://www.un.org/News/Press/docs/2006/sc8928.doc.htm), abgerufen am 04.04.2007 um 16:38 Uhr

Den USA ging dieser Schritt zwar noch nicht weit genug, jedoch mussten sie sich darauf einlassen, da nur so eine erste Strafmaßnahme gegen den Iran durchgesetzt werden konnte; jede härtere Formulierung im Resolutionsentwurf hätte zum damaligen Zeitpunkt zwangsläufig zum Veto Russlands und Chinas geführt. Der Iran reagierte seinerseits auf die Resolution mit Empörung und Unverständnis, da die Führung in Teheran noch immer davon überzeugt war, dass sie aufgrund des NVV im Recht sei, und dass der Iran unberechtigtweise in seinen Rechten beschnitten würde. Die Reaktion Irans war daher vorgezeichnet, denn Präsident Ahmadinedschad ließ in einer Vielzahl von Reden keinen Zweifel daran, dass weder die Anreicherung von Uran, noch die Herstellung von Schwerem Wasser eingestellt würden. Zwar gab er dem Westen immer wieder zu verstehen, dass er grundsätzlich daran interessiert sei weiter zu verhandeln, jedoch ohne Vorbedingungen. Um die friedlichen Absichten des Iran zu untermauern, bot er der IAEO Anfang Februar 2007 an, weitere Überwachungskameras in Natanz zu installieren,<sup>1012</sup> damit die IAEO jederzeit überprüfen könne, was dort geschieht. Dass dies nur ein Versuch war Vertrauen zu bilden, steht außer Frage, da die Installation von Kameras bei der Überwachung dieser Anlage höchstens ergänzend eingesetzt werden können. Alleine schon die Tatsache, dass die IAEO-Kontrolleure nur Zugang zu den offiziellen Einrichtungen hatten, da der Iran die Bestimmungen des Zusatzprotokolls in unzureichendem Maße anwendete, erschwerte ohnehin schon die Kontrolle des iranischen Atomprogramms. Da es schlussendlich nicht zur Erfüllung der UN-Resolution gekommen war, denn die IAEO stellte in ihrem Bericht vom 22. Februar 2007 fest, dass noch immer an der Urananreicherung und an der Herstellung von Schwerem Wasser gearbeitet wurde, traten die Sanktionen ohne Verzögerung in Kraft. Trotz des Inkrafttretens änderte sich die Haltung der iranischen Regierung nicht, sodass der UN-Sicherheitsrat gezwungen war, sich mit dem Fall Iran erneut auseinanderzusetzen; dies geschah am 24.03.2007. Bei der 5647. Sitzung des UN-Sicherheitsrats wurde die Resolution 1747 verabschiedet, in der der Iran wiederholt zum Stopp seiner Nuklearaktivitäten aufgerufen wurde. Neben der wiederholten Nennung der Sanktionen, die bereits im Dezember 2006 verhängt worden waren, wurde dem Iran zusätzlich verboten eigene Rüstungsgüter zu

---

<sup>1012</sup> [www.n-tv.de/764902.html](http://www.n-tv.de/764902.html), abgerufen am 11.02.2007 um 14:52 Uhr

verkaufen oder deren Know-How weiterzugeben.<sup>1013</sup> Zusätzlich wurden alle Staaten aufgerufen, jede Art von Waffenverkäufen an den Iran mit äußerster Sorgfalt zu behandeln und auf den Verkauf von Rüstungsgütern zu verzichten, die auf die Golfregion destabilisierend wirken würden;<sup>1014</sup> gänzlich untersagt, wurden derartige Waffengeschäfte jedoch nicht. Des Weiteren rief der Sicherheitsrat in der Resolution allgemein dazu auf, keine finanziellen Hilfen oder Kredite in den Iran zu leiten, die nicht ausschließlich für humanitäre Zwecke gedacht seien.<sup>1015</sup> Gleichermaßen wird dem Iran in der Resolution aber auch angeboten, im Falle der Erfüllung der Forderungen (Stopp der Urananreicherung und Stopp der Herstellung Schweren Wassers), die verhängten Sanktionen umgehend auszusetzen.<sup>1016</sup> Zudem bekräftigt der Sicherheitsrat in der Resolution den Willen, den Konflikt auf dem friedlichen Weg zu beenden, weshalb insbesondere die Bemühungen der fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder und Deutschlands zur Konfliktbeilegung hervorgehoben werden. Sollte der Iran jedoch erneut nicht bereit sein, die Forderungen der internationalen Staatengemeinschaft zu erfüllen, so verweist der Sicherheitsrat in Ziffer 13 c) darauf, dass der Sicherheitsrat „weitere geeignete Maßnahmen“<sup>1017</sup> beschließen wird. Wie der Sicherheitsrat konkret weiter agieren wird, wird maßgeblich davon abhängen, wie sich die Situation um das iranische Atomprogramm weiter entwickelt und wie dies im Sicherheitsrat beurteilt wird. Grundlage dieser Beurteilung wird

---

<sup>1013</sup> UN-Resolution 1747; S/RES/1747(2007) vom 24.03.2007, Ziffer 5: „..., beschließt außerdem, dass Iran keine Rüstungsgüter oder sonstiges Wehrmaterial aus seinem Hoheitsgebiet oder durch seine Staatsangehörigen oder unter Benutzung von seine Flagge führenden Schiffen oder Luftfahrzeugen, sei es auf direktem oder indirektem Weg, liefern, verkaufen oder transferieren darf...“

<sup>1014</sup> UN-Resolution 1747; S/RES/1747(2007) vom 24.03.2007, Ziffer 6: „..., fordert alle Staaten auf, Wachsamkeit und Zurückhaltung zu üben, wenn sie, auf direktem oder indirektem Weg, aus ihren Hoheitsgebieten oder durch ihre Staatsangehörigen oder unter Benutzung von ihre Flagge führenden Schiffen oder Luftfahrzeugen Kampfpfanzter, gepanzerte Kampffahrzeuge, großkalibrige Artilleriesysteme, Kampfflugzeuge, Angriffshubschrauber, Kriegsschiffe, Flugkörper oder Flugkörpersysteme [...] an Iran liefern, verkaufen oder transferieren, [...] damit eine destabilisierende Anhäufung von Rüstungsgütern verhindert wird.“

<sup>1015</sup> UN-Resolution 1747; S/RES/1747(2007) vom 24.03.2007, Ziffer 7: „..., fordert alle Staaten und internationalen Finanzinstitutionen auf, keine neuen Verpflichtungen in Bezug auf Zuschüsse, finanzielle Hilfe und Kredite zu Vorzugsbedingungen für die Regierung der Islamischen Republik Iran einzugehen, es sei denn für humanitäre oder Entwicklungszwecke.“

<sup>1016</sup> UN-Resolution 1747; S/RES/1747(2007) vom 24.03.2007, Ziffer 13 a): „..., erklärt, dass er (der Sicherheitsrat) die Anwendung der Maßnahmen aussetzen wird, falls und solange Iran alle mit der Anreicherung zusammenhängenden Tätigkeiten und Wiederaufbereitungstätigkeiten, [...], aussetzt, ...“

<sup>1017</sup> UN-Resolution 1747; S/RES/1747(2007) vom 24.03.2007, Ziffer 13 c)

dementsprechend der IAEO-Bericht sein, den die IAEO am 23. Mai 2007 von an den UN-Sicherheitsrat weitergeleitet hat. Inhalt dieses Berichts war die erneute Feststellung, dass der Iran weder die Anreicherung von Uran, noch die Versuche zur Herstellung von Schwerem Wasser und den dazu gehörigen technischen Anlagen gestoppt hat. Der Iran ist somit bis heute nicht bereit den Forderungen des UN-Sicherheitsrates nachzukommen, woraus sich die logische Konsequenz ergibt, dass sich der UN-Sicherheitsrat bald erneut mit dem Fall Iran beschäftigen wird und auch muss.

In Anbetracht der Tatsache, dass der Iran alle bisherigen Forderungen nach dem Stopp der umstrittenen Projekte ignoriert hat, verwundert es nicht, dass nun auch die jüngste Resolution nur missbilligend in Teheran zur Kenntnis genommen wurde. Anstatt sich allmählich dem Ernst der Lage klar zu werden und einen kompromissbereiteren Kurs einzuschlagen, wartete Präsident Ahmadinedschad nicht lange mit einer neuen Provokation, indem er den Iran am 09.04.2007 offiziell zur Atommacht erklärte. Dadurch begründet, dass der Iran nun ein Stadium erreicht habe, dass ihn befähigt vollkommen autark Uran in industriell nutzbaren Mengen herzustellen,<sup>1018</sup> hat der Iran die Situation um das Atomprogramm in eine neue Phase geführt. Mit der Bekanntgabe, dass der Iran mittlerweile 3.000 Zentrifugen in Betrieb habe, wohingegen die IAEO nur von 2 Kaskaden mit je 164 Zentrifugen ausgegangen war, wäre der Iran demnach bereits heutzutage in der Lage so viel Uran anzureichern, um ein bis zwei Nuklearwaffen pro Jahr herzustellen. Zwar bezweifeln westliche Sicherheitsbehörden und auch Israel<sup>1019</sup>, dass der Iran wirklich 3.000 Zentrifugen in Betrieb hat, jedoch ändert dies nichts an der Tatsache, dass der Iran an seinen Nuklearanlagen uneingeschränkt weiterarbeitet. Anstelle einer Entspannung, hat die Unnachgiebigkeit Ahmadinedschads dazu geführt, dass mittlerweile selbst Russland von einer offenen Provokation spricht, jedoch ohne den Verhandlungsweg als gescheitert zu betrachten, da Moskau auch weiterhin eine diplomatische Lösung sucht und fordert. Allerdings bemerkte Konstantin Kossatschow, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der russischen Staatsduma, in diesem Zusammenhang, dass es so lange keine Alternative zu Verhandlungen gebe, bis nicht eindeutig feststünde, dass der Iran an einem Atomwaffenprogramm arbeite. Aber nicht nur die Bekanntgabe

---

<sup>1018</sup> Busse, Nikolas: Zur Erfolgsmeldung gezwungen?, in: FAZ vom 11.04.2007, S. 6

<sup>1019</sup> Vgl. Ebd.

des neuen atomaren Status des Iran, sondern auch die Aussage des iranischen Verhandlungsführers Laridschani, der im selben Zusammenhang mit dem Ausstieg aus dem NVV gedroht hatte,<sup>1020</sup> lässt darauf schließen, dass sich der Konflikt noch weiter verschärfen wird. Die Kernfragen, die sich nun stellen, sind, ob der Konflikt in einem Krieg münden kann und wenn ja, welche wahren Beweggründe dahinter stecken könnten.

#### 4.3.5 Das iranische Atomprogramm – Ursache oder (nur) Auslöser eines möglichen Krieges?

Das iranische Atomprogramm, das nach Aussage der iranischen Regierung nur friedlichen Zwecken dient, erweist sich aktuell als Risikofaktor Nummer Eins für den Frieden im Nahen und Mittleren Osten. Alleine die Fähigkeit Uran in größeren Mengen herzustellen, versetzt den Iran mittelfristig in die Lage auch Nuklearwaffen herzustellen, mit denen vor allem Israel einer existenziellen Bedrohung ausgesetzt wäre. Wie lange der Iran nach heutigem Stand für die Entwicklung einer einsatzbereiten Kernwaffe benötigt, kann aufgrund der ungenauen Kenntnisse hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der iranischen Anreicherungsanlagen nicht einwandfrei geklärt werden. Sicher ist jedoch, dass der Iran inzwischen über das notwendige Know-How zum Bau einer solchen Waffe verfügt, da er jahrelang massiv vom pakistanischen Atomphysiker Abdul Khadr Kahn, dem Entwickler der pakistanischen Nuklearwaffe, unterstützt wurde; sei es durch den Transfer von Wissen, oder durch den Transfer von Ausrüstungsgegenständen. Besonders besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang vor allem der Fund von Dokumenten, in denen der exakte Aufbau des pakistanischen Atomtests von 1998 beschrieben ist. Fasst man nun alle Indizien und Hinweise zusammen, so kann man ohne weiteres zu dem Schluss kommen, dass der Iran zumindest in der Vergangenheit Interesse an einer atomaren Bewaffnung seiner Streitkräfte besessen hat. Gegenwärtig fehlt der IAEO und der UN allerdings noch der endgültige Beweis dafür, dass der Iran auch immer noch daran interessiert ist, weshalb auch die Durchsetzung harter Sanktionen erschwert wird, da insbesondere China und Russland von einem sanktionsfreien Iran profitieren. Aber nicht nur China und Russland haben ein Interesse daran, dass der Iran sein Programm aufgibt und zum

---

<sup>1020</sup> N.N.(AFP/DPA): Iran: Wir können atomaren Brennstoff herstellen, in: Süddeutsche Zeitung vom 10.04.2007, S.1

„normalen“ Tagesgeschäft übergeht, sondern auch die Europäer, denn auch hier gibt es mittlerweile feste Handelsbeziehungen. Das heißt also, dass China, Russland und auch Europa keinesfalls daran interessiert sein können, einen Krieg gegen den Iran zu führen. Während Europa wirtschaftlich jedoch nicht abhängig vom Iran ist, zumal der Ölexport des Iran Richtung Europa eh nur schleppend verläuft, sind die Beziehungen zwischen China und Iran, gerade in Bezug auf die Lieferung von Öl, von fundamentaler Bedeutung. Das Interesse Russlands an einem sanktionsfreien Iran liegt seinerseits weniger darin verborgen, die Handelsbeziehungen auszubauen, wobei dies auch ein wichtiger Faktor ist, als vielmehr darin, der amerikanischen Asienpolitik eine Grenze zu setzen, die seit dem 11. September 2001 dadurch gekennzeichnet ist, die militärische Präsenz in Asien deutlich zu verstärken. Vollkommen „unbekümmert“ können in diesem Fall allerdings die USA agieren, da sie bereits seit 1979 kein Öl mehr aus dem Iran erhalten und auch sonst keine Wirtschaftsbeziehungen zum Iran unterhalten, weshalb Sanktionen gegen den Iran keine direkten negativen Folgen für die amerikanische Außenwirtschaft hätten. Im Grunde genommen ist sogar eher das Gegenteil der Fall, denn je länger der Iran sanktionsfrei bleibt bzw., die Sanktionen ganz ausbleiben, desto wahrscheinlicher ist der weitere Ausbau der iranischen Handelsbeziehungen zu den asiatischen Ländern. Für die USA würde dies bedeuten, dass das iranische Öl dem amerikanischen Markt dauerhaft vorenthalten würde. (Rückblickend lässt sich diesbezüglich sagen, dass die USA aufgrund ihrer Iran-Politik auch nicht ganz unschuldig daran sind, dass die USA keinerlei Wirtschaftsbeziehungen zum Iran unterhalten, denn die Regierung Khatami hatte in der Vergangenheit einige Versuche unternommen das Verhältnis zu den USA wieder zu normalisieren, welche von den USA jedoch permanent zurückgewiesen wurden) Vor dem Hintergrund, dass das irakische Öl noch lange nicht so fließt, wie es sich die USA erhofft hatten und vor dem Hintergrund, dass die weltweite Ölversorgung einer ständigen Bedrohung durch Terroranschläge ausgesetzt ist, ergibt sich daraus eine „komplizierte“ Situation für die USA, denn die Zahl der potentiellen Öllieferanten wird eher kleiner als größer.<sup>1021</sup> Aus diesem Grund erhält das iranische Atomprogramm

---

<sup>1021</sup> Hier ist auch der Ölproduzent Venezuela zu nennen, dessen Regierungschef Hugo Chavez eine harte anti-amerikanische Politik verfolgt, die nicht davor zurückschreckt den Ölhahn abzudrehen.

eine zusätzliche Brisanz, denn die USA könnten dies als Grund nehmen, den Iran in einen Krieg zu verwickeln. Bedenkt man, dass die USA 2003 mit wesentlich weniger Beweisen für die Existenz eines Massenvernichtungswaffenprogramms, Krieg gegen den Irak geführt haben, so erscheint ein möglicher Krieg gegen den Iran, bei dem der Besitz bestimmter Massenvernichtungswaffen und der dazu gehörigen Trägersysteme nachgewiesen ist, als ein deutlich leichter zu legitimierendes Vorhaben. In Verbindung mit den hasserfüllten Äußerungen Ahmadinedschads gegenüber Israel, das „von der Landkarte“ verschwinden muss, ergibt sich sogar ein recht konkretes Bedrohungsszenario, das die Sicherheit Israels massiv gefährdet. Da sich die USA durch die Carter-Doktrin offen zur Schutzmacht Israels ernannt haben, könnte alleine schon die direkte Bedrohung Israels zu einem Militäreinsatz der USA führen. Aufgrund dessen, dass die Carter-Doktrin ebenfalls die Sicherstellung der Ölversorgung beinhaltet, hätten die USA noch ein weiteres Motiv sich militärisch zu engagieren, denn nach dem derzeitigen Stand, werden die USA auf lange Sicht keinen Zugang zum iranischen Öl bekommen, was als Gefährdung der Ölversorgung gewertet werden könnte. Daher stellt sich nun die Frage, welche friedlichen Möglichkeiten zur Beilegung des Konflikts noch vorhanden sind, und wie das weitere Vorgehen des Sicherheitsrats aussehen könnte.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen bezüglich des iranischen Atomprogramms und des Verhaltens der iranischen Regierung existiert zurzeit keine Alternative zur Verschärfung der Sanktionen gegenüber der Teheraner Regierung. Wie weit diese gehen werden, hängt maßgeblich davon ab, wie der Sicherheitsrat den jüngsten IAEO-Bericht vom 23.Mai 2007 vom bewerten wird. Obwohl die IAEO bislang nicht bestätigen konnte, dass der Iran über 3.000 betriebsbereite Zentrifugen verfügt,<sup>1022</sup> so konnte sie jedoch bestätigen, dass der Iran keine der sensiblen und angemahnten Aktivitäten gestoppt hat, sodass der Sicherheitsrat im Grundsatz nicht anders reagieren kann, als die Sanktionen zu verschärfen. Da dem Iran bislang noch nicht untersagt wurde Waffen zu importieren, wird aller Wahrscheinlichkeit nach der nächste Schritt sein, ein Waffenembargo gegen Iran zu verhängen, das sich nicht nur auf den Export, sondern auch auf den Import bezieht. Dies wäre vor allem für die USA

---

<sup>1022</sup> Dies hatte Präsident Ahmadinedschad am 09.04.2007 öffentlich bekannt gegeben.

von Interesse, da der Iran in den letzten Jahren vor allem moderne Luftabwehrraketensysteme von Russland und China erhalten hat, die heute schon eine ernste Bedrohung für gegnerische Flugzeuge und Flugkörper darstellen. Für den Iran bestünde der Nachteil einer solchen Sanktion in erster Linie darin, dass die Beschaffung von Ersatzteilen erschwert würde, was die mittelfristige Schwächung der iranischen Streitkräfte zur Folge hätte; allerdings würde dies erst nach vielen Monaten, wenn nicht gar erst nach ein paar Jahren zu Buche schlagen. Kurzfristig käme es jedoch zu keinen gravierenden Einschränkungen der, nicht unerheblichen, iranischen Wehrkraft. Neben der Sanktionierung der Waffenimporte könnte es auch noch zu weiteren Sperrungen iranischer Auslandsvermögen kommen, was als Auslöser für einen Stopp des iranischen Atomprogramms jedoch sicher nicht reichen würde. Das heißt also, dass der Iran mit sehr großer Wahrscheinlichkeit auch bei einer derartigen Verschärfung der Sanktionen, nicht zum Einlenken bereit wäre. In der logischen Konsequenz wäre deshalb der Sicherheitsrat gehalten, über weitere Maßnahmen und Sanktionen zu beraten. Die nächste Stufe auf der Sanktionsskala wäre demnach die Verhängung von Handelssanktionen, die allerdings nicht sofort auf alle Wirtschaftsbereiche angewandt werden müssten; bestimmte Wirtschaftsbereiche könnten zunächst von den Sanktionen ausgenommen werden. Dennoch müssten sämtliche Handelsverträge zwischen dem Iran und anderen Staaten dahingehend überprüft werden, ob sie mit den Sanktionen vereinbar sind oder nicht, was sich bereits störend auf die Handelsbeziehungen zwischen Iran und seinen Wirtschaftspartnern auswirken würde. Für Staaten, die wie China oder Russland starke wirtschaftliche Interessen verfolgen, wäre dieser Schritt schon fast unzumutbar, zumal gerade China auf die Lieferung von iranischem Öl angewiesen ist. Aller Voraussicht nach könnten sich daher erste Handelssanktionen auf Bereiche beschränken, die nicht mit der Lieferung von Erdöl oder Erdgas in Verbindung stehen. Während sich hierdurch die finanzielle Situation des Staates Iran nicht wesentlich verschlechtern würde, da die Haupteinnahmequelle nach wie vor Bestand hätte, würde in erster Linie die Bevölkerung unter solchen Maßnahmen leiden, da ein Großteil der alltäglichen Güter und Waren importiert werden müssen. Die Folge könnte sein, dass sich regimekritische Gruppen offen gegen die Politik der Regierung auflehnen würden, was im Iran

sehr schnell in großflächigen Aufständen enden kann. Mit der Verhängung von Handelssanktionen bestünde daher prinzipiell die Möglichkeit, den Iran von innen heraus zu destabilisieren, was letztenendes sogar zum Sturz der Regierung oder gar des gesamten Regierungssystems führen könnte. In den Augen der USA wäre dies sicher der Idealfall, da sie schon seit langem an einem Regimewechsel in Teheran interessiert sind, und weil so ein neuer Golfkrieg verhindert werden könnte; denn auch die USA sind kein kriegsliebendes Land, zumal sie es bislang nicht einmal geschafft haben, den Irak zu befrieden. Angenommen, die iranische Führung würde auch im Falle von begrenzten Handelssanktionen nicht zum Stopp der Urananreicherung zu bewegen sein, wäre der Sicherheitsrat gezwungen über ein allumfassendes Handelsembargo zu debattieren. Da hierbei die vitalen Interessen Chinas und Russlands betroffen wären, kann zum derzeitigen Zeitpunkt davon ausgegangen werden, dass sie einer solchen Resolution nicht zustimmen würden, zumal ein massives Handelsembargo in der Regel die Vorstufe zu einer Resolution ist, in der Gewalt angedroht wird. Prinzipiell wäre die Zustimmung zu umfassenden Handelssanktionen der erste Schritt in Richtung Krieg. Die einzige Möglichkeit, Russland und China in diesem Fall zum Einlenken bewegen zu können, wäre die Abgabe von Liefergarantien für Erdöl und Erdgas, damit sich das Handelsembargo nicht negativ auf die chinesische und russische Wirtschaft auswirkt und die Garantie, dass bestehende Handelsverträge auch nach einem Krieg Bestand hätten. Blieben Russland und China dennoch hart und verweigerten ihre Zustimmung für umfassende Handelssanktionen (und danach sieht es zurzeit aus), wäre der völkerrechtlich legitime Weg zur Beilegung des Konflikts hiermit beendet. Voraussetzung wäre jedoch, dass es zu diesem Zeitpunkt noch immer keine Beweise für ein militärisches Atomprogramm gäbe und der Iran nach wie vor Mitglied des NVV wäre. Der Iran könnte ohne weiteres an seinem Atomprogramm weiterarbeiten, ohne dass er mit einem durch den Sicherheitsrat legitimierten Angriff rechnen müsste; es wäre daher nur noch eine Frage der Zeit, bis der Iran das atomtechnologische Niveau westlicher Staaten erreicht hätte, das dann auch die kurzfristige Entwicklung eines militärischen Atomprogramms ermöglichen könnte. Sieger im Atomstreit wäre in diesem Fall der Iran, da er seine wichtigste Einnahmequelle behalten würde, das Atomprogramm

vorangetrieben werden könnte und sich die machtpolitische Stellung des Irans zu seinen Gunsten entwickeln würde.

Angesichts der Tatsache, dass die IAEO in diesem Fall das Recht behielte weiterhin Kontrollen im Iran durchzuführen, wenn auch mit Einschränkungen, hätten die USA und Israel völkerrechtlich betrachtet keine legitime Möglichkeit militärisch einzugreifen. Und dass die USA oder Israel ohne Legitimation eingreifen würden, darf bezweifelt werden, denn ein solches Vorgehen würde zwangsläufig zu extremen Reaktionen Chinas und Russlands führen. Einerseits müsste damit gerechnet werden, dass diese beiden Staaten den Iran militärisch noch stärker aufrüsten, um gegen die USA oder Israel bestehen zu können, andererseits bestünde aber auch durchaus die realistische Gefahr, dass sich Russland und China zu einer anti-amerikanischen Allianz zusammenschließen, woraus sich sehr schnell ein neuer Kalter Krieg entwickeln könnte. Aber nicht nur die direkte Konfrontation mit China und Russland wäre ein Problem, mit dem die USA zu kämpfen hätten, sondern auch mit der Frage, ob auch die gesamte europäische NATO bereit wäre, sich auf einen solchen Konflikt einzulassen. Zwar befürworten eine Reihe von europäischen Staaten eine harte Gangart in Bezug auf das iranische Atomprogramm, allerdings ist zweifelhaft, dass sie geschlossen hinter den USA stünden, wenn es zu einer Neuauflage des Kalten Krieges käme, da Europa aus wirtschaftlicher, politischer, vor allem aber aus energiepolitischer Sicht kein Interesse an einem solchen Konflikt haben dürfte. Insbesondere Deutschland wäre hiervon betroffen, da es mittlerweile sehr enge Wirtschaftskontakte zu China gibt und Russland sich zum wichtigsten Öl- und Gaslieferant der BRD entwickelt hat; die Zustimmung aus Berlin hinsichtlich eines amerikanischen Alleingangs ist daher sehr unwahrscheinlich. Die USA müssten also ganz präzise abwägen, ob ein Waffengang gegen den Iran, wie auch immer dieser aussehen würde, sinnvoll ist, oder ob die daraus entstehenden Nachteile dermaßen groß sind, dass die Duldung eines atomaren Iran realpolitisch eher zu vertreten ist; natürlich vorausgesetzt, dass der Iran nicht aus dem NVV austritt, und dass es keine eindeutigen Beweise für eine Militarisierung des Atomprogramms gibt. Insgesamt deutet also alles darauf hin, dass die USA aller Wahrscheinlichkeit nach auf einen Militärschlag verzichten werden, so lange der Sicherheitsrat keine Vollmacht hierfür erteilt.

Wie Israel reagieren wird, ist hierbei nur sehr schwer zu beurteilen. Da sich die Regierung in Tel Aviv direkt bedroht fühlt und die Existenz Israels durch das iranische Atomprogramm massiv gefährdet ist, wäre ein israelischer Alleingang eher wahrscheinlich; allerdings ergeben sich hierbei Probleme hinsichtlich der Erreichbarkeit der iranischen Atomanlagen. Zwar verfügt Israel über weit reichende Flugkörper, jedoch kann die vollständige Zerstörung der Atomanlagen nur durch den zusätzlichen Einsatz von Bombern gewährleistet werden.<sup>1023</sup> Da der Iran allerdings über eine sehr engmaschige Luftabwehr verfügt, müsste mit sehr vielen Verlusten gerechnet werden, wodurch die Chance drastisch gemindert würde, alle anvisierten Anlagen zu erreichen. Außerdem müssten die USA damit einverstanden sein und den irakischen Luftraum für israelische Kampfflugzeuge freigeben, was aus dem oben genannten Grund sicher nicht geschehen wird, da die USA auf diese Art und Weise indirekt in den Einsatz involviert wären, was ähnliche Folgen haben könnte, wie eine direkte Beteiligung. Natürlich bestünde grundsätzlich auch die Gefahr, dass Israel zum Eigenschutz, den Einsatz von Nuklearwaffen in Erwägung ziehen könnte, was allerdings nicht sehr wahrscheinlich ist, da dadurch ein Tabu gebrochen würde. Israel könnte sicher sein, dass ein solcher Einsatz nicht folgenlos bliebe, denn der Nah-Ost-Friedensprozess wäre somit endgültig gescheitert und der Hass in der arabischen/islamischen Welt auf Israel würde auf ein ungekanntes Maß ansteigen. Zudem müsste Israel damit rechnen, dass der Iran mit seinen weit reichenden Raketen zurückschlagen würde, die dann als Antwort auf die israelischen Nuklearwaffen mit chemischen oder gar biologischen Kampfstoffen bestückt wären. Einen solchen Konflikt könnte man daher nicht auf konventionelle Art und Weise beenden. Ein Atomschlag gegen den Iran wäre demnach dem Anfang des Dritten Weltkrieges gleichzusetzen, weshalb auch diese Option generell auszuschließen ist. Wie die USA wäre also auch Israel gezwungen den Iran so zu dulden, wie er ist, als eine „zivile“ Atommacht (zumindest so lange die IAEA nichts anderes beweisen kann). Tritt dieser Fall ein, wären jedoch der Ruf und die Autorität der IAEA stark beschädigt, sodass sich der Fall Iran sehr

---

<sup>1023</sup> Die USA haben Israel rund 500 bunkerbrechende Bomben geliefert, die dazu eingesetzt werden können, unterirdische iranische Nuklearanlagen zu zerstören. Vgl. hierzu: Follath, Erich; Bednarz, Dieter: Der Besen und die Bombe, in: DER SPIEGEL Nr. 44 vom 31.10.2005, S. 117

schnell verselbstständigen könnte und andere Staaten, die ebenfalls nukleare Ambitionen hegen, dem Beispiel Iran folgen könnten. Die Duldung eines atomaren Iran, ganz gleich, ob zivil oder militärisch, birgt also die Gefahr einer zunehmenden Nuklearisierung, denn alleine schon die Beherrschung des gesamten zivilen nuklearen Brennstoffkreislaufs, würde es jedem Staat erlauben binnen kurzer Zeit auch ein militärisches Atomprogramm zu starten.

Anders könnte es im Fall Iran jedoch aussehen, wenn sich der Iran aus dem NVV zurückzieht und sich die Hinweise auf eine militärische „Entgleisung“ des iranischen Atomprogramms verdichten, sodass sogar Russland und China eingestehen müssen, dass sich der Iran zu einer potentiellen Gefahr entwickelt. In diesem Fall wären auch sie, trotz aller wirtschaftlichen Interessen, gezwungen härteren Sanktionen zu zustimmen, da es auch nicht in ihrem Interesse sein dürfte, dass wieder ein weiterer Staat über Nuklearwaffen verfügt. Die Gefahr, dass sich daraus ein Selbstläufer entwickelt und andere Staaten ebenfalls dazu übergehen, sich nuklear zu bewaffnen, wenn man dies dem Iran „erlauben“ würde, wäre eine viel zu große Gefahr für den Weltfrieden. Allerdings hat die internationale Staatengemeinschaft schon einmal versagt, und zwar im Fall Nordkorea, da man sich so lange hat hinhalten lassen, bis die erste, wenn auch verhältnismäßig kleine, nordkoreanische Atomwaffe gezündet wurde. Zwar befindet sich das nordkoreanische Atomwaffenprogramm erst am Anfang, da die Sprengkraft dieser ersten Bombe sehr gering war, jedoch hat schon die Zündung dazu geführt, dass es zu erneuten Verhandlungen gekommen ist, bei denen Nordkorea schlussendlich als Gewinner hervorging. Die USA haben sich verpflichtet Öl zu liefern, wohingegen Nordkorea zugesagt hat, sämtliche Arbeiten im Bereich der Atomwaffenforschung zu stoppen. Auch der Ausbau der AnreicherungsKapazitäten wurde seitens Nordkoreas gestoppt, allerdings ist nichts genaues darüber bekannt, inwieweit Nordkorea sein bereits bestehendes Atomwaffenpotential behalten durfte. In der Summe ist dies auch eher nebensächlich, denn alleine die Tatsache, dass es Nordkorea gelungen ist mit der Zündung einer Atomwaffe, die USA zurück an den Verhandlungstisch zu holen, um ihnen dann auch noch Zugeständnisse zu entlocken, zeigt deutlich, dass auch Staaten wie die USA erpressbar sind, wenn man sie *glaubwürdig* bedroht; und dies funktioniert in der Regel nur mit der atomaren Bedrohung.

Sollte sich nun jedoch der Iran entschließen, aufgrund des internationalen Drucks, sein Atomprogramm militärisch zu nutzen, hätte eine Nordkorea-Lösung fatale Folgen, und zwar für alle Seiten. Zum einen wäre ein nuklear bewaffneter Iran eine direkte Bedrohung für Israel, denn eine iranische Atomwaffe würde umgehend zu einer Machtverschiebung im Nahen und Mittleren Osten zu Gunsten des Iran führen. Israels atomarer Schild, der seit Jahren dafür sorgt, dass Israel nicht wieder angegriffen wurde, wäre somit in seiner Wertigkeit wesentlich gemindert. Erstens müsste Israel tagtäglich mit einem Angriff des Iran rechnen und zweitens könnte ein Staat, wie Syrien, das selbst über keine eigenen Nuklearwaffen verfügt, versuchen die Golan-Höhen zurückzuerobern, im Wissen, dass der Iran, für den Fall eines israelischen Gegenschlags, in den Konflikt eingreifen würde. Dies erscheint vor allem deshalb als realistisch, weil Syrien und Iran seit Jahren enge Verbündete im Kampf gegen Israel sind. Aber nicht nur Israel müsste Angst vor einem dermaßen bewaffneten Iran haben, sondern auch die Nachbarn des Iran, da Ahmadinedschad wieder dazu übergehen könnte, die alte Politik Khomeinis neu zu beleben, nämlich die Islamische Revolution in die Welt hinauszutragen. In diesem Fall bestünde eine ernstzunehmende Bedrohung für die Staaten der arabischen Halbinsel, die allesamt Verbündete der USA sind. Insbesondere Saudi-Arabien, das traditionell ein problematisches Verhältnis zum Iran hat, obwohl sich die Beziehungen seit Mitte der 90er verbessert haben, müsste damit rechnen Opfer einer möglichen neuen islamischen Revolution zu werden, zumal es in Saudi-Arabien ausreichende Strömungen gibt, die sich dem Iran anschließen könnten. Da Saudi-Arabien bereits in der Vergangenheit Interesse an der Kernforschung gezeigt hat, könnte ein atombewaffneter Iran den letzten Ausschlag dafür geben, dass sich auch Saudi-Arabien atomar bewaffnet. Solche Überlegungen gab es im Fall Nordkorea auch in Japan, das lautstark mit dem Gedanken gespielt hat, sich eine militärisch nukleare Komponente zu verschaffen, sollte der Konflikt mit Nordkorea nicht gelöst werden. Das heißt also, dass die Duldung eines Atomwaffen-Irans, dazu führen kann, dass sich weitere Staaten der Golfregion atomar bewaffnen, auch wenn dies nur aus defensiven Gründen geschehen würde. Nicht ganz unerheblich ist auch die Gefahr für Europa und die USA, da weite Teile Südeuropas bereits heute schon in der Reichweite iranischer Raketen liegen, wobei die Bedrohung

für das Territorium der USA derzeit *so* noch nicht gegeben ist, da die iranischen Raketen noch nicht so weit reichen. Da aber Staaten, wie Nordkorea massiv an der Entwicklung solcher Trägersysteme arbeiten und sich Nordkorea in Vergangenheit als Exporteur von Trägersystemen einen Namen gemacht hat, muss auch einkalkuliert werden, dass der Iran innerhalb eines überschaubaren Zeitraums über derartige Systeme verfügen kann. Womit der Iran jedoch heute schon drohen kann, ist der Abschuss einer nuklear bewaffneten Rakete, die von einem iranischen U-Boot abgeschossen werden könnte. Der Iran verfügt sehr wahrscheinlich über Marschflugkörper russischer Bauart, die erstens von einem U-Boot abgeschossen, und zweitens zu Nuklearwaffen umgebaut werden können. Zwar würde der Iran noch einige Jahre brauchen, um sein nukleares Potential auf ein solches Niveau zu erheben, jedoch wäre der Grundstein für eine derartige Entwicklung bereits in dem Moment gelegt, indem der Iran seine erste Atomwaffe zündet. Daraus ergibt sich folglich die Notwendigkeit, alles daran zu setzen, dass es gar nicht erst so weit kommt. Auch für China und Russland wäre ein atombewaffneter Iran problematisch, da ein Politiker wie Präsident Ahmadinedschad iranische Atomwaffen dafür verwenden könnte, die Rahmenbedingungen für den Ausbau der Handelsbeziehungen nach Asien zu beeinflussen. Er könnte versuchen, die Abhängigkeit Chinas vom iranischen Öl ausnutzen, um Verträge nach seinen Bedingungen zu gestalten, was sicher nicht im Interesse Chinas sein könnte. Auch die Verhandlungsposition Russlands könnte geschwächt werden, insbesondere in Bezug auf die Nutzung der Ölquellen in der Kaspischen Region, wo der Iran maßgebliches Mitspracherecht besitzt. Auch wenn Russland und China keiner direkten Gefahr durch iranische Atomwaffen ausgesetzt sind, so dürften auch diese beiden Staaten ein starkes Interesse daran haben, dass der Iran über keine Atomwaffen verfügt.

Es zeigt sich also, dass die internationale Staatengemeinschaft gehalten ist, im Falle des iranischen Atomprogramms und einer drohenden Militarisierung, zusammenzuhalten, da kein beteiligter Staat, außer dem Iran selber, irgendeinen Vorteil hätte, wenn er ein militärisches Atomprogramm dulden würde. Auch wenn es China und Russland schwer fallen würde, müssten sie in diesem Fall einer Resolution zustimmen, in der dem Iran auch der Einsatz von Gewalt angedroht würde, damit der Regierung in Teheran klargemacht würde,

dass es keine friedliche Alternative mehr gäbe, außer dem sofortigen Stopp aller beanstandeten Tätigkeiten und Aktivitäten. Allerdings müsste der Westen, wie auch schon oben formuliert, dafür Sorge tragen, dass China und Russland keine wirtschaftlichen Nachteile hätten, sollte es zu einem militärischen Schlagabtausch kommen; die Gewährleistung fortlaufender Öllieferungen und die Garantie, dass die bereits bestehenden Verträge auch durch den „Nachkriegsiran“ eingehalten würden, wären die Grundvoraussetzungen für eine Zustimmung zu einer militärischen Intervention Russlands und Chinas. Sollte es dann zu einem militärischen Eingreifen kommen, müssten sich daran jedoch weitaus mehr Staaten beteiligen, als dies im Irak geschehen ist, denn der Iran verfügt über eine Vielzahl moderner Waffen und einem weitaus größerem Potential an Menpower, als der Irak 2003. Zudem muss trotz aller innenpolitischen Schwierigkeiten im Iran damit gerechnet werden, dass der Kampfgeist sehr groß ist, da auch die regimekritischen Iraner zu einem sehr hohen Prozentsatz das Recht des Iran auf Nukleartechnik verteidigen. Aufgrund der verhältnismäßig großen militärischen Stärke des Irans, kämen auch europäische Staaten nicht umher sich militärisch zu engagieren, auch wenn dies gegen ihre außenpolitischen Grundsätze verstießen würde, denn die USA sind aufgrund ihrer militärischen Bindung in Afghanistan und Irak nicht in der Lage einen solchen Krieg im Alleingang zu führen; auch Großbritannien stößt diesbezüglich an seine Grenzen, weshalb die „coalition of the willing“ im Iran wesentlich größer sein müsste als 2003.

Abschließend bleibt also festzuhalten, dass ein Krieg gegen den Iran erst in dem Moment zu einer Option wird, wenn der Iran aus dem NVV austritt, was dem Verlust sämtlicher Kontrollmöglichkeiten durch die IAEO gleichkäme. Da dies als eindeutiger Hinweis darauf gewertet werden müsste, dass sich das Atomprogramm militärisch weiterentwickelt, was sich einwandfrei nachteilig auf die Stabilität in der Golfregion und auf den Weltfrieden auswirken würde, müssten die Sanktionen in ihrer Intensität drastisch verschärft werden. In dieser Situation wäre gar die Androhung von Gewalt unumgänglich, da der Sicherheitsrat, die IAEO und auch der Atomwaffensperrvertrag einen ungeheuren Glaubwürdigkeitsverlust erleiden würden. Außerdem käme dies einer globalen Freigabe von Atomwaffen gleich, da sich viele Staaten, die sich bislang nuklear zurückgehalten haben, nicht mehr an die Bestimmungen des

Atomwaffensperrvertrages gebunden fühlen würden; der NVV wäre somit wertlos. Solange der Iran jedoch Mitglied des NVV bleibt und er der IAEO weiterhin Kontrollen ermöglicht, kann davon ausgegangen werden, dass ein völkerrechtlich legitimer Militäreinsatz am Veto Chinas und Russlands scheitern würde; auch die Verhängung umfassender Handelssanktionen wären hierbei recht unwahrscheinlich. Aufgrund der militärischen Stärke des Iran und der fehlenden internationalen Unterstützung, wären die USA und Israel zu stillhalten gezwungen. Allerdings würde die fortlaufende Mitgliedschaft im NVV nicht die Gefahr mindern, dass der Iran im Bereich der Nuklearwaffen heimlich weiterforscht, da nur grobe Kontrollen möglich wären, bedingt durch die noch nicht erfolgte Ratifizierung des Zusatzprotokolls und der damit verbundenen Einschränkung hinsichtlich der Inspektion verdächtiger Anlagen. Dennoch darf bezweifelt werden, dass es in diesem Fall zu einer wesentlichen Verschärfung der Sanktionen oder gar zu einem Krieg kommt, da China und Russland Beweise für ein militärisches Atomprogramm haben wollen, welche jedoch nur sehr schwer zu erbringen sind. Auch wenn die USA im iranischen Atomprogramm eine Möglichkeit wittern, das seit langem verhasste Regime abzusetzen, um die Sicherheit Israels zu gewährleisten und die iranischen Ölvorkommen wieder dem freien Markt zugänglich zu machen, so erscheint das iranische Öl in diesem Zusammenhang nicht als entscheidender Kriegsgrund, da die USA auch nach einem Krieg wesentliche Teile der iranischen Ölindustrie für China und Russland freigeben müssten. Ein Alleingang der USA (und/oder Israels) kann hier folglich ausgeschlossen werden, da dies, wie oben beschrieben, zu große negative Folgen für die internationale Sicherheitspolitik hätte. Fast man alle Punkte zusammen, so ist die Gefahr, dass es zu einem neuen Golfkrieg kommt relativ gering. Bedenkt man zudem die möglichen Opferzahlen, die mit einem solchen Krieg einhergehen, scheint das Ergebnis des Konflikts darin zu liegen, den Iran als zivile Atommacht zu dulden, und zwar unter möglichst strenger Beobachtung. Ein Krieg gegen den Iran ist somit zurzeit keine realistische Option; es sei denn er tritt aus dem NVV aus, denn dann wäre die Situation eine ganz andere und die Gefahr eines Militäreinsatzes wäre ungleich größer. Aber davon ist man noch weit entfernt; es bleibt also nichts anderes übrig, als zu hoffen, dass der Iran doch noch einlenkt, was unter Ahmadinedschad jedoch sehr

unwahrscheinlich ist. Wie sich die internationale Sicherheitspolitik künftig entwickeln wird und wie sich die Autorität der IAEO und des Sicherheitsrats in der Zukunft darstellt, hängt maßgeblich vom weiteren Verlauf des Atomstreits ab, weshalb alle Seiten mit entsprechender Besonnenheit agieren müssen. Die Gefahr der Entstehung eines neuen Kalten Krieges, der zunehmenden Nuklearisierung und der drohenden Destabilisierung der Golfregion sind in diesem Zusammenhang einfach zu groß.

Bezugnehmend auf die Frage, ob ein Krieg gegen den Iran nur geführt würde, um die Kontrolle über die Ölvorkommen zu erlangen, zeigt sich eine ganz andere Situation, als dies 2003 im Irak der Fall war. Die USA mussten in Bezug auf den Irak damit rechnen, dass das irakische Öl in erster Linie dem asiatischen Markt zur Verfügung gestellt würde, wenn die Sanktionen gelockert würden, wonach es damals zunehmend aussah. Der Unterschied zum Iran war jedoch der, dass der Irak noch keine Öllieferverträge mit anderen Staaten abgeschlossen hatte, sodass kein Staat einen Anspruch auf den Zugang zum irakischen Öl hätte geltend machen können. Der Iran hat dahingegen bereits Verträge abgeschlossen. Im Falle eines Kriegs könnten sich die USA höchstens am iranischen Öl beteiligen, da die Vertragspartner China und Russland auf die ihnen zugesprochenen Lieferungen bestehen würden. Die USA müssten das Öl also teilen, was in Anbetracht der noch immer maroden iranischen Ölindustrie von zu geringem Wert wäre. Der Aufbau der Industrie würde viel zu lange dauern, um den Bedarf aller beteiligten Staaten zu decken, sodass der Nutzen eines Krieges gegen den Iran, bezüglich der Ölversorgung, noch unter dem des Irak-Krieges liegen würde. Im Wissen, dass sie nicht die alleinige Kontrolle über das iranische Öl hätten, wird die Gefahr, dass die USA nur wegen des Öls Krieg führen würden, deutlich gemindert. In Verbindung mit einer Freigabe durch den Sicherheitsrat mag dies vielleicht anders aussehen, obschon die USA auch dann gezwungen wären, die bestehenden Verträge zu akzeptieren. Ein möglicher Krieg, bei dem es nur um das iranische Öl geht, kann seitens der USA also ebenfalls ausgeschlossen werden.

## **5. Fazit und Perspektive**

### 5.1 Fazit

Die Ausführungen der vorliegenden Arbeit haben gezeigt, dass Energie und die dazu gehörigen Energieträger, angeführt vom Erdöl als wichtigsten fossilen Brennstoff, zu einem entscheidenden Kriterium hinsichtlich der Gestaltung der Internationalen Politik geworden sind. Definierte sich die Macht eines Staates bis zur Industrialisierung mitunter durch die Größe des Territoriums und durch die Größe seiner Armee, so gilt heute derjenige Staat als mächtig, der eine starke Wirtschaft und eine hochmobile Armee besitzt. Dies setzt jedoch voraus, dass die Versorgung mit einem entsprechenden Maß an Energieträgern gewährleistet ist. Sobald ein Staat oder ein Kulturkreis (gemeint ist z.B. der „Westen“) nicht mehr in der Lage ist, ausreichend Energie bereitzustellen, schwindet unweigerlich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich für die ölabhängigen Staaten ein düsteres Bild ab, da die eigenen geringvolumigen Reserven der Industriestaaten binnen weniger Jahre aufgebraucht sein werden, sodass sich der Fokus der Versorgung auf die OPEC richten wird, da es nur noch im Einflussbereich der OPEC ausreichende Öl-Reserven geben wird. Allerdings bedeutet dies, dass die heute schon in Abhängigkeit befindlichen Staaten voll und ganz auf das Wohlwollen der erdölbesitzenden Staaten angewiesen sind, und dass ihre Macht massiv davon abhängt, dass das fremde Öl in den benötigten Mengen fließt. Zwar kann der Machterhalt der abhängigen Staaten grundsätzlich weiterhin gewährleistet werden, jedoch wird die OPEC aufgrund ihrer Monopolstellung, die sie mittelfristig haben wird,<sup>1024</sup> einen ungeheuren Machtzuwachs verzeichnen können, da es aller Wahrscheinlichkeit nach keinen freien Markt mehr geben wird, der sich regulierend auf den Ölpreis auswirkt. Das heißt, dass die OPEC in die Lage versetzt werden wird, den Ölpreis fast ausschließlich alleine zu bestimmen, da die OPEC maßgeblichen Einfluss auf das Ölangebot haben wird, wodurch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Industriestaaten enorm unter Druck geraten kann. Zudem haben die Geschehnisse von 1973 gezeigt, dass die OPEC durchaus auch gewillt ist, ihren Ölreichtum als politische Waffe einzusetzen, wodurch die Macht der OPEC noch einmal mehr gestärkt wird.

---

<sup>1024</sup> Vgl. hierzu: Die weltweite Verteilung der Ölvorkommen in Kap. 2.1.1, insbesondere Abb.5

Konnte diese Situation im Anschluss an die Ölkrise von 1973 zum Teil dadurch kompensiert werden, dass die Industriestaaten dazu übergingen die eigenen Ölquellen verstärkt in die Versorgung mit einzubeziehen und die Atomenergie auszubauen, so ist dies heute nicht mehr möglich, da die „eigenen“ Reserven kurz vor ihrer Erschöpfung stehen und die Atomenergie spätestens seit Tschernobyl nicht mehr als saubere und sichere Alternative gilt. Allerdings wird das Thema Atomenergie später noch einmal angesprochen.

Neben dem Mangel an eigenen Ölreserven und dem zweifelhaften Ruf der Atomenergie zeigt sich in diesem Zusammenhang auch ein Mangel an ernstzunehmenden Alternativen Energiearten, die auf natürliche Ressourcen zurückgreifen und somit eine Lösung vom Erdöl ermöglichen. Zwar haben sich insbesondere nach den Ölpreiskrisen 1973 und 1979 viele neue Möglichkeiten eröffnet, wie zum Beispiel Heizenergie und Elektrizität erzeugt werden kann, und dies zum Teil sogar im industriellen Rahmen, jedoch war die Wissenschaft bislang noch nicht in der Lage das wahre Problem der Ölabhängigkeit in den Griff zu bekommen, nämlich den enormen Bedarf an Treibstoff. Die bislang entwickelten Technologien, die den Weg in die Serienreife gefunden haben, haben zwar dazu beigetragen, den Anstieg des Ölbedarfs zu entschärfen, obwohl das Erdöl nach wie vor einen hohen Stellenwert insbesondere bei der Heizenergie besitzt, jedoch ist keine diese Technologien derzeit, und auch nicht in absehbarer Zeit, in der Lage das Erdöl als wichtigsten energetischen Grundstoff im Verkehr abzulösen. Viele der zurzeit in der Erprobung befindlichen Technologien, wie zum Beispiel Biodiesel oder gar der Wasserstoffantrieb leiden noch an individuellen Schwierigkeiten, die ein baldiges Erreichen der Serienreife verhindern. Während zurzeit die Anbauflächen für den pflanzlichen Grundstoff von Biodiesel viel zu gering sind und die Preise für den Endverbraucher deutlich über dem derzeitigen Diesel-Öl-Niveau liegen, ergibt sich beim Wasserstoff das Problem, dass dessen Herstellung wesentlich mehr Energie benötigt, als im Endeffekt gewonnen wird. Zudem erweist sich die Handhabung als sehr gefährlich, da Wasserstoff hochentzündlich ist, weshalb dessen Transport bzw. Lagerung in einem Fahrzeug ein technisches Problem darstellt, das bis dato noch nicht hinreichend gelöst ist. Auch die hoch gelobte Solartechnik, die von vielen schon als zukunftsweisende Energieart bezeichnet worden ist, scheidet als

Alternative zum Erdöl aus, da die zurzeit vorhandene Technik nur dazu ausreicht, lokal zur begrenzten Wärme- und Stromgewinnung eingesetzt zu werden. Als Alternative im Transport- und Verkehrswesen braucht diese Technik indes gar nicht erst erwähnt werden, da sie aufgrund der, in den gemäßigten Breiten vorherrschenden, begrenzten Sonneneinstrahlung eine viel zu unsichere Methode der Energiegewinnung darstellt. Aufgrund dieser Tatsache sollte darüber nachgedacht werden, jeglichen finanziellen Aufwand, der nach wie vor hierfür betrieben wird, zu streichen. Es lässt sich also festhalten, dass in den nächsten Jahren und Jahrzehnten nicht damit zu rechnen ist, dass die industrialisierte Welt auf neue Treibstoffe zurückgreifen können. Vor dem Hintergrund einer gewaltigen Zunahme an PKW, LKW, Flugzeugen und auch Schiffen, die in den nächsten Jahren zu erwarten ist, wird sich der ohnehin schon hohe Ölverbrauch noch einmal deutlich steigern. Der Verlust der eigenen Reserven (in der westlichen Welt), der Mangel an Alternativen und der steigende Erdölbedarf bewirken also, dass sich jeder Industriestaat zwangsläufig verstärkt in die Abhängigkeit vom OPEC-Öl begeben wird. Verstärkt wird dieses Problem, das sich zunächst für die aktuellen Industriestaaten ergibt, zusätzlich noch durch den Zuwachs an Staaten, die derzeit die Transformation zum Industriestaat durchleben. Hierdurch wird das Konkurrenzverhalten auf dem Ölmarkt noch wesentlich aggressivere Züge annehmen, als dies bereits heute der Fall ist; vor allem dann, wenn so mächtige und große Staaten wie Indien, die USA oder China um die Gunst eines potentiellen Öllieferanten buhlen. Aus dieser Situation heraus ergibt sich für die künftige Ausrichtung der globalen Energieversorgung eine vollkommen neue Qualität, da die in Konkurrenz zueinander stehenden Staaten versuchen werden (und auch müssen, um ihren Status aufrechtzuerhalten), die vorhandenen Ölvorkommen mit aller Macht für sich zu gewinnen. Da bis auf Russland, das als einzige Großmacht noch über eigene Reserven verfügt, sämtliche Industrienationen gezwungen sein werden, ihre Versorgung voll und ganz auf das OPEC-Öl auszurichten,<sup>1025</sup> wird sich die OPEC, mit ihrem mittelöstlichem Zentrum, sehr bald zum Mittelpunkt der internationalen Energiepolitik entwickeln. Aber nicht nur die künftige Monopolstellung der OPEC und die daraus entstehende Wettbewerbsverzerrung führen zu einer

---

<sup>1025</sup> Vgl. hierzu: Kap. 2.1.1

Beeinträchtigung der Erdölversorgung und des dazugehörigen Marktes, sondern auch das sich ausbreitende Phänomen des Islamismus und seiner gewaltbereiten Ausprägung in Form des Islamistischen Terrorismus.

Galten bislang der Kommunismus und das westlich-demokratische System, als die alles entscheidenden politischen Weltanschauungen, so hat sich mittlerweile eine neue Ideologie auf der weltpolitischen Bühne etabliert, die im Begriff ist, zu einer neuen ernstzunehmenden Herausforderung vor allem für den Westen zu werden, der Islamismus. Entstanden aus dem Hass auf westliche Einflussnahme innerhalb der islamischen Welt, die sich aus der Kolonialpolitik der europäischen Staaten ergeben hatte, hat sich der Islamismus zu einer Ideologie entwickelt, die ihrer Gefährlichkeit nach dem Kommunismus und dem Nationalsozialismus gleichzusetzen ist. Der Islamismus muss deshalb als politische Ideologie verstanden werden, weil sich dessen Anhänger bemühen einen auf islamischen Glaubensgrundsätzen basierenden Staat zu errichten, in dem das Wort Allahs als einzig gültige Rechtsgrundlage herangezogen wird. Diese sehr radikale Weltanschauung führt dazu, dass sich die Anhänger des Islamismus vollkommen gegen jeglichen nicht islamischen Einfluss wehren und diesen bekämpfen wollen. Richtet sich dieser Kampf zunächst gegen jeden westlichen Einfluss in der islamischen Welt, mit dem Ziel die gesamte islamische Welt von westlichen Werten zu „befreien“, so stellt die globale Islamisierung und damit verbunden die Weltherrschaft das langfristige Ziel der Islamisten dar. Der Islamismus muss daher als neue Bedrohung für den Weltfrieden verstanden werden, der entsprechend seiner fundamentalistischen Natur alles daran setzen wird, die oben genannten Ziele zu erreichen. Allerdings ist dieses Problem lange Zeit unterschätzt worden, da der Westen jahrelang zugesehen hatte, wie sich Afghanistan allmählich zu einem islamistischen Gottesstaat entwickelt hat. Diese Fehleinschätzung hat dazu geführt, dass sich dort mit der Al-Qaida eine Organisation niederlassen konnte, die sich voll und ganz darauf konzentrierte den Kampf gegen den Westen mittels terroristischer Anschläge aufzunehmen, um so ihrem Hauptziel, der „Befreiung“ der islamischen Welt, näher zu kommen. Obschon das eigentliche Ziel von Terroranschlägen darin verborgen liegt, die Öffentlichkeit auf einen bestimmten Umstand aufmerksam zu machen, um so die angegriffene Seite zum Umdenken zu bewegen und

gleichzeitig die eigene Anhängerschaft zu vergrößern, so hat die Al-Qaida und die ihr zugehörigen Terrorgruppen eine neue Qualität des Terrorismus vorgestellt, da der Terrorismus nicht mehr nur als Kommunikationsmittel fungiert, sondern als neue Art der Kriegsführung. Der Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan konnte in diesem Zusammenhang auch nicht dazu beitragen die Bedrohung des islamistischen Terrorismus zu minimieren, da ein Großteil der Al-Qaida-Mitglieder untergetaucht ist und nun aus dem Verborgenen heraus agiert. Die aktuelle und auch künftige Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus wird zusätzlich dadurch verschärft, dass sich viele, bislang gewaltfreie, Anhänger der islamistischen Ideologie zu neuen Terrorgruppen zusammentun, um die Ziele der Al-Qaida weiterzuverfolgen. Allerdings mussten sich auch die Terroristen inzwischen eingestehen, dass die Tötung von Zivilisten und die Attackierung westlicher Militärangehöriger nicht den gewünschten Effekt haben, um ihrem Ziel näher zu kommen, nämlich den Rückzug des Westens aus der islamischen Welt. Ihre bisherigen Attentate haben im Gegenteil sogar dazu beigetragen, dass sich die westliche Präsenz in der islamischen Welt nicht mehr nur auf zivile und wirtschaftliche Bereiche konzentriert, sondern nun mittlerweile auch massiv durch Soldaten ergänzt wird. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass der Westen, nicht mit gezielten und „großen“ konventionellen Terroranschlägen bekämpft werden kann. Um den Westen jedoch in seinen Grundfesten zu treffen und nachhaltig zu schaden, sind die Terroristen dazu übergegangen, neue Wege zu gehen, indem die Ölversorgung verstärkt ins Visier gerückt ist. Dieses neue Ziel bietet sich an, da eine erfolgreiche Störung der Ölversorgung zu wirtschaftlichem Chaos und zu einer Destabilisierung des westlichen Systems führen kann. Außerdem sitzen die Islamisten direkt an der „Quelle“, da sich der Kern der globalen Ölwirtschaft im Mittleren Osten befindet. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich die Bedeutung des OPEC-Öls künftig deutlich steigern wird, bekommt das „islamische Öl“ als potentielltes Anschlagziel eine zusätzliche Qualität, da sich eine Störung der Ölförderung gravierender auswirken würde, als dies heute noch der Fall wäre. Dennoch machen Anschläge auf die Ölwirtschaft aus Sicht der Terroristen auch heute schon Sinn, da nicht nur dem Westen geschadet würde, sondern auch diejenigen Regierungen geschädigt würden, die in den Augen der Islamisten Sklaven des Westens sind; in erster

Linie ist hier an Saudi-Arabien zu denken. Dass die Ölversorgung inzwischen Einzug in die Planungen der Terroristen gehalten hat, zeigt eine Reihe von bereits erfolgten Anschlägen auf derartige Einrichtungen. So werden beispielsweise im Irak regelmäßig Erdölpipelines Ziel terroristischer Attacken, was sich mitunter negativ auf die wirtschaftliche Gesundung des Irak ausgewirkt hat; zudem konnten die USA nicht das Förderziel erreichen, das sie kurz nach Beendigung der Kampfhandlungen im Frühjahr 2003 verkündet und anvisiert hatten, sodass Anschläge auf Bereiche der Ölinfrastruktur generell als erfolgsversprechend gewertet werden müssen. Auch wurden bereits in Saudi-Arabien Versuche unternommen, die Ölversorgung zu stören, was bislang jedoch ohne Folgen blieb. Es lässt sich also festhalten, dass die Ölwirtschaft ein ideales Ziel für islamistische Terroristen darstellt, und dass dieser Bereich künftig verstärkt in den terroristischen Planungen einbezogen werden wird. Fest steht allerdings auch, dass die Effizienz hinsichtlich solcher Ziele dahingehend eingeschränkt ist, dass konventionelle Waffen nicht über das notwendige Zerstörungspotential verfügen, um eine möglichst lang anhaltende Wirkung zu erzeugen. Aus diesem Grund muss zwangsläufig damit gerechnet werden, dass die Terroristen dazu übergehen werden, unkonventionelle Waffen einzusetzen. Ohne jetzt zu sehr auf die Ausführungen von Kap.3.4 einzugehen, muss hier vor allem der Einsatz von radiologischen, biologischen oder gar chemischen Waffen grundsätzlich als möglich erachtet werden, da die Herstellung oder Beschaffung solcher Waffen generell als ein realistisches Szenario, eingestuft werden muss. Sollte es zu einem solchen Anschlag kommen, wäre eine sehr wahrscheinliche Folge, dass die USA ihre militärische Präsenz im Mittleren Osten weiter ausbauen würden, um sich der Sicherheit der Erdölversorgung anzunehmen und um die Hintermänner und die dazugehörige Terrororganisation zu jagen. Die Ausweitung des Kampfes gegen den internationalen islamistischen Terrorismus wäre demnach die logische Konsequenz. Welche konkreten Folgen dies haben würde, wenn ein solcher Anschlag beispielsweise in Saudi-Arabien stattfände, wurde in Kap. 3.4.4 hinreichend erläutert. Es bleibt also festzuhalten, dass sich islamistische Terroristen bereits heute auf Bereiche der Ölwirtschaft als Anschlagziele konzentrieren, und dass sich dieser Trend aller Wahrscheinlichkeit nach weiter fortsetzen wird, zumal die Bedeutung des OPEC-Öls unweigerlich zunehmen

wird und daher die Folgen für den Westen als sehr schwerwiegend einzuschätzen sind. Auch der Einsatz von Massenvernichtungswaffen muss eindeutig in diese Überlegung mit einfließen, da es bereits in der Vergangenheit vermehrt Versuche seitens der Terroristen gegeben hat, derartige Waffen in den Besitz zu bekommen, weshalb davon ausgegangen werden muss, dass sie es auch weiterhin versuchen werden; voraussichtlich eines Tages mit Erfolg. Das heißt also, dass sich der aktuelle Konflikt zwischen dem Westen und dem islamistischen Terrorismus weiter verschärfen wird, und zwar wegen der Ressource Erdöl. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um einen konkurrenzbedingten Konflikt, sondern um einen Konflikt, bei dem die Ressource Erdöl als auslösender Faktor bewertet werden muss.

Fasst man bis hierhin die Ergebnisse dieser Arbeit zusammen, so zeigen sich bereits zwei Situationen, die Ausgangspunkt erdölbedingter Konflikte sein können bzw. sein werden. Die erste Situation beschreibt die künftige Verteilung der Erdölvorkommen und die daraus resultierende Umstrukturierung des Ölmarktes, die künftig weniger Wettbewerb, als vielmehr aggressives Konkurrenzverhalten mit sich bringen wird. Die Sicherung der Ölversorgung und das Streben danach, sich gegen Mitbewerber durchzusetzen stellt somit den ersten ölbedingten Konflikt dar, der jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach nicht in einem bewaffneten Konflikt münden wird, da die beteiligten Parteien dermaßen stark bewaffnet sind, dass am Ende einer militärischen Auseinandersetzung definitiv kein Sieger übrig bliebe, der noch einen Nutzen vom Öl hätte. Außerdem sind die beiden größten potentiellen Konkurrenten China und die USA bereits heute schon, trotz aller Widersprüche, wirtschaftlich dermaßen eng miteinander verbunden, dass entstehende Probleme diplomatisch gelöst werden. Einen Konflikt wird es zwar geben, aber keinen Krieg. Anders sieht dies jedoch aus, wenn sich Terroristen daran begeben und die Erdölversorgung, insbesondere in Saudi-Arabien nachhaltig stören. In diesem Fall wären die USA gezwungen sich in irgendeiner Art und Weise zu engagieren, da sich ein solcher Anschlag negativ auf den Ölpreis und auf die Versorgungssicherheit auswirken würde, denn es müsste jederzeit mit einem neuen Angriff gerechnet werden. Eine Verstärkung der Präsenz würde seinerseits jedoch wiederum dazu führen, dass auch die Terroristen neue Wege suchen, um die USA noch effektiver zu bekämpfen,

wodurch die Spirale der Gewalt neuen Schwung erhielte. Ein Angriff auf die Ölwirtschaft hätte also zur Folge, dass der Kampf gegen den international agierenden islamischen Terrorismus in eine neue Runde ginge, bei der am Ende die Souveränität bestimmter Staaten nicht mehr gewährleistet sein könnte, sollten die betroffenen Staaten selber nicht in der Lage sein, die Terrorismusgefahr einzudämmen. Denkbar wären hier beispielsweise gezielte Militäroperationen von (amerikanischen) Spezialeinheiten, die, ohne Zustimmung der jeweiligen Regierung, auf fremdem Territorium im Rahmen der Anti-Terror-Kampagne eingesetzt werden könnten. Derartige Aktionen hatte es zum Beispiel auch schon im Kampf gegen die kolumbianische Drogenmafia gegeben. Allerdings wären die Folgen solcher Operationen nur schwer abzuschätzen, sollten diese aufgedeckt werden. Es könnte zu Verstimmungen zwischen den beiden Regierungen kommen oder gar zu einer Unterbrechung der Beziehungen. Auch wäre es denkbar, dass es, sollte sich die betroffene Regierung nicht gegen derartige Aktionen wehren, zu Protesten innerhalb der Bevölkerung kommt, wodurch die Regierung zusätzlich unter Druck geriete. Letztenendes würde ein „großer“ Terroranschlag auf wichtige infrastrukturelle Bereiche der Erdölindustrie, bei dem ein erheblicher Schaden angerichtet würde, zu einer Verstärkung der militärischen Präsenz westlicher Staaten führen, was ohne Zweifel die Kluft zwischen der islamischen und der westlichen Welt weiter vergrößern würde. Zu einem Krieg bzw. zu einer Ausweitung des Einsatzes militärischer Mittel käme es aller Wahrscheinlichkeit jedoch nur im Rahmen des Anti-Terror-Kampfes. Ein Krieg gegen einen Staat würde im Gegensatz dazu keinen Sinn machen, schon gar nicht in Bezug auf Saudi-Arabein, da dieses Land traditionell eng mit den USA verbunden ist. Auch käme es nicht zu einem Krieg, sollte ein solcher Anschlag im Iran stattfinden, da die USA von dort kein Öl beziehen und somit die eigene Versorgung nicht gefährdet wäre. Lediglich das iranische Atomprogramm könnte unter bestimmten Umständen der Auslöser für einen Krieg sein, was allerdings aufgrund der in Kap.4.3.4 und Kap.4.3.5 dargestellten politischen Gegebenheiten ebenfalls als eher unwahrscheinlich (nicht als unmöglich!) einzustufen ist. Insgesamt muss hier jedoch einschränkend erwähnt werden, dass eine Ausweitung des Anti-Terror-Kampfes, um die Ölversorgung zu sichern, keinesfalls als Allheilmittel

verstanden werden darf, denn die USA sind bis heute nicht in der Lage Anschläge auf Erdöleinrichtungen im Irak zu unterbinden, und das, obwohl dort mehr als 150.000 amerikanische Soldaten stationiert sind. Die USA würden zwar versuchen, die Terroristen zu jagen und unschädlich zu machen, jedoch ist die Aussicht auf Erfolg äußerst gering, genauso wie beim aktuellen Kampf gegen den islamistischen Terrorismus. Dennoch birgt die Ressource Erdöl als künftiges Anschlagziel ein gehöriges Konfliktpotential, bei dem der Einsatz militärischer Mittel, wie auch immer dieser im einzelnen aussehen möge, garantiert ist, jedoch mit großer Sicherheit nur im Rahmen einer asymmetrischen Auseinandersetzung.

Bezugnehmend auf die Frage, wie stabil die drei OPEC-Staaten Saudi-Arabien, Irak und Iran hinsichtlich ihrer Funktion als Erdöllieferanten sind, zeigt sich ein höchst unterschiedliches Bild. Saudi-Arabien, das mit Abstand über die größten Erdölreserven verfügt, sieht sich einerseits mit der Aufgabe betraut seiner Rolle als Kernland des Islams mit seinen wichtigen islamischen Heiligtümern gerecht zu werden und andererseits ist Saudi-Arabien darauf angewiesen sein Öl gewinnbringend zu vermarkten, um die eigene Wirtschaft und somit das Überleben der Monarchie zu sichern. Kaum eine Regierung in der islamischen Welt befindet sich dermaßen oft auf einer Gratwanderung zwischen dem westlichen und dem islamischen Kulturkreis, was sich teilweise stark auf die soziale Struktur ausgewirkt hatte. So geriet die Regierung gegen Ende der 70er Jahre verstärkt unter Druck, weil sich viele Saudis für eine stärkere Rolle des Islams einsetzten. Um der drohenden Gefahr einer islamistischen Revolution entgegenzutreten, wurde daraufhin die Religion zum Zentrum der saudischen Lehre gemacht und die weltliche Ausbildung zunehmend vernachlässigt. Dies hatte jedoch zur Folge, dass Saudi-Arabien Gastarbeiter ins Land holen musste, da es zeitweise kaum gut ausgebildetes saudisches Fachpersonal gab. Dies führte wiederum zur Vergrößerung der Armenschicht, die den saudischen Staatshaushalt im Laufe der 80er Jahre aufgrund der niedrigen Ölpreise und der damit verbundenen Mindereinnahmen zusätzlich belastete. Aus dieser Armenschicht rekrutierte sich eine islamistische Opposition, die den Staat zu einigen Eingeständnissen zwingen wollte, worunter auch die Aufkündigung des Bündnisses mit dem Westen fiel. Auslöser war die Stationierung westlicher Truppen in Saudi-Arabien, im

Vorfeld der Operationen Desert Shield und Desert Storm 1990/1991. Da die Regierung auf diese Forderungen nicht eingehen konnte, wurden viele islamistische Oppositionelle verhaftet, wodurch die islamistische Bewegung erst einmal eingedämmt werden konnte. Aufgrund der Tatsache, dass sich die islamistische Opposition nie gewalttätig gezeigt hatte, wurden fast alle Inhaftierten 1999 wieder freigelassen, ohne, dass daraus eine neue innersaudische islamistische Bewegung entstand. Der Staat Saudi-Arabien war also bisher nicht ernsthaft gefährdet Opfer eines islamistischen Umsturzes zu werden, da alle wichtigen Ämter in den Händen der Familie Saud liegen und somit eine ausreichende Kontrolle gewährleistet werden konnte. Dennoch stellt die hohe Arbeitslosenzahl ein großes Problem dar, weil sich hieraus ein hervorragender Pool für die Rekrutierung islamistischer Gruppierungen ergibt. Diese Gruppierungen stehen allesamt mit der Al-Qaida in Verbindung, die neben der Bekämpfung der westlichen Staaten auch den Sturz der saudischen Familie zum Ziel hat, da diese einen zu engen Kontakt zum Westen hat. Saudi-Arabien hat also weniger Schwierigkeiten mit internen Islamistengruppen, als vielmehr mit einer außersaudischen Opposition, die gerade in den 90er einen enormen Zuwachs an saudischen Extremisten zu verzeichnen hatte. Um diesem Problem Herr zu werden und um die Armenschicht zu minimieren, setzt Saudi-Arabien seit dem rapiden Anstieg der Ölpreise und der dazugehörigen Steigerung der Staatseinnahmen alles daran den fehlgeleiteten und sehr religionslastigen Bildungsweg wieder auf die weltliche Schiene zu lenken, um so ausreichend eigenes Fachpersonal heranzuziehen und die Religion als Zentrum der saudischen Lehre wieder zurückzudrängen. Dieses Umdenken in der saudischen Bildungspolitik bewirkt einerseits, dass die Zahl der Islamisten bzw. die Zahl der für islamistische Gedanken anfälligen Personen reduziert wird, andererseits besteht jedoch wieder die Gefahr, dass sich die „Unbelehrbaren“ wieder reorganisieren und eine neue islamistische Opposition in Saudi-Arabien bilden, die sich gegen die Verweltlichung der saudischen Lehre auflehnt, worauf die Regierung allerdings nicht wieder mit Zugeständnissen reagieren darf, sondern mit einer klaren und harten Haltung. Islamistische Oppositionelle dürfen gar nicht erst in die Lage versetzt werden, ihre Meinung einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, da in der heutigen Zeit damit zu rechnen ist, dass sich ihre politische Aktivität nicht

mehr nur auf den politischen Dialog beschränken wird, sondern mit Unterstützung der Al-Qaida in eine gewaltbereite und terroristische Richtung ausarten wird. Solange es Saudi-Arabien also schafft eine innersaudische Opposition zu kontrollieren und gleichzeitig am Weg der Modernisierung des Bildungssystems festzuhalten, was wesentlich von den erdölbedingten Staatseinnahmen abhängt, so lange ist Saudi-Arabien als fester Partner des Westens einzustufen und somit auch als Garant der Ölversorgung. Auch muss die Gefahr als sehr gering eingeschätzt werden, dass Saudi-Arabien noch einmal zur „Ölwaffe“ greift, zumindest über einen längeren Zeitraum, da die Sicherheit der Königsfamilie und die Stabilität zu sehr von den Öleinnahmen abhängt, als dass ein unnötiges Risiko diesbezüglich eingegangen werden kann. Derzeitig kann Saudi-Arabien also als stabiler Staat betrachtet werden, der ein eigenes vitales Interesse daran hat, mit dem Westen Ölgeschäfte abzuschließen, sodass Saudi-Arabien als Konfliktgebiet im Rahmen der Erdölversorgung ausgeschlossen werden kann. Allerdings nur so lange die Familie Saud in Saudi-Arabien herrscht; sollte der Staat jedoch unter den Einfluss islamistischer Kräfte fallen, so kann sich dieses Gebiet sehr schnell zum Krisengebiet entwickeln, da die vorhandenen Erdölreserven, was Quantität und Qualität angeht, für den Erhalt der westlichen Wirtschafts- und Militärmacht zu wichtig sind. Ein militärischer Konflikt mit Saudi-Arabien, wegen des Rohstoffs Erdöl ist nach derzeitigem Stand der Dinge kurz- und mittelfristig absolut auszuschließen.

Das Gegenteil von Stabilität und Sicherheit stellt indes zurzeit der Irak dar, denn kein Erdöl besitzendes Land sieht sich einer so dramatischen und instabilen Lage gegenübergestellt, wie der Irak in der post-husseinschen Phase. Obschon der Irak bereits unter der Regierung der Baath-Partei und vor allem seit der Machtübernahme Saddam Husseins weit entfernt von einem stabilen Zustand war, so war er zu dieser Zeit jedoch nicht gefährdet, als Staat zu zerbrechen. Mit äußerster Brutalität bekämpfte Hussein lange Zeit die Autonomie-Bewegungen der Kurden im Norden und der Schiiten im Süden, wodurch der Irak als einheitlicher Staat erhalten blieb. Nachdem Saddam Hussein 2003 von den USA und Großbritannien gestürzt worden war und die erste Freude über dessen Sturz schnell dem nüchternen Alltag weichen musste, versank das Land allmählich in einem Bürgerkrieg, der noch heute tagtäglich

unzählige Opfer fordert. Hintergrund ist die jahrzehntelange Unterdrückung der Schiiten durch die sunnitische Minderheit und der dadurch entstandene Hass zwischen den radikalen Anhängern von Schiiten und Sunniten. Nun, wo sich die neue Regierung hauptsächlich aus schiitischen Vertretern zusammensetzt, versinkt die sunnitische Minderheit zunehmend in der Furcht Opfer schiitischer Repressionen zu werden, weshalb sich kein Vertrauen zwischen den beiden Gruppen aufbauen kann. Verstärkt wird dieses Misstrauen und der beiderseitige Hass durch islamistische Terrorgruppen, die sich auf die Seite der Sunniten geschlagen haben und mit ihren regelmäßigen und sehr gut durchgeführten Anschlägen, die Fronten weiter verhärten lassen. Der Sturz Husseins und die Einsetzung einer schiitisch dominierten Regierung haben dazu beigetragen, dass sich der Irak in einem Bürgerkrieg befindet, der durchaus die Gefahr birgt, dass sich der Irak von einem „Schurkenstaat“ in einen „failed state“, also in einen gescheiterten Staat verwandelt. Hier muss die Parallele zu Jugoslawien gezogen werden, da sich auch dieser Staat nach dem Ende der diktatorischen Herrschaft in ein Bürgerkriegsland verwandelt hat, woraus am Ende mehrerer unabhängige Staaten entstanden sind, nachdem es zu erbitterten Kämpfen gekommen war. Ein ähnliches Schicksal droht nun auch dem Irak, der angesichts seiner Vergangenheit eigentlich eine Chance für den Neuanfang und für die Wiedereingliederung in die Weltgemeinschaft verdient hätte. Stattdessen sterben vor den Augen westlicher Soldaten gegenwärtig mehr Menschen, als dies zu Zeiten Saddam Husseins der Fall war, weshalb die gesamte Militäraktion von 2003, unter anderem aus diesem Grund, als Fehler bezeichnet werden muss. Die USA und Großbritannien haben nicht nur dafür gesorgt, dass der Irak im Bürgerkrieg versinkt, sondern sie haben zudem dazu beigetragen, dass die islamistischen Terroristen, die nur zwei Jahre zuvor aus Afghanistan vertrieben wurden, ein neues „Einsatzgebiet“ erhalten haben, in dem sie ihr ganzes „Können“ der Welt präsentieren können. Neben der konkreten Gefahr, die für den Irak als Staat besteht, stellen die täglichen Berichte über Terroranschläge im Irak eine ideale Werbekampagne dar, die leicht von anderen Gruppen in anderen Staaten als Vorlage verstanden werden können. Da die alliierten Streitkräfte im Irak zurzeit vollkommen mit der Situation überfordert sind, da sie keine nennenswerten Erfolge im Kampf gegen die Terroristen verbuchen können und angesichts der noch unzureichend

ausgebildeten und ausgestatteten irakischen Soldaten, ist ein baldiges Ende der Terrorkampagne nicht abzusehen. Es handelt sich dabei vielmehr um einen Zermürbungskrieg, der am Ende von demjenigen gewonnen wird, der die größere Ausdauer hat und dies werden nach dem derzeitigen Stand die Terroristen sein, da die amerikanische Regierung bald nicht mehr dem Druck standhalten kann, den die Opposition und die Bevölkerung bereits ausüben und noch ausüben werden. Zwar gibt sich die amerikanische Administration noch siegessicher und zuversichtlich, dass der Kampf doch noch gewonnen werden kann, jedoch wird sich dies spätestens zu Beginn der nächsten Wahlkampfphase ändern. Derzeitig können vor allem die Demokraten mit ihrem Wunsch nach dem Abzug der amerikanischen Soldaten bei der Bevölkerung punkten, weshalb die republikanische Partei in absehbarer Zeit zum Umdenken gezwungen sein wird, will sie nach der Amtszeit Bushs auch weiterhin den Präsidenten stellen. Da Präsident Bush jedoch definitiv nicht wiedergewählt werden kann, besteht allerdings auch durchaus die Gefahr, dass er angesichts seiner Position keine Zugeständnisse machen wird und er die Soldaten solange es geht, vor Ort belässt. Wer auch immer die nächste Präsidentschaft im Weißen Haus innehaben wird, wird zwangsläufig über einen Rückzug nachdenken und ihn in Gang setzen müssen. Sollte es den alliierten Streitkräften bis dahin nicht gelungen sein, die Lage im Irak zu stabilisieren und den Bürgerkrieg zu beenden, wird der Irak entweder in mehrere Einzelstaaten zerfallen oder gar von den Islamisten übernommen, die dann versuchen würden, den Irak in einen radikalen Gottesstaat zu verwandeln. Aber nicht nur für Golfregion hätte eine solche Entwicklung eine destabilisierende Wirkung, da jederzeit damit gerechnet werden müsste, dass eine solche islamistische Bewegung die irakischen Grenzen überschreitet, um weitere Territorien für sich zu gewinnen, sondern auch für den internationalen Ölmarkt. In Anbetracht der Tatsache, dass Islamisten keinerlei Interesse daran haben das irakische Öl zu vermarkten, da sie keinen Bezug zu Reichtum und Konsumgütern haben, würde der Irak als Öllieferant ausscheiden, was wiederum ernsthafte Konsequenzen für den Ölmarkt haben würde. Hier spielt vor allem wieder die künftige Verlagerung der Ölversorgung eine Rolle, denn diese kann nur gewährleistet werden, wenn alle Staaten der OPEC bzw. alle wichtigen Erdölförderländer auf die zu erwartende Entwicklung reagieren und

ihre Förder- und Produktionsquoten entsprechend den Gegebenheiten anpassen würden. Saudi-Arabien alleine wäre bald nämlich nicht mehr in der Lage eventuelle Versorgungsengpässe mit der Erhöhung der eigenen Förderkapazitäten auszugleichen, weshalb auch die Bedeutung des irakischen Öls, im Vergleich zu heute, deutlich steigen wird. Sollten die islamistischen Kräfte also im Irak die Macht an sich reißen, so wäre der Westen bzw. die industrialisierte Welt förmlich gezwungen erneut im Irak einzugreifen, denn ein Verlust der irakischen Ölquellen würde den Ölmarkt in Zukunft zu sehr beeinträchtigen. Betrachtet man sich in diesem Zusammenhang die Geschichte des Irak und insbesondere die Kriege, die seit 1980 geführt wurden, so wäre ein solcher Waffengang der insgesamt vierte, bei dem der Rohstoff Erdöl eine Rolle spielte, denn Öl war bei allen vorhergehenden Kriegen ein wichtiger Faktor. Ging es beim Iran-Irak-Krieg darum, einen (für die Ölindustrie) wichtigen Seeweg und iranische Ölquellen zu erobern, so war der Golfkrieg 1991 seitens der irakischen Regierung mit Schrägbohrungen Kuwaits und dem damit verbundenen Diebstahl irakischen Besitzes begründet worden. Unabhängig vom Wahrheitsgehalt dieser Behauptung, Tatsache ist jedoch, dass die westlichen Staaten sehr schnell und sehr massiv darauf reagierten, was sicher nicht nur deshalb geschah, um dem Staat Kuwait die Souveränität wiederzugeben, sondern vielmehr, um die kuwaitischen Ölquellen wieder dem freien Markt, also dem Westen zur Verfügung zu stellen. Auch bezüglich des Krieges 2003 muss davon ausgegangen werden, dass der Rohstoff Erdöl eine nicht unwesentliche Rolle gespielt hat, denn die USA mussten befürchten, dass sie nicht am irakischen Öl beteiligt würden, wenn der Sicherheitsrat, aufgrund der schlechten Versorgungslage im Irak, die Sanktionen gelockert oder ganz ausgesetzt hätte. Aller Wahrscheinlichkeit nach hätte die damalige irakische Regierung nur demjenigen Erdöl angeboten, der nicht darauf bedacht war, der Hussein-Diktatur zu schaden. Da die USA jedoch seit 1990 eine harte Anti-Hussein-Politik verfolgt hatten, genauso wie Großbritannien, mussten die amerikanische und britische Regierung zwangsläufig damit rechnen, dass sie unter Saddam Hussein keinen Zugang zum irakischen Öl bekommen hätten. Aus diesem Grund muss der Faktor Öl zumindest als ein Motiv für den Krieg in Betracht gezogen werden. Allerdings spielten auch die irakischen Massenvernichtungswaffen eine wichtige Rolle bei der Entscheidung über den

Einsatz militärischer Mittel gegen die Hussein-Diktatur. Jedoch konzentrierte sich die amerikanische Regierung dabei weniger auf die „alten“ Massenvernichtungswaffen, die man noch vermutete,<sup>1026</sup> als vielmehr auf die unmittelbaren Folgen, die eine Lockerung oder Aufhebung der Sanktionen auch in diesem Bereich hätten haben können, denn der Irak wäre in diesem Fall auch in die Lage versetzt worden, erneut Know-How und Ausrüstungsgüter für die Entwicklung neuer Massenvernichtungswaffen-programme ins Land zu importieren, wodurch der Irak künftig wieder zu einer Bedrohung geworden wäre. Bei der Beurteilung des Irak-Krieges 2003 bleibt also festzuhalten, dass die USA und Großbritannien in erster Linie an die Folgen einer Lockerung der Sanktionen gedacht haben müssen, denn diese wären für beide Staaten bezüglich des Erdöls und hinsichtlich der Entwicklung neuer Massenvernichtungswaffen sehr negativ gewesen. Es spricht also alles dafür, dass der Krieg 2003 nicht wegen der noch vermuteten Massenvernichtungswaffen geführt worden ist, auch wenn diese als offizielle Begründung angeführt worden waren. Stattdessen deutet vieles darauf hin, dass beide Staaten für sich eine günstigere Ausgangslage schaffen wollten, die es einerseits erlaubt hätte freie wirtschaftliche Beziehungen mit dem Irak zu unterhalten und die andererseits dafür gesorgt hätte, dass der Irak in Zukunft keine Massenvernichtungswaffen mehr herstellt. Um dies jedoch erreichen zu können, musste Saddam Hussein gestürzt werden, denn mit ihm als Staatschef wäre der Irak niemals dazu übergegangen, normale wirtschaftliche Beziehungen zum Westen und speziell zu den USA und Großbritannien aufzubauen, genauso wenig, wie man ihm hätte dahingehend vertrauen können, dass der Irak nicht wieder an der Herstellung von Massenvernichtungswaffen gearbeitet. Bei der Entscheidung über den Krieg 2003 griffen also wirtschaftliche wie auch sicherheitspolitische Überlegungen ineinander, sodass man heute nicht sagen kann, dass es nur um Öl oder nur um die Massenvernichtungswaffen ging, sondern um das Zusammenspiel mehrerer Faktoren. Auch wenn hierfür der letzte Beweis bis heute nicht erbracht werden kann, so lässt sich jedoch klar erkennen, dass das Öl eine nicht unerhebliche

---

<sup>1026</sup> Die vermuteten Massenvernichtungswaffen stellten jedoch hinsichtlich ihrer Qualität und Quantität keine ernstzunehmende Gefahr für die USA oder einem Verbündeten der USA dar, da die Waffenkontrolleure einen sehr großen Teil dieser Bestände nachweislich vernichten konnten.

Rolle bei der Planung des Krieges gespielt haben muss, denn direkt nach der Beendigung der offiziellen Kampfhandlungen übernahmen die USA die alleinige Kontrolle über die irakischen Ölquellen; intern hatte der Schutz der Quellen sogar oberste Priorität, noch vor dem Schutz und der Versorgung der Bevölkerung. Es zeigt sich also, dass der Irak der beste Beweis dafür ist, dass Kriege um oder bedingt durch Erdöl bereits heute schon Realität sind, und dass dies in der Vergangenheit bereits des Öfteren der Fall gewesen ist. Hier muss jedoch einschränkend erwähnt werden, dass es noch nie einen Krieg gegeben hat, bei dem Öl offiziell alleiniger Kriegsgrund war. Sämtliche Kriege, bei denen es in irgendeiner Weise um Öl ging, wurden nach außen hin mit anderen Missständen begründet. Angenommen die aktuelle irakische Regierung würde von islamistischen Kräften gestürzt werden und den Westen und alle anderen Staaten vom irakischen Öl abschneiden, so könnte dies als Gefahr für den Weltfrieden gedeutet werden, was einen erneuten Waffengang zur Folge haben könnte. In diesem Fall bestünde sogar die realistische Chance, dass sich die Kriegsgegner von 2003 ebenfalls für einen Waffengang aussprechen würden, denn anders als bei Saddam Hussein, der wirtschaftliche und politische Beziehungen zu den Kriegsgegnern von 2003 aufgenommen hätte (für den Fall eine Lockerung der Sanktionen), legen Islamisten keinen Wert auf derartige Kontakte. Sie lehnen sie sogar ab, da sie jede andere Ideologie und jedes andere politische Weltbild ablehnen, sodass auch die Kriegsgegner von 2003, sollte der oben beschriebene Fall eintreten, ein Interesse daran haben dürften, jeglichen islamistischen Einfluss in der irakischen Administration zu „entfernen“. Der Irak ist und bleibt also ein Pulverfass, bei dem Öl stets eine besondere Bedeutung hatte und in Zukunft erst recht bekommen wird. Fällt die irakische Regierung und wird diese durch Islamisten ersetzt, wird es wieder zu einem Krieg kommen; davon kann ganz sicher ausgegangen werden.

Während Saudi-Arabien in seiner derzeitigen Form als sicherer Bündnispartner des Westens gewertet werden kann und der Irak aus seiner Rolle als Unsicherheitsfaktor und kriegsgefährdetes Land nicht herauskommt, so nimmt der Iran eine ganz besondere und spezielle Position ein. Der Iran gilt heute als eines der gefährlichsten Länder der Welt, weil die Staatsführung von islamischen Klerikern ausgeübt wird, die keinen Bezug zu westlichen Werten und zur westlichen Kultur besitzt. Auch scheinen das Völkerrecht und

internationale Abkommen und Verträge keine zentrale Bedeutung bei der Politik dieses Landes zu finden, da diese permanent missachtet werden. Dies richtet sich vor allem auf die Unterstützung terroristischer Gruppen, dem Staatsterror, dem sich Regimegegner jahrelang gegenübergestellt sahen und nicht zu vergessen, die Entwicklung und Herstellung von Massenvernichtungswaffen. Von besonderer Brisanz ist allerdings auch das hasserfüllte Verhältnis zu Israel, das sich zu recht vom Iran bedroht fühlt. All diese Faktoren haben erstaunlicherweise bislang noch nicht zu einem Krieg geführt, obschon die Kriterien, die die USA selber für einen solchen Krieg gesetzt haben, hier weitaus eher erfüllt sind, als dies im Irak jemals der Fall war. Der Westen, allen voran die USA, messen also mit zweierlei Maß und dass, obwohl der Iran aufgrund seiner Ideologie, seiner Größe und seiner militärischen Fähigkeiten eine sehr große Gefahr darstellt; für den Mittleren Osten und Israel sowie für Europa. Diese Gefahr existiert allerdings nur in der Theorie, denn die Islamische Republik Iran hat noch nie einen Krieg begonnen und sie wird an dieser Politik mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit auch weiterhin festhalten, da sie sich bewusst ist, dass ein Angriff auf Israel oder auf einen anderen Staat, mit einer massiven Reaktion seitens der USA oder Israels einhergehen wird. Denn weder die USA noch Israel würden bei einem Angriff, nur „des lieben Friedens willen“, auf eine Reaktion verzichten. Auch wenn der Iran bis dahin eigene einsatzbereite Atomwaffen hätte, so wäre dies nichts gegen das, was die USA und Israel zu bieten hätten, sodass der Iran aufgrund der israelisch-amerikanischen nuklearen Überlegenheit am Ende mit einem hohen Maß an Zerstörung zu rechnen hätte. Folglich ist es sehr unwahrscheinlich, dass der Iran eine militärisch offensive Politik verfolgen wird, auch wenn die verbale Kriegsführung der Teheraner Regierung dies schnell vermuten lässt. Dass der Iran bislang kein Ziel amerikanischer Kriegspläne geworden ist, auch wenn davon ausgegangen werden kann, dass es bereits Pläne für eine mögliche Militäraktion gibt, liegt an der besonderen Stellung des Iran im internationalen System. Seit der Islamischen Revolution im Jahr 1979 hatte sich der Iran immer stärker vom Westen distanziert, da die Kleriker, angeführt von Ayatollah Khomeini, den Westen für die desolate Wirtschaftslage und für die Entfremdung von der islamischen Tradition verantwortlich gemacht hatten. Im Glauben, den Iran zum Musterstaat eines

islamischen Gottesstaates machen zu können, der als Vorbild für die Reislamisierung der vom Westen misshandelten islamischen Welt gedacht sei, musste die Regierung sehr schnell feststellen, dass der Westen nicht auf den Iran, der Iran aber auf den Westen angewiesen und die Idee, die Islamische Revolution in die Welt hinauszutragen, so nicht durchzuführen war. Die Folge dieser Politik war die politische Isolation, die zudem durch den Krieg gegen den Irak zusätzlich verstärkt wurde, obschon der Krieg vom Irak begonnen worden war. Die schlechte wirtschaftliche Situation und die Isolation führten zwar dazu, dass sich die Nachfolger Khomeinis vermehrt darum bemühen mussten, wieder in Kontakt zu Europa zu treten, was auch zeitweise konkrete Züge annahm. Dennoch scheiterte die gänzliche Normalisierung der Beziehungen an der radikalen Haltung gegenüber Israel, der Unterstützung terroristischer Gruppierungen sowie der systematischen Verfolgung und Tötung von Regimegegnern. Aus dieser Situation heraus war der Iran also genötigt mit anderen Staaten und Mächten Abkommen zu schließen, um so das wirtschaftliche und politische Überleben zu sichern. Da außer dem Westen nur noch Russland und China als mögliche Partner übrig blieben, richtete die Mullah-Regierung ihr Hauptaugenmerk auf diese beiden Staaten. So entwickelte sich in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts eine enge wirtschaftliche Partnerschaft, die mittlerweile noch durch eine militärische Versorgung Irans, hauptsächlich durch Russland, ergänzt wird. Für Russland hat sich folglich im Iran ein wichtiger Absatzmarkt ergeben, der inzwischen zivile, militärische und auch nukleare Waren, Güter und Dienstleistungen umfasst. China hat seinerseits im Iran einen wichtigen Öllieferanten gefunden, der maßgeblich dazu beiträgt, den stetig steigenden chinesischen Öldurst zu stillen. Russland und China haben daher ein vitales Interesse daran, dass sich an dieser Situation nichts ändert. Und genau hier entsteht nun die Konfliktlinie, die es den USA nicht erlaubt militärisch im Iran einzugreifen, sei es wegen der dortigen Ölvorkommen, noch wegen des iranischen Atomprogramms. Das Wissen um die Interessen Russlands und Chinas hat den Iran in eine fast schon unangreifbare Position gerückt, die die Regierung in Teheran in vollen Zügen ausnutzt, indem sie trotz aller internationalen Proteste am Atomprogramm in seiner jetzigen Form festhält und indem sie Israel regelmäßig verbal angreift. Für die westliche Welt ist im Falle des Iran ein politisches Dilemma

entstanden, denn eine deutliche Verschärfung der Sanktionen in Form von Wirtschaftssanktionen und der eventuellen Androhung von Gewalt kann auch beim Fortführen des Atomprogramms ausgeschlossen werden, da Russland und China selber von diesen Sanktionen betroffen wären. Die USA können daher keinen Krieg gegen den Iran führen, der nur das Ziel verfolgen würde, die iranischen Ölquellen unter die eigene Kontrolle zu bringen. Zwar bietet sich das iranische Atomprogramm als „rauchender Colt“ an, jedoch bestünde dann die äußerst reale Gefahr, dass es zu einer Neuauflage des Kalten Krieges käme, bei dem die USA und der Westen nicht nur einem atomar bewaffneten Gegner gegenüberstünden, sondern sie müssten sich auch gegen China behaupten, das in den letzten Jahren einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt hat, und das zudem ein massives Modernisierungsprogramm seiner Streitkräfte durchführt. Da eine solche Konfrontation in keinem Verhältnis zum Wert der iranischen Ölquellen steht, ist ein Krieg gegen den Iran, ohne gültiges UN-Mandat, vollkommen auszuschließen. Aber nicht nur die bestehenden Beziehungen des Iran und die daraus zu schließende Schutzmachtfunktion Russlands und Chinas verhindern einen Krieg, sondern auch das mangelnde Interesse der USA am iranischen Erdöl. Hätten die USA ein Interesse am iranischen Öl und wären sie bereit dafür einen Krieg zu beginnen, so wären sie bereits früher dazu übergegangen, den Iran unter (militärischen) Druck zu setzen, allein schon wegen der Entwicklung anderer Massenvernichtungswaffen. Da die USA bislang jedoch darauf verzichtet haben, die militärische Option offen auszusprechen, muss der Wille der USA, militärisch einzugreifen als sehr gering erachtet werden, zumal die USA zur Zeit noch keine Engpässe hinsichtlich der Erdölversorgung befürchten müssen. Des Weiteren müssen auch die Erfahrungen des Irak-Krieges und die unmittelbaren Folgen für die Stabilität des Staates Irak bei der Betrachtung als möglicher Grund einbezogen werden, denn die USA müssen zwangsläufig damit rechnen, dass ein Krieg gegen den Iran nur dazu führen würde, dass sich ein zweiter Kriegsschauplatz für islamistische Terroristen ergeben würde. Außerdem wäre der Iran ein weitaus stärkerer Gegner als der Irak, da sich der Iran auf einem militärisch recht hohen Niveau befindet, weshalb seitens der amerikanischen Streitkräfte mit einer hohen Verlustrate gerechnet werden müsste. Momentan spricht folglich alles gegen einen Krieg, auch wenn der Iran

weiter an seinem Atomprogramm festhält, denn die negativen Folgen eines Konfliktes überwiegen eindeutig die Folgen, die sich aus einem atomar unabhängigen Iran ergeben würden. Daraus resultiert also zwangsläufig die Notwendigkeit, dass die USA einfach hinnehmen müssen, dass der Iran den Urankreislauf in vollem Umfang beherrscht, und das damit auch automatisch die Gefahr verbunden ist, dass sich der Iran auch zu einer militärischen Atommacht entwickeln könnte. So lange der Iran Inspektionen zulässt und so lange der IAEO keine eindeutigen Beweise für ein militärisches Atomprogramm vorliegen, sind dem Westen die Hände gebunden. Einen Krieg könnte es nur geben, wenn der Iran seine Außenpolitik deutlich offensiver gestaltet, indem die Regierung offen mit Krieg droht oder gar einen anderen Staat angreift. Dann hätte der angegriffene Staat, das in der UN-Charta festgeschriebene Recht, sich verteidigen zu dürfen. Da sich der Iran jedoch durchaus der möglichen Folgen bewusst ist, kann ohne Zweifel davon ausgegangen werden, dass der Iran keinen derartigen Schritt wagen würde, auch nicht, wenn er Atomwaffen zur Verfügung hätte. In diesem Fall hätten die Atomwaffen nur den Sinn, den Iran vor einem Angriff von außen zu schützen.

Zusammenfassend lässt sich die eingangs gestellte Frage, ob es künftig zu Erdölbedingten Kriegen kommen wird, nicht mit hundertprozentiger Sicherheit beantworten. Die Vielzahl von Faktoren, die die Entscheidung darüber beeinflussen, ist dermaßen groß, dass es sich bei der Beurteilung darüber immer nur um eine individuelle Betrachtung handeln kann. Eine Antwort, die lautet: „Die Gefahr ist sehr groß, dass es künftig zu Kriegen um die Ressource Erdöl kommt“ ist genauso falsch, wie die Antwort: „Die Gefahr ist sehr gering, dass es künftig zu Kriegen um die Ressource Erdöl kommt“. Die richtige Antwort kann daher nur lauten, dass die Gefahr von Kriegen erst dann gegeben ist, wenn sich ein Staat, der über eine bestimmte Menge Erdöl verfügt, vom gesamten Ölmarkt zurückzieht und auf den Ölexport verzichtet. Dies hätte sowohl für den „Westen“, als auch für die asiatischen Großmächte Indien und China schwerwiegende Folgen, denn der Wegfall eines größeren Ölproduzenten würde zu einer globalen Verknappung und somit zu einer massiven Ölpreissteigerung führen. Auch wenn es eher unwahrscheinlich ist, dass sich die asiatischen Staaten an einem Krieg direkt beteiligen würden, so wäre in diesem Fall jedoch damit zu rechnen, dass sie einen Waffengang

zumindest dulden würden. In Anbetracht der Tatsache, dass sich die entscheidenden Ölproduzenten im Mittleren Osten befinden und davon ausgehend, dass dort diejenigen fundamentalistischen Kräfte am stärksten vertreten sind, die keinerlei Interesse am Ölgeschäft haben, liegt die Vermutung nahe, dass ein oben beschriebener Krieg am ehesten in eben dieser Region stattfinden wird (Der Irak muss hier als besonders gefährdet angeführt werden, wenn die eher schwache Regierung durch islamische Fundamentalisten gestürzt würde). Solange die asiatischen Staaten jedoch mit Erdöl versorgt würden und nur der Westen unter einem „Ölembargo“ leiden würde, so wie dies beim Iran der Fall ist, kann ein Krieg kategorisch ausgeschlossen werden; es sei denn es kommt noch ein weiterer Faktor, wie etwa das iranische Atomprogramm hinzu. Dass dies jedoch ebenfalls noch nicht zu einem militärischen Automatismus führt, zeigt die aktuelle Situation, denn ein militärischer Schritt gegen den Iran ist derzeit unwahrscheinlich, da China und Russland, als Mitglieder des Sicherheitsrates, noch keinen wirtschaftlichen Nachteil erleiden mussten und somit nach wie vor ein vitales Interesse daran haben, dass der derzeitige Status Quo aufrechterhalten bleibt. Einem, von den USA angeführten Krieg gegen den Iran würden diese Staaten keinesfalls zustimmen.

Generell muss jedoch festgehalten werden, dass der Islamismus der größte Feind vor allem der westlichen Interessen ist, und dass sich dessen Anhänger bemühen werden, dem Westen so effektiv wie möglich zu schaden und dies lässt sich am besten bewerkstelligen, indem sich die Ölversorgung zum Hauptziel des islamistischen Terrors entwickeln wird. Daraus ergibt sich, dass die Gefahr, dass es zu einem Krieg um den Rohstoff Erdöl kommt, auf zweierlei Ebenen zu beurteilen ist. Während die Gefahr, dass es zu einem Konflikt zwischen Staaten kommt eher unwahrscheinlich ist, so ist die Gefahr ungleich größer, dass es zu einem weiteren Krieg oder einer Ausweitung des asymmetrischen Kampfes zwischen islamistischen Kräften und dem Westen kommen wird. Ein Krieg zwischen Staaten darf allerdings nicht ganz ausgeschlossen werden, denn die Erfahrung hat gezeigt, dass Bündnisse und Partnerschaften, die lange Bestand hatten, auch schnell beendet und aufgekündigt werden können, insbesondere dann, wenn die alte Herrschaftsform und deren Politiker durch Fundamentalisten gestürzt werden.

In diesem Zusammenhang käme bei den behandelten Staaten Saudi-Arabien und eventuell in Zukunft der Irak in Frage. Bezugnehmend auf die, in der Einleitung formulierten These, lässt sich jedoch ganz klar feststellen, dass der Rohstoff Erdöl dermaßen wichtig ist, dass Kriege nicht nur möglich, sondern bereits Realität sind, denn in sämtlichen Golfkriegen, in denen der Irak seit der Machtübernahme Saddam Husseins verwickelt war, hatte das Erdöl eine wichtige Stellung, bei der Entscheidung über einen Waffengang eingenommen. (Auch spielte das Erdöl eine Rolle beim Krieg gegen die Taliban 2001, denn diese hatten sich Jahre zuvor geweigert dem Bau einer Erdölpipeline zu zustimmen; nachdem die Taliban aus der Regierung Afghanistans vertrieben worden waren und Präsident Karzai die Macht übernommen hatte, wurde umgehend mit dem Bau begonnen.) Das heißt also, dass das Erdöl in seiner Bedeutung so hoch anzusiedeln ist, dass vor einem bewaffneten Konflikt nicht zurückgeschreckt wird. Die Golfkriege sind der beste Beweis dafür. In Anbetracht der Tatsache, dass der Westen über keine erwähnenswerten Alternativen zum Erdöl verfügt und sich der Ölmarkt in Zukunft wesentlich stärker auf die OPEC und somit auf die islamische Welt konzentrieren wird, entsteht für den Westen die Notwendigkeit alles für den Schutz der Ölversorgung zu unternehmen, da nur so der wirtschaftliche und militärische Status gewährleistet werden kann. Sollte sich einer der bisherigen „Ölpartner“ vom Westen lossagen, kann die Antwort aufgrund der extremen Abhängigkeit vom Erdöl, nur Krieg bedeuten, denn nur so könnte die Versorgungslage wieder zu Gunsten der westlichen Welt wieder verändert werden. Die Schlussfolgerung dieser Arbeit ist daher: *„Die eingangs aufgestellte Hypothese gilt als verifiziert und somit als wahre Aussage, da sich in der nahen und mittelfristigen Zukunft nichts an der Ölabhängigkeit der westlichen Staaten ändert wird. Da der gesamte Lebensstandard der westlichen Hemisphäre auf der sicheren Versorgung mit Erdöl beruht, sind Kriege um diese Ressource unvermeidbar, wenn die Versorgung massiv und nachhaltig gestört wird, und dies ist angesichts der Bedrohung durch islamistische Kräfte in der islamischen OPEC ein äußerst reales Szenario. Bei einer Zunahme des Islamismus und einer Zunahme der Bedrohung der Ölversorgung werden Kriege um Öl ein standardisiertes Mittel der westlichen Außenpolitik werden,*

*ganz gleich, ob im Rahmen symmetrischer oder asymmetrischer Konflikte. Kriege um Öl haben bereits stattgefunden und sie werden stattfinden!“*

## 5.2 Perspektive und Lösungsansätze

Die Tatsache, dass es in der Vergangenheit bereits zu Kriegen um den Rohstoff Erdöl gekommen ist und davon ausgehend, dass es in Zukunft mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu weiteren bewaffneten Auseinandersetzungen kommen wird, stellt sich anschließend die Frage, welche Möglichkeiten existieren, diese Situation zu verhindern. Auch hier ist eine eindeutige Antwort nicht möglich; was jedoch möglich ist, ist, die in der vorliegenden Arbeit dargestellten Probleme aufzugreifen und nach individuellen Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Dass die zurzeit serienreifen und bereits in der praktischen Verwendung befindlichen Alternativen Energien keine Alternative zum Erdöl darstellen, wurde hinreichend dargestellt. Um die existenten Energien dennoch so verwenden zu können, dass sich ihr Anteil im Energiebereich gegenüber dem Erdöl steigert, ist ein rigoroses Umdenken erforderlich. Dies betrifft in erster Linie die Bereitstellung von Geldern in Forschungsbereichen, wo bereits heute schon feststeht, dass sie keinen Beitrag zur Loslösung vom Erdöl leisten können. So ist beispielsweise jede Investition in die Entwicklung von solarbetriebenen Fahrzeugen von vornherein eine Fehlinvestition, da diese Technologie zu sehr von der Sonneneinstrahlung abhängig ist, die weder in den gemäßigten Breiten und erst recht nicht in sehr nördlich gelegenen Gebieten auch nur in geringem Umfang einsetzbar ist. Außerdem leidet diese Technologie daran, dass die eingesetzten Motoren keine kommerziell nutzbare Leistungseffizienz bietet, die jedoch im Bereich des Güter- und Warenverkehrs dringend benötigt wird. Aus diesem Grund sollten jegliche Forschungsgelder in diesem Bereich gestrichen werden und anderen zukunftsweisenden Technikbereichen zugeführt werden. So wären die Forschungsgelder im Bereich der Brennstoffzellentechnik und im Bereich der Wasserstoffherstellung deutlich besser aufgehoben, da hier die Alltagstauglichkeit bereits nachgewiesen ist. Ja sogar das deutsche Militär ist dazu übergegangen den Brennstoffzellenantrieb zu nutzen, was ein eindeutiges Indiz dafür ist, dass es sich dabei um eine serienreife Technologie handelt, die,

genauso wie die bisherigen Antriebstechnologien einer normalen Weiterentwicklung unterliegen. Die in der Solarforschung eingesparten Gelder könnten indes dafür eingesetzt werden, die noch bestehenden Probleme des Wasserstofftransports zu beheben, wodurch die gesamte Brennstoffzellentechnologie einen wesentlichen Schritt in Richtung Serienreife für Fahrzeuge machen würde. Ein weiteres Problem, das sich in diesem Zusammenhang ebenfalls noch darstellt und sich negativ auf die Serienreife der Technologie auswirkt, ist die Herstellung von Wasserstoff, da diese sehr Energieintensiv und daher auf herkömmlichem Wege einfach noch zu teuer ist. Eine mögliche Lösung dieses Problems ist die, in Kap. 2, bereits angesprochene Koppelung von Alternativen Energien. So könnten Wind- und Solaranlagen dazu herangezogen werden, die benötigte Energie für die Wasserstoffherstellung bereitzustellen. Neben dem Ausbau der Wasserstofftechnologie bietet sich aber auch die Verwendung von Biodiesel und anderer, auf pflanzlichen Grundstoffen basierender, Treibstoffe an. Da es hierbei jedoch noch zum Teil erhebliche technische Schwierigkeiten gibt, da nicht alle Dieselfahrzeuge eine Werksfreigabe für die Verwendung von solchen Treibstoffen erhalten haben. Problematisch ist vor allem der Verunreinigungsgrad, den diese Treibstoffe aufgrund ihrer pflanzlichen Herkunft haben, weshalb Dieselfahrzeuge mit moderner Einspritztechnologie nicht als Klientel für Biodiesel herangezogen werden können. Ein weiteres Problem, das sich derzeit deutlich macht, ist der Mangel an ausreichender Anbaufläche für pflanzliche Treibstoffe, obschon dieses Problem durchaus durch die Agrarflächen z.B. in Ostdeutschland gelöst werden könnte. Was jedoch auf jeden Fall geschehen müsste, um Biotreibstoffe für den Endverbraucher interessant zu machen, ist eine drastische Reduzierung der Kosten, denn Biodiesel liegt heute noch über dem Preis von herkömmlichen Diesel, weshalb es kaum Kunden für Biokraftstoffe gibt. Der Staat ist somit gehalten eine neue Steuerpolitik zu betreiben, die es dem Kunden leichter macht sich für Biodiesel zu entscheiden. Zudem muss die Industrie dazu aufgefordert werden, ihre Dieselsechnologie so weiterzuentwickeln, dass nicht nur die älteren Fahrzeuge von dem neuen Treibstoff profitieren, sondern auch die neuen und empfindlicheren, weshalb einerseits die Fahrzeugtechnik an sich verändert werden müsste, und andererseits auch die Filter- und

Reinigungstechnologie der Kraftstoff produzierenden Industrie einen neuen Standard erreichen müsste. Um sich darüber hinaus von der Erdölabhängigkeit weiter zu lösen, indem man das Erdöl in seiner ganzen Breite aus der Stromerzeugung herausnimmt, führt künftig kein Weg mehr daran vorbei, die alte Anti-Atom-Politik über Bord zu werfen und diese Technologie einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Es gibt natürlich genug Gründe, weshalb man sich vom Atomstrom entfernen sollte, jedoch überwiegen meines Erachtens die Vorteile die Nachteile, da nur die Atomtechnologie im Stande ist, den Energiebedarf langfristig zu sichern, zumindest im Vergleich zu anderen Technologien. Hierbei geht es jedoch nicht mehr nur alleine um die Reduktion der ölbedingten Energiegewinnung, sondern mittlerweile auch konkret um Umweltschutz, denn die Atomenergie ist unumstritten die sauberste Art der Stromerzeugung, was in Zeiten des Klimawandels und der nachweisbaren Erderwärmung ein weiterer entscheidender Faktor ist. So hat sich beispielsweise im Rahmen einer europäischen Studie herausgestellt, dass die im Bau befindlichen deutschen Braunkohlekraftwerke, die als Ersatz für die Atomkraftwerke Verwendung finden sollen, als äußerst umweltschädigend einzuordnen sind, da sie eine große Menge an CO<sup>2</sup> ausstoßen, wohingegen ihre Energieerzeugungsleistung nicht mit der eines Atomkraftwerks zu vergleichen ist. Der Ausbau der Atomenergie ist trotz der bekannten Risiken ein wichtiger Ansatzpunkt, um sich zumindest im Bereich der Stromerzeugung vom Erdöl zu lösen, denn die unabhängige Bereitstellung von Strom für die Industrie sichert zumindest schon einmal ansatzweise den Fortbestand der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Staates. Das soll nicht bedeuten, dass man den Ausbau der Alternativen Energien stoppen sollte, da sie im Einzelfall und in bestimmten Regionen einen nicht unerheblichen Beitrag zur Energiegewinnung leisten können, jedoch nicht überall und nicht in dem erforderlichen Maß, sodass die Atomenergie zwangsläufig wieder in den Mittelpunkt der Energiepolitik rücken muss und auch wird. Was ebenfalls, gerade in Deutschland, von Vorteil ist, ist die Steinkohle, die allgemeinen Schätzungen nach, noch für rund 200 Jahre zur Verfügung steht und somit als eine energetische Reserve bewertet werden muss, über die nicht viele Staaten verfügen. Dieser Bodenschatz bietet nicht nur die Möglichkeit Strom zu erzeugen, sondern auch die Möglichkeit, um aus dem in der Kohle enthaltenen

energetischen Potential neue Kraftstoffe zu entwickeln, zumindest würde es sich lohnen in diesem Bereich Forschungsgelder zu Verfügung zu stellen, um die generelle Machbarkeit nachzuweisen oder aber auch auszuschließen.

Neben der Neuorientierung im Bereich der Energiegewinnung, die zwingend notwendig ist, insbesondere bei der Verteilung von Forschungs- und Entwicklungsgeldern, spielt auch die Neuausrichtung des Verhältnisses zwischen dem Westen und der islamischen Welt eine entscheidende Rolle. Aufgrund der Tatsache, dass sich einige westliche Staaten eine lange Zeit als Kolonialherren in der islamischen betätigt haben, besteht in diesem Kulturkreis ein natürliches Misstrauen gegenüber westlichen Werten und Interessen. In den Augen vieler, die ihrerseits nicht zwingend als Islamisten bezeichnet werden dürfen, erscheint das westliche Machtgehabe und die direkte Einflussnahme im islamischen Raum, ausgelöst durch den Golfkrieg 1991, als Neuauflage einer drohenden Kolonialisierung. Der Krieg gegen Afghanistan und der Golfkrieg 2003 unterstreichen in gewisser Weise diese Auffassung, da der Westen bislang keine Signale gegeben hat, den islamischen Kulturkreis auch wieder zu verlassen. Natürlich wäre es fatal, wenn die USA ihre Truppen überstürzt aus dem Irak abziehen würden und natürlich würde ein Rückzug der ISAF aus Afghanistan dazu beitragen, dass sich die Taliban wieder zurück an die Macht putschen würden, jedoch muss auch ganz klar gesehen werden, dass sich die USA und einige europäische Staaten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts extrem in die Belange des Mittleren Ostens eingemischt haben, ohne dass ein Ende dieser Einmischung in Sicht ist. Dieser Umstand schürt das Misstrauen in der Bevölkerung jedes islamischen Staates, wodurch die radikalen Islamisten einen enormen Zulauf zu verzeichnen hatten und auch haben. In den Augen dieser Menschen, womit nicht die islamistischen Führer gemeint sind, sondern eher das „Fußvolk“, muss die westlich-militärische Präsenz wie eine Art Besatzung wirken. So lange der Westen also dermaßen präsent in der islamischen Welt ist, wird es auch nicht zu einer Beruhigung der Situation kommen. Im Interesse der islamisch-westlichen Beziehung muss der Rückzug aller westlichen Soldaten aus der islamischen Welt oberste Priorität haben, auch wenn dies das Risiko birgt, dass sich eines Tages wieder neue islamistische Regierungen bilden. Die USA müssen daher alles dafür tun, dass die irakischen Sicherheitskräfte endlich in die Lage versetzt werden, ohne

fremde Hilfe im Irak für Sicherheit zu sorgen. Hierzu gehört eine massive Aufrüstung des irakischen Militärs und die Ausbildung des militärischen Nachwuchses, was im Übrigen auch von anderen westlichen Staaten durchgeführt werden kann. Gleiches gilt auch für Afghanistan. Zudem müssten die USA dazu übergehen, nicht nur als schwer bewaffnete Besatzungsmacht im Irak in Erscheinung zu treten, sondern auch Helfer in den Irak zu entsenden, die dazu beitragen, die Infrastruktur (und nicht nur die der Ölindustrie) wieder aufzubauen und die Versorgung mit Strom, Wasser und Lebensmitteln zu sichern. Der zum Teil radikal wirkende Auftritt, den die amerikanischen Soldaten indes im Irak (zu nennen sind hier unter anderem die Fehlritte amerikanischer Soldaten in Abu Ghraib) und auch in Afghanistan an den Tag legen, schürt nur weiteres Misstrauen und Hass. Das heißt also, dass sich der Westen alsbald wieder aus den islamischen Staaten zurückziehen muss, um wieder Vertrauen in der islamischen Welt aufzubauen und um somit den Islamisten den Nachwuchs zu nehmen. Die Beziehungen zwischen dem Westen, wobei der Westen hier nicht mehr als homogene Einheit zu verstehen ist<sup>1027</sup> und der islamischen Welt müssen auf ein ausgeglichenes und partnerschaftliches Niveau geführt werden, bei dem es nicht mehr primär um den Islamismus geht, sondern um den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, bei der der Westen und die islamischen Staaten absolut gleichberechtigte Partner sind. Es darf keinesfalls mehr der Eindruck entstehen, dass Staaten wie Saudi-Arabien oder andere Staaten der arabischen Halbinsel, die hier nicht weiter erörtert worden sind, als Sklaven der westlichen Welt betrachtet werden, denn dies führt zu einem Zuwachs an islamistischen Potential und zu einer weiteren Eskalation des westlich-islamistischen Konflikts. Zudem sollte sich der Westen von jedweder unnötiger Provokation der islamischen Welt distanzieren, denn dies bereitet den Islamisten eine neue Basis für die Rekrutierung neuer Anhänger. Allerdings darf hier nicht der Anschein erweckt werden, dass sich der Westen auch im Kampf gegen den Islamistischen Terrorismus zurückziehen soll, und dass die Reaktion der USA

---

<sup>1027</sup> Heutzutage muss innerhalb der westlichen Welt vor allem dahingehende unterschieden werden, dass einige Staaten, wie etwa die USA und Großbritannien unter anderem wegen des Irak-Krieges einen schwereren Stand in der islamischen Welt haben, als etwa Frankreich und Deutschland, die sich gegen den Krieg 2003 ausgesprochen haben. Aus diesem Grund gibt es zum Teil gravierende Unterschiede bei der Beurteilung des Verhältnisses zwischen dem „Westen“ und der islamischen Welt.

nach dem 11. September 2001 ein Fehler waren (hiermit ist der Krieg gegen die Taliban gemeint), es soll lediglich darauf verwiesen werden, dass die westliche (militärische) Präsenz in Afghanistan und im Irak nicht unnötig in die Länge gezogen werden darf. Damit dies nicht geschieht, müssen die westlichen Staaten in ihrem Anti-Terror-Kampf wesentlich effektiver werden, was eine zeitlich begrenzte Intensivierung des Kampfes fordert. So müsste die NATO ihre Truppenstärke in Afghanistan deutlich erhöhen, um die Taliban ein für allemal so zu schwächen, dass die afghanischen Sicherheitskräfte mit dem verbleibenden „Rest“ alleine fertig würden. Da dieser notwendige Schritt bislang jedoch ausgeblieben ist, muss davon ausgegangen werden, dass es innerhalb der NATO am politischen Willen, wie auch an der Bereitschaft hierfür entsprechende Gelder bereitzustellen, mangelt, obwohl mit einer Verstärkung der Truppen und einer besseren Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte, die Möglichkeit gegeben wäre die Situation in Afghanistan „zeitnah“ zu stabilisieren. Ebenso müssten die USA im Irak handeln, wobei die bereits dort stationierten 150.000 Soldaten dafür eigentlich ausreichen müssten. Das zeigt also, dass Masse nicht gleichbedeutend mit Effizienz ist, sodass die USA eine vollkommen neue Strategie für den Irak entwickeln müssen, denn der Rückzug der amerikanischen Soldaten aus dem Irak ist nur eine Frage der Zeit, weshalb die USA nun gezwungen sind, mit einer noch größeren Härte und Effizienz gegen die Islamisten vorzugehen, damit sie zeitnah den Irak verlassen, können ohne ein zu großes islamistisches Potential zurückzulassen. Im Falle des Irak und Afghanistans muss das Ziel daher sein, die islamistischen Kräfte mit einer kurzen aber harten Offensive zu bekämpfen, und zwar so, dass die nationalen Sicherheitskräfte im Anschluss einer solchen Offensive alleine „zurechtkommen“. Eine Fortführung der bisherigen Strategie, die im Endeffekt noch keine Erfolge hervorgebracht hat, lässt die Kluft zwischen der islamischen und der westlichen Welt nur größer werden, denn der Eindruck einer dauerhaften Besatzung und Re-Kolonialisierung kann dann nur noch sehr schwer verhindert werden. Das Schaffen von Vertrauen ist also der Schlüssel für die Normalisierung des Verhältnisses zwischen der islamischen und der westlichen Welt, insbesondere in Bezug auf die Haltung innerhalb der islamischen Bevölkerung, ganz gleich, ob im Irak, Afghanistan oder in einem anderen Staat des islamischen Kulturkreis. Um den strenggläubigen

islamischen Bereich einmal kurz zu verlassen, übernimmt die Türkei als Brückenland zwischen dem islamischen und dem westlichen Kulturkreis eine wichtige Vermittlerrolle. Dieser Staat ist bei beiden Kulturkreisen anerkannt und steht für die Verwirklichung eines gesellschaftlich islamisch geprägten Staates, der auf dem westlichen Demokratiemodell basiert, und dies schon seit 1923. Würde die EU nun über ihren Schatten springen und der Türkei den EU-Beitritt ermöglichen, so könnte dies eine Signalwirkung für die gesamte islamische Welt haben, denn so könnte der Westen anderen islamisch dominierten Staaten beweisen, dass die Auswahl der Partner nicht davon abhängt, welche Religion im jeweiligen Land vorherrscht. Auch wenn dies zurzeit noch jeder Realität entbehrt, denn die Chancen, dass die Türkei EU-Mitglied wird, sind derzeitig als nicht sehr hoch zu werten, so verbirgt sich hinter dieser Idee *eine* Möglichkeit das gegenseitige Vertrauen zu stärken.

Außer der Tatsache, dass der Westen in der Pflicht steht, sich schnell aus den islamischen Staaten zurückzuziehen, um recht bald wieder eine neue Vertrauensbasis zu schaffen, stehen die islamischen Staaten, die wie Saudi-Arabien auf den „Petro-Dollar-Fluss“ angewiesen sind, um die eigene Macht zu erhalten, bald dazu übergehen müssen, neue Einnahmequellen zu erschließen, denn sonst werden sie in einigen Jahrzehnten nicht mehr in der Lage sein den Status Quo zu halten, wenn die Ölquellen allmählich zur Neige gehen. Die Gefahr für die saudische Regierung wäre dann sehr groß, dass sie von einer islamistischen Bewegung gestürzt würde. Um dieser Bedrohung zu entgehen, muss Saudi-Arabien rechtzeitig dazu übergehen den Staatshaushalt mit anderen finanziellen Quellen zu versorgen. Dass die saudische Regierung bereits heute über die Zeit nach dem Öl nachdenkt, zeigen die Versuche, eine moderne IT-Industrie aufzubauen, die zum zweiten wirtschaftlichen Standbein ausgebaut werden soll. Auch setzen immer mehr Staaten der arabischen Halbinsel auf Tourismus als neue Einnahmequelle, wie zum Beispiel Dubai, das insbesondere in Europa einen enormen Zuspruch als Tourismusziel gefunden hat und sich anschickt den bereits erreichten Rang weiter auszubauen. Diesem Vorbild folgen mittlerweile auch einige andere Staaten, was sich wiederum positiv auf das gegenseitige Vertrauen auswirkt. Greift man die oben bereits erwähnte Situation auf, dass Wasserstoff in Zukunft eine besondere Rolle im Rahmen der Fortbewegung einnehmen könnte, was jedoch

mit einem extremen Energieaufwand verbunden ist, so könnten die sonnenreichen Staaten der islamischen Welt riesige Solarparks errichten, die die notwendige Energie für die Wasserstoffherstellung erzeugen. Dieser Wasserstoff könnte dann als „Ölersatz“ vermarktet und auf einem internationalen Markt angeboten werden. Zwar würde eine erneute wechselseitige Abhängigkeit zwischen den beiden Kulturkreisen entstehen, jedoch nicht in dem Maße, wie die, die zurzeit besteht, da die Industriestaaten einen Teil des benötigten Wasserstoffs selber herstellen könnten. Zusätzlich zur Herstellung von Wasserstoff könnten die Solarparks auch dazu beitragen, den eigenen Energiebedarf der jeweiligen Staaten zu decken, und eventuelle Überschüsse ins benachbarte Ausland zu liefern, was einen neuen Markt erschließen würde.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die derzeitige Konfrontation zwischen der islamischen und der westlichen Welt kein dauerhafter Zustand sein muss. Beide Seiten, der Westen, wie auch der islamische Kulturkreis haben Möglichkeiten die Situation zu entschärfen und einen dauerhaften Frieden zu sichern, indem sich beide rational auf die aktuellen und künftigen Probleme konzentrieren und ungeachtet ihrer Religion nach Lösungen suchen. Obschon mit den in diesem Kapitel aufgeführten Lösungsansätzen nur ein paar wenige Ideen vorgestellt werden konnten, denn eine ausführliche Beschäftigung mit diesem Thema würde den Rahmen dieser Arbeit deutlich sprengen, so zeigen sie doch grundsätzliche Richtungen für die künftige Energiepolitik, in Verbindung mit dem notwendigen politischen und kulturellen Umgang miteinander. Was dieses Kapitel jedoch auf jeden Fall gezeigt hat, ist, dass eine Eskalation des Konflikts nur mit Eingeständnissen des Westens und der Bereitschaft sich zu öffnen seitens der islamischen Welt verhindert werden kann. Aber, und das ist im Kontext dieser Arbeit grundsätzlich als Ergebnis festzuhalten: Konflikte um Öl hat es bereits gegeben, und dass es erneut zu ölbedingten Konflikten kommen kann, steht außer Frage, allerdings gibt es auch eine Vielzahl von Möglichkeiten derartige Konflikte zu verhindern; die Grundlage hierfür ist jedoch der feste Wille auf beiden Seiten, alles daran zu setzen heute schon Lösungen für die Probleme von morgen zu finden. Hierzu müssen jedoch alle Seiten eng zusammenarbeiten und sich im Kampf gegen den Islamismus einig sein, damit

sich der Westen darauf verlassen kann, dass diese Ideologie und deren Anhänger auch innerhalb der islamischen Welt verfolgt und mit voller Hingabe bekämpft wird. Geschieht dies, kann das Risiko eines ernsthaften Konflikts zwischen beiden Kulturen auf ein akzeptables Minimum reduziert werden, denn Krieg darf nicht mehr so leichtfertig als Mittel der Politik eingesetzt werden, wie dies vor allem 2003 geschehen ist. Krieg kann und darf nur das letzte Mittel sein und auch nur dann wenn die Existenz eines Staates oder einer Kultur massiv gefährdet ist. Dies gilt im Übrigen für alle Staaten und Kulturen und beschränkt sich nicht nur auf das Existenzrecht der abendländischen Kultur und wirtschaftlichen Stärke; dies sollten insbesondere diejenigen Regierungen beachten, die im Besitz außergewöhnlicher militärischer Stärke sind, denn militärische Stärke verpflichtet auch zum besonnen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln; diese Staaten stehen in einer besonderen Verantwortung.

## **6. Literaturverzeichnis**

### Monographien / Sammelbände

- Al-Farsy, Fouad: Neuzeit und Tradition, Cambridge 1992
- Allison, Graham: Nuclear Terrorism, New York 2004
- Al` Subay, Muhammad: Das kollektive Handeln der OPEC-Staaten. Ein Anwendungsbeispiel für die Olsonsche Logik, Münster 2004
- Alt, Franz: Krieg um Öl oder Frieden durch Sonne, München 2002
- Antes, Peter: Der Islam als politischer Faktor, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1991
- Arkoun, Mohammed: Der Islam. Annäherung an eine Religion, aus dem Frz. übersetzt von Michael Schiffermann, Heidelberg 1999
- Attali, Jaques: Strahlende Geschäfte. Gefahren des internationalen Atomschuggels, Darmstadt 1996
- Aust, Stefan; Schnibben, Cordt(Hrsg.): Irak. Geschichte eines modernen Krieges, München/Hamburg 2003
- Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2002, Berlin 2003
- Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2003, Berlin 2004
- Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2004, Berlin 2005
- Auswärtiges Amt(Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2005, Berlin 2006
- Barth, Hans Karl; Schliephake, Konrad: Saudi-Arabien, Gotha/Stuttgart 1998
- Bauer, Michael: Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien, aktuelle Analysen 30 der Hanns-Seidel-Stiftung, München 2002
- Baumgarten, Helga: Arafat. Zwischen Kampf und Diplomatie, München 2002
- Bawa, Hussein Ali: Ein Führer in Bagdad. Ideologie und Herrschaftstechnik der Baath-Parteien, in: Kreuzer, Mary; Schmidinger, Thomas(Hrsg.): Irak. Von der Republik der Angst zur bürgerlichen Demokratie?, Freiburg 2004
- Bawa, Hussain Ali: Demokratie und Föderalismus im Irak. Wunsch und Wirklichkeit, in: Kreuzer, Mary; Schmidinger, Thomas(Hrsg.): Irak. Von der Republik der Angst zur bürgerlichen Demokratie?, Freiburg 2004
- Becker, Una: Zur schwierigen Kontrolle biologischer Waffen, in: Ratsch, Ulrich; Mutz, Reinhard; Schoch, Bruno; Hauswedell, Corinna; Weller, Christoph(Hrsg.): Friedensgutachten 2005, Münster 2005
- Bergen, Peter: Heiliger Krieg Inc. – Osama Bin Ladens Terrornetz, Berlin 2001
- Berman, Paul: Terror und Liberalismus, Hamburg 2004
- Beutel, Peter: Die zentrale Rolle der Golfregion für die Versorgung mit Erdöl, in: Landeszentrale für Politische Bildung Baden Württemberg(Hrsg.): Die Golfregion in der Weltpolitik, Stuttgart/Berlin/Köln 1991
- Blix, Hans: Mission Irak. Wahrheit und Lügen, München 2004
- Borries, Hans-Walter: Gefahren für die innere Sicherheit. Abwehr und Bewältigung von Terroranschlägen mit ABC-Waffen, hrsg. von der Kommunalpolitischen Vereinigung Bildungswerke e.V., Recklinghausen 2003
- BP Nachhaltigkeitsbericht 2003
- BP 2006 Statistical Review of World Energy
- Breuer, Rita: Grundlagen der Sharia und ihre Anwendung im 21. Jahrhundert, in: Bundesministerium des Innern(Hrsg.): Islamismus, 3.Aufl., Berlin 2004

- Buchta, Wilfried: Die iranische Schia und die islamische Einheit 1979-1996, Hamburg 1997
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(Hrsg.): Erneuerbare Energien. Innovationen für die Zukunft, Berlin 2004
- Cordesman, Anthony H.; Hashim, Ahmed S.: Iran. Dilemmas of Dual Containment, Boulder/Oxford 1997
- Czempiel, Ernst-Otto: Weltpolitik im Umbruch. Die Pax-Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen, 4. Aufl., München 2004
- Eich, Dieter; Hübener, Karl L.: Die strategischen Rohstoffe. Ein politisches Handbuch, Wuppertal 1988
- Elger, Ralf(Hrsg.): Kleines Islam-Lexikon. Geschichte-Alltag-Kultur, Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe 383, Bonn 2001
- Fabry, Philipp W.: Zwischen Schah und Ayatollah. Ein Deutscher im Spannungsfeld der Iranischen Revolution, Gießen 1983
- Farouk-Sluglett, Marion: Der Irak seit 1958. Von der Revolution zur Diktatur, Frankfurt a.M. 1991
- Farschid, Olaf: Staat und Gesellschaft in der Ideologie der ägyptischen Muslimbruderschaft, in: Bundesministerium des Innern(Hrsg.): Islamismus, 3.Aufl., Berlin 2004
- Fischer-Tahir, Andrea: Widerstand und genozidale Verfolgung in Kurdistan (1968-2003). Akteure, Möglichkeiten und Grenzen, Perspektiven, in: Kreutzer, Mary; Schmidinger, Thomas(Hrsg.): Irak. Von der Republik der Angst zur bürgerlichen Demokratie?, Freiburg 2004
- Fürtig, Henner: Kriege um Öl und Vorherrschaft. Die Wettrecke Golf, in: Steinbach, Udo(Hrsg.): Arabien. Mehr als Erdöl und Konflikte, Opladen 1992
- Fürtig, Henner: Zwischen Modelldemokratie und Staatszerfall: Irak am Scheideweg, in: Ratsch, Ulrich; Mutz, Reinhard; Schoch, Bruno; Hauswedell, Corinna; Weller, Christoph(Hrsg.): Friedensgutachten 2005, Münster 2005
- Fürtig, Henner: Liberalisierung als Herausforderung. Wie stabil ist die Islamische Republik Iran?, Berlin 1996
- Fürtig, Henner: Irak, in: Ende, Werner; Steinbach, Udo(Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 501, Bonn 2005
- Gießmann, Hans J.: „Achse des Bösen“: Das selektive Feindbild der Bush-Doktrin, Hauswedell, Corinna; Weller, Christoph; Ratsch, Ulrich; Mutz, Reinhard; Schoch, Bruno(Hrsg.): Friedensgutachten 2003, Münster/Hamburg/London 2003
- Gräf, Bettina: Rechtsberatung per Telefon: „Frag` den Gelehrten“. Islam und Sharia: Populärer Rat und verbindliche Normen, in: Bundeszentrale für Politische Bildung(Hrsg.): Weltreligion Islam, Bonn 2002
- Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?, Berlin 1997
- Häckel, Erwin: Internationale Energiepolitik, in: Woyke, Wichard(Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 9. völlig überarb. Aufl., Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 404, Bonn 2004
- Hafez, Kai: Der Islam und der Westen – Kampf der Zivilisationen?, in Hafez, Kai(Hrsg.): Der Islam und der Westen, Frankfurt a.M. 1997
- Heine, Peter: Terror in Allahs Namen. Extremistische Kräfte im Islam, Bonn 2004
- Hirschmann, Kai: Internationaler Terrorismus, in: Woyke, Wichard(Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 9. völlig überarb. Aufl., Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 404, Bonn 2004

- Höhl, Kathrin; Kelle, Alexander: Die multinationale Rüstungskontrolle von chemischen Waffen am Scheideweg. Das Chemiewaffen-Übereinkommen und seine erste Überprüfungs-konferenz, HFSK-Report 15/2003, Frankfurt a.M. 2003
- Hoffmann, Bruce: Terrorismus – Der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe 417, Bonn 2002
- Holtmann, Caspar: Die Wirtschaft des Irak: Entwicklungsstand und –potential, in: Kilian, Björn; Tobergte, Christian; Wunder, Simon(Hrsg.): Nach dem Dritten Golfkrieg: Sicherheitspolitische Analysen zu Verlauf und Folgen des Konflikts, Berlin 2005
- Hübsch, Hadayatullah: Fanatische Krieger im Namen Allahs. Die Wurzeln des islamistischen Terrors, Kreuzlingen/München 2001
- Hübschen, Jürgen: Die Zukunft des Irak – Pax Americana?, Wiesbaden 2005
- Hunger, Iris: Akute Bedrohung oder permanentes Risiko? – Die Chemiewaffen, in: Kubbig, Bernd W.(Hrsg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, Die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt/New York 2003
- Jäggi, Christian J.; Krieger, David J.: Fundamentalismus. Ein Phänomen der Gegenwart, Wiesbaden 1991
- Jacquard, Roland: Die Akte Osama Bin Laden. Das geheime Dossier über den meistgesuchten Mann der Welt, München 2001
- Kaltschmitt, Martin; Hartmann, Hans(Hrsg.): Energie aus Biomasse. Grundlagen, Techniken und Verfahren, Berlin/Heidelberg 2001
- Kamp, Karl-Heinz: Nuklearterrorismus: Fakten und Fiktionen, Interne Studien Nr.96/1994 der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin 1994
- Kaplan, David E.; Marshall, Andrew: AUM. Eine Sekte greift nach der Welt, Berlin 1998
- Kekule, Alexander S.: Bio-Tod in 45 Minuten? – Das Biowaffenarsenal, in: Kubbig, Bernd W.(Hrsg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, Die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt/New York 2003
- Kelle, Alexander; Schaper, Anette: Bio- und Nuklearterrorismus. Eine kritische Analyse der Risiken nach dem 11.September 2001, HFSK-Report 10/2001, Frankfurt a.M. 2001
- Kepel, Gilles: Das Schwarzbuch des Dschihad. Aufstieg und Niedergang des Islamismus, München 2004
- Khomeini, Behzad: Die schiitischen doktrinären Grundlagen des politischen Systems der Islamischen Republik Iran, Münster/Hamburg/London 2003
- Khosrozadeh, Behrouz: Demokratie und Zivilgesellschaft in Okzident und Orient. Eine vergleichende Studie. Der islamische Orient: Das Fallbeispiel Iran, Berlin 2003
- Khoury, Adel Th.: Die Quellen des Islam, in: Kuckertz, Beate(Hrsg.): Das grüne Schwert. Weltmacht Islam – Bedrohung oder Erlösung?, München 1992
- Klevemann, Lutz: Der Kampf ums heilige Feuer. Wettlauf der Weltmächte am Kaspischen Meer, Berlin 2002
- Kokoski, Richard(Hrsg.): Technology and the Proliferation of Nuclear Weapons, New York 1995
- Konzelmann, Gerhard: Im Namen Allahs, des Allbarmherzigen. Das Zeitalter des Islam beginnt, in: Kuckertz, Beate(Hrsg.): Das grüne Schwert. Weltmacht Islam – Bedrohung oder Erlösung?, München 1992
- Koszinowski, Thomas(Hrsg.): Saudi-Arabien: Ölmacht und Entwicklungsland. Beiträge zur Geschichte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Hamburg 1983
- Krämer, Gudrun: Der „Gottesstaat“ als Republik. Islam und Demokratie, in: Hafez, Kai(Hrsg.): Der Islam und der Westen, Frankfurt a.M.1997

- Krause, Joachim: Rüstungskontrolle, in: Woyke, Wichard(Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 9. völlig überarb. Aufl., Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 404, Bonn 2004
- Krause, Joachim: Strukturwandel der Nichtverbreitungspolitik. Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und die weltpolitische Transformation, Schriften des Forschungsinstituts der deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Reihe Internationale Politik und Wirtschaft Bd.65, Bonn 1995
- Krause, Joachim; Magiera-Krause, Christiane(Hrsg.): Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit, Bd. XXIX: 2001/2002, Sankt Augustin 2003
- Krech, Hans: Der Bürgerkrieg im Irak (1991-2003), Berlin 2003
- Kreutzer, Mary; Schmidinger, Thomas(Hrsg.): Einleitung. Ein Überblick der historischen und gesellschaftlichen Entwicklung des Irak, in: Kreutzer, Mary; Schmidinger, Thomas(Hrsg.): Irak. Von der Republik der Angst zur bürgerlichen Demokratie?, Freiburg 2004
- Kubbig, Bernd W.(Hrsg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, Die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt a.M./New York 2003
- Langthaler, Willi: Der irakische Widerstand und die schiitische Frage, in: Göbel, Rüdiger; Guillard, Joachim; Schiffmann, Michael(Hrsg.): Der Irak. Krieg, Besetzung, Widerstand, Köln 2004
- Laqueur, Walter: Krieg dem Westen, München 2003
- Meier, Andreas: Politische Strömungen im modernen Islam, Lizenzausgabe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1995
- Meier, Oliver: Die Aktivitäten im Atombereich. Die IAEO und das geheime Nuklearprogramm des Irak, in: Kubbig, Bernd W.(Hrsg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, Die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt a.M./New York 2003
- Müller, Harald: Supermacht in der Sackgasse? Die Weltordnung nach dem 11.September, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 419, Bonn 2003
- Müller, Harald: Nukleare Krisen und transatlantischer Dissens. Amerikanische und europäische Antworten auf aktuelle Probleme der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen, HSFK-Report 9/2003, Frankfurt a.M. 2003
- Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 387, Bonn 2002
- Nabiyeef, Rizvan: Erdöl- und Erdgaspolitik in der kaspischen Region. Ressourcen, Verträge, Transportfragen und machtpolitische Interessen, Berlin 2003
- Neuneck, Götz: Terrorismus und Massenvernichtungswaffen: Eine neue Symbiose?, in: Hirschmann, Kai(Hrsg.): Die weltweite Gefahr. Terrorismus als internationale Herausforderung, Berlin 2002
- Nirumand, Bahman: Iran. Die drohende Katastrophe, Köln 2006
- Önder , Zehra: Saudi-Arabien. Zwischen islamitischer Ideologie und westlicher Ökonomie, Stuttgart 1980
- OPEC Annual Statistical Bulletin 2005
- Pawelka, Peter: Der Vordere Orient und die Internationale Politik, Stuttgart/Berlin/Köln 1993
- Pflüger, Friedbert: Ein neuer Weltkrieg? Die islamistische Herausforderung des Westens, München 2004
- Pitt, Rivers William: Krieg gegen den Irak. Was die Bush-Regierung verschweigt, 6. Aufl., Köln 2003

- Pohly, Michael; Duran, Khalid: Osama Bin Laden und der internationale Terrorismus, 2.Aufl., München 2001
- Prokop, Michaela: Saudi-Arabien, München 2005
- Rahmig, Jürgen: Erdöl, Macht und Heiliger Krieg. Die islamische Krisenregion, Reutlingen 2001
- Rashid, Ahmed: Taliban. Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad, 2.Aufl., München 2001
- Rau, Johannes: Gefährliche Mutation. Islamismus und seine weltweiten Aktivitäten. Ein Handbuch, Berlin 2002
- Reeker, Martin: Kostenentwicklung erneuerbarer Energien. Eine Erfahrungskurvenanalyse des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes, Göttingen 2004
- Roth, Jürgen: Netzwerke des Terrors, Hamburg 2001
- Schaper, Anette; Schmidt, Hans-Joachim: Eine unendliche Geschichte? Irans und Nordkoreas Atomprogramme, in: Mutz, Reinhard; Hauswedell, Corinna; Hippler, Jochen; Ratsch, Ulrich(Hrsg.): Friedensgutachten 2006, Berlin 2006
- Schirra, Bruno: Iran. Sprengstoff für Europa, Berlin 2006
- Scholl-Latour, Peter: Koloß auf tönernen Füßen, 2.Aufl., Berlin 2005
- Schütte, Andreas: Biomasse als Energieträger zur Stromerzeugung und Kraftstoffbereitstellung, in: Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V.(Hrsg.): Biomasse-Vergasung – Der Königsweg für eine effiziente Strom- und Kraftstoffbereitstellung?, Münster 2004
- Schweizer, Gerhard: Iran. Drehscheibe zwischen Ost und West, 2.Aufl., Stuttgart 1993
- Sheihhzadegan, Amir: Der Griff des politischen Islam zur Macht. Iran und Algerien im Vergleich, Bern/Berlin/Brüssel/Frankfurt a.M./New York/Oxford/Wien 2003
- Steinbach, Udo: Iran, in: Ende, Werner; Steinbach, Udo(Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 501, Bonn 2005
- Steinberg, Guido: Saudi-Arabien, in: Ende, Werner; Steinbach, Udo(Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 501, Bonn 2005
- Tibi, Bassam: Was heißt Islam? Der Islam in der Vergangenheit und in der Gegenwart, in: Kuckertz, Beate(Hrsg.): Das grüne Schwert. Weltmacht Islam – Bedrohung oder Erlösung?, München 1992
- Tibi, Bassam: Fundamentalismus im Islam. Eine Gefahr für den Weltfrieden?, Darmstadt 2000
- Tibi, Bassam: Die neue Weltunordnung. Westliche Dominanz und islamischer Fundamentalismus, München 2001
- Tibi, Bassam: Der neue Totalitarismus. „Heiliger Krieg“ und westliche Sicherheit, Darmstadt 2004
- Tibi, Bassam: Die fundamentalistische Herausforderung. Der Islam und die Weltpolitik, München 1992
- Tilgner, Ulrich: Zwischen Krieg und Terror. Der Zusammenprall von Islam und westlicher Politik im Mittleren Osten, München 2006
- Tophoven, Rolf: Neue terroristische Strukturen: Osama Bin Laden und die Al-Quaida, in: Frank, Hans; Hirschmann, Kai(Hrsg.): Die weltweite Gefahr. Terrorismus als internationale Herausforderung, Berlin 2002
- Tworuschka, Monika: Grundwissen Islam. Religion-Politik-Gesellschaft, Münster 2003
- Ulfkotte, Udo: Propheten des Terrors. Das geheime Netzwerk der Islamisten, München 2001

- Unger, Craig: Öl, Macht und Terror. Die Bushs und die Sauds, München 2004
- Vogel, Alexander; Kaltschmitt, Martin; Bolhar-Nordenkampf, Markus; Hofbauer, Hermann: Vergasung zur Kraftstoffbereitstellung – Grundsätzliche konzeptionelle Überlegungen, in: Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V.(Hrsg.): Biomasse-Vergasung – Der Königsweg für eine effiziente Strom- und Kraftstoffbereitstellung?, Münster 2004
- Von Randow, Gero; Ladurner, Ulrich: Die iranische Bombe. Hintergründe einer globalen Gefahr, Hamburg 2006
- Von Schönborn, Felizitas: Aus „Annemarie Schimmel – Spiegelungen des Islam“, in: SPEKTRUM IRAN, Zeitschrift für islamisch-iranische Kultur, 16. Jahrgang 2003, Heft1, hrsg. von der Kulturabteilung der Botschaft der Islamischen Republik Iran, Berlin 2003
- Von Sponeck, Hans; zumach, Andreas: Irak. Chronik eines gewollten Krieges. Wie die Öffentlichkeit manipuliert und das Völkerrecht gebrochen wird, Köln 2003
- Von Sponeck, Hans C. Graf: Ein anderer Krieg, Hamburg 2005
- Walder, Markus: Die Diskussion um erneuerbare Energien in der Politik. Ist die Nutzung erneuerbarer Energien nur noch eine Frage des politischen Willens?, Frankfurt a.M. 2004
- Waldmann, Peter: Provokation der Macht, München 1998
- Wolfrum, Otfried: Windkraft: Eine Alternative, die keine ist, 3. aktual. und erw. Aufl., Frankfurt a.M. 2000
- Woyke, Wichard: Internationale Sicherheit, in: Woyke, Wichard(Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 9. völlig überarb. Aufl., Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 404, Bonn 2004
- Woyke, Wichard: Prägende Konflikte nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Woyke, Wichard(Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 9. völlig überarb. Aufl., Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 404, Bonn 2004
- Zumach, Andreas: Einmal Schurke – immer Schurke? Der Irak seit dem Golfkrieg 1991, in: Hauswedell, Corinna; Weller, Christoph; Ratsch, Ulrich; Mutz, Reinhard;
- Schoch, Bruno(Hrsg.): Friedensgutachten 2003, Münster/Hamburg/London 2003

#### Aufsätze / Zeitungsartikel

- Bayat-Philipp, Mangol: Die Beziehungen zwischen den USA und Iran seit 1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B9/2004 vom 23.02.2004
- Busse, Nikolas: Zur Erfolgsmeldung gezwungen?, in: FAZ vom 11.04.2007, S. 6
- Dohmen, Frank; Sauga, Michael: Windige Rechnungen, in: Der Spiegel Nr.4 vom 24.01.2005, S. 83
- Eberhard, W.; Inbari, P.; Taheri, A.: Am Rand eines Bürgerkriegs. Wie die Mullahs versuchen, einen von Terroristen angeheizten Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten zu entschärfen, in: Focus Nr.11 vom 08.03.2004
- Follath, Erich; Mascolo, Georg: Die Jagd nach der Bombe, in: Der Spiegel Nr.5 vom 26.01.2004, S. 102
- Follath, Erich; Mascolo, Georg: Das Geständnis des Paten, in: Der Spiegel Nr.7 vom 09.02.2004, S. 116
- Follath, Erich; Bednarz, Dieter: Der Besen und die Bombe, in: Der Spiegel Nr.44 vom 31.10.2005, S. 117
- Follath, Erich; Mascolo, Georg; Spörl, Gerhard: Der Alptraum-Präsident, in: Der Spiegel Nr.41 vom 09.10.2006, S. 131

- Gassel, Steffen: Das Land hinter dem Schleier, in: Stern Nr. 18 vom 27.04.2006, S. 71
- Kraske, Marion; Follath, Erich: „Die UNO kann entwaffnen“, in: Der Spiegel Nr.30 vom 24.07.2006, S. 100
- N.N.(AFP/DPA): Iran: Wir können atomaren Brennstoff herstellen, in: Süddeutsche Zeitung vom 10.04.2007, S. 1
- Reissner, Johannes: Europas Beziehungen zu Iran, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B9/2004 vom 23.02.2004, S.50
- Schrader, Christopher: Feuer unter dem Eis, in: Süddeutsche Zeitung Nr.281 vom 03.12.2004, S. 11
- Spörl, Gerhard; Aust, Stefan; Bednarz, Dieter: Wir sind entschlossen, in: Der Spiegel Nr.22 vom 29.05.2006, S. 25
- Umbach, Frank: Sichere Energieversorgung auch in Zukunft, in: Internationale Politik Nr.8, August 2004
- Zand, Bernhard: Am Rande des Zusammenbruchs, in: Der Spiegel Nr.18 vom 29.04.2006, S. 108
- Zitzelsberger, Gerd: Öl ist knapp, in: Süddeutsche Zeitung Nr.64 vom 18.03.2005, S. 23

### Internetquellen

- [www.abc-waffen.de/bio/anthrax.html](http://www.abc-waffen.de/bio/anthrax.html), abgerufen am 01.11.2005 um 13:11 Uhr
- [www.abc-waffen.de/bio/pest.html](http://www.abc-waffen.de/bio/pest.html), abgerufen am 01.11.2005 um 13:14 Uhr
- [www.abc-waffen.de/botulismus.html](http://www.abc-waffen.de/botulismus.html), abgerufen am 01.11.2005 um 13:13 Uhr
- [www.areiion.de/saudiarabienc.html](http://www.areiion.de/saudiarabienc.html), abgerufen am 07.01.2005 um 11:30 Uhr
- [www.areiion.de/saudiarabienc.html](http://www.areiion.de/saudiarabienc.html), abgerufen am 16.04.2006 um 16:01 Uhr
- [www.areiion.de/irakc.html](http://www.areiion.de/irakc.html), abgerufen am 30.07.2006 um 17:58 Uhr
- [www.areiion.iranc.html](http://www.areiion.iranc.html), abgerufen am 02.01.2007 um 18:02 Uhr
- [www.armscontrol.de/einfuehrung/ruestungskontrolle/bestaende2.htm](http://www.armscontrol.de/einfuehrung/ruestungskontrolle/bestaende2.htm), abgerufen am 12.02.2006 um 15:32 Uhr
- [www.aswoc.com/de/Saudi\\_Arabien/site\\_286/](http://www.aswoc.com/de/Saudi_Arabien/site_286/), abgerufen am 15.07.2007 um 14:46 Uhr
- [www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/wirtschaftsberichte/146\\_wb1.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/wirtschaftsberichte/146_wb1.pdf), abgerufen am 10.07.2005 um 16:32 Uhr
- [www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/friedenspolitik/abruestung/nvv.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/friedenspolitik/abruestung/nvv.pdf), abgerufen am 03.10.2005 um 14:08 Uhr
- [www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/friedenspolitik/abruestung/bwue-dt.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/friedenspolitik/abruestung/bwue-dt.pdf), abgerufen am 05.10.2005 um 13:07 Uhr
- [www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausussenpolitik/friedenspolitik/abr\\_und\\_r/jab2003/3/3\\_8.html](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausussenpolitik/friedenspolitik/abr_und_r/jab2003/3/3_8.html), abgerufen am 05.10.2005 um 11:22 Uhr
- [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/SaudiArabien/Wirtschaft.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/SaudiArabien/Wirtschaft.html), abgerufen am 27.05.2006 um 13:07 Uhr
- [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Irak/Wirtschaft.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Irak/Wirtschaft.html), abgerufen am 05.11.2006 um 17:57 Uhr

- [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Iran/Wirtschaft.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Iran/Wirtschaft.html), abgerufen am 27.01.2007 um 12:44 Uhr
- [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Abruestung/IranNukes/IranNuklear.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Abruestung/IranNukes/IranNuklear.html), abgerufen am 27.01.2007 um 12:47 Uhr
- [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Abruestung/IranNukes/E3-080306.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Abruestung/IranNukes/E3-080306.pdf), abgerufen am 01.04.2007 um 12:45 Uhr
- [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Abruestung/BioChemie/VerbotBioWaffen-BWUE.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Abruestung/BioChemie/VerbotBioWaffen-BWUE.html), abgerufen am 20.01.2008 um 14:48 Uhr
- Bittner, Jochen: Das weltweite Al-Quaida-Netz, nachzulesen unter: [www.zeus.zeit.de/text/2005/29/terrorismus\\_bittner](http://www.zeus.zeit.de/text/2005/29/terrorismus_bittner), abgerufen am 30.10.2005 um 15:38 Uhr
- Bundesagentur für Außenwirtschaft(Hrsg.): Saudi-Arabien. Wirtschaftsentwicklung 2004, Köln 2005, nachzulesen unter: [www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage\\_997.pdf](http://www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage_997.pdf), abgerufen am 27.05.2006 um 11:34 Uhr
- [www.derstandard.at/druck/?id=1901279](http://www.derstandard.at/druck/?id=1901279), abgerufen am 07.01.2005 um 11:50 Uhr
- Deutscher Wasserstoff-Verband(Hrsg.): Wasserstoff – Der neue Energieträger, Berlin 2004, nachzulesen unter: [www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm\\_04st.pdf](http://www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm_04st.pdf), abgerufen am 31.03.2005 um 10:27 Uhr
- Deutscher Wasserstoff-Verband(Hrsg.): Wasserstoff – Der neue Energieträger, Berlin 2004, nachzulesen unter: [www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm\\_04tc.pdf](http://www.dwv-info.de/publikationen/2004/pm_04tc.pdf), abgerufen am 31.03.2005 um 10:13 Uhr
- [www.dgap.org/attachment/36292e5f08f727196eb4ca1f3d4f243/f5626663477dbf2f490cd68e43eb6344/cordesman.pdf](http://www.dgap.org/attachment/36292e5f08f727196eb4ca1f3d4f243/f5626663477dbf2f490cd68e43eb6344/cordesman.pdf), abgerufen am 28.10.2005 um 16:27 Uhr
- [www.energiekrise.de/oel/folie01.html](http://www.energiekrise.de/oel/folie01.html), abgerufen am 03.02.2005 um 11:13 Uhr
- [www.energieportal24.de/geothermie\\_erdwaerme\\_einleitung.php](http://www.energieportal24.de/geothermie_erdwaerme_einleitung.php), abgerufen am 25.03.2005 um 13:18 Uhr
- Ertinger, Sebastian: Dauerzwist zwischen USA und Venezuela, nachzulesen unter: [www.dw-world.de/dw/article/0,1564,1690727,00.html](http://www.dw-world.de/dw/article/0,1564,1690727,00.html), abgerufen am 16.01.2008 um 17:46 Uhr
- [www.euro-fh.de/infos\\_anfordern/datei/nw\\_e0304.pdf](http://www.euro-fh.de/infos_anfordern/datei/nw_e0304.pdf), abgerufen am 07.11.2006 um 13:10 Uhr
- [www.gifte.de/B-%20und%20C-Waffen/schwefellost.htm](http://www.gifte.de/B-%20und%20C-Waffen/schwefellost.htm), abgerufen am 13.03.2006 um 15:03 Uhr
- [www.gifte.de/B-%20und%20C-Waffen/phosgenoxim.htm](http://www.gifte.de/B-%20und%20C-Waffen/phosgenoxim.htm), abgerufen am 18.03.2006 um 15:09 Uhr
- [www.gifte.de/B-%20und%20C-Waffen/blausaeure.htm](http://www.gifte.de/B-%20und%20C-Waffen/blausaeure.htm), abgerufen am 18.03.2006 um 15:10 Uhr
- [www.gifte.de/B-%20und%20C-Waffen/chlorpikrin.htm](http://www.gifte.de/B-%20und%20C-Waffen/chlorpikrin.htm), abgerufen am 18.03.2006 um 15:11 Uhr
- [www.globaldefence.net/deutsch/buendnisse/opec.htm](http://www.globaldefence.net/deutsch/buendnisse/opec.htm), abgerufen am 07.01.2005 um 11:51 Uhr
- Hippler, Jochen: Vom Krieg zum Bürgerkrieg im Irak? Probleme, Lehren und Perspektiven, nachzulesen unter: [www.jochen-hipper.de/neu/pdf-Dokumente/Irak%20Wiederaufbau.pdf](http://www.jochen-hipper.de/neu/pdf-Dokumente/Irak%20Wiederaufbau.pdf), abgerufen am 30.10.2006 um 8:24 Uhr
- [www.iea.org/statist/index.htm](http://www.iea.org/statist/index.htm), abgerufen am 08.04.2005 um 13:37 Uhr
- [www.ipicture.de/daten/wirtschaft\\_iran.html](http://www.ipicture.de/daten/wirtschaft_iran.html), abgerufen am 27.01.2007 um 12:18 Uhr
- [www.ipicture.de/daten/wirtschaft\\_iran.html](http://www.ipicture.de/daten/wirtschaft_iran.html), abgerufen am 20.01.2008 um 15:01 Uhr
- [www.ipicture.de/daten/demographie\\_iran.html](http://www.ipicture.de/daten/demographie_iran.html), abgerufen am 27.01.2007 um 12.22 Uhr

- [www.ipicture.de/daten/wirtschaft\\_irak.html](http://www.ipicture.de/daten/wirtschaft_irak.html), abgerufen am 05.11.2006 um 17:32 Uhr
- Krause, Joachim; Irlenkeuser, Jan; Schreer, Benjamin: Wohin gehen die USA? Die neue nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration, nachzulesen unter: [www.bundestag.de/dasparlament/2002/48/Beilage/006.html](http://www.bundestag.de/dasparlament/2002/48/Beilage/006.html)
- [www.marine.de/01DB070000000001/CurrentBaseLink/W2699KSA242INFODE](http://www.marine.de/01DB070000000001/CurrentBaseLink/W2699KSA242INFODE), abgerufen am 25.07.2007 um 18:55 Uhr
- [www.marine.de/01DB070000000001/Print/W26DymnF273INFODE](http://www.marine.de/01DB070000000001/Print/W26DymnF273INFODE), abgerufen am 10.07.2005 um 18:53 Uhr
- Mineralölwirtschaftverband e.V.: Preisbildung am Rohölmarkt, nachzulesen unter: [www.mwv.de/Download/preisbildung.pdf](http://www.mwv.de/Download/preisbildung.pdf), abgerufen am 31.03.2005 um 11:45 Uhr
- [www.nahostfocus.de/page.php?id=1043&layout=print](http://www.nahostfocus.de/page.php?id=1043&layout=print), abgerufen am 30.06.2005 um 10:45 Uhr
- [www.nato.int/docu/other/de/treaty-de.htm](http://www.nato.int/docu/other/de/treaty-de.htm), abgerufen am 11.02.2004 um 10:48 Uhr
- [www.netzeitung.de/wirtschaft/boerse/384278.html](http://www.netzeitung.de/wirtschaft/boerse/384278.html), abgerufen am 05.03.2006 um 15:10 Uhr
- Nirumand, Bahman: iran-report, Nr.1/2007, hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2007, nachzulesen unter: [www.boell.de/download/presse2007/iran-report0107.pdf](http://www.boell.de/download/presse2007/iran-report0107.pdf), abgerufen am 27.01.2007 um 13:17 Uhr
- [www.n-tv.de/764902.html](http://www.n-tv.de/764902.html), abgerufen am 11.02.2007 um 14:52 Uhr
- [www.n-tv.de/824135.html](http://www.n-tv.de/824135.html), abgerufen am 06.07.2007 um 16:25 Uhr
- [www.loecd.org/deutschland/geschichte.htm](http://www.loecd.org/deutschland/geschichte.htm), abgerufen am 11.03.2005 um 11:41 Uhr
- Philipp, Peter: Hintergründe über die Terrororganisation El-Kaida. Gejagt, aber unentdeckt: Osama Bin Laden, nachzulesen unter: [www.dw-world.de](http://www.dw-world.de), abgerufen am 04.06.2006 um 15:04 Uhr
- [www.politikerscreen.de/index.php/Main/Artikel/Dossier/1/kapitel/132355/Dossierid/129833/n1/Themen/n2/AussemSicherheit/id/132322/](http://www.politikerscreen.de/index.php/Main/Artikel/Dossier/1/kapitel/132355/Dossierid/129833/n1/Themen/n2/AussemSicherheit/id/132322/), abgerufen am 05.11.2006 um 17:22 Uhr
- [www.shell.com/home/PrintFramework?siteID=de-de&FC3=/home/de-de/html/iwgen/about\\_shell/energiezahlen/olundgasinzahlen/olinderWelt\\_09241240.html](http://www.shell.com/home/PrintFramework?siteID=de-de&FC3=/home/de-de/html/iwgen/about_shell/energiezahlen/olundgasinzahlen/olinderWelt_09241240.html), abgerufen am 02.02.2005 um 14:59 Uhr
- [www.shell.com/home/Framework?siteId=de-de&FC2=/de-de/html/iwgen/about\\_shell/energiezahlen/olundgasinzahlen/222\\_Ihn.html&FC3=/de-de/html/iwgen/about\\_shell/energiezahlen/olundgasinzahlen/dieschluesselrolle\\_09241245.html](http://www.shell.com/home/Framework?siteId=de-de&FC2=/de-de/html/iwgen/about_shell/energiezahlen/olundgasinzahlen/222_Ihn.html&FC3=/de-de/html/iwgen/about_shell/energiezahlen/olundgasinzahlen/dieschluesselrolle_09241245.html), abgerufen am 02.02.2005 um 14:57 Uhr
- [www.sipotec.net/X/Bush-Doktrin.html](http://www.sipotec.net/X/Bush-Doktrin.html)
- [www.solarserver.de/wissen/solaranlagen.html](http://www.solarserver.de/wissen/solaranlagen.html), abgerufen am 19.03.2005 um 9:57 Uhr
- [www.solarserver.de/wissen/photovoltaik.html](http://www.solarserver.de/wissen/photovoltaik.html), abgerufen am 19.03.2005 um 9:52 Uhr
- [www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/251\\_usa-irak.htm](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/251_usa-irak.htm), abgerufen am 17.09.2006 um 15:58 Uhr
- [www.stern.de/politik/ausland/:Saudi-Arabien-Al-Kaida-Angriff-%D6Lraffinerie/556715.html](http://www.stern.de/politik/ausland/:Saudi-Arabien-Al-Kaida-Angriff-%D6Lraffinerie/556715.html), abgerufen am 05.03.2006 um 15:06 Uhr
- [www.tecson.de/poelhist.htm](http://www.tecson.de/poelhist.htm), abgerufen am 15.07.2007 um 14:25 Uhr
- [www.tecson.de/prohoel.htm](http://www.tecson.de/prohoel.htm), abgerufen am 15.07.2007 um 14:23 Uhr
- [www.umweltdatenbank.de/Lexikon/wasserkraft.htm](http://www.umweltdatenbank.de/Lexikon/wasserkraft.htm), abgerufen am 23.03.2005 um 10:09 Uhr
- [www.uni-protokolle.de/Lexikon/Bitumen.html](http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Bitumen.html), abgerufen am 01.01.2005 um 18:20 Uhr
- [www.uni-protokolle.de/Lexikon/Erd%F61.html](http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Erd%F61.html), abgerufen am 21.09.2004 um 10:37 Uhr
- [www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Irak/us-geheim.html](http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Irak/us-geheim.html), abgerufen am 26.02.2004 um 9:59 Uhr

- UN-Resolution 660, nachzulesen unter:  
[www.un.org/Depts/german/sr/sr\\_90/sr660-90.pdf](http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_90/sr660-90.pdf), abgerufen am 05.08.2006 um 16:27 Uhr
- UN-Resolution 661, nachzulesen unter:  
[www.un.org/Depts/german/sr/sr\\_90/sr661-90.pdf](http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_90/sr661-90.pdf), abgerufen am 05.08.2006 um 16:34 Uhr
- UN-Resolution 678, nachzulesen unter:  
[www.un.org/Depts/german/sr/sr\\_90/sr678-90.pdf](http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_90/sr678-90.pdf), abgerufen am 05.08.2006 um 17:01 Uhr
- UN-Resolution 1737, nachzulesen unter:  
[www.un.org/News/Press/docs/2006/sc8928.doc.htm](http://www.un.org/News/Press/docs/2006/sc8928.doc.htm), abgerufen am 04.04.2007 um 16:38 Uhr
- UN-Resolution 1696, nachzulesen unter:  
[www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Abruestung/IranNukes/sr-Res31Jul.06.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Abruestung/IranNukes/sr-Res31Jul.06.pdf), abgerufen am 25.07.2007 um 18:03 Uhr
- UN-Resolution 1747, nachzulesen unter:  
[www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Abruestung/IranNukes/Res-24Mrz07.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Abruestung/IranNukes/Res-24Mrz07.pdf), abgerufen am 25.07.2007 um 18:07 Uhr
- [www.weltalmanach.de/stichwort/stichwort\\_opec.html](http://www.weltalmanach.de/stichwort/stichwort_opec.html), abgerufen am 11.03.2005 um 11:36 Uhr
- [www.weltalmanach.de/suche/suche.php?search=OPEC&suchen.x=0&suchen.y=0&suchen=submit](http://www.weltalmanach.de/suche/suche.php?search=OPEC&suchen.x=0&suchen.y=0&suchen=submit), abgerufen am 07.04.2005 um 16:20 Uhr
- [www.welt.de/data/2004/09/15/332689.htm?prx=1](http://www.welt.de/data/2004/09/15/332689.htm?prx=1), abgerufen am 12.02.2006 um 15:19 Uhr
- [www.welt.de/data/2004/06/07/288171.htm?prx=1](http://www.welt.de/data/2004/06/07/288171.htm?prx=1)
- [www.welt.de/data/2005/01/29/435258.html?prx=1](http://www.welt.de/data/2005/01/29/435258.html?prx=1), abgerufen am 05.11.2006 um 17:38 Uhr
- [www.welt-in-zahlen.de/laenderinformation.phtml?country=83](http://www.welt-in-zahlen.de/laenderinformation.phtml?country=83), abgerufen am 20.08.06 um 13:51 Uhr
- [www.welt-in-zahlen.de/laenderinformation.phtml?country=185](http://www.welt-in-zahlen.de/laenderinformation.phtml?country=185), abgerufen am 16.04.2006 um 16:16 Uhr
- [www.windenergie.de/informationen/downloads/hintergrund\\_export.pdf](http://www.windenergie.de/informationen/downloads/hintergrund_export.pdf), abgerufen am 21.03.2005 um 10:11 Uhr
- [www.windenergie.de/informationen/zahlen-zur-windenergie/050124-statistik\\_2004.pdf](http://www.windenergie.de/informationen/zahlen-zur-windenergie/050124-statistik_2004.pdf), abgerufen am 21.03.2005 um 10:15 Uhr
- [www.wirtschaftsblatt.at/cgi-bin/page.pl?print=1&id=481152](http://www.wirtschaftsblatt.at/cgi-bin/page.pl?print=1&id=481152), abgerufen am 27.05.2006 um 13:12 Uhr
- Wöhrle, Dieter: Chemische Waffen. Gibt es einen Weg zurück?, nachzulesen unter:  
[www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf-89/8910400m.htm](http://www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf-89/8910400m.htm), 12.02.2006 um 15:23 Uhr